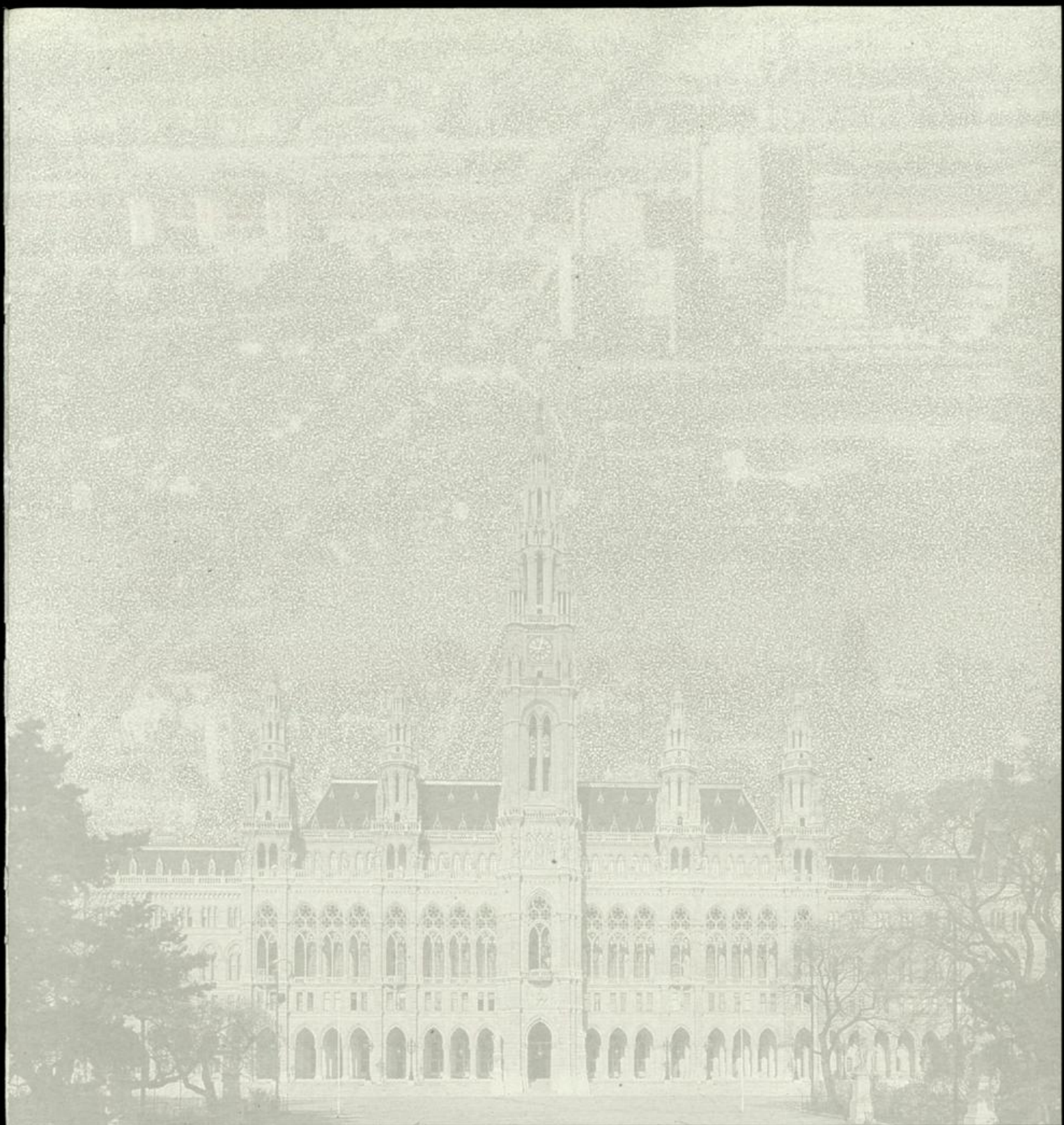


Die Leistungen der Stadt Wien.

Berichtsjahr 2003.

MA 66
Wien Statistik
Die Stadt in Zahlen

StaDt Wien
Wien ist anders.



Die Leistungen der Stadt Wien.
Berichtsjahr 2003.

Magistrat der Stadt Wien
Geschäftsgruppe Finanzen,
Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke
Wien 2004

StaDt Wien
Wien ist anders.

Impressum

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger

Magistrat der Stadt Wien –
Geschäftsgruppe Finanzen,
Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke
Rathaus, Stiege 6, A-1082 Wien

Redaktion

Statistisches Amt der Stadt Wien (MA 66)
Volksgartenstraße 3, A-1010 Wien
Telefon: +43-1-4000-88629
Fax national: 01-4000-99-88610
Fax international: +43-1-4000-7166
post@m66.magwien.gv.at
www.statistik.wien.at

Redakteurin

Claudia Speck
Telefon: +43-1-4000-88666
spc@m66.magwien.gv.at

Gestaltung, Herstellung, Satz

Titelgrafik:
Thomas Meier-Schomburg,
A-1010 Wien
Layout und Satz des Innenteils
und Grafiken:
Type & Publish KEG,
A-2344 Maria Enzersdorf

Fotonachweis

Alle Fotos stammen von
MA 53 – Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien (PID), A-1082 Wien, bzw.
media wien, A-1070 Wien, ausgenommen
von (Foto auf S.):
MD-VD (13), MA 22 (200), MA 25 (213),
MA 29 (172), MA 33 (175), MA 42 (198),
MA 44 (109), MA 49 (205), Wiener Umwelt-
anwaltschaft (245), Wienstrom (88),
Wilhelminenspital (147), Margit Fröhlich,
Amt der Burgenländischen Landes-
regierung (78), com_unit, Alser Straße 41,
1080 Wien (137), Manfred Seidl, Holocher-
gasse 33/20, 1150 Wien (168)

Druck

AV + Astoria Druckzentrum GmbH,
A-1030 Wien

Papier

100 g/m² Cyclus print, altweiß;
ökologisches Druckpapier aus der Mustermappe von ÖkoKauf Wien

ISSN 1028-0685
Printed in Austria

Vorwort

Vorwort

Der vorliegende Leistungsbericht bietet einen Überblick über die Tätigkeitsschwerpunkte und Entscheidungen der Wiener Stadtverwaltung in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Bildung, Stadtentwicklung sowie Gesundheits- und Sozialpolitik im Jahr 2003. Hier und auch auf anderen wichtigen Gebieten wie Umweltschutz, Wohnbau und Verkehrsplanung wurden zukunftsorientierte Maßnahmen gesetzt. Ziel war und ist es, den Bürger/innen noch mehr Lebensqualität zu bieten und Verwaltungsabläufe noch kund/innenfreundlicher zu gestalten. Ein wirksames Instrument für eine solche effiziente und bürger/innennahe Verwaltung ist unter anderem der vermehrte Einsatz von E-Government, mit dem Dienstleistungen der Stadt einfach und bequem in Anspruch genommen werden können.

Das Jahr 2003 in Wien

Nach der Übernahme des Meldewesens im Jahr 2002 ist die Stadt Wien seit 1. Februar 2003 auch für das Pass- und Fundservice zuständig. Anlaufstellen für die Bürger/innen in diesen Belangen sind nun die Bezirksämter bzw. das Zentrale Passservice der MA 62. Eine neue Serviceleistung gibt es auch auf dem Gebiet der Parkometerabgabe: Das so genannte „m-Parking" bietet die Möglichkeit, durch das Senden von SMS-Nachrichten Parkscheine zu buchen. Seit 1. Oktober 2003 steht dieses System allen Verkehrsteilnehmer/innen in Wien zur Verfügung.

Im Rahmen der Gesundheitsvorsorge wurde erneut die publikumswirksame Kampagne „Schau auf Dich" durchgeführt. Am 25. Oktober 2003 fand im Rathaus außerdem der 1. Wiener Ernährungstag statt. Diese Veranstaltung gab den Wiener/innen die Gelegenheit, sich umfassend über aktuelle Themen aus den Bereichen Ernährung und Lebensmittelhygiene zu informieren.

Ein Höhepunkt im Bereich Kultur und Bildung war die Eröffnung der neuen Hauptbücherei am Urban-Loritz-Platz am 7. April. Sie ist die bestausgestattete und größte Zweigstelle innerhalb des Systems der Büchereien Wiens und soll durch eine gastfreundliche Atmosphäre, großzügige Öffnungszeiten sowie durch die Einbeziehung verschiedenster Medien den Besucher/innen die Möglichkeit zu einem längeren und dabei kurzweiligen Aufenthalt im Haus bieten. Die Museen der Stadt Wien luden im Rahmen der „Langen Nacht der Museen" mit Sonderführungen und Veranstaltungen zum Besuch ein.

Die Stadt Wien misst dem Umweltschutz seit Jahren eine immer größere Bedeutung zu: Ziel des Projekts „KliP Wien" (Klimaschutzprogramm der Stadt Wien) ist die Reduktion der Emissionen an Treibhausgasen, wobei gleichzeitig positive Impulse für die Wirtschaft gesetzt werden. Im Rahmen des Projekts „ÖkoKauf Wien" werden umweltverträgliche Kriterien für Einkauf und Beschaffung der von der Stadtverwaltung benötigten Produkte und Leistungen festgelegt. Damit soll sich Wien zu einer Umweltmusterstadt entwickeln.

Ein Beispiel für das erfolgreiche Zusammenwirken von Umweltschutz und Stadtentwicklung stellt das Programm „SUPer NOW" (Strategische Umweltprüfung Entwicklungsraum Nordosten Wien) dar: Die Stadtplanung hat sich unter anderem mit den Entwicklungen im Nordosten Wiens zu beschäftigen – einem Gebiet, das heute bereits die zweitgrößte Stadt Österreichs wäre. Die strategische Umweltprüfung (SUP) berücksichtigt bei der Planungsvorbereitung Umweltaspekte ebenso wie wirtschaftliche und soziale Interessen.

Mit der Wienerberg City entsteht im 10. Bezirk ein attraktives Zentrum für Wohnen, kombiniert mit Freizeiteinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten, Kindergärten und anderem mehr. Dabei werden sowohl Miet- als auch Eigentumswohnungen angeboten und unterschiedliche Förderungs- und Finanzierungsformen eingesetzt.

Der Stadtentwicklungsplan 2005 (STEP 05) soll eine generelle, vorausschauende Stadtplanung und Stadtentwicklung gewährleisten und den weiteren Ausbau der Stadt festlegen. Die Inhalte des STEP 05 wurden in einem Dialog zwischen allen betroffenen Gruppen (Bürger/innen, Stadtpolitik, Bauträger und andere) erarbeitet. Auch der Masterplan Verkehr Wien 2003, in dem alle Verkehrsthemen der Stadt behandelt werden, ist in einem breiten Diskussionsprozess mit den damit befassten Magistratsabteilungen, politischen Vertreter/innen und Bürger/innen erarbeitet worden. Er wurde am 4. November vom Wiener Gemeinderat beschlossen und soll in den nächsten 20 Jahren möglichst weitgehend umgesetzt werden.

Mit dem Spatenstich am 12. Juni 2003 haben die Bauarbeiten für die Verlängerung der Linie U2 Richtung Aspern begonnen. Dieses Projekt bringt Investitionen in der Höhe von rund 1,2 Mrd. EUR und schafft zahlreiche Arbeitsplätze, womit der Wiener U-Bahn-Bau einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellt.

Im Herbst 2003 haben die Landeshauptleute von Wien, Niederösterreich und dem Burgenland gemeinsam mit Politiker/innen aus Westungarn, Südmähren und der Westslowakei in Schloss Kittsee im Hinblick auf die EU-Erweiterung die Bildung einer Europaregion beschlossen. Für Wien eröffnet sich durch dieses Projekt „CENTROPE – Europa Region Mitte" die Chance, auch in Zukunft ein attraktiver Standort für internationale Unternehmen zu bleiben.

Wien, im September 2004

Magistrat der Stadt Wien
Magistratsabteilung 66 – Statistisches Amt

Inhalt

Inhalt

Seite

Vorwort 3

Verzeichnis der Magistratsabteilungen 7

Änderungen in den Vertretungskörpern 2003 8

Magistratsdirektion 10
- **Geschäftsbereich Strategie und Recht** 10
  - Magistratsdirektion – Strategie und Kommunikation (MDS) 10
  - Magistratsdirektion – Präsidialabteilung (MDP) 10
  - Magistratsdirektion – Verfassungsdienst und EU-Angelegenheiten (MD-VD) 11
  - Magistratsdirektion – Zivil- und Strafrecht (MDZ) 14
  - Magistratsdirektion – Bereichsleitung Dezentralisierung (MD-BLD) 14
  - Magistratsdirektion – Personalstelle Wiener Stadtwerke (MD-PWS) 15
  - Magistratsdirektion – Restitutionsangelegenheiten (MDR) 16
- **Geschäftsbereich Koordination** 16
  - Magistratsdirektion – Allgemeine Angelegenheiten (MDA) 16
  - Magistratsdirektion – Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen (MD-KS) 19
  - Magistratsdirektion – Klimaschutzkoordinationsstelle (MD-KLI) 21
- **Geschäftsbereich Personal und Revision** 23
  - Magistratsdirektion – Personalmanagement und Förderangelegenheiten (MD-PM) 23
  - Magistratsdirektion – Berufliche Gesundheitsförderung (MD-BG) 25
  - Magistratsdirektion – Interne Revision und Personalressourcensteuerung (MD-IR) 26
  - Magistratsdirektion – Verwaltungsakademie (MD-VA) 28
- **Geschäftsbereich Organisation** 30
  - Magistratsdirektion – Organisation und Controlling (MD-OC) 30
  - Magistratsdirektion – EDV- und Informationsangelegenheiten (MDI) 31
- **Geschäftsbereich Bauten und Technik** 33
  - Magistratsdirektion – Stadtbaudirektion (MD-BD) 33
- **Geschäftsbereich Internationale Beziehungen** 39
  - Magistratsdirektion – Auslandsbeziehungen (MD-AB) 39
- **Magistratische Bezirksämter** (MBÄ) 41

Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal 44
- Allgemeine Personalangelegenheiten (MA 1) 44
- Zentrales Mitarbeiter/innenservice für Dienstrecht und Besoldung (MA 2) 47
- Fremdenrechtliche Angelegenheiten (MA 20) 48
- Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien (MA 38) 50
- Zentraler Einkauf (MA 54) 51
- Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten (MA 57) 53
- Marktamt (MA 59) 56
- Veterinäramt (MA 60) 58
- Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten (MA 61) 61
- Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten (MA 62) 63
- Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens (MA 63) 66
- Feuerwehr und Katastrophenschutz (MA 68) 68

Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke 70
- Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben (MA 4) 70
- Finanzwirtschaft und Haushaltswesen (MA 5) 71
- Rechnungsamt (MA 6) 75
- EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung (MA 27) 77
- Städtische Friedhöfe (MA 43) 82
- Statistisches Amt der Stadt Wien (MA 66) 84
- Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (MA-K) 86
- Wiener Stadtwerke 87

	Seite
Bildung, Jugend, Soziales, Information und Sport	**94**
Amt für Jugend und Familie (MA 11)	94
Tagesbetreuung von Kindern, Kindertagesheime der Stadt Wien (MA 11A)	98
Wien Sozial (MA 12)	101
Bildung und außerschulische Jugendbetreuung (MA 13)	103
Bäder (MA 44)	108
Sportamt (MA 51)	110
Presse- und Informationsdienst (MA 53)	111
Bürgerdienst (MA 55)	114
Städtische Schulverwaltung (MA 56)	116
Kultur und Wissenschaft	**118**
Kultur (MA 7)	118
Wiener Stadt- und Landesarchiv (MA 8)	122
Wiener Stadt- und Landesbibliothek (MA 9)	126
Museen der Stadt Wien	129
Gesundheits- und Spitalswesen	**133**
Gesundheitswesen (MA 15)	133
Pflege und Betreuung (MA 47)	136
Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien (MA 70)	139
Magistratsabteilung für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion (MA-L)	140
Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement (BGF)	143
Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV)	145
Stadtentwicklung und Verkehr	**149**
Automationsunterstützte Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie (MA 14)	149
Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18)	153
Architektur und Stadtgestaltung (MA 19)	158
Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West (MA 21A)	160
Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd-Nordost (MA 21B)	165
Straßenverwaltung und Straßenbau (MA 28)	167
Brückenbau und Grundbau (MA 29)	171
Öffentliche Beleuchtung (MA 33)	173
Stadtvermessung (MA 41)	176
Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten (MA 46)	177
Rechtliche Verkehrsangelegenheiten (MA 65)	180
Parkraumüberwachung (MA 67)	181
Umwelt	**182**
Umweltschutz (MA 22)	182
Wien-Kanal (MA 30)	188
Wasserwerke (MA 31)	189
Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten, Feuerpolizei und Veranstaltungswesen (MA 36)	194
Stadtgartenamt (MA 42)	197
Wasserbau (MA 45)	199
Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark (MA 48)	202
Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien (MA 49)	204
Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens (MA 58)	207
Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung	**210**
Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten (MA 16)	210
Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung (MA 25)	211
Bau- und Gebäudemanagement (MA 34)	215
Baupolizei (MA 37)	218
Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien (MA 39)	219
Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung, Wohnungsverbesserung und Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen (MA 50)	222

Inhalt

	Seite
Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten (MA 64)	227
Liegenschaftsmanagement (MA 69)	228
Stadt Wien – Wiener Wohnen	231
Weisungsfreie Abteilungen	**235**
Kontrollamt der Stadt Wien	235
Unabhängiger Verwaltungssenat Wien (UVS)	235
Unabhängiger Bedienstetenschutzbeauftragter (UBSB)	236
Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien (KJA)	238
Wiener Patientenanwaltschaft (WPA)	240
Wiener Umweltanwaltschaft (WUA)	242
Wiener Tourismusverband (WTV)	246
Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA)	248
Sachverzeichnis	**249**
Publikationen des Statistischen Amtes der Stadt Wien	**255**

Verzeichnis der Magistratsabteilungen

Verzeichnis der Magistratsabteilungen

1 – Allgemeine Personalangelegenheiten
2 – Zentrales Mitarbeiter/innenservice für Dienstrecht und Besoldung
4 – Allgemeine Finanz– und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben
5 – Finanzwirtschaft und Haushaltswesen
6 – Rechnungsamt
7 – Kultur
8 – Wiener Stadt– und Landesarchiv
9 – Wiener Stadt– und Landesbibliothek

11 – Amt für Jugend und Familie
11A – Tagesbetreuung von Kindern, Kindertagesheime der Stadt Wien
12 – Wien Sozial
13 – Bildung und außerschulische Jugendbetreuung
14 – Automationsunterstützte Datenverarbeitung, Informations– und Kommunikationstechnologie
15 – Gesundheitswesen
16 – Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten
18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung
19 – Architektur und Stadtgestaltung
20 – Fremdenrechtliche Angelegenheiten

21A – Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West
21B – Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd-Nordost
22 – Umweltschutz
25 – Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung
27 – EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung
28 – Straßenverwaltung und Straßenbau
29 – Brückenbau und Grundbau
30 – Wien-Kanal

31 – Wasserwerke
33 – Öffentliche Beleuchtung
34 – Bau- und Gebäudemanagement
36 – Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten, Feuerpolizei und Veranstaltungswesen
37 – Baupolizei
38 – Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien
39 – Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

41 – Stadtvermessung
42 – Stadtgartenamt
43 – Städtische Friedhöfe
44 – Bäder
45 – Wasserbau
46 – Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten
47 – Pflege und Betreuung
48 – Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark
49 – Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien
50 – Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung, Wohnungsverbesserung und Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen

51 – Sportamt
53 – Presse– und Informationsdienst
54 – Zentraler Einkauf
55 – Bürgerdienst
56 – Städtische Schulverwaltung
57 – Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten
58 – Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser– und Schifffahrtswesens
59 – Marktamt
60 – Veterinäramt

61 – Staatsbürgerschafts– und Personenstandsangelegenheiten
62 – Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten
63 – Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens
64 – Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten
65 – Rechtliche Verkehrsangelegenheiten
66 – Statistisches Amt der Stadt Wien
67 – Parkraumüberwachung
68 – Feuerwehr und Katastrophenschutz
69 – Liegenschaftsmanagement
70 – Rettungs– und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien

Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (MA-K)
Magistratsabteilung für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion (MA-L)

Änderungen in den Vertretungskörpern

Änderungen in den Vertretungskörpern 2003

Herr Stadtrat Dr. Peter Marboe (ÖVP) legte in der Sitzung des Gemeinderats am 26. November mit sofortiger Wirkung seine Funktion im Stadtsenat zurück. Herr Dr. Johannes Hahn (ÖVP) wurde in dieser Gemeinderatssitzung zu seinem Nachfolger gewählt.

Ihre Mandate als Mitglieder des Gemeinderats legten zurück:

Martina Malyar (SPÖ) mit 25. Juni, Ursula Lettner (SPÖ) mit 31. Oktober, Dr. Johannes Hahn (ÖVP) mit 26. November, Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch (SPÖ) und Gerda Themel (SPÖ) mit 31. Dezember.

Folgende Ersatzmitglieder wurden in den Gemeinderat berufen und angelobt:

Ingrid Schubert (SPÖ) und Brigitta Zentner (SPÖ) mit 17. Jänner, Siegi Lindenmayr (SPÖ) mit 25. Juni, Hedwig Petrides (SPÖ) mit 1. November, Mag. Barbara Feldmann (ÖVP) mit 26. November.

An Änderungen ergaben sich bei den Schriftführern des Gemeinderats:

Ingrid Lakatha (ÖVP) am 30. Jänner für Rudolf Klucsarits (ÖVP), Mag. Marie Ringler (GRÜNE) am 23. Mai für Dr. Sigrid Pilz (GRÜNE), Jürgen Wutzlhofer (SPÖ) und Mag. Sonja Ramskogler (SPÖ) am 25. Juni für Franz Ekkamp (SPÖ) und Helga Klier (SPÖ), David Ellensohn (GRÜNE) am 26. November für Mag. Marie Ringler (GRÜNE).

In den Gemeinderats- und Landtagsausschüssen bzw. Kommissionen ergaben sich folgende Änderungen:

- Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal – als Ersatzmitglied David Ellensohn (GRÜNE) am 2. Mai für das Ersatzmitglied Claudia Sommer-Smolik (GRÜNE), als Ersatzmitglied Claudia Sommer-Smolik (GRÜNE) am 12. Mai für das Ersatzmitglied David Ellensohn (GRÜNE), als Mitglied David Ellensohn (GRÜNE) am 18. Juni für das Mitglied Dr. Monika Vana (GRÜNE), als Mitglied Dr. Monika Vana (GRÜNE) am 25. Juni für das Mitglied David Ellensohn (GRÜNE), als Mitglied Mag. Barbara Feldmann (ÖVP) und als Ersatzmitglied Ingrid Lakatha (ÖVP) am 26. November für das Mitglied Ingrid Lakatha (ÖVP) und das Ersatzmitglied Rudolf Klucsarits (ÖVP);
- Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke – als Mitglied Christian Oxonitsch (SPÖ) und als Ersatzmitglied Mag. Andreas Schieder (SPÖ) am 17. Jänner für das Mitglied Mag. Ruth Becher (SPÖ) und das Ersatzmitglied Christian Oxonitsch (SPÖ), als Ersatzmitglied Mag. Sonja Wehsely (SPÖ) am 24. Juni für das Ersatzmitglied Martina Malyar (SPÖ), als Ersatzmitglied Walter Strobl (ÖVP) am 26. November für das Ersatzmitglied Dr. Johannes Hahn (ÖVP);
- Bildung, Jugend, Soziales, Information und Sport – als Ersatzmitglied Sonja Kato (SPÖ) am 17. Jänner für das Ersatzmitglied Petra Bayr (SPÖ), als Mitglieder Siegi Lindenmayr (SPÖ) und Mag. Sonja Ramskogler (SPÖ) sowie als Ersatzmitglied Prof. Erika Stubenvoll (SPÖ) am 24. Juni für die Mitglieder Martina Malyar und Prof. Erika Stubenvoll (SPÖ) sowie für das Ersatzmitglied Mag. Sonja Ramskogler (SPÖ), als Mitglied Claudia Sommer-Smolik (GRÜNE) und als Ersatzmitglied David Ellensohn (GRÜNE) am 19. Dezember für das Mitglied Susanne Jerusalem (GRÜNE) und das Ersatzmitglied Claudia Sommer-Smolik (GRÜNE);
- Kultur und Wissenschaft – als Mitglied Mag. Barbara Feldmann (ÖVP) am 26. November für das Mitglied Dr. Matthias Tschirf (ÖVP);
- Gesundheits- und Spitalswesen – als Mitglied Prof. Erika Stubenvoll (SPÖ) und als Ersatzmitglied Mag. Sonja Wehsely (SPÖ) am 24. Juni für das Mitglied Martina Malyar (SPÖ) und das Ersatzmitglied Prof. Erika Stubenvoll (SPÖ), als Mitglied Christian Deutsch (SPÖ) und als Ersatzmitglied Hedwig Petrides (SPÖ) am 4. November für das Mitglied Ursula Lettner (SPÖ) und das Ersatzmitglied Christian Deutsch (SPÖ), als Mitglied Ingrid Korosec (ÖVP) und als Ersatzmitglied Robert Parzer (ÖVP) am 26. November für das Mitglied Dr. Johannes Hahn (ÖVP) und das Ersatzmitglied Ingrid Korosec (ÖVP);
- Stadtentwicklung und Verkehr – als Mitglied Dr. Harald Troch (SPÖ) und als Ersatzmitglied Ingrid Schubert (SPÖ) am 17. Jänner für das Mitglied Petra Bayr (SPÖ) und das Ersatzmitglied Dr. Harald Troch (SPÖ), als Ersatzmitglied Mag. Rüdiger Maresch (GRÜNE) am 11. März für das Ersatzmitglied Günter Kenesei (GRÜNE), als Ersatzmitglied Günter Kenesei (GRÜNE) am 11. April für das Ersatzmitglied Mag. Rüdiger Maresch (GRÜNE), als Ersatzmitglied Siegi Lindenmayr (SPÖ) am 24. Juni für das Ersatzmitglied Mag. Sonja Ramskogler (SPÖ), als Ersatzmitglied Dkfm. Dr. Fritz Aichinger (ÖVP) am 26. November für das Ersatzmitglied Dr. Andreas Salcher (ÖVP);
- Umwelt – als Mitglieder Brigitta Zentner (SPÖ) und Jürgen Wutzlhofer (SPÖ) am 17. Jänner für die Mitglieder Petra Bayr (SPÖ) und Mag. Thomas Reindl (SPÖ), als Ersatzmitglied Günter Kenesei (GRÜNE) am 24. April für das Ersatzmitglied Dr. Sigrid Pilz (GRÜNE), als Ersatzmitglied Dr. Sigrid Pilz (GRÜNE) am 7. Mai für das Ersatzmitglied Günter Kenesei (GRÜNE), als Ersatzmitglied Hedwig Petrides (SPÖ) am 4. November für das Ersatzmitglied Ursula Lettner (SPÖ);
- Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung – als Mitglied Ingrid Schubert (SPÖ) und als Ersatzmitglied Brigitta Zentner (SPÖ) am 17. Jänner für das Mitglied Mag. Ruth Becher (SPÖ) und das Ersatzmitglied Petra Bayr (SPÖ), als Mitglied Hedwig Petrides (SPÖ) am 4. November für das Mitglied Ursula Lettner (SPÖ);

- Kontrollausschuss – als Ersatzmitglied Mag. Sonja Ramskogler (SPÖ) am 17. Jänner für das Ersatzmitglied Petra Bayr (SPÖ), als Ersatzmitglied Dr. Sigrid Pilz (GRÜNE) am 9. September für das Ersatzmitglied David Ellensohn (GRÜNE), als Ersatzmitglied David Ellensohn (GRÜNE) am 15. September für das Ersatzmitglied Dr. Sigrid Pilz (GRÜNE), als Ersatzmitglied Mag. Marie Ringler (GRÜNE) am 27. Oktober für das Ersatzmitglied David Ellensohn (GRÜNE), als Ersatzmitglied David Ellensohn (GRÜNE) am 30. Oktober für das Ersatzmitglied Mag. Marie Ringler (GRÜNE), als Ersatzmitglied Dr. Sigrid Pilz (GRÜNE) am 3. Dezember für das Ersatzmitglied David Ellensohn (GRÜNE), als Ersatzmitglied David Ellensohn (GRÜNE) am 15. Dezember für das Ersatzmitglied Dr. Sigrid Pilz (GRÜNE);
- Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt (KFA) der Bediensteten der Stadt Wien – als Mitglied Sandra Frauenberger (SPÖ) am 25. Juni für das Mitglied Martina Malyar (SPÖ);
- Gemeinderätliche Personalkommission – als Mitglied Erich Kniezanrek (Dienstnehmervertreter) am 25. Juni für das Mitglied Rudolf Hundstorfer (Dienstnehmervertreter), als Mitglied Mag. Barbara Feldmann (Dienstgebervertreterin) am 19. Dezember für das Mitglied Ingrid Lakatha (Dienstgebervertreterin);
- Gemeinderätliche Behindertenkommission – als Mitglied Brigitta Zentner (SPÖ) und als Ersatzmitglied Ingrid Schubert (SPÖ) am 17. Jänner für das Mitglied Petra Bayr (SPÖ) und das Ersatzmitglied Mag. Ruth Becher (SPÖ), als Ersatzmitglied Siegi Lindenmayr (SPÖ) am 26. Juni für das Ersatzmitglied Martina Malyar (SPÖ), als Mitglied Ingrid Schubert (SPÖ) und als Ersatzmitglied Hedwig Petrides (SPÖ) am 19. November für das Mitglied Ursula Lettner (SPÖ) und das Ersatzmitglied Ingrid Schubert (SPÖ);
- Gemeinderätliche Geriatriekommission – als Mitglied Rosemarie Polkorab (SPÖ) und als Ersatzmitglied Brigitta Zentner (SPÖ) am 26. Juni für das Mitglied Martina Malyar (SPÖ) und das Ersatzmitglied Rosemarie Polkorab (SPÖ), als Mitglied Brigitta Zentner (SPÖ) und als Ersatzmitglied Helga Klier (SPÖ) am 19. November für das Mitglied Ursula Lettner (SPÖ) und das Ersatzmitglied Brigitta Zentner (SPÖ);
- Gemeinderätliche Europakommission – als Mitglied Dr. Claudia Laschan (SPÖ) und als Ersatzmitglied Ingrid Schubert (SPÖ) am 17. Jänner für das Mitglied Mag. Ruth Becher (SPÖ) und das Ersatzmitglied Dr. Claudia Laschan (SPÖ), als Mitglied DDr. Bernhard Görg (ÖVP) am 26. November für das Mitglied Dr. Johannes Hahn (ÖVP);
- Immunitätskollegium – als Ersatzmitglied Dl Omar Al-Rawi (SPÖ) am 17. Jänner für das Ersatzmitglied Mag. Ruth Becher (SPÖ);
- Unvereinbarkeitsausschuss – als Ersatzmitglied Hedwig Petrides (SPÖ) am 20. November für das Ersatzmitglied Ursula Lettner (SPÖ);
- Ständiger Ausschuss – als Ersatzmitglied Mag. Sonja Wehsely (SPÖ) am 17. Jänner für das Ersatzmitglied Mag. Ruth Becher (SPÖ), als Mitglied Mag. Sonja Wehsely (SPÖ), und als Ersatzmitglied Heinz Vettermann (SPÖ) am 24. Juni für das Mitglied Martina Malyar (SPÖ) und das Ersatzmitglied Mag. Sonja Wehsely (SPÖ), als Ersatzmitglied Dr. Wolfgang Ulm (ÖVP) am 19. Dezember für das Ersatzmitglied Dr. Johannes Hahn (ÖVP).

Als Vertreter des Landes Wien im Bundesrat schieden aus:

- das an 11. Stelle gereihte Mitglied Stadträtin DI Dr. Herlinde Rothauer (ÖVP) mit Wirkung 16. Jänner,
- das an 11. Stelle gereihte Mitglied Mag. Michael Ikrath (ÖVP) mit Wirkung 4. März,
- das an 5. Stelle gereihte Ersatzmitglied Ing. Michael Chapo (ÖVP) mit 16. Oktober.

Als Vertreter des Landes Wien wurden in den Bundesrat entsendet:

- Dr. Elisabeth Hlavac (SPÖ) als an 6. Stelle gereihtes Mitglied und Abgeordnete Martina Ludwig (SPÖ) als an gleicher Stelle gereihtes Ersatzmitglied mit Wirkung 17. Jänner,
- Mag. Michael Ikrath (ÖVP) als an 11. Stelle gereihtes Mitglied und Dr. Franz Eduard Kühnel (ÖVP) als an gleicher Stelle gereihtes Ersatzmitglied mit Wirkung 17. Jänner,
- Mag. Werner Suppan (ÖVP) als an 11. Stelle gereihtes Ersatzmitglied mit Wirkung 7. März,
- Dr. Matthias Tschirf (ÖVP) als an 5. Stelle gereihtes Ersatzmitglied mit Wirkung 27. November.

Magistratsdirektion

Magistratsdirektion

Magistratsdirektion – Strategie und Kommunikation (MDS)

Die MDS ist eine im Jahr 2003 aus sechs Personen bestehende Stabsstelle, deren Leitung sich der Magistratsdirektor selbst vorbehalten hat. Sie wurde im Rahmen der Neuorganisation der Magistratsdirektion im Juli 2001 eingerichtet.

Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind die Wahrnehmung strategischer Aufgaben der Weiterentwicklung des Magistrats sowie die Assistenz des Magistratsdirektors insbesondere im Bereich der internen Kommunikation, der Öffentlichkeitsarbeit sowie der strategischen internationalen Kontakte. Sie unterstützt den Magistratsdirektor bei der Analyse von für die Verwaltung relevanten Entwicklungen, beim Konzerncontrolling und Berichtswesen sowie bei der Vorbereitung von Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung und der Strukturreform.

Wien hat in den vergangenen Jahren bereits große und erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um eine klassische öffentliche Verwaltung zu einem modernen, effizienten und kundenorientierten Dienstleistungskonzern weiterzuentwickeln. Ein wichtiger Faktor dieses umfassenden Modernisierungsprozesses ist auch die Intensivierung der Kommunikation der Verwaltungsspitze nach innen und außen. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe bildet einen weiteren Schwerpunkt in der Tätigkeit der MDS. Tatsächlich konnte in diesem Bereich ein Kulturwandel eingeleitet werden. Auf den Intranetseiten der MDS informiert der Magistratsdirektor über wichtige Themen, aktuelle Entwicklungen und grundsätzliche Überlegungen und bietet magistratsweit die Möglichkeit des Dialogs über E-Mail an.



Im Juni war eine Delegation aus Vilnius im Front-Office im 15. Bezirk zu Besuch.

Hauptziel der externen Öffentlichkeitsarbeit ist die verstärkte Positionierung des Magistrats als moderner, kundenorientierter Dienstleister. Verwaltungsmodernisierung und die Vermittlung einer modernen, transparenten Verwaltung zogen sich auch im Jahr 2003 als roter Faden durch die medialen Aktivitäten der MDS. Darüber hinaus stand die MDS auch anderen Geschäftsbereichen der Magistratsdirektion beratend und unterstützend bei Maßnahmen der internen und externen Kommunikation zur Verfügung.

Die rasante Veränderung der ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen – wie Globalisierung, europäische Integration, die Revolution der Informationstechnologien – stellen nicht nur die Wiener Stadtverwaltung vor neue Aufgaben. Andere Metropolen sind mit vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert. Die europäische Perspektive ist auch für die Städte immer wichtiger geworden. Die verbesserte Kommunikation zwischen den Verwaltungen der großen europäischen Städte innerhalb und außerhalb der gegenwärtigen Grenzen der Europäischen Union, die Vertretung gemeinsamer Interessen in Brüssel, Erfahrungsaustausch, Beratung und Wissenstransfer auf administrativer Ebene sind deshalb die Ziele einer Initiative des Wiener Magistratsdirektors, bei deren Umsetzung er von der MDS unterstützt wird. Im Jahr 2003 wurden unter anderem Arbeitstreffen mit den Verwaltungsspitzen von Ljubljana, Sofia, Prag, Riga, Vilnius, Bratislava und Brno organisiert. Auf diese Weise verdichtet sich sukzessive ein unbürokratisches, informelles und rasch funktionierendes Netzwerk des Spitzenmanagements europäischer Großstädte, zu dem unter anderen auch westeuropäische Metropolen wie Paris oder Dublin zählen. Intensiviert wurden auch die Kontakte und die Zusammenarbeit mit ausländischen diplomatischen Vertretungen in Wien.

Magistratsdirektion – Präsidialabteilung (MDP)

Im Jahr 2003 sind der Präsidialabteilung des Bürgermeisters 6.702 Geschäftsstücke zugegangen.

Das **Repräsentationsreferat** hatte im Berichtszeitraum 423 gesellschaftliche Veranstaltungen, 17 Eröffnungsfeierlichkeiten oder Grundsteinlegungen und 123 sonstige Veranstaltungen vorzubereiten und durchzuführen. Die 423 gesellschaftlichen Veranstaltungen wurden von insgesamt 118.621 Gästen besucht, von denen 48.430 aus dem Ausland kamen.

Im Hinblick auf ihre Größe wären besonders hervorzuheben die Empfänge anlässlich des Central & Eastern European Investors Forums (780 Personen), des Festes der neuen Wiener 2003 (700 Personen), des Tiroler Balles 2003 „Hall grüßt Wien" (768 Personen), des 23rd Annual Meeting and Scientific Sessions of the ISHLT (International

Society For Heart and Lung Transplantation) (1.170 Personen), des 24. Internationalen Wiener Motorensymposiums (723 Personen), des 8th International RNA-Kongresses 2003 (804 Personen), des Empfanges der Telekom Austria AG (785 Personen), der Benefizveranstaltung zu Gunsten der Vereine CliniClowns und Möwe (950 Personen), der 15. Jahreskonferenz der EAIE (European Association of International Education) (1.900 Personen), der Verleihung des Kleingartenpreises der Stadt Wien (760 Personen), der Ehrung der Österreichischen Staatsmeister 2002 (750 Personen), des 12th Annual Congresses of the European Association of Osseointegration (950 Personen), des 2nd EACTS/ESTS Joint Meetings (European Association for Cardio-thoracic Surgery and European Society of Thoracic Surgeons) (790 Personen), der Viennale 2003 (700 Personen), der Empfang von ausländischen Student/innen (1.080 Personen) und des Festtreffens ehemaliger Schweizerkinder (830 Personen).

Magistratsdirektion – Verfassungsdienst und EU-Angelegenheiten (MD-VD)

Mit Wirksamkeit 1. März 2003 wurde die Bezeichnung der Stabsstelle „Verfassungsdienst und Rechtsmittelangelegenheiten" in „Verfassungsdienst und EU-Angelegenheiten (MD-VD)" abgeändert. Mit gleicher Wirksamkeit wurde der Aufgabenkatalog der nunmehrigen MD-VD um die folgenden Bereiche erweitert: Angelegenheiten der europäischen Integration, wie Europäische Union (EU), Europäischer Wirtschaftsraum (EWR), Europarat, Ausschuss der Regionen sowie urbane und regionale Vereinigungen und Initiativen auf EU-Ebene einschließlich der damit verbundenen Außenkontakte, ausgenommen die von anderen Referaten der Magistratsdirektion wahrgenommenen Bereiche.

Der MD-VD wurde im Berichtsjahr auch die Führung der Geschäftsstelle der Europakommission des Wiener Gemeinderates und die Führung des Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel übertragen.

Zur Wahrnehmung dieser neuen Aufgaben wurde innerhalb der MD-VD die **Stabsstelle „Europäische Integration"** eingerichtet. Neben Routinetätigkeiten, die in der internen Einholung und der externen Abgabe von Stellungnahmen zu Entwürfen von Rechtsakten, Berichten und Arbeitsprogrammen der Europäischen Kommission, zu Berichten und Initiativen von Ratsgremien sowie zu Vorlagen des Europäischen Parlaments liegen, gehört sowohl die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen der Europakommission des Wiener Gemeinderates als auch die Vorbereitung deren Veranstaltungen zu den wesentlichsten Aufgaben.

Ein weiterer Aufgabenbereich der genannten Stabsstelle ist die **Vertretung der Stadt Wien im Ständigen Ausschuss der UCUE** (Union des Capitales de l'Union Europeénne). Dabei handelt es sich um eine eigenständige, nicht profitorientierte Vereinigung der Hauptstädte der

Im Jahr 2003 besuchten folgende Persönlichkeiten das Wiener Rathaus und trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein:

18. Juni	S.E. Staatspräsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien Abelaziz Bouteflika
3. Juli	S.E. Staatspräsident der Mongolei Natsagiin Bagabandi



Der mongolische Staatspräsident Natsagiin Bagabandi trug sich im Juli in das Goldene Buch der Stadt Wien ein.

Besuche von Bürgermeistern und hochrangigen Gästen 2003:

7. Jänner	Chairman LA Board of Supervisors Zev Yaroslavsky
9. Jänner	Primator der Stadt Prag Pavel Bem (anlässlich der Veranstaltung „Wien und seine Nachbarn")
23. Jänner	Stadtpräsident von Zürich Dr. Elmar Ledergerber
29. Jänner	Bürgermeister der Stadt Bratislava Dipl.-Ing. Andrej Ďurkovský
11. Februar	Elisabeth Gateau, Europäischer Konvent
27. Februar	Bürgermeister von Luxemburg Paul Helminger (anlässlich des Wiener Opernballs)
13. März	Bürgermeister der Stadt Bratislava Dipl.-Ing. Andrej Ďurkovský
14. März	Bürgermeisterin von Dubrovnik Dubravka Suica
23. April	UN Generalsekretär Kofi Annan
19. Mai	Bürgermeister von Muscat Abdullah bin Abbas bin Ahmed
19. Mai	Präsident der Provinz Ligurien Dr. Sandro Biasotti
6. Juni	Die Nobelpreisträger Univ.-Prof. Dr. Eric Kandel und Univ.-Prof. Dr. Walter Kohn
17. Juni	Wojwode von Kleinpolen Jerzy Adamik
18. Juni	Staatspräsident von Algerien S.E. Abdelaziz Bouteflika
24. Juni	Bürgermeister von Novi Sad Borislav Novakovic
3. Juli	Staatspräsident der Mongolei S.E. Natsagiin Bagabandi
3. bis 4. Juli	Bürgermeisterin von Ljubljana Danica Simsic
1. bis 3. September	Bürgermeister von Sana'a Ahmad Mohammad Al-Kahlany
3. September	Bürgermeister von Zlin Mag. Tomas Ulehla
23. bis 24. September	Bürgermeister von Minsk Michail J. Pawlow
8. Oktober	Ministerpräsident des Kantons Sarajevo Mag. Denis Zvizdic
23. Oktober	Yossi Beilin Yasir Abd Rabbou
28. Oktober	Bürgermeister der Stadt Bratislava Dipl.-Ing. Andrej Ďurkovský (Kooperation Wirtschaftskammer)
18. November	Altbürgermeister von Jerusalem Teddy Kollek
20. November	Generaldirektor des Nokia Konzerns Jorma Ollila (anlässlich des Schumpeterpreises)
24. November	Nobelpreisträger Imre Kertesz

Magistratsdirektion

Auslandsreisen des Bürgermeisters im Jahr 2003:

17. Februar	**Brüssel**	Konferenz zum Thema „Kohäsionspolitik"
26. März	**Berlin**	Wiener Wirtschaftsförderungsfonds – Präsentation
15. bis 16. Mai	**Posen**	RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas) – Hauptausschusssitzung und Europäischer Gemeindetag
12. Juni	**London**	Wiener Wirtschaftsförderungsfonds – Präsentation
13. Juni	**Paris**	Podiumsdiskussion zum Thema „Stadtplanungspolitik", Eröffnung der Wiener Architekturausstellung auf Einladung von Herrn Bgm. Betrand Delanoe
5. und 6. Juli	**Moskau**	Moskauer Bierfestival auf Einladung von Herrn Obgm. Jurij Luschkow
17. Oktober	**Belgrad**	Konferenz der Regierungschefs der ARGE Donauländer

Im Jahr 2003 wurden folgende Eröffnungen und Grundsteinlegungen, Benennungen und Inbetriebnahmen vorbereitet und durchgeführt:

19. Februar	Eröffnung der Landeskonferenz 2003 für die Mitarbeiter/innen des Pensionistenverbandes Österreichs
19. Februar	Eröffnung der Ausstellung „Jüdischer Widerstand"
23. März	Eröffnung der Messe für Menschen mit besonderen Bedürfnissen „Jeder für Jeden"
27. März	Eröffnung des Steiermark-Frühlings
7. April	Eröffnung der neuen Hauptbibliothek der Stadt Wien in 7., Urban-Loritz-Platz 2A
9. April	Eröffnung des Kongresses „Enter the Past – The E-Way into the Four Dimensions of Cultural Heritage"
9. Mai	Eröffnung der Wiener Festwochen 2003
4. Juni	Eröffnung der Informationsveranstaltung 30-jähriges Bestehen der Firma VA TECH SAT GmbH & Co
24. Juni	Eröffnung der Internationalen Konferenz „Urbanes Krisenmanagement in Europa am Beginn des 3. Jahrtausends"
5. Juli	Eröffnung des 32. Internationalen Jugendmusikfestivals „Jugend und Musik in Wien 2003"
8. September	Gedenktafelenthüllung – Erinnerung an den Wien-Besuch Ihrer Majestäten dem Kaiser Akihito und der Kaiserin Michiko von Japan am 14. Juli 2002
15. September	Eröffnung der 8. Internationalen Metropolis-Konferenz
1. Oktober	Eröffnung der Internationalen wissenschaftlichen Tagung „Bild und Wahrnehmung der Stadt"
13. Oktober	Eröffnung der Ausstellung „Mittel.Punkt: Zeitgenössische Plakate aus Mittel- und Osteuropa, Malta und Zypern"
10. November	Eröffnung der Jahrestagung der Internationalen Vereinigung der Richter
17. November	Eröffnung der Wiener Buchwoche 2003
1. Dezember	Eröffnung des Kunst-Adventkalenders auf dem Wiener Rathaus

Im Jahr 2003 fanden in der Volkshalle des Wiener Rathauses nachstehende Ausstellungen statt:

19. bis 31. März	Widerstand der Juden im 2. Weltkrieg (1.100 Personen)
7. bis 18. September	Visas for Life (960 Personen)
14. bis 29. Oktober	Zeitgenössische Plakatkunst in Mittel- und Osteuropa (800 Personen)
16. November bis 24. Dezember	Wiener Adventzauber 2003 (300.000 Personen)

Europäischen Union. Ziel dieser Vereinigung ist es, den ständigen Kontakt zwischen den Stadtverwaltungen der Mitgliedstädte aufrecht zu erhalten, um so das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl und das gegenseitige Verständnis zu stärken und dadurch zur Förderung des Europagedankens in den Mitgliedstaaten der EU beizutragen. Im Berichtsjahr 2003 haben im Juni und im November Sitzungen des Ständigen Ausschusses bzw. eine Tagung der Generalversammlung in Madrid stattgefunden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten lag im Berichtsjahr unter anderem auch in der Neustrukturierung des Informationsflusses betreffend der für die Stadt Wien relevanten Themen und Rechtsakten. An Veranstaltungen hat die Stabsstelle das **„Symposium über die Ergebnisse des EU-Konvents"** für die Europakommission des Wiener Gemeinderates organisiert, das am 16. September 2003 im Wiener Rathaus stattgefunden hat. Dabei wurde der am 10. Juli 2003 unterzeichnete und vom Europäischen Konvent erarbeitete Entwurf eines Europäischen Verfassungsvertrages vor allem im Hinblick auf die Verstärkung des Subsidiaritätsprinzips und der Schaffung einer eigenen Rechtsgrundlage zur Regelung der Leistungen der Daseinsvorsorge für die Städte und Regionen diskutiert.

Die Aktivitäten des von der MD-VD geführten **„Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel (VBB)"** standen überwiegend im Zeichen der Beschäftigung mit den Liberalisierungsplänen der Kommission in den Bereichen der **„Daseinsvorsorge"**, d. h. in den (bislang) öffentlichen Dienstleistungen, wie Nahverkehr oder Wasserversorgung. Dieses für die Städte und Gemeinden eminent wichtige Thema dominiert die Arbeit des VBB bereits seit 1998, wurde aber durch Erscheinen des „Grünbuchs" zu den Diensten im Allgemeinen oder im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse der Kommission einerseits und durch das EuGH-Urteil zum Fall Altmark-Trans („Magdeburg") sowie durch die Mitteilung der Kommission zur Wettbewerbsfähigkeit in großem Stil wieder in die europäische Agenda eingebracht. Weiters wurden die Vorgespräche zur Reform der Strukturfonds ab 2007 weitergeführt – hier brachte sich das VBB in diversen Netzwerken zur Stärkung der Städtepolitik der EU im Allgemeinen ein.

Die **Wahrnehmung der Berichtspflichten** rund um die Fachkommission COTER (territoriale Kohäsion) und die Plenartagungen des Ausschusses der Regionen, aber auch die Teilnahme an Hearings des Europäischen Parlaments und der Kommission rundeten die Aktivitäten des Verbindungsbüros ab. Die weit reichende Berichtstätigkeit bezog sich weiters auch auf allgemeine Themen, wie z. B. die Verhandlungen rund um die Neustrukturierung der EU-Institutionen („Konvent") im Hinblick auf die Erweiterung der EU.

Das Wien-Haus als **Plattform für fachliche und kulturelle Aktivitäten** hat sich als prestigeträchtiger Treffpunkt insbesondere für die deutschsprachigen EU-Europäer in Brüssel fest

etabliert. Nahezu allmonatlich finden Kulturabende statt, darunter eine „Wiener Vorlesung", oder Themenabende mit Podiumsdiskussionen („Daseinsvorsorge").

Mit Vorträgen über die Aufgaben eines Regionalbüros in Brüssel bzw. über Organisation und Arbeitsweise der EU war das Verbindungsbüro auch Anlaufstelle für zahlreiche **Besuchergruppen** aus Wien, u. a. von der Diplomatischen Akademie. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Mitwirkung des Verbindungsbüros bei der Organisation zahlreicher Besuche zu verweisen.

Im Gegensatz zu früheren Jahren, in denen die Ausbildung und Schulung von **Praktikant/innen** aus den **Stadtverwaltungen** der Beitrittsländer einen breiten Raum einnahmen, hat das Verbindungsbüro 2003, also „kurz" vor dem eigentlichen Beitritt der zehn neuen Länder, nur mehr einen Gast aus Pilsen (Tschechien) betreut. Dies ermöglichte es, die so genannten Praktikantenplätze Wiener Magistratsbeamt/innen, entweder zur mehrmonatigen Ausbildungszeit oder zu kurzzeitigen Aufenthalten zur Bearbeitung wichtiger strategischer Themen, zu überlassen.



Foto: MD-VD

Im November fand im Verbindungsbüro in Brüssel gemeinsam mit der Arbeiterkammer Wien eine Podiumsdiskussion zum Thema Daseinsvorsorge statt.

Neben diesem neuen, umfangreichen Aufgabengebiet und Tätigkeitsbereich lag ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der MD-VD auf dem Gebiet des **legistischen Dienstes**. In diesem Zusammenhang waren 322 Gesetz- und Verordnungsentwürfe des Bundes zu begutachten. Außerdem wurden die Vorlagen von 54 Landesgesetzen und 56 Verordnungen einer Prüfung unterzogen bzw. selbst ausgearbeitet. Des Weiteren wurde die Kundmachung von 22 Gesetzen, 42 Verordnungen und fünf Kundmachungen im Landesgesetzblatt veranlasst. Bei den rechtlichen Angelegenheiten der Europäischen Integration fielen 718 Geschäftsstücke an.

Neben der Weiterführung und Anpassung des internen Schulungs- und Weiterbildungsangebotes an den im Berichtsjahr geänderten Aufgabenkatalog wurde das bisherig auf Initiative der MD-VD gestartete **Weiterbildungsprogramm für Jurist/innen** der Stadt Wien auf dem Gebiet der Legistik im vergangenen Jahr zu einem fixen Bestandteil im Veranstaltungsprogramm der MD-VA. Das in zwei Module aufgeteilte Legistikseminar vermittelt unter starker Beachtung praxisbezogener Beispiele rechtssetzungstechnische Grundsätze für eine verständliche Rechtssprache, wichtige europarechtliche und verfassungsrechtliche Grundsätze. Ein wichtiger Schwerpunkt ist auch die Behandlung der anfallenden Gesetzesfolgekosten. Im Zuge des Legistikseminares werden den Zuhörer/innen auch die Wahlfächer Recht der Technik, Finanzrecht, Vergaberecht und Dienstrecht angeboten. Ein Angebot, das von den zahlreichen Teilnehmer/innen offenbar gerne angenommen wird.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich der MD-VD lag in der Vorbereitung und Herausgabe von Erlässen. Zur Klarstellung von Rechtsfragen wurden insgesamt sieben Erlässe vorbereitet bzw. herausgegeben. Hervorzuheben wäre die Ausarbeitung des Erlasses betreffend der elektronischen Abwicklung des Verfahrens zur Erstellung von Rechtsverordnungen. Entsprechend dieser Dienstanweisung hat das Ersuchen um Genehmigung des externen bzw. der gleichzeitigen Durchführung des internen und externen Begutachtungsverfahrens an die MD-VD sowie das Ersuchen um Stellungnahme an die im Begutachtungsverfahren beigezogenen Dienststellen unter Beischluss des Textgutes ausschließlich auf elektronischem Weg zu erfolgen. Die beigezogenen Dienststellen haben ihre Stellungnahmen an die federführende Dienststelle ebenfalls ausschließlich auf elektronischem Weg zu übersenden.

Der MD-VD oblag im Berichtsjahr auch die Führung der Geschäfte der Bauoberbehörde, Abgabenberufungskommission, des Berufungssenates, des Landesagrarsenates und der Bauordnungskommission. Ein Mitglied der MD-VD gehörte dem Vergabekontrollsenat nach dem Wiener Landesvergabegesetz als Mitglied an.

Von der Verbindungsstelle der Bundesländer wurden 619 Geschäftsfälle an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und von der MD-VD unter Einbindung der befassten Fachdienststellen erledigt.

Im Rahmen der Bauordnungskommission fanden zahlreiche Sitzungen statt, die wieder umfangreiche Vorarbeiten erforderlich machten. Insbesondere die Notwendigkeit, weitere Schritte bei der Reform der Wiener Bauordnung und den baurechtlichen Nebengesetzen zu setzen, hatte eine äußerst intensive und zeitaufwändige Tätigkeit der Bauordnungskommission zur Folge.

In Bauangelegenheiten waren 459 Rechtsmittelsachen, darunter fünf Verfügungen (Auf-

Magistratsdirektion

forderungen zur Erstattung von Gegenschriften usw.) des Verfassungsgerichtshofes und 32 Verfügungen des Verwaltungsgerichtshofes sowie 31 Devolutionsanträge zu bearbeiten. Weiters waren 101 Entwürfe von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen zu überprüfen.

An sonstigen Rechtsmittelsachen (Abgaben- und Administrativangelegenheiten) fielen 249, darunter sechs Verfügungen des Verfassungsgerichtshofes und 69 Verfügungen des Verwaltungsgerichtshofes sowie fünf Devolutionsanträge an. Überdies waren 646 Akten des Berufungssenates zu beurteilen und dem Senat zur Entscheidung vorzulegen. Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes sowie sonstige Akten anderer Dienststellen wurden ebenfalls überprüft.

Im Übrigen wurden Angehörige der MD-VD zu Besprechungen der Verbindungsstelle der Bundesländer und in Bundesministerien herangezogen, hielten Vorträge in der Verwaltungsakademie und waren in verschiedenen Prüfungskommissionen sowie als Mitglieder und Referenten in Kollegialorganen (Abgabenberufungskommission, Bauoberbehörde, Berufungssenat) tätig. Die Schriftführerdienste für diese Kollegialorgane wurden von Angehörigen der MD-VD besorgt.

Magistratsdirektion – Zivil- und Strafrecht (MDZ)

Die Dienststelle für Zivil- und Strafrecht hat 2003 zu 44 Gesetzesentwürfen – vor allem des Bundes, aber auch des Landes Wien – vom zivil- und strafrechtlichen Standpunkt Stellungnahmen abgegeben. Breiten Raum nahmen auch die Begutachtungen von EU-Richtlinien ein. Im Bereich der Disziplinaranwaltschaft wurden 33 Disziplinarsachen bearbeitet. In 56 Fällen haben Mitarbeiter der MDZ in Sitzungen der Vergabekommissionen zur Zielsetzung der Rechtmäßigkeit des Vergabeverfahrens beigetragen. Wie auch in den Vorjahren wurden sämtliche Dienststellen des Wiener Magistrats durch mündlich oder telefonisch erteilte Auskünfte, durch Teilnahme an Besprechungen und durch Verfassung von 552 schriftlichen Gutachten in zivil- und strafrechtlicher Hinsicht beraten, wobei Vergabeangelegenheiten einen weiteren Schwerpunkt bildeten.

Durch diese Beratungs- und Begutachtungstätigkeit konnte naturgemäß nicht allen Rechtskonflikten von vornherein vorgebeugt werden. Demgemäß fielen 288 Klagssachen an, die ihrerseits teilweise im Vergleichsweg bereinigt werden konnten, im Übrigen aber vor Gericht bzw. im Instanzenzug ausgetragen werden mussten. Darüber hinaus mussten 44 Mahnklagen eingebracht werden. 180 Gerichtsverfahren konnten im Jahre 2003 abgeschlossen werden, wobei 154 Prozesse gewonnen werden konnten und nur 26 verloren gingen. Der Gesamtstreitwert betrug 18.250.778,14 EUR, dabei konnten solcherart 17.735.411,23 EUR „erstritten" werden. Dies entspricht bei den Streitwerten einer Quote von 97 Prozent gewonnener zu 3 Prozent verlorenen Verfahren.

In 189 Beschwerden vor dem Verwaltungs- oder Verfassungsgerichtshof wurden die zugesprochenen Kosten – teilweise im Wege der Exekution – eingehoben bzw. angewiesen. Ferner waren 195 Liegenschaftsexekutionen, gelegentlich in Verbindung mit Kuratorbestellungen, zirka 200 sonstige Exekutionen (davon 78 für andere Dienststellen, der Rest in Fortführung eigener Prozesscausen) und 599 Insolvenzfälle zu behandeln.

Für Einvernahmen vor Gerichten oder Verwaltungsbehörden wurden 616 Entbindungen von der Amtsverschwiegenheit erteilt, die in weiterer Folge die zeugenschaftliche Vernehmung von Mitarbeitern der Stadt Wien ermöglichten. Schließlich waren noch 287 Rechtshilfeersuchen, drei Strafsachen und 50 sonstige Geschäftsstücke (Ausstellung von Vollmachten, Erteilung von Auskünften etc.) zu bearbeiten.

Magistratsdirektion – Bereichsleitung Dezentralisierung (MD-BLD)

Gemäß den Bestimmungen der Wiener Stadtverfassung und der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen wurden im Verwaltungsjahr 2003 der Bereichsleitung Dezentralisierung 215 Anträge und sechs Anfragen der Bezirke zur Weiterbearbeitung bzw. Erledigung durch die jeweils zuständige Fachdienststelle übermittelt.

15 Jahre Dezentralisierung

Mit dem Jahr 1979 wurde der politische Auftrag an die Verwaltung erteilt, die Bezirke in die Entscheidungsprozesse der Verwaltung einzubinden. Die entsprechenden rechtlichen Grundlagen, wie die Änderung der Wiener Stadtverfassung und die Erlassung von Bürgermeisterverordnungen, wurden vorbereitet und geschaffen.

Die Aufgaben, die den Bezirken im Jahr 1988 in diesem Sinne übertragen wurden, sind Grundelemente der Bezirksdemokratie. Die Stadtverwaltung hat sich somit auch mit ihren Rechten und Pflichten in die Bezirke verlagert. Die Dezentralisierung hat den Bezirksorganen ein Instrument in die Hand gegeben, bezirksbezogene bürgernahe Entscheidungen im Rahmen der gesetzlichen Vorgabe, rasch und effizient umsetzen zu können.

Auf Grund des 15-jährigen Bestandes der Dezentralisierung der Verwaltung wurde eine Sonderausgabe der Schriftenreihe „Perspektiven" veröffentlicht. Diese Broschüre beinhaltet die Idee, die Entwicklung und die Umsetzung der Dezentralisierung sowie die Erfahrungen der Bezirke.

Informationen an die Bezirke und von den Bezirken

Die vom Magistratsdirektor nominierten Bezirkskoordinator/innen haben im Jahr 2003 an neun Jour fixe-Besprechungen teilgenommen. In diesen Besprechungen erfolgte mit der Bereichsleitung Dezentralisierung ein entsprechender Informationsaustausch. Einerseits konnten allfällige Wünsche der Bezirke erläutert und andererseits

wichtige Informationen den Bezirken übertragen werden. Ferner hatten im Rahmen dieser Jour fixe-Besprechungen Vertreter/innen städtischer Dienststellen die Möglichkeit, fachspezifische Themen in Angelegenheiten, die die Aufgaben der Dezentralisierung berühren, vorzutragen bzw. zur Diskussion zu stellen. Ebenso wurde den Bezirkskoordinator/innen die in den diversen Medien veröffentlichten, bezirksbezogenen Artikel zur Information und allfälligen Bearbeitung zur Verfügung gestellt.

Budgetäre Betreuung von Haushaltsmitteln

Im Zusammenhang mit der Herstellung von Hauptstraßen in den einzelnen Bezirken wurden entsprechende Zuweisungen für überregionale Maßnahmen, die in den Bereich der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr fallen, verwaltet und die hiefür erforderlichen Anträge dem zuständigen Gemeinderatsausschuss zur Genehmigung der Kostenersätze vorgelegt. Diese finanziellen Zuweisungen beinhalten auch Maßnahmen, die mit der Herstellung, dem Ausbau bzw. der Umgestaltung von Straßen und Platzbereichen in Verbindung stehen. Die gesamten Zuweisungen betrugen für das Jahr 2003 rund 6,382 Mio. EUR.

Magistratsdirektion – Personalstelle Wiener Stadtwerke (MD-PWS)

Personalstandsangaben

Mit Stichtag 31. Dezember 2003 betrug der Personalstand der MD-PWS inklusive Karenzurlauber/innen und Präsenzdiener 12.381 Beschäftigte, davon 1.585 Frauen, wobei der Wienstrom GmbH 3.168, der Wienenergie Gasnetz GmbH 1.028, der Bestattung Wien GmbH 374, der Wiener Linien GmbH & Co KG 7.680 sowie der Wiener Stadtwerke Holding AG 131 Bedienstete zugewiesen waren. Die Zahl der Pensionsparteien belief sich am 31. Dezember 2003 auf 12.287. Im Jahr 2003 betrug die Anzahl der Versehrtenrenten nach dem UFG 153. In 26 Fällen bestand ein Anspruch auf Witwen- bzw. Witwerpension nach diesem Gesetz.

Am 31. Dezember 2003 wurden im Rahmen des Konzerns insgesamt 276 Lehrlinge (einschließlich jener der Fernwärme Wien GmbH) beschäftigt; Zum gleichen Zeitpunkt im Jahr 2002 waren es 236 Lehrlinge. Die Ausbildung erfolgt u. a. in den Berufen Bürokaufmann/frau, Elektroniker/in, Elektroenergietechniker/in, Kraftfahrzeugtechniker/in (Elektriker/in), Maschinenbautechniker/in, Kommunikationstechniker/in, Nachrichtenelektroniker/in, EDV-Techniker/in und Sanitär- und Klimatechniker/in (Gas- und Wasserinstallation). Weiters sind per 31. Dezember 2003 2.129 Personen direkt bei den Gesellschaften des Konzerns (einschließlich jener der Fernwärme Wien GmbH) beschäftigt.

Im Berichtsjahr betrug die Anzahl der Ruhestandsversetzungen 350. Das Pensionsantrittsdurchschnittsalter betrug 2003 ca. 56,7 Jahre (Schema I: 56,3; Schema II: 57,3 Jahre). Am 31. Dezember 2003 waren 82 Bedienstete des Schemas II/IV, sowie 72 Bedienstete des Schemas I/III teilzeitbeschäftigt. Im Berichtsjahr wurden außerdem rund 300 Förderungen (Beförderungen, a. o. Stufenvorrückungen, Titelverleihungen) bearbeitet.

Allgemeines

Im Zuge des **Projektes Unternehmenskultur** entwickelten im Jahr 2003 mehrere Arbeitsteams mit Vertreter/innen aus allen Konzerngesellschaften, unternehmensspezifische und den Unternehmensstrategien entsprechende Führungsgrundsätze. Die gemeinsam erarbeiteten Führungsgrundsätze, untermalt anhand konkreter „Praxisbeispiele, bieten sowohl für die Vorgesetzten als auch für die Mitarbeiter/innen einen Handlungsrahmen für ein konzernweit einheitliches Führungsverständnis. Ein begleitendes Schulungsprogramm für Führungskräfte wurde erarbeitet und wird 2004 implementiert.

Weitere Schwerpunkte:

- Umsetzung einer konzerneinheitlichen Stellenbeschreibung
- Erarbeitung eines Konzeptes zur Implementierung eines konzernweiten Personalcontrollings mit der Zielsetzung, den Personalaspekt als einen der wichtigsten unternehmerischen Gestaltungsfaktoren transparent und überschaubar zu machen, um die Effizienz der betrieblichen Abläufe zu erhöhen.
- Praktische Anwendung des Projekts Leistungsbeurteilung für Kollektivvertragsbedienstete auf Basis einer modernen EDV-unterstützten Bewertungsmethodik sowie Pilotierung auch in einzelnen Bereichen des zugewiesenen Personals.
- Auswahl der Mitarbeitervorsorgekasse durch Abschluss von Betriebsvereinbarungen sowie operative Umsetzung der betrieblichen Mitarbeitervorsorge („Abfertigung Neu") für Kollektivvertragsbedienstete.
- Vorbereitung und Abschluss von Betriebsvereinbarungen über die im Kollektivvertrag vorgesehene Pensionskassenregelung sowie Start der operativen Umsetzung.

Verrechnung der Pensionen

2003 wurden monatlich rund 12.291 Ruhe- und Versorgungsgenussbeziehern die Pensionsbezüge angewiesen. In 3.333 Fällen wurden Fremdpensionen (je nach dem ASVG, GSVG, BSVG bzw. PG 1965) mit den gebührenden Ruhe- und Versorgungsbezügen gemeinsam versteuert und ausbezahlt. 1.204 Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger erhielten ein Pflegegeld.

Bereich Personalentwicklung und -förderung

An den insgesamt 744 Veranstaltungen der Aus- und Weiterbildung (+21 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) haben 6.417 Personen (+38 Prozent) teilgenommen. Die Steigerungen im Vergleich zu 2002 sind in erster Linie auf den stark gestiegenen Bedarf an spezifischen Förderprojekten zurückzuführen.

Magistratsdirektion

Das **Schulungsangebot** umfasste die Bereiche EDV (insbesondere SAP-Schulungen), Fachschulungen (wie Vergaberecht, Kunden- und Energieberater/innenausbildung), verhaltensortierte Trainings, die Vorbereitungskurse zur Dienstprüfung, Informationsveranstaltungen, Seminare zu Managementtechnik und Persönlichkeitsentwicklung sowie spezifische Förderprojekte, wie z. B. Controller-Ausbildungslehrgänge und Rollout-Veranstaltungen zu den Führungsgrundsätzen. Zusätzlich zu dem Angebot der konzernübergreifenden Schulungen wurden diverse Fachkurse für spezifische Berufsgruppen einzelner Unternehmensbereiche angeboten. Weiters wurden erstmals fünf Kurse für die Newcomer-Ausbildung durchgeführt, an denen insgesamt 98 Personen teilnahmen.

Das Nachwuchsführungskräfteprogramm 2003 umfasste die weitere Programmerstellung, sowie die Organisation und Umsetzung dieser Seminare. Es wurden sechs Förder-Assessmentcenter einschließlich Auswertung und Einzelfeedback-Gespräche organisiert, vorbereitet und betreut, sowie 131 EDV-gestützte Potentialanalysen durchgeführt. Ende 2003 standen 102 Mitarbeiter/innen in Ausbildung zur Führungskraft.

Magistratsdirektion – Restitutionsangelegenheiten (MDR)

Die MDR bearbeitet ihr Aufgabengebiet in Kooperation mit den vergleichbaren Stellen des Bundes, wie z. B. dem Nationalfonds der Republik Österreich, dem Österreichischen Versöhnungsfonds und der Österreichischen Historikerkommission und anderen Organisationen, wie z. B. der Israelitischen Kultusgemeinde und deren Teilorganisationen. Dadurch konnten mehrere im Washingtoner Abkommen vom 17. Jänner 2001 vorgesehene Fragen schrittweise einer Lösung näher gebracht werden.

So konnte etwa ein Tauschvertrag mit der Bundesimmobiliengesellschaft zur Überführung der ehemaligen Sportstätte von „Hakoah" in das Eigentum der Stadt Wien vorbereitet werden. Ebenso wird – in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Historikerkommission – eine Durchsicht aller Liegenschaften, die zwischen 1938 bis 1945 an die Stadt Wien gekommen und restituiert worden sind, durchgeführt.

Zur Renovierung jüdischer Friedhöfe wurden organisatorische Vorbereitungen getroffen, wie z. B. die erste exakte Vermessung des Währinger Friedhofes. Mit der Baumsanierung hat der erste Schritt zur Wiederherstellung und parkähnlichen Öffnung begonnen. Überdies wirkt die MDR in anderen Restitutionsfragen, etwa im Bereich der bildenden Kunst, mit. Die MDR nahm auch an anderen zeitgeschichtlichen Initiativen, etwa um ein „Haus der Geschichte", ein „Shoah-Zentrum" oder rund um die Vorarbeiten zum „50 Jahr-Jubiläum des österreichischen Staatsvertrages" teil.

Auch die akut gewordene Frage von Ehrungen zur NS-Zeit bzw. von Ehrengräbern, welche zwischen 1938 und 1945 gestiftet worden sind, wurde durch Einsetzung einer eigenen Kommission Lösungsvorschlägen nähergeführt. Erleichtert wird diese Aufgabe durch eine intensive Kooperation anderer magistratischer Dienststellen.

Magistratsdirektion – Allgemeine Angelegenheiten (MDA)

Der Aufgabenbereich der MDA erfuhr im Berichtsjahr insofern eine Änderung, als mit 1. März 2003 jene Aufgaben der ehemaligen MD-EIW übernommen wurden, die nicht der MD-VD oder MD-AB zugeordnet wurden (siehe dazu das Kapitel „Referat Wissensmanagement und Koordination"). Aus diesen Aufgaben wurden jene der Koordinationsstelle Europäische Verkehrswege mit 1. Juni 2003 in die TINA Vienna Transport Strategies GmbH ausgegliedert, die Bediensteten zur Dienstleistung zu dieser Gesellschaft abgeordnet und eine entsprechende Vereinbarung mit dieser Gesellschaft über die Leistungserbringung und Finanzierung abgeschlossen.

Zur Regelung rechtlicher und organisatorischer Fragen wurden insgesamt 80 Erlässe der Magistratsdirektion und fünf Erlässe der MDA herausgegeben. Von der Verbindungsstelle der Bundesländer wurden 4.121 Geschäftsfälle an den Herrn Landesamtsdirektor bzw. das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und von der MDA einer Erledigung zugeführt oder an die befassten Fachdienststellen zur direkten Erledigung weitergeleitet.

Geschäftsbereich Strategie und Recht

Im Verwaltungsjahr 2003 wurden 75 an den Bürgermeister und Landeshauptmann bzw. an die amtsführenden Stadträt/innen gerichtete parlamentarische Initiativen bearbeitet und an deren Beantwortung mitgewirkt. Von diesen wurden zwei Initiativen als dringlich eingebracht.

Im Berichtsjahr oblag dem Geschäftsbereich Strategie und Recht auch die **Betreuung des Landtagspräsidenten**. Zu dieser Aufgabe gehörte unter anderem die Vorbereitung und die Teilnahme an zwei Landtagspräsidentenkonferenzen und zwei Landtagsdirektorenkonferenzen sowie die Teilnahme an der Konferenz der Parlamentspräsidenten der Hauptstadt-Regionen in der Europäischen Union in Brüssel sowie an der 7. CALRE-Konferenz der Präsidenten der Europäischen Regionalparlamente mit Legislativkompetenz in Reggio Calabria/Italien.

Im Berichtsjahr wurde mit Stichtag 31. Dezember 2003 die **Dienstaufsicht** über 121 leitende Bedienstete, wovon 61 im rechtskundigen Dienst standen, geführt. Es erfolgten 12 Übernahmen von Bediensteten aus anderen Dienstaufsichtsbereichen und fünf Versetzungen. 18 leitende Bedienstete sind ausgeschieden. Ferner waren Ausschreibungen für die Besetzung von 12 Dienstposten durchzuführen. Zwei Bedienstete mit

Sonderaufgaben gemäß § 11a GOM sind neu bestellt worden und bei 12 derartigen Bediensteten mit Sonderaufgaben erfolgten Änderungen der Bestellungen. Es endeten die Bestellungen von vier Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß § 11a GOM und von drei Projektkoordinatoren.

Geschäftsbereich Koordination

Vom Budgetkoordinator wurde im Berichtsjahr das Budget der „Geschäftsgruppe 0" (73 verschiedene Kostenstellen, darunter die Stabsstellen der MD, MBÄ, Büros der Bezirksvorsteher/innen, Unabhängiger Verwaltungssenat Wien, Kontrollamt, Unabhängiger Bedienstetenschutzbeauftragter etc.) koordiniert, das insgesamt rund 750 Mio. EUR ausmacht (davon rund 550 Mio. EUR an Personalkosten für die Wiener Stadtwerke). Mit 14 Informationen des Budgetkoordinators und zahlreichen Einzelgenehmigungen wurden die Ausgaben gesteuert und der Budgetrahmen gehalten. Für die MD-VA und den Teil der MD-OC, der früher die MD-VO bildete, wurde die betriebsmäßige Verrechnung ab 1. Jänner 2004 vorbereitet.

Vom Rechnungshof wurden der Stadt Wien im Jahr 2003 17 Berichte übermittelt, für welche Beschlüsse des Stadtsenates bzw. des Gemeinderates betreffend Stellungnahme und getroffene Maßnahmen bzw. Kenntnisnahme herbeigeführt wurden.

Im Jahr 2003 wurden zwei ordentliche Landesamtsdirektorenkonferenzen und zwei ordentliche Landeshauptmännerkonferenzen abgehalten und von der MDA vorbereitet. Es wurde eine Magistratsdirektorenkonferenz vorbereitet.

Vertreter der MDA nahmen an der 14. Konferenz der Regierungschefs der ARGE Donauländer, der 15. Sitzung der Arbeitsgruppe der Leitenden Beamten im Rahmen der ARGE Donauländer sowie an der 37. und 38. Sitzung der Stellvertreterkommission der Österreichischen Raumordnungskonferenz teil.

Im Rahmen des Österreich-Konvents werden von Vertretern der politischen Parteien, der Bundesregierung, der Bundesländer, des Städte- und Gemeindebundes, der Höchstgerichte, der Volksanwaltschaft sowie von Interessenvertretungen Vorschläge für eine grundlegende Staats- und Verfassungsreform ausgearbeitet, die eine zukunftsorientierte, kostengünstige, transparente und bürgernahe Erfüllung von Staatsaufgaben ermöglichen soll. Vorbereitende Arbeiten für die Vertreter Wiens wurden von der MDA koordiniert.

Änderungen relevanter ÖNORMEN machten die Überarbeitung der „Allgemeinen Angebots- und Vertragsbestimmungen der Stadt Wien" notwendig. Hierbei war unter anderem auf das mit 1. Juli 2003 auch für das Land Wien geltende **Bundesvergabegesetz 2002** Bedacht zu nehmen. Die Neufassung der „Allgemeinen Angebots- und Vertragsbestimmungen der Stadt Wien" erfolgte mit Erlass der Magistratsdirektion vom 27. Juni 2003, MDA-1036-1/03.

Im Zusammenhang mit der Geltung des Bundesvergabegesetzes 2002 für das Land Wien waren mehrere vergaberechtliche Erlässe der Magistratsdirektion zu modifizieren oder aufzuheben. So wurden u. a. die Vorgangsweise beim Abschluss von Rahmenverträgen mit Erlass der Magistratsdirektion vom 27. Juni 2003, MDA-1158-2/03, und die Bekanntmachungen zur Vergabe von Leistungen im Amtsblatt der Stadt Wien mit Erlass der Magistratsdirektion vom 31. Juli 2003, MDA-1204-3/03, neu geregelt. Die Richtlinien für die Vergabe von Leistungen durch Dienststellen der Stadt Wien wurden mit Erlass der Magistratsdirektion vom 27. Juni 2003, MDA-1206-1/03, aufgehoben.

Mit Erlass der Magistratsdirektion vom 29. Juli 2003, MDA-1207-1/03, wurde die Berücksichtigung der Umweltgerechtheit bei der Beschreibung der Leistung in Ausschreibungen geregelt.

Im Hinblick darauf, dass 2003 das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen war, ist der Erlass der Magistratsdirektion vom 8. Juli 2003, MDA-1500-2/03, betreffend die Fachstelle für barrierefreies, behinderten- und generationsgerechtes Planen, Bauen und Wohnen in der MA 12 anzuführen.

Weiters wurden zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen abgehalten, in denen neben grundsätzlichen Rechtsfragen das Kontraktmanagement und Controlling in den Magistratischen Bezirksämtern, das Projekt „MAMBA" (elektronische Kommunikation in den Magistratischen Bezirksämtern und zu anderen Magistratsabteilungen), die Neufassung des Organisationshandbuches der MBÄ und die Ziele und Arbeitsschwerpunkte für die nächsten Jahre behandelt wurden.

Die MDA hat im Berichtsjahr nach dem Muster der Kontrakte für das Jahr 2003 mit vier Pilot-Bezirksämtern (MBA 4/5, 12, 13/14 und 15) die Vorgaben der Auftraggeberseite für die Leistungskontrakte für das Jahr 2004 für alle MBÄ erarbeitet.

In den Stabsstellen der Magistratsdirektion wurde mit 1. April 2003 (MD-BD ab 1. Juli 2003) ein **einheitliches flexibles Gleitzeitmodell** verwirklicht, für das die MDA die organisatorischen Rahmenbedingungen (Zeiterfassungsgeräte, Administration der Gleitzeitkarten etc.) geschaffen hat. Außerdem wurde mit Erlass der Magistratsdirektion vom 27. November 2003, MDA-1726-7/03, für alle städtischen Dienststellen auch am Karfreitag, 24. und 31. Dezember die gleitende Arbeitszeit bzw. Flexibilisierungen für diese Tage eingeführt.

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat

Der Gemeinderat trat zu 15 öffentlichen und 10 nicht öffentlichen, der Landtag zu sieben öffentlichen Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat hielt 12, die Landesregierung 11, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuss zwei und der Unvereinbarkeitsausschuss je zwei Sitzungen ab. Der Gemeinderat behandelte in seinen Sit-

Magistratsdirektion

Auszeichnungen der Stadt und des Landes Wien im Jahr 2003

Stadtauszeichnungen:	
Bürger der Stadt Wien	1
Ehrenring der Stadt Wien	1
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold	6
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber	1
Professor-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Gold	2
Otto-Glöckel-Medaille der Stadt Wien	4
Gesamt	**24**
Landesauszeichnungen:	
Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien mit dem Stern	1
Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	1
Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	6
Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	70
Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	33
Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien	157
Silbernes Verdienstzeichen des Landes Wien	54
Einsatzmedaille des Landes Wien	1
Ehrenzeichen für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen in Silber	2
Ehrenzeichen für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen in Bronze	12
Gesamt	**337**
Insgesamt vergebene Stadt- und Landesauszeichnungen	**352**

Geehrte Jubilare im Jahr 2003

Hochzeitsjubilare:		**Geburtstagsjubilare:**	
Goldene Hochzeit	1.672 Paare	90. Geburtstage	3.134
Diamantene Hochzeit	372 Paare	95. Geburtstage	879
Eiserne Hochzeit	117 Paare	100. Geburtstage	102
Steinerne Hochzeit	23 Paare	101. Geburtstage	68
Gnaden Hochzeit	5 Paare	102. Geburtstage	23
Juwelen Hochzeit	1 Paar	103. Geburtstage	18
Insgesamt	**2.190 Paare**	104. Geburtstage	9
		105. Geburtstage	3
		106. Geburtstage	1
		107. Geburtstage	1
		Insgesamt	**4.238**

zungen 805, der Landtag 35, der Stadtsenat 1.176, die Landesregierung 535, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuss sieben und der Unvereinbarkeitsausschuss fünf Geschäftsstücke.

Der Stenografische Dienst der Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat erstellte im Berichtsjahr zu den Sitzungen des Gemeinderats 15 veröffentlichte und 10 nicht veröffentlichte und zu den Sitzungen des Landtags 7 veröffentlichte Wörtliche Protokolle. Im gleichen Umfang verfasste der Stenografische Dienst die Beschlussprotokolle zu den Sitzungen des Gemeinderats, des Landtags, des Stadtsenats und der Landesregierung.

Die am 20. März 2002 vom Gemeinderat eingerichtete Untersuchungskommission betreffend „Praxis der Wiener Flächenwidmungen" wurde nach Berichtslegung im Gemeinderat am 6. März beendet.

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 24. September eine Untersuchungskommission bezüglich „Gravierende Missstände bei der Pflege von alten Personen und Personen mit Behinderung im Verantwortungsbereich der Gemeinde Wien" eingerichtet. Im Berichtsjahr wurden sechs Sitzungen abgehalten und im gleichen Umfang Wörtliche Protokolle erstellt.

Referat Ehrungen

Das Referat Ehrungen hat im Jahr 2003 651 Prüfungsverfahren durchgeführt, die sowohl Auszeichnungen des Landes Wien und der Stadt Wien sowie Bundesauszeichnungen und die Verleihung von Berufstiteln betrafen. Davon wurden 352 Anträge auf Verleihung von Landes- und Stadtauszeichnungen positiv erledigt.

Über Ersuchen von Bundesdienststellen wurden sichtbare Auszeichnungen der Republik Österreich sowie Verleihungsdekrete von Berufstiteln, wie z. B. Hofräte, Regierungsräte, Medizinalräte etc. ausgefolgt.

Weiters wurden in Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung der Stadt Wien Kinder- und Jugendbuchpreise, Josef Kainz-Medaillen, Preise aus der Dr.-Karl-Renner-Stiftung und Preise der Stadt Wien und in Zusammenarbeit mit der MA 51 Sportehrenzeichen und Sportpreise der Stadt Wien überreicht. Insgesamt wurden 118 Überreichungen im feierlichen Rahmen vorgenommen. Im Bereich der Geburtstags- und Hochzeitsjubiläen wurden 2.190 Hochzeitsjubelpaare durch die Stadt Wien geehrt und mit Ehrengaben im Gesamtwert von 795.000 EUR bedacht. Die Hochzeitsjubilar/innen wurden auch an acht Terminen vom Herrn Bürgermeister zu einer Wiener Jause mit Musikprogramm in den Festsaal des Wiener Rathauses eingeladen. Weiters wurden 4.238 Geburtstagsjubilar/innen geehrt, welche Ehrengaben im Gesamtwert von 981.000 EUR erhielten.

Referat Wissensmanagement und Koordination

Neben den Arbeiten zur Reorganisation des Referats einschließlich der reibungslosen Übertragung von Aufgaben an die MD-VD und MD-AB lag ein Schwerpunkt der Arbeiten in der Vorbereitung der Verbesserung des Wissensmanagements, also der Frage, wie man das im Magistrat vorhandene Wissen unabhängig von den derzeitigen Wissensträgern allen Bediensteten verfügbar machen kann, die es für ihre Tätigkeit benötigen. Im Zusammenhang damit stehen auch die Vorarbeiten zur Neugestaltung der **Forschungsdatenbank im Intranet**, um einen besseren Zugang zu aktuellen Forschungsprojekten zu ermöglichen. Zur Kooperation mit dem Bund und den Bundesländern wurden Zusammenstellungen über abgeschlossene und bestehende Kooperationen sowie offene Fragen und angestrebte Kooperationen erarbeitet. Die MDA wirkte an der magistrats-

internen Arbeitsgruppe für die „Europaregion Wien" und der Projekteinreichung „Donauhanse" im Rahmen von INTERREG mit, ebenso im Lenkungsausschuss UN-Best Practices Hub Wien.

Weiters wurden die Interessen der Stadt Wien im Executive Committee von **EUROCITIES** wahrgenommen. Besondere Bedeutung im Hinblick auf den EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten hatte das East/West-Committee von EUROCITIES, in dessen Rahmen die Wiener Erfahrungen mit dem EU-Beitritt an die Städte der Beitrittskandidatenländer weitergegeben werden konnten und in dem die MDA vertreten war. Ein weiterer Schwerpunkt war die Vorbereitung der Jahreshauptversammlung von EUROCITIES in Wien im Jahr 2004.

Magistratsdirektion – Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen (MD-KS)

Der Magistratsdirektion – Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen sind das Dezernat Zivilschutz, Krisenmanagement, Sicherheit, das Dezernat Sofortmaßnahmen und das Dezernat Fahrservice zugeteilt. Mit Stichtag 31. Dezember 2003 waren in der MD-KS insgesamt 31 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

Zivilschutz, Krisenmanagement, Sicherheit

Die Notunterkunft für obdachlos gewordene Katastrophenopfer konnte soweit fertig gestellt werden, dass im Anlassfall ein jederzeitiger Betrieb möglich ist.

Im Zuge der kompletten Erneuerung der Sirenensteuerung des akustischen Warn- und Alarmsystems der Stadt Wien erfolgte auch der Umbau und die Renovierung der Katastrophenleitzentrale.

Geprägt war das Jahr auch durch die Übernahme der Federführung für ein Funkkommunikationsprojekt, das alle innerhalb des Verwaltungsbereichs der Stadt Wien liegenden Abteilungen und Organisationen, die Funk verwenden, sowie die freiwilligen Einsatzorganisationen in einem gemeinsamen **„Funknetz Wien"** vereinen soll.

Im November wurden über Auftrag des Bürgermeisters innerhalb einer Woche 500 Unterkunftsplätze für obdachlose Asylwerber in zwei Einrichtungen, die von der Volkshilfe und dem Roten Kreuz geführt werden, geschaffen.

Das Jahr 2003 brachte auch die endgültige Bewährung für die **Akutbetreuung Wien** mit insgesamt 269 Einsätzen, bei denen bewiesen wurde, wie wichtig das von der Dienststelle eingeführte rund um die Uhr verfügbare System der Psychosozialen Akutbetreuung für die Betroffenen ist. Die Akutbetreuung Wien stellt nunmehr innerhalb der für die Hilfeleistung an der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Einsatzorganisationen einen integrierten Teil dar.

Neben diesen „Highlights" wurde eine Reihe von weiteren wichtigen Projekten fortgeführt bzw. begonnen, wie etwa die Erneuerung des Krisenmanagementprogramms, die Festlegung von Stromversorgungsprioritäten gemeinsam mit Wienstrom, die Erweiterung und Ergänzung der Objektschutzdaten gemeinsam mit dem Militärkommando Wien, die laufende Schulung der Mitarbeiter der MA 55 für den Einsatz beim Informationstelefon bei Großschadens- und Katastrophenereignissen, die Erstellung einer Studie zur Sicherstellung der Medikamentenversorgung sowie die Durchführung von Schulungs- und Informationsveranstaltungen auf dem Gebiet des Krisenmanagements für Krankenpflegeschulen, für Permanenzjuristen und Permanenzingenieure, für Kursabsolventen des C/B-Aufstiegskurses, für die Helfer Wiens, für die Landesverteidigungsakademie und die Sanitätsschule des Österreichischen Bundesheeres sowie für verschiedene Bezirkskatastrophenschutzkommissionen. Darüber hinaus wurde zur Förderung des Gedankens der Integrierten Einsatz Führungs Ausbildung (IEFA) gemeinsam mit dem ASBÖ Wien und der Sanitätsschule ein Workshop über integriertes Schnittstellenmanagement für Einsatzorganisationen, Dienststellen der Stadt Wien, des Bundes sowie privaten Unternehmungen durchgeführt.

Auf dem Gebiet der Sicherheitsagenden wurden Beratungen bei verschiedenen Dienststellen, wie etwa der MA 48, der MA 62 und des UVS, durchgeführt. Besonders erwähnenswert ist die Initiierung einer Zusammenarbeit zwischen Österreichischer Nationalbank und MA 6 im Hinblick auf Schulung des Kassenpersonals bzw. Informationsaustausch im Zusammenhang mit dem Erkennen gefälschter Banknoten.

Aktivitäten mit Auslandsbezug im Jahr 2003

- Vom 18. bis 20. Februar fand im Rahmen der Zusammenarbeit auf Ebene des Krisenmanagements zwischen Wien und dem Land **Masowien/Warschau** der Besuch einer Delegation aus Wien in Warschau statt. Wichtigstes Arbeitsergebnis dieses Besuches war der Abschluss einer Vereinbarung betreffend die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und Krisenmanagements zwischen den verantwortlichen Stellen der Stadt Wien und dem Land Masowien/Warschau.
- Vom 31. März bis 3. April nahmen ein Vertreter der MD-KS sowie eine Vertreterin der Akutbetreuung Wien – Fachliche Leitung am **„European Workshop on the psychosocial care to the victims of major accidents and to their families"** in Carcassonne/Frankreich teil. Im Rahmen dieses Workshops wurde das Projekt „Akutbetreuung Wien" einem internationalen Fachpublikum vorgestellt.
- Vom 13. bis 14. Mai 2003 fand ein Besuch vom Leiter der MD-KS in **Belgrad** statt. Gegenstand des Gesprächs mit Herrn Vizebürgermeister Spasic war die künftige Zusammenarbeit der beiden Städte im Rahmen des Krisenmanagements und Katastrophenschutzes.

Magistratsdirektion

- Die MD-KS veranstaltete vom 23. bis 26. Juni eine internationale Konferenz **„Urbanes Krisenmanagement in Europa am Beginn des 3. Jahrtausends"**, an der Experten aus Belgrad, Budapest, Bratislava, Krakau, Laibach, Moskau, Prag und Warschau teilnahmen. Im Rahmen dieser Veranstaltung haben die für die Bereiche Krisenmanagement, Sicherheit und Katastrophenschutz zuständigen Repräsentanten der o. a. Städte zu den Generalthemen Feuerwehrwesen/Katastrophenschutz, Rettungswesen/Katastrophenmedizin, Sicherheit auf Ebene Exekutive und Militär sowie Krisenmanagement Stellung genommen. In vier Workshops wurden Informationen über den aktuellen Stand und die zukünftige Entwicklung ausgetauscht und die Zusammenarbeit und Kooperation unter den Städten vertieft. Die Konferenz endete mit der Unterzeichnung einer Wiener Deklaration betreffend die weitere Zusammenarbeit der Städte.
- Am 3. September fand ein Besuch des Leiters des Dezernates Sofortmaßnahmen der MD-KS in **Laibach** statt. Gegenstand dieses Besuches war ein Vortrag zum Thema Akutbetreuung im Brandfall im Rahmen eines Symposiums für allgemeine Sicherheit und Brandschutz.
- Vom 22. bis 24. September fand im Rahmen der Zusammenarbeit auf Ebene des Krisenmanagements zwischen den Städten Wien und Krakau der Besuch einer Delegation aus Wien in **Krakau** statt. Gegenstand des Besuches war ein Erfahrungsaustausch der Katastrophenschutzexperten beider Städte.
- Vom 3. bis 7. November fand im Rahmen der Städtekooperation zwischen den Städten Wien und dem Land Masowien/Warschau eine intensive Schulung auf Ebene des Krisenmanagements in **Warschau** statt. Den Vertretern des Wiener Krisenmanagements schlossen sich Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr Wien, der Berufsrettung Wien und der Bundespolizeidirektion Wien an. Neben einem theoretischen Unterricht wurden auch die Einsatzzentrale der Warschauer Polizei, eine neu eingerichtete Rettungsstation mit angeschlossenem, neu errichtetem Spital auf dem Gebiet des Landes Masowien und diverse Gerätschaften, Einsatzfahrzeuge und Spezialeinheiten der Feuerwehr der Stadt Warschau vorgestellt. Des Weiteren wurde in einem Gespräch mit dem Vizebürgermeister der Stadt Warschau eine intensivere Zusammenarbeit der Städte Warschau und Wien vereinbart.
- Vom 17. bis 19. November fand der erstmalige Besuch einer hochrangigen Delegation aus **Niš/Jugoslawien** in Wien statt. Gegenstand des Besuches waren Expertengespräche zum Thema Katastrophenschutz.

Sofortmaßnahmen

- **Hausbesetzung:** In der ehemaligen Männerherberge in 20., Meldemannstraße 27, kam es im November 2003 zu einer spontanen Hausbesetzung durch Sympathisanten und Aktivisten. Es gelang schließlich den Mitarbeitern des Dezernates, die Hausbesetzer zu überzeugen und zu einem friedlichen Abzug zu bewegen.
- **Hagelschäden:** Im Mai wurden Teile Wiens von einem großflächigen Hagelunwetter überrascht, wovon unter anderem viele landwirtschaftliche Betriebe betroffen waren. Im Auftrag von Bürgermeister Dr. Häupl wurde eine Anlaufstelle für die betroffenen Betriebe eingerichtet. In weiterer Folge wurde eine von allen Seiten akzeptable finanzielle Lösung und Abgeltung verhandelt, die den Bestand der Wiener Wein- und Obstbaubetriebe gewährleisten soll.
- **Gasexplosion:** Am 1. Mai 2003 kam es in 3., Klopsteinplatz 6, zu einer Gasexplosion mit beträchtlichem Schadensausmaß, wobei glücklicherweise keine Personen zu Schaden kamen. Durch das Dezernat Sofortmaßnahmen wurden in den ersten Einsatzstunden maßgebliche koordinierende Schritte gesetzt, Ersatzquartiere angeboten, sowie entsprechende Maßnahmen getroffen, die eine rasche Wiederbesiedelung des Hauses sicherstellten.
- **Unbefugter Beherbergungsbetrieb:** Im November 2003 wurde vom MBA 15 die Schließung eines unbefugten Beherbergungsbetriebes in 15., Ullmannstraße 31/13, verfügt. Vom Dezernat Sofortmaßnahmen wurde die Amtshandlung koordinierend geleitet.
- **Planquadrataktionen Bettler & Straßenmusikanten:** Der in den letzten Jahren vermehrt auftretenden Problematik der vorwiegend ausländischen Bettler und Straßenmusikanten im Bereich der Wiener Innenstadt und U-Bahnstationen wurde in gemeinsamen Aktionen mit der Bundespolizeidirektion Wien und den Wiener Linien massivst entgegengetreten.
- **Fiaker:** Die Fiakerszene wurde im Hinblick auf die kommende Gesetzesänderung mehrmals unter Federführung des Dezernates Sofortmaßnahmen – unangesagt – einer Überprüfung unterzogen.
- **Lokale, Problemhäuser & Roadrunner:** Durch Mitarbeiter des Dezernates Sofortmaßnahmen wurden im vergangenen Jahr wieder unzählige Lokale und Problembetriebe in den Bezirken 2, 10, 11, 16, 17 und 22, aber auch die Situation in Bezug auf Roadrunner in Wien kontrolliert. Durch diese gemeinsamen Überprüfungen mit der Bundespolizeidirektion Wien gelang es, eine Verbesserung der Situation vor allem zum Wohle und Schutz der Anrainer zu erzielen.
- **Warenausräumungen:** Eine besondere Aktion war auch die gezielte Überprüfung von Warenausräumungen in 1., Graben und anderen Adressen.
- **Brand:** Bei insgesamt 28 Wohnungsbränden sowie einer Gasexplosion wurde Hilfestellung geleistet. Hauptsächlich wurden die von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen zunächst in Ersatzunterkünfte untergebracht bzw. in weiterer Folge in jener Form betreut, dass Prekariumswohnungen bereitgestellt oder die Anordnung von behördlichen Verfügungen beschleunigt und koordiniert wurden. In 17 Fällen musste mit notstandspolizeilichen Maßnahmen gemäß der Reinhalteverordnung bzw. Feuerpolizeigesetz vorgegangen werden.

- **Gesetzesnovellierung:** Mitarbeit bei der Novellierung des Gebrauchsabgabegesetzes. Hier wurden die Erfahrungswerte des Dezernates Sofortmaßnahmen mit in die Änderungsnovelle eingearbeitet.

Aktionen

Die Schwerpunktaktionen mit dem Arbeitstitel **„Rathausmänner unterwegs"** wurden auch im Jahre 2003 im Sinne einer bürgernahen Serviceeinrichtung erfolgreich fortgesetzt. Hierbei wurde jeweils das gesamte Straßennetz eines Bezirkes innerhalb eines Tages mit bis zu drei Teams abgefahren und Schadensfälle bereits im Vorfeld von Beschwerden aufgespürt.

Mit 1. April 2003 wurde die bisher verwendete elektronische Arbeitsdatei „Straßenschadensdatei" aufgelassen und es werden nunmehr alle Beschwerde- bzw. Schadensfälle im magistratsübergreifenden einheitlichen System **„Zentrales Bürgeranliegenmanagement"** (ZBM) erfasst und bearbeitet. Dieses wurde im Berichtsjahr in weiteren Dienststellen verwendet. Durch den Einsatz des ZBM konnten sowohl die Durchlaufzeit der Geschäftsfälle als auch die Kosten reduziert werden.

Fahrservice

Neben der Beistellung von Dienstkraftwagen für Funktionsträger der Stadt Wien und für alle städtischen Dienststellen wurden 2003 auch Diensttaxis beauftragt und abgerechnet. Neben der Verrechnung und Personalführung von 50 Kraftwagenlenkern und 17 Werkstättenmitarbeitern werden vom Fahrservice auch die Budgetmittel für den eigenen Bereich verwaltet. Diese Mittel beinhalten die Beschaffung von Ersatzmaterialien und Reparaturarbeiten für die Betreuung von 100 Fahrzeugen des eigenen Bereiches und 186 Fahrzeugen der Magistratsabteilungen 11, 14, 15, 17, 22, 29, 34, 41, 42, 45, 46, 47, 49, 51, 55, des Krankenanstaltenverbundes, des SPÖ-Klubs und der Gewerkschaft, sowie die Anschaffung von Ersatzfahrzeugen und Betriebseinrichtungen für das Pkw-Service Center. Dem gegenüber stehen Einnahmen aus Leistungserlösen für Bereitstellung von Fahrzeugen mit Lenkern und Reparaturarbeiten an Dienstkraftwagen für andere Abteilungen.

Der Pannendienst des Dezernats verzeichnete 22 Hilfsfahrten für Personen- und Kombinationskraftwagen von den verschiedenen Dienststellen des Magistrats. Das Dezernat Fahrservice Fahrtechnik-Sicherheitslehrgänge schult die eigenen Mitarbeiter auf die verschiedenartigsten Situationen des täglichen Straßenverkehrs, weiters werden ihnen alle Veränderungen der Straßenverkehrsordnung und des Kraftfahrgesetzes bekannt gegeben. Im Jahr 2003 wurden im April 56 und im Oktober 23 Mitarbeiter in Teesdorf diesbezüglich geschult bzw. weitergebildet.

Magistratsdirektion – Klimaschutzkoordinationsstelle (MD-KLI)

Grundlage für die Arbeit der Klimaschutzkoordinationsstelle im Jahr 2003 bildeten die Ergebnisse des Workshops vom Oktober 2002. Auf diesem wurde von allen Mitarbeiter/innen der MD-KLI sowie des KliP-Expert/innen-Netzwerkes Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2003 erarbeitet. Weiters waren Mitglieder der MD-KLI in zahlreichen KliP-relevanten Arbeitsgruppen vertreten, beispielsweise in den bereits erwähnten magistratsübergreifenden Projekten ÖkoKauf Wien, PUMA, aber auch etwa im Magistratsteam zur Lokalen Agenda 21 und im Projekt Autofreier Tag.

Die MD-KLI vertritt die Stadt Wien weiterhin im sogenannten „Kyoto-Forum" beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Nicht zuletzt wurden im Berichtszeitraum zahlreiche Stellungnahmen zu klimarelevanten Themen abgegeben.

Förderaktion Fernwärme

Sie wurde im April 2003 vom Wiener Gemeinderat beschlossen und ist ein besonders wirksames Instrument zur Verringerung der CO_2-Emissionen. Ansuchen können Hauseigentümer ebenso wie Mieter. Um das KliP-Ziel zu erreichen, müssten 94.000 Wohnungen bis zum Jahr 2010 angeschlossen werden. Gefördert wird der Austausch der Heizkessel und Leitungen zu den Wohnungen ebenso wie der Einzelwohnungsanschluss. Bei dieser Förderung gilt der Grundsatz: Je höher der Klimaschutzeffekt, desto höher die Förderung. Demzufolge wird der Austausch von Kohleheizungen auf Fernwärme wesentlich höher gefördert als der von Gasheizungen. Das maximale Fördervolumen beträgt 23 Mio. EUR.

Die Ökoförderung

Sie gilt für Kleingarten-Wohnhäuser, sowie Ein- und Zweifamilienwohnhäuser. Am höchsten gefördert wird ein Haus in Passivhausbauweise. Die Förderung erhöht sich noch, wenn die Warmwasseraufbereitung mittels Wärmepumpe erfolgt und noch mehr Förderung gibt es, wenn die Wärmepumpe noch zusätzlich auch für die Raumheizung verwendet wird. Wird ein Haus in Niedrigenergiebauweise errichtet, so gibt es zusätzlich zur üblichen Wohnbauförderung noch einen nicht rückzahlbaren Zuschuss. Der Zuschuss erhöht sich wieder bei einem Haus mit Wärmerückgewinnung durch eine mechanische Be- und Entlüftungsanlage. Das geschätzte Fördervolumen beträgt 1,2 Mio. EUR.

Monitoring Wohnbauförderung

Die MD-KLI hat „raum & kommunikation" mit einer Studie zur „Entwicklung eines Verfahrensvorschlags zur Einrichtung eines Monitoringsystems im geförderten Wiener Wohnungsneubau im Hinblick auf seinen Beitrag zum kommunalen Klimaschutz" beauftragt. Basierend auf dieser

Magistratsdirektion

Studie wird die bereits bestehende Datenbank der MA 25, die die wichtigsten Informationen für sämtliche geförderten mehrgeschoßigen Wohnbauten enthält, im Zuge der Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinien bis 2006 ausgebaut. Für die Evaluierung der KliP-Maßnahmen wird in regelmäßigen Abständen (einmal pro Jahr) aus den bestehenden Daten eine zusammenfassende Auswertung (Anzahl und Flächen der Gebäude, für die eine Wohnbauförderung zugesichert wurde, und der tatsächlich fertig gestellten Gebäude sowie jeweils berechnete CO_2-Einsparung im Vergleich zum BauO-Mindeststandard von 1990) gemacht und der MD-KLI für den Bericht an den Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden.

Novelle zur Sanierungsverordnung

Im September 2003 wurde eine Novelle der Sanierungsverordnung beschlossen, bei der einige Verbesserungen im Hinblick auf den Klimaschutz vorgenommen wurden. Als Basis dieser Verbesserungen dienten die im Auftrag der MA 22 von der E.V.A. erstellte Studie „Evaluierung der (heiz)-energierelevanten Förderungen der Stadt Wien" sowie das von „raum & kommunikation" im Auftrag der Geschäftsgruppe Wohnen durchgeführte Projekt „Thewosan upgrade". Wichtigster Inhalt der Novelle sind Verbesserungen der Förderschiene Thewosan zur thermischenergetischen Wohnhaussanierung, vor allem eine 4-stufige Staffelung mit höherem Maximalfördersatz, Einführung einer Zusatzförderung für energetische Sanierungsmaßnahmen, zusätzliches Förderdarlehen für die beiden anspruchsvollsten Stufen. Außerdem wurde eine zusätzliche Förderung für thermisch-energetische Maßnahmen, die im Zuge von Sockelsanierungen durchgeführt werden, eingeführt. Eine weitere Neuerung ist die Förderung der Umstellung vorhandener Heizungen in Gebäuden oder einzelnen Wohnungen auf Fernwärme oder außerhalb des fernwärmeversorgten Gebietes auf Gasbrennwerttechnologie oder erneuerbare Energieträger. Weiters können nunmehr auch thermisch-energetische Sanierungsmaßnahmen im Zuge von Dachbodenausbauten gefördert werden.

Umweltmanagement im Magistrat

Das Projekt Umweltmanagement in Amtshäusern der Stadt Wien (PUMA) wird auf der Ebene „Gesamtmagistrat" intensiv vorangetrieben. Weitere Schwerpunkte liegen derzeit bei den Kindertagesheimen und Schulen. Weiterhin werden auch PUMA-Projekte in einzelnen Amtshäusern fortgesetzt.

Beschaffung

Am Projekt ÖkoKauf Wien, in dem Kriterien für die umweltgerechte Beschaffung von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen festgelegt werden, wird intensiv weitergearbeitet, es entstehen laufend neue Kriterienkataloge. Ein neuer Erlass des Magistratsdirektors (MDA-1207-1/03) wird dem Projekt zusätzlichen Rückenwind verschaffen. Ein Kooperationsvertrag zwischen Stadt Wien und Normungsinstitut ist unter Dach und Fach, es konnte auch bereits ein Kriterienkatalog, der von der ÖkoKauf-Arbeitsgruppe Tiefbau ausgearbeitet wurde, als so genannte **ÖNORM-Regel** verabschiedet werden. Auch international ist das Projekt sehr angesehen. Ein EU-Filmteam war in Wien und hat einen Film über dieses Projekt gedreht, der im Rahmen einer EU-Veranstaltung in Brüssel vorgeführt worden ist. Zwei Teammitglieder vom Wiener Krankenanstaltenverbund und von der Wiener Umweltanwaltschaft wurden eingeladen, bei der **„EcoProcura 2003"** im schwedischen Göteborg Vorträge zu halten.

Die Konferenz „EcoProcura", organisiert vom Internationalen Rat für Kommunale Umweltinitiativen, fand vom 8. bis 10. September 2003 unter dem Titel „Mainstreaming umweltfreundlicher Beschaffung in Europa" statt und brachte Entscheidungsträger, Einkäufer und Lieferanten aus ganz Europa zusammen. Im Rahmen von Vorträgen, Workshops und runden Tischen wurden zu den letzten Entwicklungen im öffentlichen Beschaffungswesen Erfahrungen ausgetauscht, Probleme diskutiert und Best-practice-Beispiele vorgestellt.

Masterplan Verkehr

Aufbauend auf dem Verkehrskonzept 1994 wurde im Jahr 2003 ein Masterplan Verkehr ausgearbeitet und im November 2003 vom Wiener Gemeinderat beschlossen. Er enthält viele klimarelevante Aspekte wie klare Prioritäten beim Öffentlichen Verkehr, Radverkehr und zu Fuß in Wien, die eine Reduktion des Motorisierten Individualverkehrs von 35 Prozent auf 25 Prozent bis 2020 zugunsten des Öffentlichen Verkehrs, des Radverkehrs und der Fußgänger/innen bewirken. Zu den wichtigsten Projekten des Masterplans Verkehr zählen unter anderem der Durchgangsbahnhof „Wien – Europa Mitte" anstelle des derzeitigen Südbahnhofs, die Erweiterung des U-Bahn-Netzes, der Bau neuer Straßenbahnlinien, der Ausbau des Radwegenetz bis 2006 auf 1.000 km, vorgeschriebene Gehsteigmindestbreiten von 2 m, die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, sowie der Ausbau und die Förderung zusätzlicher Garagen und Park & Ride-Anlagen. Der Masterplan Verkehr sieht weiters eine Bewusstseins- und PR-Offensive zur Optimierung des Verkehrsverhaltens vor, da rund 37 Prozent aller Pkw-Fahrten in Wien ohne wesentliche Qualitätseinbußen auch zu Fuß, per Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden können.

Der Stadtentwicklungsplan 2005 – STEP

Der Stadtentwicklungsplan legt in großen Zügen den weiteren geordneten Ausbau der Stadt fest. Er bestimmt die Verteilung von Nutzungen, weist Entwicklungsgebiete, übergeordnete Grün- und Freiräume sowie die übergeordnete Verkehrsinfrastruktur (U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn und hochrangiges Straßennetz) aus.

Die Erarbeitung erfolgt durch ein aus verschiedenen Magistratsdienststellen zusammengesetztes Team, in dem auch ein Mitarbeiter der MD-KLI vertreten ist. Dieses wird durch ein externes fachliches Begleitteam und ein externes Öffentlichkeitsarbeitsteam unterstützt.

Bezirksberichte

Um in verstärkte Kommunikation mit den Bezirken zu treten, wurde für jeden Wiener Gemeindebezirk ein Bericht erstellt. Diese Bezirksberichte beinhalten u. a. eine kurze Darstellung des KliP Wien und der Klimaschutzkoordinationsstelle sowie Beispiele von Umsetzungsmaßnahmen in ganz Wien und speziell für den einzelnen Bezirk. Diese Berichte sollen in einer Info- und Diskussionsveranstaltung mit den Bezirksvorstehungen Anfang 2004 vorgestellt werden.

KliP Workshop 2003

Vom 7. bis 10. Oktober 2003 fand der jährliche Workshop der Klimaschutzkoordinationsstelle in Litschau statt. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit der KliP-Umsetzung war bereits im Vorfeld des Workshops beschlossen worden, einige Erweiterungen des KliP auszuarbeiten und der politischen Ebene vorzulegen, und zwar in den Bereichen Abfallwirtschaft, Kühlen/Klimatisieren und Parkraumpolitik. Diesbezüglich wurden Arbeitsgruppen gebildet.

Öffentlichkeitsarbeit

Um die Ziele des Klimaschutzprogramms der Stadt Wien zu erreichen, ist die aktive Mitarbeit der Wiener Bevölkerung, sowie der Mitarbeiter/innen der Wiener Stadtverwaltung von ausschlaggebender Bedeutung. Daher sollen die Maßnahmen des KliP Wien im Rahmen einer effizienten und gezielten Öffentlichkeitsarbeit an verschiedene Zielgruppen herangetragen werden. Aus diesem Grund hat die MD-KLI im Herbst 2003 die Firma ikp – Kommunikationsplanung und Öffentlichkeitsarbeit GmbH – beauftragt, gemeinsam mit Mitarbeiter/innen der MD-KLI, den Magistratsabteilungen 22, 28, 29, 48, 53, dem Wiener Krankenanstaltenverbund, Wien Energie und den Wiener Linien ein **Kommunikationskonzept zum KliP Wien** zu erstellen. Es soll den Bekanntheitsgrad des KliP Wien steigern, seinen Nutzen bei den verschiedenen Zielgruppen innerhalb und außerhalb der Wiener Stadtverwaltung kommunizieren, Wien als Umweltmusterstadt noch mehr in den Blickpunkt rücken, die Aktivitäten der Stadt im Bereich Klimaschutz sichtbar machen, die Präsenz von KliP Wien in den Medien erhöhen und auch eine verbesserte interne Kommunikation schaffen.

Zu den weiteren Aktivitäten in der Öffentlichkeitsarbeit zählen die Erstellung einer Basispressemappe für Journalist/innen, die Herstellung einer Plakatserie in verschiedenen Formaten, die auf Veranstaltungen, Ausstellungen etc. eingesetzt werden können sowie die Erstellung eines Internetauftrittes und einer Internetdokumentation von Öko-Energieanlagen in Zusammenarbeit mit der Wiener Umweltanwaltschaft.

Magistratsdirektion – Personalmanagement und Förderangelegenheiten (MD-PM)

In Verfolgung des Zieles der Konzentration der Aufgaben der Magistratsdirektion auf strategische und besondere Angelegenheiten sowie der gleichzeitigen Übertragung operativer Tätigkeiten in die Selbstständigkeit der Dienststellen wurde im Jahr 2003 eine **Neustrukturierung** der MD-PM durchgeführt, die sowohl den Aufgabenumfang, die Tiefe der Wahrnehmung sowie die Aufbau- und Ablauforganisation umfasst hat. Ziel dabei war es, die Konzentration auf grundsätzliche, koordinative und strategische Aufgabenstellungen im Personalmanagement zu richten, die Geschäftsfälle innerhalb jeweils einer Gruppe zu bündeln und alle wesentlichen Geschäftsfelder des Personalmanagements abzudecken. Gleichzeitig konnten im Zuge dieser Reform Personalressourcen eingespart werden.

Die MD-PM hatte am 31. Dezember die Dienstaufsicht über:

322	Rechtskundige Bedienstete
217	Bedienstete des höheren Verwaltungdienstes
10	Bedienstete des höheren Archivdienstes
18	Bedienstete des höheren Bibliotheksdienstes
19	Bedienstete des höheren Dienstes in den Museen
550	Bedienstete des höheren technischen Dienstes
20	Bedienstete des höheren Forstdienstes
61	Psycholog/innen
5	Ärzt/innen
1	Tierärzt/innen
2.361	Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes
759	Fachbedienstete des technischen Dienstes
11	Sozialpädagog/innen
691	Sozialarbeiter/innen
186	Bedienstete der elektronischen Datenverarbeitung
3.719	Kanzleibedienstete
1.259	Betriebsbedienstete, Bedienstete des technischen Dienstes, Werkmeister/innen
639	Amtsgehilf/innen
7.898	Sondervertragsbedienstete (Redakteur/ innen), Gesundheits- und Krankenschwestern/Gesundheits- und Krankenpfleger, Aufseher/innen, Kraftwagenlenker/innen, Facharbeiter/innen, Arbeiter/innen, Hilfskräfte, Überwachungsorgane für den ruhenden Verkehr und für die Kurzparkzonen usw.
18.746	**Bedienstete insgesamt**

Im Jahr 2003 wurden nach erfolgter Eignungsfeststellung 15 rechtskundige Bedienstete, 25 Bedienstete des höheren technischen Dienstes, 11 Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes, 40 Fachbedienstete des technischen Dienstes, 90 Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes, 18 Werkmeister, 69 Kanzleibedienstete sowie sechs Amtsgehilf/innen in den Dienst der Stadt Wien aufgenommen. Zur Abdeckung des Gesamtbedarfes an

Magistratsdirektion

Kanzleibediensteten wurden zusätzlich 144 ausgelernte Bürokaufmanns(frau)lehrlinge in den Kanzleidienst übernommen.

Im Zusammenhang mit einer weiteren Erhöhung der Selbstständigkeit auf dezentraler Ebene wurde im Kalenderjahr 2003 die Zuständigkeit zur weiteren Zuweisung (Versetzung, Zuteilung) des Personals den Dienststellen gemäß § 5 Abs. 1 GOM übertragen. In Verbindung mit der **magistratsinternen elektronischen Job-Börse** wurde damit der Prozess der Suche, Rekrutierung und Versetzung (Dienstzuteilung) von Mitarbeiter/innen dezentral in den Dienststellen gebündelt. Zum Zweck einer einfachen und raschen Administration wurde dafür eine entsprechende EDV-Lösung im Rahmen eines Workflow entwickelt und im dezentralen Personalverwaltungssystem (VIPer) implementiert. Durch diese elektronische Unterstützung entspricht der Prozess daher in hohem Maße dem e-Government.

Im Berichtsjahr erfolgte die Zusammenlegung der MA 23, 24 und 32 zur MA 34 – Bau- und Gebäudemanagement. Ebenso wurde das Liegenschaftsmanagement neu strukturiert und die MA 40 mit der MA 69 zusammen gelegt. Organisationsänderungen erfolgten auch in der MA 4 und der MA 44. In allen Fällen wurden die daraus resultierenden notwendigen Personalmaßnahmen den Erfordernissen entsprechend gesetzt. Auch die **Führungskräftenachwuchsausbildung** wurde im Jahr 2003 erfolgreich weitergeführt. Demnach wurde im Jahr 2003 der 5. Lehrgang mit einem Hearing abgeschlossen, im Jänner 2004 wird der 6. Lehrgang beendet werden. Im November 2003 startete der 7. Lehrgang. Das Hearing erfolgt in Form einer Präsentation durch jede/n Teilnehmer/in in Anwesenheit leitender Bediensteter der Magistratsdirektion. Die Inhalte des modulartig aufgebauten Lehrgangs sowie die ergänzenden Bildungsangebote entsprechen den hohen Anforderungen, die an Führungskräfte bei der Stadt Wien gestellt werden, wobei auch verstärkt auf zukünftige Aufgabenschwerpunkte, wie z. B. Change Management, eingegangen wird. Im Jahr 2003 konnten insgesamt 12 Mitarbeiter/innen, teilweise unter Mitwirkung des Vereins „Passerelle", für die Dauer von jeweils circa 6 Monaten in verschiedene Privatunternehmen entsendet werden, um in diesen die **betriebliche Praxis** kennen zu lernen.

Die seit Jahren bestehenden Anstrengungen, behinderten Menschen bei der Stadt Wien einen Arbeitsplatz zu bieten, wurden auch im Berichtsjahr fortgesetzt. 12 begünstigte Behinderte konnten nach Feststellung ihrer individuellen Einsatzmöglichkeiten unter Berücksichtigung ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie ihrer beruflichen Qualifikation einerseits und Schaffung sinnvoller Beschäftigungsmöglichkeiten im Einvernehmen mit den Dienststellen andererseits im Rahmen der **Arbeitsintegrationsinitiative für Behinderte** aufgenommen werden.

Im Sommer 2003 ging das neue Mitarbeiter/innen-Informationsportal im Intranet online. Das Ziel war, auf einer einzigen Plattform alle Informationen und Serviceleistungen anzubieten, die für die Bediensteten der Stadt Wien von Interesse sind. Das Portal ist in Form einer übersichtlichen Seite mit Verzweigungsmöglichkeiten gestaltet. Besonderes Augenmerk wurde auf eine klare Struktur gelegt, damit die gesuchten Themen einfach und schnell zu finden sind. Das breit gefächerte Angebot enthält zahlreiche Themenbereiche, die auf der Startseite des Portals direkt anklickbar sind. Im Anlassfall findet man zusätzlich aktuelle Hinweise (z. B. auf Volksbegehren).

Ein weiteres Projekt, das als Service für die Bediensteten eingerichtet wurde, ist seit Ende des Jahres die Möglichkeit zum **Internet Banking** über den Dienst-PC. Nach einer Änderung der Geschäftsordnung des Magistrats können die Mitarbeiter/innen der Stadt Wien nun über ihren Dienst-PC private Internet Banking-Geschäfte im Zusammenhang mit dem eigenen Gehaltskonto bei Kreditinstituten erledigen. Sie erhalten auf speziellen Einstiegsseiten rasch einen Überblick über die aktuellen Konditionen für Stadt Wien-Bedienstete, haben jederzeit Zugriff auf das Gehaltskonto, und können Bankgeschäfte im Zusammenhang mit diesem unabhängig von Banköffnungszeiten abwickeln. Durch derartige Tätigkeiten dürfen allerdings der ordnungsgemäße Dienstbetrieb und die Dienstleistungsbereitschaft nicht beeinträchtigt werden. Voraussetzung für ein solches Internet Banking ist eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Kreditinstitut und der Stadt Wien über die Erfüllung bestimmter Qualitätskriterien, damit die Gewährleistung der Datensicherheit durch das Kreditinstitut sowie die Wahrnehmung der Fürsorgepflicht für minderjährige Bedienstete durch die Stadt Wien sichergestellt sind. Bezüglich der Auswahl der Partnerinstitute gibt es keine Präferenzen. Die Kreditinstitute verpflichten sich, Maßnahmen im Bereich der Lehrlings- und Gesundheitsförderung des Magistrats zu sponsern.

Die Koordination des seit 2000 zum Einsatz gelangten **VIPer-Systems** (Verwaltung Integrierter Personaldaten) auf dezentraler Ebene hinsichtlich vorzunehmender Erweiterungen wurde fortgeführt. Zur Wahrnehmung der Vorschriften des Datenschutzes bzw. der Einhaltung der PC-Betriebsordnung erfolgte die Festlegung der Zugriffsmöglichkeit in den einzelnen Bereichen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Grundlagen. In diesem Zusammenhang wurden Erweiterungs- und Änderungsmeldungen bei den WIPIS und VIPer-Datenschutzmeldungen für das Datenverarbeitungsregister sowie bei den WIPIS und VIPer-Organisationskonzepten vorgenommen.

Magistratsdirektion – Berufliche Gesundheitsförderung (MD-BG)

Aufgabenschwerpunkte im Jahr 2003

Konzept der beruflichen Gesundheitsförderung – Mitarbeiter/innenbefragungen

Es wurden standardisierte Fragebögen und ein Auswertungswerkzeug erarbeitet. Diese werden über das Intranet zur Verfügung gestellt und sind von den Dienststellen (Personalstellen) abrufbar. Die Dienststellen legen eine Mitarbeiter/innenbefragung fest und zeichnen für die Verteilung der Fragebögen (mit Kuvert) verantwortlich. Um allfällige Ängste bei den Mitarbeiter/innen möglichst gering zu halten, erfolgt der Rücklauf an den/die jeweilige/n Arbeitsmediziner/in. Die Auswertungen werden in den Dienstellen (Personalstellen) mittels des über das Intranet abrufbaren Auswertungswerkzeuges durchgeführt. In Gesundheitsförderungsgruppen werden die mittels Fragebögen erhobenen Probleme diskutiert und Lösungsansätze erarbeitet. Das Konzept wurde in ausgewählten Pilotdienststellen getestet.

Krankenstandsevaluierung

Hinsichtlich der Krankenstandsursachenforschung 2002 erfolgte eine nähere Betrachtung mehrerer Magistratsabteilungen unter anderem in Gesprächen mit den Personalvertretungen sowie den Dienststellenleiter/innen. In einer Dienststelle wurde in Zusammenarbeit mit dem arbeitsmedizinischen Dienst eine Mitarbeiter/innenbefragung durchgeführt. Zur Orientierung über die aktuelle Entwicklung der Abwesenheitstage erfolgt eine monatliche statistische Auswertung. Im Hinblick auf die steigende Entwicklung der durchschnittlichen Abwesenheitstage gegenüber den Vorjahren wurde in Zusammenarbeit mit Dienstaufsichtsstellen unter arbeitsmedizinischer Fachkompetenz ein Katalog gegensteuernder Maßnahmen erstellt.

Weiters wurde die Krankenstandsentwicklung des Pflegepersonals in Geriatriezentren dargestellt. Die Krankenstandsentwicklung des Pflegepersonals des Geriatriezentrums Baumgarten wurde einer eingehenden Analyse unterzogen.

Einsatz von Defibrillatoren

Der plötzliche Herztod verursacht die meisten Todesfälle weltweit. Es wurden daher 49 größere städtische Amtshäuser, auf zentrale Initiative, mit 76 Defibrillatoren ausgestattet. Diese Geräte können bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand durch sofortigen Einsatz Leben retten. Es wurden die Durchführungsmaßnahmen dieser Aktion koordiniert und dabei die Aufstellungsorte festgelegt, die Geräteauswahl, Installation und Hinweisbeschilderung angeordnet sowie die Anwender/innenschulung und Informations-Kampagne initiiert.

Sponsoring-Projekte

Für die Möglichkeit, Internet-Banking über den Dienst-PC Bediensteten der Stadt Wien anzubieten, sponsern Kreditinstitute verschiedene gesundheitsfördernde Maßnahmen. Es wurden dafür Projekte wie Wirbelsäulenprävention, Rückenschule, Gesundheitstraining, progressive Muskelentspannung, Stressabbau etc. ausfindig gemacht und Kontakte mit verschiedenen diesbezüglichen Anbietern hergestellt. In weiterer Folge werden diese Angebote mit den budgetären Sponsorangeboten in Einklang gebracht.

Sicherheitsvertrauenspersonen

Gemäß § 78 Absatz 1 Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 (W-BedSchG 1998) wurden die Sicherheitsvertrauenspersonen für eine weitere Funktionsdauer von vier Jahren für die Dienststellen des Magistrats bestellt.

Erhöhung der Akzeptanz bedienstetenschutzrechtlicher Bestimmungen

Zu diesem Zweck wurden die persönlichen Kontaktnahmen mit den Dienststellenleiter/innen weitergeführt und zur Abklärung aktueller Fragen bzw. im Rahmen der von der MD-BG angebotenen Hilfestellungen in mehreren Dienststellen Besuche durchgeführt.

Supervision

Von der MD-BG wird als Soforthilfe in Krisensituationen Supervision für alle Dienststellen angeboten. Im Jahr 2003 konnte diese Hilfestellung in vier Dienststellen für 32 Bedienstete in 24 Sitzungen von drei Supervisor/innen geleistet werden. Auf Grund der gewonnenen Erfahrungen stellt sich Gruppensupervision als wichtige Maßnahme zum Schutz der Gesundheit von Bediensteten gemäß § 3 W-BedSchG 1998, LGBl. Nr. 49/1998, dar.

Eignungs- und Folgeuntersuchungen

Es wurde ein System zur Durchführung der nach dem W-BedSchG 1998 erforderlichen Eignungs- und Folgeuntersuchungen geschaffen und der Ablauf durch ein Schreiben an die Dienststellen geregelt.

Ausbau einer einschlägigen Judikatensammlung, einer Fachbibliothek sowie eines Archivs medialer Informationsträger

Sowohl die Sammlung themenbezogener Videokassetten als auch die Bibliothek wurden erweitert. Die Sammlungen dienen einerseits der grundsätzlichen Information zum Thema Bedienstetenschutz und andererseits der Bearbeitung von konkreten Einzelaufgaben zu diesem Thema. Weiters wurde der Aufbau einer Aufsatzsammlung aus juristischen und technischen Fachzeitschriften zum Thema Arbeitnehmer/innen- und Bedienstetenschutz fortgeführt. Auch Erkenntnisse der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts als

Magistratsdirektion

auch des Obersten Gerichtshofs werden – soweit diese für den Arbeitnehmer/innen- bzw. Bedienstetenschutz relevant sind – gesammelt.

Zentrales Informationsnetz mit gesundheitsrelevanten Themen („Gesundheits-Web")

Es erfolgt unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen primär die laufende Aktualisierung des bestehenden Web-Angebots. Die Konzeption eines erweiterten Portals sowie die Erweiterung des Angebots der abrufbaren Inhalte befindet sich in der Testphase.

Schutzimpfungen

Eine Regelung für die Verabreichung von Schutzimpfungen auf Grund bedienstetenschutzrechtlicher Bestimmungen an Bedienstete der Stadt Wien wurde erstellt und zur Durchführung veröffentlicht.

Diverse Koordinationstätigkeiten

- Es wurden Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen sowie Fragen des Arbeitnehmer/innen- und Bedienstetenschutzes abgegeben.
- Im Bereich der Stadt Wien erfolgte ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit dem unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten, der MA 34 und der Personalvertretung.
- Informationsaustausch über gesundheitsfördernde Aktionen im Bereich der Lehrlinge.
- Für neu eintretende Mitarbeiter/innen der Stadt Wien wurde eine Information über Bedienstetenschutz und berufliche Gesundheitsförderung verfasst.

Magistratsdirektion – Interne Revision und Personalressourcensteuerung (MD-IR)

Die Interne Revision unterstützt als Konzernrevision des Magistrats die Erreichung der grundlegenden Verwaltungsziele. Sie bewertet Effektivität und Effizienz der Kontrollen, des Risikomanagements sowie der Führungs- und Überwachungsprozesse. Die Stabsstelle orientiert sich an den internationalen Standards für die berufliche Praxis der Internen Revision (Professional Practices Framework). Neben der Revision werden auch strategische Personalaufgaben wahrgenommen. Die Interne Revision informiert im **Internet** unter www.wien.at/verwaltung/internerevision sowie im **Intranet** unter www.intern.magwien.gv.at/mir.



Prüfung einer EDV-Anwendung durch Mitarbeiter der „EDV-Revision".

Interne Revision

Der im Vorjahr mit Kontrollamt und Verwaltungsakademie ins Leben gerufene **Lehrgang für Interne Revision** wurde mit dem 11. Modul „Grundzüge des Management Audits" abgeschlossen. Damit konnte eine wichtige Maßnahme zur Qualitätssicherung in Revision und Kontrolle etabliert werden. Die Vortragenden aus Agrarmarkt Austria, Bundeskanzleramt, Bundeskriminalamt, Gesellschaft für Wirtschaftspsychologie und Organisationsdynamik, Internen Revisionen, KDZ – Managementberatungs- und WeiterbildungsGmbH, Kontrollamt, Wiener Stadtverwaltung, Wirtschaftsuniversität, ÖBB und Österreichischem Rechnungshof trugen entscheidend dazu bei. Die ersten Mitarbeiter/innen nehmen Anfang 2004 an einer schriftlichen Klausurarbeit teil. Der zweite Lehrgang beginnt im April 2004.

Revisionen erfolgten in den Magistratsabteilungen 2, 4, 6, 7, 11, 11 A, 12, 13, 14, 15, 16, 18, 19, 20, 21 A, 21 B, 22, 25, 27, 28, 30, 31, 33, 34, 37, 38, 39, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 53, 55, 56, 58, 59, 60, 62, 63, 64, 65, 67, 68, 69, 70 und in Magistratischen Bezirksämtern (MBÄ) sowie in den Unternehmungen Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) und Wiener Wohnen.

Personalrevisionen betrachteten Zulagengebarung, Personalbedarf und Auslastung von Dienststellen und bewerteten Arbeitsplätze. Im Rahmen einer Organisationsprüfung wurden Personalentwicklungsmaßnahmen einer technischen Dienststelle betrachtet. Auf Grund von Feststellungen der Pflegeheimaufsicht im KAV waren die entsprechenden Verantwortlichkeiten und das interne Kontrollsystem zu prüfen. Personalwirtschaftliche Maßnahmen von Dienststellen waren zu beobachten. Insgesamt wurden 30 Prüfprojekte realisiert.

Kaufmännische Revisionen bezogen sich auf Kontrollsystem, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit im Finanzmanagement und Controlling, in der Subventionsgebarung und Wohnbauförderung. Weiters waren ausgewählte Investitionsentscheidungen, die Abwicklung EU-geförderter Projekte und eine mit SAP R/3 geführte Anlagenbuchhaltung Gegenstand der Einschau. Insgesamt wurden 14 Revisionen durchgeführt.

EDV-Revisionen legten den Fokus erneut auf die Wirtschaftlichkeits- und Projektprüfung von SAP R/3. Maßnahmen zur Erhöhung der Systemsicherheit wurden einem Follow-Up

unterzogen. Geprüft wurde ein EDV-Projekt zur Unterstützung der Liegenschaftsverwaltung. Einen ständigen Schwerpunkt stellte die Complianceprüfung von Datenschutz- und Datensicherheitsvorschriften dar. Die Weiterentwicklung bestehender E-Governmentangebote des Magistrats war ebenso Prüfungsgegenstand. Der Prozess IKT-Sicherheit wurde im Rahmen von Lenkungsgremien begleitet. Zwölf EDV-Revisionsprojekte wurden umgesetzt.

Technische Revisionen (Baurevisionen) umfassten die Abwicklung von Flächenwidmungsverfahren und die Effektivität und Effizienz der Baupolizei. Die Koordination von Bauvorhaben, die Vergabe und Abrechnung von Bau- und Planungsleistungen waren Mittelpunkt von Prozess- und Systemprüfungen. Neben der begleitenden (ex ante) Prüfung aktueller Bauvorhaben wurde auch das IKS bei Ausschreibungen und Vergaben geprüft. Weiters wurde das Thema Projektplanung und Qualitätsmanagement behandelt. Das Baumanagement der Unternehmungen wurde ebenso einer Einschau unterzogen wie die Zusammenarbeit mit Baubetreuern. Es wurden 50 Revisionsprojekte bearbeitet.

Rechtliche Revisionen befassten sich mit Effektivität und Effizienz von Behörden, Wahrnehmung von Genehmigungsaufgaben im Interesse von Bürger/innen und Wirtschaft, aber auch mit behördlicher Aufsicht. Ein weiteres Prüfthema war die Verbesserung interner Kontrollsysteme, insbesondere des 2003 von der Stadtverwaltung neu übernommenen Fundwesens. 25 Gesetzes- und Erlassentwürfe wurden begutachtet.

Im Berichtszeitraum wurden 177 **Dienstaufsichtsbeschwerden** behandelt. Dies bedeutete gegenüber den 169 Fällen des Vorjahres keine signifikante Steigerung. Obwohl für die Dienststellen das grundlegende Verwaltungsziel der Kundenorientierung ein Hauptanliegen darstellte, waren einzelne Missverständnisse unvermeidbar. Die meisten Fälle konnten einvernehmlich gelöst werden.

Die **Volksanwaltschaft** brachte dem Landeshauptmann 443 Beschwerden zur Kenntnis. Damit war seit der im Vorjahr aufgetretenen signifikanten Steigerung mit Beginn der Fernsehsendung „Volksanwalt" kein weiteres Anwachsen zu beobachten. Die MD-IR überprüfte die Beschwerden und stellte der Volksanwaltschaft Berichte zur Verfügung. Vielfach waren die Beschwerden mit der Aufklärung über die Sach- und Rechtslage erledigt. In wenigen Fällen kam der Beschwerde Berechtigung zu. In zwei Fällen erfolgten Empfehlungen der Volksanwaltschaft. Der 24. Bericht der Volksanwaltschaft über das Jahr 2002 an den Wiener Landtag (www.volksanw.gv.at) wurde mit den Stellungnahmen der Landesregierungsmitglieder in den Ausschüssen und am 27. November 2003 im Wiener Landtag beraten.

Personalressourcensteuerung

Im Rahmen der Personalressourcensteuerung bereitete die MD-IR quartalsmäßig Verbrauchswerte bei den Personalausgaben auf und analysierte relevante Abweichungen. Ein Schwerpunkt lag in der federführenden Leitung und Organisation des **Monitoring-Projektes**. Ziel dieses Projektes der MD-IR ist es, den Dienststellen (Geschäftsgruppen) ab 2004 ein Steuerungsinstrument für ihre Personalausgaben zur Verfügung zu stellen. Das Monitoring unterstützt damit die Einführung von Kontraktmanagement. Das geplante System wird Informationen aus Bezugsverrechnung, Dienstpostenplan und Finanzverwaltung verarbeiten. Bereits 2003 wurde eine Berechnungshilfe für das operationalisierte Verwaltungsziel „Personalausgabenprognose 2005" erstellt. Die Tabellen beinhalten die 2004 geltenden Gehaltsansätze (Schemata) und Überstundensätze. Dienststellen, die für 2004 noch keinen Kontrakt abschließen, können die Berechnungshilfen zur Kalkulation von Personalmaßnahmen nutzen. Weiters vertrat die Stabsstelle den Geschäftsbereich Personal und Revision im Lenkungsausschuss „Balanced Scorecard (BSC)", im SAP-Workshop sowie im SAP-Lenkungsgremium.

Im Zusammenhang mit **Änderungen der Geschäftseinteilung** für den Magistrat der Stadt Wien mit 1. Mai 2003 (Zusammenführung und Neustrukturierung der MA 23, MA 24 und MA 32 zur neuen MA 34, Auflassung der MA 40 und Übertragung der Aufgaben an die MA 25 und MA 69) und Änderungen bei den Geschäften des Magistratsdirektors im ersten Halbjahr sowie der Zusammenlegung der MA 12 und der MA 47 zur MA 15 A mit 1. Jänner 2004 waren Dienstpostenpläne neu festzulegen.

Im Wiener Krankenanstaltenverbund erforderten die Teilinbetriebnahmen des GZ Favoriten bzw. der Akutgeriatrie im Kaiser-Franz-Josef-Spital, die Leistungserweiterungen in den Bereichen Dialyse im Kaiser-Franz-Josef-Spital und Orthopädie im SMZ-Ost sowie die Einrichtung des Departments Semmelweis-Frauenklinik in der Krankenanstalt Rudolfstiftung neue Dienstpostenpläne. Personalmaßnahmen konnten gemäß Ermächtigung von der Generaldirektion weithin selbstständig vorgenommen werden. Die Modelle flexibler Dienstpostenbewertungen wurden für Kanzleibedienstete „M" (medizinischer Bereich) und pharmazeutische Assistent/innen erweitert.

Insgesamt langten 757 Anträge auf **Schaffung, Streichung bzw. Bewertung von Dienstposten** ein. Die Zahl der vollen Bezüge blieb stabil. Der Bedarf für neue Services (Fundwesen), Leistungserweiterungen (Sozialhilfefälle und UVS Wien) und neue Ausbildungserfordernisse (Rettungssanitäter) wurde mit Rationalisierungen in anderen Bereichen ausgeglichen. Die Gliederung der Unternehmung KAV in Teilunternehmungen erforderte eine Evaluierung der Bewertungsstrukturen.

Magistratsdirektion

Vom **Dienstpostenplan** waren Besetzungen von Dienstposten im Wege von Neuaufnahmen, Versetzungen und Verwendungsänderungen automationsunterstützt freizugeben. Sämtliche Verfügungen über die Schaffung, Streichung und Bewertung von Dienstposten einschließlich Transferierungen, Umwandlungen und Sperren wurden im WIPIS Dienstpostenplan vorgemerkt. Ebenso wurden Neuorganisationen im Dienstpostenplan berücksichtigt. Die MD-IR erstellte den Nachweis über das ständige Personal und den Dienstpostenplan für den Voranschlag 2004 sowie den Nachweis über das ständige Personal für den Rechnungsabschluss 2002.

Das **Dienstreisewesen** wurde nahezu vollständig dezentralisiert. In fünf Dienststellen wurde die Dienstreisegebarung (Organisation, Wirtschaftlichkeit, Wissensweitergabe, Dokumentation) geprüft. Für 43 Dienststellen startete die MD-IR Mitte 2003 ein Pilotprojekt zur wirtschaftlicheren Abwicklung von Dienstreisen. Auf Grund einer Ausschreibung wurde dafür ein gemeinsamer Reiseveranstalter ausgewählt. Buchungen erfolgen über Intranet und E-Mail.

Im Rahmen der **Überstundensteuerung** wurden die Dienststellenleiter/innen ermächtigt, erforderliche Mehrleistungen bis zur Höhe des Vorjahresverbrauchs zu verrechnen bzw. in unumgänglichen Fällen den im Voranschlag vorgesehenen Betrag auszuschöpfen. 57 zweckgebundene Jahresstundenkontingente wurden zuerkannt. Die Entwicklung der Ausgaben und der verrechneten Einheiten wurde beobachtet, Dienststellenleiter/innen wurden bei Bedarf informiert und beraten. In ausgewählten Dienststellen wurde die sparsame und wirtschaftliche Überstundengebarung und die ordnungsgemäße Verrechnung von Zulagen gemäß Nebengebührenkatalog (NGK) geprüft. Die Zuerkennung von **Nebengebühren** wurde weitgehend dezentralisiert und von den Dienststellen direkt mit der MA 2 abgewickelt. Die Einhaltung der im NGK enthaltenen Anspruchsvoraussetzungen sowie einzelne Zuerkennungen von Nebengebühren wurden an Ort und Stelle überprüft und führten teilweise zu Anpassungen des NGK. 247 Anträge auf **Kilometergeld** und die Jahresabrechnungen der 1.434 Kilometergeldbezieher waren zu prüfen und bei Übergenüssen der Einbehalt durch die MA 2 zu veranlassen.

Die **Personalsicherstellung** erfolgte für das Volksbegehren „Atomfreies Europa" vom 10. bis 17. Juni 2003. 252 Mitarbeiter/innen arbeiteten freiwillig als Leiter/innen von Eintragungsstellen, Stellvertreter/innen und Ordner/innen. Über die Personalsicherstellung wurde auf der Homepage der MD-IR unter www.intern.magwien.gv.at/mir/ informiert. Mitarbeiter/innen der MD-IR wirkten im Auftrag der Magistratsdirektion – Personalmanagement und Förderangelegenheiten an Personalauswahlverfahren (Hearings) mit.

Wiener Antikorruptionsprojekt

An einer Befragung zum Thema „Korruptionsprävention" beteiligten sich Anfang 2003 mehr als 80 Prozent der Dienststellenleiter/innen des Wiener Magistrats. Die Studie ergab ein hohes Problembewusstsein. Die überwiegende Zahl der Befragten (68 Prozent) hielt Prävention, aber auch konsequente Verfolgung von Einzelfällen für wichtig. Die meisten Leiter/innen verurteilten bereits „kleine Aufmerksamkeiten" als schädlich für das Image der Verwaltung. Bewusstseinsbildung, Schulung und Aufklärung der Mitarbeiter/innen wurden als besonders wichtig eingeschätzt. Im Zuge des Schulungsprogramms der Verwaltungsakademie wurden 2003 bei Newcomerschulungen 406, in Dienstprüfungskursen 188, in der fachlichen Grundausbildung 31, im Lehrgang für Interne Revision 18, in Nachwuchsführungskräftelehrgängen 78, in Managementlehrgängen 27 sowie 290 Personen in dienststelleninternen Workshops, insgesamt also 1.038 Mitarbeiter/innen mit dem Thema Korruption vertraut gemacht.

Die von Magistratsdirektor Dr. Theimer für zwei Jahre eingesetzte Projektgruppe erarbeitete unter der Federführung der Internen Revision z. B. Ratschläge im Zusammenhang mit der verbotenen Geschenkannahme, eine Checkliste zum Thema „Sponsoring" und beriet Maßnahmen wie „Personalrotation". Fragen der Dienstethik waren ebenso Gegenstand wie das Verhältnis von Kontrolle und Vertrauenskultur. Im Vordergrund standen aber Vorschläge für die nachhaltige Integration von Korruptionsprävention in die Unternehmenskultur des Magistrats der Stadt Wien. Sie bezogen sich auf Schulung, Motivation, Öffentlichkeitsarbeit und Institutionalisierung der Antikorruptionsarbeit. Die Arbeit der Projektgruppe fand Interesse beim Verwaltungsmanagement europäischer Städte (Prag, Sofia). Präsentationen erfolgten weiters im Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten des Österreichischen Städtebundes und bei der Veranstaltung des Bundeskanzleramtes „Korruptionsbekämpfung im System Verwaltung" auf Schloss Laudon.

Sämtliche Ergebnisse und Berichte finden sich sowohl im Intranet unter www.intern.magwien.gv.at/mir/antikorruption/ als auch im Internetangebot der Stadt Wien unter www.wien.at/verwaltung/internerevision/antikorruption.htm. Anfang 2004 wird die Projektgruppe „Bekämpfen der Korruption" ihre Arbeit mit einem Gesamtbericht vorerst abschließen. Das Thema Korruptionsprävention wird auf der Agenda bleiben.

Magistratsdirektion – Verwaltungsakademie (MD-VA)

An den ca. 1.630 Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen der Verwaltungsakademie haben rund 19.290 Mitarbeiter/innen teilgenommen. Die **Newcomer-Schulung** ist Teil der Grundausbildung und erfasst alle neu aufgenommenen Mitarbeiter/innen der Verwendungsgruppen A bis D

sowie Bedienstete, die in eine andere Verwendungsgruppe überstellt wurden. In sieben Modulen im Gesamtausmaß von 56 Stunden wurden 406 neu eingetretene Mitarbeiter/innen im Sinne des **New Public Managements** über allgemein relevante Wissensbereiche des Konzerns Magistrat Wien informiert.

Im Berichtsjahr wurde bereits der **2. Aufstiegslehrgang** für Bedienstete mit Erfahrung im Kanzleidienst angeboten. Mit dem positiven Abschluss des Qualifizierungslehrgangs eröffnet sich für weitere 30 Teilnehmer/innen ein neuer Karriereweg, da die erfolgreiche Absolvierung dieses Lehrgangs die Chance für den Aufstieg in die Verwendungsgruppe B bietet.

Von den als Ergebnis der Arbeit des Managementforums Personal begonnenen Projekten zur **Reform der Dienstprüfungskurse und der Dienstprüfungen** konnten im Jahr 2003 auch jene für den höheren Verwaltungsdienst und den Fachverwaltungsdienst sowie für den höheren technischen Dienst, den technischen Fachdienst und den technischen Dienst mit der Genehmigung des Projektberichts erfolgreich abgeschlossen werden. Die Inhalte der Dienstprüfungskurse und die Anforderungen, die an die Bediensteten der Stadt Wien bei der Dienstprüfung gestellt werden, wurden im Zuge dieser Projekte evaluiert und an die **Anforderungen einer modernen Verwaltung** angepasst. Als Ergebnis der Reform der Dienstprüfungskurse wurden folgende fachliche Grundausbildungen neu geschaffen: Gewerberecht und Nebenbestimmungen, Grundzüge der Versicherungspflicht nach dem ASVG, Umweltrecht und Baurecht jeweils für Jurist/innen. Die fachlichen Grundausbildungen im Bereich Budget- und Haushaltswesen wurden evaluiert und reformiert.

Im Bereich der Fort- und Weiterbildung der städtischen Mitarbeiter/innen hat die Verwaltungsakademie ihre Broschüren und Plakate durch eine flexible und ständig aktuelle **Präsentation der Veranstaltungen im Intranet** ersetzt. Dadurch kann besser auf Tagesanliegen der Kund/innen eingegangen und können Anmeldungen zu den einzelnen Veranstaltungen „online" durchgeführt werden. Die Verwaltungsakademie hat bei den allgemeinen Aus- und Fortbildungsangeboten schrittweise ihr Augenmerk weiter auf zentrale Anliegen gelegt und setzt verstärkt auf zielorientierte und bedarfsorientierte Schulungsmaßnahmen in den Dienststellen.

In den 18 allgemein ausgeschriebenen **frauenspezifischen Seminaren** mit insgesamt 396 Teilnehmer/innen wurde Führungsverhalten, Karriereplanung, Kommunikationsverhalten, Selbstmanagement, Methoden zur Stärkung des Selbstbewusstseins sowie Unterstützungsmaßnahmen zur Koordination von Beruf und Familie trainiert. Der Bedarf an frauenfördernden Veranstaltungen zeigte sich wieder an der Anzahl der Zusatztermine, die auf Grund des großen Interesses an diesen Vorträgen angeboten werden mussten.

Im Bereich der **Sprachausbildungen** wurde im Jahr 2003 das Seminar „Polish your English" neu in das Programm aufgenommen und somit eine lückenlose Heranführung an das Niveau „Fortgeschrittene" im Englischen angeboten. Drei Seminare, „Brush up your English", „Polish your English" und „Advanced English for the Public Official" gewährleisten auf einander aufbauend den Grundstock an englischen Sprachkenntnissen für den dienstlichen Gebrauch. Um dem Bedarf an Französischkenntnissen für Teilnehmer/innen mit EU-Kontakten nachzukommen, wurden zusätzlich Intensivseminare durchgeführt. Weiters wurden vom Sprachreferat der Verwaltungsakademie auch zwei Anfänger/innenkurse für **Gehörlose** organisiert.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Pilotprojektes „Die Stadt Wien und der Euro" wurde seitens der MD-VA eine Bildungsoffensive unter Verwendung von Elementen des eLearning gestartet. Dabei wurden in-house-produzierte webbasierende **eLearningprogramme** zu den Themen „Das Mitarbeiter/innenorientierungsgespräch", „MS Outlook" und „MS Winword" den Mitarbeiter/innen der Wiener Stadtverwaltung über das Intranet zum Selbststudium angeboten, die bei weiterem Schulungsbedarf durch Workshops in klassischen face-to-face-Veranstaltungen ergänzt wurden (blended learning). Nach der Einführung konnten in nur zwei Monaten über 9.000 Besuche von über 4.000 unterschiedlichen PCs auf dem Lernportal verzeichnet werden.

Die Nachfrage nach Schulungsveranstaltungen, die Produkte zum Inhalt haben, die ausschließlich beim Magistrat Verwendung finden, wie z. B. VIPer, alle Formen des elektronischen Aktes wie ELAK/Fabasoft Components, ZBM, Gewerbeworkflow der Magistratischen Bezirksämter oder eRecht sowie nach gezielten MS Outlook Schulungen war im Jahr 2003 unverändert groß.

Weiters konnten wiederum zwei Aktualisierungen der CD-ROM „VWGHA im Volltext" abgeschlossen werden. Das gemeinsam mit der Jusline GmbH (ehemals Österreichische Staatsdruckerei) bestehende Projekt „Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes im Volltext auf CD-ROM" wurde den Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien aktuell aufbereitet zur Verfügung gestellt.

Die zur Einführung von **Controlling** im Magistrat der Stadt Wien geschaffenen Ausbildungen wurden auch im Jahr 2003 durchgeführt. Die freiwillig abzulegende schriftliche Prüfung zur Erlangung des Controllingdiploms für den Magistrat der Stadt Wien wurde von 18 Mitarbeiter/innen erfolgreich bestanden.

Die **Führungskräftenachwuchsausbildung** für Akademiker/innen wurde 2003 von einer weiteren Gruppe von Mitarbeiter/innen erfolgreich mit einem Hearing vor Vertretern des Top-Managements abgeschlossen. Nach Qualifizierung über ein zweitägiges **Förder-Assessment-Center** haben die Teilnehmer/innen in diesem Lehrgang eine weit reichende Ausbildung in Sozialer Kom-

petenz, Präsentationstechniken, Selbstkompetenz, Umgang mit Medien, Grundlagen des New Public Managements, ergebnisorientierter Planung und Steuerung, Führungstechniken sowie betriebswirtschaftlichem Grundwissen erhalten. Eine Gruppe hat die Ausbildung im Jahr 2003 begonnen. Die Absolvent/innen dieses Lehrgangs sollen gemeinsam einen Führungskräftenachwuchs-Pool bilden, aus dem künftige Führungskräfte der Stadt Wien ausgewählt werden können.

Magistratsdirektion – Organisation und Controlling (MD-OC)

Im Juni 2003 wurden die MD – Verwaltungsorganisation und die MD – Betriebswirtschaft und Controlling zu einer Dienststelle „MD – Organisation und Controlling" zusammengelegt. Ein neues Logo und ein neues Leitbild wurden entwickelt. Die ersten Synergieeffekte ergaben sich im Bereich Qualitätsmanagement durch die Abbildung des Qualitätsmanagementsystems „Common-Assessment-Framework" im Strategic Process Management (SPM) Software-Modul der Firma SAS, in dem inzwischen auch das gesamte Kontraktmanagement abgebildet wird.

Organisationsprojekte

- Unter dem Titel „Soziale Sicherheit in Wien" wurde ausgehend von Empfehlungen der Arthur Andersen Business Consulting, des Kontrollamtes und der Arbeitsgruppe „Alt werden in Wien" eine umfangreiche Strukturreform im Sozialbereich vorbereitet. Sie folgt modernen Prinzipien des New Public Managements und strebt eine Versorgungslandschaft im Sinne einer „mixed economy" an. Zur Verwirklichung gesundheits- und sozialpolitischer Vorgaben erfolgt eine grundlegend neue Ordnung der Kompetenzverteilung zwischen Hoheit, Steuerung und Umsetzung. In Zukunft sollen im Magistrat primär rechtliche, strategische und planerische Angelegenheiten sowie die Abwicklung der individuellen Sozialhilfe konzentriert werden, während der Fonds Soziales Wien als zukünftige Aufgabenschwerpunkte das Steuerungs- und Vertragsmanagement, das Förderwesen sowie das Controlling und das Berichtswesen im Sozial-, Behinderten- und Altenpflegebereich wahrnehmen wird. Er wird damit wesentliche Steuerungsaufgaben gegenüber der dritten Ebene (den leistungserbringenden Organisationen) erfüllen. Die Auflösung der Magistratsabteilungen 12 – Wien Sozial und 47 – Pflege und Betreuung und die Zusammenfassung der bisher von diesen beiden Magistratsabteilungen wahrgenommenen Aufgaben in der neu geschaffenen Magistratsabteilung 15 A – Soziales, Pflege und Betreuung in der Geschäftsgruppe für Gesundheit und Soziales dient als Zwischenschritt für eine zukünftige Neuorganisation der Aufgabenverteilung ab 1. Juli 2004. Die Realisierung all dieser Organisationsmaßnahmen erfolgt auf Basis einer vom Gemeinderat am 19. Dezember 2003 beschlossenen Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien.
- Am 1. Februar 2003 wurde das Pass- und Fundwesen in Betrieb genommen. In den Magistratischen Bezirksämtern wurde die Infrastruktur dem Betrieb entsprechend angepasst und verbessert. Die Fundwesen-Software „Fundamt.gv.at" wurde ebenso weiter entwickelt.
- Als neues Projekt wurde die „Neugestaltung der Integrationsaufgaben" begonnen.
- Unter Projektleitung der MD-OC wurden die externen Untersuchungen der Magistratsabteilungen 14 und 37 durchgeführt. Seitens der MD-OC wird auch die Umsetzung der Untersuchungsergebnisse durch die MA 37 im Rahmen eines Projekts begleitet. Weiters wurde eine interne Untersuchung hinsichtlich der Aufgabenverteilung zwischen den Magistratsabteilungen 64 und 65 durchgeführt.

Weitere Organisationsaufgaben

- Mehrere Erlässe gemäß Art IV der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien wurden verfasst, u. a. betreffend Vollziehung des Bundesstraßen-Mautgesetzes 2002 durch die MA 64 und MA 65 sowie betreffend Vollziehung des Pass- und Fundwesens durch die MA 62, MA 68 und die Magistratischen Bezirksämter.
- Weiters wurden für die Magistratsabteilungen 34, 39, 44, 53 und die MD-BD Organisationsänderungen gemäß § 68 Abs. 2 DO 1994 (Versetzungen in den Ruhestand) geprüft.
- Eine Kostenschätzung zum Thema „Grünbuch der Kommission – Verfahrensgarantien im Strafrecht innerhalb der EU" war durchzuführen.
- Die Genehmigung der Gebietsgruppe Süd der MA 37 nach § 5 Abs. 2 GOM konnte erteilt werden.
- Weitere Genehmigungen betrafen die Einführung von Workflow-Abläufen (z. B. in der MA 60) und Dienststellenlogos.

Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien

Eine Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien (Wirksamkeitsbeginn 1. Mai 2003) mit dem Schwerpunkt der Zusammenlegung der Magistratsabteilungen 23, 24 und 32 zur Magistratsabteilung 34 – Bau- und Gebäudemanagement wurde durchgeführt. Eine weitere Änderung (Wirksamkeitsbeginn 1. Jänner 2004) mit dem Kernthema der Zusammenführung der Agenden der Magistratsabteilungen 12 und 47 in der neuen Magistratsabteilung 15 A – Soziales, Pflege und Betreuung wurde vorbereitet.

Gesetzesbegutachtungen

Zu diversen Gesetzesentwürfen – insbesondere aus den Themenbereichen e-Services, Vergaberecht sowie Gesundheit und Soziales – waren Stellungnahmen abzugeben, beispielsweise zum Entwurf einer Verordnung der Bundesregierung betreffend die Erstellung und Übermittlung von elektronischen Angeboten im Vergabeverfahren

oder dem Bundesgesetz, mit dem ein e-Government-Gesetz erlassen sowie das AVG 1991, das Zustellgesetz und das Gebührengesetz 1957 geändert werden.

Verwaltungsziele

In 25 Dienststellen wurden die von der Verwaltungsspitze vorgegebenen Verwaltungsziele in ersten Schritten umgesetzt. Die eingelangten Berichte zu den Themen „Einführung von Kostenrechnung und Zeiterfassung", „Weiterführung der Budgetkonsolidierung" sowie „Erledigungsstandards bei Anfragen, Ersuchen und Beschwerden" wurden ausgewertet. Darauf aufbauend konnten weiterführende Operationalisierungsschritte an die Dienststellen rückgemeldet werden.

Auch wurden die „flächendeckende Einführung von Mitarbeiter/innen-Orientierungs-Gesprächen" sowie die „Ausbildungsplanung zur zielgerichteten Personalentwicklung" durch die Vorgaben der Verwaltungsziele systematisch entwickelt. Weitere 32 Dienststellen werden 2004 mit der Umsetzung der Verwaltungsziele beginnen.

Kontraktmanagement

Durch die Überführung des Kontraktmanagements in die SAS-Software konnte das Ziel umgesetzt werden, über eine breit nutzbare Web-Oberfläche mit unterschiedlichen Ebenen der Zugriffsberechtigung strategisch relevante Ziele, Zielerreichungsgrade und Kennzahlen aus den Kontraktsystemen der Dienststellen den Managementebenen in effektiver Form zur Verfügung zu stellen. In weiterer Folge soll die Papierform von Kommunikation und Berichtswesen im Rahmen des Kontraktmanagements weitgehend durch eine elektronische Abwicklung ersetzt werden. Ende 2003 waren insgesamt 57 Dienststellen am Kontraktmanagement beteiligt. Das entspricht einer Flächendeckung von 70 Prozent.

Qualitätsmanagement

Mit der Verknüpfung von Kontraktmanagement und Qualitätsmanagement wird eine kontinuierliche Steigerung der Effizienz und Effektivität der Verwaltungsleistungen gewährleistet. Der Wiener Weg des **integrativen Qualitätsmanagements** bietet ein den Rahmenbedingungen der Stadtverwaltung bestmöglich angepasstes und wirtschaftliches Modell zur ständigen Verbesserung. Speziell das im Vorjahr erprobte und nun schrittweise eingeführte Selbstbewertungssystem Common Assessment Framework – CAF leistet dabei wertvolle Unterstützung. Internationales Interesse am Wiener Modell des integrativen Qualitätsmanagements führte zu einem Vortrag darüber im Rahmen des 9. Verwaltungsreformkongresses in Bremen sowie zu einer Präsentation im Rahmen des Europäischen CAF-Events „Self-Assessment and Beyond" in Rom, wo auch das magistratseigene „CAF-Tool" als Bindeglied zwischen Qualitätsmanagement und Balanced Score Card vorgestellt wurde. Delegationen europäischer Staaten zeigten sich bei ihren Besuchen ebenfalls am Qualitätsmanagement und der Verwaltungsmodernisierung interessiert. Der hohe Leistungsstandard der Stadt Wien begünstigt auch die Teilnahme einzelner Dienststellen an nationalen und internationalen **Wettbewerben**, etwa dem UNAward 2003, bei dem die MD-OC koordinierend mitwirkte.

Betriebliches Vorschlagswesen der Stadt Wien (BVW)

Im Rahmen des BVW langten 243 Anregungen zentral in der Geschäftsstelle des BVW und 105 direkt in den Dienststellen ein. Insgesamt konnten 104 Vorschläge abschließend positiv bewertet werden. Die Summe der dabei zuerkannten Prämien betrug 49.440 EUR. Allein in jenen 23 Fällen, in denen ein Nutzen exakt berechnet werden konnte, beträgt die Nettoeinsparung im ersten Jahr der Anwendung rund 2.170.000 EUR. Darin enthalten ist eine Investitionskostenersparnis von 1,5 Mio. EUR betreffend die Neugestaltung des Hochwasserpumpwerks Simmering, die damit die bisher höchste, durch einen einzelnen Vorschlag erzielte Einsparung im Rahmen des BVW der Stadt Wien darstellt. Als nicht zweckmäßig umsetzbar erwiesen sich 178 Vorschläge.

Informations- und Beratungstätigkeit

Im Rahmen der magistratsinternen Informations- und Beratungstätigkeit wurden interessierten Mitarbeiter/innen des Magistrats neueste Gutachten und Berichte des Verbands für kommunales Management (KGSt) zu den verschiedenen Themen der **Verwaltungsmodernisierung** zur Verfügung gestellt, im Jahr 2003 vor allem Informationen über professionelle Personalauswahl, über elektronische Vergabe und Beschaffung, über kennzahlengestütztes Personalcontrolling und über Erfolgsfaktoren kommunaler Gebäudewirtschaft. Weiters wurden wichtige Beiträge zur Verwaltungsreform aus anderen Quellen (Bertelsmann Stiftung, Deutscher Städtetag, Deutsches Bundesverwaltungsamt usw.) den betroffenen Dienststellen nahe gebracht. Das Feedback in diesem Zusammenhang war mehr als erfreulich. 96,4 Prozent der Antworten enthielten die Bewertungen „Information unmittelbar verwertbar" oder „Information interessant". Der Fachausschuss für Rahmenschriftstücke brachte u. a. seine langjährigen Erfahrungen mit Vordrucken in das Projekt „Wien spricht anders" ein.

Magistratsdirektion – EDV- und Informationsangelegenheiten (MDI)

Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) – Strategie und Richtlinien

Die IKT-Strategie der Stadt Wien wurde fortgeschrieben und die strategischen Vorgaben (IKT-Infrastruktur; Register, Anwendungen und Funktionen; Leistungs- und Produktkatalog etc.) präzisiert. Checklisten zu den Zielen der IKT-Strategie und zum Verwaltungsziel „weiterer qualitätsvoller Ausbau des E-Government-Leis-

tungsangebotes" wurden wirksam. Im Jahr 2003 wurden folgende **Lenkungsausschüsse** mit strategischen Vorhaben eingerichtet: ETM (Erneuerung Telefonie Magistrat), WAIS (Wiener Archiv-Informationssystem) und ZBM (Zentrales Bürgeranliegenmanagement). Im Projekt „geografische Wissensdatenbank" wurde eine Defizitliste zum Geodatenhaushalt der Stadt Wien erarbeitet und damit eine wesentliche Vorarbeit zu einem GIS-Masterplan erstellt. Für das IKT-Infrastrukturprojekt „Funknetz Wien" wurde mit den Vorarbeiten begonnen. Zur Beantwortung der Frage, ob ein Einsatz von **Open Source Produkten** auch an den Arbeitsplätzen der Mitarbeiter/innen der Stadt Wien in wirtschaftlicher, organisatorischer und strategischer Sicht für die Stadt Wien von Bedeutung ist und Sinn macht, wurden im Jahr 2003 Vorarbeiten und Initiativen gesetzt.

Strategisches Controlling und Berichtswesen

Die vorhandenen **Kennzahlensysteme** wurden von der MA 14 in die Balanced-Score-Card übernommen. Es wurde auch ein Kennzahlensystem mit der KAV-EDV in Teilbereichen entwickelt und auf ihre Aussagekraft für eine effiziente Steuerung der IKT hin überprüft. Da in einigen Bereichen die Grundlagen für diese Kennzahlen erst geschaffen werden mussten und daraus verwertbare Ergebnisse für ein strategisches Controlling erst nach einem längeren Beobachtungszeitraum vorhanden sind (bis zu einem Jahr), ist die im Jahr 2003 in Produktion gegangene Version noch nicht vollständig. Im Jahr 2004 werden die noch fehlenden Kennzahlen von den IKT-Dienststellen geliefert werden. Das gemeinsam mit der MD-OC ausgewählte Software-Tool für eine rasche Implementierung einer Balanced-Score-Card als umfassendes Controlling- und Berichtsinstrument auch für das Kontraktmanagement und Qualitätsmanagement ist seit 2003 im produktiven Einsatz und wird 2004 weiter ausgebaut werden.

Electronic Government – Schirmprojekt eVienna

Das Electronic-Government-Schirmprojekt eVienna, welches im Jänner 2001 gestartet wurde, wurde Ende 2003 abgeschlossen. Das Ziel dieses Projektes war es, innerhalb dieser drei Jahre Projekte abzuwickeln, die den Bürger/innen und Unternehmen die Inanspruchnahme interaktiver Verwaltungsdienstleistungen übers Internet ermöglichen.

68 E-Government-Projekte wurden realisiert und können im Virtuellen Amt in www.wien.at abgerufen werden. Es wurde auch eine Basisinfrastruktur für elektronisches Bezahlen, für die Terminvereinbarung übers Internet, für Formular-Uploads sowie für Aktenstatus-Feststellung und Akteneinsicht geschaffen, um darauf aufbauend Anwendungen mit geringen Grenzkosten zu entwickeln. Weiters wurden **Amtshelferseiten** entwickelt, um die Benutzerfreundlichkeit für die Kunden zu steigern.

Der Nutzungsgrad der Anwendungen durch die Kunden stieg von 14 Prozent zu Projektbeginn auf 25 Prozent zu Projektabschluss. Die durchschnittliche Zeitersparnis für die Kunden beträgt rund 162.000 Stunden pro Monat durch die Nutzung der E-Government-Anwendungen anstelle der traditionellen Amtswege. Die Ersparnis für die Verwaltung wird auf rund 1.041.400 EUR pro Monat geschätzt. Dem gegenüber stehen Projektkosten in der Höhe von 3.873.942 EUR was annähernd den Ersparnissen in einem Quartal entspricht.

eVienna steigerte den **Imagegewinn** für die Stadt Wien: Bürgerbefragungen über die Zufriedenheit bei der Verwendung des virtuellen Amts in wien.at ergaben die Noten 2,1 (2002) und 1,8 (2003) nach dem Schulnotensystem. Neben einer Reihe von Auszeichnungen für die E-Government-Anwendungen der Stadt Wien sticht die Bewertung, dass das Wiener Gewerberegister das drittbeste unter allen europäischen interaktiven Behördendiensten ist, heraus.

Der Bekanntheitsgrad der E-Government-Aktivitäten der Stadt Wien geht weit über die EU-Grenzen hinaus: Die Stadt Wien wurde von der Stadt Ipoh (Malaysia) eingeladen, beim E-Government-Proposal „EIVC – EU-Ipoh Virtual City" als europäischer Partner mitzuwirken. Die Europäische Kommission genehmigte dies und wird dieses Projekt aus EU-Mitteln fördern.

Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

Im Auftrag der Landeshauptleute wurde gemeinsam mit Bund, Städtebund und Gemeindebund ein **E-Government-Masterplan** mit 42 Maßnahmen erstellt. Zur Umsetzung wurden Arbeitsgruppen eingesetzt, in denen Wien vertreten ist. In drei Arbeitsgruppen hat Wien die Leitung über: beim Adressregister (Q-AR), bei der Erweiterung des Portalverbunds (bei dem Wien seit Anfang 2003 teilnimmt) und beim Styleguide (der in Wien verpflichtend ist). Die Masterplan-Aktivitäten wurden auch im Rahmen der E-Government-Offensive des Bundes fortgesetzt und im sogenannten E-Cooperation-Board (www.cio.gv.at.7service/brochures/IPEGov-Offensive.pdf) vertreten.

Bei der Erstellung des **E-Government-Gesetzes** wurde mitgearbeitet. Mit dem E-Government-Gesetz sollen die Möglichkeiten des Einsatzes moderner Kommunikationstechnologie in Österreich verbreitert und in ihrer Qualität vertieft werden. Es soll damit ein neues Instrumentarium für sichere elektronische Kommunikation geschaffen werden, das zwischen Bürger/innen und Behörden eingesetzt werden kann und gleichzeitig Synergieeffekte im gesamten Bereich des rechtserheblichen elektronischen Verkehrs in Österreich erzielen soll.

Das E-Government-Gesetz enthält insbesondere Regelungen über

- die Identifikation und Authentifizierung im elektronischen Verkehr mit öffentlichen Stellen,

die „Bürgerkarte" als ein neues Mittel zum elektronischen Identitätsnachweis samt elektronischer Signatur, das im öffentlichen wie im privaten Bereich einsetzbar ist,
- den elektronischen Datennachweis,
- ein technisch sicheres Verfahren der elektronischen Zustellung,
- die Anpassungen des Verwaltungsverfahrensrechts.

Weiters wurde beim Gebäude- und Wohnungsregistergesetz und bei der Novelle des Vermessungsgesetzes (Verankerung des Adressregisters im Grenzkataster) mitgearbeitet, um klare und umsetzbare Festlegungen zu erreichen. Zur Harmonisierung des Räumlichen Bezugsystems Wien (RBW) mit dem neuen Adressregister wurde auch an der Erstellung einer entsprechenden Dienstanweisung für die Ordnungsnummern- und Adresscode-Vergabe sowie für die Verortung mitgewirkt.

Informations- und Kommunikationstechnologie-Konferenzen

Vom 23. bis 25. März 2003 fand in Hradec Kralové **„The International Conference on Local and Regional Information Society (ISSS/LORIS 2003)"** statt. Einer der Hauptinhalte der Konferenz war der Informationsaustausch über die Entwicklungen der Informationsgesellschaft (insbesondere zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und den EU-Beitrittsländern) sowie die elektronischen Services für Bürger/innen und Wirtschaftstreibende.

Im Rahmen des Städtenetzwerks **TeleCities**, ein Tochter-Netzwerk von EUROCITIES, ist die Stadt Wien im Steering Committee als „Former President" (2001–2002) und als Repräsentantin für die österreichischen Städte vertreten. An den folgenden Konferenzen und Arbeitsgruppensitzungen, die thematisch auf die Präsidentschaft Wiens zurück gingen, nahm die MDI im Jahr 2003 teil:
- 5. bis 7. März: „ICT Cluster and City Dynamics: Does Policy Matter? " in Dublin/Irland,
- 25. bis 27. Juni: „eDemocracy and Smart Cities" in Tampere/Finnland,
- 7. bis 10. Oktober: „Seaport to ePort – Putting the customer at the heart of every thing we do" in Liverpool/England,
- 25. bis 28. November: „Towards a better quality of life in the cities" in Porto/Portugal.

Vom 7. bis 8. Juli 2003 fand in Como/Italien während der italienischen EU-Ratspräsidentschaft die E-Government-Konferenz 2003 der Europäischen Kommission statt, bei der der **E Government-Award 2003** vergeben wurde. Frau OAR Götzl wurde von der Europäischen Kommission zur Evaluierung der eingereichten Projekte eingeladen. Die Stadt Wien selbst reichte folgende Projekte ein:
- Baby-Point im AKH
- Trauungsterminreservierung online
- Behindertenzone elektronisch beantragen
- Flächenwidmungs- und Bebauungsplaneinsicht online
- Diskussionsplattform forum.wien.at
- Bürgeranliegen online

EDV-Personelles

Im Arbeitskreis **„EDV-Zulagen"** wurde unter der Federführung der MA 1 gemeinsam mit der MD-IR, MA 14 und dem Wiener Krankenanstaltenverbund der Nebengebührenkatalog hinsichtlich der EDV-Zulagen überarbeitet sowie Richtlinien und Erläuterungen dazu heraus gegeben. Ziel dieser Überarbeitung ist die verbesserte Transparenz und eine Dokumentation zur erhöhten Nachvollziehbarkeit.

Im Arbeitskreis **„Reform der Dienstprüfung des höheren technischen Dienstes"** wurde unter der Federführung der MD-VA die Basis für die neue technische Dienstprüfung geschaffen, bei der das EDV-Personal speziell berücksichtigt wurde.

Magistratsdirektion – Stadtbaudirektion (MD-BD)

Im Berichtsjahr leitete der Stadtbaudirektor als Vertreter der Stadt Wien einen Ausschuss, der sich mit allen aktuellen Problemen zwischen der ÖBB und der Stadt Wien, wie z. B. Grundstückstransaktionen, Entwicklung des Westbahnhofes, Hauptbahnhof Wien – Europa Mitte sowie diversen Festlegungen betreffend den Ausbau der Schnellbahnlinien S 7 und S 80, befasst hat. Im Rahmen der Leitung des Lenkungsausschusses Stadt Wien/ ASFINAG/ÖSAG durch den Stadtbaudirektor wurde der Autobahnausbau in und um Wien begleitet sowie hinsichtlich Termineinhaltung, Planungsfortschritt und Umsetzung gesteuert. Weiters wurden unter Vorsitz des Stadtbaudirektors die Infrastrukturkommission und die Kommission für die Optimierung von Grundstücksangelegenheiten weitergeführt. Betreffend den öffentlichen- und Individualverkehr hat der Stadtbaudirektor zahlreiche Gespräche auf Basis des **Masterplans Verkehr** geführt. Der Autobahnring um Wien mit Donauquerung wurde genauestens untersucht und es wurden verschiedene Möglichkeiten geprüft, sodass eine entsprechende Prioritätenreihung vorgenommen werden konnte. Das Variantenpaket für die Trassierung der Nord-Ost-Umfahrung wurde auf zwei Trassen reduziert, welche nunmehr in einem Vorprojekt weiter untersucht werden. Bezüglich der 4. Ausbaugeneration der U-Bahn haben Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie stattgefunden und es konnte auf Beamtenebene ein Konsens erzielt werden, welcher nunmehr der politischen Ebene zugeführt wurde.

Die MD-BD hat im Rahmen des **Kontraktmanagements** beratende, steuernde und kontrollierende Funktion wahrgenommen. Dabei fungierte die Gruppe Hochbau als Controllingstelle für die Kontrakte der Magistratsabteilungen 25, 34, 39 und 42. Die Gruppe Tiefbau führte das Controlling für die Kontrakte der Magistratsabteilungen 29, 31, 33 und 49 durch. Seitens der Gruppe Planung wurde bei der Kontrakterstellung 2004 für die Magistratsabteilungen 18, 19, 21A, 21B und

Magistratsdirektion

41 mitgewirkt. Die Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik wirkte an der Erstellung der Kontrakte für die Magistratsabteilungen 22, 36, 37, 45 und 68 mit und fungierte als Controllingstelle für die abgeschlossenen Kontrakte der Magistratsabteilungen 36 und 68. Weiters wurden die zugewiesenen Controllingaufgaben unter anderem auch im Zuge des Berichtswesens für die Kontrakte 2003 wahrgenommen.

Parallel zum Kontraktmanagement wurde das Berichtswesen für den Bereich Bauten und Technik weitergeführt, wobei die erforderlichen Datenerhebungen durchgeführt und insgesamt vier Quartalsberichte erstattet wurden.

An Einstellgesprächen für Bedienstete des höheren technischen Dienstes und technischen Fachdienstes wurde in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion – Personalmanagement und Förderangelegenheiten mitgewirkt.

Gruppe Hochbau

Im Berichtsjahr wurden für 15 Projekte mit Bruttogesamtbaukosten von rund 97,3 Mio. EUR Wirtschaftlichkeits- und Projektbesprechungen vorbereitet und durchgeführt. Insbesondere sind hierbei die weiterführenden Sanierungsarbeiten der Columbarien zur Friedhofskirche im Zentralfriedhof, die Errichtung eines Tiefspeichers im Rathaus, die Generalsanierung und den Zubau für das Amtshaus im 9. Bezirk sowie für die Errichtung eines Nationalparkhauses in der Lobau zu nennen. Die Genehmigungen erfolgten unter besonderer Beachtung planerischer, technischer, funktioneller, wirtschaftlicher und ökologischer Aspekte und sind in einer Projektdatenbank über erfolgte Wirtschaftlichkeitsbesprechungen dokumentiert.

Weiters wurde an Projektvorbesprechungen der Schulraumkommission sowie an Raumprogrammbesprechungen teilgenommen.

Koordinierende Tätigkeiten waren z. B. im Zusammenhang mit Maßnahmen für die Sanierung der Kirche am Steinhof, der Urania, deren Vollendung im Berichtsjahr erfolgte, der Erhaltung und Revitalisierung des Schlosses Neugebäude und der künftigen Entwicklung der Stadt des Kindes erforderlich.

Im Rahmen der Koordinierung und Steuerung des **Schulbauprogramms 2000** mit rund 100 Projekten und einem Gesamtinvestitionsvolumen von 800 Mio. EUR wurden drei Neubauten von Volksschulen mit angeschlossenem Kindertagesheim fertig gestellt und in Betrieb genommen. Im parallel zum Schulbauprogramm 2000 verlaufenden Generalsanierungsprogramm mit 32 Bauvorhaben und Gesamtkosten von 100 Mio. EUR konnten drei Schulen fertig gestellt werden und es wurden weitere Bauten in Angriff genommen. Für zwei Generalsanierungen erfolgte die Projektgenehmigung.

Im Zuge der aktuellen organisatorischen Reformschritte im Bereich des Hochbaus wurde an der Neuorganisation des **Immobilienmanagements** der Stadt Wien und Neugestaltung der MA 34 – Bau- und Gebäudemanagement mitgearbeitet, wobei Aufgaben und Strukturen der Magistratsabteilungen 23, 24 und 32 zusammengeführt und die Übernahme der wesentlichen Aufgaben der MA 40 durch die MA 69 abgeschlossen wurden. Weiters wurde an der Neuordnung der Organisationsstruktur der Wiener Bäderverwaltung sowie an der Prüfung der Möglichkeit der Zusammenlegung der MA 43 mit der Bestattung Wien mitgewirkt.

Im Berichtsjahr erfolgte überdies eine Erweiterung des Aufgabenumfanges der Gruppe in Belangen des Hochbaus auf sämtliche mit technischen Angelegenheiten auf dem Gebiet des Hochbaus befassten Dienststellen der Stadt Wien. Als Juryteilnehmer bei Planungswettbewerben und Gutachterverfahren zum Schulbau- und Wohnbauprogramm sowie für Kindertagesheime und sonstige Nutzbauten wurde an der Umsetzung der Ziele der Stadtplanung aktiv mitgewirkt.

Zur Verbesserung der Kommunikation im gesamten Bereich des Hochbaus wurden die Themenschwerpunkte „Dienstanweisung für die projektorientierte Abwicklung von Baumaßnahmen 2003 – DAB 2003", „Wirtschaftlichkeitsbesprechungen – Projektdatenbank" sowie „Kostenmanagement nach ON B 1801-1" für die Darstellung im **Intranet** aufbereitet und somit abgestimmte Informationen allen Dienststellen zugänglich gemacht. Das bereits großflächig eingeführte EDV-Programm „Kostenmanagement" zeigte erste Erfolge im Bereich der Projekt- und Kostensteuerung.

Weiters wurden die Tätigkeiten im Rahmen des Projektes „ÖkoKauf Wien – Projektgruppe für umweltgerechte Leistungen", zur Ökologisierung im Beschaffungswesen und damit zur Unterstützung der Klimaschutzziele Wiens, weitergeführt.

Gruppe Tiefbau

Im Berichtsjahr erfolgte unter anderem die Koordinierung von Baumaßnahmen im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen, wobei umfangreiche Arbeiten zur Minimierung der Verkehrsbeeinträchtigungen und der Belastungen für die Anrainer zeitlich und technisch abgestimmt wurden. Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt lag in der Vorbereitung und Durchführung von 16 Wirtschaftlichkeitsbesprechungen, wobei 24 Projekte mit einem Gesamtvolumen von etwa 368 Mio. EUR nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten positiv beurteilt worden sind. Weiters erfolgte die Mitwirkung bei der Budgetplanung zwischen Bund, Autobahnen- und Schnellstraßen Finanzierungs AG, Land und Bezirken betreffend die zur Gruppe gehörigen Magistratsabteilungen. Im Rahmen der Umsetzung der „Verländerung" der Bundesstraßen konnte bei der Schaffung der rechtlichen Voraus-

setzungen für die „Förderung von Schallschutzfenstern an Hauptstraßen B" und bei der „Festlegung der Kostentragung für Arbeiten der Einbautendienststellen im Bereich der Hauptstraßen B" federführend mitgearbeitet werden.

Neben Koordinierungstätigkeiten im Zusammenhang mit Vorhaben der Österreichischen Bundesbahnen und der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG, wie u. a. der Bahnhofsoffensive, der schalltechnischen Sanierung der Bahnstrecken in Wien und dem Lainzer Tunnel, ist auch die Mitwirkung der Gruppe bei der Gestaltung der Förderungsbedingungen im Rahmen des **Arbeitskreises „Siedlungswasserwirtschaft"** des Bundes und der Länder, welcher auf Grund des Umweltförderungsgesetzes eingerichtet wurde, hervorzuheben.

In den 29 Stadterweiterungsgebieten wurden die Koordinierungsaufgaben bei Planung und Umsetzung der technischen Infrastrukturmaßnahmen samt Budgetvorsorge und -kontrolle weitergeführt, der Grunderwerb von gewidmeten Verkehrsflächen unter Beiziehung der Rechtsdienststellen festgelegt und zusätzliche Stadterweiterungsflächen in den Bezirken 21, 22 und 23 einvernehmlich mit der Finanzverwaltung in die Gesamtkoordination aufgenommen. Für die **Infrastrukturkommission** wurde der Anteil der technischen Aufschließung für 24 Stadtentwicklungsprojekte mit 5.758 Wohneinheiten (WE) ausgearbeitet. Weitere 33 Wohnbauprojekte mit 6.728 WE befinden sich in der Realisierungsphase.

Als neue Aufgabenbereiche ergaben sich Projektkoordinationen im Bereich des „Kunstplatz Karlsplatz" und betreffend „Vorbereitung der Technischen Infrastruktur und Verkehrsorganisation für die Fußballeuropameisterschaft 2008".

Gruppe Planung

Schwerpunkt im Sinne der strategischen Steuerung war im Jahr 2003 die Koordinierung der Vertiefung von Umsetzungsstrategien ausgesuchter Themenfelder sowie die Aktualisierung des im Jahr 2000 fertig gestellten „Strategieplans für Wien". Betreffend den bis zum Jahr 2005 zu erstellenden Stadtentwicklungsplan wurde u. a. zu den Themen „Wirtschaftentwicklung/Zentren" und „Mobilität" mitgewirkt. Im Bereich der Erstellung von Entwürfen für neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne wurde auf erweiterte Bürgernähe geachtet. Das gesetzte Ziel, den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für das gesamte Wiener Stadtgebiet bis 2006 zu überarbeiten, wird im Wesentlichen erreicht werden.

Unter Federführung der Gruppe Planung und der MA 27 wurde vor dem Hintergrund der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union und des internationalen Wettbewerbs der Regionen ein strukturierter multilateraler Arbeitsprozess zur Erarbeitung der Rahmenbedingungen für die Etablierung einer **grenzüberschreitenden Europaregion** gemeinsam mit den Bundesländern Burgenland und Niederösterreich sowie den benachbarten Städten und Regionen Südmährens, der Westslowakei und Westungarns abgeschlossen. Ergebnis war die Unterzeichnung einer Deklaration der Landeshauptleute der Teilregionen bzw. Bürgermeister der relevanten Städte dieses Raumes zur Entwicklung einer grenzüberschreitenden Europaregion im September des Berichtsjahres. Bis 2005 sollen im Rahmen des **INTERREG III A-Projektes BAER** (Building a European Region) die entsprechenden Strukturen aufgebaut werden.

Im Zusammenhang mit der städtebaulichen Weiterentwicklung von maßgeblichen Bahnhofsarealen und -projekten lag der Schwerpunkt der Tätigkeiten in der Vorbereitung einer Vereinbarung in Form eines „Letter of Intent" für die Planung und Entwicklung des **„Hauptbahnhofes Wien – Europa Mitte"**, welcher als neuer zentrumsnaher Durchgangsbahnhof mit Fern- und Nahverkehrsteil im Bereich des Süd- bzw. Ostbahnhofes entstehen soll, sowie in der städtebaulichen Entwicklung des gesamten Frachtenbahnhofbereiches samt Vorbereitung eines diesbezüglichen Planungsverfahrens für das Jahr 2004. Für den Westbahnhof wurde auf Basis der Ergebnisse eines städtebaulichen Wettbewerbes gemeinsam mit den ÖBB der Entwurf eines Masterplanes entwickelt. Im Zusammenhang mit den Planungen zum Bahnhof Wien Nord und dessen Realisierung bis Anfang 2008 auf Basis von Wettbewerbsergebnissen sowie der Verlängerung der U2 wurden Abstimmungen im Hinblick auf die Gestaltung des Vorplatzes Praterstern durchgeführt.

Des Weiteren sind die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Weltkulturerbe **„Historische Innenstadt von Wien"** zu nennen. Nach Kritiken hinsichtlich der Höhe und Volumen des in der Pufferzone des Weltkulturerbegebietes „Historische Innenstadt von Wien" liegenden Projektes Wien-Mitte wurde Ende März beschlossen, ein neues, mit dem Weltkulturerbe kompatibles Projekt Wien-Mitte, zu erarbeiten. An der Ausschreibung und Durchführung dieses neuen Wettbewerbs wurde mitgewirkt.

Die im Wege des „Vereins Lokale Agenda 21" in Wien im Jahr 2002 implementierte „Lokale Agenda 21" zur Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung, vor allem durch neue Formen der Partizipation, wurde in fünf Bezirken im Berichtsjahr gestartet. In Hinblick auf die weitere Optimierung des Wettbewerbswesens wurde u. a. ein Leitfaden mit dem Titel „Grundlagen für Wettbewerbe auf dem Gebiet der Architektur und des Städtebaus" entwickelt und publiziert.

Weiters wurde am **Verfahren „Strategische Umweltprüfung Entwicklungsraum Nord-Osten Wiens"** („SUPer NOW") mit dem Ziel, verschiedene Szenarien einer umweltverträglichen und nachhaltigen Raum- und Verkehrsentwicklung im 21. und 22. Bezirk zu entwickeln und hinsichtlich ihrer ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen zu untersuchen und zu vergleichen, mitgewirkt.

Magistratsdirektion

Die MD-BD war auch an der Erstellung des „Masterplans Verkehr Wien 2003" und eines neuen Schnellbahnkonzeptes sowie an der Vorbereitung eines Antrags auf Förderung des INTERREG III A Schirmprojektes CENTRAL (Central European Nodes for Transport and Logistics) beteiligt.

Die in der **„Kommission für Parkraummanagement"** zu beratenden Maßnahmen zur Verbesserung der Parkraumsituation in Wien wurden weiter diskutiert und konkretisiert. Aufbauend auf den zu Beginn des Berichtsjahres vorgelegten Ergebnissen umfassender Erhebungen und Befragungen zum Thema „Parken in der Umgebung der Wiener Stadthalle" wurde die Vorbereitung eines Pilotversuches vorangetrieben, welcher in der Umgebung der Stadthalle die Erprobung eines neuen Modells der Parkraumbewirtschaftung beinhaltet. Dieses neue Modell sieht die Vorschreibung einer Abgabe für das Parken im öffentlichen Straßenraum zu bestimmten Zeiten, jedoch ohne Beschränkung der zulässigen Parkdauer, vor.

Im **Mediationsverfahren „Flughafen Wien"** (viemediation.at) wurde im Mai des Berichtsjahres zwischen den Verfahrensparteien ein erster Teilvertrag bezüglich Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Fluglärmsituation abgeschlossen. Durch die gemäß diesem Teilvertrag bereits ab Anfang 2004 zur Umsetzung gelangenden Maßnahmen wird die Fluglärmsituation in Wien entscheidend verbessert werden. Im Herbst des Berichtsjahres begann die Vorbereitung der Verhandlungen bezüglich der zur Sicherstellung einer optimalen Abwicklung des künftig zu erwartenden Passagieraufkommens zu treffenden Maßnahmen.

Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik

Auch im Jahr 2003 wurde bei der Handhabung und Koordination der bautechnischen, gewerbetechnischen, feuerpolizeilichen und umwelttechnischen Vorschriften mitgewirkt und diesbezüglich grundsätzliche Entscheidungen getroffen. Im baubehördlichen Bereich wurden insbesondere Entscheidungen der Bauoberbehörde hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf baubehördliche Verfahren überprüft. Weiters wurden Bauansuchen betreffend Großbauvorhaben, besonders schwierige Bauvorhaben und solche, die den Bebauungsbestimmungen nicht vollständig entsprechen, beurteilt und einer Entscheidung zugeführt. Die Gruppe hat auch federführend an der aktuellen Organisationsuntersuchung der MA 37 mitgearbeitet.

Im Rahmen der Koordination der umwelttechnischen Dienststellen hat die Gruppe dafür Sorge getragen, dass Maßnahmen und Projekte nach einheitlichen und wirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführt werden. Mitgewirkt wurde u. a. bei der technischen und budgetären Koordination der Projekte Wiental und Liesingtal, bei der Umsetzung der Altlastsicherungsprojekte „Siebenhirten", „Lobau" und „Mobil", bei der Koordination der Donauhochwasserschutzprojekte, bei der Festlegung einer einheitlichen auf eine Magistratsdienststelle konzentrierten Kompostwirtschaft, bei der Festlegung optimierter Reinigungsstandards für den öffentlichen Raum, bei strategischen Festlegungen der Abfallvermeidung, bei der Beratung von Entsorgungsproblemen, bei Altlastenerkundungs- und Sanierungsfragen sowie beim Projekt „ÖkoKauf".

Mitarbeiter der Gruppe haben als Vertreter der Stadt Wien beim Projekt zur Harmonisierung der Bauordnungen Österreichs im Österreichischen Institut für Bautechnik mitgewirkt. Weiters wurden Koordinationsgespräche der Baubehörde mit der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie mit der Wirtschaftskammer Wien – Landesinnung Wien der Baugewerbe durchgeführt.

Dezernat 1

Der Aufgabenbereich des Dezernats 1 der MD-BD umfasst die allgemeinen und EU-Angelegenheiten sowie die technische Fachaufsicht und das Prüfungswesen. Betreffend den Themenkreis **„Europäische Union"** erfolgte die Mitwirkung in den Beiräten zu den EU-Förderprogrammen Ziel 2 und Urban II sowie im Rahmen der Projektvorbereitungen zum INTERREG IIIB CADSES Projekt UTN II (Urban Technologie Network Phase II). Im Rahmen der Tätigkeiten betreffend Förderungen der EU wurde u. a. ein Erfahrungsaustausch mit bautechnischen Dienststellen in Bezug auf deren Projekt- und Programmbeteiligungen durchgeführt.

Die in Vereinen und Institutionen im In- und Ausland nominierten Vertreter/innen der technischen Dienststellen wurden evident gehalten. Hinsichtlich des Österreichischen Normungsinstituts und der Österreichischen Forschungsgemeinschaft Straße und Verkehr wurde auch die Delegierung der Bediensteten durch das Dezernat 1 wahrgenommen. Weiters wurden Stellungnahmen zu den zum Einspruch aufgelegten ÖNORMEN nach gegebenenfalls notwendiger Koordinierung divergierender Stellungnahmen an das Österreichische Normungsinstitut herangetragen. Durch das Dezernat wurden weiters Sonderaufgaben des Baudirektors sowie fachbereichsübergreifende Angelegenheiten interdisziplinär durchgeführt. Die Diensteinteilung und Organisation bzw. fachliche Betreuung für den Permanenzdienst der Magistratsdirektion und den Veranstaltungsstättenaufsichtsdienst wurde wahrgenommen. Im Rahmen des Berichtswesens aus dem Bereich Bauten und Technik an den Magistratsdirektor erfolgte die Koordination und Betreuung der bautechnischen Dienststellen sowie die quartalsmäßige Berichtslegung.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich lag in der Abnahme von **Befähigungsprüfungen für das Baugewerbe**. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit wurde an Ziviltechnikerprüfungen mitgewirkt. Die technische Fachaufsicht wurde durch Mitwirkung bei der Dienstaufsicht über das dem Bereich Bauten und Technik

zugewiesene technische Personal wahrgenommen. Dem Dezernat obliegen auch die Bearbeitung der Budgetangelegenheiten für die gesamte MD-BD sowie die Erledigung von Personalangelegenheiten für sämtliche Mitarbeiter/innen der MD-BD.

Dezernat 2

Das Dezernat 2 der MD-BD ist für die grundsätzlichen Angelegenheiten der Koordination sämtlicher EDV-Aktivitäten sowie für die Organisation von Verwaltungsvorgängen im technischen Bereich zuständig und unterstützt die Dienststellen im Bereich Bauten und Technik z. B. hinsichtlich Projektmanagement und „New Public Management". Im Berichtsjahr wurden insbesondere bei folgenden Projekten bedeutende Entwicklungsschritte gesetzt:

- **Informationssystem Bauen (ISBA):** Die neu entwickelte Softwaregeneration im Bereich Ausschreibung-Vergabe-Abrechnung (AVA) wurde in einigen Pilotdienststellen eingesetzt. Hiezu und für den folgenden, flächendeckenden Einsatz waren umfangreiche Abnahme- und Einsatztests notwendig.
- **Allgemeine Angebots- und Vertragsbestimmungen:** Die Arbeiten an den zugehörigen Erlässen auf Basis des Bundesvergabegesetzes 2002 und der ÖNORMen-Generation 2002 wurden abgeschlossen.

Ergänzend zur umfangreichen Beratungstätigkeit für die Dienststellen in Vergabe- und Vertragsangelegenheiten und der diesbezüglichen Mitarbeit an Projekten und Arbeitskreisen der Stadt Wien wurde ein Arbeitsbehelf erarbeitet, welcher im Intranet (http://www.intern.magwien.gv.at/mdbd/info/aw/) zur Verfügung steht.

Zur Unterstützung der Dienststellen bei dem in Zukunft vermehrt zu erwartenden Einsatz von **Public-Private-Partnership-Projekten** wurde ein Leitfaden zur Projektabwicklung ausgearbeitet.

Geschäftsstelle Infrastruktur und Stadterneuerung

Im Rahmen der **Infrastrukturkommission** (ISK) wurde die Arbeit an der Schaffung der Voraussetzungen für die Sicherstellung der sozialen Infrastruktur sowie die Koordination der dafür zuständigen Dienststellen in sachlicher, räumlicher und zeitlicher Hinsicht fortgesetzt. Im Berichtsjahr wurde der Geschäftsstelle auch die Wahrnehmung der Bürogeschäfte der Kommissionen des Stadtbaudirektors übertragen. So wurden in den Arbeitssitzungen der ISK, unter Vorsitz des Stadtbaudirektors, im Berichtsjahr 38 Wohnbauprojekte mit 11.538 Wohneinheiten (WE) einer Bewertung vor allem im Hinblick auf die Kosten der sozialen und technischen Infrastruktur unterzogen. Damit wurden seit Konstituierung der Infrastrukturkommission 478 Projekte mit insgesamt 122.440 WE behandelt. Mit Jahresende sind davon 231 Bauvorhaben mit 56.043 WE fertig gestellt. 33 Wohnbauprojekte mit 6.728 WE befinden sich in der Realisierungsphase.

Im Zuge der Steuerung von **Stadterneuerungsprozessen und -projekten** stand weiterhin die Sicherung der hohen Qualitätsstandards bei der Erneuerung der innerstädtischen Bereiche im Mittelpunkt. Die Weiterentwicklung vorhandener Instrumente und die Entwicklung strategisch wichtiger Impulsprojekte wurden dabei initiiert, zentral gesteuert und begleitet. Im Rahmen der strategischen Steuerung der Aufgaben der Gebietsbetreuungen wurde die Umsetzung der Ergebnisse einer diesbezüglichen Aufgabenevaluierung aus dem Jahr 2000 abgeschlossen und mit den neuen Stadtteilmanagements im 2., 4., 7., 16., 17. und 20. Bezirk Pilotversuche für die künftige Ausrichtung der Aufgaben der Wiener Gebietsbetreuungen eingeleitet bzw. gestartet.

Im Sinne der umfassenden Aufgabenstellung der Stadterneuerung wurde die Entwicklung des Programms zur Revitalisierung von Einkaufsstraßen inklusive dem Aufbau von geschäftsgruppen- bzw. magistratsübergreifenden zentralen und lokalen Organisationsstrukturen weitergeführt und bereits Erneuerungsprojekte eingeleitet.

Zu den der Geschäftsstelle zugewiesenen Aufgaben gehört auch das Betreiben von Maßnahmen zur Förderung von **Garagenprojekten**, die Koordinierung von **Park & Ride-Anlagen** und die Erarbeitung des Garagenprogramms. Im Berichtsjahr wurden sechs gewerbliche Garagen mit 1.299 Pkw-Stellplätzen und 25 Bus-Stellplätzen fertig gestellt. Sechs Garagen mit insgesamt 2.458 Stellplätzen sind in Bau bzw. wurden bis zur Baureife vorbereitet. Für 31 weitere Standorte mit insgesamt 5.970 Stellplätzen und 50 Bus-Stellplätzen wurden Planungsüberlegungen verfolgt.

Eine Park & Ride-Anlage mit 320 Stellplätzen ging in Betrieb. Für weitere 15 Park & Ride-Standorte mit insgesamt 9.840 Stellplätzen wurden Planungsüberlegungen weitergeführt bzw. stehen in Diskussion. Im Berichtsjahr erfolgte weiters die Mitarbeit am „Masterplan Verkehr 2003" durch Leitung der Arbeitsgruppe „Ruhender Verkehr".

Im Rahmen der von der Geschäftsstelle federführend betriebenen Grundstücksbesprechung wurde in Liegenschafts- und Immobilienangelegenheiten mit dem Ziel agiert, stadtentwicklungspolitische sowie ökonomische Interessen und Zielsetzungen abzuwägen um sie zu einem einvernehmlichen, optimalen Ergebnis zu führen. Als Folge der Schaffung des Wiener Liegenschaftsmanagements und des Wiener Bau- und Gebäudemanagements wurde ein Konzept für eine Neupositionierung von Strategie, Funktion und Organisation der Grundstücksbesprechung entwickelt.

Im Berichtsjahr wurden zu insgesamt 14 beantragten Raumprogrammen städtischer Dienststellen Raumprogrammvorbesprechungen und -besprechungen mit einer Gesamtnutzfläche von 11.735 m^2 durchgeführt.

Magistratsdirektion

Das Lagerplatzkonzept zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung technischer Abteilungen wurde abgeschlossen. Die Mitwirkung an der Erstellung von Standardraumprogrammen des Wiener Krankenanstaltenverbundes, sowie die federführende Koordinierung einer Reihe von Sonderprojekten, wie z. B. Islamischer Friedhof und Chinesisches Kulturzentrum, wurde im Berichtsjahr fortgesetzt.

Projektleitstelle

Die Projektleitstelle befasste sich unter anderem mit der Abwicklung von Bauprojekten in Stadtentwicklungsgebieten, mit der Koordination der vom Stadtbaudirektor eingesetzten Projektverantwortlichen und der Mitwirkung bei der Bereitstellung der Ressourcen für die Projektabwicklungen. Daneben wurden verschiedene Sonderprojekte betreut:

- Das aus Mitteln der Europäischen Kommission geförderte Projekt „RUMBA – Richtlinien für eine umweltfreundliche Baustellenabwicklung" wurde intensiv weiter betrieben. So wurden z. B. ein Baulogistikplatz im 23. Bezirk eingerichtet, zwei weitere (2. und 10. Bezirk) vorbereitet und Ergebnisse von RUMBA im Kapitel Citylogistik im Masterplan Verkehr 2003 etabliert. Weiters entwickelten die Österreichischen Bundesbahnen auf Basis der bisherigen Grundlagenarbeit ein Baulogistikzentrum für die Baumaßnahmen des zukünftigen Bahnhofes „Wien-Europa Mitte" und führte der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds die erste Stufe eines Bauträgerauswahlverfahrens mit Schwerpunktthemen aus „RUMBA" für den Bau von 500 Wohnungen erfolgreich durch.
- Im Projekt „ÖkoKauf Wien" konnten weitere Kriterienkataloge erarbeitet und im Internet veröffentlicht werden.
- Mit dem Österreichischen Normungsinstitut wurde eine Rahmenvereinbarung über den Vertrieb von Informationsprodukten über die ökologische Beschaffung unterzeichnet. Mustertexte für umweltgerechte bauspezifische Leistungsbeschreibungen (für den Tiefbau), werden als erstes Produkt als ONR 22251 (ON-Regel) verkauft.
- Ein Kinderfilm mit dem Titel „Mamamio alles Bio" zum Einsatz in Volksschulen und Kindertagesheimen in ganz Österreich wurde produziert. Dieser Film zeigt den Einfluss von biologischen Lebensmitteln auf den Klimaschutz und wird über die Landeslichtbildstellen verteilt.
- Für die „green week" in Brüssel wurde durch die Europäische Kommission ein ca. 7-minütiges Video „Public Procurement Going Green" über ÖkoKauf Wien gedreht.
- Für das Kontrollamt der Stadt Wien, für die vom Stadtbaudirektor eingesetzten Projektkoordinatoren und für die Musiklehranstalten der Stadt Wien wurden Schulungen in Projektmanagementmethoden abgehalten und Moderationen für die Workshops der MD-Klimaschutzkoordinationsstelle zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms und für die EDV- und Informationsangelegenheiten der MD übernommen.
- Für die Stadtbaudirektion wurde federführend ein Entwurf „Stadtbaudirektion als projektorientierte Organisation" erarbeitet, welcher u. a. bei der durch den Magistratsdirektor beauftragten Aufstellung von Projektmanagementstandards für den Magistrat der Stadt Wien herangezogen wird.

Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen

Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt im Berichtsjahr lag im Gender Mainstreaming. In Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 18 und 57 wurde ein Weiterbildungsangebot **„Planspiel Gender City"** entwickelt, welches sich an Akteure und Akteurinnen inner- und außerhalb der Magistrats richtet. Im Rahmen einer Reihe von Veranstaltungen erfolgte für die betroffenen Dienststellen die Einführung und erste Informationen über das Projekt „Gender Mainstreaming Pilotbezirk Mariahilf". Gleichzeitig fand ein strategischer Erfahrungsaustausch auf internationaler Ebene sowie die Ausweitung und Intensivierung der Information zum Thema Gender Mainstreaming für ein breiteres Publikum statt.

Auf dem Gebiet der Verkehrsplanung wurden im Rahmen des Projektes Gender Mainstreaming Pilotbezirk Mariahilf „Runde Tische" und ein Workshop zum Thema „Schanigärten" mit allen beteiligten Dienststellen mit dem Ziel, einheitliche und gut nachvollziehbare Kriterien für die Genehmigung im Sinne eines ungestörten Fußgänger/innenverkehrs auszuarbeiten, durchgeführt.

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt stellte die Weiterführung des strategischen Projektes „Geschlechtssensible Kinder- und Jugendspielplätze, Sport- und Parkanlagen" dar, die mit einem Kinderbeteiligungsverfahren im Alois-Drasche-Park und mit der Begleitung der Umsetzung der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens „Odeongasse" in die Detailplanung erfolgte.

Im „Lokale Agenda (LA) – Beirat" wurden die Anliegen des Gender Mainstreaming bei der Erstellung des Grundsatzpapiers und in den Hearings für die Auswahl der LA 21 – Träger in den einzelnen Bezirken vertreten. Die Mitarbeit am Masterplan Verkehr erfolgte u. a. im Rahmen des Projektes „Gender Mainstreaming Pilotbezirk Mariahilf" durch Umlegung eines Szenarios des Masterplan Verkehrs auf den 6. Bezirk.

Im Berichtsjahr wurden darüber hinaus in vier Bauträgerwettbewerben 873 Wohnungen mitbeurteilt und 57 zur Förderung eingereichte Wohnbauprojekte mit 2.921 Wohnungen für den Grundstücksbeirat des WBSF geprüft.

Geschäftsstelle Landesforstinspektion

Die Hauptaufgaben umfassen Amtssachverständigentätigkeiten in Angelegenheiten der

Forstwirtschaft, der Jagd und der Fischerei, wobei die Haupttätigkeit in der Begutachtung von Rodungsansuchen, in der Waldfeststellung, in der periodischen Festlegung der Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete sowie der Fischereireviere im Bundesland Wien besteht. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der laufenden Kontrolle des Waldzustandes.

Referat Sonderaufgaben

Das Referat Sonderaufgaben wurde mit 1. August 2003 eingerichtet. Es wurden schwerpunktmäßig die Themen Verkehrsmanagement, Koordinierung der Aktivitäten im Bereich Donaukanal und die Mitwirkung an der Projektentwicklung für die Netzerweiterung des Autobahn- und Schnellstraßennetzes in Wien betreut.

Im Bereich Verkehrsmanagement wurde bezüglich Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften Wien und Niederösterreich mit den Bundesministerien für Inneres (BMI) und für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) sowie mit der Autobahn- und Schnellstraßenfinanzierungs-AG (ASFINAG), den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB), dem Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) und den Wiener Linien an der Ausarbeitung eines Kooperationsübereinkommens bis zur Unterschriftsreife mitgewirkt.

Bezüglich Koordinierung der Aktivitäten am Donaukanal wurden folgende Projekte vorangetrieben:
- Überbauung der Stadtbahnbögen Spittelau (Zaha Hadid-Projekt)
- Projekt Wildwasser bei der Schemmerlbrücke in Nussdorf
- Projekt „Riviera Vienna"
- Erweiterung Flex
- Neustrukturierung Summer Stage
- Neuer Zugang zum Donaukanal im Bereich der Liegenschaft Praterstraße 1-3.

Im Bereich Netzerweiterung des hochrangigen Straßennetzes wurden bezüglich Donauquerung ein Expertenhearing abgehalten sowie der Variantenvergleich für die Trassenführung zwischen Knoten Lobau und Knoten Süßenbrunn betreut.

Die Ausarbeitung des im November beschlossenen Masterplans Verkehr wurde mitbetreut. Außerdem wurden Expertisen zu verkehrspolitischen Fragen insbesondere zum Transitverkehr und ÖBB-Reform erarbeitet. Auch die Überarbeitung des bestehenden Werkvertrages zwischen ASFINAG und Stadt Wien bezüglich Durchführung der baulichen und betrieblichen Erhaltung des hochrangigen Straßennetzes wurde vom Referat mitbetreut.

Magistratsdirektion – Auslandsbeziehungen (MD-AB)

Kernaufgaben der MD-AB waren auch 2003:
- Die Koordination unterschiedlicher Dienststellen bei internationalen Auftritten
- Die Wahrnehmung Wiener Interessen bei Städtenetzwerken und Kongressen
- Die Betreuung der in Wien ansässigen Internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sowie
- Die Abwicklung der Auslandshilfe der Stadt Wien.

Neben all diesen Aufgaben ist die MD-AB auch Servicestelle für die unterschiedlichsten Anliegen der Dienststellen, ausländischer Besucher und Institutionen. 2003 sind in der MD-AB 3.189 Schriftstücke eingelaufen und 2.228 Schriftstücke per Post oder E-Mail versendet worden. In der von der Abteilung geführten Delegationsliste wurden 286 Delegationen, welche Einrichtungen der Stadt Wien besuchten, mit insgesamt 3.913 Fachbesuchern eingetragen.

Wien-Präsentationen

Berlin

Im März 2003 war die Stadt Wien in Berlin im Sony Center mit einer großen Wirtschaftsveranstaltung „Wien – Berlin, Wirtschaftsregionen und ihre Synergien" in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Michael Häupl, dem Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit und dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Wien Senator Walter Nettig präsent. Workshops des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds zu den Themen EU-Erweiterung, Biotechnologie sowie Multimedia und IT ergänzten die hochkarätige Veranstaltung.

Krakau

Im Juni 2003 wurden in Krakau die „Wien-Tage" vom Wiener Kulturstadtrat Dr. Andreas Mailath-Pokorny feierlich eröffnet. Im Rahmen dieses Festivals wurden Veranstaltungen wie die Foto-Ausstellung „Bilder von Wienern" gezeigt und ein Konzert des „Jazztrios" sowie ein Open Air Konzert des „Wiener Opernball Orchesters" geboten.

Darüber hinaus wurden die Ausstellungen „Wiener Stadt- und Umwelttechnologien" sowie „Best Pracitices – ein internationaler Städtevergleich" gezeigt. Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds veranstaltete einen Umwelttechnologie-Workshop mit Experten der Gastgeberstadt.

London

Ebenfalls im Juni präsentierte Bürgermeister Dr. Michael Häupl Wien bei einer Veranstaltung unter dem Motto „Vienna, Bridge to a new Europe" im House of Commons des Londoner House of Parliaments. Der Wiener Wirtschaftsföderungsfonds konnte im Rahmen einer großen Zielgruppenveranstaltung „Wien – London Wirtschaftsregionen und ihre Synergien in einem neuen Europa" über 100 interessierte Fachleute begrüßen. Bürgermeister Dr. Michael Häupl und der Präsident der Wirtschaftskammer Wien, Senator Walter Nettig waren Gastgeber eines glanzvollen Abendempfanges in der Great Hall, einem renommierten Londoner Klub.

Magistratsdirektion

New York

Ende September fand in New York eine große Wien-Präsentation im Plaza Hotel statt. Der Präsident der Wirtschaftskammer Wien, Senator Walter Nettig, eröffnete unter anderem eine große WIEN-PRODUCTS-Ausstellung anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Wiener Werkstätten und war Gastgeber eines Wien-Abends im Österreichischen Kulturinstitut.

Weihnachtsaktivitäten

In Zusammenarbeit mit dem WTV wurde im November von der zweiten Landtagspräsidentin Prof. Erika Stubenvoll ein kleiner Weihnachtmarkt in Rom eröffnet. Im Dezember überreichte Stadträtin DI Isabella Kossina der Olympiastadt Athen einen Wiener Christbaum als Geschenk der Stadt Wien.

Städtekooperationen und Netzwerke

Organization of World Heritage Cities

Mit Unterstützung der MD-AB ist es der Stadt Wien gelungen, die drohende Aberkennung des von der UNESCO verliehenen Prädikats **„Weltkulturerbe"** für das historische Zentrum von Wien zu verhindern. Im Oktober wurde vom Vertreter der UNESCO Herrn Prof. Francesco Bandarin die Urkunde der UNESCO über das Weltkulturerbe „Historisches Zentrum von Wien" Herrn Bürgermeister Dr. Michael Häupl überreicht.

Städte, die mit dem von der UNESCO verliehenen Prädikat „Weltkulturerbe" ausgezeichnet sind, müssen in all ihren Aktivitäten auf die besonderen Bestimmungen der UNESCO-Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt Bedacht nehmen. 2003 wurde die Stadt Wien Mitglied dieser Organisationen, der 80 Städte aus 72 Staaten angehören.

Capital Cities – Europäisches Städtenetzwerk

Im März fand in Budapest die 5. Konferenz dieses Europäischen Städtenetzwerkes statt, an der Vertreter/innen der 15 Hauptstädte der EU-Beitrittskandidatenländer sowie Berlins und Wiens teilnahmen. Für Wien hatte daran in Vertretung von Bürgermeister Dr. Michael Häupl Planungsstadtrat DI Rudolf Schicker teilgenommen. Einstimmig angenommen wurde eine Erklärung, die sich besonders mit den künftigen Strukturfonds der Europäischen Union beschäftigt und eine stärkere Berücksichtigung der Städte fordert.

Die Wien-Berlin-Initiative „Capital Cities for EU Enlargement" wurde auf Bürgermeisterebene im September in Riga fortgesetzt. Das Thema war diesmal „Security in an Enlarged Europe" mit Schwerpunkt Organisierte Kriminalität und Bekämpfung des Terrorismus in Städten. Herr Gemeinderat Mag. Schieder vertrat Herrn Bürgermeister Dr. Michael Häupl bei dieser Konferenz.

Airport Regions Conference (ARC)

Die Halbjahreskonferenz der ARC fand im Juni 2003 in Vantaa/Helsinki statt. Die Stadt Wien war auch im politisch besetzten Executive Committee durch Herrn Gemeinderat Erich Valentin vertreten. Im Rahmen der Jahreskonferenz im November 2003 in Dublin wurde das Wiener Mediationsverfahren, welches auf Grund der Erweiterung des Wiener Flughafens Anwendung findet, vorgestellt.

Konferenz der Union der Zentral- und Südosteuropäischen Hauptstädte in Podgorica/Montenegro

Bei dieser Konferenz wurde Bürgermeister Dr. Michael Häupl durch Herrn Gemeinderat Dr. Troch vertreten. Er sprach zum Thema Strategie und Stadtentwicklung.

Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Wien ist im Vorstand dieser 210 europäische Regionen umfassenden interregionalen Organisation. Äußerst erfolgreich verlief die Jugend-Sommerschule in Neapel, die von Wien mitorganisiert wurde. Auf der Hauptversammlung im Dezember in Poznań/Polen hat sich Wien bereit erklärt, gemeinsam mit Niederösterreich die Hauptversammlung 2004 in Wien auszurichten.

Liga der Historischen Städte (LHC)

Bei der Weltkonferenz im Oktober in Montréal/Kanada hat ein Referent der Stadt Wien zu dem Thema „Schutz des historischen Erbes in Städten" berichtet.

Internationale Organisationen in Wien

European Space Policy Institute (ESPI)

Die Stadt Wien leistete gemeinsam mit dem Bund einen finanziellen Anteil für die Ansiedlung des ESPI in Wien.

Vienna Service Office (VSO) im Vienna International Centre

Das VSO bietet den UN-Mitarbeiter/innen und deren Familien kostenlose Information und Hilfestellung zu Fragen und Problemen des täglichen Lebens, um diesen die Integration in Wien zu erleichtern. Um den Bekanntheitsgrad des VSO zu steigern, wurde zweimal 2003 ein „Hospitality Afternoon" in der Rotunde des VICs veranstaltet, wo Mitarbeiterinnen der MD-AB über die Tätigkeit des VSO informierten.

Learning Your Way in Vienna

Im Frühjahr und im Herbst fand zweimal wöchentlich für jeweils ca. 30 UNO-Mitarbeiter/innen und deren Familien ein mehrmonatiger Deutschkurs statt.

Premiers mots, premiers pas à Vienne

Für die „Amicale des Femmes Francophones" wurde ein ebensolcher mehrmonatiger Kurs einmal wöchentlich veranstaltet.

Orientation Course

Viermal jährlich wurde eine halbtägige Informationsveranstaltung für neue UNO-Mitarbeiter/innen und deren Familien durchgeführt. Diese beinhaltet eine Stadtrundfahrt, eine Führung durch das Rathaus und Vorträge über das Vienna Service Office, die medizinische Betreuung in Wien, Internetservice und Sicherheitsaspekte.

Internationales Jahr des Süßwassers

Das Internationale „Symposium on Isotope Hydrology and Integrated Water Resources Management" der IAEA wurde im Mai von Stadträtin DI Isabella Kossina eröffnet. Im Oktober überreichte Bürgermeister Dr. Michael Häupl einen von Hans Dietrich gestalteten Trinkbrunnen als Geschenk der Stadt Wien zum Jahr des Süßwassers 2003 an die in Wien ansässigen UN Organisationen.

Auslandshilfe

- 2003 unterstützte die MD-AB mit finanziellen Mitteln Hilfsprojekte in Äthiopien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Indien, Irak, Israel, der Mongolei, Pakistan, Rumänien, Serbien und Montenegro, Südafrika und der Ukraine.
- Die amtsführende Präsidentin des Stadtschulrates für Wien Dr. Susanne Brandsteidl eröffnete in Belgrad Kinderspielplätze, welche von der Stadt Wien finanziert wurde.
- Rettungswägen, Hubkanzelfahrzeuge, Geländefahrzeuge und Feuerwehrfahrzeuge sind an kommunale oder caritative Einrichtungen in Belarus, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Serbien und Montenegro und nach Syrien gespendet worden.
- Spitalsgüter sind an kommunale oder caritative Einrichtungen in Afghanistan, Angola, Belarus, Bulgarien, Indien, Irak, Nigeria, Polen und der Ukraine gespendet worden.
- Das Allgemeine Krankenhaus Wien hat eine Gammakamera, mit welcher Knochentumore diagnostiziert werden können, dem onkologischen Gemeindespital in Sofia zur Verfügung gestellt. Die Gammakamera wurde mit finanzieller Unterstützung der MD-AB nach Sofia transportiert und fachmännisch wieder aufgebaut.
- Schulmöbel wurden an eine öffentliche Schule in Bosnien und Herzegowina gespendet.

Magistratische Bezirksämter (MBÄ)

Die Magistratischen Bezirksämter sind als bürgernahe Außenstellen des Magistrats der Stadt Wien im Wesentlichen mit jenen Aufgaben betraut, die im Bezirk – somit näher zu den Bürger/innen – durchgeführt werden können. Diese Aufgaben erledigen sie schnell und unbürokratisch. Während der allgemeinen Parteienverkehrszeiten (Montag bis Freitag 8.00 bis 13.00 Uhr, Donnerstag auch 15.30 bis 17.30 Uhr) sind die Mitarbeiter/innen der Magistratischen Bezirksämter bemüht, allen Rat- und Hilfesuchenden **zielführende Auskünfte und Anleitungen** zu geben, wie die jeweiligen Probleme – seien es Beeinträchtigungen, die von Gewerbebetrieben herrühren, wie Lärm- bzw. Geruchsbelästigungen oder Verschmutzungen der Umwelt durch Ablagerungen usw. – gemeinsam mit den Bürger/innen unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu lösen sind.

Die sehr unterschiedlichen Aufgaben reichen von der Erledigung der Anträge von Bürger/innen, die Parteien eines Verwaltungsverfahrens sind, über die Organisation von Wahlen auf Bundes- und Landesebene, Volksbegehren und Volksabstimmungen, über die Mitwirkung bei Groß(Volks)zählungen bis zur Durchsetzung der öffentlichen Ordnung in Bezug auf Nachbarschafts- und Umweltschutz. Dies kommt insbesondere im Rahmen der Betriebsanlagengenehmigungsverfahren sowie in Verfahren zur Beseitigung von sanitären Übelständen zum Ausdruck. Zur Durchsetzung von in diesem Bereich ergangenen behördlichen Anordnungen ist in manchen Fällen die Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren notwendig.

Den Magistratischen Bezirksämtern obliegt im Interesse des **Kunden- und Konsumentenschutzes** die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Lebensmittelgesetzes, der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung u. a. in enger Zusammenarbeit mit dem Marktamt. Die strikte Überwachung dieser Konsumentenschutzbestimmungen führt zu einer beträchtlichen Anzahl von Verwaltungsstrafverfahren, die zur Folge haben, dass die bezeichneten Bestimmungen – die den hohen Standard des Lebensmittelrechtes in Österreich ausweisen – auch entsprechend eingehalten werden.

Zur **Beschleunigung des Kundendienstes** für die Bürger/innen stehen den Magistratischen Bezirksämtern moderne Büroorganisationsmittel zur Verfügung. Bei Augenscheinsverhandlungen außerhalb des Amtshauses werden Laptops verwendet. Vernetzung und wienweit wirkende Softwareprogramme machen es möglich, dass Gewerbeberechtigungen oder Betriebsanlagengenehmigungen äußerst rasch erteilt werden können, wenn alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind (z. B. die Nachweise über die Befähigung, die Unbescholtenheit bzw. Standorteignung). So ist es zum Beispiel möglich, Gewerbeanmeldungen innerhalb von Minuten zu erledigen. In allen Magistratischen Bezirksämtern ist die **Gewerbeanmeldung-online** möglich, sodass den Kund/innen zusätzliche Amtswege erspart werden. Im Übrigen wurden durch die Gewerberechtsnovelle 2002 weitere Aufgaben auf die Bezirksverwaltungsbehörden übertragen und dadurch die Ausrichtung der MBÄ auf das **One-Stop-Prinzip** weiter verstärkt.

Magistratsdirektion

In diesem Zusammenhang darf auch auf die Einrichtung von **Front-Offices** hingewiesen werden. Dieses Organisationsprinzip wird ständig weiter entwickelt und ausgebaut. So werden zu den bestehenden Organisationseinheiten Anfang 2004 weitere Offices im MBA 11, im MBA 22 sowie im MBA 3 entstehen. Bis 2005 sollen solche Organisationseinheiten möglichst in allen MBÄ eingerichtet werden.

Im Verfahren zur Genehmigung von Betriebsanlagen ist durch den Gesetzgeber die Einschaltung von technischen und medizinischen Sachverständigen, die Anhörung von Formalparteien, wie Arbeitsinspektorat oder Umweltanwalt, sowie nicht zuletzt als Vertreter der Gemeinde und der Bezirksbevölkerung der Bezirksvorsteher zwingend vorgesehen.

Das in den MBÄ eingerichtete Unternehmerservice in Form von **Projektsprechtagen** wurde sehr gut angenommen, wobei einmal monatlich rechtskundige Beamt/innen des Magistratischen Bezirksamtes, gewerbetechnische Amtssachverständige, Baupolizisten, Arbeitsinspektoren sowie Mitarbeiter/innen der Wirtschaftskammer und des Arbeitsmarktservices gleichzeitig zur Auskunftserteilung an Unternehmer/innen und Personen, die sich selbständig machen wollen, zur Verfügung stehen. Im Zusammenhang mit der Genehmigung von Betriebsanlagen ist den Magistratischen Bezirksämtern seit 1. Jänner 2000 auch die Genehmigung von Schanigärten (Gastgärten auf öffentlichem Grund) übertragen, um den Gewerbetreibenden und Bürger/innen zusätzliche Amtswege zu ersparen, da für beide Materien u. a. lediglich eine – gemeinsame – Augenscheinsverhandlung durchgeführt wird. Ein wesentlicher Schritt in Richtung der **Verfahrensbeschleunigung** ist die Verbindung mit dem Zentralen Gewerberegister, das sämtlichen Gewerbebehörden in Österreich zur Verfügung steht.

Die in und zwischen den Magistratischen Bezirksämtern verwendete moderne Büro- und Kommunikationstechnik ist nicht nur für das Arbeitstempo förderlich, sondern ist auch beträchtlich kostenreduzierend. Die immer schneller wachsende Anzahl der gesetzlichen Vorschriften führt zu einem immer komplexeren und größeren Arbeitsanfall, der aber durch gezielten Einsatz fortschrittlicher Bürotechnik sowie begleitender und ergänzender Ausbildung der Mitarbeiter/innen bewältigt werden kann. Die **Kundenorientiertheit** der Magistratischen Bezirksämter als dezentrale Einrichtungen wird ständig verbessert, die Verfahrensabläufe werden transparenter und die Kommunikation zwischen den Bürger/innen und den Behörden erleichtert.

Das in den Bezirksämtern eingesetzte Beschleunigungsprogramm zeigt entsprechende Erfolge. So werden – bei gründlicher Vorbesprechung – Betriebsanlagengenehmigungen innerhalb von 21 Tagen ab kompletter Einreichung erteilt. Ein spezielles Controlling-Programm für den Ablauf und die Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens hat sich besonders bewährt. Auch aufgrund dieser Erfolge konnte die Stadt Wien ihre Stellung als international gefragter Wirtschaftsstandort weiter ausbauen.

Betriebswirtschaftliche Methoden, wie Projektmanagement, Controlling und Kostenrechnung sowie fachübergreifende Betrachtungsweise, erzeugen nicht nur zentral (wie z. B. in geschäftsgruppengebundenen Abteilungen), sondern auch dezentral in den Magistratischen Bezirksämtern wirkungsintensivierende Effekte. So wurden mit vier Pilotbezirksämtern **Leistungskontrakte** abgeschlossen, die mit Beginn des Jahres 2004 auf alle MBÄs ausgedehnt werden. Die Zusammenfassung der Aufgaben zu Produkten und die Zuordnung entsprechender Zielvorgaben führt zu rascher und bürgerfreundlicher Abwicklung. In diesem Zusammenhang wurde mit 1. September 2003 eine interne **Controllingstelle** beim MBA 4/5 eingerichtet, die die Grundlagendaten für Personalplanung und Budgetressourcen liefern wird.

Die Magistratischen Bezirksämter erfüllen ihre Aufgaben in relativ kleinen Teams von Jurist/innen, Bediensteten des Verwaltungsdienstes (Maturant/innen) und Kanzleibediensteten unter der Leitung von erfahrenen Jurist/innen als Bezirksamtsleiter/innen.

Die Magistratischen Bezirksämter **vollziehen** insbesondere folgende **Bundesgesetze**: Die Gewerbeordnung (Erteilung von Gewerbeberechtigungen und gewerbliches Betriebsanlagenrecht), das Wasserrechtsgesetz, das Arbeitnehmer/innenschutzgesetz, das Chemikaliengesetz, das Abfallwirtschaftsgesetz, das Forstgesetz, das Zivildienst- und Heeresgebührengesetz (Familienunterhalt und Wohnkosten für Zivildiener), das Bäderhygienegesetz, einen Teil der Straßenverkehrsverordnung und des Bundesstraßen-Mautgesetzes sowie die Beurkundung des Austrittes aus einer Religionsgemeinschaft.

An zu vollziehenden **Landes- bzw. Gemeindevorschriften** kommen beispielsweise hinzu: Die Reinhalteverordnung (betreffend die Bekämpfung von sanitären Übelständen), das Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz, das Wiener Buschenschankgesetz, das Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz (hier insbesondere die Kehrverordnung), das Baumschutzgesetz, das Gebrauchsabgabegesetz u. v. a.

In all diesen Bereichen sind die Magistratischen Bezirksämter auch im Bedarfsfall zur Durchführung der jeweiligen Verwaltungsstrafverfahren in erster Instanz zuständig. Die große Anzahl der zu vollziehenden Gesetze und Verordnungen stellt höchste Anforderungen an den Ausbildungsstand der Mitarbeiter/innen der Magistratischen Bezirksämter. Die Magistratischen Bezirksämter sind somit die kompetente Kontaktstelle für die Bürger/innen vor Ort, die rasch und nahe dem Wohn- bzw. Beschäftigungsort in den sie unmittelbar betreffenden Angelegenheiten tätig werden.

Zu den Aufgaben der MBÄ zählt seit 1. März 2002 auch das **Meldeservice**. In diesen Servicestellen werden die An- und Abmeldungen sowie Meldeaus-

künfte sofort erledigt. Die Serviceeinrichtungen stehen den Kund/innen täglich Montag bis Freitag von 8.00 Uhr bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr zur Verfügung. Infolge der österreichweiten Einführung eines Zentralmelderegisters ist es für die Bürger/innen möglich, die Abmeldung vom früheren Wohnsitz und die Neuanmeldung in einem durchzuführen, wobei die Abwicklung über PC´s erfolgt und den Kund/innen die Meldebestätigungen sofort ausgefolgt werden. An- und Abmeldungen sind im Übrigen kostenlos. Die erforderlichen Formulare (Anträge) liegen in den Bezirksämtern auf, sie sind auch im Internet abrufbar.

Mit 1. Februar 2003 wurde den MBÄ auch das **Pass- und Fundwesen** übertragen, was zu einer weiteren gewaltigen Erhöhung der Kund/innenfrequenz in den MBÄ geführt hat. Aufgrund der sehr guten Vorbereitung und Organisation konnten diese Agenden problemlos in besonders kundenfreundlicher Weise bewerkstelligt werden.

Dienst am Bürger ist heute für die Magistratischen Bezirksämter in erhöhtem Maß Aufgabe und Pflicht. Es sollen Verfahren so durchgeführt werden, dass einerseits nicht mehrere Verfahren nebeneinander durchlaufen werden müssen, und andererseits durch geeignete Kommunikationsmittel und Zugriffsmöglichkeiten der Magistratischen Bezirksämter auf den Datenbestand zentraler Dienststellen der Zugang zum Recht für die Bürger/innen verbessert und erleichtert wird.
Die Magistratischen Bezirksämter nutzen die Möglichkeiten der modernen Computertechnologie für die einfache und rasche Aufgabenerfüllung als Kund/innenservice. Die Möglichkeit **Wahlkarten, Stimmkarten für Volksbegehren** ebenso wie **„Parkpickerl" per Internet** zu beantragen – auf die Gewerbeanmeldung-online wurde bereits hingewiesen – sind Beispiele dafür.

Als Überblick über die Tätigkeit der Magistratischen Bezirksämter seien in nebenstehenden Tabellen einige Zahlen über die in diesen Dienststellen im Jahr 2003 angefallenen Geschäftsfälle angeführt.

Sehr erfreuliche Ergebnisse für die MBÄ erbrachte auch eine Querschnittsbefragung der Wiener Bevölkerung durch ein Meinungsforschungsinstitut, wonach die Zufriedenheit der Kund/innen mit den Leistungen der MBÄ bei 78 bis 95 Prozent liegt. Dieses Ergebnis ist uns weiter Auftrag, zukunftsorientiert das Service für die Bürger/innen der Stadt auszubauen und zu verbessern.

Administrativverfahren

An-, Ab- und Ummeldungen	544.593
Meldebestätigungen	130.309
Passausstellungen und -änderungen	101.023
Anträge betreffend „Parkpickerl"	79.599
Gewerbeverfahren	41.330
Kassenvorgänge	31.645
Religionsaustritte	11.788
Lebensbestätigungen (aufgrund des Ersuchens ausländischer Sozialversicherungs anstalten)	5.068
Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen	4.136
Baumschutzverfahren wobei 2.510 Ersatzpflanzungen anzuordnen waren	3.141
Genehmigung von Betriebsanlagen und Schanigärten	3.001
Verfahren zur Beseitigung sanitärer Übelstände	1.455
Familienunterhalt und Wohnkosten betr. Zivildiener	1.101
Kostenvorschreibungen bezüglich. Autoabschleppungen	930

Strafverfahren

Straßenverkehrsordnung	10.557
Gebrauchsabgabegesetz	9.537
Lebensmittelgesetz sowie LebensmittelkennzeichenVO	4.223
Ausländerbeschäftigungsgesetz	2.232
Unbefugte Gewerbeausübung	1.277
Verfahren nach der Bauordnung	1.018
Ausübung des Gewerbes ohne Geschäftsführer	671
Verfahren wegen nicht genehmigter Betriebsanlage	297
Verfahren nach dem Bundesstatistikgesetz	224
Übertretungen von Arbeitnehmerschutzbestimmungen	144
Übertretungen des Baumschutzgesetzes	90

Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal

Allgemeine Personalangelegenheiten (MA 1)

- Mit dem Gesetz, mit dem die Besoldungsordnung 1994 (19. Novelle zur Besoldungsordnung 1994) und die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (15. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995) geändert werden, LGBl. für Wien Nr. 19/2003, wurde das Gehaltsabkommen 2003 umgesetzt.
- Durch das Gesetz, mit dem die Dienstordnung 1994 (14. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (16. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), die Besoldungsordnung 1994 (20. Novelle zur Besoldungsordnung 1994) und das Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995 (3. Novelle zum Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995) geändert werden, LGBl. für Wien Nr. 33/2003, wurden Regelungen geschaffen, nach denen Bedienstete der Gemeinde Wien zum Zweck der Sterbebegleitung eines nahen Angehörigen oder zum Zweck der Betreuung eines schwerst erkrankten Kindes Anspruch auf **Pflegefreistellung gegen Entfall der Bezüge** oder auf **Teilzeitbeschäftigung** bis zu einer ununterbrochenen Gesamtdauer von sechs Monaten pro Anlassfall haben sollen. Weiters wurden Dienststellenleiter/innen ermächtigt, Bediensteten in so genannten „Hospizfällen" Diensterleichterungen zu gewähren.
- Schwerpunkt des Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994 (15. Novelle zur Dienstordnung 1994), das Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien (5. Novelle zum Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien), das Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995 (4. Novelle zum Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995) und das Wiener Personalvertretungsgesetz (6. Novelle zum Wiener Personalvertretungsgesetz) geändert werden, LGBl. für Wien Nr. 37/2003, war die **Reorganisation des Disziplinarrechts**, die im Kernbereich durch eine Neuordnung der Behördenstrukturen, den Übergang vom „Inquisitions-" zum „Anklageprinzip", verfahrensbeschleunigende Maßnahmen und weiters dadurch gekennzeichnet ist, dass vor allem bei Dienstpflichtverletzungen geringerer Schwere den Beschuldigten oder die Beschuldigte nur die verhängte Disziplinarstrafe treffen soll, nicht aber weitere, in Anbetracht der Geringfügigkeit der Pflichtverletzung nicht zu rechtfertigende Einkommenseinbußen. Auch war es Absicht des Gesetzes, dass es im Bereich der „Bagatellfälle" nicht mehr zu einem Disziplinarverfahren kommen sollte.
  Die mit dem seit 1. Jänner 2000 tätigen Dienstrechtssenat gemachten positiven Erfahrungen haben überdies dazu geführt, diesem auch – und zwar an Stelle der Disziplinaroberkommission – die Aufgaben der Disziplinarbehörde zweiter (und letzter) Instanz zu übertragen.
  Auch im Bereich des Disziplinarrechtes der Mitglieder des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien (UVS) wird mit 1. Jänner 2004 eine gleichartige Behördenstruktur (zwei Instanzen, Kollegialbehörde mit richterlichem Einschlag als Berufungsinstanz) aufgebaut.
- Kernstück des Gesetzes, mit dem das Wiener Gleichbehandlungsgesetz geändert wird (6. Novelle zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz), LGBl. für Wien Nr. 38/2003, ist die Schaffung von eigenen **Gleichbehandlungsorganen für die Landeslehrer/innen**. So sind für die Landeslehrer/innen ab 1. Jänner 2004 eine Gleichbehandlungskommission, Gleichbehandlungsbeauftragte und Kontaktfrauen geschaffen worden. Die Kommission kann Gutachten und Berichte abgeben und ist für Verfahren auf Grund von Verstößen gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung zuständig. Damit wird auch für die Gruppe der Landeslehrer/innen eine optimale Einhaltung der für sie geltenden Bestimmungen des Bundesgleichbehandlungsgesetzes ermöglicht. Weitere Ziele des Gesetzes waren unter anderem die Verringerung der Mitgliederzahl der Gleichbehandlungskommission, das Schließen von Lücken bei der Beweislastumkehr, eine Mitteilungspflicht der Gleichbehandlungskommission gegenüber der oder dem vom Vorwurf der Diskriminierung Betroffenen über das Ergebnis des Verfahrens sowie das Verbot der diskriminierenden Heranziehung von Einkünften der Lebenspartner/innen bei Auswahlentscheidungen auch in Fällen gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften.
- Die Schwerpunkte des Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1994 (21. Novelle zur Besoldungsordnung 1994) und die Pensionsordnung 1995 (12. Novelle zur Pensionsordnung 1995) geändert werden, LGBl. für Wien Nr. 48/2003, waren einerseits die besoldungsmäßige Besserstellung der Oberlaborant/innen der Anstaltsapotheken, andererseits die Aufhebung der „Pensionsautomatik" des § 41 Abs. 1 PO 1995 sowie eine Sonderregelung für die Anpassung der Pensionen der Beamt/innen der Bundeshauptstadt Wien für die Kalenderjahre 2004 und 2005.
- Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Bezügegesetz 1995 (6. Novelle zum Wiener Bezügegesetz 1995) und das Wiener Bezügegesetz 1997 (3. Novelle zum Wiener Bezügegesetz 1997) geändert werden, wurde vom Landtag am 27. November 2003 genehmigt. Im Wesentlichen erfolgt dadurch eine **schrittweise Anhebung des Pensionsantrittsalters**, die Einführung von Abschlägen bei Inanspruchnahme einer Pension vor dem „Regelpensionsalter" sowie die Umsetzung anderer pensionsrechtlichen Maßnahmen für Poltiker/innen.
- Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995 (5. Novelle zum Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995) und das Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien (6. Novelle zum Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien) geändert werden,

wurde vom Landtag am 27. November 2003 genehmigt.
Schwerpunkte des Gesetzentwurfes sind die Einführung der so genannten „freien Arbeitszeit" für die Mitglieder des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien und die Normierung eines Beschwerderechtes des Disziplinaranwaltes gegen Entscheidungen des Disziplinarsenates an den Verwaltungsgerichtshof. Die arbeitszeitrechtliche Situation der Mitglieder des UVS Wien wird künftig jener der Richter weitgehend angeglichen werden.

- Der derzeit in Begutachtung befindliche Entwurf des Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994 (16. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Besoldungsordnung 1994 (22. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (17. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995) und das Wiener Personalvertretungsgesetz (7. Novelle zum Wiener Personalvertretungsgesetz) geändert werden sowie das Gesetz über die Fortzahlung der Dienstbezüge an Bedienstete der Gemeinde Wien während freiwilliger Waffenübungen aufgehoben wird, stellt u. a. die Leistungszulage auf eine rechtliche Grundlage, enthält eine aktualisierte Auflistung der Beamtengruppen und dient der Umsetzung des Gehaltsabkommens 2004.
- Der Entwurf eines Gesetzes über die Mitarbeiter/innenvorsorge für Bedienstete der Gemeinde Wien (Wiener Mitarbeiter/innenvorsorgegesetz – W-MVG) mit dem die Besoldungsordnung 1994 (24. Novelle zur Besoldungsordnung 1994) und die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (20. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995) geändert werden, sieht ein **neues Abfertigungsrecht** für alle in einem vertraglichen Dienstverhältnis zur Gemeinde Wien stehenden Bediensteten, deren Dienstverhältnis nach einem Stichtag begründet worden ist, vor. Dieser Entwurf befindet sich derzeit im Begutachtungsstadium.
- Durch die Verordnungen des Stadtsenates vom 25. März 2003, Pr.Z. 1294/2003-MDALTG, und vom 16. Dezember 2003, Pr.Z. 5477/2003-MDALTG, wurden die Mindestsätze für die Ergänzungszulagen nach der Pensionsordnung 1995 festgesetzt.
- Durch Verordnung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 49/2003, wurde der Anpassungsfaktor gemäß § 73d Abs. 10 der Pensionsordnung 1995 für das Jahr 2004 festgesetzt.
- Durch Verordnung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 24/2003, wurden Regelungen über den Schutz der in Dienststellen der Gemeinde Wien beschäftigten Bediensteten bei der Benutzung von Arbeitsmitteln nach dem Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 geregelt.
- Mit Verordnung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 34/2003, wurde die Verordnung der Wiener Landesregierung über die in Dienststellen der Gemeinde Wien einzuhaltenden Grenzwerte für Arbeitsstoffe und über die Verwendung krebserzeugender Arbeitsstoffe in diesen Dienststellen geändert.
- Durch Verordnung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 43/2003, wurden die Aufwertungsfaktoren des Jahres 2004 festgestellt.
- Der Entwurf einer Verordnung der Wiener Landesregierung über die Geschäftsführung der Gleichbehandlungskommission nach dem Wiener Gleichbehandlungsgesetz (Geschäftsordnung der Gleichbehandlungskommission) wurde am 16. November 2003 von der Wiener Landesregierung genehmigt.
- Der Entwurf einer Verordnung der Wiener Landesregierung mit der die Erhöhung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse für das Jahr 2004 festgestellt wird, wurde am 16. Dezember 2003 von der Wiener Landesregierung genehmigt.
- Die Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Höhe der Vergütung der Mitglieder des Dienstrechtssenates festgesetzt wird, wurde am 16. Dezember 2003 von der Wiener Landesregierung beschlossen.
- Die Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Höhe der Vergütung der Mitglieder des Disziplinarsenates festgesetzt wird, wurde am 16. Dezember 2003 von der Wiener Landesregierung beschlossen.
- Mit Beschluss des Gemeinderates vom 25. September 2003, Pr.Z. 02925/2003-GIF, wurde die Regelung über die Förderung des Baues von Eigenheimen für die Forstarbeiter/innen der Stadt Wien einer Aktualisierung zugeführt.
- Durch Beschluss des Gemeinderates vom 25. Juni 2003, Pr.Z. 2314/2003-GIF, wurden die Satzungen der KFA vor allem im Hinblick auf die neu geschaffene Pflegefreistellung gegen Entfall der Bezüge adaptiert.
- Durch Beschluss des Stadtsenates vom 23. September 2003, Pr.Z. 03729/2003-MDALTG, wurde die Entschädigungsregelung „Städtische Bedienstete – Zusätzliche Dienstleistungen als Hausbesorger/innen" aktualisiert.
- Mit Beschluss des Stadtsenates vom 20. Mai 2003, Pr.Z. 2125/2003-MDALTG, wurde die Anlage 1 zur Besoldungsordnung 1994 im Hinblick auf bessere Aufstiegsmöglichkeiten bei den Anstaltsapotheker/innen geändert.
- Durch Beschluss des Stadtsenates vom 25. März 2003, Pr.Z. 1295/2003-MDALTG, wurde die Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien in Bezug auf Dienstzuteilungen abgeändert.
- Durch Beschluss des Stadtsenates vom 11. November 2003, Pr.Z. 4781/2003-MDALTG, erfolgte eine geringfügige Adaption der Leistungszulagenregelung für hauptberufliche Direktor/innen in großen Krankenanstalten und Pflegeheimen.
- Mit Beschluss des Stadtsenates vom 28. Oktober 2003, Pr.Z. 4370/2003-MDALTG, wurde durch die Schaffung einer Leistungszulage ein finanzieller Ausgleich für Pharmazeutische Assistent/innen bei der Überleitung geschaffen.
- Durch die Entschließung des Bürgermeisters vom 4. September 2003 wurde die Regelung von Sonderurlaub anlässlich der Ablegung von Dienstprüfungen für den Kanzleidienst und den rechtskundigen Dienst den reformierten Dienstprüfungskursen angepasst.
- In der Entschließung des Bürgermeisters betreffend die Übertragung der Zuständigkeit

zur Aufnahme und zur Zuweisung bestimmter Gruppen von Bediensteten wurde mit Entschließung vom 7. Juli 2003 den Dienststellenleiter/innen **mehr Kompetenz im Zusammenhang mit Versetzungen und Dienstzuteilungen** übertragen.

- Auf Grund des nach der Beschlussfassung durch den Wiener Landtag erforderlichen Verfahrens gemäß Art. 98 B-VG konnte mit der Kundmachung des unter Punkt 8 angeführten Gesetzes vor dem ersten Auszahlungstermin für die erhöhten Geldleistungen nicht gerechnet werden. Um die Auszahlung der erhöhten Beträge zum nächstmöglichen Termin zu gewährleisten, wurde durch Beschluss des Gemeinderates vom 19. Dezember 2003, Pr.Z. 5302/2003-GIF, genehmigt, **Vorschüsse** auf die zu erwartenden Erhöhungen zu gewähren. Diese Vorschüsse sind dann auf die mit der Kundmachung der eingangs genannten Novelle gebührenden Bezüge anzurechnen.
- Als Geschäftsstelle des Dienstrechtssenates hatte die MA 1 auch im Jahr 2003 wieder zahlreiche **Berufungsverfahren** durchzuführen.
- Als Amt der Wiener Landesregierung wurden von der MA 1 Entscheidungen in Personalangelegenheiten der Landeslehrer/innen ausgearbeitet.
- Durch die „Dienstvorschrift für Lehrlinge 1996", Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 46/1995, erfolgte eine zusammenfassende Normierung der für das Dienstverhältnis der Lehrlinge bei der Gemeinde Wien geltenden Vorschriften. Da in Aussicht genommen wurde, ab 1. Juli 2003 **Lehrlinge in neuen Lehrberufen** ausbilden zu lassen, war es erforderlich, die entsprechenden legistischen Maßnahmen zu setzen. Die Änderung der Dienstvorschrift wurde mit Beschluss des Gemeinderates vom 25. September 2003, Pr.Z. 3343/2003-GIF, genehmigt.
- In der **„Dienstvorschrift für Aushilfs- und Saisonbedienstete 1997"** sind alle Rechte und Pflichten jener städtischen Bediensteten zusammenfassend normiert, die ausschließlich zur Erfüllung von Aufgaben, die in einer Dienststelle entweder lediglich vorübergehend aus bestimmten Anlässen oder zu bestimmten Zeiten des Jahres anfallen, in ein vertragliches Dienstverhältnis zur Gemeinde Wien aufgenommen werden, sofern für sie nicht ein Kollektivvertrag gilt. Die Aushilfs- und Saisonbediensteten sind in den §§ 6 und 7 der Dienstvorschrift je nach ihrer Verwendung taxativ aufgezählt, wobei sich der Monatsbezug entweder aus einer bestimmten Einreihung im Gehaltsschema der Vertragsbedienstetenordnung 1995 ergibt oder ziffernmäßig festgesetzt ist. Auf Grund des Besoldungsabkommens der Gemeinde Wien für 2004 wurden im öffentlichen Dienst die Bezugsansätze der Gehaltsschemata ab 1. Jänner 2004 um 1,85 Prozent angehoben. Von der MA 1 wurden die entsprechenden Adaptierungen vorgenommen.
- Eine generelle Bezugserhöhung im öffentlichen Dienst wirkt sich im Bereich der Gemeinde Wien nicht nur auf die Gehaltsansätze der Beamt/innen und Vertragsbediensteten aus. Von einer solchen Erhöhung sind regelmäßig die in Einzelsonderverträgen und Gruppensonderverträgen normierten Entgelte, die Bezüge von Aushilfs- und Saisonbediensteten und vor allem die Nebengebühren betroffen. Hiezu mussten die zur ordnungsgemäßen Durchführung dieser Änderung notwendigen Beschlüsse der zuständigen Organe eingeholt werden. Im Zusammenhang mit dem **Besoldungsabkommen** für das Jahr 2004 wurde mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten vereinbart, dass die Nebengebühren mit 1. Jänner 2004 um 1,85 Prozent erhöht werden, sofern sich ihre Höhe nicht (wie z. B. bei den Mehrdienstleistungen) von den Gehaltsansätzen ableitet oder im Einzelfall nicht anderes vereinbart wurde.
- Neben der generellen Erhöhung der Nebengebühren wurden im Jahr 2003 durch Beschlüsse des Stadtsenates zahlreiche **Änderungen auf dem Gebiet der Nebengebühren** vorgenommen. Neben formalen Anpassungen des Nebengebührenkataloges und der Umsetzung des Ergebnisses der umfassenden Evaluierung waren Neuregelungen erforderlich, die veränderten oder neuen Arbeitsbedingungen bestimmter Bediensteter Rechnung tragen sollten.
- Soweit für städtische Bedienstete **Kollektivverträge** gelten, waren im Jahr 2003 folgende Maßnahmen erforderlich:
  - Für die **Landarbeiter** der Gemeinde Wien, d. s. alle Landarbeiter, Gutshandwerker (Professionisten) und Saisonarbeiter im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien, gilt ein Kollektivvertrag, der sich inhaltlich eng an entsprechende Kollektivverträge für private Gutsbetriebe anlehnt, die auf Dienstgeberebene durch den Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber vertreten werden. Mit der Gewerkschaft wurden für die Landarbeiter der Gemeinde Wien einige Änderungen des Kollektivvertrages vereinbart. Diese ab 1. März 2003 geltenden Änderungen wurden durch den Gemeinderat mit Beschluss vom 25. Juni 2003, Pr.Z. 02350/2003-GIF, genehmigt.
  - Für die **Forstarbeiter** der Gemeinde Wien gilt ein Kollektivvertrag, der sich inhaltlich eng an den Mantelvertrag für private Forstarbeiter anlehnt, die auf Dienstgeberebene durch den Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber vertreten werden. Für die Forstarbeiter der Gemeinde Wien wurden einige Änderungen im Kollektivvertrag vereinbart. Die ab 1. April 2003 geltende Kollektivvertragsänderung wurde vom Gemeinderat am 25. Juni 2003, Pr.Z. 02349/2003-GIF, beschlossen.
  - Die in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zur Stadt Wien stehenden Gutsangestellten des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien werden nach einem Kollektivvertrag behandelt, der sich im Wesentlichen an den Kollektivvertrag für die Gutsangestellten der Privatwirtschaft anlehnt. Nach Verhandlungen mit der Gewerkschaft wurden Kollektivvertragsänderungen vereinbart. Die Genehmigung dieser Kollektivvertragsänderung erfolgte durch den Beschluss des

Gemeinderates vom 25. September 2003, Pr.Z. 03330/2003-GIF.

- Soweit es durch das Wiener Personalvertretungsgesetz vorgesehen ist, wurden die durch die MA 1 gesetzten Maßnahmen unter Befassung der zuständigen Personalvertretungsorgane getroffen. Hiezu gehören insbesondere auch alle Arbeitszeitregelungen.
- Im Berichtsjahr wurde seitens der MA 1 wieder zu zahlreichen Gesetzentwürfen (Verordnungsentwürfen) im Rahmen der vorgesehenen **Begutachtungsverfahren** Stellung genommen, soweit unmittelbar oder mittelbar Berührungspunkte zu Personalangelegenheiten der Bediensteten der Gemeinde Wien gegeben waren.
- An der Ausarbeitung von mit den angeführten Gesetzesänderungen einhergehenden Dienstanweisungen hat die MA 1 mitgewirkt.
- Im Berichtszeitraum hat die MA 1 auch **Stellungnahmen zu Verbesserungsvorschlägen** im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens abgegeben und war in verschiedenen Angelegenheiten der Verwaltungsorganisation beratend tätig. Sie hat ferner an verschiedenen von der Magistratsdirektion eingesetzten Arbeitskreisen teilgenommen, in denen beabsichtigte Neukonzeptionen aus der Sicht der allgemeinen Personalangelegenheiten erörtert wurden.
- Die MA 1 hat ferner an der Jahreskonferenz der beamteten Personalreferenten der Länder, die am 15. und 16. Mai 2003 in Innsbruck stattfand, teilgenommen.
- Die MA 1 war außerdem mit Beschwerden nach dem **Wiener Personalvertretungsgesetz** an die gemeinderätliche Personalkommission befasst, in denen Rechtsverletzungen bei der Geschäftsführung von Personalvertretungsorganen behauptet wurden, da ihr das zur Beschlussfassung der gemeinderätlichen Personalkommission erforderliche Ermittlungsverfahren obliegt.
- An Routineangelegenheiten sind zu erwähnen:
  - Beantwortung zahlreicher Anfragen in allgemeinen Personalangelegenheiten
  - Teilnahme an einschlägigen Amtsbesprechungen
  - Erstellen von Antwortentwürfen zu einschlägigen Anfragen anderer Gebietskörperschaften, der Verbindungsstelle der Bundesländer, u. a. m.

Zentrales Mitarbeiter/innenservice für Dienstrecht und Besoldung (MA 2)

Die MA 2 versteht sich als Dienstleisterin nach innen und nach außen. Sie betreut über 100.000 aktive sowie pensionierte Bedienstete der Stadt Wien. Die Maßnahmen zur Neustrukturierung der Abteilung wurden fortgesetzt und im Mai 2003 mit der vollständigen Integration der Bereiche Dienstrecht und Besoldung abgeschlossen. Seit 1. Mai 2003 gibt es für die Mitarbeiter/innen der Stadt Wien – ganz gleich ob in dienst- oder besoldungsrechtlichen Fragen – jeweils eine Ansprechperson. Das hohe Niveau der von den Mitarbeiter/innen erbrachten Leistungen erfordert die Bereitschaft zu permanenter Aus- und Weiterbildung in einem Arbeitsgebiet, das auch im abgelaufenen Berichtsjahr durch vielfältige Änderungen – auf rechtlichem Gebiet, aber auch durch strukturelle Maßnahmen innerhalb des Magistrats bedingt – gekennzeichnet war.

An wesentlichen **dienst- und besoldungsrechtlichen Neuerungen** sind zu nennen:

- Umsetzung der Familienhospizkarenz (LGBl. für Wien Nr. 33 vom 22. Juli 2003), mit welcher Erleichterungen zur Sterbebegleitung eines nahen Angehörigen oder zur Betreuung eines im gemeinsamen Haushalt lebenden schwerst erkrankten Kindes geschaffen wurden.
- Übernahme der nicht lohnsteuerpflichtigen Vortragenden in die Verrechnung der MA 2 mit 1. Jänner 2003.
- Umsetzung der mit 1. Jänner 2003 in Kraft getretenen Pensionsreform mit geänderter Pensionsbemessung unter Einbeziehung eines Durchrechnungszeitraumes, erforderlichen Vergleichsberechnungen sowie allenfalls neu zu berücksichtigenden Kinderzurechnungsbeträgen. Diese Änderungen bedeuten wesentlich umfangreichere Erhebungen und Berechnungen bei der Pensionsbemessung.
- Vorbereitung der auf Grund bundesgesetzlicher Regelung mit 1. Jänner 2004 in Kraft tretenden pensionsrechtlichen Änderungen bei den Landeslehrer/innen.

Das Leitbild der Abteilung, an dessen Erstellung zahlreiche Mitarbeiter/innen mitwirkten, konnte im Laufe des Jahres fertig gestellt werden. Dieses Leitbild stellte die Grundlage für die Erstellung einer Wortbildmarke (Logo) für die MA 2 dar und führte zu einer Neubezeichnung der Dienststelle als MA 2 – Personalservice, die mit 1. Jänner 2004 wirksam wird.

Die MA 2 hat für das Jahr 2003 erstmals einen **Leistungskontrakt** abgeschlossen. Im Zusammenhang damit wurde begonnen, ein Controllingsystem und eine Kostenrechnung zu implementieren.

Die **Gesamtzahl** der beim Magistrat der Stadt Wien beschäftigten **Bediensteten** betrug mit Stand 31. Dezember 2003 ohne Saisonbedienstete 65.361. Das Verhältnis der öffentlich-rechtlich und privatrechtlich beschäftigten Bediensteten veränderte sich auch in diesem Bezugsjahr weiter zu Gunsten der Vertragsbediensteten: **35.697 Vertragsbedienstete** (2002: 34.951) und **29.664 Beamt/innen** (2002: 30.408). Eine geringfügige Veränderung der Zusammensetzung des Bedienstetenstandes konnte auch wieder bei der Anzahl der männlichen und weiblichen Bediensteten festgestellt werden: **41.599 weibliche Bedienstete** (2002: 41.457) und **23.762 männliche Bedienstete** (2002: 23.902). Im Bereich des Magistrats der Stadt Wien wurden insgesamt 2.850 ausländische Bedienstete (davon 431 Bedienstete mit EWR-Staatsbürgerschaft) beschäftigt. Auf Grund der Personalfluktuation wurden 3.770 Neuaufnahmen durchgeführt und 2.919 Dienstbeendigungen (ohne Pensionierungen und ohne Saisonbedienstete) vorgenommen.

Mit Stichtag 31. Dezember 2003 übten beim Magistrat der Stadt Wien 2.066 Beamt/innen sowie 5.535 Vertragsbedienstete eine **Teilzeitbeschäftigung** aus. 1.862 Bedienstete befanden sich in Eltern-Karenz, 1.444 Bedienstete konsumierten einen sonstigen Karenzurlaub. Von der MA 2 wurden im Berichtsjahr 340 Pragmatisierungen positiv bearbeitet, 120 Pragmatisierungsansuchen mussten negativ erledigt werden. Im **Bewerbungsreferat** der MA 2 wurden 2003 insgesamt 11.392 schriftliche Bewerbungen (2002: 9.372) registriert; es wurden mit 5.484 Bewerber/innen persönliche Informationsgespräche geführt sowie rund 14.000 telefonische Auskünfte erteilt. Vom **Informationsreferat** der MA 2 wurden im Berichtsjahr 11.496 (2002: 11.161) Anfragen beantwortet bzw. Auskünfte in dienstrechtlichen Belangen erteilt.

Für den Bereich des Magistrats der Stadt Wien wurden im Berichtsjahr 1.035 Dienstunfallsanzeigen/Berufskrankheitsanzeigen bearbeitet. Es wurden 20 Rentenbescheide betreffend Dienstunfälle und Berufskrankheiten erlassen sowie in 26 Fällen ein Versehrtengeld zuerkannt. 1.691 Mitarbeiter /innen des Magistrats der Stadt Wien erhielten aus Anlass eines 25-, 40- oder 50-jährigen **Dienstjubiläums** ein entsprechendes Schreiben. 930 **Pensionierungen** wurden abgeschlossen, wobei zum Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung 449 Beamt/innen das 60. Lebensjahr vollendet hatten. Das Pensionsdurchschnittsalter ist mit 57,41 Jahren gegenüber dem Vorjahr (57,19 Jahre) gestiegen. Für 19.932 Personen wurden Ruhe- oder Versorgungsbezüge angewiesen. An 1.611 Personen wurde Pflegegeld ausbezahlt. Im Bereich der Bezugsverrechnung für Landeslehrer/innen wurden Bezüge für 7.901 pragmatisierte Landeslehrer/innen, 3.792 Landesvertragslehrer/innen und 5.232 Pensionist/innen angewiesen.

Sowohl das magistratsinterne Angebot, **dienst- und besoldungsrechtliche Informationen in Wien Intern** (pers@nline) abrufen zu können, als auch die externe Information über wien.at wurden konsequent ausgebaut.

Mit Stichtag 31. Dezember 2003 standen insgesamt **807 Lehrlinge in 33 verschiedenen Berufen** in einem Lehrverhältnis zur Stadt Wien. Von 1.168 Bewerber/innen wurden nach einem Auswahlverfahren und Eignungstests 263 aufgenommen.
Im Lehrberuf Bürokauffrau/Bürokaufmann wurde der Schulversuch „Wirtschaftsinformatik" fortgesetzt. Darüber hinaus starteten ab dem Schuljahr 2003/04 weitere drei Laptop-Klassen an der Berufsschule für Verwaltungsberufe Castelligasse, wodurch ein weiterer Schritt in Richtung einer **zukunftsorientierten Lehrlingsausbildung** gesetzt wurde.

Ein wesentlicher Beitrag zur Qualitätssteigerung in der Lehrlingsausbildung ist die Fremdsprachenausbildung im Rahmen internationaler Projekte. 26 Lehrlinge des Lehrberufs Bürokauffrau/Bürokaufmann hatten Gelegenheit, an einem zweiwöchigen **Sprach- und Ausbildungsaufenthalt in Dublin/Irland** teilzunehmen, wo sie sich in einem Sprachinstitut auf die BEC-Prüfung (Business English Certificate) vorbereiteten, zu der sie anschließend beim British Council in Wien antraten. In einem zweitägigen Seminar im „Dublin City Council" hatten die Lehrlinge Gelegenheit, den Aufbau und wichtige Einrichtungen der Stadtverwaltung von Dublin kennen zu lernen.

Mit der Stadtverwaltung von **Helsinki** wurde das **Lehrlingsaustauschprogramm** fortgesetzt, wobei im März sechs Lehrlinge der Stadt Wien (zwei Bürokauffraulehrlinge, zwei Bautechnische Zeichnerinnenlehrlinge und zwei EDV-Technikerlehrlinge) ein vierwöchiges Praktikum in der Stadtverwaltung von Helsinki absolvierten. Drei Kraftfahrzeugtechniker- und Kraftfahrzeugelektrikerlehrlinge nahmen an einem vierwöchigen **Ausbildungsaufenthalt in Birkenhead/Großbritannien** teil. Zwei Tischlerlehrlinge absolvierten ein dreiwöchiges Auslandspraktikum in Hammerö/Schweden.

Als Ergänzung der praktischen Ausbildung der Lehrlinge in den Dienststellen der Stadt Wien und der Ausbildung in der Berufsschule wurden 40 Lehrlingsseminare, drei Englisch-Kurse und 11 Vorbereitungskurse für die Lehrabschlussprüfung abgehalten. Für neue Lehrlingsausbilder/innen wurden vier Schulungen veranstaltet, die rechtliche, psychologische und praktische Grundlagen der Lehrlingsausbildung zum Inhalt hatten.

Besonderes Augenmerk wurde auch dem Thema **„Lehrlingsgesundheit"** gewidmet. Daher wurden 206 Lehrlinge des zweiten Lehrjahres zu einer Ernährungsberatung unter dem Motto „JUNG, FIT und GESUND" eingeladen, die in Kooperation mit der Akademie für den Diät- und ernährungsmedizinischen Beratungsdienst am AKH und dem Wiener Lebensmittel- und Ernährungsservice der MA 38 durchgeführt wurde. Unter dem Titel „Wir in Wien" wurden in Zusammenarbeit mit Inter>face, der Kulturwerkstatt des Wiener Integrationsfonds, vier Seminare zum Thema **„Migration"** veranstaltet, an denen 75 Lehrlinge teilnahmen.

Das Referat Lehrlingsmanagement der MA 2 erstellte die Grundlagen für einen neuen, informativeren Internetauftritt in wien.at. Mit der Erstellung einer eigenen Wortbildmarke (Logo) des Lehrlingsmanagements der MA 2 soll der Ausbildungsbetrieb Stadt Wien einen höheren Bekanntheitsgrad erreichen. Darüber hinaus wird für sämtliche Lehrlinge eine gemeinsame Identität geschaffen, die bei allen Veranstaltungen und Präsentationen zum Ausdruck gebracht wird.

Fremdenrechtliche Angelegenheiten (MA 20)

Allgemeines

Das Jahr 2003 stand für die MA 20 im Zeichen der Umsetzung der Fremdenrechtsnovelle 2002 und der Erarbeitung der Novelle des Wiener Ausländergrunderwerbsgesetzes 2003. Dabei war die Fortführung bereits bestehender Vorhaben zur Steigerung der Kund/innenfreundlichkeit und Effizienz der MA 20 sowie die Implementierung neuer Projekte auf diesem Gebiet von besonderer

schutz und Personal

Wichtigkeit. Die fremdenrechtlichen Antragsformulare wurden der Novelle angepasst und in neun Sprachen übersetzt. Um das Ausfüllen in deutscher Sprache zu erleichtern, wurde diesmal nicht nur das Formular Zeile für Zeile übersetzt, auch auf der beiliegenden Ausfüllhilfe werden die verschiedenen Aufenthaltszwecke und komplizierte Fachausdrücke erklärt.

Die im Jahr 2002 über Initiative der amtsführenden Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal erfolgreich gestartete Aktion **„Willkommen in Wien"** wurde auch 2003 weitergeführt. Dabei wurden von der MA 20 **Willkommensmappen** für Migrant/innen, die das erste Mal nach Wien kommen, mit wichtigen Informationen und weiterführenden Tipps für einen konfliktfreien Start versendet. Damit verbunden ist auch eine Einladung zu einem muttersprachlichen **Orientierungsgespräch**. Es wurden bereits ca. 2.600 Willkommensmappen versendet und insgesamt 24 Orientierungsgespräche mit 575 Teilnehmern durchgeführt.

Der Text der Mappen wird ständig aktualisiert und den Bedürfnissen der Migrant/innen angepasst. So wurden neu die Sprachen Albanisch, Arabisch und Russisch in das Programm aufgenommen. An diesem Projekt besteht nicht nur seitens der Zielgruppe reges Interesse, auch in- und ausländische Expert/innen auf dem Gebiet der Migration nehmen daran großen Anteil. Darüber hinaus dient die Aktion auch anderen europäischen Städten als Vorbild. Mit der Verleihung des **PR-Stars** in der Kategorie Kommunikationsstrategie am 9. Dezember 2003 wurden diese Aktivitäten auch in der Öffentlichkeit honoriert.

Auch der im Dezember 2003 veranstaltete **Tag der offenen Tür**, an dessen Gestaltung die Schüler/innen der Höheren Internatsschule des Bundes und der musisch-kreativkooperativen Mittelschule in Wien 11 großen Anteil hatten, war durchaus erfolgreich. Der Web-Auftritt der MA 20 in wien.at (www.wien.at/fremde) verzeichnete im Jahr 2003 57.732 Besuche.

Der im Jahr 2001 von der Europäischen Kommission unter den besten E-Government-Projekten in Europa eingestufte und mit dem Europäischen Emblem „eGovernment good practice" ausgezeichnete **elektronische Akt im Ausländergrunderwerbsreferat** wurde vom Magistratsdirektor zur Anwendung freigegeben und hat sich – nach entsprechender „Promotion" bei den Kammern der Rechtsanwälte und Notare – bereits bewährt.

Aus Anlass der Fremdengesetznovelle 2002 und den damit in der Praxis auftretenden Vollzugsproblemen, insbesondere beim Schlüsselkräfteverfahren und im Bereich der Integrationsvereinbarung, wurden kontinuierliche **Mitarbeiter/innenschulungen, Qualitätssicherungszirkel und Teambesprechungen** durchgeführt.
Bedingt durch die gesetzlichen Änderungen waren auch 2003 **umfangreiche Adaptierungen auf dem EDV-Gebiet** durchzuführen.

Auf dem Personalsektor wurden die **Mitarbeiter/innenorientierungsgespräche** bereits auf Abteilungsleiter/innenebene mit allen rechtskundigen Bediensteten und den Referatsleiter/innen und in der Folge mit allen Mitarbeiter/innen der MA 20 durchgeführt. Das bestehende **Arbeitszeitmodell** wurde dahingehend flexibilisiert, dass die Möglichkeit der vermehrten Inanspruchnahme von Freizeitausgleich geschaffen wurde.

Weiters nahmen alle Mitarbeiter/innen der MA 20 an einem ganztägigen **Antikorruptionsseminar** teil, das von Vortragenden der MD-IR, der MA 2, der MDZ und der Gesellschaft für Wirtschaftspsychologie und Organisationsdynamik gestaltet wurde.

Die MA 20 beteiligt sich seit dem zweiten Halbjahr 2003 am EU-Projekt **EQUAL – „Gleiche Chancen im Betrieb"**, bei dem die Mitarbeiter/innen auch interkulturell geschult werden. Ziel ist die Erarbeitung eines gemeinsamen **„Code of Conduct"** für gemeinsame Werte und Verhaltensregeln, die im Abteilungsalltag gelebt werden sollen. Bisher fanden vier Steuerungsgruppensitzungen sowie ein Sensibilisierungstraining statt.

Aufenthaltstitel

Die Zahl der im Jahr 2003 durchgeführten fremdengesetzlichen Verfahren zur Erteilung von Aufenthaltstiteln (**Niederlassungsbewilligungen**) ergibt sich aus folgender Tabelle, wobei zwischen Personen zu unterscheiden ist, die erstmalig einen diesbezüglichen Antrag gestellt haben (**Erstanträge**), und solchen, die bereits über einen Aufenthaltstitel verfügt haben und diesen verlängern wollten (**Verlängerungsanträge**).

Aufenthaltstitel – Erstanträge	
Eingelangte Anträge	3.943
Erteilte Bewilligungen	4.495
Negative Erledigungen	609
Akten in Quotenwarteposition	4.122

Aufenthaltstitel – Verlängerungsanträge	
Eingelangte Anträge	36.471
Erteilte Bewilligungen	32.022
Negative Erledigungen	201
Verfahren zur Aufenthaltsbeendigung („§ 15-Verfahren")	47

Zu ergänzen ist, dass hiervon 2.447 Anträge (hauptsächlich Erstanträge) bei der MA 20 eingebracht wurden, für deren Erledigung andere Behörden zuständig waren.

Integrationsvereinbarung (IV)	
Eingegangene IV	3.439
Ausnahmen bei Erstniederlassungsbewilligungen	5.238
Ausnahmen bei weiteren Niederlassungsbewilligungen oder Niederlassungsbewilligungen	18.114
Ausnahmen	23.352
Erfüllte	130

Ausländergrunderwerb

Die Zahl der im Bereich des Vollzugs des Wiener Ausländergrunderwerbsgesetzes im Jahr 2003 durchgeführten Verfahren stellt sich wie folgt dar:

Eingebrachte Anträge	1.514
Genehmigungen	611
Ab- und Zurückweisungen	18

Bezüglich der **Staatsangehörigkeit der Antragsteller/innen** in den **Genehmigungsverfahren** ergibt sich folgendes Bild: Die meisten Antragsteller/innen der im Jahr 2003 eingeleiteten Verfahren stammen aus Serbien und Montenegro (132), die nächsthäufig vertretene Staatsangehörigkeit ist Bosnien-Herzegowina (58), gefolgt von Kroatien (61) und Russland (41).

Weiters wurden im Jahr 2003 im Ausländergrunderwerbsreferat 781 Bestätigungen (590 im Vorjahr) darüber ausgestellt, dass ein Eigentumserwerb nicht der Genehmigungspflicht nach dem Wiener Ausländergrunderwerbsgesetz unterliegt (**Negativbestätigungen**). Die Antragsteller/innen sind insbesondere Angehörige von Staaten aus dem EWR. Bei der Staatsangehörigkeit der jeweiligen Erwerber/innen liegt Deutschland mit 365 Antragsteller/innen an der Spitze, gefolgt von Italien mit 98, Großbritannien mit 61 und Frankreich mit 57.

Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien (MA 38)

Die MA 38 ist eine Untersuchungsanstalt nach § 49 Lebensmittelgesetz. Ihr Aufgabenkreis – die Untersuchung von Lebensmitteln und in bestimmten Fällen von Gebrauchsgegenständen im Sinne des Lebensmittelgesetzes (LMG) 1975 – ist in einem Statut geregelt. Der **Wirkungskreis** erstreckt sich auf die Untersuchung von Lebensmitteln und Begutachtung von amtlichen und privaten Proben nach dem LMG 1975, veterinäramtliche Untersuchungen, derzeit vornehmlich auf Trichinen, sowie Kontrolle von Produkten, Betriebskontrollen, Teilnahme an Bauverhandlungen wie z. B. bei Küchen, Hygieneaudits und Begutachtungen für andere Dienststellen des Magistrats, des Bundes und der Gerichte. Seit 2001 ist die MA 38 auch berechtigt, Kontrollen im Rahmen des AMA Gütesiegels durchzuführen.

Die im Haus verwendeten **Analysenmethoden** unterliegen einer **ständigen Entwicklung** bzw. Verbesserung. Die Anwendung neuer bzw. optimierter Untersuchungsmethoden ist eine absolute Notwendigkeit. Im Jahr 2003 wurden bei einer Reihe von Methoden Verbesserungen eingeführt bzw. wurden zahlreiche Methoden dem Stand der Technik angepasst. So konnten im bakteriologischen Fachlabor einige Methoden adaptiert werden, die Tierartenbestimmung in erhitzten Proben wurde mittels ELISA verbessert und eine Reihe von Prüfverfahren wurde angepasst. Alle diese Verbesserungen wurden hinreichend durch Validierungsexperimente abgesichert. Zusätzlich stehen nunmehr durch eine neue EDV-Konzeption für die Mitarbeiter/innen der MA 38 alle Untersuchungsmethoden im hauseigenen Intranet zur Verfügung. Die Genauigkeit der im Haus verwendeten Methoden wurde im Rahmen von zahlreichen Ringversuchen erfolgreich durch eine unabhängige, europaweit anerkannte Fachkommission bestätigt.

Im September 2003 wurde durch die Akkreditierungsstelle im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit die gemäß Akkreditierungsgesetz erforderliche neuerliche Überprüfung der MA 38 mit großem Erfolg durchgeführt. Diese periodischen Überprüfungsbesuche durch beauftragte Sachverständige sind für die Aufrechterhaltung der Akkreditierung gemäß internationaler Forderungen notwendig.

Grundsätzlich werden die an der MA 38 zur Untersuchung eingebrachten amtlichen Proben nach bestimmten, besonderen Gesichtspunkten im Rahmen der Kontrollen durch die MA 59 – Marktamt ausgewählt.

Im Jahr 2003 wurden bei insgesamt **13.051 Lebensmittelproben**, die vom Marktamt, Veterinäramt, anderen Institutionen oder auch privaten Stellen (Herstellern, Händlern, Importeuren) eingesendet worden sind, Untersuchungen und Begutachtungen durchgeführt. Gegenüber dem Vorjahr wurde hinsichtlich der Gesamtzahl der untersuchten Proben eine deutliche Steigerung beobachtet, die unter anderem auch durch anders gelagerte Schwerpunkte der Routinearbeit der MA 59 zu erklären ist.

Von den nach LMG 1975 untersuchten Proben waren 9.109 amtliche und 3.723 private Proben sowie 219 amtliche Informationsproben. Die meisten Untersuchungen entfielen auf Fleisch, Fleischwaren, Geflügel, Fische und Gemüse. Erfreulicherweise waren im Jahr 2003 66,5 % (gegenüber 66,3 % im Jahr 2002) der an die Lebensmitteluntersuchungsanstalt eingebrachten amtlichen Proben nicht zu beanstanden. 33,5 % der Proben waren somit zu beanstanden und zwar als gesundheitsschädlich, verdorben, verfälscht oder falsch bezeichnet. Bei den Beanstandungen wegen Gesundheitsschädlichkeit und Verdorbenheit war ein geringfügiger Rückgang zu erkennen. Der Nachweis von für den Menschen pathogenen Keimen bei Lebensmitteln ist eine der Hauptaufgaben im Bereich der mikrobiologischen Untersuchungen. In der Hauptsache waren es Salmonellen, die nachgewiesen werden konnten.

Steigende Bedeutung im Aufgabenbereich der MA 38 nehmen die Bereiche **Lebensmittelhygiene und Beratung** von Produzenten, Firmen aber auch die Betreuung von Konsument/innen durch das **Wiener Lebensmittel- und Ernährungsservice** ein. Spezielle Anforderungen an Lebensmittelbetriebe, Großküchen und Gastronomiebetriebe sowie die Einhaltung gesetzlicher Standards sind Themen, die es zu behandeln gilt. Oft sind es offene Fragen und Problemstellungen, die erst während der Produktion auftreten, die rasche und unkomplizierte Lösungen erfordern.

Das seit Jahren bewährte und vielfältige **Informationsangebot** des Wiener Lebensmittel- und Ernährungsservice wurde auch im Jahr 2003 von

den Wiener/innen genutzt. Sowohl die seit Jahren bekannte und stetig erweiterte **Internetpräsentation** des Wiener Lebensmittel- und Ernährungsservice als auch die **Telefon-Helpline** 4000/8038 wurden häufiger als in den letzten Jahren genutzt. Allein im Jahr 2003 haben 6.000 Wiener/innen die Helpline angerufen und es wurden bis zu 700 tägliche Internetzugriffe registriert.

Zu den Themenbereichen Ernährung und Diätetik wurden fünf neue Informationsbroschüren herausgegeben, die entweder über das Internet bestellt oder im Zuge von Informationsveranstaltungen (Frauengesundheitstag, Männergesundheitstag, usw.) an die Konsument/innen verteilt wurden. Das 3-köpfige Team des Referats, von einer Ernährungswissenschafterin und einer Diätassistentin unterstützt, hat auf ca. 30 Veranstaltungen im Rahmen des Öffentlichkeitsauftritts der Stadt Wien wie bereits in den vergangenen Jahren wertvolle Informationsarbeit leisten können (geschätzte 20.000 Kund/innenkontakte im Jahr 2003).

In zahlreichen Kooperationsprojekten, die zum Teil im Rahmen der Netzwerk-Ernährung Initiative der MA 15 – Gesundheitsamt entwickelt wurden (der Leiter des Wiener Lebensmittel- und Ernährungsservice ist gleichzeitig stellvertretender Koordinator dieses Netzwerkes) wurden zielgruppenorientiert Informationsinhalte aufbereitet und in ca. 80 Vorträgen an Schulen, Kliniken, Selbsthilfegruppen vermittelt. Im November 2003 wurde durch das Netzwerk Ernährung im Wiener Rathaus der **„Erste Wiener Ernährungstag"** mit außerordentlich großem Erfolg veranstaltet.

Das Wiener Lebensmittel- und Ernährungsservice hat als Schwerpunktprojekt des Jahres 2003 in Kooperation mit der Berufsschule für Gastgewerbe in 12., Längenfeldgasse, einen Kochwettbewerb mit Berufsschüler/innen aus 15 Nationen organisiert. Eine Broschüre mit den im Rahmen dieses Bewerbes gekochten Speisen wurde angeboten und war trotz großer Auflage bereits nach wenigen Wochen vergriffen. Auf Grund des breiten Publikumsinteresses wird dieses Projekt in leicht abgeänderter Form auch im Jahr 2004 angeboten werden. Zahlreiche Vorträge zu einschlägigen Ernährungs- und Lebensmittelthemen wurden gehalten. Folder zu Lebensmittel- und Ernährungsthemen (z. B. die Broschüre „Essen leicht gemacht") wurden neu gestaltet bzw. überarbeitet.

Die Mitarbeit der MA 38 an der Erstellung des österreichischen Lebensmittel-Codex in einer Reihe von Unterkommissionen sowie in den Fachausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes wurde fortgeführt. Die Erfahrungen und speziellen Kenntnisse der Mitarbeiter/innen der Anstalt werden regelmäßig durch verschiedene Vortragstätigkeiten auch im Bereich der Verwaltungsakademie genutzt.

Veranstaltungen im Rahmen des ärztlichen und des tierärztlichen Physikatskurses sowie der vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen durchgeführte Ausbildungslehrgang 2002/03 für Lebensmittelaufsichtsorgane werden ebenfalls an und gemeinsam mit der MA 38 abgehalten. Die Mitarbeiter/innen der MA 38 waren außerdem durch zahlreiche Referent/innen zu den Themen Grundlagen der Lebensmittelkunde, Lebensmittelvergiftungen und auch zum Bereich der allgemeinen Lebensmittelhygiene bzw. Erstellung von Eigenkontrollsystemen gemäß Lebensmittelhygieneverordnung auf verschiedenen Fachtagungen zu Vorträgen eingeladen.

Zentraler Einkauf (MA 54)

In der MA 54 werden jährlich ca. 50.000 Geschäftsfälle bearbeitet, wobei ein Geschäftsfall eine unterschiedliche Anzahl von Artikeln enthält. Dabei werden 4.900 ständige Auslieferungsstellen der Stadt Wien mit Bedarfsgütern versorgt, wobei für Wiener Wohnen eine Zustellung von Lagerwaren an 3.900 städtische Hausbesorger erfolgt. Die Mieter von Wiener Wohnen haben den Vorteil der sehr günstigen Preise der MA 54, die inklusive Hauszustellung deutlich unter den Marktpreisen ohne Zustellung liegen.

Warengruppe 1

Die Warengruppe 1 umfasst Lebensmittel, Brennstoffe, Erste-Hilfe-Artikel sowie Bildschirmarbeitsbrillen. Insgesamt wurden von dieser Warengruppe Produkte im Gesamtwert von 5.484.000 EUR eingekauft. Die Gesamtkosten im Bereich der Lebensmittelbeschaffung für die MA 56 und diverse Einrichtungen der MA 12 sowie MA 47 betrugen insgesamt ca. 3 Mio. EUR. Erstmalig wurde auch das Catering für eine Veranstaltung organisiert. Für diverse Werbeträger wurden „Give aways" besorgt.

Für die Versorgung der Dienststellen mit Verbandstoffen und Medikamenten im Rahmen der „Ersten Hilfe" wurden 101.000 EUR ausgegeben. Für die Beschaffung von verschiedensten Impfstoffen, die im Rahmen des Bedienstetenschutzes an Bedienstete der Stadt Wien verabreicht wurden, wurden Aufträge im Wert von 720.000 EUR vergeben. Für die Bildschirmarbeitsbrillen der Dienstnehmer der Stadt Wien wurden augenfachärztliche Untersuchungen im Wert von 14.680 EUR und die Anfertigung von Bildschirmarbeitsbrillen im Werte von 13.000 EUR veranlasst.

Feste Brennstoffe wurden um ca. 4.000 EUR eingekauft. Für Heizöl extraleicht wurden 194.000 EUR und für Heizöl leicht 816.000 EUR ausgegeben. Für die Wartung der ca. 37.000 Handfeuerlöscher der Stadt Wien wurden 657.000 EUR aufgewendet. Der Wert für die Anschaffungen von diversen Rettungsmitteln (Löschdecken, etc.) betrug 70.000 EUR.

Warengruppe 2

Die Warengruppe 2 umfasst Textilien und Arbeitsschutzbekleidung. Im Jahr 2003 wurden Waren im Wert von 4.959.392 EUR eingekauft. Dienstleistungen und Lohnarbeiten sind in diesem Betrag ebenfalls enthalten. Zu den Lieferungen zählen z. B. der

Einkauf von Arbeitsbekleidung, Sicherheitsbekleidung, (Sicherheits)schuhen, Hüten und Kappen, Handschuhen und auch von Matratzen, Fahnen, Zwirnen, Schnüren und Knöpfen. Dienstleistungen wären z. B. die Ausschreibungen für Wäschereinigungen sowie die Reinigungen von Vorhängen, Teppichen, Fahnen, Decken und Polstermöbeln.

Bei manchen Abteilungen wie z. B. MA 30 und MA 48 ist der Bedarf gestiegen. Auch Feuerwehr-Einsatzbekleidung wurde wieder mehr eingekauft (periodischer Bedarf). Die vergleichbaren Preise sind bis zu 2 Prozent gestiegen. Decken konnten ebenso wie Baumwollstoffe günstiger eingekauft werden. 17.132 Stück Säuglings- bzw. Kleinkinderpakete wurden 2003 an die jungen Mütter ausgegeben. Die Anzahl ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Warengruppe 3

Die Warengruppe 3 umfasst Wirtschaftswaren und Dienstleistungen. 2003 wurden Wirtschaftswaren aller Art und Dienstleistungen (Reinigungsarbeiten, Schädlingsbekämpfungen, Transporte und Autobusbeistellungen) im Gesamtwert von 17.570.793 EUR eingekauft: Wasch- und Reinigungsmittel um 1,76 Mio. EUR, Eisen- und Haushaltsartikel um 830.000 EUR, Reinigungsmaterialien um 1,18 Mio. EUR, Maschinen, Werkzeuge, Messgeräte um 990.000 EUR, Spielwaren und -geräte um 1,7 Mio. EUR, Reinigungsarbeiten um 4,46 Mio. EUR, Transportleistungen um 1,07 Mio. EUR, Kunststoffsäcke und -folien um 954.000 EUR.

Im September wurde von der Stadt Wien die **Internationale Metropolis-Konferenz 2003** mit dem Thema „Gaining from Migration" ausgerichtet. Für die Vorbereitung und Abwicklung dieser Veranstaltung wurden diverse Dienstleistungen, wie z. B. „Professional Congress Organiser" (PCO-Leistungen), Technik- und Dolmetschleistungen, Autobusbeistellungen ausgeschrieben und vergeben. Für diverse Institutionen, die von der Gemeinde Wien Subventionen erhalten, wurden Beratungen und Preisprüfungen von rund 1,7 Mio. EUR durchgeführt.

Warengruppe 4

Die Warengruppe 4 umfasst Papier- und Bürobedarfsartikel, technische Zeichenerfordernisse, Bücher, Zeitschriften, Abonnements, Büromaschinen und Zubehör, Druckaufträge und Stampiglien, Vervielfältigungen und Buchbinderarbeiten. Der Gesamtumsatz betrug 11.398.290 EUR.

Papier wurde um 2.806.723 EUR angekauft. Der Papierpreis ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Der Aufwand für diverse Bürobedarfsartikel und Handtuchspender betrug 992.416 EUR.

Für technische Zeichenmaterialien wurden insgesamt 51.483 EUR aufgewendet. Es wurden 26.349 Bücher, Broschüren, Arbeitsblätter, Testmaterialien, Zeitschriften und Bundesgesetzblätter erworben. Die Gesamtausgaben mit den Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften und diversen Drucksachen betrugen 731.836 EUR.

Insgesamt wurden Produktionsdruckmaschinen, Tisch- und Taschenrechner, Diktier- und Wiedergabegeräte, Papierschneidemaschinen, Aktenvernichter, Geldscheinprüfgeräte, Banknotenprüf-, -sortier und -zählmaschinen, Passlaminatoren, Fotostanzen sowie Faxtoner und Verbrauchsmaterial für Büromaschinen im Wert von 3.271.124 EUR angekauft.

1.379 Druckaufträge wurden vergeben. Der Umsatz der an das Gewerbe vergebenen Aufträge betrug 3.164.857 EUR. Von den 268 Buchbinderaufträgen wurden 59 an die hauseigene Buchbinderei und 209 Aufträge an das Gewerbe vergeben. Das Auftragsvolumen an das Gewerbe betrug 144.391,30 EUR.

In der MA 21A wurde für das Referat Reprographie von der MA 54 eine digitale Produktionsdruckmaschine (1 Color-, 2 SW-, 1 Großformat Color- und 1 SW-Großformat Drucksystem) auf den letzten technischen Stand ausgeschrieben. Da alle Maschinen erstmals nicht nur untereinander kompatibel sind, sondern auch mit dem vorhandenen Server, ist durch eine komplexe Softwarelösung die Abbildung der Reprographie der MA 21A im Internet/Intranet möglich, so dass jede/r Mitarbeiter/in des Magistratsbereichs ihre/seine Aufträge elektronisch an das Referat Reprographie übersenden kann. Weiters ist durch die Kompatibilität die Installation einer einheitlichen Software möglich und somit virtuell die individuelle Gestaltung von Mailings, Serienbriefen und diversen Aussendungen auf allen Maschinen.

Ebenso wurde die Druckerei der MA 54 mit einer **digitalen Color- und einer digitalen SW-Produktionsdruckmaschine** neu ausgestattet. Beide Maschinen sind nicht nur wesentlich schneller und leistungsstärker als ihre Vorgängermodelle, die Colormaschine ist erstmals digital und löst eine veraltete, völlig überlastete und damit stark reparaturanfällige analoge Farbmaschine ab. Die durch häufige Reparaturen entstandenen Stehzeiten fallen nun weg. Da beide Maschinen digital und kompatibel sind, können diese mit einem dezentralen **Scanner** bedient werden. Mit diesem Scanner können alle Vorlagen digital nachbearbeitet werden und elektronische Dateien mit Papiervorlage kombiniert werden. Weiters können mit der neuen Farbmaschine erstmals Papierstärken bis 300 g verarbeitet werden und „abfallend" (bis zum Rand) gedruckte Printprodukte erstellt werden. Darüber hinaus erfolgte auch eine Ausschreibung einer hochwertigen **Kuvertieranlage** für die MA 14.

Warengruppe 6

Die Warengruppe 6 umfasst Möbel, Schulbedarf und Altmaterialverwertung. Der Gesamtumsatz betrug im Einkauf über 16 Mio. EUR. Dabei wurden 1.416 Preisprüfungen in der Höhe von 2,8 Mio. EUR durchgeführt.

Die Modernisierung, Ergänzung und Neueinrichtung der Räumlichkeiten einzelner Dienststellen sowie der Krankenanstalten und Pflegeheime wurde fortgesetzt. Generell ist zu bemerken, dass die Auswahl der optimalen **Innenausstattungen** im Spannungsfeld von Nutzeranforderungen, räumlichen Vorgaben, den Anforderungen des Bedienstetenschutzes (Evaluierung) und beschränkten Mitteln oft schwierig ist. Fünf Außenbeamte der MA 54 unterstützen und beraten die Dienststellen. Sie haben auch die Entscheidung zu treffen, ob Einrichtungsstücke noch repariert werden sollen oder eine Neuanschaffung wirtschaftlicher ist. Eine weitere Aufgabe dieser Außenbeamten war die Teilnahme an den Skartierungsverhandlungen, auch in städtischen Objekten außerhalb Wiens.

Das größte Einzelprojekt war die Einrichtung der Räumlichkeiten des neu errichteten Bürohauses in 10., Favoritenstraße 211 (MA 37, MA 11, MA 12). Ein weiteres großes Einzelprojekt war die Möblierung der MA 46 nach internen Übersiedlungen. Die Einrichtung der Räumlichkeiten des Pass- u. Meldeservices, das in den Magistratischen Bezirksämtern situiert ist, wurde fortgesetzt. Im Magistratischen Bezirksamt für den 22. Bezirk wurde im „Front-Office" die Kasse neu eingerichtet. Im Rahmen der Organisationsänderung der MA 11 wurde in diversen Außenstellen die Möbelergänzung fortgesetzt.

Neu einzurichten waren Eltern-Kind-Zentren und Elternberatungen sowie das Kindertagesheim in 3., Erdbergstraße 22. Die Wiener Schulen wurden mit dem notwendigen Mobiliar versorgt. Außerdem wurden **Reparatur- und Restaurierungsaufträge** in der Höhe von 463.102,39 EUR vergeben. Weiters wurden Lehr- und Lernmittel angeschafft. Im Bereich der MA 13 wurden Büchereien neu eingerichtet bzw. bestehende Büchereien möbelmäßig ergänzt bzw. repariert. Durch den Verkauf von Altmaterial, ausgeschiedenen Sachgütern und Effekten sowie Vermietungen wurden Erlöse von 315.000 EUR erzielt.

Warengruppe 7

Die Warengruppe 7 umfasst die Leistungs- und Baustoffbeschaffung. Sowohl Bau- als auch Lieferleistungen wurden im Berichtsjahr klaglos abgewickelt, die anfordernden städtischen Dienststellen wurden termingerecht mit den Materialien versorgt. Engpässe traten in dem genannten Zeitraum keine auf. Die Abrufe erfolgten großteils aus den vorhandenen Rahmenverträgen.

Im Berichtsjahr betrug der Gesamtumsatz 26.250.000 EUR. U. a. wurden folgende Materialien angeschafft bzw. Leistungen erbracht: Metall und Eisen, Brandschutztüren, Gusseisen, Haus- und Straßenkanalartikel, Betonwaren, Schließanlagen, Fenster und Türen, verschiedene Bodenarten, Trockenbau und Sanitärtrennwände, Maler- und Anstreicherarbeiten, Dachdecker und Spengler. Die hauptsächlichen Bedarfsträger waren die Magistratsabteilungen 11A, 28, 30, 31, 34, 42, 44 und 48 sowie die Unternehmen Wiener Wohnen und der Krankenanstaltenverbund.

Unberücksichtigt sind jene Lieferungen und Leistungen, die diverse Abteilungen direkt mit den Vertragsfirmen der MA 54 abwickeln, bzw. jene Bauleistungen die gesondert für den Krankenanstaltenverbund als Rahmenvereinbarungen ausgeschrieben wurden, da hier auch Direktabrufe möglich sind.

Die MA 54 ist ständig bemüht, den aktuellen Wissensstand über **umweltfreundliche Produkte** (Holzschutzmittel, wasserverdünnbare Lacke, Linoleum, Entsorgung von Behältern etc.) durch Teilnahme und Mitarbeit an Normensitzungen sowie am ÖkoKauf Wien zu erweitern, entsprechende Produkte auszuschreiben und anzukaufen. Diese Produkte werden im verstärkten Ausmaß den Abteilungen empfohlen.

Zentrallager

Der Umsatz an Lagerwaren betrug im Jahr 2003 6.827.351,30 EUR. Insgesamt wurden 16.812 Aufträge bearbeitet, die sich aus 14.836 Auslieferungsaufträgen, 1.957 Abholaufträgen und 19 Skartierungsabgaben zusammensetzen. Der Umsatz im Altmaterialverkauf betrug 77.508,91 EUR. Aus Vermietungen von gebrauchten Gegenständen wurden 1.521,76 EUR eingenommen. Diese Beträge beinhalten 20 Prozent USt.

An entsorgungspflichtigen Materialien wurden 34.841 Stück Leuchtstoffröhren, 737 kg Altbatterien und 6.060 Stück Stampiglien übernommen und einer ordnungsgemäßen Entsorgung zugeführt. Der Werkstättenbetrieb hat 697 Aufträge übernommen und ausgeführt, wobei ein Umsatz von 809.395 EUR erzielt werden konnte. Für diverse Magistratsdienststellen wurden insgesamt 104 Zwischentransporte durchgeführt und ein Erlös von 54.867 EUR erzielt.

Druckerei

In der Druckerei wurden ca. 1.526 Aufträge mit einem Gesamterlös von 1,167.691,77 EUR erwirtschaftet. Mit dem Ankauf einer 2-Farben-Druckmaschine und der Inbetriebnahme einer Vierfarbendigitalprintmaschine (Xerox Docucolour 6060) konnte die Magistratsdruckerei dem Trend zur Farbe folgen. Durch die Investition in eine Erweiterung des druckereieigenen Kalkulationssystems erfüllt die Druckerei ihren betriebswirtschaftlichen Auftrag.

Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten (MA 57)

Beratung und Service für Frauen in Wien

24-Stunden Frauennotruf 71 71 9

Der 24-Stunden Frauennotruf ist eine Kriseneinrichtung, die für Frauen und Mädchen mit sexuellen, körperlichen oder psychischen Gewalterfahrungen rund um die Uhr telefonische oder persönliche Beratung sowie Begleitungen zu einer Anzeige, zu einer medizinischen Untersuchung oder zu Gerichtsverhandlungen anbietet. Im Jahr 2003

wurden im 24-Stunden Frauennotruf über 6.000 telefonische und persönliche Gespräche geführt.

Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost wurde nach einjährigem Bestehen die Fachgruppe zur Erarbeitung von Richtlinien im Umgang mit und in der Versorgung von Gewaltopfern erfolgreich abgeschlossen und eine Opferschutzgruppe fix installiert, in der weiterhin auch der Frauennotruf vertreten ist. Erstmalig war der Frauennotruf im Jahr 2003 bei der Großveranstaltung Donauinselfest durchgehend vor Ort vertreten und leistete Krisenintervention und Akutberatung bei Frauen und Mädchen, die Opfer eines sexuellen Übergriffes oder einer Vergewaltigung wurden.

Am 20. November 2003 fand die vom Frauennotruf initiierte und organisierte internationale Fachkonferenz „Du entkommst mir nicht" über Psychoterror-Formen, deren Auswirkungen und gesetzliche Möglichkeiten im Wiener Rathaus statt. Vorträge von 11 Expert/innen aus Wissenschaft und Justiz informierten die Teilnehmer/innen über den Stand der Forschung, über gesetzliche Möglichkeiten sowie über Beratungsmodelle für Betroffene von Psychoterror. Auf der Homepage www.psychoterror.konferenz.wien.at wurde die Konferenz life übertragen und so die Möglichkeit geboten, die Fachdiskussion im Forum fortzusetzen.

Frauentelefon 01 – 408 70 66

Im Jahr 2003 wurde die Beratungstätigkeit durch Juristinnen im Rahmen des Frauentelefons weiter fortgesetzt.

Frauenhäuser

Der Verein Wiener Frauenhäuser führt in Wien derzeit eine Beratungsstelle, vier Frauenhäuser sowie eine dem jeweiligen Bedarf angepasste Anzahl von Übergangswohnungen. Die MA 57 hat den Verein für diese Tätigkeiten 2003 mit einem Betrag von 3.800.000 EUR allein subventioniert.
Im Jahr 2003 verzeichneten die vier Wiener Frauenhäuser insgesamt 55.332 Aufenthaltstage, davon entfielen 27.611 Übernachtungen auf Frauen und 27.721 Übernachtungen auf Kinder. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 1.035 Personen in einem der vier Frauenhäuser aufgenommen, davon waren 554 Frauen und 481 Kinder. In der Beratungsstelle des Vereines Wiener Frauenhäuser gab es im Jahr 2003 insgesamt 5.636 Beratungskontakte, davon waren 3.893 telefonische und 1.743 persönliche Beratungen.

Website www.alleinerziehen.at

Das Frauenbüro der Stadt Wien ließ im Jahr 2003 eine Website für die Zielgruppe Wiener Alleinerzieher/innen erstellen. Die Website www.alleinerziehen.at bietet Alleinerzieher/innen spezifische Informationen zu verschiedenen Bereichen (Trennung, Obsorge, Beihilfen, Kindergeld, Karenz, Wiedereinstieg, Jobsuche, Weiterbildung etc.) mit Wienbezug, Links zu relevanten Seiten und mit einem eigenen Forum die Möglichkeit zur Vernetzung und zum Austausch von Informationen, Tipps etc.

Digitaler Frauenstadtplan auf
www.wien.gv.at/ma57/frauenstadtplan
Im Rahmen von eVienna, dem e-Governmentprojekt der Stadt Wien, wurde ein digitaler Frauenstadtplan von Wien erstellt. Dieser bietet einen Überblick über Vereine und Institutionen, die sich in Wien um die Anliegen von Frauen, Mädchen und Lesben bemühen, Beratung anbieten, Forschung betreiben und Kulturveranstaltungen organisieren und vieles mehr an Dienstleistungen anbieten.

Gleichbehandlung und Frauenförderung bei der Gemeinde Wien

Frauenförderungspläne 2003–2009

Mit Wirksamkeit 14. Juli 2003 sind die neu erstellten Frauenförderungspläne bis 2009 in Geltung. Sie beinhalten die zu erreichenden Zielzahlen (50-Prozent-Quote) und Maßnahmen für die Erreichung des Gleichstellungszieles innerhalb der Stadt Wien. Die MA 57 ist sowohl in der Wiener Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen vertreten als auch für die Führung der Bürogeschäfte zuständig.

Gleichbehandlungskommission

Die Abteilung ist mit zwei Mitgliedern in der Gleichbehandlungskommission vertreten.

Bestellung einer Gleichbehandlungsbeauftragten der Stadt Wien für den Wirkungsbereich 2 – Wiener Stadtwerke

Die MA 57 hat im Jahr 2003 das Bestellungsverfahren auf Grund der Vakanz der Funktion im Wirkungsbereich 2 durchgeführt und einen entsprechenden Vorschlag an die amtsführende Stadträtin für Frauenfragen und Personal übermittelt.

Frauenrelevante Rechtsangelegenheiten

Im Jahr 2003 wurden zahlreiche Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Bundes und des Landes Wien sowie zu Rechtsnormen der Europäischen Union und internationalen Übereinkommen erstattet.

Förderung von Frauenprojekten

Im Bereich der Förderung von frauen- und genderspezifischen Projekten wurden im Jahr 2003 Subventionen in der Höhe von 1.393.407,04 EUR an insgesamt 28 Vereine vergeben (ohne Verein Wiener Frauenhäuser). Im Jahr 2003 wurden erstmals mit jenen 20 Vereinen, die bereits mindestens drei Jahre durchgehend seitens des Frauenbüros gefördert wurden, 3-Jahres-Subventionsverträge abgeschlossen. Dadurch wird den Vereinen neben der verbesserten mittel- und längerfristigen Planbarkeit auch eine gesicherte Basisfinanzierung ermöglicht. Weitere 109.000 EUR fielen im Rahmen der projektorientierten Förderung in der Höhe von max. 5.100 EUR pro Projekt an. Insgesamt konnten 30 Vereine mit einer projektorientierten Förderung unterstützt werden.

schutz und Personal

Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming ist ein neuer strategischer Ansatz zur Umsetzung der Chancengleichheit und der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern. Für die Europäische Kommission ist Gender Mainstreaming seit der Ratifizierung des Vertrags von Amsterdam im Jahr 1997 rechtlich verbindlich. Die systematische Einbeziehung der Dimension der Chancengleichheit für Frauen und Männer ist damit für alle Politikfelder und damit letztlich auch die Verwaltungen bindend. Im Jahr 2003 hat die MA 57 eine umfassende europaweite Recherche über good-practice-Beispiele zur Implementierung von Gender Mainstreaming in kommunalen Verwaltungen abgeschlossen.

Zur Erleichterung des Einstiegs für bisher noch wenig mit der Materie Vertraute in das Thema wurden von der MA 57 in Zusammenarbeit mit dem Institut L&R Sozialforschung „Frequently Asked Questions" mit kurzen und rasch erfassbaren Antworten zusammengestellt, die auf der Internetseite der MA 57 zur Verfügung gestellt werden.

Der seitens der MA 57 erstellte Leitfaden zu Gender Mainstreaming wurde im Jahr 2003 überarbeitet und aktualisiert, wobei den praxisbezogenen Projekten zu Gender Mainstreaming im Magistrat der Stadt Wien und dem Gender Budgeting ein eigenes Kapitel gewidmet wurde.

Im Herbst 2003 wurde das Planspiel „Gender-City" in Kooperation mit der MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung und der Leitstelle für frauengerechtes Planen und Bauen in Wien in der Wiener Planwerkstatt durchgeführt. Ziel des Spieles ist die Sensibilisierung für Gender Mainstreaming in der Stadtplanung. Weiters beteiligte sich die MA 57 an Schulungsmaßnahmen zu Gender Mainstreaming an der MD – Verwaltungsakademie. Darüber hinaus waren Mitarbeiterinnen der MA 57 als Expertinnen zu Gender Mainstreaming in zahlreiche Projekte – wie etwa bei der Bearbeitung des neuen Stadtentwicklungsplans (STEP) – eingebunden und hielten Fachvorträge in Wien und beim Europarat zu diesem Thema.

Frauenorientierte Querschnittspolitik

Arbeitsmarktpolitik – Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Innerhalb des Magistrats der Stadt Wien hat die MA 57 im Jahr 2003 das 3-tägige gleichstellungsorientierte Führungskräfteseminar Managing E-Quality für die Magistratsabteilungen 2, 60, 63 und das Büro von Stadträtin Mag.ª Renate Brauner organisiert und koordiniert. Ein Projekt der MA 57 zur Vereinbarkeitsproblematik ist die Website Teilzeit-Vollzeit www.teilzeit.cc, die im Jahr 2003 fortgeführt wurde.

Mädchen / Geschlechtssensible Pädagogik

Projektbericht „Geschlechtssensibler Kindergarten": Das 1999 in Wien erstmals mit dem Schwerpunkt „Geschlechtssensible Kleinkindpädagogik" eröffnete Kindertagesheim wurde in seiner Projektphase speziell begleitet. Die Ergebnisse fanden Eingang in einen Evaluations- und Projektbericht. Diese im Jahr 2003 entstandene Publikation zeigt den Transfer von geschlechtssensiblen Qualitätskriterien, geeigneten Methoden und Medien in den Kindergartenalltag.

Mit der Publikation **„Chancengleichheit ist (k)ein Kinderspiel – Geschlechtssensible Arbeit in Wien"**, die 2003 herausgegeben wurde, werden die Leistungen auf dem Gebiet der geschlechtssensiblen Arbeit im Wiener Kleinkind- und Schulkindbereich sowie der Freizeit- und Beratungsarbeit dokumentiert. Schwerpunkt bilden die Jahre 1997–2003.

Die MA 57 unterstützte weiters die Entwicklung des Computerspiels **„FemCity"** von Univ.-Prof. Dr. Edeltraut Hanappi-Egger. Durch dieses Spiel sollen für Mädchen in der Altersgruppe 12–16 in ansprechender Form Lebensperspektiven und vor allem die Konsequenzen von tradiertem Rollenverhalten spielerisch erfahr- und erlebbar gemacht werden.

In Kooperation mit der MA 18 wurden im Sommer 2003 Workshops im Rahmen des Ferienspiels abgehalten. Die erste Woche von „Heute bist du Chefin/Chef! Gestalte deine Stadt!" war dabei als „Mädchenwoche" konzipiert, um teilnehmenden Mädchen die Möglichkeit zu bieten, die Spielstrukturen in der Ferienspielstation „Planungswerkstatt" unbeeinflusst und nach eigenen Wünschen wesentlich mitzubestimmen.

Im Mai 2003 war die Frauenabteilung gemeinsam mit der MA 18 anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Wiener Parkbetreuung am Rathausplatz beim Fest **„games & more"** mit der Ausstellung „Spielräume der Großstadt" vertreten, wo u. a. fundierte Information zum Thema geschlechtsspezifische Sozialisation und Mädchenräume geboten wurden.



Im April 2003 wurde auf Initiative von Frauenstadträtin Mag.ª Renate Brauner mit großem Erfolg der **zweite Wiener Töchtertag** organisiert (www.toechtertag.at). Am Töchtertag wird den Mädchen im Alter von 11–16 Jahren die Chance geboten, am Arbeitsplatz der Eltern tätig zu sein. Lustvolles Ausprobieren und praktisches Erfahren

der eigenen technisch-handwerklichen Fähigkeiten stehen dabei im Vordergrund.

Das **Internetprojekt Jobs4girls** (www.jobs4girls.at) wurde im Jahr 2003 fortgesetzt und erweitert.



Die Besucherinnen der Seite können sich konkret über Anforderungen der verschiedensten Karrierewege informieren und erfahren einiges über den Berufsalltag von Frauen. Der Schwerpunkt liegt auf technischen Berufsfeldern, im Bereich Informationstechnologien und bei klassisch handwerklichen Berufen.

Gewalt

Der 2002 seitens der MA 57 beauftragte Leitfaden für eine sensible Berichterstattung bei Gewalt gegen Frauen wurde für Medienarbeiter/innen in Printmedien erstellt und besteht aus einem praktischen Teil (praxisnahe Hinweise für die alltäglich Arbeit) und einem theoretischen Teil (Theorie und Forschungsergebnisse).

Migrantinnen

Das Institut für Konfliktforschung erstellte im Auftrag des Frauenbüros der Stadt Wien, des Wiener Integrationsfonds und der Arbeiterkammer Wien die Studie „Verschuldung von Migrant/innen in Wien. Ursachen, Ausmaße und Folgen".

Grundlagenarbeit

Frauen sichtbar machen

Anlässlich des Internationalen Frauentages im März 2003 wurde die neueste Publikation aus der Reihe „Frauen sichtbar machen" präsentiert. Der Band „Frauen.Leben" ist eine historisch-demografische Geschichte der Wiener Frauen.

Der „Wiener Frauenpreis" hat das Ziel, die Leistungen von Frauen für Frauen, in einem emanzipatorischen Sinne, auf verschiedenen Gebieten zu würdigen. 2003 wurde der Wiener Frauenpreis zum zweiten Mal für besondere Leistungen im Bereich Gleichstellung sowie im Bereich Frauenförderung von Frauenstadträtin Mag.ª Renate Brauner vergeben.

muSIEum

Das Internet-Projekt www.muSIEum.at zeigt im Sinne von Frauen sichtbar machen im Zusammenhang mit modernen Themen wie öffentlicher Raum, Arbeit/Privatleben und Kommunikation einen anderen, feministischen Blick auf museal Dargestelltes.

Projekt „Der Transparente Raum"

Die MA 57 hat auch im Jahr 2003 das im Rahmen der EU-Initiative „URBAN" kofinanzierte Kulturprojekt „Der Transparente Raum" (Arbeitstitel „Frauenbrücke") unterstützt.

Studie „Leben und Lebensqualität in Wien" (LIW II)

Das Frauenbüro der Stadt Wien hat sich 2003 an der von der MA 18 beauftragten kleinräumigen Repräsentativerhebung „Leben und Lebensqualität in Wien" beteiligt, und frauen- und genderspezifische Auswertungen durchführen lassen.

Internationale Aktivitäten und EU-Projekte

Im September 1997 initiierte die MA 57 das Projekt „MILENA – Frauennetzwerk Ost-West". Zum wichtigsten Kommunikationsinstrument hat sich die Website www.milena.at, die nicht nur aktuelle frauenspezifische News bietet, sondern auch Informationen über best-practice-Projekte und deren Ansprechpartner/innen bereit hält. Im Jahr 2003 wurde MILENA durch „MILENA media", einer speziell der journalistischen Zusammenarbeit zwischen den kooperierenden Regionen gewidmeten Plattform, ergänzt. Darüber hinaus übernahm die MA 57 im Jahr 2003 Kofinanzierungen für folgende EU-Projekte:

- „Sister Cities Going Gender", Projektträgerin: Verein AÖF, Laufzeit 2003-2004;
- „Auswege. Richtlinien zur Gründung und Organisation eines Frauenhauses", Projektträgerin: Verein AÖF, Laufzeit: 2003-2004;
- „Gegen Gewalt an Frauen handeln", Projektträgerin: Verein AÖF, Laufzeit: 2003-2004;
- EU Daphne Project „Development and Production of a FGM Teaching Kit and the Training of community/religious leaders, women and other communicators on its use", Projektträgerin: Afrikanische Frauenorganisation, Laufzeit: 2003-2004.

Vertreterinnen der MA 57 sind als Gender Mainstreaming-Expertinnen in den EQUAL Gemeinschaftsinitiativen „FEMPOWERMENT" und „Wohnen und Arbeiten" vertreten.

Mitwirkung in Gremien

Neben den bereits im Bericht erwähnten Gremien ist das Frauenbüro der Stadt Wien durch Vertreterinnen in den Beiräten zu den EU-Programmen URBAN, Ziel II und INTERREG III und im Subventionsbeirat des Wiener Integrationsfonds vertreten.

Marktamt (MA 59)

Änderungen und Neuerungen von Gesetzen, Verordnungen mit besonderer Bedeutung

Von besonderer Bedeutung für die Tätigkeit des Marktamtes waren im Jahr 2003 folgende Geset-

zes- und Verordnungsänderungen:

- Verordnung des Magistrats der Stadt Wien, mit der die Marktordnung 1991 geändert wurde, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 2 vom 9. Jänner 2003;
- Verordnung des Magistrats der Stadt Wien, mit der die Marktordnung 1991 geändert wurde, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 47 vom 20. November 2003;
- Wiener Öffnungszeitenverordnung 2003, LGBl. Nr. 35, vom 2. August 2003;
- Verordnung des Landeshauptmanns von Wien, mit der die Wiener Öffnungszeitenverordnung 2003 abgeändert wird, LGBl. Nr. 50 vom 26. November 2003;
- Bundesgesetz, mit dem das Öffnungszeitengesetz 2003 erlassen wird und die Gewerbeordnung 1994, das Arbeitsruhegesetz und das Sonn- und Feiertags-Betriebszeitengesetz geändert werden, BGBl. I Nr. 48/2003, vom 31. Juli 2003.

Angelegenheiten der Lebensmittelaufsicht

Im Jahr 2003 bestanden in Wien 22.914 Betriebe, auf die lebensmittelrechtliche Vorschriften anwendbar waren. Die Ergebnisse der Kontrollen nach lebensmittelrechtlichen aber auch sonstigen, in den Bereich der MA 59 fallenden Vorschriften sind aus nebenstehender Tabelle ersichtlich.

Preisangelegenheiten, Konsumentenschutz

Sowohl Preiskontrollen als auch Erhebungen nach dem Produktsicherheitsgesetz stellten auch im Jahr 2003 einen wesentlichen Beitrag im Sinne eines umfassenden Konsumentenschutzes dar. Insgesamt erfolgten 4.019 Kontrollen hinsichtlich Preisangelegenheiten, bei denen 252 Anzeigen gelegt, und 352 Organmandate wegen Übertretungen der einschlägigen Vorschriften verhängt werden mussten. Im Bereich der Produktsicherheit lagen die Schwerpunkte in der Kontrolle von Kosmetikartikeln, Fahndungen nach so genannten Soft-Air-Guns, Überprüfungen von Jo-Jos, Kompressoren und Motorradhelmen.

Gewerbe- und Straßenstandsangelegenheiten

Die Tätigkeiten und statistischen Zahlen, die sich aus dem Bereich Gewerbe- und Straßenstandsangelegenheiten für das Jahr 2003 ergaben, sind in der nachfolgenden Tabelle aufgelistet.

Gewerbe- und Straßenstandsangelegenheiten

Gewerbeangelegenheiten	34.537
Anzeigen wegen Übertretung der Gewerbeordnung	2.562
Organstrafmandate wegen Übertretung der Gewerbeordnung	580
Straßenstandsangelegenheiten	775
Augenscheinsverhandlungen	248
Duch die MA 59 genehmigte transportable Straßenstände	938

Ergebnisse der Kontrollen im Rahmen der Lebensmittelaufsicht

Lebensmittelproben zusammen	13.781
Milch	859
Sonstige	12.922
Festgestellte Übertretungen insgesamt	9.472
Lebensmittelpolizeiliche Vorschriften	6.121
Darunter gewerbepolizeiliche Vorschriften	3.142
Darunter gegen Eichvorschriften	209
Anzeigen an die Staatsanwaltschaft	1.795
Aus dem Verkehr gezogene Lebensmittel in kg insgesamt	
Animalische	805
Vegetabilische	1.590
Sonstige	1.537

Marktwesen

Für die Erhaltung der Wiener Märkte im Jahr 2003 wurden 4.273.200 EUR aufgewendet, wovon aus dem Zentralbudget 1.433.500 EUR und aus dem Bezirksbudget 2.839.700 EUR stammten. Schwerpunkte dabei waren – wie auch im Jahr davor – Wartungs- und Sanierungsarbeiten auf dem Landstraßer Markt und dem Großmarkt Wien-Inzersdorf sowie des Hannovermarktes. Details sind in der unten stehenden Tabelle ersichtlich.
Im Jahr 2003 hat die MA 59 insgesamt 190 so genannte „Weitere Gelegenheitsmärkte" (das sind Veranstaltungen wie Straßenfeste, private Flohmärkte, Jubiläumsfeste, Adventmärkte, Sonnwendfeste, Kunstmärkte, usw.), die von Privaten abgehalten wurden, genehmigt.

Großmarkt Wien-Inzersdorf

Im Jahr 2003 wurden die Arbeiten für die Erneuerung der gesamten Stromversorgungsanlage in der Blumenhalle abgeschlossen. Die Gesamtkosten betrugen ca. 800.000 EUR. Weiters wurde die gesamte Blumenhalle (bis auf die neuen Ladehallen) frisch ausgemalt, die Kosten betrugen ca. 200.000 EUR. Die branchenmäßige Gliederung der auf dem Großmarkt Wien-Inzersdorf etablierten Unternehmen ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Erhaltung der Wiener Märkte 2003 (Aufwendungen in EUR)

Aufwendungen aus dem Zentralbudget	1.433.500
Wartungs- und Sanierungsarbeiten Landstraßer Markt und Großmarkt Wien-Inzersdorf	910.600
Instandsetzung der Stromleitungen der Blumenhalle	425.400
Naschmarkt – Errichtung eines Konfiskatraumes	47.100
Aufwendungen für Hoheitsmärkte und Amtsgebäude (ins. Bedienstetenschutz)	50.400
Aufwendungen aus dem Bezirksbudget	2.839.700
Hannovermarkt inklusive 2. Baurate für Revitalisierung	2.090.900
Naschmarkt – Laufendes	102.600
Simmeringer Markt – Abbruch	55.400
Schwendermarkt – letzte Baurate	62.900
Floridsdorfer Markt – E-Netz-Adaptierung	360.300
Laufende Instandhaltungen	167.600
Aufwendungen gesamt	4.273.200

Integration, Frauenfragen, Konsumenten



Stadträtin Mag.ª Renate Brauner besuchte im Juli die auf den Wiener Märkten immer beliebter werdenden Bio-Marktstandln.

Gliederung der Betriebe auf dem Großmarkt Wien-Inzersdorf

Branche	Betriebe
Obst- und Gemüsehandel	95
Kartoffel- und Zwiebelgroßhandel	3
Pilzgroßhandel	1
Eier- und Geflügelgroßhandel	3
Molkereiproduktengroßhandel	-
Fleisch- und Wurstwarengroßhandel	2
Obst- und Gemüsekonservengroßhandel	-
Allgemeiner Lebensmittelgroßhandel	13
Fischgroßhandel	1
Sonstige Großhandelsbetriebe	1
Gesamt	119

Die Mengen an **Viktualien**, die im Jahr 2003 dem Großmarkt Wien-Inzersdorf zugeführt wurden, sind in der Tabelle verzeichnet.

	Markzufuhren in Tonnen		
	Inland	Ausland	Summe
Gemüse	26.564	35.565	62.129
Erdäpfel	7.980	373	8.353
Zwiebel	4.144	1.301	5.445
Pilze	14	1.405	1.419
Obst	13.527	59.824	73.351
Agrumen	-	26.580	26.580

Eichwesen

Die im eichpflichtigen Verkehr verwendeten Messgeräte (Waagen, Gewichte, Maßstäbe etc.) wurden auch im Berichtsjahr hinsichtlich der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen überprüft. Im Rahmen dieser Kontrolltätigkeiten mussten wegen Übertretungen dieser Vorschriften 67 Strafanzeigen und 142 Organstrafmandate verhängt werden.

Organisation, Datenverarbeitung

Eine nennenswerte Ausweitung des Einsatzes ergab sich durch Vollausstattung der Marktaufsichten mit EDV-Arbeitsplätzen. Das Verhältnis ortsfester PC´s zu mobilen Notebooks beläuft sich weiterhin auf 2:1. Neben den PC-Standard-Produkten wird von der MA 59 auf das Aufgabenspektrum abgestimmte Spezial-Software eingesetzt, wie das Protokollierungssystem ELAK, die integrierte Personaldatenverwaltung VIPer, die Betriebs- und Probenverwaltungssoftware ALIAS, das Kassenerfassungssystem eKESCH, das Elektronische Wiener Gewerberegister WGR, das Elektronische Firmenbuch winFiaker, das Grundstücks-Informationssystem GRUGIS und die Elektronische Bestellung Professionell EBP.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit 2003 wurde mit einer erfolgreichen Kampagne „Anders Einkaufen – Eure Wiener Märkte" mit der Zielgruppe der urbanen Jugend fortgesetzt. Die Marke „Bio-Eck" wurde auch von Bioanbietern zusätzlich auf dem Karmelitermarkt bekannt gemacht und gut angenommen.

Teil der Öffentlichkeitsarbeit war auch die kostenlose **Pilzberatung** des Wiener Marktamtes, wobei die neu erstellte Gratisbroschüre „Pilze richtig sammeln und genießen" wesentlich dazu beigetragen hat.
Das engagierte 12-köpfige PR-Team hat an insgesamt 14 Veranstaltungen teilgenommen, wovon besonders die beiden Seniorenmessen überdurchschnittlich gut besucht waren. Highlight der Öffentlichkeitsarbeit waren das dritte **„Fest der Wiener Märkte"** im Festsaal des Rathauses, an dem über 800 „Marktstandlerinnen und Marktstandler" teilnahmen sowie die zweitägige Eröffnungsfeier des revitalisierten Hannovermarktes.

Veterinäramt (MA 60)

Veranstaltungen und Publikationen

Vom Veterinäramt Wien wurden im Jahr 2003 alle Tierschutzaktivitäten unter dem Generalmotto **„Tierschutz in Wien 2003"** zusammengefasst.

Die Aktion „Tierschutz in Wien 2003" wurde am 30. April 2003 mit einer Start Up Veranstaltung im Wappensaal des Wiener Rathauses feierlich eröffnet und mit folgenden Veranstaltungen weitergeführt:

- Plakatausstellung 2. bis 8. Mai 2003 im Arkadenhof des Wiener Rathauses
- Teilnahme am Tag der offenen Tür der Veterinärmedizinischen Universität Wien am 24. Mai 2003
- Mal- und Aufsatzwettbewerb im Mai 2003
- 6. Wiener Tierschutztag am 12. und 13. Juni 2003 am Wiener Rathausplatz
- 5. Tierschutz-Aktionstag am 7. September 2003 im Tiergarten Schönbrunn
- 3. Internationales Symposion „Exotische Säugetiere und Reptilien in der Heimtierhaltung"

im Tiergarten Schönbrunn und im Naturhistorischen Museum Wien
- Teilnahme am 5. Wiener Senior/innentag am 1. Oktober 2003 im Rathaus
- Teilnahme am Nationalfeiertag 2003 des Österreichischen Bundesheeres am 26. Oktober 2003 auf dem Heldenplatz
- Teilnahme an der 7. Wiener Herbst Senioren Messe vom 20. bis 23. November 2003 im Messegelände Wien.

Die MA 60 konnte im Jahr 2003 folgende **Publikationen** herausgeben:
- Tagungsband zum Symposion „Zeitgemäße Reptilien- und Papageienhaltung. Fragen des Artenschutzes" des Jahres 2002, herausgegeben Februar 2003, Auflage 300 Stück.
- Folder „Tierschutz in Wien 2003", herausgegeben April 2003, Auflage 27.000 Stück.
- „Wiener Heimtierbroschüre – Ein Ratgeber für Tierfreundinnen und Tierfreunde", herausgegeben Juni 2003, Auflage 30.000 Stück.

Unter der Internetadresse www.tierschutzinwien.at wurde der **neue Internetauftritt** der MA 60 gestaltet. Die Homepage umfasst u. a. die jeweils tagesaktuelle Liste der Fundtiere, aktuelle Tipps und Infos, ein Thema des Monats, Veranstaltungshinweise und Fotoshow sowie verschiedene interaktive Möglichkeiten mit dem Veterinäramt Wien in Kontakt zu treten. Für die Administration des Fundtierwesens und der Tierschutzhelpline wurde jeweils eine eigene Datenbank entwickelt. Alle EDV-Applikationen wurden hinsichtlich des Datenschutzgesetzes überprüft.

Tierschutz

Im Juli 2003 fand eine Neuorganisation des Veterinäramtes statt, in deren Rahmen ein zusätzliches Referat für Tiergesundheit und Futtermittelkontrolle geschaffen wurde. Die Aufgaben des Referats für Tierschutz und Tierhaltung wurden neu definiert.

Das Referat wurde damit zum zentralen Ansprechpartner für alle Fragen des Tierschutzes und der Tierhaltung. Als kundenorientierte Organisationseinheit stehen die Mitarbeiter/innen des Referats allen magistratsinternen Dienstellen sowie externen Einrichtungen und Institutionen mit Fachauskünften zur Verfügung. Vorrangig und in erster Linie steht das Referat aber allen Bürger/innen offen, die im Zusammenhang mit Tieren in der Stadt Wien Rat oder Hilfe suchen.

In Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen wie dem Tiergarten Schönbrunn, der Veterinärmedizinischen Universität Wien und dem Naturhistorischen Museum werden von den Mitarbeiter/innen des Referats nach dem neuesten Stand der Ethologie und Biologie Tierschutznormen und Haltungskriterien für Heim- und Wildtiere erstellt, die bei der Vollziehung des Tierschutzgesetzes durch die Behörde Anwendung finden und in Form von Merkblättern und Informationsbroschüren veröffentlicht werden.

Die **Tierschutz-Helpline** 4000 8060 ist der direkte Draht zum Veterinäramt. Sie erteilt Auskünfte zu allen Fragen der Tierhaltung und nimmt rund um die Uhr Tierschutzanzeigen entgegen. Über 8.000 Wiener/innen machten im Jahr 2003 von dieser Einrichtung Gebrauch.

Nach der Änderung des Sicherheitspolizeigesetzes mit Februar 2003, wodurch das Fundwesen dem Zuständigkeitsbereich der Gemeinden zugeordnet wurde, besteht eine der Hauptaufgaben der Mitarbeiter/innen des Referats in der Betreuung der in der Stadt Wien aufgefundenen unversorgten sowie beschlagnahmten und abgenommenen Tiere auf Basis eines zwischen der Stadt Wien, vertreten durch die MA 60, und dem Wiener Tierschutzverein abgeschlossenen Leistungsvertrages.

Im Vorjahr wurden über 3.200 Fund- und herrenlose Tiere sichergestellt, 885 Tiere wurden von den Amtstierärzt/innen abgenommen oder beschlagnahmt. Das Referat koordiniert den Transport und die Unterbringung dieser Tiere im Tierheim des Wiener Tierschutzvereines sowie deren tierärztliche Betreuung und ist bemüht, rasch und unbürokratisch entlaufene Tiere wieder in die Obhut ihrer Besitzer überzuführen. Regelmäßige Kontrollen durch die Amtstierärzt/innen stellen sicher, dass die Pflege der Tiere gemäß den Grundsätzen des Tierschutzes erfolgt.

Die vom Referat betreute Fundseite der Homepage des Veterinäramtes Wien, www.tierschutzinwien.at, gibt nahezu tagesaktuell einen Überblick über alle in Wien aufgefundenen Tiere. Aktuelle Anlassfälle sind in der Regel die Grundlage für aktuelle Tipps und für das Thema des Monats.

Tierschutz in der Großstadt kann nur in Zusammenarbeit mit engagierten Tierfreund/innen und kompetenten Tierschutzorganisationen funktionieren. Das Referat bietet ein Forum zum Gedankenaustausch, zur Information und zu konkreter Zusammenarbeit zum Wohle der Tiere in der Stadt Wien.

Allgemeine Veterinärangelegenheiten

Die MA 60 wurde mit der Vollziehung des Tierarzneimittelkontrollgesetzes (TAKG) BGBl. I Nr. 28/2002 betraut. In diesem Zusammenhang wurde begonnen, die in Wien ansässigen Firmen, die Tierarzneimittel in Verkehr bringen, zu erfassen. Diese Firmen haben gemäß dem TAKG Aufzeichnungen über den Verkehr mit Tierarzneimitteln zu führen. Diese Aufzeichnungen wurden nach Ausarbeitung eines Kontrollformulars bei acht Arzneimittelfirmen kontrolliert. Neben der Registrierung einer Futtermischanlage für die Herstellung von Arzneifuttermitteln wurde auch ein Pferdesportbetrieb auf Grund einer Anzeige nach dem Tierarzneimittelkontrollgesetz kontrolliert. Dabei wurden Arzneimittel beschlagnahmt und eine entsprechende Anzeige gelegt.

Gemäß der Änderung der Geschäftseinteilung des Magistrats der Stadt Wien vom 1. Jänner 2003 wurde die Abteilung mit Kontrollen nach dem Bio-

zid-Produkte-Gesetz, BGBl. I Nr. 105/2000, betraut. Im Jahr 2003 wurde dazu mit der zuständigen Behörde (MA 22 – Umweltschutz) und den anderen damit befassten Dienststellen eine einheitliche Vorgangsweise für die Kontrollen ausgearbeitet.

Hygiene

Im Dezember 2003 waren in Wien 408 Fleisch be- und -verarbeitende Betriebe als dem Fleischuntersuchungsgesetz 1982 unterliegend registriert. Bei diesen Betrieben wurden im Jahr 2003 durch das zuständige Referat gemäß § 16 des Fleischuntersuchungsgesetzes 815 Kontrollen durchgeführt. Im Rahmen dieser Kontrollen wurde auch regelmäßig die rechtskonforme Beseitigung von spezifiziertem Risikomaterial (SRM) und sonstiger Abfälle tierischen Ursprungs überprüft. Gemäß Fleischuntersuchungsgesetz 1982 wurden 26 Anzeigen bei Bezirksverwaltungsbehörden und eine Anzeige bei Gericht erstattet.

Gemäß EG-Verordnung 1760/2000über die Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und über die Etikettierung von Rindfleisch und Verordnung (EG) Nr. 1825/2000 der Kommission vom 25. August 2000 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen wurden in Frischfleisch-Betrieben 615 Kontrollen hinsichtlich entsprechender Kennzeichnung von Rindfleisch beim Wareneingang und beim Warenausgang überprüft. Es wurde eine Anzeige bei der Agrarmarkt Austria Marketing GesmbH erstattet. 14 Betriebe wurden für eine Zulassung bzw. Registrierung durch das zuständige Ministerium überprüft und genehmigt.

Tiergesundheit

Im Mittelpunkt steht in der Tierseuchenbekämpfung die Abwehr und die Tilgung von Tierseuchen in Wien. Durch eine große Anzahl von Neuregelungen der EU-Legistik war es notwendig, das Tierseuchengesetz und die darauf aufbauenden nationalen und lokalen Krisenpläne der neuen Legistik anzupassen.

In Zusammenarbeit mit der Veterinärverwaltung des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauenfragen (BMGF) und anderen Bundesländern wurde in zahlreichen Arbeitsgruppen die legistische Überarbeitung bzw. Neufassungen übernommen.

Hiezu ist die Erstellung von Krisenplänen auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene notwendig. Auf lokaler Ebene, das ist auf Ebene der Veterinäramtsabteilungen in den einzelnen Bezirken, werden die potentiell gefährdeten Tierhaltungsbetriebe erfasst. Die MA 60 steht sowohl diesen Betrieben als auch allen praktischen Tierärzten jederzeit mit Informationen und Beratungen zur Verfügung.

In Wien wurde eine speziell geschulte Gruppe von Seuchentierärzten geschaffen, um der Spezialisierung in diesem Bereich auch Rechnung zu tragen. Für diese Kolleg/innen galt es Fortbildungs- und Schulungsveranstaltungen zu organisieren und abzuhalten. Ebenso war die Bereithaltung und Verwaltung entsprechender Untersuchungsutensilien und Desinfektionsmaterialien notwendig.

Auf überregionaler Ebene wurden in Zusammenarbeit mit den Veterinärverwaltungen der übrigen Bundesländer und des BMGF die nationalen Krisenpläne für verschiedene Tierseuchen teils überarbeitet, teils komplett neu entworfen. An den mehrmals jährlich stattfindenden Tierseuchenexpertentagungen der Bundesländer wurde regelmäßig teilgenommen.

Im Rahmen von **Bekämpfungs- und Untersuchungsprogrammen** wurden folgende Tierseuchen einem Screening unterzogen: Tollwut, Scrapie bei Schafen, Wildschweinschweinepest, Bovine Spongiforme Encephalophatie, Enzootische Rinderleukose, Brucellose bei Rindern, Brucella mellitensis bei Ziegen sowie Aujeszky'sche Krankheit bei Schweinen. Alle den Untersuchungsprogrammen unterzogenen Tiere wiesen einen negativen Befund auf.

Zu den Aufgaben des Referats für Tiergesundheit und Futtermittelkontrolle zählte weiters die veterinärpolizeiliche Kontrolle der Tierkörperbeseitigung Wien, die in Simmering eine Sammelstelle betreibt. Das Referat konnte bei der Implementierung zeitgemäßer Sicherheits- und Hygienestandards einen maßgeblichen Beitrag leisten.

Mit der Verlautbarung der Tierkennzeichnungs- und Registrierungsverordnung übernahm die MA 60 die Aufgaben des Landeshauptmannes und der Bezirksverwaltungsbehörde zur Führung des Bestandsregisters für Schafe und Ziegen und für Schweine als Haustiere und die Ausgabe der Ohrmarken. Um diese Aufgaben zu bewältigen, wurde im Rahmen einer Arbeitsgruppe die Gründung einer Datenbank beschlossen. Diese trifft auf großes Interesse der übrigen Referate und soll auf deren Bedürfnisse erweitert werden.

Futtermittelkontrolle

Im Jahr 2003 gab es im Rahmen der Vollziehung des Futtermittelgesetzes, des Tiermehlgesetzes und des Katastrophenfondgesetzes folgende Schwerpunkte:

- Kontrolle des Verfütterungsverbotes von Tiermehl und tierischen Fetten in den landwirtschaftlichen Betrieben
- Kontrolle der Mischfuttermittelhersteller und des Heimtierfuttermittelmarktes
- Kontrolle nach dem Futtermittelgesetz bei Veranstaltungen
- Überprüfung von Anträgen nach dem Katastrophenfondgesetz.

Überregionale Bedeutung kommt der veterinärbehördlichen Überwachung der Verbrennung von Tiermehl und der Entsorgung von Fett aus der Produktion von Tiermehl in den Heizbetrieben

Wien, Werk Simmering, zu. Dabei wird jede einzelne Anlieferung von den Amtstierärzt/innen des Veterinäramtes auf ihre Nämlichkeit überprüft und die tatsächliche Entsorgung überwacht.

Die vorjährige schwerpunktmäßige Kontrolle der Heimtierfuttermittel wurde im Jahr 2003 fortgesetzt. Nach einem Probenziehungsplan wurden sowohl Großhändler wie auch Erzeuger, Zoofachhändler, Supermärkte und Drogerien überprüft. Besondere Beachtung fanden Eigenmarken in- und ausländischer Herkunft, getrocknete Schlachtnebenprodukte und Futtermittel ausländischer Produzenten. Stichprobenweise wurden aber auch Pharmafirmen kontrolliert. Im Jahr 2003 wurden 95 Futtermittelproben gezogen. Die Beanstandungsquote lag insgesamt bei einem Drittel.

Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten (MA 61)

Einbürgerungs- und Staatsbürgerschaftsfeststellungsgruppe

Im Jahr 2003 wurde in Wien an insgesamt 18.421 Personen die **österreichische Staatsbürgerschaft** verliehen. Dies bedeutet gegenüber dem Jahr 2002 eine Steigerung um 22,9 Prozent. Der Parteienverkehr in der Einbürgerungsgruppe stieg im Berichtszeitraum mit 86.727 Vorsprechenden gegenüber dem Jahr 2002 um 7,2 Prozent an. Die Gesamtzahl der Eingebürgerten – von denen 18.079 ihren Hauptwohnsitz in Wien hatten – teilt sich auf 9.480 Eingebürgerte weiblichen Geschlechts sowie auf 8.941 männliche Antragsteller auf.

6.709 Einbürgerungswerber/innen wurde 2003 die österreichische Staatsbürgerschaft nach einem mindestens zehnjährigen, ununterbrochenen Inlandswohnsitz verliehen. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 31,3 Prozent. 436 Personen wurden nach einem mindestens sechsjährigen, ununterbrochenen Inlandswohnsitz und weitere 321 Personen bereits nach einem mindestens vierjährigen, ununterbrochenen Inlandswohnsitz eingebürgert, wobei immer ein besonders berücksichtigungswürdiger Grund für die vorzeitige Staatsbürgerschaftsverleihung vorgelegen hat. 12 Staatsangehörige eines Nachfolgestaates der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie wurden ebenfalls im Jahr 2003 eingebürgert.

15 Antragstellern wurde die Staatsbürgerschaft auf Grund eines Staatsinteressebeschlusses der österreichischen Bundesregierung wegen außerordentlicher Leistungen verliehen. 3.293 Personen – meist Ehegatt/innen von österreichischen Staatsbürger/innen – erwarben die Staatsbürgerschaft auf Grund eines Rechtsanspruches. Dies bedeutet eine Steigerung um 40,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die oben zitierten Staatsbürgerschaftsverleihungen wurden auf 998 Ehefrauen und auf 288 Ehemänner sowie auf 6.335 minderjährige Kinder und auf 14 bereits volljährige, jedoch erheblich behinderte Kinder erstreckt. Diese Zahlen bedeuten gegenüber dem Jahr 2002 eine Steigerung der Erstreckungen auf Ehepartner um 3,1 Prozent sowie einen Anstieg der Erstreckungen auf minderjährige Kinder um 19,3 Prozent.

Von allen Eingebürgerten des Jahres 2003 waren 7.475 Personen jünger als 19 Jahre, 10.690 Personen stammten aus der Altersgruppe 19 bis 60 Jahre und 256 Personen hatten zum Zeitpunkt der Staatsbürgerschaftsverleihung das 60. Lebensjahr bereits überschritten.

Selbstverständlich mussten bei allen positiv abgeschlossenen Einbürgerungsverfahren sämtliche **gesetzlichen Einbürgerungsvoraussetzungen** erfüllt sein, was bei 523 Ansuchen, die wegen zu kurzem Inlandswohnsitz, wegen Vorstrafen, wegen ungesichertem Lebensunterhalt oder aus anderen Gründen negativ erledigt werden mussten, nicht der Fall war. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2002 stieg die Zahl der negativen Erledigungen um 9,9 Prozent an.

Bei den Herkunftsländern der neuen österreichischen Staatsbürger liegt der Staat Serbien und Montenegro mit 6.245 Eingebürgerten an der Spitze (33,9 Prozent aller positiven Erledigungen des Jahres 2003). Den zweiten Platz der Einbürgerungsstatistik hält die Türkei mit 3.914 Eingebürgerten (21,2 Prozent). An der 3. Stelle findet sich Bosnien und Herzegowina mit 2.397 Eingebürgerten, den 4. Platz der Länderwertung nimmt Kroatien ein (736 Eingebürgerte), an der 5. Stelle findet sich Polen mit 500 Personen, gefolgt von Ägypten (455 Eingebürgerte). Auf Platz 7 folgt Mazedonien (451 Eingebürgerte), an der 8. Stelle Indien (405 Personen), an 9. Stelle die VR China (387 Eingebürgerte) und an der 10. Position Rumänien mit 359 Eingebürgerten.

Durch Abgabe einer Anzeige erwarben im Jahr 2003 42 ehemalige Österreicher/innen, die ihre Heimat vor dem 9. Mai 1945 aus rassischen oder aus politischen Gründen verlassen mussten, die österreichische Staatsbürgerschaft auf vereinfachtem Wege wieder. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Zuwachs um 20 Prozent.

Zum Zeitpunkt des Wiedererwerbes der österreichischen Staatsbürgerschaft besaßen 14 Personen die israelische Staatsangehörigkeit, 10 Personen waren US-Staatsangehörige, die übrigen 18 Personen hatten zu dieser Zeit die argentinische, die australische, die britische, die italienische, die kanadische oder die venezolanische Staatsangehörigkeit. In sieben Fällen führte die abgegebene Staatsbürgerschaftsanzeige mangels Vorliegens sämtlicher gesetzlicher Voraussetzungen nicht zum Wiedererwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Die Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft für den Fall des Erwerbs einer fremden Staatsangehörigkeit wurde im Jahr 2003 46 Personen – meist mit Auslandswohnsitz – bescheidmäßig bewilligt. Dies entspricht einem Rückgang um 9,8 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2002.

Von der Möglichkeit, auf die österreichische Staatsbürgerschaft zu verzichten, machten im Berichtszeitraum vier Personen Gebrauch, die neben der österreichischen Staatsbürgerschaft gleichzeitig auch eine fremde Staatsangehörigkeit besaßen. Sie erhielten Bescheide über den rechtskräftig gewordenen Verlust der Staatsbürgerschaft. (2002 verzichteten neun Personen auf die österreichische Staatsbürgerschaft).

Im Jahr 2003 betrafen 884 Aktenvorgänge den Bereich der Feststellung der Staatsbürgerschaft (+ 27,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Es handelte sich hierbei vielfach um aufklärungsbedürftige Fragen betreffend den Besitz oder Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft, die durch Parteiansuchen, Anfragen von Behörden etc. an die MA 61 herangetragen wurden und zum Teil aufwendige Ermittlungsverfahren erforderlich machten.

Die MA 61 – Einbürgerungsgruppe stellt im Zusammenhang mit der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft seit Mai 2003 auf Wunsch auch **Reisepässe** aus. Dieses Serviceangebot wurde in 8.938 Fällen in Anspruch genommen. Die MA 61 agiert neben ihren sonstigen Tätigkeiten überdies auch als Meldebehörde im Anlassfall, wobei – insbesondere von den Mitarbeiter/innen der Einbürgerungsgruppe – in 312.023 Fällen auf die Datenbestände der Meldebehörden zugegriffen wurde.

In der Einbürgerungsgruppe wurde im Rahmen einer ständigen Kundenbefragung auch im Jahr 2003 ein positives Echo aus dem Kreis der Einbürgerungswerber/innen vernommen. So zeigten sich 91,1 Prozent aller Befragten mit dem Serviceangebot der MA 61 sehr zufrieden.

Staatsbürgerschaftsevidenzstelle

Im Jahr 2003 erfolgten in der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle 40.330 Kunden/innenkontakte: 5.456 Bürgerinnen und Bürger suchten die MA 61 persönlich auf, 24.269 kontaktierten die Dienststelle telefonisch und in 10.605 Fällen erfolgte die Kontaktaufnahme auf andere Weise. Insgesamt wurden in Wien im Berichtszeitraum 47.026 Staatsbürgerschaftsnachweise (+ 8 Prozent gegenüber dem Jahr 2002) ausgestellt, wobei 2.701 Nachweise von der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle ausgegeben wurden. Dies entspricht 5,7 Prozent aller im Jahr 2003 in Wien ausgestellten Staatsbürgerschaftsnachweise.

Seitens der Einbürgerungsgruppe wurden anlässlich von Staatsbürgerschaftsverleihungen im Jahr 2003 17.111 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgefolgt, was einem Anteil von 36,4 Prozent an allen ausgestellten Nachweisen entspricht. Die Wiener Standesämter stellten 2003 nicht nur anlässlich von Geburtsanmeldungen und Eheschließungen Staatsbürgerschaftsnachweise aus (14.185 Nachweise), sondern sie wurden auch ohne besonderen Anlassfall aus dem Personenstandsbereich tätig.

So konnten im Jahr 2003 auf den Wiener Standesämtern zusätzlich weitere 7.574 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt und hierdurch das **Kundenservice** der MA 61 erheblich ausgeweitet werden, da 46,3 Prozent aller in diesem Jahr in Wien erstellten Staatsbürgerschaftsnachweise bei Vorsprachen auf den Standesämtern ausgefolgt wurden. Die Personenstandsgruppe der MA 61 stellte im Zusammenhang mit Namensänderungen 94 Staatsbürgerschaftsnachweise aus und auf den Magistratischen Bezirksämtern bzw. dem Bürger-Service-Zentrum Simmering wurden weitere 5.361 Staatsbürgerschaftsnachweise (11,6 Prozent aller ausgestellten Nachweise) den Antragsteller/innen übergeben.

Die EDV-unterstützt geführte **Staatsbürgerschaftsevidenz** umfasste am Ende des Berichtsjahres 1.826.415 Datensätze. Aus der noch in Karteiform geführten alten Staatsbürgerschaftsevidenz werden laufend Staatsbürgerschaftsdaten elektronisch verarbeitet. Insgesamt konnten im Jahr 2003 zu diesem Zweck weitere 7.985 Karteiblätter ausgewertet werden.

6.323 protokollierte Posteinlaufstücke wurden von den Referent/innen der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle beantwortet. Überdies wurden 71.892 Mitteilungen von Staatsbürgerschaftsevidenzstellen anderer Bundesländer über ausgestellte Staatsbürgerschaftsnachweise und Staatsbürgerschaftsbestätigungen, von Standesämtern über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle und auch von anderen Behörden über staatsbürgerschaftsrechtlich relevante Vorgänge elektronisch verarbeitet. Dies entspricht gegenüber dem Vergleichszeitrum 2002 einer Steigerung um 13,6 Prozent.

Weiters wurden von den Referent/innen der Evidenzstelle 3.133 Verfahren zur Überwachung des Ausscheidens von Eingebürgerten aus deren bisherigen Staatsverbänden bearbeitet. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 5,5 Prozent.

2.002 Anfragen von Notaren – meist im Zusammenhang mit Verlassenschaftsabwicklungen – sowie 276 Anfragen von Ahnenforschern wurden ebenfalls im Jahr 2003 beantwortet. In den meisten Fällen war hiezu eine ausführliche Suche in den Karteibeständen der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle erforderlich. Gegenüber dem Jahr 2002 nahmen diese Anfragen um 12,2 Prozent zu.

Eine in der Evidenzstelle durchgeführte Kundenbefragung ergab auch für das Jahr 2003 ein positives Bild: Mit der Betreuung durch die Mitarbeiter/innen zeigten sich 88,9 Prozent der Befragten sehr zufrieden.

Standesämter und Personenstandsgruppe

Von den zehn Wiener Standesämtern wurden im Jahr 2003 19.494 Geburten beurkundet. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang um 1 Prozent. Von dem im Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien eingerichteten **„Babypoint"** konnten in 2.930 Fällen Geburtsurkunden und

Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt werden, wodurch den Kindeseltern Amtswege erspart wurden.

Weiters wurden im Jahr 2003 8.852 Eheschließungen (+ 3,9 Prozent) sowie 17.529 Sterbefälle (17.530 Fälle im Jahr 2002) in den Registern vermerkt. Die wenigsten Ehen wurden im Jänner 2003 geschlossen (531 Trauungen), der beliebteste Heiratsmonat war im Jahr 2003 der Juni mit 897 Trauungen.

Die Eintragungen in den von den Standesämtern verwahrten Personenstandsbüchern wurden im Berichtsjahr durch 4.424 Vermerke über Veränderungen von Beurkundungen sowie durch 11.519 Hinweismitteilungen, die den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Eintragungen herstellen, auf den jeweils aktuellen Stand gebracht. 2.119 Ehefähigkeitszeugnisse (+ 3,3 Prozent) wurden im Jahr 2003 für österreichische Staatsbürger/innen ausgestellt, die im Ausland eine Ehe eingehen wollten. Im Berichtsjahr wurde von der MA 61 in 1.076 Fällen die Änderung eines Familiennamens bewilligt (+ 3,7 Prozent gegenüber dem Jahr 2002), die Änderung eines Vornamens wurde in 322 Fällen bewilligt (- 3,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2002).

Die 2003 am **häufigsten** gewählten **Vornamen** für in Wien geborene Kinder sind:

Männlich		Weiblich	
Lukas	(201)	Anna	(167)
David	(189)	Sarah	(162)
Florian	(173)	Julia	(134)
Alexander	(168)	Laura	(128)
Maximilian	(145)	Katharina	(127)
Paul	(136)	Lisa	(119)
Daniel	(133)	Sophie	(119)
Tobias	(123)	Sara	(98)
Marcel	(122)	Lara	(97)
Sebastian	(112)	Lena	(94)

Die nachträgliche Ausstellung von standesamtlichen Urkunden kann seit Oktober 2003 auch im Wege des **Internets** beantragt werden und ist nicht nur bei jenem Wiener Standesamt möglich, welches den Personenstandsfall seinerzeit beurkundet hat, sondern bei jedem Wiener Standesamt. Auch bei den Wiener Standesämtern sowie der Personenstandsgruppe ergab die Kundenbefragung im Jahr 2003 ein sehr positives Gesamtergebnis. Das große Ausmaß der Zustimmung zum Angebot der MA 61 – Standesämter kann insbesondere darauf zurückgeführt werden, dass durch die dezentrale Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen – auch ohne konkreten Anlass aus dem unmittelbaren Tätigkeitsbereich der Standesämter – das Kundenservice stark ausgeweitet werden konnte.

Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten (MA 62)

Passservice

Das Passwesen wurde auf Grund der gesetzlichen Änderungen erfolgreich von der Bundespolizeidirektion Wien mit 1. Februar 2003 übernommen. Die Passservicestellen des Magistrats der Stadt Wien, die Magistratischen Bezirksämter und das Zentrale Passservice der MA 62 haben von Februar bis inklusive Dezember 2003 105.700 österreichische Reisepässe und 14.000 österreichische Personalausweise ausgestellt. Im gleichen Zeitraum wurden von der MA 62 111 Verfahren auf Versagung oder Entziehung des Reisepasses oder des Personalausweises bescheidmäßig erledigt.



In einer umfassenden Kampagne konnten sich interessierte Bürger/innen über alle Neuerungen im Bezug auf das neue Passservice informieren.

Neben den passbehördlichen Verfahren obliegen dem Zentralen Passservice der MA 62 als weitere Hauptaufgabe die rechtliche und fachliche Beratung und Schulung der Bezirksämter sowie die Betreuung des von den Passservicestellen zu verwendenden EDV-Passprogramms für die Ausstellung der österreichischen Reisedokumente.

Zusätzlich zu den genannten Aufgaben wurde bei der MA 68 – Wache Rathaus ein Service für die Ausstellung von Notpässen außerhalb der Parteienverkehrszeiten und an Wochenenden und Feiertagen eingerichtet, wobei ebenfalls die Schulungen sowie die laufende fachliche, rechtliche und EDV-mäßige Betreuung dem Zentralen Passservice als Fachdienststelle zukommt. Im Jahr 2003 wurden von der Wache Rathaus 541 Notpässe ausgestellt.

Im Zusammenhang mit dem Notpassdienst werden die Permanenzjurist/innen, welche die Wache Rathaus bei rechtlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Notpassausstellung unterstützen, von der MA 62 eingeschult und durch Übermittlung aktueller Änderungen auch laufend betreut. Dem Zentralen Passservice

obliegt für den Bereich des Magistrats der Stadt Wien die Ausstellung von österreichischen Zweitreisepässen, die nur bei Vorliegen der im Passgesetz angeführten, besonderen Voraussetzungen ausgestellt werden dürfen, wobei vom 1. Februar 2003 bis 31. Dezember 2003 674 Ansuchen positiv erledigt werden konnten.

Das Zentrale Passservice hat vor der Übernahme des Passwesens sämtliche Mitarbeiter/innen der Passservicestellen des Magistrats fachlich, rechtlich und in der Anwendung der EDV-Reisepassapplikation geschult. Weiters werden den Magistratischen Bezirksämtern in regelmäßigen Abständen Informationsrundschreiben zu fachlichen, rechtlichen und organisatorischen Problemstellungen und zu Fragen im Zusammenhang mit der computerunterstützten Reisepassausstellung zur Verfügung gestellt und diesbezügliche Workshops abgehalten.

Ein wichtiges Tätigkeitsfeld des Zentralen Passservices liegt in der Qualitätskontrolle der Tätigkeit der Magistratischen Bezirksämter im Passservice, denn nach Ausstellung der Reisepässe und Personalausweise werden sämtliche Reisepassanträge und sonstige Unterlagen (Kopien von Urkunden etc.) der MA 62 zur Überprüfung auf Vollständigkeit und inhaltliche Richtigkeit übermittelt, welche nach Vornahme der Prüfung und allfälliger Veranlassung von Fehlerkorrekturen in den von der Bundespolizeidirektion Wien übernommenen Reisepass- und Personalausweisarchiven eingeordnet werden.

Im Zuge der Arbeit mit den umfangreichen Reisepass- und Personalausweisarchiven konnte festgestellt werden, dass über 2 Millionen Karteieinlagen in Papierform vorliegen. Wegen des bisher schon enormen Platzbedarfes und der Tatsache, dass in Wien jährlich insgesamt mehr als 100.000 neue Anträge bzw. Niederschriften samt Beilagen für österreichische Reisedokumente von den Passservicestellen des Magistrats dem Zentralen Passservice übermittelt werden, wurde im 4. Quartal des Vorjahres mit der Projektierung für die Umstellung der Reisepass- und Personalausweiskarteien in ein elektronisches Archiv begonnen, wobei die notwendigen Entscheidungen und Vorarbeiten für die Verwirklichung des Projektes im Jahr 2004 erfolgen sollen.

Wiener Demokratiepaket

Im Frühjahr 2002 wurde von der MA 62 im politischen Auftrag eine Novelle der Wiener Stadtverfassung und der Wiener Gemeindewahlordnung 1996 ausgearbeitet. Kern dieser Wiener Wahlrechtsreform im Rahmen des so genannten „Demokratiepaketes" war die Einräumung des aktiven und passiven Wahlrechts ausländischer Mitbürger/innen unter der Voraussetzung eines 5-jährigen ununterbrochenen Hauptwohnsitzes in Wien auf Ebene der Bezirksvertretungen. Weiters wurde das Wahlalter für die Ausübung des aktiven Wahlrechts zu den Bezirksvertretungen und zum Gemeinderat vom vollendeten 18. Lebensjahr spätestens am 31. Dezember des Jahres vor dem Stichtag der Wahl auf das vollendete 16. Lebensjahr zum Stichtag der Wahl herabgesetzt.
Eine weitere Änderung war die Einräumung der Möglichkeit der Abgabe einer zweiten Vorzugsstimme auf dem Stadtwahlvorschlag mit gleichzeitiger Herabsetzung der erforderlichen Anzahl von Vorzugsstimmen für die Erlangung eines Vorzugsstimmenmandates vom doppelten auf das 1,25-fache der Wahlzahl.

Der Gesetzesbeschluss des Wiener Landtages vom 13. Dezember 2002 wurde auf Grund eines Einspruchs der Bundesregierung am 24. April 2003 mit Beharrungsbeschluss in Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Landtages wiederholt und das Gesetz am 22. Mai 2003 in Kraft gesetzt. Mit Schriftsatz vom 15. September 2003 wurde von 37 Mitgliedern des Landtages (ÖVP und FPÖ) ein Gesetzesprüfungsantrag gemäß Art 140 B-VG an den Verfassungsgerichtshof betreffend die behauptete Verfassungswidrigkeit des aktiven und passiven Ausländer/innenwahlrechts gerichtet. Mit einer Entscheidung kann im Sommer 2004 gerechnet werden.

Novelle zum Wiener Prostitutionsgesetz

Im politischen Auftrag wurde im Frühjahr 2003 eine umfassende Novelle zum Wiener Prostitutionsgesetz und Wiener Landes-Sicherheitsgesetz ausgearbeitet. Ein entsprechend ausgearbeiteter Entwurf wurde in einem Zeitraum von sechs Wochen zur internen und externen Begutachtung an zahlreiche Dienststellen und Interessensvertretungen ausgesendet. Die einlangenden Stellungnahmen wurden intensiv diskutiert und ein entsprechend ergänzter Entwurf vom Landtag in seiner Sitzung vom 29. Jänner 2004 auch beschlossen. Da die Novelle auch eine Erweiterung der Rechte und Pflichten von Bundesorganen (Bundespolizeidirektion Wien) vorsieht, ist gemäß Art. 97 Abs. 2 B-VG die Zustimmung der Bundesregierung zu diesem Gesetzesbeschluss erforderlich. Unter der Voraussetzung dieser Zustimmung wird mit einer Kundmachung des Gesetzes voraussichtlich im April 2004 zu rechnen sein.

Die wichtigsten Neuerungen des Gesetzes sind eine neue Verwaltungsstrafbestimmung im Wiener Landes-Sicherheitsgesetz zur Verhinderung unerwünschter Belästigungen von Anrainer/innen durch Freier, die Herabsetzung der Verwaltungsstrafsätze und Ersatzfreiheitsstrafen des Gesetzes betreffend die Prostituierten generell auf ca. ein Drittel und ein Betretungsrecht für die Behörde und für Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes und die Einräumung von entsprechenden Zwangsbefugnissen.

Volksbegehren „Atomfreies Europa"

Am 25. März 2003 hat der Bundesminister für Inneres dem Einleitungsantrag auf Durchführung des Volksbegehrens „Atomfreies Europa" stattgegeben. Stichtag war der 6. Mai 2003. Der Eintragungszeitraum wurde von 10. bis 17. Juni 2003 festgelegt. Von den zu diesem Zeitpunkt 1.100.805 Stimmberechtigten haben 30.906 durch Unter-

schrift in den Eintragungslisten und 1.349 Personen durch Unterfertigung einer Unterstützungserklärung, also insgesamt 32.255 Bürger/innen, dieses Volksbegehren unterstützt.

Serviceorientierte Neuorganisation von Volksbegehren

Am 12. August 2003 wurden im BGBl. I Nr. 54/2003 Änderungen der gesetzlichen Regelungen hinsichtlich des Kostenersatzes bei bundesweiten Wahlen, Volksabstimmungen, Volksbefragungen, Volksbegehren und für die Führung der Wählerevidenz kundgemacht. Da Wien wie auch andere Großgemeinden durch die nunmehrigen Pauschalregelungen finanziell stark benachteiligt wird, wurde daraufhin die Durchführung von Volksbegehren – das Volksbegehrengesetz beinhaltet im Gegensatz zu den Wahlordnungen den nötigen Handlungsspielraum – neu organisiert. Wiener Stimmberechtigte können durch die Vernetzung der Eintragungslokale und die Führung einer elektronischen Stimmliste bereits beim „Pensions-Volksbegehren" im März 2004 ihre Stimme unabhängig von ihrem Wohnort in allen Wiener Eintragungslokalen abgeben. Zusätzlich zur gesteigerten Serviceleistung ist dadurch der Entfall der bisher erforderlichen Zustellung von Hauskundmachungen möglich, wodurch in Hinkunft bei der Durchführung von Volksbegehren eine deutliche Kostenersparnis erzielt werden kann.

Meldeservice

Seit der Übernahme des Meldewesens von der Bundespolizeidirektion Wien am 1. März 2002 ist die MA 62 zentral für ganz Wien zur Durchführung amtlicher An-, Ab- und Ummeldungen und sonstigen Berichtigungen des **Zentralen Melderegisters** (ZMR) zuständig. Im Jahr 2003 wurden ca. 35.000 Verfahren betreffend amtliche An-, Ab- und Ummeldungen durchgeführt.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit des ZMR ist wesentliche Voraussetzung für die Qualität der Wiener Wählerevidenz, die Verleihung von Staatsbürgerschaften und von Aufenthaltstiteln nach dem Fremdenrecht. Daher erfordert die teilweise doch komplexe Materie eine sorgfältige Bearbeitung durch 24 Kanzleibedienstete unter der Leitung eines Juristen.

Auf Grund des Ergebnisses der Volkszählung 2001 wurde im Herbst 2003 die EDV-technisch unterstützte Abmeldung von ca. 70.000 Haupt- und 200.000 Nebenwohnsitzen vorbereitet. Diese Abmeldungen wurden gemäß den Bestimmungen des Meldegesetzes 1991 im Jänner 2004 durchgeführt, wobei betreffend die Hauptwohnsitze auf Grund des Verlustes des Wahlrechtes in Wien die Betroffenen von der Abmeldung schriftlich verständigt wurden.

Darüber hinaus war es auch 2003 Aufgabe der MA 62, die juristische und organisatorische Zentrale für alle Meldeservicestellen der Magistratischen Bezirksämter zu sein und zentral für ganz Wien Anträge auf Auskunftssperren und historische Meldeauskünfte zu bearbeiten. Weiters wurden in der Meldeservicestelle Zentrale Auskunft in 7., Wimbergergasse 14–16, im Rahmen eines modernen Front- und Backoffice neben den in allen Meldeservicestellen durchgeführten Serviceleistungen auch 2003 zahlreiche Meldeauskünfte größeren Umfanges auf Antrag von Behörden und Privatparteien erledigt.

Im Frühjahr 2003 wurde das Projekt **Meldewesen II** gestartet. Ziel dieses umfassenden Projektes der MA 62 ist die Einrichtung einer eigenen Melde-Applikation für die Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der MA 14 – ADV. Alle Meldereferent/innen sollen ab Ende 2005 bzw. Anfang 2006 nicht mehr auf dem ZMR-Client des Bundesministeriums für Inneres arbeiten, sondern es soll ab diesem Zeitpunkt allen Sachbearbeiter/innen eine computerunterstützte Applikation zur Verfügung stehen. Damit wird es zu einer wesentlichen Vereinfachung und Optimierung von Verwaltungsabläufen kommen und der Informationsfluss zwischen den einzelnen Meldeservicestellen untereinander und zur MA 62 wesentlich verbessert werden. Auf Kundenfreundlichkeit und auf möglichst rasche Erledigung von Kundenwünschen wird dabei besonderer Wert gelegt. Auf Grund der optimierten Informationsflüsse wird aber auch dem Missbrauch wesentlich effizienter begegnet werden können.

Als erster Schritt des Projektes wurden 2003 alle Meldeprozesse (z. B. Anmeldevorgang, Auskunftssperre setzen) in zahlreichen Workshops mit Sachbearbeiter/innen der MA 62 und den Magistratischen Bezirksämtern unter Führung der MA 14 in Form von detaillierten Prozessanalysen und Prozessdiagrammen erfasst. Darauf aufbauend wurde ein Sollmodell jedes Prozessablaufes erstellt und bereits dabei in manchen Bereichen Ablaufoptimierungen erkannt und unverzüglich umgesetzt. Nach Abwicklung der Bundespräsidentenwahl im April 2004 und der EU-Parlamentswahlen im Juni 2004 wird die MA 14 im zweiten Halbjahr 2004 intensiv an der Entwicklung und Erstellung eines entsprechenden EDV-Programms arbeiten.

E-Government

Die MA 62 hat als Vertreterin Wiens in der E-Government-Länderarbeitsgruppe gemeinsam mit Vertretern des Bundes und der anderen Bundesländer den Entwurf eines E-Government-Gesetzes im Jahr 2003 erarbeitet, der im Jänner 2004 vom Nationalrat beschlossen wurde. Mit diesem Bundesgesetz wurde eine bürgerfreundliche, durchgängige und mit einem hohen datenschutzrechtlichen Standard versehene elektronische Verfahrensabwicklung von der Antragstellung, Unterlagenbeibringung bis einschließlich der Bescheidzustellung und Gebührenbezahlung geschaffen. Das Mittel zur elektronischen Kommunikation zwischen Bürger und Behörde, zur Identifikation und Authentifikation des Bürgers, zur Ermöglichung von Online-Einsichtrechten in den elektronischen Verfahrensakt und zur Abschaffung von zahlreichen Codes, die mühsam auswendig gelernt werden mussten, ist die **Bürgerkarte**. Diese ist eine Chipkarte, die mit elektronischer Signatur

ausgestattet ist. Auf Verlangen des Karteninhabers wird diese Signatur von einem Zertifizierungsdienstanbieter aktiviert und eine Personenbindung auf der Karte eingetragen. Damit ist die Bürgerkarte funktionsfähig. Zum Einsatz bedarf es weiters eines mit dem verwendeten PC verbundenen Kartenlesegerätes. Die „Bürgerkarte" kann auch über Mobiltelefonbetreiber am Handy eingerichtet werden.

Personenstandsdaten und Staatsbürgerschaft werden künftig automationsunterstützt in das Melderegister gespeichert und es entfällt damit die Vorlage dieser Urkunden vor den Behörden, die auf das Melderegister zugreifen können.

Die MA 62 hat im Rahmen der Länderarbeitsgruppe auch einen Mustervorschlag für alle Länder für eine einheitliche Gliederung der Verfahrens- und Leistungsbereiche der Landesverwaltungen ausgearbeitet. Damit können in bürgerfreundlicher, ökonomischer und datensicherer Weise Leistungs- und Verfahrensinformationen aller Gebietskörperschaften vernetzt werden.

Die MA 62 hat gemeinsam mit der IKT-Stabstelle des Bundes das erste durchgängige E-Government-Modellverfahren Österreichs entwickelt. Mit dem Verfahren „elektronische Meldebestätigung" können Bürger/innen mit ihrer Bürgerkarte eine Meldebestätigung für sich selbst – mittels elektronischer Unterschrift – beantragen, sogleich elektronisch bezahlen und anschließend elektronisch zugestellt (per Zustellservice) bekommen.

Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens (MA 63)

Auf legistischem Gebiet wirkte die gewerbliche Fachabteilung u. a. in Form von Stellungnahmen zu zahlreichen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen mit und konnte auf diese Weise nicht nur vielfach die Interessen des Landes wahren, sondern auch zahlreiche Anregungen geben.

In den Berichtszeitraum fallen auch Gesetze und Verordnungen, die von der MA 63 ausgearbeitet worden sind. Folgende Gesetze und Verordnungen sind anzuführen:

- Die Erlassung des **Öffnungszeitengesetzes 2003**, BGBl I Nr. 48/2003 vom 31. Juli 2003, hat auf Landesebene die Erlassung der Wiener Öffnungszeitenverordnung 2003, LGBl Nr. 35/2003 vom 2. August 2003, erforderlich gemacht. Die Wiener Öffnungszeitenverordnung 2003 hat im Vergleich zu den früher geltenden Öffnungszeiten zunächst insoweit eine Liberalisierung gebracht, als ab Montag, dem 4. August 2003, die Verkaufsstellen in Wien an Samstagen bis 18 Uhr anstatt vorher bis 17 Uhr und an einem sonstigen Werktag freier Wahl bis 21 Uhr anstatt bis 19.30 Uhr offen halten durften. Die Ausweitung dieser Öffnungszeiten wurde entsprechend dem in den Verhandlungen mit den Sozialpartnern erzielten Ergebnis zunächst nur befristet bis 31. Dezember 2003 in Kraft gesetzt.
- Am 26. November 2003 wurde die Verordnung des Landeshauptmannes von Wien, mit der die **Wiener Öffnungszeitenverordnung 2003** abgeändert wird, im LGBl Nr. 50/2003 verlautbart. Diese Verordnung ist mit Donnerstag, dem 27. November 2003 in Kraft getreten. Damit wurde einerseits die mit der Wiener Öffnungszeitenverordnung 2003 zunächst befristet in Kraft gesetzte Ausweitung der Öffnungszeiten in eine unbefristete Regelung übergeleitet, andererseits ein Offenhalten der Geschäfte an nunmehr wöchentlich zwei Werktagen bis 21 Uhr ermöglicht. Als begleitende Maßnahme im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer/innen, deren Angehörigen und auch der Mehrheit der Unternehmer/innen wirkt die MA 63 darauf hin, dass die Einhaltung der bestehenden öffnungszeitenrechtlichen und arbeitszeitrechtlichen Rahmenbedingungen verstärkt kontrolliert und Verbesserungsmöglichkeiten im Umfeld der Arbeitsbedingungen geprüft werden.
- Die Verordnung des Landeshauptmannes von Wien über die **Gewerbeausübung in Gastgärten** im Jahr 2003 wurde am 26. Mai 2003 im LGBl für Wien Nr. 23/2003 kundgemacht. Diese Verordnung hat die für den Zeitraum 15. Juni 2003 bis 15. September 2003 befristete Möglichkeit geschaffen, dass bestimmte Gastgärten in dieser Zeit anstatt bis 23.00 Uhr bis 24.00 Uhr betrieben werden dürfen. Diese Regelung galt für die Bezirke 1, 10 und 14 sowie für Teile der Bezirke 4, 5, 6, 7 und 11. Unter die begünstigte Regelung sind Gastgärten gefallen, welche sich auf öffentlichem Grund befinden oder an öffentliche Verkehrsflächen angrenzen, soweit sie die Voraussetzungen des § 112 Abs. 3 erster Satz Gewerbeordnung 1994 erfüllt haben.
- Die Verordnung des Landeshauptmannes von Wien, mit welcher der **Wiener Taxitarif 1997** abgeändert wird, wurde am 18. September 2003 im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 38/2003 kundgemacht. Anlass der Verordnung war, dass die letzte Erhöhung des Taxitarifes mit Juni 2001 bereits mehr als zwei Jahre zurücklag und der Taxitarif an die zwischenzeitige Teuerung angepasst werden musste. Diese Regelungen traten zwei Wochen nach der Kundmachung in Kraft.
- Der **Höchsttarif für das Rauchfangkehrergewerbe** wurde mit der Verordnung des Landeshauptmannes von Wien betreffend die Abänderung des Höchsttarifes für das Rauchfangkehrergewerbe in Wien (Kehrtarif 2004) um (allgemein) 1,5 Prozent angehoben. Die Verordnung wurde am 15. Dezember 2003 im LGBl für Wien Nr. 59/2003 verlautbart. Der neue Höchsttarif gilt ab 1. Jänner 2004.
- In den Berichtszeitraum fallen zwei Abänderungen der **Marktordnung 1991**. Die erste dieser beiden Abänderungen wurde am 9. Jänner 2003 im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 2/2003 verlautbart und hatte im Wesentlichen eine flexiblere Regelung der Marktgegenstände zum Inhalt. Die zweite Abänderung wurde am 20. November 2003 im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 47/2003 verlautbart und beinhaltet die Neufestsetzung einzelner Marktgebiete.
- Mit der **Ostermarktverordnung** 2003 wurde

jenes Marktgebiet bestimmt, auf welchem im Jahr 2003 ein Ostermarkt stattgefunden hat. Die Ostermarktverordnung 2003 wurde im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 7/2003 verlautbart.

- Weiters wurde die **Kirchweihmärkteverordnung 2003** (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 21/2003) erlassen. Darin sind die sich jährlich ändernden Marktgebiete und Markttage der Kirchweihmärkte auf dem Gebiet der Stadt Wien festgelegt.
- Schließlich wurden durch die **Adventmärkteverordnung 2003** (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 49/2003) und die Christbaum-, Weihnachts- und Neujahrsmärkteverordnung 2003 (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 49/2003) die Marktgebiete für die genannten Gelegenheitsmärkte, die ebenfalls jährlichen Änderungen unterliegen, listenmäßig erfasst und für das gesamte Stadtgebiet festgelegt.

Im Bereich des **Lebensmittelrechts** hat insbesondere die Vollziehungs- und Überwachungstätigkeit der MA 63 auf dem Gebiet der biologischen Landwirtschaft hohe Bedeutung. Überdies brachte sich die MA 63 in mehreren Besprechungen mit Vertretern des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen, der anderen Länder und der Kontrollstellen mit Vorschlägen zur Lösung zahlreicher (insbesondere auch legistischer) Probleme ein, die bei der Vollziehung der einschlägigen gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften auftreten.

Auf dem Gebiet des Vergaberechts wurde mit dem **Wiener Vergaberechtschutzgesetz**, LGBl. für Wien Nr. 25/2003, der Vergaberechtsschutz bei Auftragsvergaben der Stadt Wien und ihr zuzurechnender Rechtsträger neu geregelt. Mit der Verordnung LGBl. für Wien Nr. 26/2003 wurde festgelegt, dass Bekanntmachungen in Vergabeverfahren nunmehr (auch) im Internet (www.gemeinderecht.wien.at) zu veröffentlichen sind. Ferner haben Vertreter/innen der MA 63 an zahlreichen Besprechungen in Vergabeangelegenheiten teilgenommen und hiebei andere Dienststellen, Wirtschaftstreibende und Rechtsanwälte beraten bzw. bei Ausschreibungen Hilfestellung geleistet. Die Interessen Wiens und der Wiener Wirtschaft wurden auch in zahlreichen Stellungnahmen und gutächtlichen Äußerungen – etwa gegenüber Dienststellen des Bundes oder der Europäischen Gemeinschaft – vertreten. Bei der in der MA 63 angesiedelten Geschäftsstelle des Vergabekontrollsenates ist ein weiter steigender Arbeitsaufwand zu verzeichnen.

Die Aufgabenbereiche des **Arbeitsmarktförderungsgesetzes** und des **Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes** umfassen sowohl die Beratung der Unternehmen hinsichtlich der anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften, als auch die Kontrolle der Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen im Sinne des Arbeitnehmerschutzes sowie damit verbunden Anzeigen und Stellungnahmen in Verwaltungsstrafverfahren. Außerdem werden Genehmigungen für die grenzüberschreitende Überlassung von Arbeitskräften von Österreich ins Nicht-EWR-Ausland oder vom Nicht-EWR-Ausland nach Österreich erteilt sowie Anzeigen nach § 17 Arbeitskräfteüberlassungsgesetz jener Überlasser/innen, die gemäß § 135 Abs. 2 GewO 1994 keine Gewerbeberechtigung benötigen, entgegengenommen. Einen wichtigen Bereich stellen auch die jährliche Erhebung von statistischen Daten sowie die Erstellung eines Jahresberichtes in diesem Marktsegment dar. Zahlenmäßig umfasst der Aufgabenbereich derzeit die Betreuung von 300 Unternehmen nach dem Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, 40 Künstleragenturen sowie 25 private Arbeitsvermittler und sieben gemeinnützige unentgeltliche Arbeitsvermittler, wobei die Tendenz insbesondere bei den Arbeitskräfteüberlasser/innen im Steigen begriffen ist. Besonders hervorzuheben ist, dass nunmehr eine Zusammenarbeit mit der MA 59 – Marktamt über laufende Kontrollen illegaler Überlassungstätigkeiten, insbesondere auf Baustellen, geschaffen und damit die Kontrolltätigkeit in diesem sensiblen Bereich erheblich intensiviert wurde.

Im Rahmen von eVienna hat die MA 63 gemeinsam mit den Magistratischen Bezirksämtern und der für die technische Ausführung zuständigen MA 14 – ADV das Projekt Gewerbe-Workflow umgesetzt. Durch dieses Projekt werden Gewerbeverfahren in Zukunft auf Basis von elektronischen Akten geführt werden. Der Betrieb wird voraussichtlich im 1. Halbjahr 2004 aufgenommen werden.

Der gesamte Internetauftritt rund um das Projekt **Gewerbe online** wurde neu strukturiert sowie einige Adaptierungen durchgeführt.

Im **Zentralgewerberegister** wurden im Jahr 2003 15.869 neue Gewerbeberechtigungen (davon 11.157 Betriebsneugründungen und 4.712 Betriebsausweitungen) eingetragen und in 8.598 Fällen eine Endigung vorgemerkt. Im handelsrechtlichen Bereich wurden in 11.620 Fällen Beschlüsse des Handelsgerichts Wien bearbeitet und entsprechende Mitteilungen den Magistratischen Bezirksämtern übermittelt. Es wurden insgesamt 45.511 Anfragebeantwortungen vorgenommen, hiervon 5.776 auf handelsrechtlichem Gebiet. Aus den Aufzeichnungen des Verwaltungsstrafregisters wurden 1.292 Auskünfte gegeben. Für die Verlautbarung im Amtsblatt der Stadt Wien wurden 2.566 Bescheide bearbeitet und druckreif gemacht. Im Zusammenhang mit gerichtlichen Verurteilungen wurden bei 1.106 Personen Nachforschungen angestrebt, ob sie im Besitz einer aufrechten Gewerbeberechtigung sind, um gegebenenfalls ein Gewerbeentziehungsverfahren in die Wege zu leiten. Die Eintragung von Insolvenzvermerken in das Gewerberegister war in 988 Fällen, eine Weitergabe von Daten über strafgerichtliche Verurteilungen an die magistratischen Bezirksämter in 139 Fällen erforderlich.

Anhängige Verfahren bei jenen gewerblichen Betriebsanlagen, die vor dem In-Kraft-Treten der **Gewerberechtsnovelle 2002** (BGBl. I. Nr. 111/2002) in den Zuständigkeitsbereich des Landshauptmannes gefallen sind, wurden von der MA 63 entsprechend weitergeführt. Zusätzlich wurde ein Konzept zur Behandlung von verbundenen Verfah-

ren im Sinne des § 39 Abs. 2a AVG erarbeitet und entsprechende Pilotprojekte initiiert. Schließlich wurden Koordinierungsmaßnahmen zur einheitlichen Erfassung von berichtspflichtigen Betrieben und der Erfüllung dieser Berichtspflichten durchgeführt.

Feuerwehr und Katastrophenschutz (MA 68)

Die MA 68 hat im Verwaltungsjahr 2003 31.639 Einsätze durchgeführt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um rund 700. Die Interventionen waren und sind grundsätzlich unter dem Oberbegriff **„Hilfeleistung"** zu verstehen. Darunter fallen beispielsweise Ortsveränderungen von Verkehrshindernissen, Sofortmaßnahmen bei Bau- und anderen technischen Gebrechen, Errichtung von Ölsperren und sonstigen Maßnahmen zur Verhinderung von Umweltschäden u. Ä. Auch wenn ein privatrechtlicher Kostenersatz oder ein hoheitsrechtliches Entgelt (Tarif) für die Tätigkeit eingehoben wird, sind die Einnahmen keine „Abgaben" im herkömmlichen Sinn. Im Berichtsjahr ergaben sich (auch auf Basis derartiger Einsätze) Mehreinnahmen in Höhe von rund 611.000 EUR, mit denen Mehrausgaben für Personal teilweise aus dem eigenen Bereich abgedeckt werden konnten. Auch im Verwaltungsjahr 2003 wurden zahlreiche **Seminare** und **Schulungsprogramme** durchgeführt (Fahrtechnik-, Teamentwicklungskurse und praktische Übungen an technischen Gerätschaften).

Im Zusammenhang mit der Verwaltungsmodernisierung wurde das Referat **„Contractpflege"** geschaffen. Die Änderungen der Geschäftseinteilung für den Magistrat haben im Berichtsjahr 2003 die **Übertragung** der Personalhoheit der **Betriebsfeuerwehr des AKH Wien** an die MA 68 bewirkt. Es ergaben sich daher Abstimmungsnotwendigkeiten in personellen als auch finanziellen Bereichen (Entsprechende Vereinbarungen mussten mit der MA 2 – Personalservice, dem Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) und der MA 6 – Rechnungsamt getroffen werden.)


Foto: Votava / PID

Beim Wiener Feuerwehrfest Am Hof konnten auch die kleinen Wiener Bürger/innen bei verschiedenen Übungen mitmachen und so über die Gefahren des Feuers informiert werden.

Sanierungsmaßnahmen

Die Sanierung der Hauptfeuerwache „Hernals" wurde abgeschlossen, die Generalsanierung der Feuerwache „Neubau" nahezu beendet und die Generalsanierung der Hauptfeuerwache „Döbling" fortgesetzt.

Als neu begonnenes Vorhaben wäre die Sanierung der Hauptfeuerwache „Favoriten" (Sanierung des Wohnhauses, Straßentrakt) zu nennen Die Sanierung des Wohnhauses in der Feuerwache ist dringend erforderlich, weil seit Jahren laufend Fassadenteile abstürzen, die Elektroinstallationen, der Innenausbau sowie die Dachdeckung desolat sind. Im Rahmen der Generalsanierung wird der Keller zur Gänze saniert, im Erdgeschoß erfolgt die Sanierung der Sanitärgruppen und der Diensträume, und es wird ein behindertengerechter Zugang geschaffen. Auch wird die Dacheindeckung erneuert. Fassade, Fenster, Dachdeckung und Verblechung werden entsprechend dem mit dem Bundesdenkmalamt abgesprochenen Sanierungskonzept instand gesetzt. Insgesamt wurden die Kosten für das Projekt nach Schätzung der Fachdienststelle (MA 34 – Bau- und Gebäudemanagement) mit 2.200.000 EUR beziffert.

Neuanschaffung von Fahrzeugen

Auf dem Fahrzeugsektor wurden nach erforderlichen Vorarbeiten (Spezifikationen, Ausschreibungen, Vergabeverhandlungen) drei Wechselladerfahrzeuge angeschafft. Eines dieser Fahrzeuge wird ein 21 Jahre altes, bereits störanfälliges Fahrzeug ersetzen und somit die im Vorjahr begonnene Umstellung fortsetzen. Die beiden weiteren Fahrzeuge sind ein Wechselladerfahrzeug mit Ladekran – dieses Fahrzeug soll in der Feuerwache „Hernals" stationiert werden und dem Transport von Wechselaufbauten, insbesondere dem „Wechselaufbau Bauunfall" dienen – sowie ein Wechselaufbau „Schwerwerkzeug", welcher für die Aufnahme spezieller Ausrüstungsgegenstände für technische Hilfeleistungen vorgesehen ist.

Auch wurde eine Drehleiter (30 Meter) in Auftrag gegeben. Dieses Fahrzeug soll in der Hauptfeuerwache „Hernals" stationiert werden und dort ein mittlerweile 23 Jahre altes, störanfälliges Fahrzeug ersetzen. Ebenso wurde der Bau eines Informationsfahrzeuges genehmigt. Dieses Fahrzeug soll als Einsatzfahrzeug bei Großeinsätzen sowie als Präsentationsfahrzeug im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit dienen.

Sonderanlagen

Nach intensiven Vorarbeiten wurde die Genehmigung für die Durchführung des Vorhabens **„Erneuerung der Notrufanlage inklusive Dokumentationsanlage"** vom Gemeinderatsausschuss für „Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal" eingeholt. Die Anlage soll eine wesentliche Verbesserung in der Notrufannahme bieten und die seit 1988 in Betrieb befindliche Anlage ersetzen. Die Erneuerung der Notrufanlage ist überdies wegen der geänderten technischen Kommunikationsmöglichkeiten notwendig. Die neue Anlage wird in redundanter Ausführung errichtet und stellt somit für die Bürger/innen in Notsituationen eine sichere Erreichbarkeit der Hilfskräfte sicher.

Ebenso wurde nach vorherigem Ausschreibungs- und Vergabeverfahren das Projekt **„Erneuerung der Software des Einsatzleitsystems"** gestartet. Die komplette Neuprogrammierung der Einsatzleitsystem-Software soll das bereits seit 1984 in Verwendung stehende Programm ergänzen bzw. ersetzen. Die „Neuprogrammierung" soll nach modernen Standards erfolgen, sodass künftige neue Anforderungen und Leistungsmerkmale jederzeit und problemlos ergänzt werden können. Weiters soll mit dem Vorhaben eine einheitliche Schnittstellenprogrammierung erfolgen, womit die Kommunikation mit externen Geräten (Funk, Telefon, Ausgabegeräte ect.) auf heutigem und zukünftigem Niveau ermöglicht wird.

Auszüge aus der unmittelbaren Feuerwehrtätigkeit

Brennende Hütte in 21., Strebersdorfer Straße 35

Aus nicht feststellbarer Ursache war es am 17. April 2003 zum Vollbrand einer Gartenhütte gekommen, welcher auch bereits die Hälfte der Nachbarhütte erfasst hatte. Der Brand wurde mit drei Rohren teilweise unter Atemschutz gelöscht, fünf Propangasflaschen konnten rechtzeitig aus dem Brandobjekt entfernt werden. Die stark erhitzten Gasflaschen wurden gekühlt, weiters waren umfangreiche Ausräum- und Nachlöscharbeiten erforderlich.

Gefahr einer Grundwasserverunreinigung

Am 18. Juni 2003 wurde auf dem Gelände einer Firma im 23. Bezirk ein Fass mit Tapetenkleister über einen Regenwasserkanal in den Liesingbach entsorgt, was zu einer Verunreinigung des Baches führte. In weiterer Folge wurden zur Beseitigung dieser Gewässerverunreinigung von Bediensteten der MA 68 ein Damm errichtet und das Wasser-Schadstoff-Gemisch in einen Schmutzwasserkanal gepumpt.

Am 17. Juli 2003 kam es auf einem Schubschiff im Zuge der Ballastierung der vorderen Treibstofftanks zu einem Gasölüberlauf über das Belüftungs- und Peilrohr auf das Deck und in weiterer Folge zur Bildung eines Ölfilms auf dem Donaustrom im Bereich Hotel Hilton-Danube bis Ostbahnbrücke. Zur Beseitigung dieser Gewässerverunreinigung wurde von Bediensteten der MA 68 der Ölteppich unter Einsatz eines Sprühbalkenarbeitsboots mit Bioversal gebunden und stromabwärts eine Ölsperre errichtet. Nach Abbau der Ölsperre wurde der Uferbereich neuerlich mittels Bioversal gereinigt.

Einsturz in 15., Hütteldorferstraße 64/Wurmsergasse

Bei einem Augenschein in einer Bankfiliale durch einen Techniker und einen Zivilingenieur am 29. Juli 2003 wurde festgestellt, dass ein Mauerpfeiler zwischen den großzügigen Auslagenfenstern in der Wurmsergasse offenbar gebrochen war und sich bereits nach außen gedrückt hatte. Dabei war es auch zur Beschädigung der vorgehängten Fassadenplatten gekommen. Durch das Versagen des Mauerpfeilers war es zudem zu starken Setzungen in der Hauptmauer gekommen, was sich einerseits durch starke Rissbildung an der Fassade und anderseits durch das Verklemmen der Fenster und Türen im Haus zeigte. Aufgrund der bestehenden Einsturzgefahr wurde von dem Zivilingenieur die Feuerwehr verständigt. Von der MA 68 wurde als Ersatzmaßnahme das Gebäude von einer Löschgruppe evakuiert und Teile der Hütteldorferstraße und der Wurmsergasse mittels Trassenband abgesperrt. Eine gehunfähige ältere Wohnungsinhaberin musste dabei aus dem Gebäude getragen werden und wurde zur weiteren Versorgung an den Rettungsdienst übergeben. Gemeinsam mit dem angeforderten Statiker der MA 37 – Baupolizei und im Einvernehmen mit dem Permanenzingenieur wurde der gegenständliche Mauerpfeiler sowie das 1. Obergeschoß und der Keller begangen und aufgrund des festgestellten Schadensausmaßes die Einsturzgefahr des Zivilingenieurs bestätigt.

In der Folge wurden auch die gegenüberliegenden Gebäude Wurmsergasse 37 und 39 evakuiert und die Absperrung zur Vermeidung von weiteren Erschütterungen auf die gesamte Hütteldorferstraße ausgedehnt. Nach den Absicherungsmaßnahmen wurden mit insgesamt vier Löschgruppen zehn Dreigurtstützen neben dem gebrochenen Mauerpfeiler zum Abstützen der Hauptmauer errichtet. Hierbei mussten die in der Bankfiliale vorhandenen Decken- und Wandverkleidungen entfernt werden. Anschließend wurden die vorgehängten Fassadenelemente in der Wurmsergasse im Nahbereich des Pfeilers beseitigt und die Auflager der Unterzüge der angrenzenden Auslagenfenster freigelegt. In der Folge wurden beide Unterzüge mittels zweier Dreigurtstützen als Strebe gegen die Fahrbahn hin unterstellt, um einen möglichen Seitenschub aufzunehmen. Um in diesem Bereich Erschütterungen beim Einsetzen der Dreigurtstützen mittels Kranfahrzeug zu vermeiden, wurde das Teleskopfahrzeug „Landstraße" angefordert, welches durch die große Ausladung sehr weit entfernt von der Gebäudefassade in Stellung gebracht werden konnte. Nach den Pölzarbeiten wurde die Gebäudefassade Wurmsergasse vom Permanenzingenieur mittels Drehleiter untersucht und loser Verputz im Bereich der Risse abgeschlagen.

Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben (MA 4)

Im Berichtsjahr wurde als Reaktion auf entsprechende Gesetzesänderungen aus dem Bereich der Landes- und Gemeindeabgabenverwaltung eine Neuorganisation des Dezernates II der MA 4 durchgeführt, als deren wesentlichster Teil die Auflassung der bisherigen Revisionsstelle, also des Referats 2, die für die Steueraußenprüfung zuständig war, erfolgte. Der verbleibende Aufgabenbereich wurde auf die Referate 5 und 7 verteilt, wodurch erhebliche Synergieeffekte lukriert werden konnten.

Mit dem zweiten Abgabenänderungsgesetz 2002 wurde ab 1. Jänner 2003 die Abgabenprüfung für die Kommunalsteuer von den Kommunen auf Prüforgane der Bundesfinanz und der Sozialversicherungsträger übertragen. Für die Kommunikation zwischen den neuen Prüfungsbehörden und den Kommunen wurde das bereits bestehende System „Finanz Online" des Bundesministeriums für Finanzen unter Mitarbeit des Städte- und Gemeindebundes auf diesen Aufgabenbereich ausgedehnt und adaptiert. Für diesen Zweck wurde im Rahmen einer Organisationsänderung der MA 4 im Dezernat II, Referat 7 eine eigene Gruppe als **Clearingstelle** eingerichtet, die als Drehscheibe des Informationsflusses zwischen Bundesbehörden, Sozialversicherungsträgern und der Stadt Wien fungiert.

Durch die Auflösung des Referats 2 fällt in den Aufgabenbereich der Clearing-Gruppe auch die Prüfung von Dienstgeberabgabe, Ortstaxe, Gebrauchsabgabe und der Bestandszinse. In Bedarfsfällen werden auch Insolvenzprüfungen durchgeführt, sofern diese von den neuen Prüfbehörden nicht bewältigt werden können.

Im zweiten Kontraktjahr der MA 4 wurde im Rahmen der Optimierung des abteilungsinternen Controllingsystems mit dem Aufbau eines MA 4-internen Qualitätsmanagementsystems begonnen, und zwischenzeitig mit der Fertigstellung des MA 4-Qualitätsmanagementhandbuches eine erste bedeutsame Phase abgeschlossen. Weiters wurden im Rahmen der Finanzverwaltung die Vorbereitungsprozesse zur Schaffung der organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen zur magistratsweiten Umstellung des Kontraktsystems auf das Softwaresystem SAS unterstützt. Mit der Einführung des neuen **Zeiterfassungssystems CATS** („Cross Application Time Sheet") wurde der Grundstein für eine SAP-basierende Kosten- und Leistungsrechnung gelegt.

Entsprechend dem Leistungskontrakt für das Jahr 2003 konnte das Grobkonzept zum EDV-Projekt **„Neukonzeption der Strafenlösung"** abgeschlossen werden, womit eine abteilungsübergreifende Prozessgestaltung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Magistratsabteilungen 6, 36 und 67 sowie MAMBA (Schnittstellen zwischen den Magistratsabteilungen und den Magistratischen Bezirksämtern) realisiert werden soll.

Zur Gewährleistung eines transparenten und schnellen Vollzugs gesetzlicher Vorgaben wurde im Bereich der Abgabenstrafen ein automationsunterstützter Behelf zur Registrierung und Auswertung der eingebrachten Rechtsmittel entwickelt. Mittels dieses Instruments (auf Basis von Excel) kann die Einhaltung bestimmter Fristen von Erledigungen bei der Behandlung der Rechtsmitteln jederzeit überprüft und ausgewertet werden. Im Leistungskontrakt 2003 wurde diese Frist mit maximal zwei Monaten in mindestens 50 Prozent der Fälle festgelegt. Regelmäßige Evaluierungen im Laufe des Jahres wiesen einen konstant über dem Soll-Wert liegenden Erfolg aus.

Für die Durchführung des Produktivbetriebes eines **elektronischen Parkraumbewirtschaftungssystems** („m-parking") wurden die rechtlichen Bedingungen geschaffen. Die Aufnahme des flächendeckenden Produktionsbetriebes erfolgte in Wien mit 1. Oktober 2003. Durch Buchung eines elektronischen Parkscheins per SMS mittels Mobiltelefon steht nunmehr eine komfortable Alternative zum Papierparkschein-System – unabhängig von den Öffnungszeiten der Parkscheinverkaufsstellen – zur Verfügung. Weitere positive Nebeneffekte sind in der Straffung der Arbeitsabläufe bei allenfalls anschließend zu führenden Verwaltungsstrafverfahren sowie im Rückgang der jährlichen Parkscheinproduktion zugunsten des Umweltschutzes zu erwarten. Die innovative Lösung unterstreicht überdies die Vorreiterrolle der Stadt Wien als Wirtschafts- und Technologiestandort.

Im Rahmen der Erweiterung der E-Government-Anwendungen der Stadt Wien wurde mittels einer Internetapplikation die Möglichkeit geschaffen, Anträge auf Pauschalierung bzw. Befreiung von der Parkometerabgabe auch auf elektronischem Weg einzubringen und bei Pauschalierungen auch die Bezahlung elektronisch durchzuführen.

Im Zusammenhang mit der zwischen Bund und Ländern abzuschließenden Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG betreffend die vorübergehende Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden in Österreich, welche mit Mai 2004 in Kraft treten soll, waren in den Beratungen auf Beamtenebene die finanziellen Interessen des Landes Wien zu vertreten.

Durch die Schaffung der neuen **„Wienerwaldbuslinie"** (vorerst in einjährigem Probebetrieb) wurde die Anbindung des gesamten Stadtrandes des westlichen Wienerwaldes an das öffentliche Verkehrsnetz ermöglicht.

Ein neuer Verkehrsdienstevertrag wurde mit den ÖBB weitgehend finalisiert. Dieser beinhaltet neben dem Leistungsangebot der ÖBB auf Basis des Jahresfahrplans 2002 zusätzlich zu erbringende Dienste, wie z. B. die Verlängerung der Linie S7 zwischen Flughafen Wien und Wien Nord bis nunmehr Floridsdorf, den 20-Minuten-Takt auf der Linie S80 und Verdichtungen auf der Schnellbahnstammstrecke.

Unter der Federführung der MA 4 wurde im Einvernehmen mit den zuständigen Fachabteilungen zwei **Cross-Border-Leasing-Transaktionen** (Transaktion über Kanal- und Abwasseranlagen des 21. und 22. Bezirkes und über das Rechenzentrum der Stadt Wien) mit einem Nettoertrag für die Stadt Wien von rund 33 Mio. USD vorbereitet, strukturiert und abgeschlossen.

Weiters wurden begleitende Analysen und Beiträge zu Reform-, Transformationsprozessen und Umstrukturierungen der Stadtverwaltung erstellt und insbesonders die finanziellen Auswirkungen von Reformprozessen in verschiedenen unternehmerischen Bereichen der Stadt Wien geprüft.

Als weiterer Schwerpunkt des Finanzmanagements wurden Finanzierungsmodelle und -varianten für Großprojekte, wie z. B. die Finanzierung des Wirbelschichtofens zur Schlammverbrennung, geprüft und gegenübergestellt, um Finanzierungsentscheidungen zu erleichtern. Ebenso wurde ein Jahresbericht mit umfassender Darstellung der Entwicklung der Landes- und Gemeindeabgaben, der sonstigen Einnahmequellen sowie der Kostendeckungsgrade von Gebühren der Stadt Wien erstellt.

Im Jahr 2003 standen für die Aufschließung von Betriebsbaugebieten ca. 6 Mio. EUR zur Verfügung. Schwerpunkte des Bauprogramms waren die Fortsetzung der Aufschließungsarbeiten des Betriebsbaugebietes „Wiener Messe Neu", wobei in Teilbereichen bereits mit der Oberflächengestaltung begonnen werden konnte und der Beginn der Bauarbeiten im Betriebsbaugebiet „Schlachthof St. Marx".

Finanzwirtschaft und Haushaltswesen (MA 5)

Wichtige Veränderungen in der Gesetzgebung

- BGBl. II Nr. 117/2003 (ausgegeben am 4. Februar 2003): Verordnung des Bundesministers für soziale Sicherheit und Generationen betreffend die Feststellung der Länderbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.
- BGBl. II Nr. 218/2003 (ausgegeben am 15. April 2003): Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Dotierung des Sonderkontos „Siedlungswasserwirtschaft".
- BGBl. I Nr. 71/2003 (ausgegeben am 20. August 2003): Bundesgesetz, mit dem u. a. das Katastrophenfondsgesetz 1996 und das Finanzausgleichsgesetz 2001 geändert werden.
- BGBl. II Nr. 505/2003 (ausgegeben am 28. Oktober 2003): Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Aufbringung und Höhe der Mittel und der Voraussetzungen für die Gewährung von Zuschüssen im Zusammenhang mit BSE und TSE.
- LGBl. für Wien Nr. 10/2003 (ausgegeben am 21. Februar 2003): Bauordnung für Wien, Wiener Kleingartengesetz 1996 und Wiener Garagengesetz, Änderung.



Mit „m-parking" wurde ein neuer Maßstab in Bezug auf Bürger/innennähe und Kund/innenfreundlichkeit gesetzt: Seit Oktober besteht die Möglichkeit, elektronisch einen Parkschein zu buchen.

Zentralbudget

Der Voranschlag 2003 sah folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

	EUR	Zusatzrahmen mit Sperre EUR
Einnahmen	9.608.836.000	90.000.000
Ausgaben	9.621.398.000	90.000.000
Abgang	-12.562.000	–

Die Einnahmen stiegen gegenüber dem Vorjahr um rund 3,7 Prozent, die Ausgaben um rund 3,9 Prozent. Das administrative Gesamtergebnis ergibt einen Abgang von rund 12,6 Mio. EUR. Das gemäß Stabilitätspakt angestrebte Maastricht-Ergebnis wird dabei mit einem Wert von rund 325 Mio. EUR weitestgehend erreicht.

In der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 24. Juni 2003 wurde der **Rechnungsabschluss für das Jahr 2002** mit einem ausgeglichenen administrativen Haushaltsergebnis genehmigt. Die Einnahmen und Ausgaben weisen eine Summe von jeweils rund 9.492 Mio. EUR aus. Dabei wurde ein Maastricht-relevanter Überschuss in der Höhe von rund 339 Mio. EUR erreicht.

Der **Voranschlag 2004** rechnet mit Einnahmen von rund 9.288 Mio. EUR und Ausgaben von rund 9.306 Mio. EUR. Administrativ ergibt sich somit ein Abgang von rund 18 Mio. EUR. Maastricht-relevant wird dabei ein Überschuss von rund 191 Mio. EUR erreicht. In Anbetracht der anhaltenden ungünstigen wirtschaftlichen Situation und der Verpflichtung Wiens, gemäß dem innerösterreichischen Stabilitätspakt für die Jahre 2001 bis 2004 einen bestimmten Maastricht-relevanten Überschuss zu erreichen, wurde abermals ein „außerordentliches Budget" mit 100 Mio. EUR vorgelegt, das je nach Einnahmenrealisierung partiell bzw. vollständig freigegeben werden kann.

Bezirksbudgets

Für jene Angelegenheiten, die im § 103 der Wiener Stadtverfassung angeführt und deren Verwaltung von Haushaltsmitteln den Bezirksorganen übertragen sind, wurden im Rahmen der Bezirksmittelverordnung des Wiener Gemeinderats im Verwaltungsjahr 2003 rund 148,5 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

Die **Bezirksrechnungsabschlüsse 2002** wurden Anfang Februar des Berichtsjahres erstellt. Diese zeigten, dass Ausgaben für Vorhaben von rund 202,4 Mio. EUR getätigt wurden. Mit Stichtag 31. Dezember 2002 erreichte die Bezirksrücklage für alle Bezirke einen Stand von rund 31,3 Mio. EUR – resultierend aus nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 2002 sowie der Vorjahre, Prämien für die Bezirksrücklage und anrechenbaren Zuwendungen. Allerdings mussten neun Bezirke zum Bezirksrechnungsabschluss 2002 einen Vorgriff von insgesamt rund 6,8 Mio. EUR tätigen.

Im Juni 2003 fanden in den Bezirken die Budgetbesprechungen des Verhandlungsausschusses des Bezirkes mit den Dienststellen des Magistrats hinsichtlich der Bezirksbudgets für das Verwaltungsjahr 2004 statt. Im Jahre 2004 sind es rund 149,7 Mio. EUR, die den Bezirken im Rahmen der Bezirksmittelverordnung des Wiener Gemeinderates für die finanzielle Bedeckung der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen.

Zentrales Finanzcontrolling

Das zentrale Finanzcontrolling erfüllte im laufenden Jahr wichtige Korrektivfunktionen und bot dadurch die Möglichkeit zu rechtzeitigen Gegensteuerungsmaßnahmen. Darüber hinaus wurde die Genauigkeit der von den Dienststellen abgegebenen Prognosen in Abhängigkeit ihrer letztendlichen Übereinstimmung mit dem tatsächlichen Haushaltsergebnis durch die grundsätzlich mögliche Bildung von Rücklagen (nicht verausgabter Mittel) honoriert. Dies leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, dass der Hang zur vollen Mittelausschöpfung am Ende des Jahres nachhaltig vermindert wird.

Geld- und Kreditwesen, Fremdmittelaufnahmen

Im Rahmen der Fremdmittelaufnahmen für das Jahr 2003 wurden auf Grund der beschlussmäßigen Ermächtigungen des Gemeinderats seitens der Stadt Wien folgende Finanztransaktionen durchgeführt: 100 Millionen USD-Swap 2003 bis 2006 (ÖBFA-Darlehen) und 200 Millionen USD-Swap 2003 bis 2007 (ÖBFA-Darlehen) Diese Transaktionen erbrachten einen Erlös von rund 286,2 Mio. EUR.

Bürgschaften

Im Jahr 2003 wurden auf Grund entsprechender organmäßiger Genehmigungen Bürgschaften im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989, II. Hauptstück, in 158 Fällen für einen Gesamtbetrag von 29.750.934,39 EUR übernommen. Im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes 1984 sind nunmehr für alle Nachtragsdarlehen Haftungen übernommen worden. Somit sind in diesem Bereich keine Zugänge mehr zu verzeichnen.

Aktion zur Refundierung der Grunderwerbsteuer

Mit 1. Jänner 2003 wurden alle Agenden, welche die Grunderwerbsteuerrefundierung betreffen, der MA 50 übertragen. Für die Endabwicklung aller bis Ende 2002 bereits eingereichten Projekte ist jedoch weiterhin die MA 5 zuständig. Insgesamt kamen im Rechnungsjahr 2003 im Rahmen der Aktion 2.046.089,24 EUR zur Auszahlung.

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

- **Bundesförderung gemäß Wasserbauten- bzw. Umweltförderungsgesetz**: Gemäß Wasserbautenförderungsgesetz konnten auf Grund bestehender Darlehensverträge mit dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds Darlehensschlusszuzählungen für Investitionen der Magistratsabteilungen 30 und 31 in Höhe von rund 56.000 EUR lukriert und somit als abgeschlossen angesehen werden. Gemäß Umweltförderungsgesetz 1993 wurden 2003 29 Förderverträge für Investitionen mit einer Barwertförderung im Ausmaß von rund 2,610 Mio. EUR angenommen. An Bauzinsen- bzw. Annuitätenzuschüssen konnten nach dem neuen Fördersystem rund 6,902 Mio. EUR vereinnahmt werden.
- **Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft**: Im Rahmen der 1993/1994 ins Leben gerufenen Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft konnten im Jahr 2003 29 Darlehen in Höhe von über 14,29 Mio. EUR zugesagt werden. Auf Grund dieser bzw. bereits in den Vorjahren getätigten Darlehenszusagen wurden 2003 rund 17,499 Mio. EUR und somit insgesamt bereits mehr als 278 Mio. EUR an Darlehensbeträgen ausbezahlt.

Katastrophenfonds

Das Land Wien gewährte im Jahr 2003 auf Grund

der entsprechenden organmäßigen Genehmigung für Maßnahmen im Zusammenhang mit der TSE- und BSE-Vorsorge Entschädigungszahlungen zur Existenzsicherung an die Fleisch verarbeitende Industrie einen Nettobetrag von rund 704.000 EUR.

Zur Abdeckung der durch das Hochwasser im Sommer 2002 in Wien eingetretenen Schäden gewährt das Land Wien auf Grund der entsprechenden organmäßigen Genehmigung einen finanziellen Beitrag in Höhe von 50 Prozent der erlittenen Schäden. Im Jahr 2003 wurde gemäß § 3 Ziffer 3 Katastrophenfondsgesetz 1996 idgF. ein finanzieller Beitrag in Höhe von rund 61.000 EUR ausbezahlt.

Krankenanstaltenfinanzierung

Vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurden 2003 Kostenersätze für Leistungen der Organgewinnung von insgesamt 43.603,80 EUR angewiesen.

Betriebsabgangsdeckung privater Krankenanstalten

Den Ordensspitälern wurde im Jahr 2003, basierend auf einer im Jahr 2001 abgeschlossenen Vereinbarung, ein Betrag von insgesamt 22.503.850 EUR überwiesen.

Betriebsabgangsdeckung öffentlicher Krankenanstalten

Der Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (WIKRAF) stellt mittels Bescheid gemäß Wiener Krankenanstaltengesetz (Wr. KAG) jährlich den Rechnungsabschluss des Hanusch-Krankenhauses fest. Seitens der MA 5 werden auf Grund der entsprechenden Mitteilung des WIKRAF gemäß § 56 (2) Wr. KAG dem Rechtsträger des Hanusch-Krankenhauses, das ist die Wiener Gebietskrankenkasse, 50 Prozent des festgestellten Betriebsabganges überwiesen. Im Jahr 2003 war dies ein Betrag in Höhe von 21.754.038 EUR.

Internationale Organisationen

Im Jahr 2003 wurde für die Beteiligung an den Unterbringungskosten internationaler Organisationen ein Betrag in der Höhe von 1.002.725,97 EUR angewiesen. Des Weiteren wurden mit der Republik Österreich eine Zusatzvereinbarung betreffend eine Erweiterung der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und eine Zusatzvereinbarung für die Unterbringung von Vertretungsbehörden aus Entwicklungsländern in Wien abgeschlossen.

Fonds

Zur Finanzierung der weiteren Geschäftstätigkeit sowie zur Sicherstellung der Ausfinanzierung der vom Fonds geplanten Maßnahmen wurden dem Wiener Arbeitnehmer/innen-Förderungsfonds Barmittel in Höhe von 9.084.104,27 EUR im Wege von Nachdotationen zugeführt. Darüber hinaus beteiligte sich das Land Wien gemäß Beschluss der Wiener Landesregierung gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice an der Finanzierung des **„Aktionsprogramms – Territorialer Beschäftigungspakt Wien 2003“**, wobei seitens Wiens ein Beitrag in Höhe von 14.534.566,83 EUR geleistet wurde. Weiters hat das Land Wien mit Beschluss der Wiener Landesregierung die Zuführung von Barmitteln in Höhe von 5.500.000 EUR an den Wiener Arbeitnehmer/innen-Förderungsfonds in Wege einer Sonderdotation zur Finanzierung von Lehrgangsplätzen für Jugendliche, zusätzlichen Stiftungsplätzen einschließlich spezieller Wiedereinsteiger/innenprogramme und für ein neues Pilotprojekt **„Regionales Vermittlungsservice einschließlich Jugendliche“** beschlossen.

Subventionen und Beiträge

Aus Subventionsmitteln der MA 5 werden private Organisationen und Einrichtungen für soziale Projekte und Aufgabenstellungen (insbesondere Nachbarschaftshilfe, allgemeine Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Seniorenhilfe etc.) gefördert. Dazu ist noch die Unterstützung der Projekte der verschiedenen Organisationen im Rahmen der „ARGE Wohnplätze für Behinderte“ im Jahr 2003 (neben der Schaffung von Beschäftigungstherapieplätzen) zu erwähnen.

Weiters werden wirtschafts- und berufsfördernde sowie wirtschafts- und sozialwissenschaftlich tätige Institutionen unterstützt. In Zusammenwirken mit dem AMS Wien wurden auch 2003 Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose gefördert. Die Wiener Landwirtschaftskammer wurde weiter mit Zuschüssen für den Kammerbetrieb unterstützt.

In den Sitzungen der verfassungsmäßig zuständigen Organe wurden (den Voranschlag 2003 betreffend) Subventionen und Beiträge in der Gesamthöhe von rund 15,48 Mio. EUR bewilligt. Auf Grund von Dauerbeschlüssen bzw. Beschlüssen des Gemeinderats wurden für Mitgliedsbeiträge und für sonstige laufende Förderungsbeiträge an Institutionen im In- und Ausland insgesamt rund 26,35 Mio. EUR ausgegeben.

Beteiligungen

Der Magistrat wurde 2003 beschlussmäßig ermächtigt, bereits bestehende unmittelbare sowie mittelbare Beteiligungen der Stadt Wien an Unternehmen in der Rechtsform juristischer Person des privaten Rechts an bzw. in die Wiener Holding GmbH bzw. die Wiener Stadtwerke Holding AG zu übertragen. Auf Grund dieser Ermächtigung wurden 2003 die Kabel-TV-Wien GmbH, die TINA Vienna-Transport Strategies GmbH, die Wiener Hafen GmbH und die Wiener Stadtentwicklungs-Holding GmbH in die Wiener Holding GmbH eingebracht. Des Weiteren wurde die Wiener Messe Besitz GmbH in die Wiener Stadtentwicklungs-Holding GmbH eingebracht.

MMLiegenschaftsbesitz GmbH (MML)

Seitens der Stadt Wien wurde auf Grund entsprechender organmäßiger Genehmigungen der MML (an der die Stadt Wien indirekt mit 20 Prozent beteiligt ist) ein Darlehen für die Errichtung einer neuen Unternehmenszentrale von max.mobil-Österreich (nunmehr T-mobile) in der Höhe von insgesamt 128 Mio. EUR gewährt. Im Jahr 2003 wurde davon ein Betrag von 63 Mio. EUR zugezählt.

Wirtschaftsförderung

In Fortführung der bereits länger bestehenden Förderungsaktionen wurden z. B. 389 Kreditanträge für die **Gemeinsame Kreditaktion** verzeichnet, wovon 370 Anträge positiv erledigt werden konnten. Mit Gemeinderatsbeschluss vom 30. Jänner 2003 wurde wie in den Vorjahren ein finanzieller Beitrag der Stadt Wien von 1.091.000 EUR genehmigt. Im Rahmen der **Aktion zur Niederlassung von praktischen Ärzten in Wien** kam es zu 11 Kreditneuvergaben mit einem Gesamtkreditvolumen von 239.818,50 EUR. Im Rahmen der **U-Bahn-Hilfsaktion** wurde im Jahr 2003 drei Betrieben eine Unterstützung von 730 EUR gewährt.

Im Rahmen der Wiener Strukturverbesserungsaktion wurden im Jahr 2003 27 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 6.780.767,63 EUR gewährt. In der **Aktion zur Nahversorgungsförderung** konnten 157 Fälle mit einem Volumen von 875.997,84 EUR positiv erledigt werden. Im Rahmen der **Wiener Unternehmensgründungsaktion** wurden im Jahr 2003 66 Anträge positiv erledigt, welche ein Fördervolumen von 593.248,50 EUR auslösten. Im Jahr 2003 konnte im Rahmen des ÖkoBusiness-Plans Wien ein Förderungsantrag in der Höhe von 26.205,27 EUR anerkannt werden. Im Rahmen der Gewerbehofinitiative zur Abgeltung von Betreiberleistungen wurden 2003 drei Förderungen für Gewerbehöfe mit einem Volumen von 210.084,54 EUR positiv genehmigt.

In der **Förderkooperation Jungunternehmer/innen** mit der BÜRGES-Förderbank konnten im Jahr 2003 96 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 149.890,96 EUR vergeben werden. Im Rahmen eines weiteren Kooperationsprogramms mit der BÜRGES-Förderbank namens **Innovationsprogramm – Unternehmensdynamik** wurden vier Fälle mit einem Gesamtbetrag von 66.734 EUR genehmigt.

Im Jahr 2003 konnte in den Förderungsaktionen ZAK 2/20 und URBAN 3/11 für kleine und mittlere Unternehmen im Ziel 2-Gebiet (Teile des 2. und 20. Bezirkes) und im 3. und 11. Bezirk Zuschüsse mit einem Förderungsvolumen von 19.802,22 EUR gewährt werden.

Im Rahmen der Aktion „Trans Koop Wien – Aktion zur Förderung von Wissenschaftstransfer und Kooperationen" wurden im Jahr 2003 neun Anträge mit einem Fördervolumen von 699.295 EUR positiv erledigt.

Für Projekte in der **Wiener Innovations- und Technologieförderungsaktion** wurden im Jahr 2003 in 28 Fällen Zuschüsse in Höhe von 5.187.676,34 EUR gewährt. Im Rahmen des strategischen Konzeptes für eine neue Innovations- und Technologieförderung **wiennovation** wurden im Jahr 2003 die Ausschreibungen dreier neuer „calls" („creative industries – Multimedia Vienna 2003", „Co Operate Vienna 2003" und „Rationelle Energienutzung Vienna 2003") gestartet und in 32 Fällen Zuschüsse von insgesamt 4.688.579,26 EUR vergeben. Im Förderungsprogramm für Technologiekooperationen wurden im Jahre 2003 zwei Fälle mit 132.500 EUR und in der Initiative „Start-Up-Förderung" 12 Fälle mit 209.512,20 EUR gefördert. Die ARGE **„LIFE SCIENCES AUSTRIA – Vienna Region"** (LISA) wurde seitens der Stadt Wien 2003 mit einem Betrag von 200.000 EUR unterstützt.

Spezielle bedarfsorientierte Förderungsmaßnahmen

Im Jahr 2003 wurden wieder 1.090.092,51 EUR für die **Wiener Geschäftsstraßenförderungsaktion** und 545.046,26 EUR für den Sonderprojektrahmen für Geschäftsstraßenaktivitäten zur Verfügung gestellt.

Durch Beschlüsse des Wiener Gemeinderates wurde die Beteiligung Wiens am **Knet-Programm** durch Förderung des Kompetenzzentrums „Kompetenznetzwerk Licht" und des Kompetenzzentrums „Fahrzeugantriebskonzepte der Zukunft" in einer Bandbreite von 1,29 Prozent bis 2,8 Prozent der Gesamtkosten sowie an der „Strategischen Allianz" mit den Austrian Research Centers mit einem Betrag von 4 Mio. EUR für die Jahre 2003 bis 2006 genehmigt.

Infrastrukturmaßnahmen

Auf Grund des zwischen der Stadt Wien, den ÖBB und der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-gesmbH. abgeschlossenen „Übereinkommens betreffend den Ausbau der S7" wurden seitens der Stadt Wien im Jahr 2003 14.288.793,61 EUR aufgewendet.

Des Weiteren wurde mit denselben Beteiligten ein „Übereinkommen betreffend den Umbau des Bahnhofes Jedlersdorf und die Einrichtung des Zentralwerkes Floridsdorf in Wien" abgeschlossen und seitens der Stadt Wien im Jahr 2003 dafür 1.307.919,33 EUR aufgebracht.

Maßnahme zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Durch diese gemeinsame Maßnahme der Europäischen Gemeinschaft, des Bundes und des jeweiligen Bundeslandes wurden über Beschluss der Wiener Landesregierung zwei Betriebe mit Fördermitteln von insgesamt 191.800 EUR unterstützt.

Zinsenfreie Darlehen (zur Wirtschaftsförderung bzw. für soziale Zwecke)

Der Wiener Gemeinderat genehmigte die Gewährung folgender zinsenfreien Darlehen:

- 1,929.110 EUR an das „Kuratorium Fortuna" zur Errichtung einer Senioren-Wohnanlage in 12., Khleslplatz 6,
- 700.000 EUR an den Verein „Karl Schubert Schule" zum Um- und Ausbau im Schulgebäude in 23., Kanitzgase 3,
- 300.000 EUR an das „Kuratorium Wiener Jugendwohnhäuser" zum Umbau des Jugendwohnhauses Ober St. Veit in 13., Hietzinger Kai 143.

Zinsenfreie Kanaldarlehen

Im Rahmen dieser Aktion konnten im Rechnungsjahr 2003 11 Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 58.948,64 EUR zugezählt werden.

Ersatzvornahmen

Zur finanziellen Abwicklung von Ersatzvornahmen wurden im Rechnungsjahr 2003 insgesamt 161.586,84 EUR zur Begleichung von Rechnungen an diverse Firmen ausbezahlt und der Rückersatz den Verpflichteten vorgeschrieben. 175.558,98 EUR konnten einnahmenseitig als Rückzahlungen verzeichnet werden.

Rechnungsamt (MA 6)

Die 6er Zieldiskussion

Erstmalig hatten alle Mitarbeiter/innen der 6er die Möglichkeit, an einer Zieldiskussion für 2003 teilzunehmen. Unter Verwendung des elektronischen Befragungswerkzeuges „ZOOMERANG", eines webbasierten EDV-Werkzeuges zur Erstellung von Fragebögen und deren Beantwortung, wurden die strategischen und operativen Ziele des Rechnungsamts der Stadt Wien hinsichtlich ihrer Bedeutung und Vordringlichkeit bewertet. Zusätzlich zu den von der Leitung vorgegebenen Zielen bestand die Möglichkeit, auch zusätzliche Ziele aus der Sicht der Mitarbeiter/innen einzubringen. Besonders erfreulich war – neben der hohen Beteiligungsquote an der Diskussion – die Einbringung von zusätzlichen 53 Zielen und die hohen Zustimmungsquoten.

Die Auswertung der anonymen elektronischen Zieldiskussion ergab als höchst bewertete Ziele mit Zustimmungsquoten über 90 Prozent (auszugsweise):

Strategische Ziele:

- Aufbau des SAP-Laborsystems, SAP-Schulungen
- Papierlose Exekution im Rahmen der Einbringung von Forderungen der Stadt Wien
- Ausbau des Intranet-Berichtswesens.

Operative Ziele:

- Bürger- und Kundenbetreuung
- Termintreue
- Prozessoptimierung.

Personalziele:

- Gerechte Belastungsverteilung
- Positives Denken und Handeln
- Termintreue.

Umfangreiche Vorbereitungen für die SAP-Einführung

Nach der **Einrichtung der Dienststelle „SAPport"** und der Auswahl der Mitarbeiter/innen wurde das so genannte „Laborsystem" eingerichtet. Dieses Laborsystem läuft unter der neuesten SAP-Version 4.7, genannt „Enterprise". Gemeinsam mit den Berater/innen der Firma SAP erfolgte das „Customizing". Von Expertenteams unter Mitwirkung von Vertreter/innen der MD-OC, MA 14 – CCSAP und MA 6 wurden die im Customizing vorgenommenen Ersteinstellungen des Systems in insgesamt 22 Workshops überprüft, an Hand der abzubildenden Geschäftsprozesse getestet und, so weit erforderlich, angepasst. Im nächsten Schritt wurden die Ansätze für alle Dienststellen der Geschäftsgruppe „Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke" eingerichtet und der Probebetrieb aufgenommen. Für den termingetreuen und erfolgreichen Start der ersten Phase des SAP-Roll-outs mit 1. Jänner 2004 waren umfangreiche Schulungsmaßnahmen sowohl der Mitarbeiter/innen der Dienststelle SAPport, als auch der künftigen SAP-Anwender erforderlich. In die Ausbildung einbezogen waren rund 30 Key-User aus den von der ersten Einführungsphase betroffenen Dienststellen (Magistratsabteilungen 4, 5, 6, 27, 43, 66, MA-K und den dazugehörigen Buchhaltungen 2, 3, 9, 30 und 31) aber auch rund 1.500 Anwender/innen für den Einsatz der Produktzeiterfassung mit SAP-CATS.

Fortsetzung der Stadtkassen-Reform

Die im Jahr 2002 begonnene Bündelung der Kontoführung und der qualifizierten Einbringung in Buchhaltungen wurde mit der Standortphilosophie der 6er – Buchhaltungen sollen möglichst nah bei den Kund/innen und Auftraggebern, Stadtkassen in unmittelbarer Nähe der Bürger/innen angesiedelt sein – fortgesetzt. Mit der Übernahme einer Kassenstelle im MBA 4/5 durch die 6er und der Einrichtung einer neuen Kassenstelle im Fundservice, 18., Bastiengasse 36-38, stehen den Bürger/innen der Stadt Wien nunmehr 20 **regionale Kassenstellen**, verteilt über das gesamte Stadtgebiet, für sämtliche an die Stadt Wien zu leistende Zahlungen zur Verfügung. Zahlungen, z. B. für Parkpickerl, Pässe, Personalausweise, Hundeabgabe, Spitalsgebühren, Beiträge für den Besuch städtischer Kindertagesheime, können gebührenfrei in Form von Bargeld, mit Bankomatzahlung oder Kreditkartenzahlung bequem in Wohn- oder Arbeitsplatznähe entrichtet werden. Zusätzlich bieten die Kassenstellen der 6er Beratung in allen Zahlungsfragen einschließlich Zahlungserleichterungen (z. B. Ratenzahlung) und Auskünfte über Zahlungsrückstände an.

Eine neue Datenbank für den Erhebungs- und Vollstreckungsdienst

Der Erhebungs- und Vollstreckungsdienst der 6er, der als Cost-Center geführt wird, kann durch den Einsatz der neuen EuVD-Datenbank noch wirtschaftlicher agieren. Durch EDV-unterstützten Informationsaustausch zwischen Verrechnungsstellen und Auftraggebern sowie dem Erhebungs- und Vollstreckungsdienst und der tagfrischen Aktualisierung aller für die Einbringung und Exekution relevanten Daten können nunmehr Arbeitsabläufe gestrafft, Informationsflüsse an beteiligte Magistratsdienststellen, Auftraggeber oder Gerichte automatisiert und papierlos abgewickelt werden.

Kontraktmanagement

Der Leistungskontrakt 2004, abzuschließen mit dem amtsführenden Stadtrat Dr. Sepp Rieder und Magistratsdirektor Dr. Ernst Theimer, wurde fertig gestellt. Die Vereinbarung spiegelt die Interessen und Ziele der 6er als Auftragnehmerin und die der beiden Auftraggeber wider. Der Kontrakt wird zur Gänze elektronisch abgebildet.

Gesamtziel:
- Die MA 6 als effektiver und effizienter Dienstleister mit sozialer Verantwortung.

Leistungs- und Ergebnisziele:
- Erhaltung und Ausbau moderner Projekt- und Qualitätsstandards
- Weitere Beschleunigung der Verfahrensdauer.

Kundenziele:
- Erledigungsstandards bei Anfragen, Ersuchen und Beschwerden
- Zufriedenheit an den wichtigsten Kundenschnittstellen
- Kontinuierliche Beobachtung der Akzeptanz neuer Serviceleistungen
- Gezielteres Ansprechen von Kundenbedürfnissen.

Finanz- und Wirtschaftlichkeitsziele:
- Weiterführung der Budgetkonsolidierung
- Stabilisierung im Bereich Personalkosten
- Sicherstellung von optimalen Kosten- und Organisationsstrukturen zur Verbesserung von Kostendeckungsgraden.

Managementziele:
- Sicherstellung ausreichender Mitarbeiter/innen-Qualifikationen auch für künftige Aufgaben
- Fortsetzung der Verwaltungsreform
- Weiterer qualitätsvoller Ausbau des E-Government-Leistungsangebotes.

Bilanz des Wiener Krankenanstaltenverbunds

Eine besondere Herausforderung lag im Jahr 2003 in der Erstellung der Eröffnungsbilanz für die Unternehmung „Wiener Krankenanstaltenverbund" (KAV). Der KAV, auf Grund des abgeschlossenen Dienstleistungskontraktes einer der größten Auftraggeber der 6er, der rund 200 Arbeitsplätze in unseren Spitalsbuchhaltungen sichert, hatte erstmals für das Geschäftsjahr 2002 eine Bilanz nach HGB zu erstellen. In intensiver Zusammenarbeit mit den einzelnen Dienststellen des KAV und den Wirtschaftsprüfern der Firmen KPMG und BDO-Auxilia wurden fristgerecht alle Vorarbeiten erledigt und die mit dem Prüfsiegel versehene Bilanz den politischen Organen zur Beschlussfassung vorgelegt.

Speyerer Qualitätstag

Der 6. Speyerer Qualitätswettbewerb 2002 wurde am 12. März 2003 mit einer Veranstaltung des Bundesministeriums für öffentliche Leistung und Sport im Technischen Museum in Wien abgeschlossen. Die 6er, als einer der vier am Wettbewerb teilnehmenden Magistratsdienststellen, wurde von Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel mit der Überreichung einer Urkunde geehrt und hatte an einem Informationsstand die Gelegenheit, ihre Leistungen auf den Gebieten Verwaltungsmodernisierung und Qualitätsmanagement zu präsentieren.

Nationale und Internationale Kontakte

Der Erfahrungsaustausch über Entwicklungen und Strömungen im Rechnungswesen ist ein wertvoller Bestandteil der Stärkung der Eigenkompetenz. Auch im Jahr 2003 fanden Begegnungen über die Grenzen der Stadt Wien hinaus statt. Über Einladung der Stadt Wien war die Konferenz der Buchhaltungsvorstände der Bundesländer zur „Erarbeitung eines ländereinheitlichen Kataloges für Leistungen des Buchhaltungsdienstes" in Wien zu Gast. Im Oktober fand über Einladung des Bundeslandes Kärnten die Expertenkonferenz in Klagenfurt zur Erörterung aktueller Themen des Rechnungswesens statt. Auf internationaler Ebene durften wir Gäste aus China und Indien in der 6er begrüßen.

Unser größtes Kapital sind unsere Mitarbeiter/innen

Die 6er hat auch im Jahr 2003 ihren Weg fortgesetzt, ihre Mitarbeiter/innen in Zielfindungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden und – entsprechend dem Managementziel „Sicherstellung ausreichender Mitarbeiter/innen-Qualifikationen auch für künftige Aufgaben" – aus- und fortzubilden. Neben der standardisierten Aus- und Fortbildung wurden 2003 drei **Workshops für Führungskräfte** abgehalten: Im März unter dem Arbeitstitel „Der Mensch als Mittelpunkt der öffentlichen Verwaltung" in Straß im Straßertale, im Mai „Qualitätsverständnis im Rechnungsamt" am Attersee und im November „Innovation, Veränderungen, Partnerschaft – auch im Rechnungsamt?" in Waidhofen an der Thaya. Zusätzlich wurde im April ein SAP-Workshop in Waidhofen an der Thaya durchgeführt.

Unsere Ziele für 2004

Aus den vielen, ehrgeizigen, aus unserer Zieldis-

kussion entstandenen Zielen haben wir folgende mit obersten Prioritäten versehen:

- Fortsetzung des SAP-Roll-out
- Start von vier speziellen SAP-Teilprojekten:
  - o Zahlungsverkehr
  - o Debitorenbuchhaltung
  - o Beschaffung
  - o Business Warehouse
- Fortsetzung der Stadtkassenreform.

EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung (MA 27)

Abteilungsvergrößerung

Mit 1. Jänner 2003 wurden die beiden Abteilungen MA 26 – Wirtschafts- und Technologieentwicklung und MA 27 – EU-Förderungen zusammengelegt und zusätzlich eine Stabstelle Daseinsvorsorge eingeräumt. Der Abteilungsleiter der bisherigen MA 27, OSR Dipl.-Ing. Peter Brodesser, wurde mit der Führung der neuen MA 27 – EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung betraut.

EU-Förderungen

Ziel 2-Wien

Das am 13. Juli 2001 von der Europäischen Komission (EK) genehmigte Ziel-2-Programm, das einen Aufschwung von Teilen des 2. und 20. Bezirkes bewirken soll, wurde durch die Verwaltungsbehörde MA 27 weitergeführt.

In zwei Beiratssitzungen wurden insgesamt sechs neue Projekte und drei Projekterweiterungen mit einem Finanzvolumen von 4.405.718 EUR, davon zu gleichen Teilen je 2.202.859 EUR EFRE-Mittel und nationale Kofinanzierung, beschlossen. Die Projekte betrafen die Maßnahmen „M 1.1 Stadtplanung und Sanierung städtischer Bereiche", „M1.2 Materielle Infrastruktur", „M 2.3 Förderung von Unternehmensansiedlungen" und „M 3.1 Aktive Arbeitsmarktpolitik zur Förderung der Beschäftigten".

URBAN II Wien-Erdberg

Das am 16. November 2001 von der EK genehmigte Programm von Gemeinschaftsinitiativen URBAN II Wien-Erdberg wurde auch von der Verwaltungsbehörde MA 27 weitergeführt. Es wurden dem Beirat am 24. Juni 2003 fünf Projekte mit einer Gesamtsumme von 4.773.387 EUR, die mit 1.430.011 EUR EFRE-Mittel gefördert und mit 3.343.376 EUR national kofinanziert sind, zur Begutachtung vorgelegt und von diesem genehmigt. Die Projekte sind den Maßnahmen „1.2 Einrichtung eines Stadtteilmanagements" und „2.2 Umgestaltung und Adaptierung des öffentlichen Raumes, Hebung der Umwelt-, Wohn- und Lebensqualität und Erhaltung des kulturellen Erbes" zuzuordnen.

INKUBA

Unter dem Titel „INKUBA – Innovatives Kommunikationsnetz für Unternehmen, Business und Ausbildung" wurde ein umfassendes Innovationsprojekt im Schwerpunktfeld Biotechnologie eingereicht und von der Kommission genehmigt. Dabei ist der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) der Endbegünstigte und die MA 27 die Verwaltungsbehörde. Bisher war das Programm auf eine Laufzeit von zwei Jahren bis 2003 begrenzt. Auf Grund von Verzögerungen bei der Umsetzung seitens des WWFF konnte bei der EK eine Verlängerung der Laufzeit bis 2004 erreicht werden.

INTERREG III A (Bilaterale Zusammenarbeit)

„INTERREG III A" ist ein Förderprogramm, das die bilaterale Zusammenarbeit in den Grenzregionen zu den Beitrittsstaaten, für Wien sind das Tschechien, Slowakei und Ungarn, unterstützen soll. Die Verwaltungsbehörde ist in allen drei Programmen das Österreichische Bundeskanzleramt. Neben Wien sind auch noch die Bundesländer Burgenland, Niederösterreich und Oberösterreich beteiligt, von Seiten der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) jeweils die grenznahen Provinzen/Kommitate um Györ, Brno und Bratislava. In INTERREG III A haben mit allen beteiligten Staaten, nämlich Slowakei, Tschechien und Ungarn Lenkungsausschüsse stattgefunden, die bereits über 69 Projekte genehmigten. Das wichtigste ist zweifellos „BAER – Building a European Region".

BAER, Europaregion CENTROPE

Spätestens seit der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen der EU mit den MOEL-Staaten ist evident geworden, dass das Vierländereck Österreich – Tschechien – Slowakei – Ungarn eine zentrale Region für die Entwicklung im südwestlichen Mitteleuropa sowie eine Modellregion für das Funktionieren und die Bedeutung der EU-Erweiterung sein kann. Die in den vergangenen zehn Jahren ausgearbeiteten Analysen, eingeleiteten politischen-administrativen Kooperationen und umgesetzten wirtschaftlichen Kooperationen attestieren dieser multilateralen Region sehr gute Innovationspotenziale und ausgezeichnete Voraussetzungen für hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit.

„BAER – Building a European Region" soll helfen, die notwendigen Vorbereitungen zur Realisierung der Europaregion CENTROPE zu identifizieren und zu treffen. Ziel des Projektes BAER ist die Konzeption und schrittweise Implementierung eines politischen und institutionellen Rahmens für eine Europaregion aus Teilen Österreichs, Ungarns sowie der Slowakei und Tschechiens. Dieser Rahmen soll geeignet sein, in Form einer Dachstruktur unter Einbindung einer großen Vielfalt von Akteur/innen und Organisationen, ein multilateral akkordiertes, nützliches und sozial verpflichtetes Wachstums- und Integrationsziel in der Region zu verfolgen.

Der Arbeitsprozess zum Aufbau einer Europaregion muss wesentliche Sachthemen einbeziehen. Aus der Sicht der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie der Ver-

treter/innen der Slowakei, Tschechiens und Ungarns sind schwerpunktmäßig folgende Themen zu bearbeiten:

- Struktur, Koordination, Kommunikation,
- Öffentlichkeitsarbeit, Public Awareness, Marketing,
- Sektorale Themenbereiche wie z. B. Regional- und Standortentwicklung, Standortmanagement und -marketing, gemeinsame Infrastrukturplanung und -realisierung, Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungspolitik, Netzwerke in den Bereichen Kultur, Freizeit, Tourismus und Lebensqualität.

Der erste Schritt zur Realisierung wurde am 22. September 2003 in Kittsee gesetzt, wo alle verantwortlichen Politiker ein Kooperationsabkommen unterzeichnet haben.



Foto: Margit Fröhlich, Amt der Burgenländischen Landesregierung

Mit der Unterzeichnung der politschen Willlenserklärung in Kittsee sollen die erfolgreichen Kooperationsaktivitäten weitergeführt und vertieft werden.

Small-Project-Fund (SPF)

Der SPF ist ein Unterprogramm von INTERREG III A, bei dem Kleinprojekte bis zu 15.000 EUR EU-gefördert werden. Ziel dieser Projekte ist, durch die Intensivierung von zwischenmenschlichen Kontakten über die Grenzen hinweg, Ängste und Vorurteile ab- und das Verbindende nachhaltig aufzubauen. Insgesamt wurden mit Ende 2003 schon drei Calls abgeschlossen, bei denen insgesamt 44 Projekte genehmigt wurden.

INTERREG III B CADSES (Transnationale Zusammenarbeit im Central Adriatic Danubian and South-Eastern European Space)

Das Programm „INTERREG III B CADSES" umfasst neben den vier Mitgliedsstaaten Deutschland, Italien, Griechenland und Österreich noch weitere 14 mittel- und südosteuropäische Staaten. Der Kooperationsraum reicht von Polen bis Griechenland, von Deutschland bis zum Schwarzen Meer. In diesem größten Kooperationsraum Europas leben insgesamt 220 Millionen Menschen. Seitens der EU wurde damit ein Instrument geschaffen, um raumordnungsorientierte Maßnahmen zu fördern und damit einen Beitrag zu leisten für eine geordnete EU-Erweiterung.

Die Stadt Wien, vertreten durch die MA 27, hält die Position des österreichischen Länderkoordinators inne und konnte aktiv in der Programmverbesserung und -umsetzung mitwirken. Wien entwickelte außerdem strategische Leitprojekte, welche im Rahmen des Lenkungsauschusses von INTERREG III B CADSES bewilligt wurden. Im ersten Call waren dies vorwiegend die Projekte „UTN II – Urban technology Network", „TECNOMAN", „KATER II" und „CITY PORTS". Das Projekt UTN II ist mit 5 Mio. EUR auch das größte Projekt des CADSES-Kooperationsraums und wird von der Stadtbaudirektion, den technischen Dienststellen und dem WWFF betreut. Transnationaler Lead-Partner ist die MA 27. Auch im zweiten Call war die Stadt Wien sehr erfolgreich. Alle eingereichten Projekte konnten im Dezember 2003 in Berlin bewilligt werden. Dazu zählen „DONAUHANSE", „CER_", „TAQI" und „VITAL CITIES".

INTERREG III C (Interregionale Zusammenarbeit)

Mit INTERREG III C wurde in der neuen Programmplanungs-Periode erstmals die Möglichkeit geschaffen, EU-weit, unter Einbindung der Kandidatenländer und Drittstaaten (interregional), zusammen zu arbeiten. Zur leichteren Administrierbarkeit wird ganz Europa in die Quadranten Nord, West, Ost und Süd aufgeteilt. In fünf Themenfeldern können drei Projekttypen eingereicht werden. Ziel der Projekte ist es, durch Erfahrungsaustausch den Einsatz von Strukturfondsmitteln effizienter zu gestalten.

Die MA 27 ist mit 31. Dezember 2001 von der EK und den Mitgliedsstaaten Österreich, Deutschland, Italien und Griechenland als Verwaltungsbehörde für das Programm „INTERREG III C East" nominiert worden. Die MA 27 verwaltet dieses Programm gemeinsam mit der MA 5, welche als Zahlstelle fungiert. Das Ende 2002 eingerichtete **Joint Technical Secretariat** (JTS), welches international besetzt wurde, unterstützt die MA 27 in der Ausübung ihrer Tätigkeit als Verwaltungsbehörde. Mit 1. Jänner 2004 soll das Programmgebiet um fünf neue Mitgliedsstaaten (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn) erweitert werden. Seit Mai wird an der Umformulierung der Programmdokumente gearbeitet. Weiters erfolgte eine Zwischenevaluierung des Programms, dessen Ergebnisse Anfang 2004 ebenfalls in den Programmdokumenten berücksichtigt werden müssen.

Mitte Mai wurde im Wiener Rathaus eine der bislang größten europaweiten Veranstaltungen zu INTERREG abgehalten, das „INTERREG III C

Partner Search Forum", das der Projektinformation und Projektentwicklung dient. Mehr als 800 Besucher/innen aus über 34 Ländern wohnten der zweitägigen Veranstaltung bei. Organisiert wurde die Veranstaltung unter der Federführung von III C East von allen vier Zonen, die Finanzierung erfolgte aus EU-Mitteln. Anlässlich dieser Veranstaltung wurde auch die zweite Projektausschreibung – mit Einreichfrist Ende September – eröffnet. Die Anzahl der eingereichten Projekte im zweiten Call konnte mit 64 Projekten mehr als verdoppelt werden, wodurch eine Ausschöpfung der EU-Mittel leichter möglich sein wird. Die Bewertung der Projekte erfolgt durch das JTS unter Einbeziehung von Gutachtern. Über die Projekte des zweiten Calls wird Ende Jänner 2004 entschieden.

Das Interesse der Dienststellen der Stadt Wien an einer Beteiligung am Programm ist stark im Zunehmen, was durch die hohe Zahl an Projekteinreichungen bestätigt wird. Die von der MA 27 und dem JTS angebotenen Beratungen und das Know-How wurden sowohl von den Dienststellen als auch Institutionen des Bundes und anderer Bundesländer gerne in Anspruch genommen.

INTERACT „EU-Erweiterung – Unterstützung des Übergangsprozesses" (IP Managing Transition and External Cooperation)

„INTERACT" ist ein Förderprogramm der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III, welches die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit der Regionen in Europa unterstützt. Es fördert die 15 Mitgliedsstaaten und die 10 Beitrittstaaten der EU. Ziel von INTERACT ist, die Umsetzung von Programmen und Projekten innerhalb von INTERREG III mit standardisierten Verfahren und Werkzeugen zu ermöglichen. INTERACT hat ein eigenes Budget und läuft bis 2006.

Auf Grund der großen Erfahrung in der Umsetzung von INTERREG-Programmen und -Projekten wurde die MA 27 vom Entscheidungsgremium des INTERACT-Programms ersucht, den strategisch wichtigen INTERACT POINT (IP) „Managing Transition" (EU-Erweiterung – Unterstützung des Übergangsprozesses) als hauptverantwortlicher Partner mit dem Regionalrat für Südwestfinnland umzusetzen.

Der IP „Managing Transition" hat die Aufgabe, die Regionen entlang der derzeitigen und zukünftigen EU-Außengrenze bei der Entwicklung der 37 INTERREG-Programme und Bewerber bei der Projektumsetzung zu unterstützen. Das neue Büro ist mit fünf Mitarbeiter/innen besetzt und arbeitet seit Dezember 2003. Es ermöglicht, Kontakte zu Partnern in den Regionen der Beitrittskandidatenländer auf- und auszubauen. Für den IP in Wien sind 3 Mio. EUR veranschlagt, die zu 100 Prozent gefördert werden. Durch die enge Kooperation mit dem Regionalrat in Südwestfinnland wird eine neue Brücke in den baltischen Raum aufgebaut.

Wirtschaft und Technologie

Wirtschaft allgemein

Neben der regelmäßigen Berichterstattung über die konjunkturelle Entwicklung der Wiener Wirtschaft im Vergleich zur österreichischen Entwicklung verfolgt die MA 27 auch die Wahrnehmung des Wirtschaftsstandortes Wien aus internationaler Sicht und berichtet anlassbezogen darüber. Auf Basis des Fachwissens der MA 27 wurden an einer Reihe von wirtschaftsrelevanten Stellungnahmen des Landes Wien zu Vorhaben der Bundesregierung (z. B. dem Nationalen Aktionsplan für den Arbeitsmarkt) mitgewirkt.

Wie schon in den Jahren zuvor bildeten Analysen zu den Auswirkungen der bevorstehenden EU-Erweiterung auf die Wiener Wirtschaft und den Wiener Arbeitsmarkt einen fixen Bestandteil der Tätigkeit der MA 27. Insbesondere wurde im Oktober 2003 gemeinsam mit dem Wiener Arbeitnehmer/innen Förderungsfonds (WAFF) eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung einer „Überregionalen Beschäftigungsstrategie" zur Nutzung der Übergangsfristen am Arbeitsmarkt initiiert.

Zu erwähnen sind darüber hinaus – auf strategischer Ebene – die Mitwirkung an der Überarbeitung des Wiener Strategieplans, das Einbringen einer von wirtschaftlichen Interessen im Rahmen der Vorarbeiten zum Stadtentwicklungsplan 2005 sowie die Vertretung der Wirtschaftsinteressen in der Strategischen Umweltprüfung für den Nordosten Wiens (SUPerNOW).

Ebenso verfolgte die MA 27 die beginnende Diskussion über die Reform der EU-Strukturfonds nach 2006 sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene. Auf internationaler Ebene erfolgte dies insbesondere über die Mitarbeit im Wirtschaftskomitee von EUROCITIES. Auf nationaler Ebene vertrat die MA 27 das Land Wien sowohl in Rahmen einer Länderexpertengruppe als auch gegenüber dem Bund.

Zur Schaffung von wissenschaftlichen Entscheidungsgrundlagen beauftragte die MA 27 eine Reihe von Studien, z. B. den „Zweiten Bericht über die internationale Wettbewerbsfähigkeit Wiens", eine Evaluierung der wirtschaftsrelevanten „Auslandsreisen von Vertretern der Stadt Wien" und eine Evaluierung der „Änderung der Ladenöffnungszeiten".

Arbeitsmarkt

Im Jahr 2003 wurden von der MA 27 monatliche Berichte und Analysen zur aktuellen Wiener Arbeitsmarktsituation erstellt. Schwerpunktberichte wurden für das Stadtratbüro über die Struktur und Entwicklung der Wiener Beschäftigung von 1985 bis 2002, über die Entwicklung der Beschäftigung in der Öffentlichen Verwaltung und im Bereich der Neuen Selbständigen und Arbeitskräfteüberlassung sowie zum Thema „Jugendarbeitslosigkeit, Lehrlinge und Bauberufe" erstellt. Darüber hinaus wurden

für zwei Klausuren der Wiener Stadtregierung sowie für den Wiener Arbeitsmarktgipfel im Dezember 2003 Unterlagen erarbeitet.

Die MA 27 unterstützt als beratender Partner das Equal-Projekt „Der Dritte Sektor in Wien" und vertritt als Gemeinsamer Ländervertreter die Länder im Equal- sowie im Ziel-3-Begleitausschuss. Darüber hinaus ist die MA 27 im **Beirat der Lokalen Agenda 21** vertreten, der als beratendes Gremium Entscheidungsgrundlagen für den Vorstand des Vereins „Lokale Agenda 21" erarbeitet.

Fachhochschulwesen

Wegen der großen Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Wien war die Betreuung des Bereichs Fachhochschulen ein wichtiges Tätigkeitsfeld der MA 27. Es umfasste die Abwicklung der Fachhochschul-Förderung sowie die Startfinanzierung von Studiengängen im Bereich Biotechnologie, Automotive und Journalismus in enger Zusammenarbeit mit dem WWFF und den Fachhochschulträgern, sowie die laufenden Kontakte und den Erfahrungsaustausch mit dem Fachhochschulrat, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und den anderen Bundesländern. Die MA 27 vertritt als Gemeinsamer Ländervertreter die Länder bei den Verhandlungen über die Gestaltung des neuen Entwicklungsplans des Bundes für den Fachhochschulbereich.

Technologie – Innovation – Netzwerke – Cluster

Die MA 27 übt die Projektleitung im Projekt „Tech-Data" aus. Im Rahmen des Projekts wurde eine Informationsplattform zum Technologiebereich im Internet aufgebaut, auf der Daten zum Technologiestandort (Studien, Daten zum Standort, Berichte) wie auch zu ausgewählten Umsetzungsmaßnahmen im Technologiebereich verfügbar sind. Es wurde erstmalig ein **Controllingbericht** zum Automotive Cluster Vienna Region (ACVR) erstellt. Im Rahmen der Begleitung und Unterstützung bestehender Cluster führte die MA 27 den Vorsitz bei der Steuergruppe des ACVR in enger Abstimmung mit dem WWFF und der ECO Plus. Die Steuergruppe ist für die Lenkung der strategischen Ausrichtung der Clusteraktivitäten zuständig.

Hinsichtlich der Analyse von Innovations- und Technologieschwerpunkten bzw. Technologie-Clustern wurden von der MA 27 folgende Schritte gesetzt:

- Beauftragung und Begleitung einer Untersuchung des ökonomischen Potenzials im Bereich **„Creative Industries"**: Mit diesem Begriff werden Produkte und Dienstleistungen zusammengefasst, bei denen die Ausschöpfung individueller Kreativität wesentlich für die erbrachten Leistungen ist. Diese Clusterpotenzialanalyse wird mit EU-Kofinanzierung im Rahmen des Programms „INTERREG III A" durchgeführt und gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien und dem Wiener Filmfonds finanziert. Weiters wurde im Bereich Creative Industries eine internationale Vergleichsstudie über den Einfluss der Kultur auf die ökonomische Entwicklung von Städten beauftragt. Die Studie wird gemeinsam mit Partnerstädten der europäischen Städtevereinigung EUROCITIES durchgeführt. Ziel ist die Darstellung der Rahmenbedingungen, Leistungen und Organisationsstrukturen der Wiener Aktivitäten im Bereich Creative Industries im Vergleich mit anderen europäischen Städten.
- Analyse der Bedeutung der Mikrosystemtechnik sowie Nanotechnologie für den Wirtschaftsstandort Wien, Durchführung eines Expertenworkshops sowie Beauftragung einer Studie zur empirischen Erhebung des Anwendungspotenzials dieser Technologie bei Wiener Unternehmen: Die Studie wurde im Juli 2003 abgeschlossen. Viele der darin empfohlenen Maßnahmen (Awareness, Technologie- und Förderberatung, Ausbildung) werden bereits in Angriff genommen. So wurde von der MA 27 Ende Oktober eine Informationsveranstaltung für Unternehmer/innen durchgeführt, bei der sowohl wissenschaftliche Expert/innen als auch Firmen mit Vorbildfunktion die Mikrosystemtechnik (und peripher die Nanotechnologie) vorgestellt und promotet haben. Weiters wurden von der MA 27 gemeinsam mit dem WAFF und dem Regionalen Wirtschaftsservice des WWFF Möglichkeiten zur Weiter-/Fortbildungsförderung sondiert. In diesem Zusammenhang erfolgt auch die Mitwirkung im Lenkungsausschuss der österreichischen NANO-Initiative, einschließlich Mitarbeit an der Erstellung von Leitlinien und Leitfäden zur Antragsstellung.

Zur Herstellung fachlicher Kontakte nahm die MA 27 an den Technologiegesprächen des Forum Alpbach teil und besuchte diverse Veranstaltungen zum Themenbereich Cluster, wie z. B. die Konferenz zur Europäischen Clusterpolitik in Kopenhagen.

Daseinsvorsorge

Aufgabe der mit 1. Jänner 2003 in der MA 27 eingerichteten Stabstelle „Daseinsvorsorge" ist es, Entwicklungen auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge zu beobachten, zu analysieren und negativen Vorhaben durch gezielte Lobbyingarbeit entgegenzuwirken. Darüber hinaus obliegt ihr die Behandlung von grundsätzlichen Fragen des europäischen Beihilfen- und Wettbewerbsrechts. Im Falle der Ausschreibung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse kommt ihr die Funktion einer ausschreibenden Behörde zu.

Neben zahlreichen Stellungnahmen, Analysen, der Vortragstätigkeit im Rahmen des Dienstprüfungskurses für rechtskundige Bedienstete an der Verwaltungsakademie der Stadt Wien, der Teilnahme an internationalen Konferenzen und politischen Briefings war die Stabstelle Daseinsvorsorge 2003 insbesondere mit folgenden Themen befasst:

- **Binnenmarktstrategie der EK vom 7. Mai für den Zeitraum 2003 bis 2006:** Mit 7. Mai 2003

wurden von der EK die Vorhaben für die Binnenmarktstrategie für die Jahre 2003 bis 2006 veröffentlicht. Erstmals kündigte die EK darin eine Überprüfung der Wettbewerbssituation im Wassersektor an und stellte mögliche legistische Maßnahmen in Aussicht. Die MA 27 erstellte im Auftrag der Magistratsdirektion einen umfangreichen Stellungnahmeentwurf zur Binnenmarktstrategie, in dem sich Wien u. a. deutlich gegen die angekündigte Überprüfung der Wettbewerbssituation im Wassersektor positionierte.

- **Grünbuch der EK zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse:** Am 21. Mai 2003 wurde von der EK das Grünbuch zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse veröffentlicht. Mit diesem Grünbuch soll eine umfassende Diskussion zu grundsätzlichen Fragen der Daseinsvorsorge eingeläutet werden. Die MA 27 war innerhalb der Stadt federführend mit der Ausarbeitung einer Stellungnahme Wiens beauftragt. Das Ergebnis des Begutachtungsverfahrens mit insgesamt 25 Stellen inner- und außerhalb des Magistrats war eine umfassende Stellungnahme Wiens zum Grünbuch. Daneben verfasste die MA 27 eine einheitliche Stellungnahme der Länder im Sinn des Art. 23 d Abs. 2 B-VG mit 10 Forderungspunkten zum Grünbuch, führte die politische Abstimmung mit den anderen Ämtern der Landesregierungen durch und bereitete die Beschlussfassung im Wege der Verbindungsstelle der Bundesländer vor. Die einheitliche Stellungnahme der Länder wurde am 5. September angenommen und fristgerecht an die zuständigen Behörden übermittelt.
- **Das Urteil des EuGH vom 24. Juli 2003 in der Rechtssache C-280/00 „Altmark Trans" (Fall Magdeburg):** Der EuGH hat im Urteil zu diesem Vorabentscheidungsverfahren unter anderem festgestellt, dass Ausgleichszahlungen der öffentlichen Hand an Verkehrsdienstunternehmen bei Einhaltung bestimmter Kriterien keine unzulässigen staatlichen Beihilfen darstellen. Neben einer ersten Einschätzung und Information über den Inhalt des o.g. Urteils des EuGH vom 24. Juli 2003 analysierte die MA 27 die Auswirkungen der Entscheidung detailliert und arbeitete zur besseren Darstellung der Urteilsfolgen für Wien ein Fallprüfungsschema aus.

Mit dem **„General Agreement on Trade in Services" (GATS)** wurde 1995 das erste Abkommen für die weltweite Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte in das Vertragswerk der Welthandelsorganisation (WTO) aufgenommen. Anfang 2000 sind im Rahmen der WTO Neuverhandlungen des GATS begonnen worden, die bis 1. Jänner 2005 abgeschlossen werden sollen. Die MA 27 stellt den Gemeinsamen Ländervertreter für GATS und hat auch die einheitliche Stellungnahme der österreichischen Bundesländer ausgearbeitet. Diese durch die Landesamtsdirektorenkonferenz vom 26. März 2003 angenommene einheitliche Stellungnahme betreffend die Forderung an den Bund, öffentliche Dienstleistungen von den GATS Verhandlungen auszunehmen, war erfolgreich: Weder die Position Österreichs an die EK, noch die vorläufige Position der EU vom 29. April 2003 gegenüber der WTO in Genf enthalten ein Angebot im Bereich öffentlicher Dienstleistungen. Die einheitliche Stellungnahme der Länder wurde in der Folge politisch sowohl von der Landesfinanzreferentenkonferenz (29. April 2003), als auch von der Landeshauptmännerkonferenz (30. April 2003) unterstützt.

Eine weitere Aktivität der MA 27 bestand darin, innerhalb der Arbeitsgruppe Daseinsvorsorge im Rahmen von EUROCITIES die Ausarbeitung einer Position der europäischen Städte zum Grünbuch zu unterstützen. Diese Bemühungen gipfelten in einem abschließenden Arbeitstreffen und dem Abschluss der Arbeiten am gemeinsamen Positionspapier am 9. September in Brüssel. Das **EUROCITIES-Papier** beinhaltet alle maßgeblichen Wiener Positionen, wurde mit Schreiben des Herrn Bürgermeisters (als Mitglied des Exekutivkomitees) vom 12. September 2003 genehmigt und wurde fristgerecht an die EK übermittelt.

Daneben wurden von der Stabstelle Daseinsvorsorge bei zahlreichen **Veranstaltungen** die Interessen Wiens vertreten und mehrere **Beiträge und Publikationen** über ihren Aufgabenbereich verfasst.

Energie

Im Jahr 2003 hat das Energiereferat die Vertretung der Stadt Wien im Energiebereich wahrgenommen. Dies umfasst die Funktionen Elektrizitätsbeirat, Energielenkungsbeirat und Erdgasbeirat. Zusätzlich stellt das Energiereferat in der permanenten Arbeitsgruppe Energierechtsexperten einen Gemeinsamen Ländervertreter. Hauptaufgabe dabei ist die Beratung der Vorschriften und Verordnungen in den Segmenten Strom und Erdgas. Im Jahr 2003 ist hier besonders die intensive Auseinandersetzung aller Länder gemeinsam gegen die neuen Vorschläge betreffend der **Grundsätze zur Tariffestsetzung der Stromnetze** zu nennen. Diese sehr intensiven Verhandlungen zwischen Jänner und Oktober endeten mit der Neufestsetzung der Stromtarife ohne Einführung eines Benchmarksystems. Dieses System soll noch einmal überdacht werden und im Jahr 2004 neu verhandelt werden.

Kernstück der Auseinandersetzung war das Ziel des Bundes, anstelle der bisherigen individuellen Vollkosten nur mehr Durchschnittspreise anzuerkennen und diese jährliche automatisch abzusenken. Da dies zum Investitionsstopp führt, ist mittel- und langfristig die notwendige Qualität in den Versorgungsnetzen nicht zu halten. Daher haben die Länder seit Frühjahr 2003 das Thema **Versorgungssicherheit** in den Mittelpunkt ihrer Verhandlungen gestellt.

Im Bereich **Förderungen** hat das Energiereferat im Jahr 2003 die Ökostromförderrichtlinien entwickelt sowie alle administrativen Schritte zur Umsetzung begleitet. Dies umfasste die Änderungen einer Verordnung zum Übertragen der

Aufgabe auf die MA 27, die Gründung des Landeselektrizitätsbeirates, wo nun das Energiereferat den Vorsitz führt, sowie das Erstellen von Geschäftsbedingungen. Parallel dazu wurden die notwendigen Endabrechungen für Kraft-Wärme-Kopplung und Ökoenergie begleitet. Eine weitere Aufgabe war die Adaption der Wiener Solarförderung. Zusätzlich war das Energiereferat in die Entwicklung der neuen Fernwärmeförderung inhaltlich eingebunden.

Ein wesentlicher Aufgabenblock ist die Bereitstellung von Sachverständigen für Energiewirtschaft. Diese Funktion wurde 2003 für die Biogasanlage, aber auch für die neue Müllverbrennungsanlage MVA 3 ausgeübt. Im Dezember erfolgte zusätzlich die Einreichung des neuen Biomassekraftwerkes, wo das Gutachten 2004 abzuschließen ist.

Ein großer Bereich umfasst die **Begleitung und Entwicklung von Projekten**. Hier handelt es sich einerseits um nationale Projekte, z. B. Umsetzung der Gebäuderichtlinie, aber auch um internationale Projekte, mit welchen eine Kofinanzierung der nationalen Aufgaben erreicht werden soll. Mit den EU-Projekten versucht das Energiereferat die internationale Einbindung voranzutreiben.

Im letzten Quartal 2003 hat das Energiereferat mit der **Entwicklung eines Energiesparkonzepts** begonnen und erste Vorarbeiten dazu vergeben. Nicht zu unterschätzen ist auch der Aufwand für die Erstellung diverser Stellungnahmen und Antwortentwürfe im Zusammenhang mit Energie. Hier sind eine ganze Reihe von Stellungnahmen verfasst worden, wie z. B. für den gerade aktuell vorgelegten Energiebericht der Bundesregierung. Hier nimmt das Energiereferat nicht nur eine zentrale inhaltliche Rolle, sondern auch eine Koordinierungsfunktion zwischen Abteilungen des Magistrats und den Wiener Stadtwerken ein.

Städtische Friedhöfe (MA 43)

Hoheitsbereich

Die Rahmenbedingungen für die MA 43 waren 2003 besonders dadurch gekennzeichnet, dass die Anforderungen an die Abteilung im Vergleich zu den letzten Jahren noch größer und vielfältiger wurden, da seit der Änderung der Gewerbeordnung im Jahr 2002 nun mehrere Bestattungsinstitute im Stadtgebiet tätig sind und damit die Anforderungen an die Städtischen Friedhöfe ungleich größer wurden. Darüber hinaus wurde das Leistungsangebot der MA 43 zeitgemäßer und noch kund/innenfreundlicher gestaltet (z. B. Schaffung eines möglichst ebenen Zuganges zu geöffneten Erdgrabstellen bei Sargbeisetzungen, Schließen aller Grabstellen noch am Beerdigungstag, Drapierung des Erdaushubes und des Grabschachtes bzw. auf Kund/innenwunsch auch Durchführungen von Bestattungen außerhalb der festgelegten Beerdigungszeiten). Da jedoch die letzte Adaptierung des Tarifes bereits acht Jahren zurückliegt, muss der finanzielle Spielraum als sehr beschränkt beurteilt werden.

Seit knapp zwei Jahren besteht für die Kund/innen der MA 43 im Wege des „help.gv.at" die Möglichkeit, Zahlscheine zum Zwecke der Verlängerung der Grabbenützungsrechte anzufordern. Nunmehr können die Bürger/innen seit Herbst 2003 auch im Wege des Internets auf die fast komplett erfasste Datenbank der Städtischen Friedhöfe zugreifen und Verstorbene suchen bzw. direkte Anfragen an die MA 43 stellen sowie verschiedene Auskünfte erhalten. Zukünftig ist auch geplant, Interessierten Friedhofspläne (zum Auffinden der gesuchten Grabstellen) im Internet zur Verfügung zu stellen.

Besonders anzuführen ist, dass auch 2003 an der Weiterentwicklung von **„FIM" (Friedhofsinformationssystem)** intensiv weitergearbeitet und die EDV-mäßige Erfassung der Grab- und Verstorbenendaten aus den Gräberbüchern, mit dem Ziel, Ende 2004 die erste Etappe der Erfassung der relevanten Grab- und Verstorbenendaten abschließen zu können, weiter vorangetrieben wurde. Es kann damit gerechnet werden, dass wie vorgesehen, nach Abschluss der ersten Erfassungsstufe damit begonnen wird, Geschäftsfälle mittels „FIM" darzustellen und abzuwickeln.

Im Sinne der Vorgabe der Finanzdirektion wurde mit Stichtag 1. Jänner 2004 SAP eingeführt und mit Controlling und der Kostenrechnung begonnen. Weiterhin werden entsprechend der Vorgaben des Untersuchungsberichts der Firma IBB und des unterbreitenden Konzepts zur Führung der MA 43 vom 13. Februar 2002 die **Umstrukturierungen der Abteilung** fortgesetzt und auf dem Personalsektor durch flexiblere Arbeitszeiten und verbesserte Arbeitsabläufe die Effizienz erhöht.

Die MA 43 führte im Jahr 2003 mehrere Friedhofsinformationstage in den Friedhöfen Baumgarten, Aspern und Oberlaa sowie im Büro des Pensionistenverbandes Floridsdorf durch. Dabei konnten sich die interessierten Kund/innen mit allen Fragen und Wünschen direkt an den Abteilungsleiter und sein Team wenden. Auch die jeweilige Bezirksvorstehung war zu den Veranstaltungen eingeladen. Mitglieder der Bezirksvertretungen nahmen regelmäßig an den Veranstaltungen teil.

Im Rahmen eines von der Stadt Wien im Dezember 2003 veranstalteten Wettbewerbs der Integrativen Öffentlichkeitsarbeit, dem „PR-Star", konnte die MA 43 **in der Kategorie „Printprodukte" den PR Star gewinnen**.

Wie bereits 1997 und 1999 wurde auch 2003 von der MA 43 eine Befragung auf fünf Wiener Städtischen Friedhöfen durchgeführt. Die Bewertung durch die Besucher der Friedhöfe fiel mit einem Durchschnittswert von 1,74 (Schulnotensystem) sehr zufriedenstellend aus.

Im Berichtsjahr wurde der gemäß Dienstpostenplan bewilligte Personalstand (Hoheit, Städtische Friedhofsgärtnerei und Städtische Steinmetzwerkstätte) von 430 ständigen Mitarbeiter/innen und 139 Saisonarbeiter/innen nicht ausgeschöpft. Im

Jahresdurchschnitt standen 414 ständige Mitarbeiter/innen, 137 Saisonarbeiter/innen, sowie 18 Lehrlinge im Einsatz. Im Verwaltungssektor der MA 43 wurde flächendeckend die Gleitzeit eingeführt.

Im Rahmen der arbeitsmedizinischen Betreuung der MA 43 erfolgten zahlreiche Beratungen für den Arbeitgeber, die Arbeitnehmer/innen, die Sicherheitsvertrauenspersonen und die Belegschaftsvertreter/innen. 2003 haben 481 Mitarbeiter/innen die arbeitsmedizinische Betreuung in Anspruch genommen.

Beerdigungstätigkeit, Benützungsrechte, Widmungen

Die Gesamtzahl aller im Jahr 2003 von der MA 43 durchgeführten Bestattungen, Sarg- und Urnenbestattungen, lag mit 17.628 um 36 höher als im Jahr 2002. Dabei betrug die Anzahl der von Kund/innen beauftragten Sargbestattungen im Jahr 2003 13.613 (das sind -1,06 Prozent) und der bestellten Urnenbestattungen 3.025 (das sind +2,27 Prozent).. Der Anteil der Urnenbestattungen belief sich auf 18,18 Prozent (2002: 17,69 Prozent) der insgesamt 16.638 (2002: 16.717) von Kunden beauftragten Bestattungen.

Außerdem wurden im Jahr 2003 insgesamt 718 Särge (2002: 615) mit den sterblichen Überresten der Verstorbenen, die ihren Körper wissenschaftlichen Studien zur Verfügung gestellt haben, vom Anatomischen Institut der Universität Wien, und 272 Särge mit von verschiedenen Spitälern bei Operationen entfernten Körperteilen (2002: 260) feuerbestattet.

Die Anzahl der 2003 gemäß § 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes über Veranlassung der Stadt Wien in einfache Gräber im Wiener Zentralfriedhof beigesetzten Verstorbenen stieg von 737 auf 761 Verstorbene.

Seit Beginn des Jahres 2001 wird die Leichenasche der fehlgeborenen Kinder in ein gemeinsames Grab in der Babygruppe des Wiener Zentralfriedhofes (Gruppe 35 B) beigesetzt. 2002 wurde die Leichenasche von 249 fehlgeborenen Kindern bestattet (+32,4 Prozent). 2003 wurden 216 fehlgeborene Kindern bestattet (-13,25 Prozent).

Insgesamt wurden 2003 3.767 Verstorbene eingeäschert. Im Vergleich zum Jahr 2002 ergibt dies eine Steigerung um 127 Kremationen. In der Gesamtzahl sind auch 512 Einäscherungen (2002: 534) von Verstorbenen einbezogen, die nicht in Wien wohnhaft waren und auch nicht in einem Wiener Städtischen Friedhof bestattet wurden.

Die Anzahl der angesuchten Zustimmungen zur Auflage einer Grabdeckplatte stieg um 5,77 Prozent von 1.058 auf 1.119 Fälle (2003). In 19.592 Fällen wurden Benützungsrechte an Grabstellen verlängert, was einer Verringerung um 444 bzw. - 2,22 Prozent entspricht (2002: 20.036). Es wurden im Jahr 2003 1.356 Familiengräber, 16 Grüfte und 199 Urnengräber abgetragen; im Gegensatz dazu wurden 2002 882 Familiengräber, drei Grüfte und 480 Urnengräber abgeräumt. Für Sterbefälle wurden 2003 wie auch 2002 1.796 Grabstellen vergeben, bei Lebzeiten konnten 2003 insgesamt 232 (2002: 291) Grabstellen der Vergabe zugeführt werden.

2003 wurden von der Stadt Wien insgesamt gewidmet: Zwei Ehrengräber, fünf bereits ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmete Grabstellen wurden in Obhut genommen, zwei Grabstellen wurden ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmet und in Obhut genommen, achtGrabstellen wurden ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmet, eine Widmung als Ehrengrab wurde aufgehoben.

Damit ergibt sich mit 31. Dezember 2003 folgender Stand:
Insgesamt gibt es 1.532 Widmungen, davon 349 Ehrengräber, 940 Grabstellen ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmet und in die Obhut der Stadt Wien übernommen, 243 Grabstellen ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmet.

Tätigkeiten auf bautechnischem Gebiet

Auf sämtlichen Städtischen Friedhöfen sowie in der Leichenkammer im 10. Bezirk wurden laufend die notwendigen Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den Verwaltungsgebäuden, Einfriedungen, Straßen und Wegen, dem Wasserleitungsnetz sowie an den elektrischen Leitungen, Kühlanlagen und Heizungsanlagen durchgeführt und Prüfbefunde erstellt.

Auch das von der MA 43 vor einigen Jahren begonnene Projekt der Versorgung der Städtischen Friedhöfe durch eigens gewonnenes Brunnenwasser wurde fortgesetzt. Darüber hinaus wurden bedarfsweise in einigen Friedhöfen neue Grabfelder angelegt und mit der erforderlichen Infrastruktur ausgestaltet sowie notwendige Instandsetzungsarbeiten bei den Verbrennungsöfen der Feuerhalle Simmering durchgeführt.

Im Friedhof Neustift wurden die Planungsarbeiten für die Errichtung eines Neubaus einer Unterkunft für die Städtische Friedhofsgärtnerei fortgesetzt und im Friedhof Stammersdorf-Zentral die Errichtung von Sozialräumen durchgeführt.

Im Wiener Zentralfriedhof wurden die Arbeiten an den linken und rechten Columbarien der Friedhofskirche fortgesetzt, die Autobushaltestelle des Friedhofsbusses mit Sitzgelegenheiten und Informationsständern neu gestaltet, an der Fertigstellung des Projekts eines Buddhistischen Friedhofs weitergearbeitet und Planungsarbeiten für die Neugestaltung der Anatomiegräber abgeschlossen.

Tätigkeiten auf gartenbautechnischem Gebiet

Bei der Ausgestaltung und Begrünung von Friedhofsflächen wurden 239 Bäume und 622 lfm Hecken neu gepflanzt und 1.110 Bäume durch Kronenschnitte fachgerecht ausgelichtet und in allen Friedhöfen der erforderliche Baum- oder

Heckenschnitt und die notwendigen Anlagenpflegearbeiten durchgeführt. Insgesamt wurden 276 Bäume, da sie die physiologische Altersgrenze erreichten, aus dem Bestand genommen. Gleichzeitig wurden 963 lfm Hecken wegen Überalterung gerodet. Ein Form- oder Verjüngungsschnitt erfolgte bei 137.099 lfm Hecken.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres wurde die **Betreuung der Kriegsgräberanlagen** in den Städtischen Friedhöfen fortgesetzt. Unter anderem wurden die Grabzeichen der Kriegsgräberanlagen im Friedhof Baumgarten, im Friedhof Kalksburg, im Friedhof Rodaun und im Wiener Zentralfriedhof gereinigt und bedarfsweise die Inschrift erneuert.

Allein im Wiener Zentralfriedhof umfasste 2003 die jährlich durchgeführte Säuberung eine Gesamtgrabfläche von ca. 784.300 m². Überdies mussten beispielsweise in diesem Friedhof 2003 insgesamt 346.579 m² Wegflächen der mechanischen Unkrautbekämpfung unterzogen werden. Die ca. 60.000 verwahrlosten Grabstellen des Wiener Zentralfriedhofes mussten ebenfalls mechanisch vom Unkrautbewuchs gesäubert und dreimal gemäht werden, um eine Verbesserung des Friedhofsbildes erreichen zu können.

Städtische Friedhofsgärtnerei

Die acht Städtischen Friedhofsgärtnereien in den Friedhöfen Feuerhalle Simmering, Hernals, Hietzing, Neustift, Ottakring, Stammersdorf-Zentral, Südwest und dem Wiener Zentralfriedhof führten 2003 insgesamt 34.628 Pflegeaufträge sowie 55.252 Schmückungsaufträge an Grabstellen durch. Die Kundenpreise für friedhofsgärtnerische Leistungen (Grabschmückungen) wurden für 2003 gegenüber den Preisen von 2002 um ca. 1,75 Prozent erhöht.

Neben der Erfüllung von 34.628 Grabpflegeaufträgen und den 55.252 diversen Grabschmückungsaufträgen sowie der Herstellung von Kranzgebinden wurde von der Städtischen Friedhofsgärtnerei die Aufzucht von ca. 1 Mio. Blütenpflanzen für den Eigenbedarf durchgeführt. Die Schmückung der Ehrengräber, Kriegergräber und Opfergräber erfolgte unter Beistellung des erforderlichen Pflanzenmaterials.

Städtische Steinmetzwerkstätte

Im Wirtschaftsjahr 2003 wurden 742 Privatkundenaufträge erledigt. Auf den Friedhöfen Feuerhalle Simmering, Oberlaa, Simmering, Kaiser-Ebersdorf und dem Wiener Zentralfriedhof wurden bei insgesamt 1.503 Deckelgräbern, 88 Grüften und 31 Nischenplatten die Deckplatten für die Beisetzungen geöffnet und wieder verschlossen. Für die MA 43 wurden 42 Ehrengräber renoviert und 84 amtswegige Instandsetzungen durchgeführt. Außerdem wurden für die Magistratsabteilungen 29, 30, 42, 44 und 49 Steinmetzarbeiten durchgeführt.

Statistisches Amt der Stadt Wien (MA 66)

Die Hauptarbeit der Abteilung umfasst die Tätigkeitsfelder:

- Ermittlung von Daten durch Erhebungen und aus dem Verwaltungsvollzug
- Aufbereitung und Analyse der Rohdaten
- Veröffentlichung aggregierter Daten in Printmedien und in elektronischer Form.

Ermittlung und Gewinnung von Daten

Nach Vorliegen erster demografischer Ergebnisse der **Volkszählung 2001** wurden die von der Statistik Austria übermittelten anonymisierten Einzeldaten aggregiert und einer eingehenden Analyse unterzogen. Gegenstand der Auswertungen waren die statistischen Merkmale Alter, Geschlecht, Familienstand, Lebensunterhalt, Staatsbürgerschaft, Geburtsland und Ausbildung. Außerdem wurde die Haushalts- und Familienstatistik einer Analyse unterzogen. Die übrigen Großzählungsdaten sind seitens der Statistik Austria noch ausständig und werden für das 1. Quartal 2004 erwartet.

Die kleinräumige Bevölkerungsprognose für Österreich, die etwa alle 10 Jahre von der Österreichischen Raumordnungskonferenz beauftragt wird, wird erstmals auch für die Wiener Gemeindebezirke erstellt. Hierfür erfolgte durch die MA 66 die regionalisierte Aufbereitung der Wiener Wanderungsdaten 1996 bis 2001 und eine Mitarbeit bei der Annahmenfindung auf Bezirksebene.

Statistische Erhebungen

Die Erhebungstätigkeit der Abteilung war durch eine Reihe von Veränderungen geprägt. Mit dem BGBl. II/351/03 wurde die **Preisstatistik** auf eine gesetzliche Basis gestellt, was zu einer Erleichterung der Erhebung beitrug. Die insgesamt hohe Qualität der Preiserhebung in Wien wurde durch eine international besetzte Kommission von EUROSTAT nachdrücklich bestätigt. Der **Mikrozensus** hatte hingegen ab 1. Jänner 2003 keine gesetzliche Grundlage mehr, was die Erhebungstätigkeit schwieriger gestaltete. Ab 1. Jänner 2004 wird er in neuer Form nicht mehr quartalsweise, sondern im Wochenrhythmus durchgeführt. Die Länder und damit auch die MA 66 sind ab 2004 nicht mehr in die Mikrozensus-Erhebung eingebunden. Eine Vergleichbarkeit der Daten mit dem Mikrozensus früherer Jahre wird nicht mehr voll gegeben sein.

Eine zusätzliche Erhebungstätigkeit fiel in der MA 66 ab Herbst 2003 im Bereich der **Kindertagesheimstatistik** an. Die Erhebung wird nunmehr von den Ländern, im Fall von Wien durch die MA 66 in Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 11 und 11A, durchgeführt. Die neu konzipierten Fragebögen wurden im September 2003 an 1.700 Kindertagesheime versandt und nach der Rücksendung in der MA 66 durchgesehen und geordnet. Die österreichweite Auswertung (nach Plausibilitätsprüfung durch die MA 66) und

Publikation verbleibt bei der Statistik Austria. Zusätzlich zum Erhebungsaufwand sind in der MA 66 Kosten von rund 7.500 EUR angefallen, die für die Neueinrichtung der Belegleser und den Druck der Formulare an die Statistik Austria zu bezahlen waren. Diese Kosten werden in den Folgejahren auf rund 4.000 EUR absinken.

Für die **Wohnbaustatistik** trat die geplante gesetzliche Neuregelung ab 2003 nie in Kraft. Das im Lauf des Jahres 2004 einzurichtende Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) wird die frühere Wohnbaustatistik ersetzen. Die Führung dieses Registers durch die Gemeinden wird im E-Government-Gesetz geregelt, welches voraussichtlich 2004 in Kraft treten soll. Entsprechende Vorbereitungsarbeiten waren im Rahmen der Wohnbaustatistik erforderlich, da ab 2004 die Wohnbaustatistik zur Baustatistik erweitert und deren Datenerhebung vom Hausherrn zur Gemeinde verlagert wird.

In der **Bibliotheksstatistik** wurden in Zusammenarbeit mit der Statistik Austria weitere Synergieeffekte (gemeinsamer Fragebogen, Austausch und Abgleich von Adressen der anzuschreibenden Institutionen) erarbeitet.

Im Bereich der **Tourismusstatistik** wurden die laut Bundesgesetz vorgesehenen Herkunftsländeränderungen, einschließlich von Zusatzwünschen des Wiener Tourismusverbandes, sowie alle damit verbundenen Programmänderungen umgesetzt. Die Erhebung ist nunmehr durch eine Gliederung der inländischen Touristen nach Bundesländern und der deutschen Touristen nach Großregionen ausgeweitet. Die Umstellungsprobleme bei den Betrieben waren im Großen und Ganzen gering. Rund 80 Prozent der Betriebe sind schon auf das neue System umgestiegen.

Aufbereitung und Analyse von Daten

Im Schwerpunktbereich **Datenanalyse** wurde das Zeitreihenprojekt der MA 66, welches die Sammlung von Zeitreihen über den Zeitraum 1945 bis 2002 zum Gegenstand hatte, mit den Zeitreihen zur Ökologie, Sozial-, Kultur- und Verwaltungsstatistik erfolgreich abgeschlossen.

Das EU-kofinanzierte Projekt „Bereitstellung von Basisdaten für das Ziel-2-Gebiet Wien" wurde fortgesetzt. Für die Analyse der Ziel-2-Förderzone lieferte ein Zwischenbericht quantitative Indikatoren für den Berichtszeitraum 2002.

Veröffentlichung von Daten

Im Rahmen der Veröffentlichung von Daten der MA 66 konnten das Statistische Taschenbuch und Jahrbuch, der Leistungsbericht, Wien in Zahlen (deutsch, englisch) und die geplanten drei Hefte der Statistischen Mitteilungen rechtzeitig, d. h. Anfang Dezember 2003, erscheinen. Seit dem Jahr 1995 ist dies der früheste Erscheinungstermin. Das Angebot an internationalen Städtevergleichen wurde weiter ausgeweitet. Eine Zunahme war bei den Telefon- und E-Mail-Anfragen, mit denen insgesamt drei Personen in der Abteilung befasst sind, festzustellen.

Tabellen- und Grafikangebot 2003

Datenangebot	Tabellen	Grafiken (einschließlich Farbgrafiken)
Statistisches Jahrbuch	477	56
Statistisches Taschenbuch	168	22
Wien in Zahlen (mit fremdsprachigen Versionen)	42	12
Internet	300	35
Zusammen	**987**	**125**
2002	769	119

Das Angebot an Internettabellen wurde durch die zusätzliche Bereitstellung von Tabellen im behindertengerechten rtf-Format qualitativ ausgeweitet.

Abteilungsmanagement

Bezüglich der **EDV-technischen Ausstattung** wurde 2003 die Vollausstattung erreicht. Das verwendete Betriebssystem wurde einheitlich für die gesamte Abteilung auf Windows 2000 umgestellt. Für die Erstellung von Farbgrafiken wurde Grafiksoftware und ein A3-Farbdrucker angeschafft. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Mitarbeiter/innen mit Sehproblemen und optisch anspruchsvollen Bildschirmarbeiten wurden bisher 13 19-Zoll-Bildschirme installiert.

Im Zusammenhang mit dem **Bedienstetenschutz** wurden von den Präventivdiensten Rückenschul-Module angeboten, welche von einem Großteil der Bediensteten der Abteilung auch genützt wurden.

Im Bereich **Bibliothek und Archiv** wurde 2003 ein weiterer Teil des wertvollen, in der MA 9 lagernden Bestandes an statistischen Publikationen gesichtet und übernommen. Außerdem gelang es der Abteilung, einen dritten Raum für Bibliothekszwecke zu bekommen, der zu einem guten Drittel bereits mit Regalen ausgestattet wurde.

Kosten-, Leistungs- und Ertragsbilanz

Die angeführten Leistungen erbrachten im Jahr 2003 26 Beschäftigte, die Personalkosten in der Höhe von 1.025.581 EUR verursachten. Die anteiligen Pensionskosten betrugen 183.630 EUR. Mit der Datengewinnung, Aufbereitung und Analyse waren 12,7 Bedienstete beschäftigt. Für die Gewinnung und Aufbereitung der Daten wurden zusätzlich Geldmittel in der Höhe von 50.732 EUR benötigt. Die Drucklegung der Publikationen erforderte Kosten in der Höhe von 75.141 EUR. Die MA 14 erbrachte für die Abteilung EDV-Leistungen im Wert von 68.525 EUR. Für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur der Abteilung entstanden Ausgaben von 67.041 EUR. Da die Ergebnisse der Großzählung 2001 im Jahr 2003 erst in Teilbereichen von der Statistik Austria zur Verfügung gestellt wurden, konnte der Datenankauf

und die dazugehörende Erstellung der Publikation nicht mehr im Jahr 2003 durchgeführt werden. Gegenüber dem Voranschlag konnte somit ein Betrag von 83.641 EUR eingespart werden.

Für die im Auftrag der Statistik Austria durchgeführten Erhebungstätigkeiten erhielt die Abteilung 60.462 EUR. Der Publikations- und Datenverkauf (Datenanalyse) sowie die Insertionen erbrachten Erträge in Höhe von 14.862 EUR. Die statistische Auskunfts- und Beratungstätigkeit wurde von 3,5 Beschäftigten noch ohne Kostenrechnung erbracht. Den Ausgaben von 1.484.848 EUR für Personal- und Sachaufwand stehen überwiegend immaterielle Leistungen in Form von Datensammlungen gegenüber. Mit den Erträgen aus der Datengewinnung und den Verkauf von Informationen konnten Einnahmen von 75.324 EUR erzielt werden.

Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (MA-K)

Die Abwicklung der Aufgaben der in der MA-K angesiedelten Geschäftsstelle des mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten **Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (WIKRAF)**, dem die Abgeltung der Leistungen der Wiener Fondskrankenanstalten für Personen, für die ein Sozialversicherungsträger leistungspflichtig ist und dem sonstige auf dem Gebiet der Finanzierung von Wiener Fondskrankenanstalten zu setzende Maßnahmen obliegen, bildet den Schwerpunkt der Tätigkeit der MA-K.

Die Geschäftsstelle hat dabei die laufenden Geschäfte der **Fonds-Kommission** (dem Organ des WIKRAF), wie den notwendigen Schriftverkehr, die Vorbereitung der Sitzungen der Fonds-Kommission und alle sonstigen Aufgaben wahrzunehmen, die nicht ausdrücklich der Fonds-Kommission oder deren Vorsitzendem obliegen. Der WIKRAF wird aus Beiträgen des Bundes, der Länder, der Gemeinden, aus Mitteln der Sozialversicherung und aus allfälligen sonstigen Mitteln gespeist. Im Berichtsjahr standen rund 1,18 Mrd. EUR zur Verfügung, die von der Geschäftsstelle nach Maßgabe der Beschlüsse der Fonds-Kommission durch monatliche bzw. quartalsmäßige Zahlungen (etwa im ambulanten Bereich) an die Krankenanstalten überwiesen werden. So wurden für rund 505.000 Sozialversicherte stationäre Leistungen der Krankenanstalten im Rahmen der **leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung (LKF)** abgegolten und die von 21 Krankenanstalten für sozialversicherte Patienten erbrachten ambulanten Untersuchungen und Behandlungen pauschal finanziert.

Zuschüsse zu **Investitionsvorhaben** (es waren 33 Anträge des Jahres 2003 sowie die Nachweise der widmungsgemäßen Verwendung der Zuschüsse für das Jahr 2001 zu prüfen) und die Administration der **Beihilfenmittel** nach dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz bildeten weitere Tätigkeitsbereiche. Im Anschluss an die Behandlung **ausländischer Gastpatienten** wurden Behandlungskosten für rund 3.300 Fälle auf der Grundlage von zwischenstaatlichen Übereinkommen über soziale Sicherheit oder überstaatlichem Recht im Wege des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger gegenüber den ausländischen Versicherungsträgern geltend gemacht.

Zur Beantwortung von Kostenanfragen **regressführender Sozialversicherungsträger** wurden rund 1.100 Akte bearbeitet und die entsprechenden Auskünfte erteilt. Für die Genehmigung und Einstufung von rund 160 Funktionsbereichen (z. B Intensivbereiche), für die das LKF-System spezielle Bepunktungsregeln vorsieht, waren umfangreiche Erhebungen und Überprüfungen vorzunehmen.

Dem Bundesministerium für Gesundheit und Frauen waren **Diagnosen- und Leistungsberichte** mit den medizinischen Einzelleistungen sowie Haupt- und Zusatzdiagnosen für alle Patienten der 24 vom WIKRAF teilfinanzierten Krankenanstalten zu übermitteln. Die Geschäftsstelle des WIKRAF überprüfte die von den Krankenanstalten übermittelten Daten auf Qualität und Plausibilität, um bei Auffälligkeiten gemeinsam mit den Krankenanstalten entsprechende Verbesserungen zu erzielen.

Im Rahmen der **wirtschaftlichen Aufsicht** wurden die Rechnungsabschlüsse 2002 und die Voranschläge 2004 der 10 nichtstädtischen Krankenanstalten, welche Beiträge zum Betriebsabgang oder zum Errichtungsaufwand oder sonstige Zahlungen durch den WIKRAF erhalten, überprüft.
Im Hinblick darauf, dass die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Leistungsanbietern im Gesundheitsbereich einer Verbesserung bedarf, hat die Geschäftsstelle des WIKRAF im Jahr 2003 die Krankenanstalten eingeladen, Projekte zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem stationären und dem niedergelassenen Bereich vorzustellen. Von den eingelangten Projektvorstellungen konnte das Modellprojekt **„Patient/innenorientierte integrierte Krankenbetreuung in Wien 14. bis 17. Bezirk – PIK"** als förderungswürdig eingestuft werden, dessen Ziel die Weiterentwicklung und Verbesserung des Schnittstellenmanagements zwischen ambulanter und stationärer Betreuung und die Ermöglichung einer umfassenden Krankenbetreuung zu Hause ist. Zuschüsse an die vom „PIK" erfassten Krankenanstalten wurden im Ausmaß von rund 249.000 EUR gewährt.
Das Jahr 2003 war geprägt von der Weiterentwicklung und Aktualisierung des Dokumentations- und Berichtssystems die Statistik- und Kostendaten der Krankenanstalten betreffend. Infolge der Umsetzung der Änderungen mit 1. Jänner 2004 waren entsprechende Gesetz- und Verordnungsentwürfe zu begutachten. Von den Mitarbeiter/innen der MA-K waren, bedingt durch die grundlegende Änderung und die Erweiterung der zur weiteren Verarbeitung von den Krankenanstalten übermittelten Datenstruktur und den damit verbundenen umfangreichen Programmier- und Adaptionsarbeiten, zahlreiche Arbeitskreise

und Informationsveranstaltungen zu besuchen. Nicht zuletzt hat die **Einführung von SAP** ab 1. Jänner 2004 für den Bereich der MA-K im letzten Quartal des Jahres entsprechende Vorbereitungsarbeiten und Schulungsveranstaltungen notwendig gemacht.

Wiener Stadtwerke

Als „Konzernmutter" ist die **Wiener Stadtwerke Holding AG** für alle Bereiche des Unternehmens verantwortlich. In vier Vorstandsbereichen werden konzernübergreifende Aufgaben koordiniert. Die Holding gibt die strategischen Ziele vor und unterstützt die Konzerntöchter (Wien Energie, Wiener Linien, Bestattung Wien und Beteiligungsmanagement) bei der Umsetzung. Bei ihr sind alle konzernübergreifenden Aufgaben von der Gehaltsverrechnung bis zum Vergabewesen zusammengefasst, das garantiert schlankere Organisationsstrukturen.

Forschung & Entwicklung

Wiener Zukunftsnetz

Mehr als die Hälfte der Österreicher/innen verfügt bereits über einen Internet-Zugang. Pro Jahr nimmt der Datenverkehr um 400 Prozent zu. Mit **„Fiber to the home"** setzt Wienstrom auf die Lichtwellenleiter-Technologie. Bereits jetzt existieren über 1.000 Kilometer Glasfaserkabel, weitere 2.000 Kilometer Rohrleitungen sind bereits verlegt. Und ausgewählte Gebiete in Wien kommen jetzt schon in den Genuss dieser neuen und leistungsfähigen Technologie. Dank der Glasfasertechnologie werden Up- und Downloadraten von zehn Mbit/s (Megabit pro Sekunde) ermöglicht, die auf 100 Mbit/s erhöht werden können.

Bisher steht diese Technologie aus Kostengründen in erster Linie Unternehmen zur Verfügung. Am Leberberg in Simmering haben im Rahmen eines Pilotprojekts nun erstmals auch Privatpersonen Zugang zu den Möglichkeiten des neuen Netzwerks. Damit eröffnet Wienstrom mit der Marke **„blizznet"** eine neue Dimension im Bereich der Kommunikation via Internet. Unser Ziel ist es, den Breitband-Anschluss neben Strom, Gas und Wasser zur Basisversorgung jedes Wiener Haushalts werden zu lassen. Von diesem technologischen Sprung wird der gesamte Wiener Raum nachhaltig profitieren.

Grüne Kraft

Strom und Wärme aus Kukuruz: Initiiert von der Wiener Stadtwerke Beteiligungsmanagement GmbH (BMG), entwickelte die Federspiel Ökotechnology GmbH in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Wien eine innovative Verbrennungstechnologie. Seit Mai 2003 laufen in der Pilotanlage auf dem Gelände des Kraftwerks Simmering die ersten Feuerungsversuche. Ein wesentlicher Vorteil der **Greenpower-Ökoenergieanlage** liegt darin, dass es sich dabei um eine einfache, leistbare Technologie handelt. Sie soll für ein breites biogenes Brennstoffband verwendbar sein.

Die Investitionskosten des Pilotprojekts von rund 5,5 Mio. EUR werden von der EU mit 1,5 Mio. EUR und von der Republik mit 1 Mio. EUR gefördert. Ziel der BMG und ihrer Partner ist es, die Technologie-Kette zur wettbewerbsfähigen Serienreife zu führen. Nach dem Projekt in Dürnkrut sind weitere Anlagen in den klassischen Ackerbau-Regionen Österreichs sowie in den neuen EU-Ländern geplant.

Wien Energie

Mit der Zusammenführung von Wienstrom, Wien Energie Gasnetz und Fernwärme Wien unter ein Markendach am 1. Oktober 2003 wurde der Marktauftritt des Konzerns optimiert. Die Beweggründe für diesen Schritt lagen in der notwendigen auch optischen Neupositionierung im Wettbewerb, der bereits die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Vertriebsstruktur mit der Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG vorausging.

Wien Energie Wienstrom ist auch unter streng von der E-Control regulierten Umfeldbedingungen Garant für hohe Versorgungsqualität und -sicherheit. Hierfür wird Strom in drei kalorischen Kraftwerken in Wien, die mit optimalen Filteranlagen und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ausgestattet sind, produziert. Mit der KWK-Technologie wird in den Wärmekraftwerken die Brennstoffausnutzung optimiert und damit die Immis-

Statistische Kennzahlen 2003

Unternehmung	Umsatz		EGT		Jahresergebnis		Sachanlage-Investitionen		Mitarbeiter/innen [2] per 31.Dezember	
	in Mio. EUR									
	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002
Holding	23,3	23,6	-1,4	15,3	1,6	14,5	0,1	0,1	150	157
Wien Energie [1]	1.703,6	1.233,7	84,3	48,8	86,8	39,2	207,2	202,5	5.691	5.750
Wiener Linien	337,3	321,0	-94,2	-100,4	0,0	0,0	336,3	300,2	8.223	8.327
Bestattung Wien	32,5	32,5	1,1	0,8	0,7	0,5	1,0	1,0	410	418
Beteiligungsmanagement	1,6	1,7	-36,0	0,1	0,0	0,2	0,3	1,0	15	10
Konzern konsolidiert	2.067,3	1.598,0	–30,8	–50,4	1,6	14,5	558,9	526,9	14.485	14.662

[1] Energiegeschäftsjahr Wien Energie-Konzern 1. Oktober 2002 bis 30. September 2003 und Rumpfgeschäftsjahr 1. Jänner bis 30. Sepember 2002

[2] inkl. Karenzurlauber/innen und Präsenzdiener, ohne Lehrlinge.

Kennzahlen Wien Energie

Energieträger	2002/2003	± Prozent	2001/2002	2001
Strom				
Stromaufbringung in GWh	10.845,5	+ 2,0	10.633,6	10.297,0
davon Eigenerzeugung	5.660,0	+ 8,0	5.242,7	4.373,0
Fremdbezug	5.185,5	– 3,8	5.390,9	5.924,0
Netzabgabe in GWh	10.080,0	+ 1,5	9.930,4	9.626,2
davon Tarifkunden	4.999,9	+ 0,7	4.963,2	4.544,9
Großkunden	5.080,1	+ 2,3	4.967,2	5.081,3
Stromnetz in km	22.776,7	+ 1,0	22.562,0	22.448,4
davon Kabel	19.019,7	+ 1,2	18.796,3	18.687,2
Freileitungen	3.757,0	– 0,2	3.765,7	3.761,3
Engpassleistung der eigenen Kraftwerke	1.379,0	± 0,0	1.379,0	1.436,0
Gas				
Durchgeleitete Erdgasmenge in Mio Nm^3	2.205,7	+ 10,0	2.005,1	1.933,3
Gasverkauf in GWh	21.147,1	+ 4,5	20.232,1	19.505,2
davon Tarifkunden	7.480,4	+ 5,3	7 104,3	7.381,3
Großkunden	13.666,7	+ 4,1	13.127,8	12.123,9
Rohrnetz in km	3.427,6	+ 0,1	3.424,6	3.417,7
davon Hochdruck	485,1	– 0,5	487,5	488,2
Niederdruck	2.942,5	+ 0,2	2.937,1	2.929,5
Hausanschlussleitungen Stk.	121.248	– 7,8	131.480	130.749
Fernwärme				
Wärmeaufbringung in GWh	5.537,4	+ 8,3	5.113,0	5.304,0
davon Müllverbrennung	1.095,8	+ 1,5	1.079,5	1.081,4
Kraft-Wärme-Kopplung	4.009,8	+ 7,2	3.740,1	3.845,2
Sonstiges	431,8	+ 47,2	293,4	377,4
Fernwärmenetz in km	984,4	+ 2,1	962,7	939,9
Fernwärmeverkauf in GWh	5.134,0	+ 7,7	4.766,3	4.870,0
davon Wohnungskunden	1.567,0	+ 7,8	1.453,7	1.909,6
Großkunden	3.567,0	+ 7,7	3.312,6	2.960,4
Installierte Leistung der Wärmeerzeugungsanlagen	2.780	– 0,3	2.787	2.787
EnergieComfort				
Wärmeverkauf in GWh	229,2	+ 13,8	201,4	210,9



Das Kleinwasserkraftwerk Gaming 1 nutzt als Ökoenergieanlage das Wasser der II. Wiener Hochquellenleitung.

sionsbelastung in Wien deutlich reduziert. Strombezugsrechte an den Wasserkraftwerken Freudenau und Greifenstein, der Betrieb von Kleinwasserkraftwerken im niederösterreichischen Bereich der I. Wiener Hochquellenleitung sind weitere Beiträge für die hohe Versorgungs- und Umweltqualität der Wiener Stromversorgung. In den letzten 15 Jahren wurden etwa 300 Mio. EUR in die Verbesserung der Umweltstandards investiert. Als Netzbetreiber verfügt Wienstrom über ein Leitungsnetz von fast 23.000 km, wovon rund 4.700 km auf Telefon- und Lichtwellenleitungen entfallen.

Wien Energie Gasnetz ist für Wartung, Instandhaltung und Erneuerung eines ca. 3.430 km langen Rohrnetzes und mehr als 121.000 Hausanschlussleitungen verantwortlich. Durch die regelmäßige Zertifizierung nach ISO 9001 und 14001 werden die hohen Qualitätsstandards abgesichert, die Serviceleistungen permanent verbessert und damit die Kundenzufriedenheit erhöht.

Wien Energie Fernwärme ist mit einem Jahreswärmeverkauf von fast 50 Prozent der gesamten heimischen Fernwärme das größte Wärmeversorgungsunternehmen Österreichs. Ein Fernwärmenetz, das rund 510 km Haupttransportleitungen und 475 km Sekundärleitungen umfasst, versorgt bereits mehr als 234.000 Wiener Haushalte, rund 4.800 Gewerbe- und Industriebetriebe sowie öffentliche Gebäude wie Schulen und Spitäler mit Heizenergie. Fernwärme Wien verringert somit den jährlichen Schadstoffausstoß um rund 1 Million Tonnen im Vergleich zu Heizungen mit fossilen Brennstoffen wie Kohle oder Heizöl.

EnergieComfort betreibt lokale Wärme- und Kälteversorgungsnetze bzw. -anlagen in Wien, Niederösterreich und der Steiermark. In den Nachbarländern Ungarn und Slowakei ist das Unternehmen im Bereich Fernwärmeversorung tätig.

Umwelt

Wien Energie als der wichtigste Energiedienstleister Wiens und Österreichs setzt schon seit langem auf die Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Durch die seit 1. Jänner 2003 geltenden Bestimmungen der Ökostromverordnung soll der Anteil erneuerbarer Energiequellen an der Gesamtproduktion bis zum Jahr 2008 von derzeit 72 Prozent auf 78 Prozent angehoben werden. Zudem muss für die kostendeckende Vergütung für Strom aus Kleinwasserkraftwerken, Sonne, Wind und Biomasse gesorgt werden.

Diese Aufgaben werden in der Wienstrom Naturkraft GmbH & Co KG gebündelt. Der Anteil der ökologischen Stromproduktion wird von derzeit 100 GWh bis 2008 auf 400 GWh pro Jahr gesteigert werden. Dabei setzen wir auf unsere Kleinwasserkraftwerke Opponitz, Trumau, Gaming 1 und Gaming 2 sowie auf den Neubau des Kleinwasserkraftwerks Nussdorf.

In Kooperation mit der BEWAG beteiligt sich die Wienstrom Naturkraft an dem viel versprechenden Energieprojekt Zurndorf zur Gewinnung von Strom aus Windkraft. Auf dem Kraftwerksgelände von Wien Simmering entsteht eine neue Großanlage zur Strom- und Wärmegewinnung aus Biomasse. Zudem sammelt und wertet die Naturkraft Daten aus Solaranlagen in Hinblick auf eine nachhaltige und effiziente Nutzung von Sonnenenergie aus. Die Informationen stehen allen Interessierten, Privaten wie Unternehmen, zur Verfügung.

Wirtschaftliche Entwicklung

Das Geschäftsjahr 2002/2003 umfasst erstmalig ein ganzes Wirtschaftsjahr für den Zeitraum 1. Oktober 2002 bis 30. September 2003. Dadurch ist ein Vergleich mit den Vorjahreswerten (Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Jänner bis 30. September 2002) nur eingeschränkt möglich, da eine Winterhälfte als wesentlicher Umsatzbestandteil fehlt.

Die Erhöhung der Umsatzerlöse auf 1.703,6 Mio. EUR ergibt sich aus dem verkürzten Vorjahreswert (Rumpfgeschäftsjahr). Allerdings ist klimatisch bedingt der Energiebedarf angestiegen; die Temperaturentwicklung in der Heizperiode Oktober bis März war mit durchschnittlich 3,6 °C um 1,7 °C kälter als im Vorjahr. Bei Betrachtung der verkauften Energiemengen im simulierten Vergleichszeitraum 1. Oktober 2001 bis 30. September 2002 stieg die Stromabgabe um 2 Prozent, die Gasabgabe um 4,5 Prozent, die Fernwärmeabgabe um 7,7 Prozent und der Ortswärmeverkauf um 13,8 Prozent. Damit verbesserte sich das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)** um rund 73 Prozent auf 84,3 Mio. EUR. Die Investitionen, die gänzlich aus eigenen Mitteln finanziert werden konnten, beliefen sich für das Berichtsjahr auf 207,2 Mio. EUR. Der Großteil entfiel mit rund 54 Prozent auf die Erweiterung und Erneuerung der Netze des Unternehmensbereichs Wienstrom, mit 28 Prozent auf den Bau des neuen, vierten Wirbelschichtofens der Fernwärme Wien.

Die **Liberalisierung der Energiemärkte** führte zu einer deutlichen Zunahme des Wettbewerbs und machte eine Adaptierung der Unternehmensstrukturen notwendig. Die Shared Service Organisation, die Bündelung der Vertriebsaktivitäten der Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG und der Fernwärme Wien, soll unseren Kunden den Vorteil des One-Stop-Shops eröffnen und die Versorgung von Strom, Gas und Fernwärme aus einer Hand ermöglichen.

Österreichische Stromlösung

Der Verbund und die Partnergesellschaften der Energieallianz Austria (EVN, Wien Energie, Energie AG Oberösterreich, BEWAG und Linz AG) erhielten im Juni 2003 die Genehmigung der Europäischen Wettbewerbskommission zur Umsetzung der österreichischen Stromlösung. Gemeinsames Ziel dieser Partnerschaft ist neben dem Zusammenschluss in den Bereichen Stromhandel und Großkundenvertrieb unter der Führung der Energieallianz Austria eine koordinierte Einsatzplanung und Steuerung der Kraftwerke. Die Genehmigung der Österreichischen Stromlösung durch die Wettbewerbsbehörde in Brüssel erfolgte vorbehaltlich der Erfüllung wettbewerbssichernder Auflagen.

EconGas GmbH

Am 1. Jänner 2003 startete die EconGas GmbH als bedeutender österreichischer Erdgasanbieter mit dem operativen Geschäft für Businesskunden. EconGas ist eine gemeinsame Vertriebsfirma von OMV Erdgas (50 Prozent), Wien Energie Gasnetz (vormals Wiengas) (15,7 Prozent), Begas (2,6 Prozent), EVN (15,7 Prozent), Linz Gas/Wärme (0,45 Prozent), und OÖ Ferngas (15,55 Prozent).

Wiener Linien

Die Wiener Linien zeichnen als integriertes Verkehrsunternehmen für das Verkehrsmanagement in Wien und für den Betrieb von fünf U-Bahn-Linien, 32 Straßenbahnlinien und 80 Autobuslinien, sowie für den Neubau (z. B. U-Bahn), beziehungsweise die Beschaffung und Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur und Fahrzeuge verantwortlich.

Rund 336 Mio. EUR investierten die Wiener Linien allein im Jahr 2003 in die **Verbesserung der Infrastruktur** – der größte Teil betrifft den U-Bahn-Neubau – und in neue Fahrzeuge. Investitionen, die überwiegend Wiener Unternehmen zu Gute kommen. Über 8.000 Mitarbeiter tragen durch ihr Engagement zum wirtschaftlichen Erfolg und der ausgezeichneten Reputation des Unternehmens bei.

Kennzahlen Wiener Linien

Bezeichnung	2003	± Prozent	2002	2001
Fahrgäste in Mio.	721,8	– 0,1	722,4	729,4
davon Straßenbahn	203,8	– 0,1	204,0	206,7
U-Bahn	409,7	+ 0,0	409,6	413,1
Autobus	108,4	– 0,4	108,8	109,7
Liniennetz in km	924,4	+ 0,5	919,7	917,4
davon Straßenbahn	231,7	– 0,3	232,5	232,5
U-Bahn	60,5	– 1,8	61,6	61,6
Autobus	632,2	+ 1,1	625,6	623,3
Wagennutzkilometer in Mio.	126,6	– 0,9	127,8	129,4
Fuhrpark				
Straßenbahn-Triebwagen	566	+ 3,3	548	569
davon Niederflur	122	+ 25,8	97	83
Straßenbahn-Beiwagen	335	– 4,3	350	369
U-Bahn-Triebwagen	636	± 0,0	636	636
U-Bahn-Beiwagen	48	– 4,0	50	48
Autobusse	495	– 0,2	496	497
Normalbusse	306	– 3,8	318	311
davon Niederflur	238	– 0,8	240	190
Gelenkbusse	173	+ 8,1	160	166
davon Niederflur	129	+ 33,0	97	97
Midibusse Niederflur	16	– 11,1	18	20

Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener

Die Beschilderung der Fahrzeuge und im U-Bahnbereich das Farb-Leitsystem sowie Informationen im Stationsbereich über Betriebszeiten, Linienführung und die unmittelbare Umgebung der Station verschaffen den notwendigen Überblick zur bestmöglichen Erreichung des Fahrziels. Seit zwei Jahren sind die U-Bahnstationen der Wiener Linien mit **elektronisch gesteuerten Informationsanzeigen** ausgestattet, die neben den Angaben über Endstation und Wartezeit auch über Sonderzüge, Betriebsende oder allfällige Störungen informieren. Zwei Millionen Passagiere nutzten im Jahr 2003 täglich das Verkehrsangebot der Wiener Linien.

Umwelt

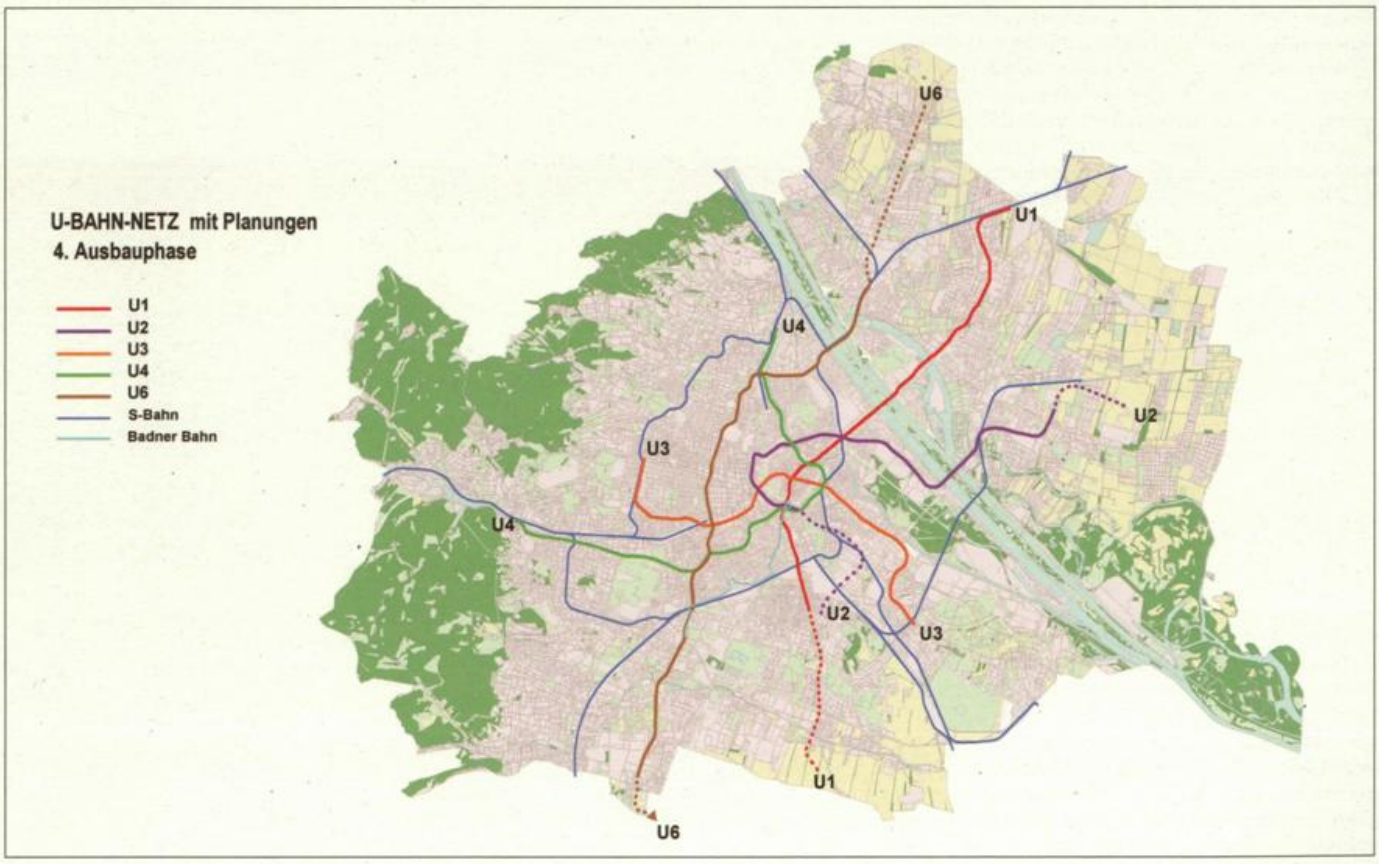
Im Bereich der Beheizung der Stationen und Werkstätten, sowie bei der Warmwasseraufbereitung wurde durch die Nutzung von Erdwärme und den Einsatz von Solarenergie und Wärmepumpen eine umweltfreundliche Lösung gefunden. Zudem wurden in Forschungsprojekten umweltfreundliche Fahrzeugantriebssysteme analysiert.

Als das größte österreichische Nahverkehrsunternehmen kommt den Wiener Linien eine besondere Aufgabe im Bereich Emissionsreduktion zu. Dabei setzen wir auf den konsequenten Ausbau des Wiener U-Bahn-Netzes, vor allem der Verlängerung der U1 und U2, sowie auf die Modernisierung unserer Autobusflotte. Bereits seit 2000 sind alle unsere Flüssiggasbusse mit 3-Wege-Katalysatoren ausgerüstet. Die Wiener Linien verfügen somit über die umweltfreundlichste Busflotte der Welt.

Wirtschaftliche Entwicklung, Investitionen

Die Umsatzerlöse der Wiener Linien des Jahres 2003 stiegen um 5,1 Prozent von 321,0 Mio. EUR auf 337,3 Mio. EUR. Die Verbesserung ist zum einen auf die ganzjährige Auswirkung der Tarifanpassung per 1. Juni 2002 zurückzuführen, spiegelt zum anderen aber ein im Vergleich zum Vorjahr geändertes Kaufverhalten bei den Fahrausweisen (mehr Einzelfahrten, weniger Netzkarten) deutlich wider. Unter Berücksichtigung der übrigen Erträge und der Aufwendungen ergab sich ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von minus 94,23 Mio. EUR, was einer Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von 6,1 Prozent entspricht. Der Fehlbetrag wurde durch die Kapitalrücklage abgedeckt, sodass die Wiener Linien ein ausgeglichenes Jahresergebnis aufweisen.

Im Berichtsjahr 2003 wurden 335,82 Mio. EUR (exklusive Finanzanlagen) investiert. Davon entfielen ca. 214 Mio. EUR auf den U-Bahn Neubau mit Schwerpunkt der Verlängerung U1 und U2. Für die Erneuerung des Fuhrparks wurden im Bereich Niederflurstraßenbahn (ULF) ca. 52 Mio. EUR und für neue Niederflurbusse rund 15 Mio. EUR aufgewendet. Die Weiterentwicklung von Fahrzeugbauteilen sowie die ständige Optimierung des Rad-Schiene-Zusammenspiels haben zu einer Reduktion der Verschleißkosten geführt. Auch



bereits bestehende Entwicklungen konnten optimiert und in ihrem Einsatz ausgeweitet werden.

Das **rechnergesteuerte Betriebsleitsystem (RBL)** wurde auf zusätzliche Linien erweitert. Dieses System ermöglicht neben der genauen Standortbestimmung von Straßenbahnen und der damit einhergehenden Gewährleistung der Anschlusssicherung ein wichtiges Instrument zur Fahrgastinformation.

Ausbau des U-Bahn-Netzes

- **Verlängerung der Linie U1** (Budget: ca. 664 Mio. EUR, Investitionen 2003: ca. 101 Mio. EUR): Mit der Verlängerung der Linie U1 über die derzeitige Endstelle Kagran hinaus bis zur Stadtgrenze erhalten die beiden Bezirke Donaustadt und Floridsdorf ein weiteres attraktives öffentliches Verkehrsangebot. Damit wird der Mobilitätsnachfrage der überwiegend von Jungfamilien bewohnten, einwohnerstarken Bezirke der Stadt – in Summe wohnen hier 260.000 Menschen – optimal entsprochen. Die Gesamtfahrzeit der U1 vom Reumannplatz bis zur neuen Endstelle Leopoldau – nahezu eine gänzliche Nord-Süd-Durchquerung Wiens – wird ca. 25 Minuten betragen.
- **U-Bahnlinie U2** ist „auf EM-Kurs" (Budget: ca. 1.268 Mio. EUR, Investitionen 2003: ca. 102 Mio. EUR): Mit dem Spatenstich am 12. Juni 2003 haben beim Ernst-Happel-Stadion die Bauarbeiten für die Verlängerung der U2 begonnen. Ab 10. Mai 2008 – also rund einem Monat vor der Fußballeuropameisterschaft – wird die U2 über die bisherige Endstelle Schottenring hinaus bis zum Stadion geführt werden. Die Gesamtfahrzeit vom Karlsplatz bis zur Aspernstraße wird ca. 25 Minuten betragen.
- **4. Ausbauphase:** Im Masterplan „Verkehr Wien 2003" wird verstärkt auf die Rolle Wiens im neuen Europa als zentraler Verkehrsknoten und Wirtschaftsstandort eingegangen. In diesem Zusammenhang wurden bereits erste Gespräche zwischen der Stadt Wien und dem Verkehrsministerium bezüglich der 4. Ausbauphase des Wiener U-Bahn-Netzes nach 2009 geführt, wobei folgende Projekte zur Diskussion stehen:
  - o U1-Süd in den Raum Rothneusiedl
  - o U2-Nord in Richtung Flugfeld Aspern
  - o U2-Verlängerung von Karlsplatz über Aspanggründe zum Arsenal und Frachtenbahnhof Süd Ost
  - o U6-Nord nach Stammersdorf/Rendezvousberg
  - o U6-Süd-Einbindung der Wiener Lokalbahn
  - o U4 Auhof.

Bestattung Wien

Die Bestattung Wien ist das größte Unternehmen seiner Art in Österreich und zählt zudem zu den größten Bestattungsunternehmen in Europa. Während der beinahe hundertjährigen Unternehmensgeschichte wurden rund zwei Millionen



Vizebürgermeister Dr. Sepp Rieder bei der Spatenstichfeier zur Verlängerung der Linie U2 Richtung Aspern

Begräbnisse durchgeführt. In 14 ISO-zertifizierten Kundenservicestellen, zwölf in Wien und zwei im angrenzenden Niederösterreich, stehen bestens geschulte Mitarbeiter/innen unseren Kunden mit Rat und Tat zur Seite. 60 gewerberechtlich genehmigte Anmeldestellen in Wien und weitere 20 in Niederösterreich bilden die erste Ansprechstelle bei Todesfällen. Die eigene Sargerzeugung ist staatlich ausgezeichnet und produziert über den unternehmensinternen Bedarf hinaus auch für den Verkauf in die übrigen Bundesländer. Das Leistungsspektrum der Bestattung Wien, das von der umfassenden Organisation der Trauerfeierlichkeit bis hin zur Hilfestellung in behördlichen und versicherungstechnischen Belangen reicht,

Kennzahlen Bestattung Wien

Bezeichnung	2003	± Prozent	2002	2001
Umsatzerlöse in Mio. EUR	32,5	± 0,0	32,5	31,5
EGT in Mio. EUR	1,1	+37,5	0,8	0,6
Investitionen in Sachanlagen in Mio. EUR	1,0	± 0,0	1,0	1,0
Mitarbeiter/innen per 31. Dezember	413	+ 0,7	410	432
Entwicklung der Bestattungsleistungen				
Erdbestattungen	10.687	– 1,2	10.813	10.724
Feuerbestattungen	2.789	+ 5,5	2.643	2.722
Exhumierungen, Überführungen, sonstige Leistungen	4.544	+ 2,2	4.445	4.570
Leistungen für andere Bestatter	1.957	+ 4,9	1.866	1.790
Bestattungen auf Anordnung der Sanitätsbehörde	761	+ 3,0	739	669
Summe	**20.738**	**+ 1,1**	**20.506**	**20.475**
Sargverkauf in Stück				
Verkauf Wien	17.813	– 0,2	17.784	17.744
Verkauf Bundesländer	12.870	– 1,5	13.068	12.219
Summe	**30.683**	**– 0,5**	**30.852**	**29.963**

wird kontinuierlich erweitert. Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt im Ausbau der Vermittlung zur psychologischen Betreuung bei der Trauerbewältigung sowie in der Angebotserweiterung des musikalischen Repertoires und der Sargauswahl. Permanent wird auch in die optische Verschönerung und in die Ausstattungsstandards der Aufbahrungshallen investiert.

Optimierung der EDV

Die zweite Phase des Projektes „WorkFlow" (elektronischer Aktenlauf) konnte erfolgreich realisiert werden. Die damit hergestellte Direktanbindung und Vernetzung der Filialen wurde im Zuge des Kick-off den Medien vorgestellt. Zudem wurde die technische Infrastruktur für das Dokumentenmanagement erfolgreich implementiert. Die Übernahme des kompletten Bildarchivs der Abteilung Kundenservice wird voraussichtlich bis Ende 2004 abgeschlossen sein. Für die Anbindung an SAP wurde eine Machbarkeitsanalyse in Auftrag gegeben, welche die Entscheidungsgrundlage für die weitere Vorgehensweise bilden wird.

Internationale Zusammenarbeit

Die auf Initiative des Deutschen Normungsinstituts gegründete Arbeitsgruppe zur Etablierung einer internationalen Bestattungsnorm wurde im Jahr 2003 unter Federführung des europäischen Normungsinstituts CEN fortgesetzt. Neben Österreich sind in dieser Arbeitsgruppe zehn westeuropäische Länder vertreten. Die österreichischen Interessen werden auf Wunsch des Fachverbands Bestattung der Wirtschaftskammer Österreich durch die Bestattung Wien gewahrt. Im Jahr 2003 wurden drei Tagungen abgehalten. Die Fertigstellung dieser Norm soll in etwa zwei Jahren abgeschlossen sein.

Beteiligungsübersicht in Prozent (Stand 31. Dezember 2003):

Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen	96,58
STPM Städtische Parkraummanagement Gesellschaft mbH	51,00
Immobiliendevelopment WIENER STADTWERKE BMG & Soravia AG	44,00
GREENPOWER Anlagenerrichtungs- und Betriebs-GmbH	47,00
Importkohle Gesellschaft m.b.H.	33,00
master-talk Austria Telekom Service GmbH	32,45
master-talk Austria Telekom Service GmbH & Co KG	32,45
TELEREAL Telekommunikationsanlagen GmbH	25,00
Vereinigte Telekom Österreich Beteiligungs Ges.m.b.H.	18,27

Entwicklung im Berichtsjahr

(In Mio. EUR)	2003	± Prozent	2002	2001
Umsatz	1,6	– 5,9	1,7	1,8
EGT	–36,0	n. e.	0,1	– 1,6
Investitionen	0,3	–50,0	0,6	2,6
Mitarbeiter/innen per 31. Dezember [1]	14	– 6,7	15	13

[1] Ohne Karenzurlauber/innen, Präsenzdiener und Lehrlinge.

Bestattungsmuseum

Am 26. September 2003 nahm das Bestattungsmuseum zum dritten Mal an der vom ORF veranstalteten „Langen Nacht der Museen" teil. Neben den üblicherweise nicht zu besichtigenden historischen Trauerkutschen wurde eine „Feuerwehraufbahrung" präsentiert. Ein weiterer Anziehungspunkt waren Lesungen unter dem Motto „A schene Leich – ein literarischer Leichenschmaus". Mit 1.500 Besucher/innen wurde in dieser Nacht ein neuer Besucherrekord verzeichnet. Darüber hinaus ist das Bestattungsmuseum ein beliebter Ort für Kulturveranstaltungen der unterschiedlichsten Art.

Beteiligungsmanagement

Die Wiener Stadtwerke Beteiligungsmanagement GmbH (BMG) war bislang als operative Zwischenholding tätig, die neben den internen Holding-Funktionen ihre Dienstleistungen, wie beispielsweise Projektmanagement und Consulting, auch am freien Markt angeboten hat. Einhergehend mit der Neuausrichtung der Konzernstrategie der Wiener Stadtwerke und den damit verbundenen Restrukturierungsmaßnahmen wird diese externe operative Tätigkeit im Laufe des Jahres 2004 eingestellt. Der Unternehmensauftrag der BMG ist die Verwaltung jener Beteiligungen, die nicht den Kernbereichen des Wiener Stadtwerke-Konzerns zuzurechnen sind. Die BMG unterstützt den Ausbau der Wiener Stadtwerke zu einem Multi-Utility-Unternehmen, indem sie zudem für den Aufbau neuer Geschäftsfelder und Firmengründungen verantwortlich zeichnet. Die BMG verzeichnete im Berichtsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 1,6 Mio. EUR. Der Rückgang von 5,6 Prozent ist vorwiegend auf geringere Erlöse aus dem Baumanagement zurückzuführen. Das negative Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit begründet sich in den Aufwendungen für Beteiligungen. Die Investitionen von 0,3 Mio. EUR betrafen hauptsächlich die Immobilie in der Simmeringer Hauptstraße 112–114.

WienIT EDV-Dienstleistungsgesellschaft mbH

Nach eingehenden Vorarbeiten und der detaillierten Erstellung eines Business-Plans wurde die WienIT EDV Dienstleistungsgesellschaft mbH (WienIT) als 100-prozentiges Tochterunternehmen der Wiener Stadtwerke Holding AG im Oktober des Berichtsjahres gegründet. Der komplexe Einsatz modernster Informationstechnologien in allen Unternehmensbereichen der Wiener Stadtwerke verlangt eine professionelle und laufende Optimierung der Prozesse und Standards. Hier fungiert nun die WienIT mit ihren rund 200 Mitarbeiter/innen als zentraler Universaldienstleister und Anlaufstelle. Geschäftsbeziehungen werden aber auch mit der EnergieAllianz Austria und Kunden im Umfeld der Gemeinde Wien geführt. Das Einsatzspektrum der WienIT ist so breit gefächert wie die Möglichkeiten der modernen Informationstechnologien selbst. Der Schwerpunkt liegt in der Schaffung und Betreuung von IT-Lösungen für die unterschiedlichsten Frage-

stellungen der einzelnen Unternehmensbereiche, wie etwa die Implementierung von Customer-Relationship-Management-Systemen (CRM), Applikationsintegrationen zur Optimierung von Schnittstellen oder E-Business-Lösungen. In ihren Verantwortungsbereich fallen aber auch allgemeine EDV-Fragestellungen wie Netzwerksicherheit, Druckmanagement oder informationstechnologische Katastrophenvorsorge.

Als Referenzprojekte seien angeführt:

- Workflow „Kundenservice Bestattung": EDV-gestützte Bearbeitung der Geschäftsfälle und Integration der einzelnen Filialen.
- CRM für Wien Energie: Schaffung eines Customer Care Centers inklusive Prozessintegration der kundenseitigen Schnittstellen.
- Wien Energie Gasnetz: Schaffung eines IT-Systems zur direkten Gas-Kommissionierung via Internet.
- Wien Energie Vertrieb: Aufbau eines Internet-basierten Umzugsservices für Wienstrom-Kunden.
- Wiener Linien: Einführung eines SAP-kompatiblen EDV-gestützten Fahrausweisverrechnungssystems.
- Wien Energie: Einführung eines Data Warehouse System für einheitliches, bereichsübergreifendes Reporting und Controlling.

Bildung, Jugend, Soziales, Information und Sport

Amt für Jugend und Familie (MA 11)

Organisations- und Qualitätsentwicklung

Der Schwerpunkt in diesem Jahr war die Erstellung der Unterlagen für den Abschluss eines **Leistungskontraktes** mit der Geschäftsgruppe und der Magistratsdirektion. Der Kontrakt setzt sich aus einer Basisdarstellung mit den aktuellen Daten, der Definition der Ziele der Abteilung unter Einbeziehung der Geschäftsgruppen- und Verwaltungsziele sowie der Operationalisierung dieser Ziele nach Inhalt, Ausmaß, Zeitbezug, Indikatoren und Kennzahlen zusammen.

Das 2002 begonnene **Projekt MAG ELF DIGITAL** dient dazu, einheitliche Standards der Dokumentation und Statistik für alle Fachdezernate auf der Basis elektronischer Datenspeicherung und -verwaltung zu entwickeln. Aufgaben in diesem Jahr waren die Analyse der unterschiedlichen Aufbewahrungs- und Skartierungsregelungen und eine genaue Geschäftsprozessanalyse des Ist-Standes.

Eine ungewöhnlich hohe Beteiligungsrate kennzeichnete die **Mitarbeiter/innenbefragung 2003**: Fast 60 Prozent der Mitarbeiter/innen beteiligte sich daran. Die Zufriedenheit ist gegenüber 2001 noch leicht angestiegen. 92 Prozent sind mit ihrem Arbeits- und Fachgebiet zufrieden, 81 Prozent mit ihrer tatsächlichen Tätigkeit. Es zeigte sich, dass die Zufriedenheit um so höher ist, je besser das Arbeitsklima in der jeweiligen Dienststelle ist. Aufgeschlüsselt nach Teilbereichen besteht die größte Zufriedenheit in der Beziehung zu Kolleg/innen (die auch in der Wichtigkeit am höchsten eingeschätzt wird) und zu unmittelbaren Vorgesetzten.

Neben fünf Ausgaben der **MAG ELF-Intranet-Mitarbeiter/innenzeitung „Inside"** mit Diskussionsmöglichkeit gab es drei Diskussionsveranstaltungen zu Fachthemen im „MAG ELF-Forum".

Die Veranstaltungen des **Fortbildungszentrums** erfreuten sich großen Interesses. An die 1.000 Mitarbeiter/innen besuchten die angebotenen Vorträge, Kurse und Seminare. Für die gesamte Abteilung berechnet, entfielen auf jede/n Mitarbeiter/in im Schnitt etwa 18 Fortbildungsstunden. Besonders gefragt waren rechtliche Inhalte und der Themenbereich Gewalt, Aggression, abweichendes Verhalten. Über 50 Berufsanfänger/innen erhielten in drei Blockveranstaltungen eine Einführung in die Organisationsstruktur und -kultur der Abteilung.

Drei Diplomarbeiten behandelten mit Unterstützung der **Grundlagenforschung** Themen aus dem Bereich der MAG ELF: Arbeitsorientierungen von Sozialarbeiter/innen im Spannungsfeld von Service- und Schutzauftrag, Grundhaltungen von Medienberichten über Kindestötung und Kindesaussetzung, Verfügbarkeit und Zugang zu Angeboten der MAG ELF. Beim 8. Europäischen Kongress für Psychologie stellte die Grundlagenforschung einen multidisziplinären Ansatz zum Qualitätsmanagement in sozialen Einrichtungen, Zufriedenheitsforschungen in der Jugendwohlfahrt und einen Ansatz zur Längsschnittanalyse von psychosozialen Betreuungen vor.

Public Relations

Durch eine Ausschreibung mit drei Bewerbern wurde ein passendes **Werbe- und Kommunikationskonzept für den Bereich Pflegeeltern** erstellt und eine Werbekampagne durchgeführt, um neue Pflegeeltern zu gewinnen, das Image der Pflegeeltern und die Kommunikation mit ihnen und untereinander zu verbessern. Die eingesetzten Mittel waren Verkehrsmittelwerbung, gezielte Inserate, Poster, eine Informationsbroschüre, neue Internet-Seiten und verschiedene Folder. Der Information der Pflegeeltern dient ein neu entwickeltes Pflegeelternmagazin. Ergänzend zur allgemeinen Kampagne wurde versucht, Pflegeeltern für die Betreuung von Risikokindern zu gewinnen.



Mit einer Informationskampagne macht die MA 11 auf den Bedarf an Pflegeeltern aufmerksam und würdigt zugleich die große Leistung der Pflegemamas und Pflegepapas.

Die Gründung der ersten Berufsvormundschaftsstelle in Wien Ottakring vor 90 Jahren war der Anlass für die Herstellung einer **Wander-Ausstellung „90 Jahre Jugendwohlfahrt in Wien"**

und die Produktion eines gleichnamigen Kurzfilms. Außerdem erschien eine Broschüre zu diesem Thema, die die bewegte Entwicklung der Jugendwohlfahrt in Wien ausführlich aus der Sicht einer Sozialarbeiterin dokumentiert.

Die Herstellung der **Dokumentenmappen**, die an werdende Eltern ausgegeben werden, erfolgte für ein weiteres Jahr. In Zusammenarbeit mit der MA 53 konnten auch andere Magistratsdienststellen ihre Informationen an werdende Eltern darin unterbringen.

Eine Reihe **gesamtösterreichischer Veranstaltungen** organisierte diesmal die MAG ELF: Landesfamilienreferentenkonferenz, Jugendwohlfahrtstagung, Kindergarteninspektor/innentagung, 50. Psychologentagung (mit einer Ausstellung „Psychologie in der Jugendwohlfahrt").

Für ein **Relaunch der MAG ELF-Internetseiten** in wien.at erfolgte als erster Schritt die Erstellung eines Grafik- und Strukturkonzeptes und eine neue Textierung. Die **Servicestelle** verzeichnete rund 25.000 Informations-, Beratungs- und Medienkontakte. Am häufigsten werden die Themen „Trennung und Scheidung" sowie „Vorbereitung auf die Geburt" bzw. „Betreuung von Säuglingen und Kleinkindern" angefragt, gefolgt von „materielle Hilfen" und „Erziehung von Kindern im Schulalter und von Jugendlichen".

Bei 291 Kontakten mit Medienvertreter/innen standen je nach Medium Familienprobleme, Erziehungsfragen, soziale Einzelschicksale im Bereich der Jugendwohlfahrt, anonyme Geburt/Babyklappe, Heime und Wohngemeinschaften, Adoptiv- und Pflegekinder im Vordergrund. Die MAG ELF präsentierte sich und ihre relevanten Aufgabenfelder im Rahmen von insgesamt 16 größeren Veranstaltungen.

Das **Wiener Kindertelefon** hatte insgesamt 3.146 Kontakte, 42 Prozent davon mit Erwachsenen, 36 Prozent mit Jugendlichen, 9 Prozent mit Kindern und 13 Prozent mit professionellen Anrufer/innen. 83 Prozent der Anrufer/innen waren weiblich.

Legistik, Genehmigungen und Aufsicht

Das **Wiener Kindertagesheimgesetz** und die Wiener Kindertagesheimverordnung traten in Kraft. Die neue Formulierung der Aufgaben der Kindertagesheime trug den gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre Rechnung. Als eine der wesentlichen Aufgaben der Kindertagesheime wurde die Integration behinderter Kinder ebenso wie die gemeinsame Erziehung von Kindern unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft gesetzlich verankert. Neben der Betreuung und Erziehung soll auch die Bildung der Kinder wesentlicher Bestandteil des pädagogischen Konzeptes eines Kindertagesheimes sein. Eine Verbesserung der Qualität in der Kinderbetreuung wurde durch eine Senkung der maximalen Kinderhöchstzahl pro Gruppe erreicht. Gleichzeitig wurde das Mindestmaß an bespielbarer Bodenfläche erhöht, das jedem Kind zur Verfügung stehen muss. Auch die Mindestanzahl der Betreuungspersonen in den Gruppen wurde erhöht, die Unterstützung des pädagogischen Personals durch Helferinnen ist jetzt verpflichtend vorgeschrieben.

Die Zahl der Begutachtungen von Gesetzen, Verordnungsentwürfen und sonstigen Normen betrug 98. Zwei neue **freie Träger der Jugendwohlfahrt** wurden durch Bescheid anerkannt. Die Zahl der bescheidmäßigen Bewilligungen nach dem Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetz (Auftrittsbewilligungen) betrug 65.

Das **Referat für Genehmigungen und Aufsicht** erteilte 48 neue Bewilligungen für Tageseltern und 20 neue Betriebsbewilligungen für Kindergruppen. Zum Jahresende gab es in Wien 355 Tagesmütter/-väter und 131 Kindergruppen. Die regelmäßigen Überprüfungen zeigten, dass das Wiener Tagesbetreuungsgesetz zu einer signifikanten Qualitätsverbesserung im Bereich der Kindergruppen und Tagesmütter/-väter geführt hat.

Mit Jahresende gab es in Wien 860 Kindertagesheime mit 74.999 bewilligten Betreuungsplätzen. 202 Bescheide betrafen den Bereich Kindertagesheime (davon 24 Erstbescheide), weiters wurden sieben Anträge auf Bewilligung einer sozialpädagogischen Einrichtung positiv abgeschlossen.

Familienpolitische Aktivitäten

Die MAG ELF organisierte die diesjährige **Landesfamilienreferentenkonferenz** am 15. und 16. Mai in Wien. Zu einer Reihe wichtiger familienpolitischer Fragen wurden Beschlüsse gefasst, so zum Kinderbetreuungsgeld, der Dynamisierung der familienrelevanten Leistungen, Pensionsvorsorge der Eltern, Familie und Verschuldung, Eherecht u. a.

Serviceangebote für Familien

Die Gesamtfrequenz der **Eltern-Kind-Zentren** stieg gegenüber dem Vorjahr wieder an, und zwar auf 65.982 Teilnahmen. Gestiegen sind insbesondere die Teilnahmen bei Aktivitäten, die sich an Eltern mit 1 bis 3-jährigen Kindern bzw. mit Geschwisterkindern richten, wie Krabbelgruppe, Elternrunde und Elterncafé.

Das 2002 begonnene **DAPHNE-EU-Projekt** zur Verhinderung von Gewalt gegen Kinder konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Durch die Fortbildung und den Austausch mit den Partnerländern erreichten die Mitarbeiter/innen eine Kompetenzsteigerung. Die Elternarbeit mit dem Ziel, die Sicherheit und Kompetenz der Eltern zu stärken, konnte verbessert werden. Die Arbeitshypothese, dass das Thematisieren von Gewalt in der Familie keine negativen Reaktionen bei den Eltern auslöst, hat sich bestätigt. In den Elternrunden wird das Thema „Gewalt in der Familie" deshalb zukünftig verstärkt aufgegriffen.

Im **Klinikverbindungsdienst** erfolgte eine Schwerpunktsetzung auf die Geburtsspitäler. Seit Juni 2003 besteht die Möglichkeit, das Wäschepaket bei den Sozialarbeiterinnen im Geburtsspital anzumelden. Durch diese Serviceleistung eröffnet sich den Mitarbeiterinnen die Chance, mit den Schwangeren frühzeitig ins Gespräch zu kommen, problematische familiäre Entwicklungen zu erkennen und diese in einem frühen Stadium durch zielorientierte Interventionen abzufangen. Insgesamt führten die Sozialarbeiterinnen in den Geburtsspitälern 8.411 Informations- und 12.037 Beratungsgespräche mit Schwangeren und Wöchnerinnen durch. Bei 972 Frauen waren 1.124 problemorientierte Beratungen erforderlich.

Die Kliniksozialarbeiterinnen gaben 12.835 Säuglings- bzw. Kleinkinderwäschepakete aus, die Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien und das Referat Adoptiv- und Pflegekinder 3.091.

Im Rahmen der Sozialen Dienste gemäß Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz erteilten die **Sozialarbeiter/innen der Regionalstellen für Soziale Arbeit mit Familien** 46.963 allgemeine Auskünfte zu den verschiedensten Fragen oder vermittelten weitere Beratungsangebote in und außerhalb der MAG ELF. Außerdem führten sie zahlreiche intensivere Beratungen und Hilfestellungen durch, und zwar bei wirtschaftlichen Problemen 12.098, Fragen der Kindererziehung 4.345, Trennung von Eltern 3.553, Fragen rund um die Geburt eines Kindes 43. Die Zahl der bei Erkrankungen der Eltern, Risikoschwangerschaften etc. vermittelten Einsätze von Familienhelferinnen betrug 725.

Die **Psycholog/innen des Psychologischen Dienstes** berieten insgesamt 7.496 Kinder, Jugendliche und Familien. Psycholog/innen werden vermehrt bei sehr komplexen Fragestellungen der Jugendwohlfahrt mit einbezogen. Häufige Gründe für die Kontaktnahme sind Überlastungs- und Überforderungssituationen der Eltern in der Kindererziehung, Schwierigkeiten bei Trennung/Scheidung und Obsorgeregelungen sowie klinisch-psychologische Abklärungshilfen in Zusammenhang mit Vernachlässigung, Gefährdung sowie Lebenskrisen von Kindern und Familien. Familien mit Kindern finden den Zugang zu psychologischen Leistungen zu 33 Prozent auf Eigeninitiative, bei 67 Prozent (+ 6 Prozent) vermittelten Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagog/innen aus dem eigenen Bereich den Kontakt.

Ein sehr niederschwelliges Angebot für Jugendliche stellt die Internetberatung unter **www.talkbox.at** dar. Auf 172 Anfragen gab es hier 364 Beratungskontakte mit einer Psychologin.

Die vier **Ehe- und Familienberatungsstellen** der Stadt Wien bieten kostenlose und anonyme psychosoziale, therapeutische und juristische Beratungen durch Psychotherapeut/innen, Jurist /innen, Sozialarbeiter/innen, Psycholog/innen und eine Psychiaterin an. Die Zahl der Beratungen stieg gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent auf 6.184 an (inklusive Familienplanungsberatung). Bei den Gründen für die Inanspruchnahme der Beratung stehen familiäre Konflikte und Trennungs-/Scheidungsprobleme im Vordergrund.

Das **Institut für Ehe- und Familientherapie** hielt 1.881 Therapiesitzungen ab. Die fünf **Institute für Erziehungshilfe** führten bei 257 Kindern Therapien durch, wovon 31 Prozent von MAG ELF-Einrichtungen zugewiesen wurden. Die Neuvorstellungen betrugen 546. Das Institut in der Stadt des Kindes wurde nach 11., Geystraße 2, verlegt. Kostenübernahmen durch Krankenkassen konnten erfolgreich eingeführt werden.

Die **Schuldnerberatung** führte im Rahmen eines E-Government-Projekts die Online-Anmeldung ein und konnte dadurch die Wartezeit auf einen Erstgesprächstermin verkürzen. Der Zugang über das Internet mit entsprechenden Vorinformationen wird von den Ratsuchenden sehr gut angenommen.

Die **Regionalstellen Rechtsfürsorge** führen rechtliche Vertretungen von Minderjährigen, insbesondere bei Unterhalts- und Vaterschaftsfragen durch. Die Gesamtzahl der laufenden Betreuungsfälle betrug zum Jahresende 28.846 (2003: 28.586). Die Gesamtzahl der von Unterhaltspflichtigen hereingebrachten Beträge betrug rund 37,3 Mio. EUR (2003: 37,5 Mio. EUR).

Für eine Neustrukturierung des Berufsanfängerseminars führte die Grundlagenforschung eine Evaluation durch. Rechtsfürsorger/innen müssen nicht nur über allgemeines Verwaltungswissen verfügen, sie müssen Kinder und Jugendliche insbesondere in Unterhaltsverfahren und in Abstammungsverfahren vor Gericht und anderen Behörden bestmöglich vertreten. Das erfordert Gesprächsführungskompetenz, Verhandlungsgeschick und umfangreiche Kenntnisse in den entsprechenden Rechtsmaterien. Der neu gestaltete Theoriekurs und die praktische Ausbildung durch die Ausbildungsverantwortlichen in den Regionalstellen führt zu einer entsprechenden Qualifizierung. Angebote des Fortbildungszentrums tragen zur Abrundung der Ausbildung bei.

Einen **Wiener Familienzuschuss** erhielten 3.521 Familien. Die Summe der ausgezahlten Beträge betrug rund 5,5 Mio. EUR.

Die zentrale Aufgabe der Jugendwohlfahrt ist der **Schutz von Kindern und Jugendlichen**. Allen Meldungen über eine Gefährdung wird nachgegangen und im Rahmen eines **Abklärungsverfahrens** geprüft, ob und welche Gefährdung vorliegt bzw. welche Maßnahme notwendig ist. Von 6.756 Abklärungsverfahren bezogen sich 57 Prozent auf die Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen, 22 Prozent auf psychische Gewalt, 17 Prozent auf physische Gewalt, 4 Prozent auf sexuellen Missbrauch. Zum Schutz vor weiterer Gefährdung wurden 974 Kinder und Jugendliche während der Abklärung in einem regionalen **Krisenzentrum** untergebracht, weiters 109 Säuglinge und Kleinkinder bei **Krisenpflegeeltern**.

Nach Abschluss eines Abklärungsverfahrens wird, wenn erforderlich, mit den Obsorgeberechtigten eine Vereinbarung über notwendige Schritte zur Abwendung der Gefährdung und der Verbesserung der Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen getroffen. Diese Vereinbarung bezieht sich auf die **Unterstützung der Erziehung** gemäß Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz. Wenn die Obsorgeberechtigten eine solche Vereinbarung verweigern, kann die Unterstützung der Erziehung auch auf der Basis eines Gerichtsbeschlusses durchgeführt werden. Für 3.582 Kinder begann im Laufe des Jahres eine Unterstützung der Erziehung. Nach einem neuen Konzept für die Familienhilfe ist es nunmehr möglich, auch Familienhelferinnen der Caritas zur Unterstützung der Erziehung einzusetzen.

Ein wichtiges Instrument der Unterstützung der Erziehung ist die **Intensivbetreuung**, die Familien bzw. Kinder oder Jugendliche in schwierigen und krisenhaften Situationen unterstützt und begleitet bzw. auch dann, wenn Kinder aus einer vorübergehenden Unterbringung in einem Krisenzentrum oder aus einer Wohngemeinschaft in die Familie zurückkommen. Rund ein Drittel aller Unterstützungen der Erziehung werden von der Intensivbetreuung durchgeführt.

Die Intensivbetreuung besteht in unterschiedlichen Angeboten wie Beratung der Eltern, Hilfestellungen bei der Klärung und Bewältigung familiärer Krisen, Arbeit mit Kindern oder Jugendlichen, Begleitung bei der Bewältigung praktischer Angelegenheiten wie z. B. der Kontakt mit Behörden und Schulen, Hilfe bei der Herstellung von Außenkontakten. Arbeitsziel ist die Stärkung oder Wiedererlangung der Eigenverantwortlichkeit der Obsorgeberechtigten und die Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten für die Kinder und Jugendlichen.

Im Laufe des Jahres betreuten Intensivbetreuer 862 Familien. Bei den Kindern, auf die sich die Betreuung bezog, überwogen die 6 bis 14-Jährigen. Was die Lebensform betrifft, waren die Alleinerzieher/innen mit 50 Prozent die größte Gruppe, gefolgt von Kernfamilien und Stief-/Patchworkfamilien. Bei drei Viertel aller Betreuungen fanden zumindest wöchentliche Kontakte mit den Familienmitgliedern statt. Die durchschnittliche Betreuungsdauer lag knapp unter einem Jahr. Die ehrenamtliche Jugendintensivbetreuung durch Studierende psychosozialer Ausbildungseinrichtungen ergänzte das Angebot.

Der Psychologische Dienst übernahm die Koordination der von der MAG ELF finanzierten **psychotherapeutischen Behandlungen** von Kindern und Jugendlichen, die im Rahmen der Hilfen zur Erziehung betreut werden. Es wurden alle anerkannten freien Träger der Jugendwohlfahrt mit ihren Therapieangeboten eingebunden und Behandlungskontingente festgelegt. 579 Kinder und Jugendliche erhielten während des Jahres Psychotherapie oder eine vergleichbare Behandlung und konnten dadurch in ihrer Weiterentwicklung unterstützt werden. Weitere 43 Behandlungen konnten über erhöhtes Pflegegeld oder Aushilfen finanziert werden.

Die Gesamtzahl der außerhalb ihrer Familien **untergebrachten Kinder bzw. Jugendlichen** betrug zum Jahresende 2.525, wovon 613 nicht die österreichische Staatsbürgerschaft hatten. In sozialpädagogischen Einrichtungen befanden sich 1.417 (einschließlich unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge), bei Pflegefamilien in Wien 442 und außerhalb Wiens 666. Außerdem waren 227 Kinder bzw. Jugendliche über die Jugendwohlfahrt in Pflege bei Verwandten.

Untergebrachte Kinder und Jugendliche

Ort der Unterbringung	Ende 2002	Ende 2003
In Sozialpädagogischen Einrichtungen der MAG ELF	732	761
In Sozialpädagogischen Einrichtungen – Vertrag etc.	654	656
In Sozialpädagogischen Einrichtungen gesamt	1.386	1.417
In Pflegefamilien gesamt	1.114	1.108
Bei Wiener Pflegefamilien	446	442
Bei auswärtigen Pflegefamilien	668	666
Kinder und Jugendliche in stationärer Unterbringung insgesamt	**2.500**	**2.525**

109 Kinder kamen im Lauf des Jahres zu einem vorübergehenden Aufenthalt in **Krisenpflegefamilien**, wovon 44 wieder in ihre Familie zurückkehren konnten. 78 Kinder kamen zu **Pflegefamilien**.

Das **Projekt „Angestellte Pflegeeltern"** bietet seit Jahresbeginn einem Pflegeelternteil eine sozial-, pensions- und arbeitslosenversicherungsrechtliche Absicherung. Zum Jahresende bestanden 70 Anstellungsverhältnisse. Die Anstellung erfolgt beim Verein Eltern für Kinder Österreich mit 20 Monatsstunden und verpflichtet zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen, Supervision, Reflexionsgruppen und dem Führen einer Dokumentation. Das Fortbildungsangebot, das vom Referat für Adoptiv- und Pflegekinder organisiert wird, findet großen Anklang und steht auch allen interessierten nicht angestellten Pflegeeltern offen.

Die Zahl der Vermittlungen von Kindern zur **Adoption** betrug 28, 14 davon nach anonymen Geburten, zwei über das Babynest.

Das **Kompetenzzentrum für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Fragen des Aufenthaltsrechtes** vertrat weiterhin unbegleitete Minderjährige im Asylverfahren und organisierte Unterbringungsmöglichkeiten. Die Zahl der Vertretungen betrug 2.276. Rückläufig war das Problem der rumänischen und bulgarischen Kinder, die von der Polizei aufgegriffen wurden. 2003 handelte es sich um 66 rumänische Buben und 46 bulgarische Mädchen.

Gemäß einer Vereinbarung mit dem Bundesasylamt führte das Kompetenzzentrum bei der Hälfte der Neuanfälle Altersschätzungen durch. Bei einem Großteil wurde festgestellt, dass offensichtlich die Minderjährigkeit nicht gegeben ist und die Asylbehörde entsprechend informiert.

Sozialpädagogische Einrichtungen

Zum Jahresende standen für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in sozialpädagogischen Einrichtungen 1.365 Plätze zur Verfügung (2002: 1.370), davon 861 in sozialpädagogischen Einrichtungen der MAG ELF (einschließlich 50 Wohnplätzen im Haus Zohmanngasse und 31 Wohneinheiten für Mütter mit Kindern), 112 in Krisenzentren der MAG ELF und 392 in Vertragseinrichtungen. Die durchschnittliche Auslastung betrug in den sozialpädagogischen Einrichtungen der MAG ELF 88 Prozent, in den Krisenzentren 71 Prozent, im Vertragsbereich 100 Prozent. Für die Verselbständigung von Jugendlichen (Betreutes Wohnen) standen 65 Wohnungen zur Verfügung.

Sozialpädagogische Einrichtungen – Systemisierte Plätze per 31. Dezember 2003

Region	stationäre Plätze MAG ELF	stationäre Plätze Vertragseinrichtungen	Krisenplätze MAG ELF
Region I	72	16	16
Region II	104	31	16
Region III	114	42	8
Region IV	102	46	8
Region V	32	56	16
Region VI	104	21	16
Überregion weibliche Jugendliche	136	–	16
Überregion männliche Jugendliche	197	–	16
Überregionale Behinderteneinrichtungen	–	180	–
Insgesamt	**861**	**392**	**112**

Das **Projekt Heim 2000** fand mit einer Veranstaltung für Mitarbeiter/innen seinen offiziellen Abschluss. Das Projekt hat sein Ziel erreicht, es konnten drei Großheime geschlossen werden und deren Gruppen in Wohngemeinschaften zu je acht Kindern und Jugendlichen mit vier Sozialpädagog/innen ausgelagert werden. Mit Projektschluss standen 53 Wohngemeinschaften, 20 sozialtherapeutische Wohnplätze und 12 Krisenzentren für Kinder und Jugendliche zur Verfügung.

Ein neuer **„Fachbereich Integration"** koordiniert die Betreuung von Minderjährigen mit erhöhtem Förderbedarf. Insgesamt 12 bestehende Wohngemeinschaften werden in Integrations-Wohngemeinschaften umgewandelt und sollen in die bestehende Kindergruppe zwei Kinder mit definierten Behinderungen aufnehmen.

Im **Schulheim Gaaden** wurden für die Betreuung von Minderjährigen mit Lernschwächen und Verhaltensauffälligkeiten 18 Plätze im Bereich Soziale Dienste gemäß dem Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz systemisiert.

Erstmals konnten in den sozialpädagogischen Einrichtungen **Zivildienstleistende** eingesetzt werden. 10 Zivildienstleistende waren vor allem in Krisenzentren zur Unterstützung der sozialpädagogischen Arbeit tätig.

Zum Jahresende befanden sich 184 Kinder und Jugendliche auf der Basis von **Einzelverträgen** in sozialpädagogischen Einrichtungen. Ebenso wurden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf Basis von Einzelverträgen bei privaten Trägern untergebracht.

Bildungseinrichtungen

Das Jahr war durch den Übergang von der **Akademie für Sozialarbeit** zur Fachhochschule gekennzeichnet. Um auch den Student/innen der Akademie das volle Lehrangebot zur Verfügung stellen zu können, wurde mit der Fachhochschule eine gemeinsame Ressourcennutzung entwickelt. 47 neu ausgebildete Sozialarbeiter/innen erhielten ihr Diplom. Die **Bildungsanstalt für Sozialpädagogik** wird nach Abschluss der laufenden Kolleg-Ausbildung ihre Tätigkeit beenden.

Die **Lehranstalt für Heilpädagogische Berufe** führte zwei Ausbildungslehrgänge zur Behindertenbetreuer/in.

Tagesbetreuung von Kindern, Kindertagesheime der Stadt Wien (MA 11A)

Neben der Betriebsführung 362 städtischer Kindertagesheime sowie der Errichtung neuer Kinderbetreuungseinrichtungen fördert die MA 11A private gemeinnützige Kindergärten, Kindergruppen, Tagesbetreuungsplätze und führt die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in 21., Patrizigasse 2.

Platzangebot

Ende 2003 betrug die Versorgungsquote in Wien (Angebot von städtischen und privaten Einrichtungen) mit Krippenplätzen für Kinder von 1,5 bis 3 Jahren 56,36 Prozent und mit Kindergärtenplätzen für Kinder von 3 bis 6 Jahren 96,42 Prozent.

Internetanmeldung

Die MA 11A hat ihre Angebotspalette für die Anmeldung erweitert. Anmeldungen für einen Platz in einer Krippe, einem Kindergarten oder Hort der Stadt Wien sind seit Dezember 2003 auch per Internet möglich.

Somit können sich Eltern nicht nur online über die verschiedenen Kinderbetreuungsmöglichkeiten informieren, sondern auch gleich die Anmeldung zu jeder Zeit bequem von zu Hause aus erledigen.

Alle weiteren Schreiben werden auf Wunsch per E-Mail oder Post zugestellt. Selbstverständlich können auch weiterhin in den neun Servicestellen Informationen persönlich, telefonisch, schriftlich oder per Fax eingeholt und die Anmeldung durchgeführt werden.

PR-Star

Die MA 11A hat einen der begehrten PR-Stars für Leistungen der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wien für das **Projekt „Optimierung der Kommunikationswege hin zu einer kund/innengerechten Information"** als Sonderpreis für ihr Bemühen um das Kundenbeziehungsmanagement erhalten.

Im Rahmen des Projekts hat das Team der Öffentlichkeitsarbeit in den vergangenen zwei Jahren die pädagogische Arbeit, welche in den Kindertagesheimen der Stadt Wien geleistet wurde, in den unterschiedlichsten Medien dargestellt und Kund/innen über die Vielfalt der Betreuungsangebote informiert. Aufbauend auf grundlegende Überlegungen, in welchen verschiedenen Formen Kommunikation mit Kund/innen am besten stattfinden sollte, wurden die verschiedensten Printprodukte entwickelt.

Darüber hinaus zählte die MA 11A auch in der Kategorie „Interne Kommunikation" zu den Favoriten und erhielt für das **Projekt „Optimierung der Internen Kommunikationswege"** eine Urkunde.

Woche der offenen Tür

Die „Woche der offenen Tür" fand erstmals in der Zeit von 6. bis 10. Oktober 2003, täglich von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr, in den Wiener Kindergärten statt – zahlreiche private Kinderbetreuungseinrichtungen haben sich ebenfalls an dieser Aktion beteiligt. Nach schriftlicher Einladung der Eltern durch Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska hatten jene in dieser Zeit die Möglichkeit, sich über die breite Angebotspalette der Kinderbetreuungseinrichtungen in Wien vor Ort zu informieren.

Die wichtigste Botschaft an die Eltern war: Kinder können im Kindergarten viele Erfahrungen in der Gemeinschaft von Gleichaltrigen sammeln und sich auf den nächsten wichtigen Lebensschritt, die Schule, vorbereiten. Aus pädagogischen und sozialen Gründen sollten Kinder daher zumindest zwei Jahre vor dem Schuleintritt einen Kindergarten besuchen.

Steiermarkdorf am Rathausplatz – Aktion Apfelzweige

Am 28. März 2003 ließen steirische und Wiener Kinder am Wiener Rathausplatz einen Apfelbaum erblühen. In den vorangegangenen Wochen wurden von den Kindern aus der Steiermark tausende Apfelzweige gesammelt und in den städtischen Kindertagesheimen zum Blühen gebracht. Am 28. März wurden sie im Rahmen der steirischen Tage am Rathausplatz zu einem Baum gebunden. Als Dankeschön für die Kinder der städtischen Kindertagesheime erhielt die Abteilung einen Scheck über 3.000 EUR, der drei Integrationskindergärten zugute kam.

Plätze in Kindertagesheimen

Einrichtungen	Städtische	Private	Gesamt
Kindertagesheime	362	498	860
Gruppen in Kindertagesheimen	1.647	1.672	3.319
Plätze in			
Krippen 0–3 Jahre	5.049	7.245	12.294
Kindergärten	20.557	22.616	43.173
Horten	10.527	9.005	19.532
Ingesamt	**36.133**	**38.866**	**74.999**

Customer Relationship Management

Dieses Pilotprojekt wurde von der MA 11A gemeinsam mit der MA 53 gestartet. Customer Relationship Management umfasst den Aufbau, die kontinuierliche Optimierung sowie den Erhalt dauerhafter Kundenbeziehungen. Ziel des Projekts war die Entwicklung eines für alle Fachbereiche der Stadt Wien einheitlichen Kommunikationsstandards (Hardware, Software, Organisation), der es erlaubt, die Qualität von Produkten laufend zu beurteilen und damit Kundenbedürfnisse und Wünsche als Entscheidungsgrundlage für das Management zu erkennen.

Bauliche Maßnahmen

Im Jahr 2003 konnten bei sechs städtischen Kindertagesheimen mit insgesamt 26 Gruppen umfassende Renovierungsarbeiten abgeschlossen werden. Für die Schaffung von sieben zusätzlichen Gruppen wurde mit den Arbeiten begonnen. Ein neues Kindertagesheim mit vier Gruppen befindet sich in Bau. Drei weitere Kindertagesheim-Neubauten befinden sich in Planung und es wurde zum Teil bereits mit den Bauvorbereitungsmaßnahmen begonnen.

Neue Servicestellen

Die Servicestelle der MA 11A für den 1., 2., 8., 9. und 20. Bezirk übersiedelte von 9., Alserbachstraße 41 nach 9., Alserbachstraße 18 und nahm



Im Herbst eröffnete Vizebürgermeisterin Grete Laska ein neues Kindertagesheim sowie die Servicestelle im 22. Bezirk.

ab 5. Mai 2003 am neuen Standort den Betrieb auf. Die Servicestelle für den 22. Bezirk, Donaustadtstraße 1 (Donauzentrum), wurde nach 22., Bernoullistraße 7 verlegt und am 17. Jänner 2003 neu eröffnet. Somit finden Kund/innen und Mitarbeiter/innen auch in diesen Einrichtungen ansprechende räumliche Bedingungen vor.

Erhöhung der Zahl der Integrationsgruppen

Die gemeinsame Betreuung von behinderten und nicht behinderten Kindern weckt das gegenseitige Verständnis für den Umgang miteinander. Daher ist die MA 11A bestrebt, allen behinderten Kindergarten- und Hortkindern einen Integrationsplatz anzubieten. 2003 konnte die Anzahl der Integrationsgruppen auf 113 Integrationskindergartengruppen und 116 Integrationshortgruppen erhöht werden.

Mobile Dienste

Zur Unterstützung der Kinder mit besonderen Bedürfnissen in den Regelgruppen sind spezielle Fachkräfte (Psycholog/innen, Sonderkindergarten- und Sonderhortpädagog/innen, Sprachheilpädagog/innen, Physiotherapeut/innen) tätig, welche Eltern und Pädagog/innen in der Betreuung der Kinder beraten. Zu Beginn des Jahres 2003 wurden diese Mitarbeiter/innengruppen in das Referat Mobile Dienste zusammengefasst. Die Leitung des Mobilen Dienstes obliegt einer Kindergartenpsychologin.

Ein neu entwickelter Folder für die Mitarbeiter/innen in den Kindertagesheimen verschafft einen Überblick über die Leistungen des Referats.

Pädagogisches Konzept der Gruppenöffnung: Vom Lebensraum Gruppe zum Lebensraum Kindergarten

Ziel der Kindergartenpädagogik sind selbstständige, verantwortungsbewusste Menschen, die es verstehen, in einer Welt voller Herausforderungen zu bestehen. Um dieses Ziel besser zu erreichen, haben Kinder die Möglichkeit, sich über die eigene Gruppe hinaus Spiel- und Aufenthaltsbereiche im gesamten Kindertagesheim zu suchen und entwickeln so ein größeres Maß an Selbst- und Sozialkompetenz. In diesem pädagogischen Konzept kommen die Stärken der einzelnen Mitarbeiter/innen allen Kindern zugute.

Förderung von privaten Kindertagesheimen, Kindergruppen und Tageseltern

Anzahl der geförderten privaten Kindertagesheimgruppen	1.474
Krippen 0-3 Jahre	269
Kindergarten ganztags	781
Kindergarten halbtags	81
Horte	343
Kindergruppen	95
Tagesmütter angestellt	119

Soziale und kulturelle Integration von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache

Um die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu optimieren, hat sich die MA 11A am Projekt Diversitymanagement der Stadt Wien beteiligt. Zusätzlich wurden Informationsfolder in mehreren Sprachen aufgelegt, um für den Kindergartenbesuch dieser Kinder zu werben.

Geschlechtssensible Pädagogik

Ziel ist es, Pädagog/innen für die frühzeitige Prägung geschlechtsspezifischer Rollenmuster zu sensibilisieren und der Bildung und Verfestigung stereotyper Geschlechterrollen bei Kindern entgegenzuwirken.

Eine von Kindergartenpädagog/innen zusammengestellte umfangreiche Arbeitsmappe mit vielen methodisch-didaktischen Inhalten unterstützt die Pädagog/innen in dieser Zielsetzung. Entsprechende Fortbildungsveranstaltungen tragen zur Wissensverbreiterung bei.

Ferien im Hort

Die Kindertagesheime der Stadt Wien sind rund ums Jahr geöffnet. Der Sommer 2003 stand in den Kindertagesheimen der Stadt Wien unter dem Motto: „Abenteuer finden Stadt". Die Hortpädagog/innen der Stadt Wien bieten Kindern speziell in den Sommermonaten die Möglichkeit, sich in unterschiedliche Erlebnissituationen zu wagen. Theaterworkshops, Spielefeste auf der Donauinsel, Sportolympiaden, gemeinsame Wanderungen und ein großes Abschlussevent im NationalparkCamp Lobau mit Übernachtungsmöglichkeit rundeten das Sommerprogramm 2003 ab.

Kinder aus ganztägigen Schulformen werden in den Ferien in den städtischen Horten als Gäste aufgenommen. In den Semesterferien besuchten 283 Kinder, in den Osterferien 247 Kinder und in den Hauptferien 962 Kinder als Gastkinder einen Hort der Stadt Wien.

Förderungen von Gruppen in gemeinnützigen Kindergärten sowie von Kindergruppen und Tageseltern

Mit Stand 31. Dezember 2003 wurden bei 89 gemeinnützigen privaten Vereinen 1.474 Kindergartengruppen mit insgesamt rund 42 Mio. EUR gefördert. Das entspricht einer Steigerung um 46 Gruppen bzw. 3,22 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Bereich der Kindergruppen in privaten gemeinnützigen Vereinen wurden 95 Gruppen mit rund 1,8 Mio. EUR gefördert (+ 12 Prozent). Bei vier privaten gemeinnützigen Vereinen wurden 576 Kinder von 119 angestellten Tagesmüttern auf 247 vierzigstündigen Tagesbetreuungsplätzen betreut, wofür rund 1,9 Mio. EUR an Fördermittel aufgewendet wurden.

Zuschuss zu Elternbeiträgen in privaten Betreuungseinrichtungen

Die Gewährung von Ermäßigungen für Kindergartenplätze bei privaten Trägern analog den Ermäßigungen bei städtischen Kindertagesheimen wurde ausgeweitet und betrug mit Stand 31. Dezember 2003 rund 9.836 Plätze (2002: 8.830 Plätze), wofür ca. 14,3 Mio. EUR aufgewendet wurden.

Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik

Die Schule der Stadt Wien ist die älteste noch existierende Bildungsanstalt in Österreich und wurde 1875 von der jüdischen Kaufmannschaft gegründet und 1921 von der Stadt Wien übernommen. Nach mehrfachem Standortwechsel ist sie 1978 nach 21., Patrizigasse 2, in ein neu gebautes Schulhaus übersiedelt.

Der Höhepunkt des Jahres 2003 waren somit die Feierlichkeiten für „25 Jahre Schulstandort in Floridsdorf" mit allen am Schulleben Beteiligten und vielen Ehrengästen. In einer Festschrift hat die Bildungsanstalt ihre erfolgreich bewältigten Entwicklungsschritte dokumentiert und gleichzeitig den Aufbruch zur konstruktiven Weiterentwicklung signalisiert.

Mit der Einrichtung eines einjährigen Ausbildungslehrganges im Schuljahr 2003/04 wurde Kindergartenpädagog/innen der Stadt Wien die Möglichkeit geboten, eine Zusatzqualifikation als Horterzieherin zu erwerben. Dadurch soll sichergestellt werden, dass für die Führung von Hortgruppen auch entsprechend qualifizierte Mitarbeiter/innen zur Verfügung stehen.

Wien Sozial (MA 12)

Wie in den Vorjahren kam es im Berichtsjahr zu einer weiter gestiegenen Inanspruchnahme der Sozialhilfe. 70.333 Personen (das sind 4,53 Prozent der in Wien lebenden Menschen) erhielten im Jahr 2003 ein- oder mehrmalige Sozialhilfezahlungen. Ursache ist die anhaltend schlechte Wirtschafts- und Arbeitsplatzsituation.

2003 war das **Europäische Jahr für Menschen mit Behinderungen**, wodurch u. a. eine europäische Vernetzung vieler Akteure intensiviert werden konnte.

Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans gegen Armut und soziale Ausgrenzung wurde die Stadt Wien für die bis 2006 angestrebten Ziele in der Obdachlosenintegration von der europäischen Kommission als „Best Practice" Beispiel ausdrücklich hervorgehoben.

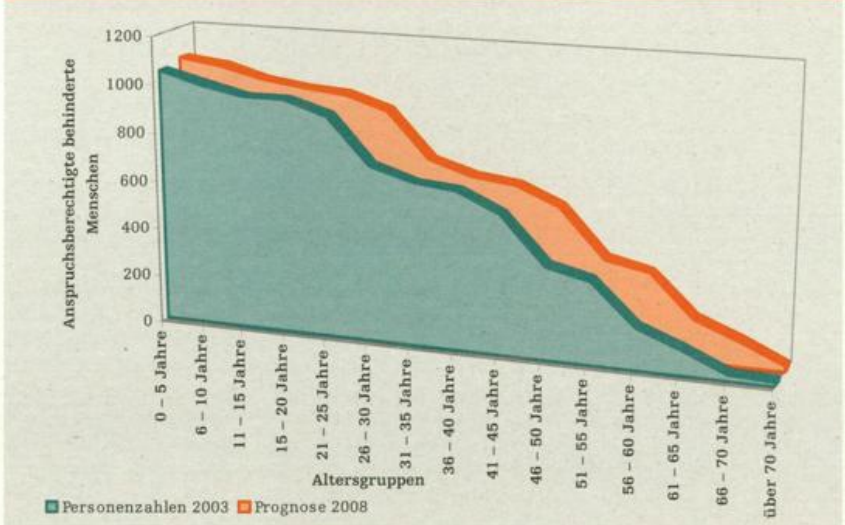
Fachbereich Behindertenarbeit

Im Europäischen Jahr für Menschen mit Behinderungen betraf ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt die beratende Unterstützung bei einzelnen Projekten sowie die aktive Teilnahme an nationalen und internationalen Veranstaltungen. Besonders zu erwähnen ist die Mitarbeit bei der Gestaltung der Servicemeile Meidling sowie die Teilnahme am Symposium „Selbstbestimmung und Integration in jedem Alter" in Bratislava und am Internationalen Expertentreffen in Zagreb zum Thema „Professionelle Rehabilitation und Beschäftigung von Behinderten". Dabei wurde die in Wien für behinderte Menschen geleistete Arbeit einem breiten Fachpublikum vorgestellt.

Die **Reform der Bundessozialämter** brachte beträchtliche Aufgabenveränderungen. Erfolgte die Finanzierung der beruflichen und der sozialen Rehabilitationsmaßnahmen vor dem 30. Juni 2003 gemeinsam mit dem Bundessozialamt und der jeweiligen Pensionsversicherungsanstalt, so veränderten sich die Aufgaben durch den Rückzug des Bundessozialamtes aus dem Bereich der sozialen Rehabilitation zu Lasten der MA 12. Dieser Mehraufwand konnte innerorganisatorisch zufriedenstellend bewältigt werden.

Die demographische Entwicklung im Behindertenbereich bedeutet für die Zukunft eine große Herausforderung. Während der Nazi-Diktatur wurden viele behinderte Personen ermordet. Jetzt wird diese fehlende Generation durch jüngere Jahrgänge ersetzt, wodurch der Anteil behinderter Menschen an der Gesamtbevölkerung tendenziell steigt. Zusätzlich steigt die durchschnittliche Lebenserwartung behinderter Menschen ebenso wie die der Gesamtbevölkerung.

Leistungsbezieher/innen der Behindertenhilfe 2003 und Prognose 2008



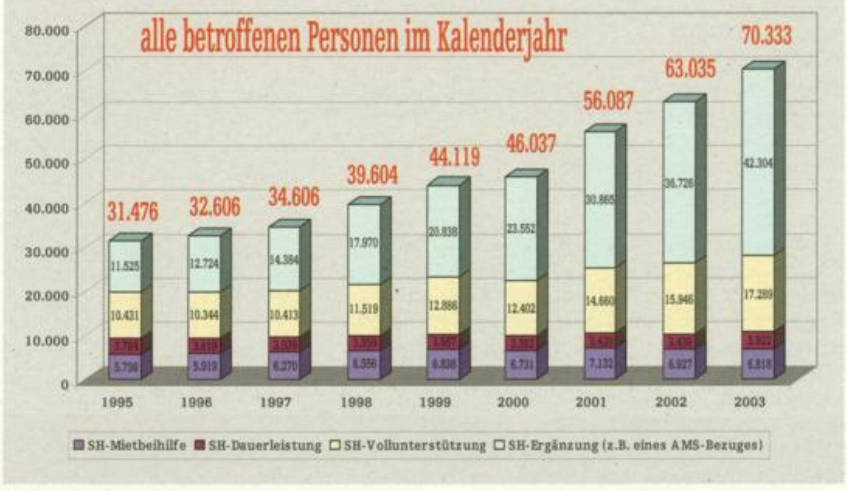
In den nächsten Jahren ist weiter mit einer signifikanten Steigerung der Zahl der Anspruchsberechtigten zu rechnen. Bei Aufrechterhaltung des vorhandenen Leistungsangebots ist für die nächsten Jahre eine beträchtliche Erhöhung der dafür gewidmeten Budgetmittel vorzusehen.

Fachbereich Sozialarbeit und Sozialhilfe

Das Jahr 2003 war begleitet von einem weiteren Anstieg in der Sozialhilfe. Ein- oder mehrmalige

Geldleistungen aus der Sozialhilfe wurden innerhalb des Berichtsjahres von 70.333 Menschen (das sind 4,53 Prozent der in Wien lebenden Personen) in Anspruch genommen. (Die im Bericht des Vorjahres für das Jahr 2002 angegebene Zahl von 67.211 Bezieher/innen von Sozialhilfegeldern verringert sich durch die nachträgliche Bereinigung von Doppelnennungen auf die hier genannte Anzahl von 63.035 Personen.)

Sozialhilfebezieher/innen („offene Sozialhilfe") in Wien 1995–2003



Die Zahl der Geldleistungsempfänger/innen an einem beliebigen Stichtag ist für 2003 in einer Größenordnung von 45.000 bis 50.000 Personen (ca. 30.000 Haushalte) anzugeben. Trotz des Einsatzes von 15 zusätzlichen Mitarbeiter/innen und administrativen Erleichterungen konnten die Wartezeiten auf den Erstvorsprachetermin nur geringfügig gesenkt werden. Die Einführung von Notfallsterminen und Soforthilfen hat jedoch den Druck sowohl bei den Kund/innen als auch bei den Mitarbeiter/innen reduziert und zur teilweisen Entspannung der Situation geführt.

Eine wichtige Verwaltungsvereinfachung bedeutete auch die Einführung der so genannten **„Wiederkehrenden Leistungen"**. Klient/innen mit längerer Betreuungsdauer erhalten die ihnen zustehenden Sozialhilfemittel entweder auf ihr Konto oder per Post angewiesen. Die früher zum Erhalt der Sozialhilfe notwendige monatliche Vorsprache ist in der Regel nur mehr alle sechs Monate erforderlich.

Mit dem **Handbuch der Durchführungsbestimmungen zum Wiener Sozialhilfegesetz** wurden die Regelungen über die Gewährung der Sozialhilfe mit Wirksamkeit 1. Mai 2003 neu zusammengefasst, womit erstmals ein umfassendes Kompendium über den Vollzug der Sozialhilfe vorliegt. Damit wurde ein wesentlicher Schritt in Richtung Vereinheitlichung des Vollzuges gesetzt und die Rechtssicherheit verbessert.

Im Mai 2003 wurden drei weitere Zentren für den Sozialhilfevollzug im 2., 3. und 10. Bezirk eröffnet. Fünf Sozialreferate und zwei Außenstellen für Sozialarbeit wurden geschlossen. Somit bestehen bereits sechs von zehn geplanten Zentren in Wien, welche die früheren 21 Bezirkssozialreferate und sechs Außenstellen für Sozialarbeit ersetzen sollen. Mit der Schaffung der Zentren hat sich die Qualität der Leistungen deutlich verbessert.

Diese Modernisierung entspricht den Zielen der Wiener Verwaltungsreform, aber auch den veränderten Anforderungen von Seiten der Kund/innen. Die Ausweitung des Publikums auf zusätzliche Bevölkerungsgruppen neben den „traditionellen" Sozialhilfebezieher/innen erfordert zudem zusätzliche Maßnahmen zur Förderung des Ausstiegs aus der Sozialhilfe.

Wie in den Vorjahren hat sich die Zusammenarbeit mit JOBCHANCE bewährt, einem Arbeitsvermittlungsprojekt für Sozialhilfebezieher/innen. Neu hinzugekommen sind die beiden Equal-Entwicklungspartnerschaften **„ways to work"** und **„Integration durch Arbeit"**. Mit den einzelnen Projekten wird versucht, Sozialhilfebezieher/innen mit komplexeren Vermittlungsdefiziten wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Von Seiten der MA 12 ist durch die Einführung der Wiedereinstiegshilfe – einer befristeten Zuverdienstmöglichkeit für Sozialhilfebezieher/innen – ein geeignetes Förderinstrumentarium geschaffen worden.

Vereinbarungen mit NGO's, mit dem Ziel der Ressourcenoptimierung, wurden mit dem Verein für Sachwalterschaft, dem Verein Neustart (Haftentlassenenhilfe) sowie mit den Vereinen der ARGE „Betreut Wohnen" erarbeitet. Mit der neu gegründeten **„Plattform Materielle Grundsicherung"**, an der u. a. Caritas, Volkshilfe Wien, Wiener Hilfswerk, Aids Hilfe Wien und der Berufsverband diplomierter Sozialarbeiter/innen teilnehmen, wird eine bessere Vernetzung der involvierten sozialen Akteure angestrebt.

Auch in der Schuldnerberatung sind die nach wie vor schlechte wirtschaftliche Lage und die hohe Arbeitslosigkeit zu spüren. Durch die Implementierung eines neuen elektronisch unterstützten Anmeldesystems haben sich zwar Wartezeiten bei der Schuldnerberatung verkürzt, doch dieser Effekt wurde durch die steigende Nachfrage bald wieder egalisiert. Die Dienste dieser Einrichtung werden zunehmend von jüngeren Menschen mit noch eher geringen Schulden in Anspruch genommen.

Ebenfalls eine steigende Anzahl von Klient/innen verzeichnete die Fachstelle für Wohnungssicherung (Fawos), wobei die „traditionell" hohe Erfolgsrate dieser Einrichtung (Wohnungssicherung in über 80 Prozent der betreuten Fälle) weiterhin gehalten werden konnte.

Fachbereich Wohnungslosenhilfe

Die Realisierung der im Jahr 2000 formulierten Zielvorstellungen für 2006 – keine wohnungslosen Familien und keine langzeitobdachlosen Menschen in Wien – erfolgt weiterhin planmäßig und wird

auch von Seiten der EU explizit gewürdigt. Wichtige Umsetzungsschritte des Wiener Integrationsplans für Obdachlose sind der Abbau von veralteten Großeinrichtungen und ihr Ersatz durch zielgruppenorientierte Häuser. Der weitere Ausbau an bedarfsgerechten Dauerwohnplätzen macht alle dort einziehenden Menschen zu ehemaligen Obdachlosen. Nach der Schließung der Großeinrichtungen Haus Ruttenstockgasse (2001) bzw. Haus Gänsbachergasse Familien (2002) wurde im Berichtsjahr mit dem Haus Meldemannstraße eine weitere, nicht mehr zeitgemäße Unterkunft geschlossen. Die Schließung dieses Hauses erfolgte unter starker medialer Begleitung. Die Schließung dieser drei – um 1900 erbauten – seinerzeitigen Vorzeigeprojekte war erforderlich, um in Wien durchgehend zeitgemäße Unterbringungsstandards für wohnungslose Menschen sicherzustellen.

Die wichtigsten Maßnahmen im Jahr 2003:

- Eröffnung der Einrichtung Haus Esslinger Hauptstraße für ehemals obdachlose Senior/innen, Träger ARGE Wien (Februar)
- Eröffnung der Einrichtung Haus Allerheiligen für ehemals obdachlose Senior/innen, Träger Caritas Wien (März)
- Schließung des Bahnhof-Sozialdienstes der Caritas Wien (März)
- Eröffnung der zentralen Anlaufstelle für Obdachlose, P7 – Wiener Service für Obdachlose, Träger Caritas Wien (April)
- Schließung des Hauses Meldemannstraße, Träger MA 12 (November)
- Eröffnung des Hauses Siemensstraße, Träger MA 12 (November)
- Start des Wohnungs-Pools für obdachlose Familien, Träger MA 12 (Dezember)
- Fertigstellung der Umbau- und Erweiterungsarbeiten im Tageszentrum für Obdachlose, Josefstädterstraße, Träger MA 12 (Dezember).

Nach einer starken Reduktion der Betten bei den Übergangseinrichtungen im Vorjahr kam es in den ersten Monaten des Jahres 2003 zu einer deutlichen Zunahme des Angebotes an Dauerwohnplätzen für ehemals obdachlose Menschen. Dieses Gesamtangebot der Wiener Wohnungslosenhilfe wurde im Berichtsjahr in 4.304 Fällen in Anspruch genommen.

Bereinigt um Mehrfachnennungen betrug die Anzahl der auf Übergangsplätzen der Wiener Wohnungslosenhilfe innerhalb eines Jahres untergebrachten Personen im Berichtsjahr 3.372. Hinzugerechnet werden müssen ungefähr 250 wohnungslose Menschen, welche die ca. 200 Wohn- bzw. Schlafplätze außerhalb des Systems der Wiener Wohnungslosenhilfe nutzten. Somit betrug die Zahl der untergebrachten wohnungslosen Menschen während des Gesamtjahres 2003 ca. 3.622 Personen (2002: 3.786). Zusammen mit den 300 bis 500 in Wien auf der Straße lebenden Obdachlosen ergibt dies eine Zahl von ca. **4.000 wohnungslosen Personen innerhalb eines Jahres**. Durch die Fluktuation innerhalb eines Jahres (Wohnintegration von mehr als 500 Menschen, etwas weniger als 500 neue Wohnungslose pro Jahr) beträgt die Anzahl wohnungsloser Menschen in Wien an einem beliebigen Stichtag maximal 3.000 Personen. In dieser Zahl nicht berücksichtigt sind die in Wien untergebrachten Asylwerber/innen.

Wohn- bzw. Schlafplatzangebot sowie Nutzung der Wiener Wohnungslosenhilfe

Angebot	Plätze (1. Jänner 2003)	Plätze (31. Dezember 2003)	Unterbringungsfälle 2003
Angebote für ehemals wohnungslose Menschen			
Dauerwohnplatz tlw. selbstverwaltet	120	120	138
Dauerwohnplatz Seniorenheim	154	256	290
Dauerplätze insg.	174	376	428
Übergangsangebote für wohnungslose Personen			
Haus für Obdachlose	1.034	1.012	2.040
Haus Zielgruppe	259	271	621
Betreut Wohnen	562	562	1.143
Betreute Notunterkunft	12	12	72
Übergangsplätze	1.867	1.857	3.876
Gesamtangebot	**2.041**	**2.233**	**4.304**

Vom Fachbereich Wohnungslosenhilfe werden auch die Agenden für Asylwerber/innen in Bundesbetreuung wahrgenommen. Durch den Abschluss acht neuer Verträge über diesbezügliche Unterbringungseinrichtungen stieg die Zahl dieser Unterkünfte in Wien auf 18, die für diese Personengruppe vorgesehenen Unterbringungsplätze stiegen von 1.165 auf rund 1.700. Damit wurde die Quote der von Wien zu erbringenden Unterbringungsverpflichtung für Asylwerber/innen im Jahr 2003 erfüllt.

Strukturreform „Soziale Sicherheit in Wien"

Im Februar 2003 wurde – gemeinsam mit dem Fonds Soziales Wien – die Arbeit an einer Strukturreform der Sozial-, Pflege- und Behindertenbetreuung in Angriff genommen. Ziel der Reform „Soziale Sicherheit in Wien" ist es, auch zukünftig bestmögliche und nachhaltige Betreuung, Versorgung sowie Service für alle Wiener/innen anbieten zu können.

Im Zuge der Strukturreform wurde die Magistratsabteilung 12 mit 31. Dezember 2003 aufgelöst und für das erste Halbjahr 2004 gemeinsam mit der MA 47 – Pflege und Betreuung zur neuen MA 15A – Soziales, Pflege und Betreuung umgewandelt.

Bildung und außerschulische Jugendbetreuung (MA 13)

Die MA 13 ist für die Förderung der Erwachsenenbildung und von Jugendorganisationen zuständig. Sie führt außerdem das Landesjugendreferat, die media wien, die Musiklehranstalten Wien, die Modeschule Wien in Hetzendorf und die Büchereien Wien.

Volksbildung und Bildungsprojekte

Im Bildungsbereich konnte insgesamt rund 90 Förderungsansuchen, von denen ca. zwei Drittel

Projektvorhaben betrafen, entsprochen werden. Einschließlich des Alternativsektors erhielten Vereine, Gruppen und Institutionen Mittel im Ausmaß von über 25 Mio. EUR.

Als weitaus größte Anbieter von Kursmaßnahmen mit einem sehr hohen Eigenaufbringungsanteil (deutlich mehr als 60 Prozent) wurden die im Verband Wiener Volksbildung zusammengeschlossenen **Wiener Volkshochschulen**, die seit über hundert Jahren auf Vereinsbasis arbeiten und dezentral in allen 23 Wiener Gemeindebezirken an über 150 Veranstaltungsorten tätig sind, mit einer **Betriebssubvention** in der Höhe von 20.363.300 EUR ausgestattet. Ihre Bildungsangebote umfassen berufsbildende und berufsbegleitende Kurse, EDV-Kurse, kaufmännische Kurse, Personal Business Skills, Kurse für Freizeitgestaltung und Gesundheit, Lehrgänge und abschlussorientierte Veranstaltungen z. B. für grafische und künstlerische Ausbildungen, Sprachkurse, Umweltbildung sowie den Zweiten Bildungsweg: AHS-Matura, Alphabetisierung (Schreiben, Lesen, Rechnen), B-Matura, Berufsreifeprüfung, Hauptschulabschluss und Studienberechtigungsprüfung.

Sondereinrichtungen mit speziellen Angeboten wie das Zeiss-Planetarium der Stadt Wien, die Urania- und die Kuffner-Sternwarte, die Kleine Galerie der Gesellschaft für Kunst und Volksbildung und die Künstlerische Volkshochschule ergänzen das reichhaltige Angebot, das darüber hinaus auch auf Behinderte und viele andere Zielgruppen ausgerichtet ist. Der Verband Wiener Volksbildung führt zudem die von der Stadt Wien in einer jahrzehntelangen Bauphase errichteten und der Wiener Volksbildung zur Verfügung gestellten **Volksheime und Häuser der Begegnung**. In ihnen sind durchwegs mehrere Einrichtungen wie Musikschulen oder Büchereien Wien untergebracht, und sie fungieren als multifunktionale Kultur- und Veranstaltungszentren. Die Bildungseinrichtungen der Volkshochschulen und des Verbandes Wiener Volksbildung wurden in der vergangenen Periode von rund 1,2 Mio. Personen besucht: Fast 8.000 Kursleiter/innen unterrichteten rund 180.000 Kursteilnehmer/innen in ca. 350.000 Unterrichtseinheiten; an ungefähr 8.000 weiteren Veranstaltungen, wie Symposien und Vortragsreihen, nahmen rund 480.000 Personen teil; der Rest verteilt sich auf die ca. 17.700 Veranstaltungen in den Volkshochschulen, deren Zweigstellen, Häusern der Begegnung und Volksheimen.

Im Rahmen eines kontinuierlichen **Sanierungsprogramms** wurden dem Verband Wiener Volksbildung erneut Förderungsmittel in der Höhe von 654.000 EUR zur Instandhaltung der von ihm geführten Bauten und zur Behebung aufgetretener Schäden zur Verfügung gestellt.

Innovative Bildungsprojekte etlicher Wiener Volkshochschulen, die im Folgenden noch näher beschrieben werden, konnten mit Hilfe von Unterstützungsleistungen im Ausmaß von 182.000 EUR durchgeführt werden. Für Aktivitäten des Jüdischen Instituts für Erwachsenenbildung im Bereich der Wiener Volkshochschulen erhielt der Verband Wiener Volksbildung überdies noch eine Subvention in der Höhe von 10.900 EUR. Andere Volksbildungseinrichtungen, wie etwa der Sektor der konfessionellen Erwachsenenbildung, wurden ebenfalls mit insgesamt 50.550 EUR gefördert. Entsprechend ihrer Aufgabenstellung unterstützten die Vereine der Freunde der Musiklehranstalten Wien und der Freunde der Büchereien Wien sowie der Verein zur Förderung der Modeschule der Stadt Wien wieder die Arbeit der Institutionen. Im Volksbildungsbereich standen ihnen dafür Subventionsmittel in der Höhe von insgesamt 195.200 EUR zur Verfügung. Das Wiener Volksliedwerk erhielt eine Förderung im Ausmaß von 152.000 EUR. Finanziell unterstützt wurde unter anderem auch die Wiener Kunstschule mit 203.400 EUR, die in enger Verbindung mit der Künstlerischen Volkshochschule tätig ist. Dem Haus des Meeres wurde eine Subvention im Ausmaß von 87.200 EUR gewährt, und der Verein „Kinderhaus Hofmühlgasse", die Dachorganisation der im Objekt 6., Hofmühlgasse 2, situierten Kinder- und Alternativschulgruppen, erhielt einen Förderungsbeitrag in der Höhe von 98.100 EUR. Auch andere Vereine, die zum Teil von allen Bundesländern subventioniert werden, erhielten finanzielle Unterstützungen. Auch Vorhaben im **Büchereiwesen**, z. B. die Großaktion „Lesen im Park" oder die Betreuung von Patient/innenbüchereien in veschiedenen Krankenanstalten durch den Büchereiverband Österreichs wurden subventioniert.

Von den über 40 geförderten Bildungsaktivitäten im Volkshochschulbereich waren im **Jahr der Menschen mit Behinderungen** eine Reihe von Bildungsmaßnahmen außerordentlich wichtig, die ausgehend von dem Grundsatz, dass jeder Mensch ein Recht auf adäquate Weiterbildung und Allgemeinbildung hat, eigens für diese Zielgruppe durchgeführt wurden. Die Volkshochschulen boten spezielle Führungen, Lehrgänge und Kurse an und es wurden Begegnungsmöglichkeiten zwischen Behinderten und Nichtbehinderten geschaffen.

Breiten Raum nahm 2003 auch die **Entwicklung innovativer Lehr- und Lernmethoden** ein. So wurde mit der „Textwelt" der Wiener Urania ein Schreibwerkstättenforum im Internet installiert. Kommunikation und Partizipation der Bevölkerung standen bei den beiden Projekten „Einrichtung eines Bildungshauses" und „Kommunikationsknoten Leberberg" der Volkshochschule Simmering im Vordergrund. Mit „Sprache ist mehr" wurden Informationen rund um das Thema Sprache populärwissenschaftlich aufgearbeitet.

Gesellschaftliche und kulturelle Themen sind seit jeher ein wichtiger Bestandteil vieler Bildungsprojekte. Erstmals vergab die Kleine Galerie den Robert-Schmitt-Preis für Amateur/innenaquarelle, wobei das Interesse sowohl der Bewerber/innen als auch der Öffentlichkeit überaus groß war. Mit dem Projekt „Kunst für Grete Jost" gelang es der Kleinen Galerie, diese

Widerstandskämpferin stärker im Bewusstsein der Bezirksbevölkerung zu verankern. Die Volkshochschule Hietzing hat mit dem Symposion zum 100. Geburtstag von Theodor W. Adorno bewiesen, dass auch eine Volkshochschule der Ort von fachlich hochwertiger Auseinandersetzung mit Geschichte und Philosophie sein kann. Mit dem Projekt „Wer ein Leben rettet" hat das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung eine internationale Ausstellung nach Wien gebracht, die das mutige Eintreten vieler Menschen für ihre verfolgten jüdischen Mitbürger/innen zum Thema hatte.

Bildungsmaßnahmen für ältere Menschen, wie z. B. das seit Jahren erfolgreiche Bildungsquiz „Wer weiß, gewinnt", sind der Wiener Volksbildung ein wichtiges Anliegen. Mit „Mosaikbänke für den Jungbrunnen" führte die Volkshochschule Hietzing ihre Bildungsarbeit im Geriatriezentrum am Wienerwald fort.

Im Rahmen des Sonderprojekts **„Weiterbildungsaspirationen"** ließ die Volkshochschule Meidling in den südlichen Wiener Gemeindebezirken eine Befragung durchführen, die interessante Aufschlüsse für die zukünftige Weiterbildungsplanung gab. So zeigte sich, dass Bezirke mit einem Volkshochschulstammhaus eine überdurchschnittlich hohe Weiterbildungsbeteiligung aufweisen.

Landesjugendreferat

Als Koordinations- und Vernetzungsstelle für die zahlreichen Aspekte der Jugendarbeit in Wien entfaltete das Landesjugendreferat im Berichtszeitraum zahlreiche Aktivitäten, durch die die Weiterführung von bewährten Aktionen für Kinder, Jugendliche und Familien in Wien gewährleistet wurde. Durch gezielte Maßnahmen wurde den verschiedensten Gruppierungen der Jugendarbeit in der Stadt Gelegenheit zur Entwicklung und Umsetzung ihrer Programme geboten, wobei auch jugendrelevante Trends Berücksichtigung fanden.

Innerhalb des Budgetansatzes für **„kulturelle Jugendbetreuung"** wurden dem Verein wienXtra und dem „Verein Wiener Jugendzentren" die betraglich höchsten Subventionen zuerkannt. Mit Förderungsmitteln im Ausmaß von 11.943.740 EUR war es den **Wiener Jugendzentren** auch möglich, in den Bezirken Erdberg und Favoriten neu konzipierte Projekte zu initiieren, die nicht mehr im Trend liegende Großraumeinrichtungen ersetzen sollen und bereits mit Beteiligung von künftigen Nutzer/innen geplant werden. Geänderten konzeptiven Überlegungen folgend wurde auch der Betrieb im früheren Jugendzentrum Döbling beendet und nach Adaptierungsaktivitäten in ein Lokal im Bereich des Karl-Marx-Hofes verlagert. Im Programm von **wienXtra** wurden durch die Aktivitätenreihe „kinderuni Wien" neue Akzente mit impulsgebendem Charakter für andere Einrichtungen gesetzt. Der über dieselbe Förderungsschiene ermöglichte „Laju Navigator", der in Kooperation mit der jugendinfo wien erstellt wurde, eröffnete eine neue Ebene der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit mit den Chancen der neuen Medien (Internet).

Im **Förderungsbereich** wurden im Berichtszeitraum insgesamt 41 Anträge auf Subventionierungen von im Kinder- und Jugendbetreuungsbereich tätigen Vereinigungen genehmigt. In vier Sammelanträgen wurden Basis- und Projektförderungen gewährt, die verschiedenen Gruppierungen die Umsetzung von 68 Einzelprojekten ermöglichten. 75 eingereichte Förderungsansuchen mussten abgelehnt werden.

Ihrer Funktion als Informations- und Vernetzungsdrehscheibe entsprechend veranstaltete die MA 13 auch zahlreiche **Veranstaltungen zu jugendorganisationsrelevanten Themen**, wie z. B. dem neuen Vereinsgesetz oder den Aufgabenbereichen der Bezirksjugendbeauftragten der Stadt Wien.

Auch im Bereich der **Jungbürger/innenveranstaltungen 2003** wurden den 13.050 Jungbürger/innen des Jahrgangs 1985 anlässlich ihres politischen Geburtstags nützliche Informationen und Tipps unter Einbindung der neuen medialen Möglichkeiten (CD-ROM) zur Verfügung gestellt. Mit Veranstaltungen wie „City Night" oder dem Event „School City" am 26./27. September 2003 wurden rund 12.000 jungen Besucher/innen neue trendige Veranstaltungen im Rathaus geboten. Die „MTV Club Tour Vienna" stellte ebenso einen in dieser Form noch nicht angebotenen Veranstaltungstyp dar, der in fünf Lokalitäten zeitgleich stattfand. Die einzelnen Locations wurden dabei durch ein Shuttle-Service miteinander verbunden. Dem aktuellen Retro-Trend entsprach schließlich die im Rahmen der „Jungbürger/innenveranstaltungen 2003" angebotene englische Produktion „ABBAMANIA" im Wiener Museums-Quartier, die rund 2.000 Besucher/innen verzeichnen konnte.

Mit **„STAGE4U"**, einer offenen Bühne für Kinder und Jugendliche am Stock-im-Eisen-Platz, wurde 35 Gruppen Gelegenheit geboten, ihr künstlerisches Können in Form von Tanz-, Theater-, Musikdarbietungen etc. vor Publikum in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Im Bereich des **Erfahrungsaustauschs auf internationaler Ebene** wurden die Kontakte mit Helsinki intensiviert und fanden Veranstaltungen mit den neuen EU-Beitrittswerberländern sowie Staaten des ehemaligen Jugoslawien statt. Über das Landesjugendreferat wurde zahlreichen Kindergruppen aus verschiedenen Städten, darunter Moskau, Gelegenheit zum Besuch der Bundeshauptstadt Wien geboten.

Mit der **„Koordinationsstelle-Mitbestimmung"** in der MA 13 – Landesjugendreferat wurde die Bedeutung der Partizipationsarbeit innerhalb der Jugendarbeit in Wien betont. Der Partizipationsarbeitskreis (PAK) konnte zahlreiche Konzepte für Beteiligungsmodelle erarbeiten. Im Rahmen der „Beteiligungsschule" wurde dazu ein Modell der

Beteiligung aller Schulpartner an einer Gartengestaltungsaktivität entwickelt und umgesetzt. Im Rahmen der Veranstaltung „Games and More" wurde auf den bereits zehnjährigen Bestand der Wiener „Parkbetreuung" hingewiesen und es konnten mehr als 30 Kooperationspartner/innen unter der fachlichen Begleitung der **Koordinationsstelle für M.A.ST.A.** (**M**obile Jugendarbeit, **A**ufsuchende Kinder- und Jugendarbeit, **St**reetwork, **A**nimative freizeitpädagogische Betreuung) einige ihrer Aktivitäten präsentieren. Diese bereits seit fünf Jahren tätige Koordinationsstelle, die aktuelle Trends und Tendenzen in der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt unterstützt und weiterentwickelt, setzte 2003 einen besonderen Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Partizipation. Die Koordinationsstelle betreute im Rahmen ihrer pädagogischen Begleitung der „Parkbetreuung" 19 verschiedene gemeinnützige Vereine mit 35 Projekten in allen Wiener Gemeindebezirken, die in insgesamt 85 Parkanlagen sowie auf 40 weiteren öffentlichen Flächen ihre Aktivitäten anboten. Durch Intensivierungen und konzeptive Änderungen im Rahmen dieser Gruppierungen stieg dabei die Zahl der ganzjährig agierenden Projekte auf 68 Prozent (2002: 55 Prozent).

Besondere Beachtung auch im medialen Bereich fand die im November 2003 veranstaltete **„v.i.p.j.a."** (VernetzungsInitiative professionelle Jugendarbeit), die – dem Jahresschwerpunkt entsprechend – unter dem Titel „It's my partycipation" stand und wesentliche Impulse zu diesem Thema setzen konnte. Unter den innovativen Projekten von **media wien** ist im Bereich Telematik vor allem die strukturelle und grafische Kompletterneuerung der Homepage www.mediawien.at hervorzuheben. Weiters erfolgte der Aufbau einer eigenen Bilddatenbank (ca. 600 Bilder), die dem Wiener Pflichtschulbereich zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung gestellt wird. Das Video-Online-Projekt konnte um 43 in thematische Module zerlegte Videos erweitert werden. Aufwändige Lernspiele in Flash-Programmierung wurden zudem für den interaktiven Online-Unterricht erstellt und Audio-/Video-Material aus medienpädagogischen Schulprojekten digitalisiert.

Im **Bereich Medienpädagogik** beteiligt sich media wien derzeit an zwei EU-Projekten als Partner:

- Die Ziele des EU-Projekts **„medi@culture online"** bestehen darin, einen medienkulturellen Lern- und Erfahrungsraum zu schaffen – Konzeptionen, Inhalte und Materialien für die Anregung und Unterstützung medienkultureller (grenzüberschreitender) Projekte, Möglichkeiten der aktiv-kreativen Medienarbeit aufzuzeigen und eine Interaktions- und Produktionsplattform für grenzüberschreitende schulische Online-Projekte bereitzustellen. Ein weiteres Ziel ist die Vernetzung bestehender Maßnahmen, Projekte, Institutionen und Akteure auf europäischer Ebene, um dadurch weiter gehende Aktionsmöglichkeiten zu erschließen und den Erfahrungsaustausch zu fördern. Das Projekt-Angebot richtet sich vor allem an Akteure des schulischen und außerschulischen Bildungsbereichs, an Eltern, Lehrer/innen und Schüler/innen.
- Das EU-Projekt **„youth@europe³"** richtet sich an Jugendliche in Deutschland, Österreich, Frankreich und Slowenien im Alter von 12 bis 18 Jahren mit dem Ziel, diese für die EU-Erweiterung zu sensibilisieren. Es basiert auf einem Medienpaket mit Materialien für Schüler/innen und Lehrer/innen, das an Schulen in den beteiligten Ländern verschickt wird. In einem begleitenden Wettbewerb sind die Jugendlichen dazu aufgerufen, sich eigenständig mit Fragen zur EU-Erweiterung auseinander zu setzen. Sie sollen Reportagen über für sie relevante Fragestellungen zur EU-Erweiterung schreiben.

Eine Gruppe der von media wien betreuten RADIO-BANDe nahm am sozialpädagogischen Projekt der „Mirno More Friedensflotte" teil und lieferte Beiträge direkt vom Schiff auf neun österreichische Radiosender und ins Internet. Die Aktion fand auch mediales Echo bei den Printmedien und im ORF. **„FON"** war zu Jahresbeginn ein Pilotprojekt zur Medienkonvergenz. Schüler/innen brachten via Handy, unter Ausnutzung neuer Telekommunikationsmodule, Interviews und Statements direkt ins Internet. Die redaktionelle Betreuung erfolgte online. Das Projekt wurde wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Ab Oktober konnten nach einer konzeptionellen Überarbeitung die Kino-Vorführungen für Schulklassen wieder aufgenommen werden. Die Filmvorführungen bereichert nunmehr ein anschließendes medienpädagogischen Workshop-Angebot im Medienatelier.

Bei der PR-Star-Verleihung im Dezember wurde der von media wien produzierte und schon mehrfach ausgezeichnete **Universum-Beitrag über die Wiener Donauinsel** mit einem PR-Star als Sonderpreis bedacht.

Von den zahlreichen **Film- und Videoproduktionen** des Jahres 2003 sind zu nennen: „90 Jahre Jugendwohlfahrt Ottakring", „Mamamio, alles bio!" (Ökologie und Umweltschutz), Baudokumentationen des Ausbaus der U1 und der U2, ein Werbespot für die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, eine Dokumentation des weiteren Ausbaus des Großprojekts „Hochwasserschutz für Wien", die englische Version des Films „Die Jahrhundertflut" über das Hochwasser 2002 sowie eine Dokumentation aus dem Stadtsenatssitzungssaal im Wiener Rathaus anlässlich der Ernennung der Wiener Innenstadt zum Weltkulturerbe durch die UNESCO. Aus dem reichen Bestand historischer Dokumentarfilme des Filmarchivs von media wien wurde für das Architekturzentrum Wien Material für eine Dokumentation über die Entwicklung der Architektur der letzten Jahrzehnte im städtischen Raum zur Verfügung gestellt.

Musiklehranstalten Wien

Die Schüler/innenbewegung am Konservatorium Wien, den Musikschulen und der Kindersing-

schule ergab mit Stichtag 30. November 2003 folgendes Bild: Konservatorium – 1.130 Studierende, Musikschulen – 5.491 Schüler/innen, Kindersingschule – 2.584 Teilnehmende. Die Gesamtschüler/innenzahl der Musiklehranstalten belief sich auf 9.205. Am Konservatorium wurden 81 Diplom- sowie 32 staatliche Lehrbefähigungsprüfungen abgelegt.

Öffentliche Veranstaltungen sind ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildung an den Musiklehranstalten. Sowohl das traditionelle Jahreskonzert des Konservatoriums im Großen Musikvereinssaal als auch das „Festliche Singen" der Kindersingschule wurden zu einem großen Erfolg. Weiters fanden diverse Faschings-, Jahres- sowie Adventkonzerte der Musikschulen in den Bezirken statt.

Aktivitäten wie die Abhaltung von Workshops für diverse Abteilungen des Konservatoriums und in den Musikschulen ergänzten den Unterricht. Im Jahr 2003 wurden 596 Konzerte, Vortragsabende und Aufführungen in repräsentativen Konzertsälen dargeboten. Der zweite Musikschulwettbewerb wies zudem eine erfreulich hohe Teilnehmer/innenzahl auf.

Modeschule Hetzendorf

Die Modeschule Hetzendorf konnte mit 188 einen Höchststand an Schüler/innen verzeichnen. Investitionsseitig bestanden die wesentlichsten Maßnahmen in der Behebung von Mängeln am Bauwerk und in der Installation einer Wegebeleuchtung im Park.

An **internen Aktivitäten/Schulpräsentationen** fanden am 14. März und am 19. November Tage der offenen Tür statt. Die jährliche Abschlussausstellung der Schüler/innen in den Prunkräumen zum Jahresthema „Was ist Mode" wurde am 2. Juni eröffnet und dauerte ca. vier Wochen. Daneben präsentierte sich die Modeschule erstmals in Form eines außergewöhnlichen Jahrbuchs über das Schuljahr 2002/03. Bereits Tradition hat der am 1. Dezember im Schloss Hetzendorf abgehaltene vorweihnachtliche Bazar, bei dem speziell Angefertigtes (von Kleidungsstücken über Accessoires und Schmuck bis hin zu Lampenschirmen) zu erwerben war.

Die traditionelle **Modeschau** der Schule vom 18. bis zum 22. Juni 2003 stand unter dem Motto: „TAKE OFF". Gezeigt wurden im 1. Teil der Show ca. 100 Modelle unter Einbeziehung der fünf Ausbildungsschwerpunkte Kleidermachen, Strick- und Wirkmode, Modell-Modisterei, Modell-Lederwaren und Textildesign. Im 2. Teil führten die Diplomand/innen ihre eigenen Kollektionen inklusive handgearbeiteter Schuhe vor. Einen Beitrag zum Thema „Arbeitsbekleidung" oder „Corporate Wear" leistete das Projekt BOB des 1. Diplomlehrgangs.

Neben **Workshops und Seminaren** fanden im Jänner die Hetzendorf Gespräche, Teil IV, zum Thema „Was ist Mode?" mit Vorträgen von Persönlichkeiten aus Mode, Kunst und Kultur statt. Fortgesetzt wurden die Hetzendorf Gespräche im November mit Teil V zum Thema „Mode und Textil".

Im Rahmen von **externen Aktivitäten/Kooperationen** haben sich Schüler/innen der Modeschule wieder an diversen Wettbewerben beteiligt, von denen besonders der World Fashion Contest Gifu in Japan mit jährlich rund 15.000 Teilnehmer/innen hervorzuheben ist.

Im Sommer hat die Modeschule erstmalig drei Wochen lang eine Sommerakademie beherbergt und interessierten Personen die Möglichkeit geboten, bei diversen Künstler/innen Kurse zu besuchen, die sich unter anderem mit der Technik des Filzens, mit dem Phänomen Hut, mit textilen Techniken im Schmuck, Schuhdesign etc. auseinander setzten. Ende August bis Anfang September wurde im Schlosspark ein Teil des Kinofilms für Kinder mit dem Titel „Nicht zu vermieten" (nach einem Buch von Christine Nöstlinger) gedreht; die titelgebende Villa war als Kulisse im Park aufgebaut. Die Wanderausstellung „Textiles St. Gallen" machte in Schloss Hetzendorf als erster Einrichtung Station und gewährte den Besucher/innen Einblicke in die große Tradition der Schweiz im Bereich der Erzeugung und Verarbeitung von Spitze. Diese Ausstellung wird auch in Paris und New York zu sehen sein. Ein im Herbst begonnenes und Anfang 2004 beendetes Projekt ist die Entwicklung eines Pop Outfits für die Wiener Sängerknaben, das der Öffnung dieses Ensembles hin zur Popularmusik Rechnung tragen soll.

Zur **Reifeprüfung** traten 23 Schüler/innen an, von denen 21 die Prüfung erfolgreich ablegen konnten. Zehn Student/innen des 3-jährigen Diplomlehrgangs für Mode- und Strickmodedesign bestanden ihre **Diplomprüfung**. Erstmalig wurde dabei den Student/innen die Möglichkeit geboten, für ihre Diplomarbeiten eine eigene Kollektion mit persönlicher Linie zu kreieren und im Rahmen der Modeschau 2003 zu präsentieren, wobei das hohe künstlerische Niveau der Absolvent/innen der Modeschule Hetzendorf einmal mehr bestätigt wurde.

Büchereien Wien

Im April 2003 konnte die **neue Hauptbücherei** eröffnet werden. Durch die besondere Lage mitten am Gürtel fand der über der U-Bahn errichtete Bau mit seiner „Büchertreppe" großen Anklang bei den Wiener/innen und sorgte für ein gewaltiges Medieninteresse. Bereits am Eröffnungstag haben 7.000 Besucher/innen die neue Bücherei besichtigt und sich vor Ort von ihrer sowohl architektonischen wie bibliothekarischen Einzigartigkeit überzeugt. Auch während des Jahres nahm der Zustrom an Besucher/innen nicht ab. So konnte die Zahl der Neueinschreibungen in der Hauptbücherei mit knapp 30.000 neuen Leser/innen fast verzehnfacht werden. Auch bei den Besucher/innen und Entlehnungen wurden Zuwächse verzeichnet.

Parallel zur neuen Hauptbücherei ging unter www.buechereien.wien.at die **neue Website** der Büchereien Wien in Betrieb. Bei jungen Leser/innen erzielte speziell die Kinderhomepage KIRANGO – der Kinderplanet großen Anklang.



Am 7. April eröffneten Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Vizebürgermeisterin Grete Laska die neue Hauptbücherei am Urban-Loritz-Platz.

Eine weitere serviceorientierte Innovation der Büchereien Wien war die **Einrichtung eines bibliothekarischen Auskunftsdienstes**, der telefonisch und/oder per E-Mail erreichbar ist. Acht Stunden täglich werden Anfragen, Wünsche und Beschwerden entgegengenommen und rasch und kompetent behandelt.

Neben der geplanten Renovierung der Zweigstelle in 15., Schwendergasse 39–43, der Adaptierung eines neuen Lokals in 23., Breitenfurterstraße 258, für eine Bezirksbücherei und den Vorbereitungsarbeiten für die Stützpunktbücherei in 12., Philadelphiabrücke, wurde nach einem Brand im Haus der Begegnung in 22., Bernoullistraße 1, auch die von diesem Ereignis betroffene Stützpunktbücherei einer Renovierung unterzogen. Damit stehen den Nutzer/innen der Büchereien Wien in nächster Zeit vier weitere moderne, sowohl technisch als auch bibliothekarisch sehr gut ausgerüstete Zweigstellen zur Verfügung.

Fünf Zweigstellen, die als Sonderformen geführt wurden, werden seit 2003 nicht mehr von den Büchereien Wien betrieben: Die Lehrlingsbüchereien in den Berufsschulen Mollardgasse, Scheydgasse und Längenfeldgasse werden von Vereinen weitergeführt; die beiden Patient/innenbüchereien im AKH wurden geschlossen.

Auch im Berichtsjahr haben die Zweigstellen der Büchereien Wien wieder vielfältige Aktivitäten auf dem **Veranstaltungssektor** gesetzt. Neben den regelmäßig angebotenen Veranstaltungen für Schulen und Kindergärten gab es zahlreiche Abendveranstaltungen. Im Herbst fanden in der Hauptbücherei ebenfalls einige erfolgreiche Veranstaltungen statt: Buchpräsentationen, Podiumsdiskussionen, ein mexikanisches Totenfest, ein Jazzkonzert mit dem Mono-Blue-Quartett und ein feuriges Krippenspiel stießen auf reges Interesse.

Das **„Lesofantenfest"**, das große Kindertheaterfestival mit seinem überaus attraktiven Rahmenprogramm, konnte wieder viele kleine Besucher/innen verzeichnen. Veranstaltungsorte waren drei Zweigstellen und die Hauptbücherei, in der 2003 erstmals auch Workshops für Kinder abgehalten wurden.

Bäder (MA 44)

Im Jahr 2003 verwaltete die Abteilung insgesamt 41 Standorte, die sich folgendermaßen zusammensetzen: 2 Volksbäder, 7 Saunabäder, 11 Hallenbäder, davon 7 so genannte Kombibäder mit angeschlossenem Sommerbad, 10 Sommerbäder und 11 Familienbäder. Am 8. Juli 2003 hat die Brauseabteilung des Weisselbades (21., Weisselgasse) und am 7. August 2003 die Wannenabteilung des Hallenbades Floridsdorf (21., Franklinstraße) den Badebetrieb aufgrund zu geringer Frequenz endgültig eingestellt.

Im Jahr 2003 wurden in allen städtischen Bädern insgesamt 1.799.689 m^3 Wasser, 13.787 MWh Strom, 10.000 kg Heizöl (das entspricht 119 MWh), 1.076.089 m^3 Gas (das sind 10.761 MWh) und 46.584 MWh Fernwärme verbraucht.

Größere **Bauvorhaben** im Jahr 2003 waren die

- Sanierung der Gebäude und Außenanlagen Gänsehäufel
- Sanierung Erholungsbecken Krapfenwaldlbad
- Errichtung eines Aufzuges im Barfußstiegenbereich des HB Floridsdorf
- Erneuerung der Küche im Restaurant Ottakringerbad
- Beachvolleyballplatz Ottakringerbad
- Sanierung der Wasserrutsche im SB Simmering.

Besucherentwicklung

Ganzjahresbäder

Der Besuch der Schwimmhallen lässt im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Rückgang von 3,16 Prozent erkennen. Die Besucherzahlen in den Saunabädern verzeichneten ebenfalls einen Frequenzrückgang von 5,76 Prozent.

Die Besucherzahlen in den Wannenbädern weisen ein Minus von 16,83 Prozent auf. Auch bei den Brausebädern wurde ein weiterer Rückgang von 8,47 Prozent beobachtet.

Sommer- und Familienbäder

In der Sommerbadesaison 2003 erlebten die Wiener Sommerbäder einen wahren Besucheransturm mit 3.134.519 Badegästen, was gegenüber dem Vorjahr einen Rekordanstieg um 29,2 Prozent

bedeutet. Die Familienbäder wiesen mit 334.547 Besuchern und somit einem Plus von 55,81 Prozent erneut einen beachtlichen Besucherzuwachs auf.

Bäder für Kinder

Ferienspiel in den Wiener Bädern in Zusammenarbeit mit der MA 13

Im Rahmen des ermäßigten Eintritts während der Schulferien 2003 haben 304.940 Kinder und 81.598 Jugendliche die Wiener Hallen- und Sommerbäder besucht.

Kindernachmittage

In vier Hallenbädern gab es an Wochenenden in den Monaten Jänner bis April in der Zeit von 13.00 bis 17.30 Uhr Kindernachmittage. Riesenschwimmtiere und ein buntes Animationsprogramm sorgten für Spaß und Action bei den jüngsten Bäderfans. Auf Grund der großen Beliebtheit wurden erstmals auch in drei Sommerbädern während der Sommerferien Kindernachmittage angeboten. Zusätzlich wurde auch in den Familienbädern ein eigener „Mini-Club" eingerichtet. Zwei Animationsteams kümmerten sich abwechselnd in den sechs größten Familienbädern um unsere jüngsten Gäste.

Kinderfest am Hl. Abend

Das Team des Hallenbades Donaustadt veranstaltete am 24. Dezember 2003 zum 16. Mal ein Kinderfest. Für mehr als 170 Kinder wurde ein abwechslungsreiches Spieleprogramm geboten und am Ende der Bewerbe eine Preisverleihung durch Bezirkspolitiker vorgenommen.

Sport und Spaß im Bad

Aktionen für Fitness & Wellness

In den Hallenbädern finden während der Wintermonate Oktober bis April verschiedene Aktionen statt: Seniorenschwimmen, Aqua-Rhythmik, Pool-Gymnastik, Versehrtenschwimmen, Warmbaden und Nacktbaden haben bereits viele treue Anhänger unter unseren Badegästen. Aufgrund der großen Nachfrage wurde die Pool-Gymnastik in den Hallenbädern Amalienbad und Jörgerbad wieder ganzjährig angeboten.

Fortsetzung der Beach-Animation

In sechs städtischen Sommerbädern wurde an Juni-Wochenenden sowie in den Ferienmonaten Juli und August täglich ein Animationsprogramm geboten. Ein Animationsteam unterhielt Badegäste aller Altersgruppen mit Spiel, Spaß und Sport. Auf Grund der zahlreichen positiven Reaktionen wird auch 2004 an eine Fortsetzung gedacht.

Bäderinfos für alle

Bäderzeitung

Unter dem Titel „Bäder und mehr..." wurde im Juni eine Bäderzeitung mit einer Auflage von 100.000 Stück herausgebracht. Der Inhalt reichte von Infos über Bäderaktionen und -attraktionen bis zu Beiträgen über Einrichtungen und Angebote in den Wiener Bädern. Die Distribution erfolgte an stark frequentierten Plätzen in Wien sowie direkt in den städtischen Bädern.

Vergleich der Besuchszahlen der Jahre 2001, 2002 und 2003

	2001	2002	+/– %	2003	+/–	+/– %
Schwimmhallen	1.105.306	1.124.646	+ 1,75	1.089.065	– 35.581	– 3,16
Saunabäder	425.313	407.209	– 4,26	383.771	– 23.438	– 5,76
Wannenbäder	6.685	5.615	–16,01	4.670	– 945	– 16,83
Brausebäder	66.994	57.742	–13,81	52.850	– 4.892	– 8,47
Sonnenbäder	3.087	2.781	– 9,91	2.509	– 272	– 9,78
Summe Ganzjahresbäder	1.607.385	1.597.993	– 0,58	1.532.865	– 65.128	– 4,08
Sommerbäder	2.351.737	2.426.016	+ 3,16	3.134.519	+ 708.503	+ 29,20
Familienbäder	139.615	214.718	+53,79	334.547	+ 119.829	+ 55,81
Summe Sommer- und Familienbäder	2.491.352	2.640.734	+ 6,00	3.469.066	+ 828.332	+ 31,37
Gesamtsumme	**4.098.737**	**4.238.727**	**+ 3,42**	**5.001.931**	**+ 763.204**	**+ 18,01**

Bäderfolder

Auch 2003 wurden Infofolder für Sommerbäder und Hallenbäder produziert. Alles Wissenswerte über Angebote, Eintrittspreise, Attraktionen und Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist dort nachzulesen. Die Broschüren wurden wieder im faltbaren Scheckkartenformat (Z-Card) hergestellt und erfreuten sich auf Grund des handlichen Formats größter Beliebtheit.



Beim 16. Kinderfest im Hallenbad Donaustadt wurde wieder ein abwechslungsreiches Spieleprogramm geboten.

Bäder im Blickpunkt der Öffentlichkeit

Messeteilnahme

Die MA 44 war 2003 auf etlichen Messeveranstaltungen präsent: Mitte März bei der Behindertenmesse „Jeder für jeden" im Rathaus, Ende September am „Tag des Sports" auf dem Wiener Heldenplatz sowie am Festumzug „111 Jahre Ottakring", Anfang Oktober am 5. Wiener Senior/innentag im Rathaus und Mitte November bei der 7. Wiener Herbstseniorenmesse am Messegelände.

Filmkulisse

Die Wiener Bäder sind wiederholt Schauplätze für Film- und Werbeaufnahmen. Im Sommer 2003 waren die Sommerbäder beispielsweise Kulisse für zahlreiche ORF- und ATV+-Produktionen.

Kunden-Service

Bäderbus

Von Anfang Juni bis Anfang September wurde wieder ein Bus-Shuttle geführt, um unseren Badegästen einen bequemen und kostenlosen Transfer vom nächstgelegenen Verkehrsknotenpunkt ins Bad zu ermöglichen. Eine Linienführung ging täglich bei Schönwetter im 10-Minutentakt und verband die U1-Station Kaisermühlen ganztags mit dem Gänsehäufel. Eine zweite Buslinie passierte morgens und abends am Weg zwischen der U1-Station Alte Donau und der U6-Station Neue Donau das Strandbad Alte Donau und das Angelibad. Über die gesamte Betriebsdauer nutzten geschätzte 200.000 Badegäste alleine auf der Route Gänsehäufel diesen Shuttle-Service.

Sportamt (MA 51)

Zu den wesentlichen Aufgaben des Sportamtes gehören die **Baumaßnahmen** auf dem Sportsektor und der **Betrieb von Sportstätten**. Das Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mbH im Wege eines Geschäftsführungsauftrags betriebenen Sportanlagen der Stadt Wien wird weiterhin schrittweise verwirklicht. In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch **Subventionen** den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurden dem ASKÖ-Landesverband Wien, der UNION und dem ASVÖ namhafte Subventionen für den Ausbau ihrer Verbandssportanlagen zur Verfügung gestellt. Das 1991 begonnene Sanierungsprogramm, das in Zusammenarbeit mit dem Wiener Fußballverband ausgearbeitet wurde, um die Wiener Fußballplätze in einen zeitgemäßen Zustand zu bringen, wurde auch 2003 fortgesetzt. Die Sanierungsarbeiten umfassten je nach Notwendigkeit die Sanierung des Rasenspielfeldes, die Errichtung von Kunstrasenfeldern oder die Neuerrichtung von Kabinengebäuden. Insgesamt wurden bisher 52 Sportanlagen fertig gestellt.

Auf Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, sodass durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte.

Die Gremien der **Wiener Landessportorganisation** (Wiener Landessportrat, Landessportpräsidium, Wiener Landessportfachrat und Fachausschuss) stellen eine geeignete Plattform für alle zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlichen Beratungen dar. Der Wiener Landessportrat verteilt die Subventionsmittel für die Fachverbände und den Leistungssport. Den Teilnehmern an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten (15.000 EUR) ersetzt, wobei die Entschädigungshöhen je nach der Entfernung gestaffelt waren. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern, Nachwuchssportlern und Verwaltungsförderung der Fachverbände wurden 2003 400.000 EUR aufgewendet.

Die Abteilung betrieb im Jahre 2003 17 Jugendspielplätze und 14 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen zur Benützung überlassen wurden. Die 10 von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für Trainingszwecke und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt. Weitere acht Spielplätze und 109 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Die Sportanlagen in 10., Triester Straße, 10., Laxenburger Straße – Heubergstättenstraße, 10., Franz-Koci-Straße, 10., Eibesbrunnergasse, 16., Kendlerstraße 38, 16., Roterdstraße und 20., Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt, ebenso das neu errichtete **Kanu- und Ruderzentrum** auf der Donauinsel. Seit 1966 verfügt die Stadt Wien über einen **Schlepplift** in 14., Mauerbachstraße 172 (Hohe Wand-Wiese), der von den Wintersportlern sehr gerne benützt wird. Aufgrund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt Wien bei Schneelage im Prater ab Ecke Hauptallee-Kaiserstraße, auf der Sofienalpe ab Parkplatz Hotel Sofienalpe, auf der Donauinsel abwärts der Steinspornbrücke, auf den Steinhofgründen ab dem Eingang in das Erholungsgebiet und im Donaupark ab dem Donauturm **Langlaufloipen** präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen sowie die von der Wiener Stadthalle-Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mbH verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen im Ausmaß von 10.470 Stunden pro Woche zur Verfügung gestellt. Diese Organisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt und erhalten

weitere Beihilfen für die Durchführung von Erhaltungs- sowie für die zum Betrieb notwendigen Verwaltungsmaßnahmen.

Mit den **Jugendsportaktionen** „Sportplatz der offenen Tür", „Jugendeislaufaktion", „Fahrt zum Schnee", „Spielschwimmen", „Talent-Leistungsschwimmen", „Talent-Spezial" und „Talent-Turnen" wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht. Sehr gut angenommen wurde die vor allem für Hausfrauen gedachte Aktion **„Frau und Sport in Wien"**. Sie findet an Vormittagen und frühen Nachmittagen statt, und das Angebot reicht von Tennis, Squash, Schwimmen bis hin zur Selbstverteidigung. Für die Kinder wird eine eigene Betreuung angeboten. Diese Aktionen wurden in Zusammenarbeit mit diversen Sportverbänden durchgeführt. Die benötigten Anlagen wurden von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt, oder zu bestimmten Terminen vermietet. Weiters wurden die organisatorischen Arbeiten, wie Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer vorgenommen und die Tätigkeit der eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht.

Die Aufgaben und Tätigkeiten des Sportamtes umfassen eine breite Palette von Sportförderungsmaßnahmen direkter und indirekter Art und tragen beträchtlich zur Entwicklung des Wiener Sports bei.

Presse- und Informationsdienst (MA 53)

Schwerpunkte der Tätigkeit des Presse- und Informationsdienstes (PID) waren im Jahr 2003

- Information der Bürger/innen durch die wien.at-Medien
- Koordination der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wien
- Koordination der Internet-Informationen der Stadt Wien (wien.at online)
- Herausgabe von Periodika („wien.at", „wien.at aktuell", „wien.at amtsblatt")
- Information der Medien über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in Wien (wien.at Rathaus-Korrespondenz, Medienkonferenzen, Kontakte mit in- und ausländischen Journalist/innen etc.)
- Schaltung von Inseraten, PR-Strecken, andere Imagemaßnahmen
- Unterstützung und Ausbildung von Öffentlichkeitsarbeiter/innen im Rahmen der Integrativen Öffentlichkeitsarbeit
- Informationskampagnen
- Entwicklung von Strategien
- Kooperation mit den im Auftrag der Stadt Wien tätigen Büros in den mittel- und osteuropäischen Hauptstädten
- Öffentlichkeitsarbeit im Interesse der Bezirke.

Als Kommunikationszentrale entwickelt der PID Strategien für verschiedene Gebiete der Öffentlichkeitsarbeit. 2003 waren das u. a.

- Konzept für die Medienbetreuung im Katastrophen- bzw. Krisenfall
- PR-Strategien Virtuelles Amt/E-Government (Innenwirkung)
- Strategien für die Öffentlichkeitsarbeit Studie „Leben in Wien"

Informationskampagne Pass- und Fundservice

Die Stadt Wien übernahm mit 1. Februar 2003 die Zuständigkeit für das Pass- und das Fundservice (bisher Bundespolizeidirektion Wien). Dazu wurde eine umfassende Informationskampagne gemeinsam mit dem Büro Stadträtin Brauner, der Magistratsdirektion, der MA 62 und den Magistratischen Bezirksämtern durchgeführt. Neben den „traditionellen" Bereichen der Medienarbeit und der PR (Medienkonferenz, RK-Aussendungen, Kleinplakate, Flugblätter, wien.at-Beilage, Inserate, Hotline, Beiträge in wien.at aktuell, Berichte in Internet & Intranet etc.) gab es auch einige außergewöhnliche Aktionen wie Mitarbeiter/innentage zur Motivation der beim Pass- und Fundservice eingesetzten Kolleg/innen.

wien.at Medien – Kommunikation mit Bürger/innen und Mitarbeiter/innen

Die unter der Bezeichnung wien.at bekannten Medien der Stadt dienen der Information der Bürger/innen bzw. der internen Kommunikation.

www.wien.at, das Internet-Service der Stadt Wien, ist eine Erfolgsgeschichte. Was 1995 mit wenigen Seiten begonnen hat, ist mittlerweile zu Österreichs größtem kommunalem Internetangebot herangewachsen. Die Internetplattform wien.at zählt über 20.000 Seiten und 50 Datenbanken und über 16 Millionen Zugriffe pro Monat. Die Philosophie, die Information und Interaktion mit den Bürger/innen in den Mittelpunkt zu stellen, wird durch ein klares, einfaches Design unterstützt, was von 650.000 Usern pro Monat geschätzt und angenommen wird. Der PID ist dabei für die Grundsätze (Style-Guide, barrierefreies Web entsprechend den WAI-Web Accessibility Initiative-Richtlinien) und für die Koordination der Inhalte zuständig. Aufgabe des PID ist es auch, die Dienststellen über wirkungsvolle Webauftritte zu beraten, sowie sie technisch und redaktionell und auch bei der Einhaltung des **Corporate Designs** zu unterstützen. Vor allem der Bereich der Qualitätssicherung wird dabei immer wichtiger. So werden etwa sämtliche Anwendungen im Bereich e-Government von der Redaktion begleitet und im Hinblick auf Usability getestet. Die Präsentation dieser Services, die sich unter dem Titel **„Virtuelles Amt"** auf wien.at wiederfinden, obliegt ebenfalls dem PID. Der Internet-Auftritt des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien selbst wurde 2003 sowohl in der deutschen Version als auch in der „english edition" völlig neu gestaltet.

wien.at – Das Infoblatt der Stadt erschien 2003 mit 11 Ausgaben und geht an alle Wiener Haushalte. Die 24 Seiten werden mit Themenbeilagen wie beispielsweise „Demokratiepaket für Wien"; „Zukunft jetzt: Wiens Weg für mehr Arbeitsplätze"; „Mist ade! Infos und Tipps für ein sauberes Wien" oder „Dezentralisierung: So funktioniert die Bezirkspolitik" ergänzt. Monatlich wurden außer-

dem wien.at direct mails an aktive Senior/innen und älteren Mitbürger/innen mit Informationsbroschüren für die jeweilige Zielgruppe versendet. Der wien.at club betreut rund 27.000 Mitglieder.

Die **wien.at rathaus-korrespondenz (rk)** bietet täglich via Austria Presseagentur (APA) und Internet (www.wien.at) Nachrichten aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft, Sport sowie aus dem Wiener Gemeinderat und Landtag. In Zahlen: 2003 wurden 4.601 rk-Artikel verfasst, die gedruckte Ausgabe umfasste 5.223 Seiten. Zu diesen 250 Ausgaben der rk aktuell kamen 26 rk intern- und 30 rk spezial-Ausgaben (insgesamt rund 3,4 Millionen Blatt Papier); sie wurden 43.780 mal verschickt. Produziert wurden Flugblätter in einer Auflage von 451.000 Stück und 49.000 Stück Farbdrucke, 760 Fototermine wurden wahrgenommen, 294 Mediengespräche (darunter auch das dienstägliche des Bürgermeisters) samt Medieninformationen und Fotos veranstaltet. 443 kommunal relevante Pressekonferenzen von PID-Redakteur/innen waren zu besetzen bzw. war darüber zu berichten. „Wien im Rückblick" liegt von 1945 bis 1965 vor.

Das **Amtsblatt der Stadt Wien** erscheint jeden Donnerstag, 2003 mit 52 Ausgaben mit 2.596 Seiten und einer Auflage von 6.000 Stück plus dem Index 2002. Vom **Landesgesetzblatt für Wien** wurden 69 Stück mit 343 Seiten teilweise mit erläuternden Bemerkungen sowie das Inhaltsverzeichnis 2002 herausgegeben und an 13.728 Adressen versendet.

wien.at aktuell, das Magazin für Mitarbeiter/innen sowie für Pensionist/innen der Stadtverwaltung und der Wiener Stadtwerke, enthält Informationen aus dem kommunalen Bereich, berichtet über die Arbeit der Organe der Stadt Wien, der Magistratsabteilungen, der Städtischen Unternehmungen und der Holding-Betriebe und erscheint in 18 Ausgaben mit je 24 Seiten. Die Job-Börse mit Postenausschreibungen, höherwertigen Dienstposten sowie Job-Wünschen wird von der wien.at aktuell-Redaktion auch im Intra-/Internet betreut. Weiters wird von der Redaktion das Diskussionsforum für Mitarbeiter/innen im Intranet administriert.

Tipps, Tricks & Hilfe auf den Gebieten Medienarbeit und Öffentlichkeitsarbeit bietet der PID u. a. auch mit seinem umfangreichen und ständig aktualisierten Informationsangebot im Intranet **„Der PID von A bis Z"**.

WIN Wien Intern Neu

Die Grundlage für eine Neugestaltung und redaktionelle Betreuung des Intranets, nun WIN Wien Intern Neu genannt, wurde 2003 mit einem Redaktionskonzept geschaffen. Es wurde von Frühjahr bis Herbst 2003 von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe der MA 14 und der MA 53 erstellt. WIN Wien Intern Neu – das Intranet-Angebot der Stadt Wien soll, aufbauend auf dem derzeitigen Intranet-Angebot, mittels einer Zentralredaktion und entsprechender Themenredaktionen redaktionell betreut werden und eine neue Homepage (= Startseite) und neue Struktur erhalten.

Medienspiegel

Der internen Information der Stadt Wien-Mitarbeiter/innen dient der **online-Pressespiegel**, ein gemeinsames Produkt der Austria Presse Agentur und der MA 53 in Zusammenarbeit mit der MA 14. Er bietet einen tagesaktuellen Überblick über Wien-relevante Berichte in Wiener Tageszeitungen, Zeitschriften und Magazinen. Ergänzend werden die audiovisuellen Medien für den online-Pressespiegel beobachtet. Ebenfalls für die Mitarbeiter/innen der Stadt Wien ist die **„Bezirksmedien-Rundschau"** im Intranet mit Inhalten von Bezirkspublikationen bestimmt. Der PID gestaltet auch sowohl magistratsintern als auch über Internet einen Auslandspressespiegel mit Wien-Berichten in ausländischen Medien, für den 35 Tageszeitungen und 13 Wochenzeitungen sowie die täglichen Meldungen der MOE-Verbindungsbüros ausgewertet werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Basierend auf den im Corporate Design Handbuch der Stadt Wien festgelegten Rahmenbedingungen für den optischen Auftritt der Stadt Wien wurde für das Rathaus ein Leitsystem entwickelt. Ziel war es dabei, den Dienstleistungsanspruch der Stadt durch größtmögliche Nutzer/innenorientierung sichtbar zu machen.

Im Jahr 2003 wurden die Magistratsabteilungen 49, 56, und 69 beim Prozess der Erstellung von Leitbildern ihrer Abteilung begleitet.

PR, Inserate, Imagemaßnahmen

Die Inserate zu den Themen Pass- und Fundservice und Wiener Wahlrecht, aber auch die Themen EU-Erweiterung, wien.at online, Wirtschaftsstandort Wien, Stadtplanung und Verkehr sowie Technologiestandort Wien sind nur einige Beispiele für die ungefähr 1.300 Inserate, PR-Artikel und Kooperationen, die via PID 2003 in ca. 300 Tages-, Wochen- und Monatszeitungen sowie in diversen unregelmäßig erscheinenden Publikationen veröffentlicht wurden. Weiters wurde für diverse Magistratsabteilungen und Geschäftsgruppen zu spezifischen Themen inseriert. Personalinserate wurden für den Wiener Krankenanstaltenverbund und diverse Magistratsabteilungen geschaltet.

In Kooperation mit verschiedenen audiovisuellen Medien betreute der PID u. a. Infospots zum Thema Wahlrechtsreform und beteiligte sich an Produktionen wie „Die lange Nacht der Musik" und „Vienna City Marathon". Zu den PID-Aufgaben gehört auch die redaktionelle Betreuung und Koordination der Wien-Beiträge (insgesamt 280 Minuten) im englischsprachigen TV-Magazin „Hello Austria – Hello Vienna", das weltweit über Satellit und Kabelnetze in ca. 900 Millionen Haushalten zu empfangen ist. Als lebendige Kulturmetropole präsentiert sich die Stadt Wien in der TV-Sendung

„Wetterpanorama", die täglich in ORF 2, 3sat und TW1 ausgestrahlt wird.

Kundenbeziehungsmanagement

Die von der MA 53 durchgeführten **Meinungsumfragen** dienten einerseits zur Evaluierung der eigenen Arbeit, aber auch dem Ausbau des **Kund/innenbeziehungsmanagements** der Stadt Wien. Der PID beteiligte sich auch an der von der MA 18 durchgeführten Studie „Leben in Wien". Diese lieferte ebenso wichtige Erkenntnisse für das Kund/innenbeziehungsmanagement wie das in Abstimmung mit der MD-OC durchgeführte Pilotprojekt, bei dem vier Magistratische Bezirksämter bei der Erhebung ihrer Kund/innenzufriedenheitsdaten an definierten Schnittstellen beraten und unterstützt wurden. Die dabei gewonnen Erfahrungen sind Basis für die kontinuierliche Betreuung aller Dienststellen bei der Erfüllung dieses Teils ihrer Kontrakte. Ebenso wurden ein CRM-Pflichtenheft und ein CRM-Leitfaden erstellt.

Wien spricht anders

Unter dem Motto „Wien spricht anders" wurden vom PID in Abstimmung mit der Magistratsdirektion das Ziel, Bewusstsein für eine kund/innenorientierte Sprache der Verwaltung zu schaffen, angepeilt. Zu den Maßnahmen zählten Befragungen von Bürger/innen, Informationsveranstaltungen für Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung, Arbeitsgruppen und Projektinformationen und die Information der Öffentlichkeit.

Öffentlichkeitsarbeiter/innen-Ausbildung, PR-Star, Information

Im Rahmen der Integrativen Öffentlichkeitsarbeit setzt der PID Initiativen zur Information und Ausbildung der Öffentlichkeitsarbeiter/innen. Gemeinsam mit der MD-VA wurden 25 Ausbildungsveranstaltungen angeboten und von 210 Mitarbeiter/innen besucht. Themen waren u. a. Grundlagen der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit, der Kommunikation, der Werbung, PR, Medienarbeit, Interviews, Live-Auftritt usw. Ergänzt werden diese Angebote durch Monatstreffen mit den Öffentlichkeitsarbeiter/innen und Branchenkontakte (mit externem Praxisbezug). Bei den Monatstreffen werden Querschnittsthemen wie Medienrecht, Urheberrecht, Customer Relationship Management oder Vergabebestimmungen behandelt.

Mit der 2003 erstmals vergebenen Auszeichnung **PR-Star** wurde die Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung seit Einführung der integrativen Öffentlichkeitsarbeit einer Bewertung durch externe Expert/innen unterzogen. 46 Dienststellen beteiligten sich mit 99 Projekten an dem Wettbewerb, der mit der PR Star-Veranstaltung im Rathaus abgeschlossen wurde.

Spezialinfos aus dem Medien- und PR-Bereich gibt es für die Öffentlichkeitsarbeiter/innen (und Abteilungsleiter/innen) mit der alle zehn bis vierzehn Tage erscheinenden e-Zeitung **PID INFO** bzw. PID INFO SPECIAL.



Im Dezember wurde im Rathaus erstmals der PR-Star vergeben.

Medienservice Bezirke

Die Aktivitäten der 23 Wiener Bezirksvorsteher/innen wurden durch Aussendungen in der „wien.at rathaus-korrespondenz" unterstützt. Im Bezirksbüro wurden 313 **Bezirksprojekte** betreut, darunter u. a. 171 Insertionen, 13 Veranstaltungen, 19 Flugblattverteilungen, 11 bezirksbezogene Buchankäufe, 23 Druckwerke, 62 PR/Kommunikations-Aktionen.

Wiener Filmbüro

Das Wiener Filmbüro konnte auch 2003 wesentlich dazu beitragen, das Image der Bundeshauptstadt als Filmstadt zu fördern. 310 Film- und Fernsehprojekte in- und ausländischer Produktionsfirmen und Fernsehstationen sowie der Filmschule und Filmakademie wurden bearbeitet bzw. betreut. Für 1.299 Filmmotive wurden Drehgenehmigungen von der Wiener Stadtverwaltung erteilt (MA 53 und MA 46). Wichtige Produktionen waren u. a. Kommissar Rex, Trautmann, Medicopter und MA 2412.

Rundfahrten, Services, Viennessen, Übersetzungsdienst

1.187 Rundfahrten „Modernes Wien" für 45.129 Teilnehmer/innen wurden organisiert, dazu Sonder- und Fachführungen gestaltet. 68 Führungen

wurden für Gäste aus dem Ausland fremdsprachig abgehalten (es wurden Delegationen aus China, Aserbaidschan, Dänemark, Bosnien, Schweden, Ungarn, Italien, Frankreich etc. betreut). Außerdem wurden für 145 Veranstaltungen 337 Viennessen-einsätze organisiert.

Im Übersetzungsdienst wurden insgesamt 1.230 Übersetzungen in den Sprachen Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch für den gesamten Magistrat angefertigt bzw. für die verschiedenen Dienststellen des Magistrats Aufträge an externe Übersetzer/innen vergeben. 117 Konsekutiv- und Simultandolmetschleistungen vor allem in englischer, aber auch in französischer Sprache wurden im Rahmen von Tagungen, Konferenzen usw. durchgeführt.

An 2.506 Adressen wurden auf Anforderung verschiedene Informationsbroschüren verschickt. Bei Aussendungen von diversen Informationsmaterialien wurden 2.414 Adressen angeschrieben. An 11.606 Adressen wurden die neuesten Ausgaben von wien.at und anderen Broschüren versendet.

PID International

Im Rahmen von **Wien-Image-Maßnahmen** nützte der Presse- und Informationsdienst neben rund 20 Wien-Bällen bzw. kulturellen Veranstaltungen im Ausland zahlreiche publikumswirksame Veranstaltungen in Wien, wie etwa: Österreichische Radrundfahrt, Lifeball, Sommerkino Tribüne Krieau, Operettensommer, A Letter to the Stars oder Adventkalender am Wiener Rathaus als Plattform für imagefördernde und öffentlichkeitswirksame Werbeaktivitäten. Wien-Bälle und Auslandspräsentationen, u. a. in New York und Prag, die Koordination der PR-mäßigen Vermarktung internationaler Projekte der Stadt Wien im EU-, In- und Ausland sowie der Verbindungsbüros der Stadt Wien in den MOE–Ländern, Auslandsmedienbetreuung, Give aways als Wien-Werbung für Veranstaltungen, Bälle und Aktionen (rund 25.000 Bücher und 55.000 Handelswaren) sind weitere Beispiele für die umfangreichen Auslandsaktivitäten. Ergänzt werden sie durch Aktivitäten im Bereich GUS und Naher Osten.

Im Rahmen eines länderübergreifenden Projekts zum Thema EU-Erweiterung wurden Familien aus den Städten Bratislava, Budapest, Laibach und Prag nach Wien eingeladen, im Gegenzug Wiener Familien via ORF in die künftigen Beitrittsländer.

Bürgerdienst (MA 55)

Der Bürgerdienst wurde im Jahr 2003 in 230.505 Fällen von der Wiener Bevölkerung kontaktiert. Die Inanspruchnahme reichte von einfachen Informationen und Beratungen über Weiterleitung von Schadensmeldungen bis zu persönlichen Anliegen. Von diesen Bürgerkontakten entfielen 199.940, das sind rund 86 Prozent, auf Information und Beratung, wo zumeist in Telefonaten oder persönlichen Gesprächen umgehend geholfen wurde. Weiters wurden auf Informationen (Veranstaltungsdatenbank, FAQ´s – kurze Frage/kurze Antwort), die von der Stadtinformation bzw. dem Bürgerdienst online zur Verfügung gestellt wurden, 868.848 Zugriffe verzeichnet.

25.991 Mal wurden Anliegen behandelt, die vom Bürgerdienst entgegengenommen, an die zuständigen Stellen weitergeleitet und bis zur Erledigung weiterverfolgt wurden. Bei diesen Anliegen handelte es sich vor allem um Probleme im Wohnbereich und um Probleme im Straßenbereich. 3.999 mal wurden Straßenschäden gemeldet, 3.955 Fälle betrafen diverse Gebrechen, 6.008 Fälle Verunreinigungen, 5.191 Fälle Rechtsproblemeund 4.110 Fälle betrafen Probleme des Grünraumes und Parkanlagen. Verkehrsprobleme wurden 720 mal behandelt, bautechnische Probleme wurden 556 mal gemeldet. Um Lärmprobleme ging es in 1.438 Fällen, um Probleme mit Baustellen in 1.693 Fällen und um Gerüche/Luftschadstoffe in 526 Fällen.

Der Bürgerdienst betreut die FAQ`s (Frequently Asked Questions – kurze Fragen/kurze Antwort) im www.wien.at redaktionell, und konnte im Jahr 2003 dort 196.397 Zugriffe registrieren.

In Kooperation mit der Magistratsdirektion – Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen (MD-KS) entwickelt der Bürgerdienst das **„Zentrale Bürgeranliegen Management"**, das zur Erfassung von Bürgeranliegen bereits in vielen Abteilungen der Stadtverwaltung zum Einsatz kommt (MD-KS sowie in den Magistratsabteilungen 22, 33, 28, 36, 37, 42, 46, 48 und 49).

Der Bürgerdienst nahm an zahlreichen magistratsinternen und -externen Veranstaltungen teil (E-Government-Leistungsschau, Senior Aktuell 2003 in der Wiener Stadthalle, Seniorenmesse im Donauzentrum, Vortragsveranstaltungen in Kooperation mit dem Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser, Herbst-Seniorenmesse am Messegelände, Wiener Herbstmesse am Messegelände).

Bezirksbürgerdienststellen

Bürgerdienst für den . . .	Anzahl der bearbeiteten Fälle
1. und 8. Bezirk	5.328
2. Bezirk	4.026
3. Bezirk	8.517
4. und 5. Bezirk	4.435
6. und 7. Bezirk	4.197
9. Bezirk	4.175
10. Bezirk	7.016
11. Bezirk	6.251
12. Bezirk	6.262
13. Bezirk	6.362
14. Bezirk	6.896
15. Bezirk	6.085
16. Bezirk	9.840
17. Bezirk	6.536
18. Bezirk	7.215
19. Bezirk	9.077
20. Bezirk	7.034
21. Bezirk	13.178
22. Bezirk	7.979
23. Bezirk	7.386
Insgesamt	**137.795**

Die Bezirksbürgerdienststellen wurden 2003 in 137.795 Fällen in Anspruch genommen. Die Aufteilung ist in der vorhergehenden Tabelle zu ersehen. Einzelne Bezirksbürgerdienststellen wirkten bei Bezirksveranstaltungen mit.

Bürger-Service-Zentren

Im Bürger-Service-Zentrum Donaustadt wurden im Jahr 2003 zusätzlich zur Bürgerdiensttätigkeit 1.597 Anträge, im Bürger-Service-Zentrum Simmering 1.306 Anträge eingebracht. Die Anträge bezogen sich vorwiegend auf Staatsbürgerschaftsnachweise, Religionsaustritte, Lebensbestätigungen und Hundeabgaben.

Stadtinformation

Im Jahr 2003 verzeichnete die Stadtinformation 78.578 Kundenkontakte. 53.375 Anfragen wurden telefonisch gestellt, davon 6.484 Anrufe im Rahmen des Telefonservices an Wochenenden und Feiertagen, 5.212 Anfragen kamen schriftlich (Brief, Fax oder e-mail) und 19.991 Kunden wurden bei einem persönlichen Besuch in der Schmidt-Halle informiert. Weiters verzeichnete die Stadtinformation im Jahr 2003 672.451 Online-Kundenkontakte. Davon entfielen 16.209 Internet-Zugriffe (FAQ) auf die Homepage und 656.242 Zugriffe auf die Veranstaltungsdatenbank der Wiener Stadtinformation, die über die offizielle Internet-Plattform der Stadt Wien (www.wien.at) zu erreichen sind. Darüber hinaus wurden 835.620 Newsletter verschickt.

In 491 Führungen durch die Repräsentationsräume des Wiener Rathauses wurde 14.523 Personen (Schulklassen, Touristen und Gäste der Stadtverwaltung) die Geschichte des Hauses näher gebracht. Eine **„virtuelle Rathausführung"** steht in deutscher Sprache unter http://www.wien.gv.at/ma55/fuehrungen/index.htm und unter http://www.wien.gv.at/english/cityhall/ in englischer Sprache zur Verfügung.

Die Information ausländischer Wien-Besucher/innen ist der Stadtinformation ein besonderes Anliegen. In den Sommermonaten Juli und August werden auch Ferialpraktikant/innen eingesetzt. Die **Rathausbroschüre** liegt in verschiedenen Sprachen (deutsch, englisch, französisch, spanisch und italienisch) auf.

Sonderaktionen:

- Bis 20. Jänner wurde in den Räumlichkeiten der Stadtinformation die zwölf EU-Beitrittskandidaten mittels einer Wanderausstellung präsentiert.
- Am 14. Februar wurde eine Valentinsaktion – Verteilung von Primeln an Besucher der Stadtinformation – durchgeführt.
- Am 21. Februar wurde der Fremdenführertag zum 14. Mal in Wien abgehalten. Die Stadtinformation fungierte als Informationsstelle und Ausgabe des Buches „Fremdenführertag 2003".
- Im Juni wurden kostenlose Zählkarten für das Eröffnungskonzert im Rahmen des „Wiener Blasmusikfestes" ausgegeben.
- Ein Probealarm aller Warn- und Alarmsysteme wurde am 4. Oktober durchgeführt. Unter Mithilfe der Bevölkerung wurden mit zusätzlich eingerichteten Telefonleitungen technische Probleme des Alarmsystems aufgezeigt.
- Im November wurde der Entwurf zum Budgetvoranschlag zur Einsichtnahme in der Stadtinformation aufgelegt.
- Mitte November hat sich die Stadtinformation wieder bei der Aktion „Eine Stadt – ein Buch" beteiligt und auch Gratisexemplare des Buches „Schritt für Schritt" verteilt.
- Weiters wurden wieder „Kataloge" zur Oster- und Adventzeit sowie für Wintersport, Silvester & Neujahr für die Bürger/innen und Gäste unserer Stadt sowohl in schriftlicher Form als auch in der Veranstaltungsdatenbank zusammengestellt.

Mobilbüros

Unter dem Motto „Wir sind für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt da" standen die Mobilbüros des Bürgerdienstes in Wohngebieten, an frequentierten Plätzen und bei Verkehrsknotenpunkten für Wünsche und Anliegen der Wiener Bevölkerung zur Verfügung. Im Jahr 2003 verzeichneten die Mobilbüros 11.229 Kundenkontakte. In 10.695 Fällen konnten Anliegen durch Information und Beratung bzw. durch die sofortige Weiterleitung an die zuständige Fachabteilung der Wiener Stadtverwaltung, rasch erledigt werden. In 534 Fällen war eine längere Aktenbearbeitung (z. B. Beschwerden über einen Gewerbebetrieb, Wunsch nach verkehrstechnischen Maßnahmen, usw.) erforderlich.

Sonderaktionen:

- „Rathausmänner unterwegs": In Zusammenarbeit mit der MD-KS wurden Bezirke auf Missstände untersucht. Mitarbeiter des Dezernats für Sofortmaßnahmen waren in den Bezirken unterwegs. Die Mobilbüros waren stationär im Einsatz und dienten als Anlaufstelle für die Bürger/innen, die über diese Aktionen in ihrem Wohnbereich mittels Flugblätter informiert wurden. Schäden, die einer sofortigen Behebung bedurften, wurden per Funk den Mitarbeitern des Dezernats für Sofortmaßnahmen zur Überprüfung übermittelt.
- Gemeinsame Informationsveranstaltungen mit den „Helfern Wiens", wobei die Aktionen im Schulbereich besonderen Anklang bei Schüler/innen, Lehrer/innen und Elternvereinen fanden.
- Teilnahme an Großveranstaltungen wie Donauinselfest, Feuerwehrfest, Mistfest etc. und Veranstaltungen in den Bezirken (z. B. im Rahmen der Bezirksfestwochen).
- Teilnahme an der Senior/innenmesse
- Einsatz als Leit- und Anlaufstelle für Dienststellen und Betroffene nach Gasexplosionen, Bränden und Amtshandlungen größeren Ausmaßes in Zusammenarbeit mit dem Büro für Sofortmaßnahmen der MD-KS im Rahmen des Bereitschaftsdienstes
- Informationsveranstaltungen gemeinsam mit der MA 45 über Maßnahmen zur Sicherung des Grundwassers im Bereich des Tanklagers Lobau.

Städtische Schulverwaltung (MA 56)

Im Schuljahr 2002/03 wurden 363 öffentliche allgemein bildende Pflichtschulen mit 3.966 Klassen und 89.389 Schüler/innen geführt, und zwar 221 Volksschulen (2.272 Klassen und 53.801 Schüler/innen), 96 Hauptschulen (1.139 Klassen und 28.402 Schüler/innen), 39 Sonderschulen (430 Klassen und 4.201 Schüler/innen) und 7 Polytechnische Schulen (125 Klassen und 2.985 Schüler/innen).

In den 24 öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen wurden im Schuljahr 2002/03 738 Klassen mit 17.096 Schüler/innen, in den privaten Fachschulen der Stadt Wien 20 Klassen mit 541 Schüler/innen und in der Uhrmacherlehrwerkstätte der Stadt Wien vier Jahrgangs-Klassen mit 44 Lehrlingen geführt. Im Pädagogischen Institut der Stadt Wien wurden im Jahr 2003 51.759 Teilnehmer/innen in 2.464 Veranstaltungen betreut.

Insgesamt wurden für Bauvorhaben rund 20 Mio. EUR aufgewendet. Die Instandsetzung der allgemein bildenden öffentlichen Pflichtschulen erfolgte auch im Jahr 2003 im Rahmen der Dezentralisierung über Bezirksbudgets. Von den Bezirken wurden rund 52 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

Schulbauvorhaben im Jahr 2003

Fertigstellungen:	
1.,Börsegasse 5/Renngasse 20	Dachgeschoßausbau für die Volks- und Hauptschule
2., Vorgartenstraße 208	10-klassiger Volksschulneubau 1 Turnsaal, 1 Kindertagesheim (Ersatzbau)
10., Maria-Rekker-Gasse 3 – 5	9-klassiger Volksschulneubau 1 Turnsaal, 1 Kindertagesheim
In Bau befinden sich:	
18., Scheibenbergstraße 63	Zubau für die Volksschule

Wie bereits in den vergangenen Jahren bezog sich auch im Verwaltungsjahr 2003 der Schwerpunkt der Bautätigkeit auf die **Generalsanierung** bestehender Schulgebäude. An neun von 33 Wiener Schulstandorten, die vom Generalsanierungsprogramm betroffen sind (geschätzte Gesamtinvestitionskosten von rund 102 Mio. EUR), wurden im Jahr 2003 Generalsanierungsarbeiten in der Höhe von rund 19 Mio. EUR durchgeführt, wobei 90 Prozent der Gesamtkosten den Bezirken refundiert werden.

Der Schwerpunkt der **EDV-Ausstattung der Wiener Pflichtschulen** lag auf Grund der Entwicklung der Pädagogik und vor allem der technischen Rahmenbedingungen im Bereich der Durchführung eines Softwareupdates auf die Microsoft-XP-Version im unterrichtsspezifischen Teil des Wiener Bildungsnetzes. Eine große Herausforderung hierbei war die Koordination und Organisation logistischer und wirtschaftlicher Aspekte vor dem Hintergrund unterschiedlicher soft- und hardware-technischer Gegebenheiten an unseren Schulen. Darüber hinaus zeigte sich, dass auf Grund der steigenden Gefahr durch Computerviren den Sicherheitsstandards im gesamten EDV-Bereich ein erhöhter Stellenwert einzuräumen ist. Es wurden daher weitere zukunftsorientierte Schritte in die Security – wie Verteilung von Sicherheitsupdates via WBN-Netz – initiiert und in Form eines Pilotprojektes bereits teilweise umgesetzt.

Auch im Bereich der Verwaltungsvereinfachung wurden mittels EDV wichtige Ziele erreicht. Neben Adaptierungen bereits vorhandener Module der **Integrierten Schulverwaltung** (ISV) wurden auch neue Module bzw. Anwendungen geschaffen. So ist es ab dem Jahr 2003 den Schulwart/innen der Stadt Wien möglich, ihre Bestellungen der Reinigungsmaterialien, Arbeitsbekleidung sowie Produkte für Schulküchen vollelektronisch abzuwickeln. Darüber hinaus ist es äußerst zweckmäßig, ISV auch als Datenträgermedium für den Transfer und die Meldung von Schüler/innendaten bei der Umsetzung des Bildungsdokumentationsgesetzes heranzuziehen. Aus diesem Grund erfolgte eine Anpassung der Integrierten Schulverwaltung in Richtung Trägermedium im Sinne des Bildungsdokumentationsgesetzes.

Das Schulbau- und Generalsanierungsprogramm erfordert auch ein entsprechendes Einrichtungsprogramm. Dieses reicht von den Schülertischen und -sesseln über die Spezialeinrichtung der Sonderunterrichtsräume bis zu den Einrichtungen der Freizeiträume und der Direktions- und Lehrerzimmer. Darüber hinaus ist auch die Beistellung von Lehrmitteln erforderlich. Die Ausstattung der bestehenden Schulen wird selbstverständlich ebenfalls laufend ergänzt bzw. modernisiert.

Insgesamt erwuchsen der Stadt Wien im Jahr 2003 für die Erhaltung der allgemein bildenden Pflichtschulen (inklusive Lehrerpersonalaufwand) Kosten in der Höhe von 607.944.501,19 EUR. Der Stadt Wien erwuchsen für die Erhaltung der Berufsschulen Gesamtkosten in Höhe von 53.524.465,46 EUR. In diesem Betrag ist auch der Lehrerpersonalaufwand enthalten, von dem der Stadt Wien vom Bund auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes 50 Prozent rückerstattet werden. Der Gesamtaufwand für die Fachschulen der Stadt Wien betrug im Jahr 2003 rund 4.710.854,85 EUR. Auf Grund einer Subventionsvereinbarung werden der Stadt Wien für ihre Fachschulen vom Bund 80 Prozent des Lehrerpersonalaufwands (Aktivbezüge) refundiert. Die Abteilung deckt auch den Lehrer/innenbedarf für den theoretischen Unterricht an den Vorbereitungslehrgängen der Allgemeinen Krankenpflegeschulen der Stadt Wien.

Die ganztägige Betreuung an allgemein bildenden Pflichtschulen erfolgt entweder in Form der **Ganztagsschule** (Unterricht und Freizeit verschränkt) oder der **Offenen Schule** (Unterricht und Freizeit in getrennter Abfolge). Die Höhe des Betreuungsbeitrags ist sozial gestaffelt. Im Schuljahr 2002/03 wurden 46 Volksschulen, 33 Hauptschulen und 12

Sonderschulen ganztägig geführt. An jenen Schulstandorten, an denen die räumliche oder personelle Situation eine ganztägige Schulform nicht oder nicht kurzfristig zuläßst, sind durch den von der Stadt Wien beauftragten Verein „Wiener Kinder- und Jugendbetreuung" Lern- und Freizeitklubs eingerichtet. Lern- und Freizeitklubs sind an 18 Standorten eingerichtet. Die Höhe des Betreuungsbeitrags ist sozial gestaffelt.

An 216 Volks- und Sonderschulen wurde eine Frühaufsicht eingerichtet, damit die Kinder auch schon vor 7.45 Uhr zur Schule gebracht werden können, ohne dass sie den Gefahren des Verkehrs und der Witterung ausgesetzt sind. Im Rahmen der Frühaufsicht werden die Kinder von 7.15 Uhr (teilweise schon ab 7.00 Uhr) bis 7.45 Uhr beaufsichtigt. An 106 Schulen (zum Teil Schulen mit Integrationsklassen) wurde eine Mittagsaufsicht eingerichtet, die es den Schüler/innen ermöglicht, an den Schulen ein Mittagessen unter Aufsicht von Lehrer/innen einzunehmen und somit die Zeit bis zu einem allfälligen Nachmittagsunterricht zu überbrücken.

Das allgemein bildende öffentliche Wiener Pflichtschulwesen bietet eine breite Palette von pädagogischen Formen und fachlichen Schwerpunkten an. Informationen über die einzelnen Schulen finden sich im **Wiener Schulführer** (erhältlich über die Schulinfo-Wien des Stadtschulrates für Wien, 1., Wipplingerstraße 28, Tel. 525 25-7700). Im berufsbildenden Pflichtschulwesen werden der Schulversuch im Lehrberuf Bürokaufmann/frau mit dem Pflichtgegenstand „Wirtschaftsinformatik" und der Schulversuch „Motorradtechnik" im Lehrberuf Kraftfahrzeugtechnik weitergeführt.

Die schulischen Vorbereitungsmaßnahmen für einzuschulende Lehrlinge, die eine integrative Berufsausbildung in Form einer verlängerten Lehrzeit oder in Form einer Teilqualifikation absolvieren werden, wurden abgeschlossen. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgte mit Beginn des Schuljahres 2003/04.

Die **Fachschulen der Stadt Wien** bieten für viele eine echte Alternative zur Matura. Nur wenige wissen, dass Abgänger/innen von Fachschulen sehr begehrte Arbeitskräfte sind. Fachschulen bieten Schüler/innen nach der 8. Schulstufe die Möglichkeit, dreijährige praxis- und fachbezogene Lehrgänge für wirtschaftliche Berufe (9., Hahngasse 35 und 12., Dörfelstraße 1) und für Mode und Bekleidungstechnik (15., Siebeneichengasse 17) zu absolvieren. Die wesentlichen Ziele der Ausbildung liegen im Bereich Persönlichkeitsbildung, Fähigkeit zur beruflichen Mobilität und Flexibilität, soziales Engagement, sowie der Bereitschaft zur ständigen Weiterbildung. Die Schüler/innen sollen – ausgebildet mit theoretischem Wissen und praktischem Können – befähigt werden, verantwortungsbewusst und ganzheitlich zu denken und zu handeln. Im Vordergrund steht die praxisnahe Ausbildung.

Ab dem Schuljahr 2003/04 bietet die Fachschule Siebeneichengasse im Schulversuch die Schwerpunkte Fashion Support und Fashion Styling an. Beide Zweige ermöglichen Schüler/innen, die anstelle einer Lehre eine praxisbezogene Fachausbildung suchen, fundiertes Wissen im Bereich der Informationstechnologie sowie im Design zu erwerben. Damit sind sie für die modernen Anforderungen in der Arbeitswelt gut gerüstet.

Das **Pädagogische Institut der Stadt Wien** (PI) ist eine von der Stadt Wien erhaltene Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht und dient der Fort- und Weiterbildung der Lehrer/innen an allgemein bildenden Pflichtschulen und an allgemein bildenden höheren Schulen sowie der Kindergärtner/innen und Horterzieher/innen. Ferner beschäftigt sich das PI mit pädagogischer Tatsachenforschung, welche die Aufgaben der Schulforschung und Schulentwicklung wahrnimmt.

Kultur und Wissenschaft

Kultur und Wissenschaft

Kultur (MA 7)

Musik

2003 war für die Musikwelt ein Jahr der Jubiläen: 100. Todestag des Komponisten Hugo Wolf, 200. Geburtstag von Hector Berlioz, 175. Todestag von Franz Schubert sowie 90. Geburtstag von Cesar Bresgen. Für diese Jubiläen fanden diverse Konzerte statt.

Den 50. Todestag von Emmerich Kálmán, einem Meister der Silbernen Operettenära, gedachte die Österreichische Gesellschaft für Musik in einem „musikalischen" Vortrag. Der Verein „La Prima Musica" veranstaltete ein Festkonzert und auch im Programm des Johann-Strauß-Orchesters wurde ein Kálmán-Schwerpunkt gesetzt. Das 90jährige Gründungsjubiläum feierte der Wiener Lehrer a cappella Chor im Wiener Konzerthaus und im Rathaus. Auf 25 Jahre erfolgreiche Konzerttätigkeit kann das Consortium Musicum und die Schola Cantorum zurückblicken, auf 20 Jahre die Haydn Gesellschaft Wien.

Die drei Jahre lang finanziell unterstützten Umbauarbeiten im Wiener Musikverein gingen 2003 zu Ende.

Neben den drei großen Musikveranstaltern – **Gesellschaft der Musikfreunde**, die **Wiener Konzerthausgesellschaft** und **Musikalische Jugend Österreichs** – wurden zahlreiche kleine Konzerte unterstützt (von traditioneller Musik über sakrale Musik bis hin zum Avantgardefestival). Vielfalt und Innovation sind dem Musikreferat oberste Maxime.

Das Festival-Management Wien konzipierte und veranstaltete auch 2003 wieder die international bedeutenden Musikfestivals **„OsterKlang Wien & KlangBogen Wien"**. Das Festival **„OsterKlang Wien 2003"** fand zum 7. Mal statt und trat unter dem Motto „... dass alles für Freuden erwacht" in einen künstlerischen Dialog mit der Osterwoche und ihrer Sinngebung. Zwischen 12. und 21. April erlebten über 13.500 Besucher die 13 Aufführungen im Rahmen des Festivals (Gesamtauslastung: 97,1 Prozent).

Auch 2003 präsentierte sich **„KlangBogen Wien"** als ein Festival mit klarem Musiktheater-Schwerpunkt. Unter dem Motto „Lust Macht Begierde" standen drei Neuproduktionen von selten gespielten Opern auf dem Programm (Macbeth von Ernest Bloch, Idomeneo von W. A. Mozart, Julie & Jean von Gerhard Schedl). In der Zeit von 15. Juli bis 19. August erlebten rund 22.000 Besucher 36 Aufführungen. Die Gesamtauslastung in diesem Jahr betrug 95 Prozent.

Das Konzept des Festival-Managements Wien setzt auch weiterhin (erfolgreich bei Presse und Publikum) auf die Auswahl selten gespielter Werke sowie Neue Musik und außergewöhnliche Musiktheaterprojekte im Theater an der Wien, im Semper-Depot und im Ronacher. Kammermusik an historischen Spielorten und erstrangige Orchesterkonzerte vervollständigten das der Musikmetropole Wien geziemende, hochkarätige Angebot.

Theater

Im Jahr 2003 wurden vom Theaterreferat 48 Vereinigungen mittels 3-Jahresvereinbarungen mit einem Betrag von insgesamt 42.396.913,70 EUR gefördert. Für die Vereinigten Bühnen Wien standen 14.461.894 EUR zur Verfügung. Die Jahrestätigkeiten der Freien Bühne Wieden, der IG Freie Theaterarbeit, von LINK*, des Rabenhofs, der Original Wiener Stegreifbühne und des Volkstheaters in den Bezirken wurden mit 1.681.980,67 EUR unterstützt. In Höhe von insgesamt 2.461.537 EUR sind der Aktionsradius Augarten, der Verein Alma, ARBOS, Ecce homo, der Verein zur Förderung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich, das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung, unit f~, das Theaterhaus für Kinder und die Wiener Festwochen gefördert worden.

Anita Askin-Wicher, Art phalanx, Ensemble Parnass, die Gesellschaft zur Förderung Österreichischer Advent-Kultur, die Gruppe 80, IG Kabelwerk, der Verein ISKRA, die Österreichische Gesellschaft zur Erhaltung und Förderung der Jüdischen Kultur und Tradition, das Lalish Theaterlabor, MAHOST, Romanodrom, das Stadttheater Wien, das Theater am Spittelberg, der Verein für Phantasten, der Verein Kitsch & Kontor und der Verein Persmanhof wurden 2003 mit insgesamt 210.000 EUR unterstützt. Für die Förderung der Freien Gruppen standen 2.936.989,3 EUR (ohne 3-Jahresvereinbarungen) zur Verfügung.

Auch für bauliche Renovierungen und Verbesserungen der Sicherheitsstandards der Wiener Kulturvereinigungen wurden Bau- und Investitionskostenzuschüsse in der Gesamthöhe von 3.207.000 EUR zur Verfügung gestellt. Außerdem wurde dem Theater der Jugend für die Renovierung des Glasdaches ein Betrag von 113.000 EUR zur Verfügung gestellt.

Der Theatererhalterverband Österreichischer Bundesländer und Städte erhielt im Jahr 2003 für die Mitgliedschaft Wiens einen Mitgliedsbeitrag in der Höhe von 2.139 EUR.

Film

Das Institut Pitanga, die Entuziasm Kinobetriebs-gesmbH, das Wiener Filmarchiv der Arbeiterbewegung, das Österreichische Filmmuseum, das Filmarchiv Austria, der Verein Freiluftkino und St. Balbach Art wurden im Jahr 2003 mit 1.279.500 EUR gefördert. Für die Jungfilmer- und Videoförderung und für Strukturförderungen im Filmbereich

stand ein Betrag von 43.000 EUR zur Verfügung. Für die Wiener Kinoförderung wurden 673.728,34 EUR genehmigt. Der Filmfonds Wien ist 2003 mit 7.995.000 EUR unterstützt worden.

Bildende Kunst

Im Bereich der bildenden Kunst standen 2003 für den Bildankauf insgesamt 474.373 EUR zur Verfügung. Damit wurden 182 Kunstwerke (Bilder, Plastiken, Objekte, Fotos) erworben. Für **Buchförderungsankäufe** (Kunstbücher aus Wiener Verlagen und Nachschlagewerke) standen 11.000 EUR zur Verfügung.

Im Rahmen der Plakatwertungsaktion wurde heuer ein Preis der Kulturabteilung der Stadt Wien in der Höhe von 2.200 EUR vergeben. Für Künstler, die sich in einer schwierigen sozialen Notsituation befanden, wurde die Summe von 10.970 EUR für einmalige soziale Beihilfen vergeben. Die **Prämienaktion für Kleingalerien** wurde auch 2003 unter dem Titel „Das engagierte Auge" weitergeführt. Es wurden 10 Galerien mit 18.000 EUR ausgezeichnet.

Aus einem Rahmenbetrag von 122.000 EUR wurden 60 gemeinnützige Wiener Kunstvereine mit insgesamt 79 Projekten der bildenden Kunst unterstützt. **Jahressubventionen** bekamen die Kunsthalle, das Künstlerhaus, der Kunstverein Wien, die Fotogalerie Wien im WUK, die IG bildende Kunst und das Interaktive Kindermuseum im Museumsquartier.

In Zusammenarbeit mit dem Kunstverein Wien wurde die Förderungsgalerie in der Alten Schmiede betreut (neun Ausstellungen fanden statt).

Literatur

Im Rahmen der **Förderung zeitgenössischer Literatur** wurden im Jahr 2003 für den Ankauf von Büchern und von Jahresabonnements verschiedenster Zeitschriften 72.990,05 EUR aufgewendet. 54 Verlage erhielten für die Herausgabe von Druckwerken eine Gesamtsumme von 204.000 EUR. An literarische Vereinigungen und Veranstalter wurden Subventionen in der Höhe von insgesamt 838.550 EUR vergeben. Neben zahlreichen Einzelveranstaltungen verschiedener Schriftstellervereinigungen konnten mehrere Symposien und Großveranstaltungen gefördert werden.

Im Rahmen der **Canetti-Stipendien** wurde an vier Wiener Schriftsteller/innen ein Betrag von 70.000 EUR vergeben. Für das „Wiener Autorenstipendium" standen 53.000 EUR zur Verfügung, für das Dramatikerstipendium waren es 36.000 EUR. Unter dem Titel „Literatenförderung" wurden 55.000 EUR ausbezahlt. Für die Vergabe eines Preises und von Stipendien an literarische Übersetzer/innen wurden 17.910 EUR bereitgestellt.

Kulturelle Bezirksaktivitäten, Ehrungen

Aus dem Budget für ständige finanzielle Unterstützungen wurden 2003 etwa 77 laufende **außerordentliche Zuwendungen** und **Ehrenpensionen** an Künstler oder deren Witwen ausbezahlt. Für einmalige Beihilfen (inkl. Weihnachtsaktion und Unterstützung der Aktion „Künstler helfen Künstlern") wurde der übliche Budgetrahmen aufgewendet.

Im Bereich der **Alltagskultur** wurden Förderungen von Vorhaben diverser Vereine (z. B. Wiener Volksbildungswerk oder Kulturnetz) beantragt und genehmigt. Damit konnte 2003 eine besonders große Vielfalt an Projekten für die Bevölkerung unterstützt werden. Bezüglich der dezentralen Kulturbudgets der Bezirke wurden die gesamten damit verbundenen Verwaltungsarbeiten von der Kulturabteilung erledigt, wobei eine mehr als übliche Steigerung der Anzahl der Subventionen zu verzeichnen war. Im November wurden vom Referat auch Agenden betreffend die **Wiener Bezirksmuseen** übernommen.

Der Bereich der Ehrungen (inklusive Ehrengräber und Gedenktagepublizistik) wurde wie im Vorjahr betreut. Die Vergabe der verschiedenen Preise und die Beantragung von sichtbaren Auszeichnungen aufgrund der Gedenktageliste konnte in der üblichen Form erfolgen.

Ausstellungsaktivitäten im Jahr 2003

16. Jänner bis 29. März	„Vom Blühen und Reifen – Erotisches aus Kunst und Natur" im ÖKF Warschau
9. Mai bis 28. Mai	„Über Wasser" in der Alten Schieberkammer, Wien
4. Juni bis 21. Juni	„Wiener Bilder – Fotografien aus einer Stadt" im Bunkier Sztuki in Krakau
12. Juni bis 28. August	„der ironische blick" im ÖKF Bratislava
12. September bis 31. Oktober	„Der Blick auf Wien – Topografie und Wahrnehmung" im ÖKF Prag
14. November bis 31. Dezember	„Bilder von Wienern" im ÖKF Bratislava

Veranstaltungen

- März: Internationaler Maschinschreibwettbewerb mit sechs europäischen sowie vier österreichischen Mannschaften.
- April: Südtiroltage in Wien (Südtiroler Musikkapellen, Volksmusik- und Volkstanzgruppen, Autoren und Musiker/innen präsentierten sich an verschiedenen Veranstaltungsorten).
- Mai: Seminar der UNESCO-ARGE Wien („Hermann Broch Symposium 2003"); 24. Österreichisches Blasmusikfest (35 Musikkapellen aus allen österreichischen Bundesländern sowie Italien, Luxemburg, Tschechien und Ungarn präsentierten sich in Wien bei Standkonzerten, einer Marschmusikbewertung und einem Festzug über die Ringstraße zum Rathausplatz).
- Oktober: Seminar der UNESCO-ARGE Wien („Migrant/innen und Minderheiten – Bereicherung oder Bedrohung" mit UNESCO-Schulen aus der Slowakei, Ungarn, Burgenland und Wien).
- November/Dezember: „Faszination Blasmusik" mit Blasorchestern des Wiener Blasmusikverbandes sowie Gastkapellen aus Salzburg und

Niederösterreich in der Kurhalle Oberlaa; Austrian Open Vienna und 37. Internationale Wiener Walzerkonkurrenz in der Wiener Stadthalle; Illuminierung des Weihnachtsbaumes aus dem Fürstentum Liechtenstein mit Musikkapelle aus Liechtenstein und Gardemusik Wien; Turmblasen im Advent (verschiedene Bläserensembles beim Weihnachtsbaum am Rathausplatz); Internationales Adventsingen im Festsaal des Wiener Rathauses (insgesamt 105 Chöre aus Österreich, Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kroatien, Litauen, Niederlande, Rumänien, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn und den USA); Seminar der UNESCO-ARGE Wien („50 Jahre Österreichische UNESCO-Schulen").

Ferner sind die ganzjährigen Gruppenbetreuungen zur Näherbringung des kulturellen Wiens und die vier Veranstaltungen zwischen Februar und November unter dem Motto „Treffpunkt Wien – eine volksmusikalische Begegnung mit Wien" zu erwähnen.

Stipendienwerk der Stadt Wien sowie Objekts- und Verkehrsflächenbenennungen

Im Rahmen des Stipendienwerkes der Stadt Wien wurden Studienbeihilfen und Stipendien im Gesamtbetrag von 59.035 EUR vergeben (davon 10 Arbeitsstipendien an Wiener Zivildiener im Rahmen ihres Gedenkdienstes). Von den 97 Geschäftsstücken, die 2003 im Referat für Objekts- und Verkehrsflächenbenennungen bearbeitet wurden, konnten 57 Anträge dem zuständigen Gemeinderatsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Beratungsstelle für Kulturarbeit

Die Beratungsstelle für Kulturarbeit hat auch im Jahr 2003 ihre stark frequentierte Einzel- und Gruppenberatungstätigkeit durchgeführt, sowohl von bereits bestehenden und immer wieder die Servicestelle aufsuchenden Vereinen, als auch von neu gegründeten Kulturinitiativen. Ferner wurden durch die Beiratstätigkeit in EU-Gremien der Stadt Projekte wie Ziel 2, INTERREG, Urban II und andere Projekte mit gesamteuropäischem, stadtraumbezogenem Hintergrund beurteilt und betreut. Dazu gehört das Großprojekt Kulturpark Augarten.

Im Sinne des „Gender Mainstreaming im Kulturbereich" erfolgte diesmal wieder die Erstellung eines Frauenkulturberichts der Stadt Wien, der den prozentuellen Anteil von Künstlerinnen und Projekten von Frauen im Gesamtförderungsumfang auswies und mittels Interviews die gesellschaftliche Stellung und Selbstwahrnehmung von Künstlerinnen hervorstrich.

Im PR-Bereich konnte durch die Teilnahme am Wettbewerb PR-Star Wien eine Nominierung der Kulturabteilung für ihre Homepage erzielt werden, die damit unter anderen 99 Projekten als eine der wenigen eine Auszeichnung erhielt.

Kulturelles Erbe

Dieses Referat wurde mit 1. Juli 2003 gebildet. Es umfasst im Wesentlichen die Agenden des Altstadterhaltungsfonds und der Stadtarchäologie (letztere gehörte zuvor zum Büro der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft). Auch die Denkmalpflege gehört(e) zum Aufgabengebiet. Die Mitarbeit am EU-Projekt „Réseau Art Nouveau Network", einem Netzwerk von Städten mit Jugendstil-Erbe, erfolgt ebenfalls durch dieses Referat.

Restaurierungen und Sanierungen von Denkmälern und Gedenktafeln werden in Zusammenarbeit mit der MA 34 – Bau- und Gebäudemanagement (zuvor MA 24) durchgeführt. Die Arbeiten des Jahres 2003 bieten einen Querschnitt durch die Vielfalt der von der MA 7 betreuten Objekte: Künstlerdenkmäler des 19. Jahrhunderts waren ebenso zu restaurieren wie barocke Skulpturen oder Objekte aus der Zeit nach dem 2. Weltkrieg. Insgesamt wurden an 41 Denkmälern Restaurierungs- und Sanierungsarbeiten im Ausmaß von 335.000 EUR durchgeführt. Mit ca. 60.000 EUR konnten weniger aufwändige Arbeiten (z. B. Reinigungen und kleine Reparaturen) finanziert werden.

Der Wiener Altstadterhaltungsfonds (WAEF) fördert die im Stadtbild wirksamen Konservierungs- und Restaurierungsarbeiten an historischer Bausubstanz: 2003 wurden für 60 Projekte 11.108.659 EUR zur Verfügung gestellt. Die geförderten Projekte umfassen verschiedenste Dimensionen: Ganze Stadträume prägende Anlagen, wie die Wienfluss-Überbauung beim Stadtpark, wurden ebenso unterstützt wie Geschäftsportale (z. B. Lokal der österreichischen Staatsdruckerei an der Seilerstätte von Josef Hoffmann) und Inneneinrichtungen von Kaffeehäusern (Café Prückel am Stubenring). Beispiele für Arbeiten, die sich über mehrere Jahre erstrecken, sind die Restaurierung der Kuppelfresken in der Karlskirche, der Otto-Wagner-Kirche am Steinhof und der Gebäude der ehemaligen Frauenkliniken in der Spitalgasse. Die Wiederherstellung der historischen Einfriedung des Rathausparks konnte 2003 abgeschlossen werden. Die Kapuzinergruft erhielt mit Unterstützung des WAEF eine Klimatisierung, wodurch die Erhaltung der Metall-Sarkophage gewährleistet wird. Aber auch die Instandsetzung dörflicher Objekte (z. B. Pfarrhof Leopoldau) oder von architektonisch wertvollen Villenbauten (z. B. in 19., Suttingergasse) wurden subventioniert. Zunehmend wird auch Bausubstanz aus den Jahren nach dem 2. Weltkrieg gefördert (z. B. Arbeiten im Strandbad Gänsehäufel und Café im Volksgarten). Weiters unterstützte Projekte sind die „Sisi-Kapelle" am Ende des Gspöttgrabens in Wien 19 und ehemalige Verwaltungsgebäude im historischen Schlachthof St. Marx (konnte zum Großteil in seinem originalen Zustand erhalten werden).

Stadtarchäologie

Es wurden zahlreiche **Ausgrabungen** durchgeführt bzw. betreut:

- Forschungsgrabung Unterlaa: 10., Klederinger Straße (römische Streusiedlung)
- U-Bahn-Archäologie: Betreuung U1-Nord und U2-Nord, Vorarbeiten U2-Nord und U2-Süd, Notbergung Karlsplatz, U1 (Holzrohre, Steinfundament: ev. Turm einer Vorstadtbefestigung)
- In Kooperation mit der Forschungsgesellschaft Wiener Stadtarchäologie: 1., Neuer Markt (neuzeitliche Keller); 1., Domgasse 8 (spätmittelalterliche Mauerreste); 10., Oberlaaerstraße-Grundäckerstraße (baubegleitende Beobachtungen); 17., Hernalser Hauptstraße (neuzeitliche Verbauungsreste und Brunnen); 23., Großmarktstraße-Haböckgasse-Laxenburgerstraße (spätbronzezeitliche Gräber, Siedlungsreste und Gräber aus Latène- und slawischer Zeit)
- Diverse archäologische Baustellenbeobachtungen und Notbergungen.

Einen wichtigen Bereich stellt auch die **Aufarbeitung** der früheren Funde dar. Es wurden unter anderem Monographien erstellt und mehrere Artikel verfasst.

Weiters wurden folgende **Projekte** durchgeführt:
- Römische Ziegelproduktion: Analysen zur Klärung der Produktions- und Tonlagerstätten
- Werkstätten: Säuberung und Restaurierung des Fundmaterials von 6 Ausgrabungen (mit Seniorarchäologie)
- Wien Museum: Betreuung der Funde im Depot
- Kulturgüterkataster der Stadt Wien: Digitalisierung des Franziszeischen Katasters und archäologischer Fundpunkte
- „BürgerInnen schreiben Geschichte" (Konzept)
- Vienna Archaeological GIS (Aufbau des Geographischen Informationsystems).

Das Referat Stadtarchäologie misst auch dem Bereich **Öffentlichkeitsarbeit** große Bedeutung zu. Im Berichtsjahr wurde an mehreren Veranstaltungen und Workshops mitgewirkt und über 100 Tagungen besucht. Darüber hinaus hielten Mitarbeiter der Stadtarchäologie Vorträge an der VHS, an Schulen und auf Fachtagungen.

Folgende **Publikationen** sind im Berichtsjahr erschienen:

- 12 Artikel in Fachzeitschriften
- „Fundort Wien 6"
- Lorbeer, Nachrichtenblatt der „Initiative Seniorarchäologie" (4 Hefte)
- „Archäologie und Computer 2002", Workshop 7 (CD-ROM)
- Redaktion und druckreife Bearbeitung von Manuskripten zur Publikation 2004
- M. Mosser: „Die Steindenkmäler der legio XV Apollinaris", Wr. Arch. Studien 5.

Interkulturelle und internationale Aktivitäten

Über dieses Referat wurden im Jahr 2003 Förderungen in Höhe von 727.000 EUR vergeben. Diese Summe teilt sich in 22 Jahresförderungen mit einem Betrag von 362.800 EUR und 213 Projektförderungen (364.200 EUR). Damit konnten 167 Vereine unterstützt werden. Die Zahl der Förderungswerber hat im Vorjahr stark zugenommen, damit aber auch der Verwaltungs- und Administrationsaufwand. Mit der gleich bleibenden Budgethöhe war es aber nicht möglich, alle Veranstaltungen zu subventionieren. Die Inhalte und Schwerpunkte der eingereichten Projekte sind im Vergleich zum Vorjahr gleich geblieben. Die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Partnervereinen wurde im Jahr 2003 äußerst zielstrebig und mit sehr gutem Erfolg verfolgt.

Im Juni wurden mit dem Johann Strauß Ensemble zwei Konzerte in Baku, Aserbaidschan veranstaltet. Ende September/Anfang Oktober fanden erste Kontaktaufnahmen und Besichtigungen in Usbekistan statt. Es sind bereits erste Termine für gegenseitige Veranstaltungen geplant. Im November gab es Vorgespräche für einen Kulturaustausch in Kirgisistan und Kasachstan.

Neue Medien

2003 wurden 73.000 EUR an Projekte im Bereich „New Media Art" ausgeschüttet. Interessante Tendenz: Projekte fanden nicht mehr nur im virtuellen Raum statt, sondern wurden auch mittels klassischen Methoden präsentiert, wie z. B. Dokumentationen in Buchform oder reale Ausstellungen.

Im Bereich **Auslandskultur** betreut, organisiert und finanziert die MA 7 fast zur Gänze die kulturellen Veranstaltungen im Rahmen von Städtepräsentationen in Wien und von Wien im Ausland. 2003 lag der Schwerpunkt bei den „Wien-Tagen" in Krakau, wo sich das kulturelle Wien kompromisslos zeitgenössisch präsentierte. Von der Fotografie-Ausstellung „Bilder von Wienern" über einen Tanzschwerpunkt im renommierten Slowacki-Theater bis hin zu Jazz am Hauptplatz reichte die Palette (und wurde vom Krakauer Publikum intensiv angenommen). Gerade dieser Auftritt der Stadt Wien, abseits des Johann-Strauß-Klischees, wurde von den polnischen Medien sehr positiv hervorgehoben.

Die MA 7 hat mit Beginn 2002 die Betreuung aller Agenden rund um das Museumsquartier übernommen und leistet erhebliche Vermittlungsarbeit zwischen den Beteiligten bzw. Nutzern. 2003 konnte ein Erfolg bei der Abrechnung der Bau- und Betriebskosten erzielt werden.

Wissenschafts- und Forschungsförderung

Dieses Referat fördert das breite Spektrum an wissenschaftlichen Initiativen und Aktivitäten in Wien durch projektbezogene Förderungen. Exemplarisch seien hier angeführt:
- Verein Stiko: Forschungsprojekt „Wissenschaftliche Dokumentation der Liegenschaften und Überbauten (Superädifikate) im Eigentum des Landes Wien bzw. der Gemeinde Wien (Öffentliches Vermögen) zwischen dem 1. Jänner 1938 und dem 17. Jänner 2001"
- Sir-Peter-Ustinov-Institut zur Erforschung und Bekämpfung von Vorurteilen (Vorbereitungsarbeiten zur „Sir-Peter-Ustinov-Professur der Stadt Wien an der Universität Wien" und Vorbe-

reitung eines internationalen Symposions zu den Themenbereichen Migration, Religion und Antisemitismus)
- Verein Triton („Operation Figurini" – Ausstellung zur Verbindung von Alltag, Kunst und Wissenschaft).

Die **Wiener Wissenschaftstage** sind neben den Wiener Vorlesungen eine neue Initiative der Stadt, um die qualitätsvolle Arbeit der in Wien tätigen und auch durch die Stadt geförderten wissenschaftlichen Institutionen und Persönlichkeiten vorzustellen und die Wiener Öffentlichkeit für die Arbeit und die Ergebnisse der Forschung in Wien zu interessieren. Die Wiener Wissenschaftstage 2003 boten unterschiedliche Programme zum Thema „stadt : leben : zukunft", u. a. vier „Happy Hour Lesungen" im Rahmen der Wiener Vorlesungen mit bekannten Autor/innen zum Thema „Die Stadt lesen".

Wissenschaftsfonds

Für die forschungsfördernde Tätigkeit der Fonds seien hier einige Projekte erwähnt:

- Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Österreichische Akademie der Wissenschaften: Prof. Dr. Gerhard Botz, Ludwig Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft: „Söldner für den Anschluss. Die Österreichische Legion im Deutschen Reich 1933-1938".
- Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität Wien: Prof. Dr. August Österle, Abteilung für Sozialpolitik, Wirtschaftsuniversität Wien: „Psychiatrische Versorgung in Wien".
- Viktor Frankl Fonds der Stadt Wien zur Förderung einer sinnorientierten humanistischen Psychotherapie: Julia Hickel, Wien: „Burnout bei österreichischen Psychotherapeut/innen. Eine Analyse von Arbeitsbedingungen und Ressourcen der Psychotherapeut/innen".
- Fonds der Stadt Wien für innovative interdisziplinäre Krebsforschung: Dr. Anton Stift und Dr. Josef Fried, Universitätsklinik für Chirurgie, AKH Wien: „Heat Shock Behandlung humaner medullärer Schilddrüsenkarzinomzellen (MTC) zur Steigerung der CD4+ und CD8+ abhängigen zellulären Immunantwort nach Kokultivierung mit MTC Lysat gepulsten, INF_Y stimulierten autologen dendritischen Zellen".

Rechtliche Angelegenheiten des Kulturressorts

Dieser Bereich umfasst die Legistik in Angelegenheiten des Veranstaltungs-, Kino-, Tanzschul-, Archiv- und Museumswesens sowie Buchmacherangelegenheiten. Ferner werden Berufungen sowie alle übrigen Rechtsangelegenheiten der gesamten Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft bearbeitet. Ein weiteres Aufgabengebiet ist die Mitwirkung im Rahmen der ARGE Donauländer – AK Kultur und Wissenschaft.
Der Schwerpunkt der Referatstätigkeit lag bei der Ausarbeitung und Finalisierung mehrerer Gesetzesnovellen betreffend das Wiener Kinogesetz, das Wiener Tanzschulgesetz und das Wiener Veranstaltungsgesetz. Im Berichtsjahr war das Rechtsreferat auch wieder mit vielen Berufungsfällen sowie mit der rechtlichen Beratung anderer Dienststellen des Kulturressorts (vor allem MA 8 – Wiener Stadt- und Landesarchiv) befasst. Erheblicher Bestandteil der Referatstätigkeit sind ebenso die rechtlichen Angelegenheiten des Museumswesens und die rechtliche Betreuung der Stadtarchäologie.

Wiener Stadt- und Landesarchiv (MA 8)

Im Berichtsjahr wurde die Abteilung erstmals mit der Erstellung des **Leistungskontraktes** für 2004 betraut. In einer aus der Abteilungsleitung, den Budget- und Personalverantwortlichen, aus Dezernatsleitern, Archivaren und der Controllerin sowie der Personalvertretung gebildeten Arbeitsgruppe wurden die Zieldefinitionen und der Produkt- und Leistungskatalog sowie die Auflistung der Anspruchsgruppen ausgearbeitet. Darüber hinaus war die Zusammenführung der entsprechenden Basisunterlagen und die Erarbeitung der erforderlichen Kennzahlen, die Abstimmung mit den jeweiligen Sachbereichen (Stabstellen, Referate) sowie die Installierung der Software SAS-Balanced Scorecard notwendig. Auch die notwendigen umfangreichen Schulungen sowie die Vorarbeiten für das im Zusammenhang mit dem Kontrakt einzuführende Controlling erforderten den Einsatz erheblicher Personalressourcen.

In der **Kanzlei** wurden im Jahr 2003 893 Verträge und 456 Schuldscheine elektronisch indiziert. Darüber hinaus wurden 1.268 Aktenanforderungen erledigt. Für Übersetzungen wurden 247,79 EUR verwendet. Weiterhin wurden die Sekretariatsgeschäfte der **Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien zur Förderung der Wissenschaften** abgewickelt (von 196 Förderungsansuchen wurden 122 Projekte bewilligt).

Stabstelle 1 – Management von Budget, Personal und Verwaltung

Die Budgetgebarung wurde komplett neu gestaltet und diese Umstellung musste das erste Jahr in die Praxis umgesetzt werden. Aufgrund der Tatsache, dass die Dienststelle in einem eigenen Gebäude untergebracht ist, kommt es vermehrt zu allgemeinen Verwaltungsarbeiten, um den reibungslosen Dienstbetrieb zu gewährleisten. Die ersten Vorbereitungen für die Installation des Controllings wurden im Berichtszeitraum getroffen.

Stabsstelle 2 – Archivisches Informationsmanagement

Die 2002 unter der Leitung des Archivs eingesetzte Arbeitsgruppe ARCHe (Archivierung elektronischer Akten) konnte nach eingehender Diskussion mit den beteiligten Dienststellen (MD-VO, MDI, MD-VfR, MD-IR, MD-BD, MA 14, MA 62 und KAV) Anfang 2003 den Endbericht vorlegen. Damit konnte eine erste grundsätzliche Basis hinsichtlich des organisatorischen und technischen Rahmens für die Archivierung elektronischer Unterlagen in Zukunft gelegt werden. Fortsetzung erfuh-

ren die Beratungen 2003 in weiteren Gesprächsrunden, insbesondere im neu gebildeten Lenkungsausschuss für ELAK Phase 2.
Das Verfahren zur Ausschreibung des Wiener Archivinformationssystems (WAIS) wurde 2003 begonnen. Da es sich dabei um ein strategisches Projekt handelt, von dem der gesamte Magistrat betroffen ist, wurde ein Lenkungsausschuss (WAIS – ARCHe) eingerichtet. Die Ausschreibung wird Anfang 2004 erfolgen. WAIS wird im Archiv das bestehende Verwaltungssystem für archivierte, papierene Unterlagen (INVENT) ablösen und erstmals eine elektronische Archivierung ermöglichen. Gleichzeitig konnte in Arbeitsgruppen mit den für den ELAK Verantwortlichen in der MA 14 ein grundlegendes Einverständnis über die Archivierung elektronischer Unterlagen (Organisation und Technik) erreicht werden.

Stabstelle 3 – Archivbibliothek und politische Dokumentation

Archivbibliothek

Die Überprüfung und Ergänzung der Daten des Altkataloges bis 1980 im Bibliotheksinformationssystem (BIS) wurde fortgesetzt, die Kartei der Fortsetzungsbestellungen kritisch überprüft, fehlende Bände urgiert bzw. Bestellungen storniert. Ebenso wurde der Erhaltungszustand des Buchbestandes in Hinblick auf eventuelle Restaurierung überprüft. Eine wesentliche Verbesserung des Serviceangebots ergab sich durch die Einbindung des BIS-Kataloges (Altbestand bis 1980 und von 1999 ff.) der Archivbibliothek ins Internet. Mit der Integration des Buchbestandes der Politischen Dokumentation in die Archivbibliothek wurde begonnen. Der Ankauf der Mikrofiche-Ausgabe von Lehmann's Adressverzeichnis bedeutet einen wichtigen Beitrag zur Bestandserhaltung der originalen Bände. Die Erstellung und Veröffentlichung des **Generalindex der Schriften des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 1977–2002** schloss eine wesentliche bibliographische Lücke.

Die 1.319 Neuzugänge der Bibliothek im Jahr 2003 setzen sich aus 320 Tauschgaben, 556 Geschenken und 443 Ankäufen zusammen. Der Gesamtbestand der Bibliothek beläuft sich mit Ende 2003 auf 102.578 Bände und 965 Zeitschriftenreihen (inklusive des Bestands der Politischen Dokumentation).

Politische Dokumentation

Wie im vergangenen Jahr wurden im Bereich der Politischen Dokumentation neben Ordnungs- und Erschließungsarbeiten sowie Beschlagwortungen von Zeitschriftenbeiträgen und Einzelpublikationen biographisches Material zu politischen Mandataren für die Biographische Sammlung und die Landtags- und Gemeinderatsdokumentation gesammelt und weitergegeben.

Dezernat I – Archivbestände

Referat 1 – Stadtarchivalische Bestände und Referat 2 – Landesarchivalische Bestände (inklusive Bestände von staatlichen und privaten Institutionen)

Mit Ende des Jahres 2002 wurde die Führung des Dezernats Archiv neu besetzt. Als wesentliche Herausforderung in diesem Bereich stellen sich die Fragen nach einer organisatorischen und technischen Lösung der Archivierung von elektronischen Aufzeichnungen sowie nach der archivischen Bewertung von Unterlagen. Das Dezernat hat in diesem Konnex in der Arbeitsgruppe ARCHe und an der Vorbereitung zur Einführung des **Wiener Archiv-Informations-Systems** (WAIS) mitgewirkt.

Auf der Grundlage der klaren Richtlinien des Wiener Archivgesetzes 2000 (Anbietepflicht und Archivierungsverfahren) sowie der Möglichkeiten des Archivneubaus im Gasometer konnte eine Strategie für eine aktivere Haltung in Archivierungsfragen gegenüber den einzelnen Provenienzstellen angedacht werden. Vorrangige Aufgabe ist die Archivierung jener Bestände, die älter als 30 Jahre sind. Die Zwischenarchivsfunktion vor allem für Unterlagen aus jüngster Zeit soll eher zurückgedrängt werden. Das Bemühen geht von einer anlassbezogenen Einzelfallbewertung zur Entwicklung eines Skartierungsplans für die jeweilige Provenienzstelle. In mehreren Informationveranstaltungen wurden die Kanzleiverantwortlichen der einzelnen Dienststellen im Magistrat über diese strategische Ausrichtung informiert, gegen Jahresende wurde mit Gesprächen zu Detailfragen begonnen.

Zur Förderung der innerfachlichen Diskussion über Fragen der archivischen Bewertung veranstaltete das Archiv gemeinsam mit dem **Verband der Österreichischen Archivarinnen und Archivare** (VÖA) einen Workshop („Archivische Überlieferungsbildung. Neue Ansätze – Aktuelle Probleme") mit Referenten auch aus der Bunderepublik Deutschland und reger Beteiligung aus allen Sparten des österreichischen Archivwesens. Gleichfalls in Kooperation mit dem VÖA wurden zwei allgemeine Fortbildungsveranstaltungen zum Thema „Rechtsfragen im Archivwesen" abgehalten. Als endgültige Norm für die archivische Erschließung und entsprechende Grundstruktur der Metadaten in WAIS wurde die General International Standard Archival Description – ISAD(G) festgelegt. Für die Diskussion all dieser Fragen hat sich der im Vorjahr begonnene Arbeitskreis „Grundsätze der Archivierung" als Qualitätszirkel sehr bewährt.

Unter den Übernahmen aus dem Magistrat ist vor allem der Beginn der Archivierung umfangreicher Bestände des Jugendamtes (u. a. Mündelakten) zu erwähnen. Im Gefolge des Bundesarchivgesetzes 2000 und einzelner auf Grund dieses Gesetzes erlassener Rechtsnormen konnten mit dem **Österreichischen Staatsarchiv** weitere Klärungen hinsichtlich der Übernahme von Archivgut des Bundes erzielt werden (Übernahme von Unterlagen der Bundespolizeidirektion Wien, für deren Bestand die 2002 begonnene Erarbeitung eines umfassenden Bewertungskonzepts fortgesetzt wurde). Nach den im Jahr 2002 standardisierten Bewertungskriterien für Unterlagen von Bezirksgerichten, erfolgten Übernahmen aus den Bezirksgerichten Innere Stadt für die Jahre 1952–1961 und Hietzing für die Jahre 1960–1972. Vom **Handelsgericht Wien** wur-

den die Firmenakten und Firmenurkunden von gelöschten Firmen des Zeitraums 1940–1992 übernommen. Damit wurde die Lücke gegenüber der für diesen Bereich bestehenden 30-jährigen Frist für die Archivierung weiter geschlossen. Diese umfangreichen Übernahmen von Beständen, die häufig benötigt werden, schlugen sich sofort auch in einem Mehraufwand auf Seiten der Benützung nieder. Mit einer Sichtung und einer Bewertung der Unterlagen des mit Ende 2002 aufgelassenen **Jugendgerichtshofs** wurde begonnen. Die an Zahl geringen Jugendstrafakten 1945–1952 befinden sich bereits im Archiv. Neu ausgearbeitete Bewertungskriterien für Strafakten der Nachkriegszeit wurden an zwei Jahrgängen des Landesgerichts für Strafsachen angewandt und haben sich bewährt. Für die Bearbeitung der zum Bestand Stadtschulrat gehörenden ca. 20.000 Schulkataloge konnte aufgrund der personellen Situation bisher noch keine Lösung gefunden werden.

Referat 3 – Sammlungen und Dokumentationen

Im Bereich der **Zentralen Archivsammlungen** konnten wieder Teil-Nachlässe (Schumann, Starmühlner) übernommen bzw. eingeschachtelt werden. Als besonders wertvolle Neuerwerbungen sind der Teilnachlass von Cajetan Felder und die Handschriften und Pläne betreffend den Trattnerhof am Graben zu nennen.

In der **Kartographischen Sammlung** wurde mit Schwergewicht die Mikrofilmbereitstellung fortgesetzt, dazu kam die entsprechende Einordnung von Neuzugängen, insbesondere von Blättern der Mehrzweckkarte und von Atlaslieferungen. Neben der Abwicklung von zahlreichen Reproduktionswünschen stand die Beratung von Benützern im Vordergrund, daneben wurden einige Leihgaben für Ausstellungen zur Verfügung gestellt.

In der **Fotosammlung** wurde die Erschließung der Bestände mittels der abteilungsübergreifenden Fotodatenbank weitergeführt. Ebenso wurde das Digitalisieren der Fotos mittels Einscannen fortgesetzt. Im Sinne einer geeigneten Bestandserhaltung wurde ein erster Teil der Glasplatten des Fotoarchivs Gerlach in säurefreie Spezialverpackungen umgelagert. Die Bestandserhaltung von anderen Archivbeständen wurde durch die Bereitstellung von Mikrofilmen unterstützt. Außerdem wurden Beratungen bei Fotorecherchen für interne und externe Zwecke durchgeführt. Neben kleineren Übernahmen ist vor allem die Vorbereitung des Erwerbs des wertvollen Foto-Teilnachlasses Schmutzer hervorzuheben.

Die **Topografische Sammlung – Dokumentation** wurde auf Basis von Zeitungsberichten bzw. Periodika und durch die Auswertung mehrerer Publikationen im Berichtszeitraum weiter laufend ergänzt. Anhand der Orientierungsnummernbescheide der Baupolizei erfolgte die Kontrolle der eingegebenen Datensätze. Die Topografische Sammlung – Verkehrsflächenbenennung setzt sich sowohl aus den Amtsblättern als auch aus der Rathauskorrespondenz zusammen. Diese Sammlung erfuhr im Jahr 2003 eine Erweiterung bzw. Kontrolle des fortlaufenden Bestandes.

Im Bereich der **Biographischen Sammlung** erfolgte die regelmäßige Einarbeitung neu erschienener Literatur (Lexika, Dissertationen usw.). Außerdem wurde die computermäßige Erfassung der Akten nach Name, Vorname, Titel, Beruf, Geburts- und Sterbedaten, Geburts- und Sterbeort, Wohnadressen, Denkmäler sowie Ehrungen und Begräbnisort fortgesetzt. Neben der Ergänzung fehlender Daten anhand diverser im Archiv befindlicher Quellen wurde auch die Aktenrevision weiter geführt. Die Kartei der Ehrungen und Ehrengräber wurde ebenfalls kontinuierlich fortgesetzt. Mit der Einarbeitung in die Datenbank der Biographischen Sammlung wurde begonnen.

Referat 4 – Meldearchiv

Im Wege der Amtshilfe wurden 3.614 Auskünfte erteilt, davon 2.303 rechtserhebliche Meldebestätigungen zur Unterstützung von **Opfern des Nationalsozialismus** in Ansprüchen auf Entschädigung. Das sind 64 Prozent aller im Wege der Amtshilfe erteilten Auskünfte, zugleich 31,1 Prozent aller erteilten Meldeauskünfte. Für wissenschaftliche Zwecke erfolgten 1.880 Auskünfte, während auf Privatanfragen 1.912 Bearbeitungen entfielen (1.052 auf Familienforschungen). Auf die Amtshilfe entfielen somit 48,8 Prozent, auf die Unterstützung wissenschaftlicher Anliegen 25,4 Prozent und auf private Anfragen 25,8 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden im Zuge der direkten Unterstützung der Opfer des NS-Regimes 36 Meldebestätigungen für die MA 12 – Opferfürsorge erteilt (2002: 80), 241 Meldebestätigungen nach dem ASVG (2002: 552), 541 Meldebestätigungen für den Nationalfonds der Republik Österreich (2002: 1.225) und 1.103 für den Versöhnungsfonds zugunsten von ehemaligen Zwangsarbeitern (2002: 1.757). Der relative Rückgang im Vergleich zum Vorjahr, in dem mehr als die Hälfte der Anfragen auf die unmittelbare Unterstützung von Opfern des NS-Regimes fielen, erklärt sich zum Teil aus der Tatsache, dass die im Zusammenhang mit dem Vollzug des **Allgemeinen Entschädigungsfondsgesetzes** durchgeführten Familienforschungen diesen zugerechnet wurden, während die zahlreichen Meldeauskünfte zur Erschließung der Primärquellen zum Vollzug des genannten Gesetzes, bei dem das Meldearchiv nur indirekt mitwirken konnte, unter die Kategorie Amtshilfe fielen. Daher stieg die Zahl der Anfragen bei Familienforschungen mit 1.052 (2002: 750) beträchtlich an, ebenso bei Erbenermittlungen mit 568 (2002: 391), bei wissenschaftlichen Anliegen mit 1.880 (2002: 1.332) und bei privaten Interessen mit 860 (2002: 426). Die übrigen Erledigungen verteilen sich wie folgt: MA 43 (Friedhofsangelegenheiten): 284 (2002: 231), MA 61 (Wiedererlangung der Staatsangehörigkeit): 142, sonstige Amtshilfeverfahren: 263, Mauerbachfonds: 150, Conference on Jewish material claims against Germany: 90, Österreichisches Rotes Kreuz: 81.

Im organisatorischen Bereich wurde für die Mikrofilmierung des D-Antiquariats durch die

Genealogical Society eine weitere Kraft hinzugezogen, sodass mit dem Abschluss dieser umfangreichsten jemals vom Archiv durchgeführten Mikrofilmarbeit bereits mit Ende 2005 gerechnet werden kann. Als Voraussetzung und Begleitmaßnahme erfolgt selbstverständlich weiterhin die Neuordnung und Detailaufnahme der einzelnen Mappen des Antiquariats sowie das Schreiben des Archivbehelfs, sodass eine sofortige Zuordnung der einzelnen phonetischen Hauptlaut- und Untergruppen zu den laufend gelieferten Filmen möglich ist. Nach Abschluss der Arbeiten werden somit sämtliche Melderegistraturen in Form von Mikrofilmen vorliegen, mit Ausnahme des C-Antiquariats, dessen Verfilmung in diesem Umfeld nicht vorgesehen ist.

Dezernat II – Öffentlichkeitsarbeit und interne Organisation

Referat 1 – Medienkontakte und Referat 2 – Ausstellungswesen

Die Medienkontakte gestalteten sich auch im Berichtszeitraum erfolgreich. Vielfach zeigten Medienvertreter sowie Vertreter von Bezirksmuseen, Wiener Tourismusverband, Bildungsreferate politischer Parteien, Pensionistenverbände, Schulen etc. großes Interesse an der neuen Heimstätte des Archivs im Gasometer D. Sieht man von für Student/innen der Universität Wien abgehaltenen Vorträgen und Seminaren ab, veranstaltete das Archiv 2003 für 31 Besuchergruppen eigene **„Archivpräsentationen"**.

Im Berichtszeitraum zeigte das Archiv zwei **Kleinausstellungen**, die beide länger als vier Monate präsentiert wurden („Ferdinand I. – ein Kaiser an der Wende zur Neuzeit" und in Kooperation mit dem Stadtarchiv Budapest „Budapest und Wien – Technischer Fortschritt und urbaner Aufschwung im 19. Jahrhundert"). Die „Budapest"-Ausstellung wurde am 1. Dezember 2003 eigens präsentiert, wobei rund 70 Gäste aus Ungarn begrüßt werden konnten. 2003 veranstaltete das Archiv auch gemeinsam mit dem Österreichischen Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung, dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung, dem Verein für Geschichte der Stadt Wien und der Commission internationale pour l'Histoire des Villes die internationale Tagung „Bild und Wahrnehmung der Stadt", an der 14 Referent/innen und Gäste aus über 20 Ländern teilnahmen An einem vom Archiv in Kooperation mit mehreren anderen wissenschaftlichen Institutionen veranstalteten Workshop zum Thema „Höfe des Hauses Österreich" nahmen rund 60 Teilnehmer/innen aus mehreren europäischen Ländern teil. Weitere Veranstaltungen erfolgten im Zusammenwirken mit dem VÖA sowie auf der Basis von Initiativen des Referats 5 des Dezernates 2 und des Sonderbereichs 2.

Referat 3 – Benützersaalagenden

An insgesamt 253 Betriebstagen im Jahr 2003 wurden 5.220 Benützertage (Benützer inklusive Mehrfachbesuche) gezählt, 1.514 telefonische Anfragen wurden behandelt, 14.219 Bestellungen von Archivalien durchgeführt (d. h. durchschnittlich 56 pro Tag). Die **Aushebungen** verteilen sich folgendermaßen auf die Bestandsgruppen: 7.083 (49,8 Prozent) fallen auf stadtarchivalische Bestände, 4.754 (33,4 Prozent) auf landesarchivalische Bestände, 1.643 (11,6 Prozent) auf Archivsammlungen und 739 (5,2 Prozent) auf die Archivbibliothek. Die Aushebungen für rechtliche Angelegenheiten lagen an erster Stelle, gefolgt von wissenschaftlicher und genealogischer Forschung. Der Bestand der ehemaligen M.Abt.119 (enthält u. a. die Akten zur Vermögensentziehungs-Anmeldeverordnung, die für die Fragen des Entzugs von Vermögen während der NS-Zeit und zur Restitution nach dem Zweiten Weltkrieg von ausschlaggebender Bedeutung sind) in den stadtarchivalischen Beständen wurde mit 3.881 Bestellungen (27 Prozent) besonders nachgefragt.

Referat 4 – Internetredaktion

Im Internet auf Wien-Online und im magistratsinternen Intranet wurden Informationen auf insgesamt 727 Seiten bereitgestellt und laufend aktualisiert, davon sind auf Wien-Online 344 Seiten abrufbar (davon 74 auf englisch und 17 auf französisch), im Intranet stehen 383 Seiten zur Verfügung. Im Zeitraum Februar 2003 bis Jänner 2004 wurden 156.286 Besuche auf unseren Seiten in Wien-Online gezählt.

Referat 5 – Bestandserhaltung und Restaurierung (Archivwerkstätte)

Im Berichtsjahr konnten neben den üblichen Aufgaben (Binden von Zeitschriften, Benützersaalbeständen etc., praktische Erstellung von Ausstellungen, Klimaüberwachung in den Depoträumen, Mitarbeiterschulung, Restaurierung von Archiv- und Bibliotheksbeständen) einige wesentliche Neuerungen erzielt werden. Die im Jahr 2002 geplante Anschaffung eines Board-Slotting-Gerätes erfolgte 2003. Damit konnte der Schwerpunkt der Einbandrestaurierung auf Bände des 19. Jahrhunderts mit „Rotem Zerfall" gelegt werden. Das Gerät und die Technik konnten im November im Rahmen der **9. Österreichischen Archivrestaurator/innentagung**, die vom Referat organisiert wurde, in Form eines dreitägigen Workshops auch den Kolleg/innen anderer Institutionen vorgestellt werden.

Im Bereich der Bestandserhaltung konnten 3.000 Glasplattennegative der Fotosammlung Gerlach entsprechend konservatorischen Erfordernissen neu verpackt werden. Zum anderen wurden im Berichtsjahr erstmals wieder seit längerer Zeit Schutzverfilmungen auf Mikrofilm in größerem Umfang durchgeführt. Dazu wurden vorab Richtlinien für die Mikroverfilmung von Archivalien ausgearbeitet.

Im Februar wurde vom Referat Bestandserhaltung und Restaurierung eine einwöchige **Fortbildungsveranstaltung** zum Thema „Konservierungseinband" veranstaltet, an der sowohl ein Mitarbeiter der Archivwerkstätte als auch Mitarbeiter der Restaurierungswerkstatt des Österreichischen

Staatsarchivs und Studenten der Akademie der Bildenden Künste Wien teilnahmen. Auf Initiative der MA 9 – Wiener Stadt- und Landesbibliothek wurde in Kooperation mit dem Referat im September eine eintägige Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Bestandserhaltung in Bibliotheken, Archiven und graphischen Sammlungen" veranstaltet. An diesem Kurs nahmen rund 30 Vertreter/innen der Magistratsabteilungen 7, 8 und 9 des Österreichischen Staatsarchivs und des Niederösterreichischen Landesarchivs teil.

Schließlich konnte 2003 im Bereich der Archivwerkstatt abermals ein vierwöchiges, studiumvorbereitendes **Praktikum** angeboten werden, in welchem einer Praktikantin Grundlagen der Papierrestaurierung vermittelt wurden.

Sonderbereich 1 – Landtags- und Gemeinderatsdokumentation

Die Informationsdatenbank des Wiener Landtages und Gemeinderates (INFODAT WIEN) ist eines der strategischen Leitprojekte der Verwaltungsmodernisierung im Bereich „Workflow mit politischen Gremien" (www.wien.gv.at/infodat/advgliwww/). Alle Vorgänge (z. B. Anfragen und Antworten, Anträge, Gesetzesentwürfe usw.) können gezielt abgerufen werden. Bisher wurden im Bereich Gemeinderat 10.125 Vorgänge, im Bereich Landtag 2.570 Vorgänge mit allen verfügbaren Details aufbereitet. Neben der Aufbereitung und Verlinkung der Vorgänge der laufenden Sitzungen wurden zusätzlich Gemeinderatssitzungen aus dem Jahr 1996 bearbeitet, um auch der historischen Komponente der Datenbank Rechnung zu tragen. Als Neuerung 2003 sind Informationen über die Mitglieder des Wiener Gemeinderates und Landtages nunmehr auch nach deren Ausscheiden aus ihrer Funktion durch die Sammlung der jeweiligen Lebensläufe elektronisch verfügbar.

Die seit 2002 bestehende **„Datensammlung Wiener Politikerinnen und Politiker"**, in der alle Wiener Landtagspräsidentinnen und -präsidenten seit 1920 sowie alle Bezirksvorsteher/innen und deren Stellvertreter/innen seit 1945 dokumentiert werden, wurde erweitert: Alle Bürgermeister der Stadt Wien seit 1282 sind samt biographischen Angaben im Internet unter www.wien.gv.at/ma08/politiker/index.htm abrufbar, an einem weiteren Datensatz wird bereits gearbeitet.

Sonderbereich 2 – Städteatlanten

Aus Anlass der zu Jahresende 2002 erschienenen 8. Lieferung des **Historischen Atlas von Wien** wurde am 26. Februar 2003 vom Wiener Stadt- und Landesarchiv, dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung und dem Verein für Geschichte der Stadt Wien ein Workshop mit dem Thema „Stadt/Raum – Konstruktion/Produktion. Was kann ein Historischer Atlas zu unserem Wissen über Wien beitragen?" veranstaltet.

Nach einvernehmlicher Beendigung der Zusammenarbeit mit dem Pichler Verlag kamen das Wiener Stadt- und Landesarchiv, das Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung und der Verein für Geschichte der Stadt Wien überein, den Atlas ab der 9. Lieferung gemeinsam zu publizieren. Diese 9. Lieferung erschien zu Jahresende 2003 und enthält insgesamt neun Karten (Bezirkskarten zur Flächennutzung 1920, zum Baualter 1920 sowie zu den Hauserträgen 1914 für die Bezirke 1 und 3, Thema „Öffentlicher Verkehr" mit drei topographischen Karten zu „Stellwagenlinien, Fiaker- und Einspännerstandplätze 1861/62", „Stellwagen- und Autobuslinien, Fiaker-, Einspänner- und Taxistandplätze 1914" und „Autobuslinien, Fiaker-, Einspänner- und Taxistandplätze 1936/38").

Ebenfalls zum Jahresende wurde eine völlige Neugestaltung der Internet-Präsentation des Historischen Atlas ins Netz gestellt. Die Arbeiten an der 8. für Herbst 2004 vorgesehenen Lieferung des **Österreichischen Städteatlas** (Gmunden, Lienz, Melk, Schladming und Zwettl) wurden fortgeführt. Im September 2003 ist Heft 8 der Neuen Folge der Zeitschrift **Pro Civitate Austriae** (Kooperation des Wiener Stadt- und Landesarchivs mit weiteren Einrichtungen) zum Thema „Städtische Finanzen" erschienen.

Am 27. und 28. März 2003 veranstalteten das Wiener Stadt- und Landesarchiv und die Historische Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in den Räumlichkeiten des Archivs den 8. Workshop des Arbeitskreises „Höfe des Hauses Österreich" zum Thema „Ein zweigeteilter Ort? Hof und Stadt in der frühen Neuzeit".

Wiener Stadt- und Landesbibliothek (MA 9)

Im Sommer 2003 wurden die Benützerräume der Bibliothek erweitert und renoviert. Die Druckschriftensammlung blieb deshalb ab Anfang Juli geschlossen, am 20. Oktober öffnete die Bibliothek wieder für ihre Benützer. Im ersten Stock des Rathauses sind nun die Leseräume für die Druckschriftensammlung, die Handschriftensammlung und die Plakatsammlung vereint. Es steht wesentlich mehr Platz für die Handbibliothek zur Verfügung und in einem neuen Eingangsbereich sind Garderoben, Pausenraum und ein Seminarraum untergebracht. Es steht nun auch ein Ausstellungsraum in unmittelbarer Nähe der Benützerräume zur Verfügung, der wesentlich bessere Präsentationsmöglichkeiten als bisher bietet. Im Herbst wurde mit dem Bau des neuen Depots im Hof 6 des Rathauses begonnen, ein Meilenstein in der räumlichen Entwicklung der Bibliothek.

In der **Restitution** von Beständen, die aus Vermögensentziehungen zwischen 1938 und 1945 stammen, ist die Bibliothek besonders engagiert. Um die Wissensbasis wie auch die internationale Vernetzung zu stärken, wurde am 23. und 24. April 2003 in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Germanistik und der Vereinigung österreichischer Bibliothekarinnen und Bibliothekare die Tagung „Raub und Restitution in Bibliotheken" im Nordbuffet des Rathauses abgehalten.

26 Referenten aus sechs Ländern diskutierten die Problematik, der Band mit den Beiträgen wird 2004 erscheinen.

Die Restitutionskommission sprach sich für die Restitution der Sammlung Dr. Siegfried Fuchs aus. Der Bestand wurde, wie auch die bereits 2002 restituierte Sammlung Isidor Fleischner, 2003 von der Bibliothek erworben. Die Erben von Charles Weinberger verzichteten auf die Restitution, da die Gegenstände in der Bibliothek bzw. in den Museen der Stadt Wien nach Ansicht der Erben „am besten aufgehoben sind und auch einer musikinteressierten Öffentlichkeit oder Forschung in der besten Weise zur Verfügung stehen."

Im Juni 2003 konnte die Restitution der Sammlung Bachwitz abgeschlossen werden. Die Daten zu rund 400 auf Grund der verfügbaren Informationen nicht einschätzbaren Objekte wurden für die Datenbank www.lostart.de aufbereitet und sind dort abrufbar.

Während der umbaubedingten Schließzeit wurde im Rahmen einer Revision des Druckschriftenbestandes damit begonnen, die zwischen 1938 und 1946 erworbenen Druckschriften auf Vorbesitzervermerke durchzusehen. Diese Dokumentation dient als Quellenbasis für weitere Forschungen, vor allem im Bereich des Antiquariatshandels und ermöglicht der Bibliothek, eventuelle Anfragen rasch zu beantworten.

Im Rahmen ihrer **Öffentlichkeitsarbeit** nützte die Bibliothek den Lesesaal auch 2003 für Veranstaltungen. Zur Präsentation der Sammlung Smolen wurde gemeinsam mit dem Verein Alte Schmiede und dem Hauptverband des österreichischen Buchhandels eine Eröffnung mit Joachim Unseld, Herbert Ohrlinger und Josef Smolen gestaltet. Im Mai präsentierte Eveline Goodman-Thau ihr Buch „Eine Rabbinerin in Wien". Am 20. November eröffnete Stadtrat Dr. Andreas Mailath-Pokorny im Rahmen der Buchwoche die renovierten und erweiterten Benützerräume. An der aus diesem Anlass gemeinsam mit dem Verband der Antiquare Österreichs veranstalteten Podiumsdiskussion zum Thema „Laster oder Leidenschaft. Über das Sammeln von Büchern und Manuskripten" nahmen Otto Biba (Direktor des Archivs der Gesellschaft der Musikfreunde), Norbert Donhofer (Vorsitzender des Verbandes der Antiquare Österreichs), Helmut W. Lang (Österreichische Nationalbibliothek), Walter Obermaier (Direktor der Wiener Stadt- und Landesbibliothek), Werner J. Schweiger (Autor und Sammler) sowie Otmar Seemann (Sammler und Bibliograph) teil. Zur Buchwoche fanden auch eine Reihe von thematischen Führungen statt, die Originalbestände der einzelnen Sammlungen einem interessierten Publikum vorstellten.

Im Juni bot die Handschriftensammlung gemeinsam mit dem Burgtheater, dem Theater in der Josefstadt und dem Theater der Jugend Projekttage für Schüler/innen der 9. Schulstufe an, in denen die Bibliothek als zentrale Quelleninstitution für das österreichische Theater des 19. Jahrhunderts



Kulturstadtrat Dr. Andreas Mailath-Pokorny mit dem Architekten DI Hannes Venturo und Bibliotheksdirektor Dr. Walter Obermaier bei der Eröffnung der renovierten Stadt- und Landesbibliothek.

vorgestellt wurde. Zum 100. Geburtstag des Musikers und Musikwissenschafters Max Schönherr organisierte die Musiksammlung am 12. Dezember eine Hommage an den verdienstvollen Quellenforscher im Bereich der Wiener Tanzmusik.

Die Benutzerzahl der Bibliothek sank, bedingt durch die fast dreimonatige Schließzeit, auf rund 9.000 Benützer. Rund 70 Führungen für Studenten, Schüler und internationale Besuchergruppen wurden abgehalten. Die auf der Website der Bibliothek sowie in wien.at angebotenen Bibliothekskataloge wurden vom Publikum hervorragend akzeptiert, mit einer leichten Steigerung gegenüber dem Vorjahr trotz der Schließzeiten. 5.000 bis 7.000 Seiten täglich, also 175.000 bis 220.000 Seiten monatlich wurden von der Website der Bibliothek abgerufen. Ein großer Teil davon geht auf die Benützung der Kataloge zurück, die auch in der Schließzeit nicht wesentlich geringer wurde.

Die regelmäßigen **Ausstellungen** der Bibliothek mussten bedingt durch die Umbauarbeiten unterbrochen werden und wurden im Herbst wieder aufgenommen. Im November 2003 wurde im Ausstellungsraum die Ausstellung „Johann Strauß entarisiert. Die Sammlung Strauss-Meyszner: Impulse für Forschung und Interpretation" gezeigt. Sie behandelte die Geschichte und die wissenschaftlichen Möglichkeiten der 2001 restituierten und anschließend von der Stadt Wien erworbenen Sammlung Strauss-Meyszner.

Der im Anschluss an diese Ausstellung fertig gestellte und eingerichtete Ausstellungsraum wurde im Dezember mit einer Präsentation aus dem 2001 erworbenen literarischen Archiv des Autors Helmut Eisendle eröffnet. Die Ausstellung unter dem Titel „Die Orte des Helmut Eisendle" zeichnet entlang der zahlreichen Wohn- und Auf-

enthaltsorte den Lebens- und Arbeitsweg von Graz nach Wien über Barcelona, München, Friaul, Berlin und der Südsteiermark nach.

Im Mai präsentierte Univ. Prof. Josef Smolen auf dem Bibliotheksgang seine wertvolle Sammlung der Buchreihe „Der jüngste Tag", die als bedeutendstes Publikationsforum des Expressionismus gilt.

Schwerpunkt in diesem Jahr waren aber die Ausstellungen außerhalb der Bibliothek. Im Jänner präsentierte die Bibliothek im Haus Wien Energie unter dem Titel „Spuren auf dem Eis. Die Wiener Eislauftradition" Plakate und Materialien aus der in der Bibliothek verwahrten Sammlung der Wiener Eisrevue. Im gleichen Monat wurde die 2001 auf dem Bibliotheksgang gezeigte Ausstellung „Zukunftsbilder" in der Volkshochschule Leberberg präsentiert.

Die 2002 für Japan konzipierte Ausstellung „Plakate aus Wien" konnte 2003 mit großem Erfolg im Ausstellungsraum von Design Austria (Jänner 2003) in Wien gezeigt werden, weitere Stationen im Jahr 2003 waren das Plakatmuseum Warschau (März 2003), das Kunstgewerbemuseum Prag (April bis Mai 2003), das Ostslowakische Museum in Košice (Juni bis Juli 2003) und die Slowakische Nationalgalerie in Bratislava (Oktober 2003). Plakate aus den Beständen der Bibliothek wurden auch in Banska Bystrica (Fremdenverkehrsplakate aus Wien seit 1900), in Warschau (Österreichische Theaterplakate) und im Rahmen der Österreich-Tage in Polen (Österreichische Filmplakate) gezeigt.

Die Krenek-Ausstellung wurde im März im Königlich-flämischen Konservatorium in Brüssel gezeigt.

Im Oktober zeigte die Bibliothek in der Volkshalle des Rathauses aus Anlass der EU-Erweiterung die große Ausstellung „Mittel.Punkte. Zeitgenössische Plakate aus Mittel- und Osteuropa, Malta und Zypern", die gemeinsam mit Museen, Galerien, Bibliotheken und anderen kulturellen Einrichtungen der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarns, Sloweniens, Polens, Litauens, Lettlands, Estlands, Maltas und Zyperns konzipiert worden ist.

Im Rahmen der Ausstellung „Zeitgenössische Plakate aus Mittel- und Osteuropa" fand in der Volkshalle eine Tagung zum Thema „Plakatkultur und öffentliche Kommunikation im neuen Europa" statt, an dem Teilnehmer aus 10 Ländern über die Verantwortung des Sammelns, unterschiedliche Sammelstrategien von Plakaten und das Thema „Öffentliche Meinung machen" diskutierten. In diesem Zusammenhang wurden Plakate für Europakampagnen und Wahlkämpfe vorgestellt.

Für eine Reihe von Ausstellungen wurden wertvolle Bücher, Handschriften und Plakate im Original als Leihgaben zur Verfügung gestellt, es waren dies die Ausstellungen „Teatro y Fiesta del Siglo de Oro en tierras Europeas de los Austrias" (Alcazar Real, Sevilla; Königsschloss, Warschau), „Der Turmbau zu Babel. Ursprung und Vielfalt von Sprache und Schrift" (Schloss Eggenberg, Graz), „Tarock, mein einziges Vergnügen" (Schloss Schallaburg), „Orientalische Reise. Malerei und Exotik im späten 19. Jahrhundert" (Wien, Museum Hermesvilla), „Quasi una fantasia. Juden und die Musikstadt Wien" (Jüdisches Museum, Wien), „Die Galerie Miethke" (Jüdisches Museum, Wien), „Lorenzo Daponte in Wien" (Wiener Staatsoper), „Displaced. Paul Celan in Wien 1947/48" (Adalbert Stifter-Institut, Linz), „Eine Reise nach Wien im 19. Jahrhundert" (Nagoya, Japan), „Peter Altenberg. Extracte des Lebens" (Jüdisches Museum, Wien), „Peter Altenberg. Einem Schriftsteller auf der Spur" (Literaturhaus, Wien), „Kunst Kunst Kunst" (20er Haus, Wien), „Die Teile und das Ganze. Bausteine der literarischen Moderne in Österreich" (Deutsches Literaturarchiv, Marbach am Neckar), „Schönberg, Mahler, Zemlinsky, Schreker" (Arnold Schönberg Center, Wien), „Prag : Wien – Zwei europäische Metropolen im Lauf der Jahrhunderte" (Österreichische Nationalbibliothek, Wien), „Quasi ein Genie. Helmut Qualtinger (1928–1986)" (Wien Museum Karlsplatz), „John Heartfield" (Karikaturmuseum Krems), „Zeit des Aufbruchs. Wien und Budapest zwischen Historismus und Avantgarde" (Kunsthistorisches Museum, Wien) und „Theaterwelt–Welttheater" (Reichenau an der Rax).

Vertreter der Bibliothek haben an folgenden wissenschaftlichen **Tagungen** im In- und Ausland zum Teil mit eigenen Beiträgen teilgenommen: „Die lernende Bibliothek. Fortbildung und Innovationsmanagement in Bibliotheken und Bibliothekssystemen" (Bozen), Tagung der AG Regionalbibliotheken (Dresden), „Leadership and Risktaking", International Federation of Libraries Satellite Meeting (Wien), „Österreichischer Museumstag 2003" (Bad Hall), „Screenwise – Standorte und Szenarien der zeitgenössischen feministischen Film- und TV-Wissenschaften" (Wien), „Bedrohte Museen. Naturkatastrophen – Diebstahl – Terror" (Bregenz), „Arbeitstagung der österreichischen Literaturarchive" (Mattersburg), und „Internationales Strauß-Festival" (Bukarest), Jahreskonferenz der „International Association of Music Libraries, Archives and Documentation Centers" (Tallinn, Estland) und „Wie gewinnt Online-Musik an Fahrt?" (Wien).

Der Katalog der **Druckschriftensammlung** enthielt mit Ende des Jahres 2003 420.000 Bücher und Zeitschriften. Der Zuwachs aus Pflichtexemplaren nach dem Mediengesetz, aus Ankäufen und aus der Aufarbeitung der Bibliotheken bzw. Nachlässe von Edith Rosenstrauch-Königsberg, Franz Juraschek, Michael Schnitzler, der Bachmann-Dokumentation von Otto Bareiss-Ohloff und des Verlagsarchivs von Jugend und Volk betrug 10.144 Bände.

Neben dem laufenden Ankauf aktueller Literatur konnten im Rahmen der retrospektiven Erwerbung 284 antiquarische Bände erworben werden, darunter ein um 1600 zusammengestellter Sammelband mit Broschüren von acht zeitgenössischen Autoren über das Vordringen der Osmanen

in Europa, beginnend mit der Eroberung Konstantinopels 1453 bis zum Jahre 1600, eine Leichenrede des Wiener Augustinerpaters Abraham a Sancta Clara (1688) und eine äußerst seltene Veröffentlichung des expressionistischen Autors Hugo Sonnenschein. Die restituierte Sammlung Fuchs, die eine Reihe seltener Wiener Almanache enthält, wurde ebenfalls angekauft.

Für die Benützung wurden im Jahr 2003 etwa 14.200 Bände bereitgestellt. Der provisorische Leseraum der **Handschriftensammlung** konnte im Oktober 2003 aufgelassen werden, die Benützung übersiedelte in den vorgesehenen Leseraum im Rahmen der übrigen Benützerräume.

Im Zuge der systematischen Ergänzung der Bestände wurden zahlreiche Einzelautographe erworben, u. a. von Adolphe Adam, Peter Altenberg, Heinrich Anschütz, Ottokar Franz Berg, Felix Braun, Bartholomäus von Carneri, Ignaz Franz Castelli, Franz Theodor Csokor, Albert Drach, Marie von Ebner-Eschenbach, Maria Eis, Anton von Eiselsberg, Rudolf Eitelberger von Edelberg, Ludwig August Frankl von Hochwart, Josefine Gallmeyer, Friedrich von Gentz, Franz Karl Ginzkey, Karl Glossy, August Josef Göllerich, Käthe Gold, Karl Goldmark, Marie Eugenie Delle Grazie, Franz Grillparzer, Anastasius Grün, Eduard Hanslick, Richard Heuberger, Wilhelm Kienzl, Karl Kraus, Ernst Krenek, Viktor Léon, Josef Lewinsky, Emil Lucka, Friederike Mayröcker, Max Mell, Jakob Minor, Friedrich Mitterwurzer, Carl Moll, Salomon Hermann von Mosenthal, Hansi Niese, Max Reinhardt, Max Roden, Adele Sandrock, Moritz Gottlieb Saphir, Paul von Schönthan, August Sicard von Sicardsburg, Josef Sonnleithner, Curt Stenvert, Adele Strauß, Johann Strauß (Vater), Bertha von Suttner, Hugo Thimig, Jetty Treffz, Otto Tressler, Johann Nepomuk Vogl, Hans Weigel, Adolf von Wilbrandt und Carl Michael Ziehrer.

Zu diesen Einzelerwerbungen kam eine Reihe von größeren Nachlässen und Sammlungen, u. a. Teilnachlass Paul Barnay, Familienarchiv Brabbée, Sammlung Marie von Ebner-Eschenbach, Sammlung „Die Hektiker", Teilnachlass Julius und Frieda Jorde, Sammlung Johann Orth, Sammlung August Sicard von Sicardsburg und das literarische Archiv der Wiener Autorin Liesl Ujvary.

Im Zuge der Retrokonversion des Zettelkataloges wurden 41.000 Titelaufnahmen in den EDV-Katalog übernommen, 2.223 Autographe wurden neu katalogisiert. Zwölf Nachlassverzeichnisse wurden in EDV-Dateien übernommen und für die Präsentation im Internet überarbeitet.

Die wichtigsten Erwerbungen der **Musiksammlung** waren eine Reinschrift des Klavierquintetts von Franz Schmidt, der eigenhändige Klavierauszug der ersten, verworfenen Fassung des Chors „Dem Vaterland" von Hugo Wolf und sieben Bearbeitungen irischer Volkslieder sowie Notizbücher von Carl Millöcker und ein Sammelband mit vier seltenen Frühdrucken von Franz Schubert. Der Nachlass des Geigers Fritz Rothschild wurde von seiner langjährigen Klavierbegleiterin als Geschenk übergeben; der Bestand enthält u. a. eine zeitgenössische, also aus dem 18. Jahrhundert stammende Abschrift der drei Sonaten und drei Partiten für Violine solo BWV 1001–1006 von Johann Sebastian Bach. Der Nachlass des ins Exil in Luxemburg und anschließend in die USA gezwungenen Operettenkomponisten Bruno von Granichstaedten wurde bei einer Auktion erworben, aus dem Archiv des Wiener Musikverlages Doblinger kamen ausgewählte Stücke, darunter das Autograph des „Fliegermarsches" von Hermann Dostal. Im Jahr 2003 wurden 139 Musikhandschriften und 322 Musikdrucke inventarisiert.

Der Neuzugang in der **Plakatsammlung** betrug rund 3.300 Plakate. Plakatgeschenke kamen in diesem Jahr vom Österreichischen Filmarchiv, diversen Theatern, der Arena, dem Stadtkino und der MA 7. Alle Plakate wurden signiert und in den EDV-Katalog aufgenommen. Retrospektiv wurden rund 4.200 Plakate für den EDV-Katalog erfasst, damit waren Ende des Jahres 2003 rund 72.000 Plakate im elektronischen Katalog verzeichnet.

Die **Zeitungsdokumentation** wurde im Jahr 2003 um rund 8.500 Eintragungen erweitert.

Museen der Stadt Wien

Neupositionierung

Am 1. April fand ein **Wechsel in der Direktion** der wissenschaftlichen Anstalt öffentlichen Rechts Museen der Stadt Wien statt. Dr. Wolfgang Kos übernahm von Dr. Günter Düriegl die Funktion des Direktors dieser Anstalt. Für die großen Verdienste als Wissenschafter und internationaler Vermittler der Kulturstadt Wien erhielt Herr Dr. Düriegl am 7. Mai von Landeshauptmann Dr. Michael Häupl das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

In einem Mediengespräch am 25. April präsentierte Direktor Kos die Programmvorschau und Neupositionierung der Museen der Stadt Wien und kündigte freien Eintritt in die Schausammlungen an Sonntagen an. Unter Mitwirkung der neu eingerichteten Marketingabteilung konnte am 1. September die Regelung des freien Eintritts in die ständigen Schausammlungen an Sonntagen zusätzlich zum bereits bestehenden freien Eintritt an Freitagen vormittags eingeführt werden. Außerdem wurden die sonst geltenden Eintrittspreise bei nur geringfügiger Erhöhung neu gestaltet und eine neue Dachmarke mit der Bezeichnung „Wien Museum" vorgestellt. Im Zuge der Umsetzung dieser neuen Dachmarke heißen die Haupthäuser der Museen der Stadt Wien ab 1. Oktober „Wien Museum Karlsplatz" (bisher „Historisches Museum der Stadt Wien") und „Wien Museum Hermesvilla" (bisher „Hermesvilla"); die übrigen zugehörigen Museen und Gedenkstätten trugen ab diesem Zeitpunkt „Wien Museum" als Unterzeile ihrer bisherigen Bezeichnung.

Kultur und Wissenschaft

Im November wurde die Einrichtung einer neuen, umfassenden Website im Internet fertiggestellt, die unter der Adresse http://www.wienmuseum.at abrufbar ist. In Workshops, an denen zahlreiche Mitarbeiter/innen aus verschiedenen Museumsbereichen teilnahmen, wurden Modelle für neue Organisationsstrukturen entwickelt.

Ausstellungen und Sonderaktionen

Im **Sonderausstellungsraum des Wien Museums Karlsplatz** waren die Ausstellungen „Johann II. von und zu Liechtenstein – Ein Fürst beschenkt Wien. 1894–1916", die den kulturhistorischen Wert der Schenkungen von Ölbildern, Grafiken und Fotografien dieses Mäzens an das damals noch junge Stadtmuseum dokumentierte, vom 13. Februar bis 22. Juni, die Schau „Kraftflächen – Wiener Plakatkunst um 1900" mit 30 berühmten Secessions-Plakaten aus den hauseigenen Beständen vom 10. Juli bis 21. September, und die Retrospektive „Quasi ein Genie – Helmut Qualtinger (1928–1986)" mit Film-, Fernseh- und Tondokumenten, Fotoserien und persönlichen Raritäten aus dem Nachlass des Künstlers sowie einem umfangreichen Begleitprogramm (Liedveranstaltungen, Textvorträge, Künstlergespräche) ab 2. Oktober (Dauer bis 6. Jänner 2004) zu sehen.

Im **Atrium des Wien Museums Karlsplatz** wurden vom 28. Mai bis 15. Juni als Resultat der Aktion „Spiel- & Denkmaterial für eine Museumssammlung" persönliche Sammelobjekte prominenter Wiener aus Kultur, Wissenschaft und Medien präsentiert, die sie dem Museum aus Anlass dieser Veranstaltung widmeten. Weiters wurden die Schau „Bunte graue Riesen – Flakturmprojekte 2003" mit Entwürfen, die aufgrund einer gemeinsamen Initiative der MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung und der Kronen Zeitung von Lesern entworfen und eingeschickt wurden, vom 25. Juni bis 6. Juli, die Fotodokumentation „Hutsalon Susi & Milchfrau Rosa – Wiener Verkaufskultur, fotografiert von Petra Rainer" vom 21. August bis 28. September und die Ausstellung „Brutale Neugier. Walter Henisch – Kriegsfotograf und Bildreporter" ab 30. Oktober (Dauer bis 6. Jänner 2004) gezeigt.



Foto: Christian Fürthner/PID

Flakturmprojekte waren in der Ausstellung „Bunte Graue Riesen" im Wien Museum Karlsplatz zu bewundern.

In der **Schausammlung des Wien Museums Karlsplatz** wurden in Form von Interventionen zur jeweiligen Sammlungsabteilung die Spezialpräsentation „Die römischen Legionslagerkasernen am Wiener Judenplatz" am 26. August im Erdgeschoß eingerichtet sowie die Ausstellungen „Kreative Dichte – Die Wiener Werkstätte 1903–1932" vom 11. September bis 23. November und „Wiener Stolz – Die Rathausskulpturen und ihre Modelle im Wien Museum" ab 13. November (Dauer bis 11. Jänner 2004) im zweiten Stock gezeigt.

Das Dachgeschoß und das erste Stockwerk des **Wien Museums Hermesvilla** wurden für permanente Ausstellungen herangezogen. Im neu gestalteten Dachgeschoß wurde am 19. März die Dauerschau „Chic – Damenmode des 20. Jahrhunderts" aus den hauseigenen Beständen der Modesammlungen eröffnet. Der bisherige Schauraum der Modesammlungen im Schloss Hetzendorf war mit Ende des Vorjahres aufgelassen worden. Seit 8. Mai ist im ersten Stockwerk die Repositionierung aller noch in den Sammlungen der Museen der Stadt Wien vorhandenen originalen Ausstattungsstücke der Hermesvilla (Möbel, Gemälde, Plastiken, kunstgewerbliche Gegenstände) unter dem Titel „Villa mit Grünbl., kaiserl., teilmöbl., 1.350 m² Wohnfl. – Die Hermesvilla und ihre Geschichte" zu sehen. Das Sonderausstellungsprogramm im Erdgeschoß umfasste vom 8. Mai bis 14. September die Schau „Mit Stock und Hut – Aquarelle und Zeichnungen des Wiener Biedermeier" und ab 16. Oktober (Dauer bis 12. April 2004) die Schau „Orientalische Reise – Malerei und Exotik im späten 19. Jahrhundert".

Dem **Nagoya City Museum**, Japan, wurde vom 1. März bis 13. April die Ausstellung „Reise nach Wien im 19. Jahrhundert. Die blühende Biedermeier-Kultur" bereit gestellt. Weiters beteiligten sich die Museen der Stadt Wien an der Erstellung des Katalogs zur von der Universität für angewandte Kunst veranstalteten Exposition „Wiener Bühnen- und Filmausstattung – Otto Niedermoser 1903–1976", die vom 11. November bis 13. Dezember im **Heiligenkreuzerhof** lief.

Im Rahmen der Aktivitäten des **Referats Bildung** führten am Familiensonntag, dem 19. Jänner, Uhrmachermeister/innen handwerkliche Tätigkeiten vor und erklärten, mit welchen Werkzeugen und Maschinen (z. B. Drehstuhl, Teilscheibe und Planteur) früher Uhren gebaut wurden. Am Familiensonntag, dem 26. Jänner, fand eine Veranstaltung zur Ausstellung „Armut" im Wien Museum Karlsplatz unter dem Titel „Lumpenfest" mit Kinderführungen, Musik und Basteln statt. Dabei wurden auch Kinderkleidung und Spielzeug für die Caritas gesammelt. Am Internationalen Museumstag, dem 18. Mai, konnten die Besucher an kostenlosen Führungen im Wien Museum Karlsplatz, in der Her-

mesvilla, in der Mozart-Gedenkstätte „Figarohaus" (mit Musikprogramm) und im Pratermuseum teilnehmen. Im Uhrenmuseum wurden die Einzelteile der Kunst- und Prunkuhr der Wiener Weltausstellung 1873 von Franz Zajiček nach erfolgter Restaurierung vor dem interessierten Publikum zusammengesetzt.

Anlässlich des Sommerferienspiels wurden im Wien Museum Karlsplatz unter dem Titel „Salve, Romani in Vindobona – Auf zu einer Zeitreise ins römische Wien!" Kinderführungen mit Schreibstube, Spielen, Fibelschmiede, Stationen zu Ausrüstung, Kleidung und Alltagsgegenständen mit Unterstützung von „Exercitus Pannonia Superior" – Gesellschaft für römische Geschichtsdarstellung in Österreich veranstaltet. In diesem Zusammenhang fanden auch Expeditionen zu den Römischen Ruinen unter dem Hohen Markt, Mitmachtheater-Veranstaltungen für Kinder in der Hermesvilla unter dem Titel „Hermes fächert wieder" mit Erlernen der Fächersprache, Musik, Tanz, Basteln und Spielen im Freien statt. Im Uhrenmuseum wurden Kinderführungen unter dem Titel „Die Rädlifuxer von Wien" mit Zusammenbau eines Turmuhrwerks abgehalten.

Das Programm der „Langen Nacht der Museen" am 20. September umfasste Führungen mit Sonderthemen für Kinder und Erwachsene im Wien Museum Karlsplatz, Familienführungen mit Musikprogramm in der Haydn-Gedenkstätte mit Brahms-Gedenkraum und in der Mozart-Gedenkstätte „Figarohaus" sowie Familienführungen im Uhrenmuseum. Zum Winterferienspiel wurden im Wien Museum Karlsplatz am 24. Dezember Kinderführungen zum Thema Herbergssuche, Musik, Basteln und Puzzlespiele angeboten.

Statistik

Die Jahresgesamtzahl der Besucher der Museen der Stadt Wien betrug 284.292 Personen. Darunter entfielen 87.571 Personen auf das Wien Museum Karlsplatz, 65.580 auf die Mozart-Gedenkstätte „Figarohaus", 38.366 auf das Wien Museum Hermesvilla und 22.919 auf das Uhrenmuseum. Von den Museumskurator/innen wurden 414 Führungen abgehalten, darunter 86 im Wien Museum Karlsplatz, 271 im Uhrenmuseum und 57 in den Römischen Ruinen unter dem Hohen Markt. 323 Foto- und Reproduktionsansuchen wurden bearbeitet. Für eigene Ausstellungen führte man 86 Fotobestellungen aus.

Bauliche Maßnahmen, Einrichtungen

Am 5. Februar konnte der 2. Stock der Schausammlung des **Wien Museums Karlsplatz** nach umfangreicher Neugestaltung wieder geöffnet werden.

Die Einrichtung des neuen **Modedepots** konnte abgeschlossen und die Neuordnung der übersiedelten Modebestände großteils durchgeführt werden.

Das Fachreferat **Museumsarchäologie** veranlasste Restaurierungen der Wandbereiche der Virgilkapelle, Stephansplatz sowie der profanen Wandmalereien Neidhart Fresken, Tuchlauben, in Zusammenarbeit mit der Universität für angewandte Kunst.

Jüdisches Museum der Stadt Wien

Das **Jüdische Museum** veranstaltete die Ausstellungen „Peter Altenberg – Extracte des Lebens" vom 22. Jänner bis 27. April, „Karl Duldig – Plastiken und Zeichnungen" vom 12. Februar bis 1. Mai, „Quasi una fantasia – Juden und die Musikstadt Wien" vom 14. Mai bis 26. Oktober, „Die Galerie Miethke – Eine Kunsthandlung der Moderne" ab 18. November (Dauer bis 8. Februar 2004), „Osnat Koller-Sachs – Art and Obsession" ab 18. November (Dauer bis 8. Februar 2004) und „Kosher Nostra – Jüdische Gangster in Amerika" ab 3. Dezember (Dauer bis 25. April 2004).

Unter den ca. 75 Begleitveranstaltungen (Lesungen, Buchpräsentationen, Musikdarbietungen, Kinderprogramme u. a. m.) sind besonders die „Lange Nacht der Musik" mit 2.300 Besuchern und die „Lange Nacht der Museen" mit 2.200 Besuchern hervorzuheben.

52.820 Personen haben das Jüdische Museum in der Dorotheergasse und 16.750 Personen das Museum am Judenplatz besucht. Weiters wurden etwa 11.000 Besucher der Synagoge in der Seitenstettengasse betreut. Die Bibliothek wurde von etwa 1.000 Personen genutzt. Die Gesamtbesucherzahl beläuft sich hiemit auf über 81.000 Personen.

Die Auslandsaktivitäten umfassten vier Ausstellungen in europäischen Städten (London, Amsterdam, Antwerpen, Gent), eine Ausstellung in Israel (Tel Aviv) und eine Ausstellung in den USA (St. Petersburg/Florida). Zu den Aktivitäten in den Bundesländern zählte eine Ausstellung in Linz. Die Israelitische Kultusgemeinde Wien erhielt eine kabbalistische Handschrift aus dem 14. Jahrhundert aus den USA restituiert und stellte sie dem Jüdischen Museum als Dauerleihgabe zur Verfügung.

Sammeltätigkeit, Rückstellungen

Den wertvollsten **Ankauf** des Jahres stellte das Ölgemälde „Kaiserlicher Waldspaziergang vor dem Schloss Neugebäude in Wien" von Lucas van Valckenborch, um 1590, dar. Mit finanzieller Unterstützung des Vereins der Freunde der Museen der Stadt Wien konnte das Bild, das als ein Meisterwerk der internationalen Kunstgeschichte und von besonderer Bedeutung für die Wiener Stadtgeschichte sowie für die örtliche Topografie einzustufen ist, erworben werden. Unter den weiteren Ankäufen sind vor allem die Tuschezeichnung „Maler Agricola und seine Frau" von Vinzenz Georg Kininger, 1805/6, das Aquarell „Selbstbildnis mit einer jungen Dame" von Moritz von Schwind, 1838, das Aquarell „Asiatische Villa des Wiener Bürgermeisters Cajetan Freiherr von Felder in Weidling, Feldergasse 3" von Hugo Darnaut, 1883, das Ölgemälde „Johann Strauß mit seiner Kapelle beim Hofball" von Theodor Zasche, um 1890, ein „Galaxy"-Sessel, Aluminiumblech,

Entwurf von Walter Pichler, 1966, und die 3-C-Prints „Creditanstalt Wien I, 1995", „Neue Hofburg IX, 1995" und „Parlament Wien II, 1995" von Candida Höfer hervorzuheben.

Die Recherchen in diversen in- und ausländischen Archiven über die Provenienz von Objekten, die die Städtischen Sammlungen in der NS-Zeit aus enteigneten Sammlungen erworben hatten, wurden fortgesetzt und diesbezügliche Objektlisten ins Internet gestellt. In einigen Fällen langten aufgrund dieser oder älterer Veröffentlichungen konkrete und hilfreiche Reaktionen ein, die zu **Restitutionen** führten. Sieben Sammlungen wurden in diesem Jahr rückgestellt. Aus der Sammlung Charles Weinberger – vorwiegend Fotos und Drucke von Schauspielern – wurden den Museen der Stadt Wien nach erfolgter Restitution sämtliche Objekte gewidmet. Aus der Sammlung Leo und Helene Hecht wurde den Museen der Stadt Wien nach erfolgter Restitution ein die Modesammlung betreffender Teil gewidmet. Außerdem konnten sechs schon im Vorjahr restituierte Gouachen von Balthasar Wigand mit diversen Ansichten von Wien und Umgebung um 1820 aus der Sammlung Bondy rückgekauft werden.

Mit **Leihgaben** waren die Museen der Stadt Wien an 16 Ausstellungen im Inland, fünf Ausstellungen im europäischen Ausland und einer Ausstellung im außereuropäischen Ausland beteiligt.

Gesundheits- und Spitalswesen

Gesundheits- und Spitalswesen

Gesundheitswesen (MA 15)

Die Tätigkeitsbereiche der MA 15 werden von 22 Referaten und 18 Bezirksgesundheitsämtern (zusammengefasst in fünf Dezernaten), dem Projekt Bezirks- und Impfstellen „NEU", der Ethikkommission der Stadt Wien und drei Stabsstellen durchgeführt. Mit Stand 31. Dezember 2003 waren insgesamt 892 Bedienstete (davon 281 Ärzt/innen) beschäftigt. Die Leistungen aller Stabsstellen standen ganz im Zeichen der vorzubereitenden Planung zur Fusion der MA 15 mit Bereichen der MA 12 bzw. MA 47.

Technischer Fortschritt biomedizinischer Praxis in Verbindung mit einer ungeahnten Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten sowie eine zunehmende Pluralität von Wertvorstellungen und Wertprioritäten geben die Bedingungen vor, unter denen neue ethische Fragestellungen an die Medizin herangetragen werden. In diesem Spannungsfeld gibt die **Ethikkommission der Stadt Wien** durch Beratung und Beurteilung medizinischer, ethischer und rechtlicher Aspekte bei der Durchführung klinischer Prüfungen sowie bei der Durchführung neuer medizinischer Methoden dem Arzt/der Ärztin – unbeschadet seiner/ihrer Verantwortlichkeit für das Forschungsvorhaben – Hilfe und Orientierung. Die Ethikkommission der Stadt Wien hat die Aufgabe, unter Beachtung der „Guideline for good clinical practice" und der Deklaration von Helsinki zu beurteilen, ob die Rechte und die Integrität der an einer bestimmten klinischen Prüfung bzw. neuen medizinischen Methode teilnehmenden Versuchspersonen ausreichend geschützt werden. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Zahl der Anträge in der Ethikkommission der Stadt Wien jedes Jahr leicht ansteigt (2001: 88, 2002: 141, 2003: 154). Dem steigenden Trend der eingelangten Anträge folgend, steigen auch die Einnahmen für die MA 15 leicht an. Für 2003 konnten Einnahmen in der Höhe von 197.990,55 EUR verzeichnet werden. Die Einnahmenhöhe lag deutlich über dem veranschlagten Wert.

Im Rahmen der **Öffentlichkeitsarbeit** wurde die **Internetdarstellung** der Abteilung komplett neustrukturiert und online gestellt. Für **E-Government** wurden vier Projekte abgeschlossen: Impf-Erinnerungs-Service, elektronische Terminvereinbarung für Jugendzahnkliniken, Gesundenuntersuchung und Gesundheitsberatung. Im Rahmen der Kampagne **„Schau auf dich"** fanden 132 Veranstaltungen statt. Mehrere neue Folder, Broschüren und Plakate wurden aufgelegt, u. a. eine Neuauflage des **„Wiener Gesundheitspasses"** mit einer begleitenden Plakataktion unter dem Motto „30 Jahre Wiener Gesundheitspass". Es wurden Vorträge im Rahmen der MD-VA und in Zusammenarbeit mit der MD-BG abgehalten und die mediale Umsetzung der Dienstleistungen in verschiedenen Printmedien durchgeführt.

Als außerordentlich öffentlichkeitswirksam konnte die MA 15 folgende Projekte realisieren: Den **„Wiener Allergie-Garten"** im Kurpark Oberlaa und den **„1. Wiener Ernährungstag"** im Rathaus. Zur Umsetzung des EU-INTERREG IIIA/PHARE CBC-Projektes **„Gesundheitsnetzwerk Wien – Bratislava"** wurden mehrere Publikationen (Behinderten- und Gesundheitswesen in der Slowakei, Infoletter) herausgebracht und zwei Symposien sowie mehrere Workshops im Berichtsjahr abgehalten.

Behördliche Aufgaben

Zum Themenbereich der **Infektionskrankheiten** wurde im Jahr 2003 im Zusammenhang mit dem weltweiten Thema „Bedrohung durch Bioterrorismus" (Pocken) am österreichweiten Pockenalarmplan des Bundesministeriums mitgearbeitet und darauf basierend ein interner Leitfaden ausgearbeitet. Weiters wurde nach Einführung der Meldepflicht für **SARS** (Schweres Akutes Respiratorisches Syndrom) nach dem Epidemiegesetz das Management der SARS-Problematik für Wien durchgeführt.

Die Anzahl der gemeldeten Infektionskrankheiten (außer Tbc und Geschlechtskrankheiten) ist insgesamt weiterhin angestiegen (2002: 3.373, 2003: 3.582). Ein Anstieg der Erkrankungszahlen war bei fast allen Erkrankungen festzustellen. Insbesondere die Zahl der gemeldeten Hepatitisfälle ist von 343 auf 582 angestiegen, wobei alle Formen einen Anstieg zeigen. Bei der bakteriellen Lebensmittelvergiftung ohne Shigellen war ein geringer Abfall und bei den Shigellen ein Anstieg der gemeldeten Erkrankungen festzustellen.

Das umfangreiche **Impfprogramm** der MA 15 wurde weitergeführt. Eine deutliche Steigerung konnte bei der Influenzaimpfung erreicht werden. In der **Desinfektionsanstalt** wurden insgesamt 10.425 Desinfektionen einschließlich Entlausungen und Entwesungen durchgeführt. Die Anzahl der Kopfentlausungen ist im Vergleich zum Vorjahr um weitere 274 angestiegen, das bedeutet einen Anstieg um 3,7 Prozent.

Im Zusammenhang mit der **Tuberkulosebekämpfung**, welche diagnostische, prophylaktische und seuchenhygienisch erforderliche Maßnahmen umfasst, waren im Jahr 2003 rund 415.000 Personenkontakte erforderlich. Die intensive Betreuung von an ansteckender Tuberkulose erkrankten Personen durch Sozialarbeiter/innen und die verstärkte Suche nach den Ansteckungsquellen führte in einem Schulzentrum zur Aufdeckung von insgesamt fünf ansteckenden Tuberkulosen und 40 angesteckten Personen mit erhöhtem Erkrankungsrisiko.

Die **Geschlechtskrankheiten** zeigten in Wien im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang um 9 Prozent. Der Rückgang war am

deutlichsten bei der Gonorrhoe der Frauen (25 Prozent) und bei der Lues der Männer (22 Prozent). Im Berichtsjahr wurde das Projekt „STD-Screening im Polizeianhaltezentrum (PAZ)" weitergeführt. Weitere Schwerpunkte der STD-Aufklärungsarbeit waren Streetwork, teils auch während der Nachtstunden in der Szene der nicht registrierten Prostituierten, zielgruppenorientierte STD-Beratung auf Veranstaltungen wie dem Life-Ball sowie allgemeine STD-Beratung im Rahmen des Bürgerbusses in verschiedenen höheren Schulen.

Im Rahmen der **sanitären Aufsicht** erfolgten im Jahr 2003 61 Überprüfungen in bettenführenden Krankenanstalten und 110 in selbstständigen Ambulatorien. Außerdem wurden 115 Visitationen von Apotheken, 49 Drogerien, fünf Arztordinationen, vier Blutspendeeinrichtungen (inklusive Mobiler Blutspendeaktionen) vorgenommen und bei der Überprüfung von 32 Behindertenheimen und 60 Wohn- und Pflegeheimen mitgewirkt.

Über Auftrag der amtsführenden Stadträtin für Gesundheits- und Spitalswesen wurden sämtliche geriatrische Versorgungsbereiche des SMZ Baumgartner Höhe – Otto Wagner Spital mit Pflegezentrum überprüft. Durch eine Änderung der Geschäftseinteilung wurde der MA 15 im September 2003 die Aufsicht über städtische und private Wohn- und Pflegeheime übertragen und in der Folge zahlreiche weitere Überprüfungen von Pflegeeinrichtungen durchgeführt.

Die Amtsärzt/innen des Referats wurden überdies vom Dezernat II der MA 15 routinemäßig als Sachverständige zu Bewilligungsverfahren von diversen Einrichtungen des Gesundheitswesens eingebunden. Entsprechend dem Strahlenschutzgesetz wurden in 106 Verfahren zur Änderung, Errichtung und zum Betrieb von Strahlenanlagen und bei Überprüfungen der Strahlenbetriebe darauf geachtet, dass die Vorschriften zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen eingehalten werden.

In der MA 15 erfolgt die Ausgabe bzw. der Versand der Suchtgiftrezeptformulare für verschreibende Ärzte/innen in ganz Wien, wobei im Berichtsjahr 68.491 Dauerverschreibungen und 90.753 Suchtgiftrezeptformulare ausgegeben wurden.

Im Rahmen der **Aufsicht über die Ausbildungen in den medizinischen Gesundheitsberufen** wurden in insgesamt 132 bewilligten Ausbildungen 340 Prüfungs- bzw. Aufnahmekommissionen wahrgenommen. In diesen Ausbildungsstätten haben 3.412 Personen eine Ausbildung abgeschlossen. Die Informationsbroschüre „Ausbildungen in den Gesundheitsberufen in Wien" wurde für eine Neuauflage Anfang 2004 überarbeitet. Die seit 2002 bestehenden **Internetseiten** mit Hinweisen zum Referat und zu den Ausbildungen in den medizinischen Gesundheitsberufen wurden laufend aktualisiert. Seit November 2003 ist die Antragstellung auf Ausstellung eines Berufsausweises gem. § 10 GuKG für Gesundheits- und Krankenpflegepersonen online möglich.

Im Rahmen der **Mitwirkung bei der Sicherung und der Verbesserung der ärztlichen Versorgung in Wien** wurde die seit 1976 bestehende Kreditaktion der Stadt Wien zur Förderung der Niederlassung von Ärzten/innen für Allgemeinmedizin fortgeführt (12 Anträge, alle befürwortet).

Im Rahmen eines Projekts für die Neukonzeptionierung der **Physikatsausbildung** haben im 1. Halbjahr 2003 mehrere Besprechungen stattgefunden. Seit Herbst 2003 wird die Agenda betreffend die Durchführung des Wiener Physikatskurses von der MA-L wahrgenommen.

Rechtsangelegenheiten

Schwerpunkte der Tätigkeit auf dem Gebiet **Sanitätsrecht** waren Verfahren nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 und dem Arbeitnehmer/innenschutzgesetz, dem Strahlenschutzgesetz, dem Apothekengesetz, dem Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz und dem Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz, Berufungsverfahren und sonstige Ärzteangelegenheiten nach dem Ärztegesetz 1998 sowie Verfahren betreffend die Aufsichtspflicht über die Ärztekammer für Wien, Verfahren betreffend Krankenpflegepersonen, Hebammen und andere medizinische Gesundheitsberufe, Ausarbeitung von Stellungnahmen und Berichten sowie die Begutachtung und Ausarbeitung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen. Ein neuer Arbeitsbereich des Dezernates II in der Wahrnehmung der Aufgaben der Bezirksverwaltungsbehörde nach dem Suchtmittelgesetz wurde eingeführt. Ein wesentlicher Arbeitsaufwand war die Vorbereitung und Durchführung der Wahl für die Vollversammlung der Ärztekammer für Wien im Jahr 2003.

Ausarbeitung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen

Im Jahr 2003 wurden die internen und externen Begutachtungen zu Entwürfen für ein neues **Wiener Rettungs- und Krankentransportgesetz** und für ein **Wiener Heimgesetz** durchgeführt. An der Erstellung von Durchführungsverordnungen zu diesen Gesetzen, die insbesondere Mindeststandards enthalten sollen, wurde intensiv gearbeitet. Weiters wurde der Entwurf eines **Wiener Landessanitätsratsgesetzes** ausgearbeitet und nach Durchführung eines internen und externen Begutachtungsverfahrens im November 2003 im Wiener Landtag beschlossen. Damit hat das Land Wien seine Kompetenz zur Erlassung von Organisationsvorschriften für dieses wichtige Gremium in Anspruch genommen und eine zeitgemäße Rechtsgrundlage geschaffen. Ausgearbeitet wurden Entwürfe für ein neues **Wiener Heilvorkommen- und Kuranstaltengesetz** und für ein neues **Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz** sowie eine Durchführungsverordnung zum

neuen Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz. Zum Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 wurde eine Novelle ausgearbeitet und eine interne Begutachtung durchgeführt. Der Entwurf einer Verordnung eines **Wiener Krankenanstaltenplans** wurde einem internen und externen Begutachtungsverfahren unterzogen.

Das Dezernat II war auch mit Vorarbeiten für eine Vereinbarung nach Art. 15a B-VG zur Sicherstellung von Patientenrechten **(Patientencharta)** befasst. Fortgesetzt wurden die Arbeiten für eine neue Rattenverordnung. Vorbereitet wurden Verordnungen zur Festsetzung von Gebühren für die Wiener öffentlichen Krankenanstalten, den Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst und die Pflegeheime der Stadt Wien.

Schwerpunkt der Tätigkeit auf den Gebieten **Sozialversicherung und Sozialrecht sowie Arbeitsrecht** waren Einsprüche gegen Bescheide der Sozialversicherungsträger, Berufungen nach dem Wiener Sozialhilfegesetz, Wiener Pflegegeldgesetz, Behindertengesetz 1986 und Studienförderungsgesetz, Begutachtungen von Gesetz- bzw. von Verordnungsentwürfen sowie Stellungnahmen und Berichte für Internationale Organisationen.

Auf Grund einer Änderung der Geschäftseinteilung ist die MA 15 seit 1. Jänner 2003 für die Ausstellung von Ausweisen für dauernd stark gehbehinderte Personen nach § 29b Straßenverkehrsordnung 1960 zuständig. Im Berichtsjahr wurden 779 Ausweise ausgestellt und abgeholt sowie 106 Duplikate angefertigt.

Die Mitarbeiter der **Physikalisch-Technischen Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin** waren als Experten auf den Gebieten des Strahlenschutzes und der Elektromedizin als Amtssachverständige in Bewilligungsverfahren und bei Überprüfungen von Krankenanstalten, Ordinationen und Gewerbebetrieben tätig. Auf Grund des Erlasses GZ.32.240/2 – IX/11/2001 vom 3. Juli 2001 über qualitätssichernde Maßnahmen wurde verstärkt Augenmerk auf die Durchführung von Abnahme- und Konstanzprüfungen gelegt. Als akkreditierte Prüfstelle wurden in dem Fachbereich Radiologie und Elektromedizin zahlreiche Gutachten und Prüfberichte erstellt. Im Rahmen der Überwachungstätigkeit von strahlenexponierten Personen sind ca. 100.000 Personendosimeter von Krankenanstalten, Radiolog/innen, Zahnärzt/innen und Gewerbebetrieben ausgewertet worden.

Die Organisation und Durchführung der **Heimaufsicht** wurde Ende 2003 in das Dezernat II eingegliedert.

Begutachtungen

Durch Amtssachverständige verschiedener medizinischer Fachrichtungen werden sowohl für Behörden I. als auch II. Instanz medizinische Sachverständigengutachten entsprechend dem Standard zertifizierter Gerichtsgutachter erstellt.

In der **Amtsärztlichen Begutachtungsstelle** wurden im Jahre 2003 insgesamt 7.318 Begutachtungen durchgeführt, in deren Rahmen zusätzlich insgesamt 2.089 diverse Laborparameterbestimmungen vorgenommen wurden. Weiterhin dominieren zahlenmäßig die Überprüfungen der Dienstfähigkeiten. Das Jahr 2003 stand vor allem im Zeichen der Vorarbeiten für die unmittelbar bevorstehende Implementierung einer neuen EDV-Software auf ELAK-Basis. Seit Jänner 2003 werden im Auftrag der MA 20 Untersuchungen zwecks Niederlassungsbewilligung – Ausnahme von Integrationsvereinbarungen durchgeführt. Die zweitinstanzlichen Begutachtungen nach § 2 Abs. 1 Behinderteneinstellungsgesetz liefen aus.

Im Jahr 2003 wurden im Referat VI/2 insgesamt 1.443 **neuro-psychiatrische** bzw. **psychologische Begutachtungen** durchgeführt, wobei nach wie vor die Beurteilung der Arbeits- bzw. Dienstfähigkeit im Vordergrund der Anfragen steht, aber auch Untersuchungen mit anderen Fragestellungen durchgeführt wurden.

In den Wiener Schulen werden projektbezogen prophylaktische Reihenuntersuchungen durch Fachärzt/innen für Orthopädie durchgeführt. Diplomsozialarbeiter/innen sind weiterhin im Verbindungsdienst zu den Sonderschulen für körperbehinderte Kinder sowie zu den orthopädischen Spitalsabteilungen tätig. Ebenso besteht ein therapeutisches Betreuungsangebot für die Kinder der Sonderschulen für Körperbehinderte.

Im Rahmen des Wiener Pflegegeldgesetzes wurden 4.901 Begutachtungen für die Einstufung der Antragsteller in einer der im Gesetz vorgesehenen 7 Pflegegeldstufen durchgeführt. Weiters wurden 163 ausführliche schriftliche Stellungnahmen im Rahmen des Parteiengehörs verfasst.

Die Arbeit der **Jugendzahnkliniken der Stadt Wien** dient der Verhütung von Zahnkaries und der Gesunderhaltung der Zähne schon im Kindesalter. Sie erfüllen Aufgaben sowohl auf dem Gebiet der Vorsorgemedizin (Zahnputzunterricht, Zahnfleischbehandlungen) als auch der kurativen Medizin (vor allem Füllungen, Extraktionen, Wurzelbehandlungen, Operationen in Narkose, Zahnregulierungen). Im Berichtsjahr wurden 7.454 konservierende chirurgische Behandlungssitzungen und 5.976 kieferorthopädische Behandlungssitzungen durchgeführt.

Bezirksgesundheitsämter (BGÄ)

In den 19 Bezirksgesundheitsämtern – bzw. ab September 2003 18 Bezirksgesundheitsämtern durch Zusammenlegung des BGA 2 mit dem BGA 20 – wurden im Berichtsjahr ca. 104.000 Impfungen verabreicht und rund 56.000 Suchtgiftdauerverschreibungen vidiert. In 133 selbständigen Ambulatorien wurde von den Amtsärzt/innen eine sanitäre Aufsicht nach dem Krankenanstaltengesetz und knapp 370 Überprüfungen nach dem Strahlenschutzgesetz in Ordinationen und Ambulatorien durchgeführt.

Gesundheits- und Spitalswesen

Im Rahmen der Meldepflicht für Infektionskrankheiten nach dem Epidemiegesetz wurden rund 4.800 Anzeigen bearbeitet und in umwelthygienischen Fragen ebenfalls knapp 3.500 Anfragen beantwortet. Der seit 1971 etablierte **Wiener Grippemeldedienst** wurde auch im Berichtsjahr unter Mitwirkung von etwa 30 Meldepraxis-Ärzt/innen in Zusammenarbeit mit der Wiener Gebietskrankenkasse und dem Stadtschulrat für Wien weitergeführt. In der **Impfstelle für Auslandsreisende** erhielten rund 30.000 Personen ca. 42.000 Impfungen (vorwiegend Reiseimpfungen). Für Malaria-Prophylaxe und Notfallstherapie wurden 5.600 Rezepte ausgestellt.

Ein Hauptgebiet des **Instituts für Umweltmedizin der Stadt Wien** ist die Durchführung von Wasseruntersuchungen (Trink-, Grund- und Oberflächenwasser, stehende und fließende Gewässer, Badewasseruntersuchungen, Abwässer, Klärschlämme, Dialysewässer, Injektabilia nach AMG, etc.). Außerdem arbeitet es in den Bereichen Radiologie, Schwermetallanalytik, Toxikologie, Legionellen-, Salmonellen- und Tuberkulosediagnostik, Umweltvirologie, Krankenhaushygiene sowie Sterilisatorenüberprüfung. Das Institut befindet sich im organisatorischen Umbruch und bereitet sich auf die logistisch und planerisch anspruchsvolle Übersiedlung in Räume im Arsenal vor.

Gesundheitsdienste

Die MA 15 leistete wie jedes Jahr ihren Beitrag zu Agenden des **Krisenmanagements** der Stadt Wien.

Zur **Gesundheitsvorsorge für Erwachsene** werden Vorsorgeuntersuchungen für Personen ab dem vollendeten 19. Lebensjahr nach dem so genannten „Wiener Programm" an Untersuchungsstellen und in Betrieben angeboten. Die Vorsorgeuntersuchungen für Betriebe und das seit 2001 bestehende Angebot der „aufsuchenden Vorsorgeuntersuchung für Magistratsabteilungen" verzeichnen weiterhin sehr hohe Akzeptanz.

Die Tätigkeit der **Wiener Gesundheitsberatung** beruht auf den 3 Säulen: Information, Multiplikation und Kanalisation. Die Stelle ist als Informationsdrehscheibe konzipiert mit der Möglichkeit der Erstberatung zu Gesundheitsthemen mit den Schwerpunkten Rauchen, Ernährung, Wetterfühligkeit, Pollenallergie, Stress und Umweltreize.

Die Leistungen zur **Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind** beinhalten vor allem den ärztlichen Dienst an den Elternberatungsstellen der MA 11, Entwicklungsdiagnostik, Familienhebammen, Seh- und Hörtests bei Kindergartenkindern, Begutachtungen bei Antrag auf den Bezug von Pflegegeld bei Kindern, die sanitäre Aufsicht über Kindertagesheime und Kinderheime und den ärztlichen Dienst in den Kindertagesheimen der Stadt Wien.

Der **Schulärztliche Dienst** an den Wiener öffentlichen Pflichtschulen und den Wiener Berufsschulen bietet Betreuung der Schüler/innen mit den Schwerpunkten Untersuchung, Impfung und Beratung. Das ärztliche Beratungs- und Betreuungsangebot, z. B. der Elternberatungsstellen oder des schulärztlichen Dienstes, gilt der medizinisch und psychohygienischen Prophylaxe im Kindes- und Jugendalter. Durch die Zusammenarbeit mit anderen Magistratsabteilungen und Einrichtungen gelingt es, auch soziale Randgruppen zu erreichen, wodurch die gesundheitliche Basisbetreuung dieser Alters- und Zielgruppe sichergestellt wird.

Pflege und Betreuung (MA 47)

Die Abteilung ist Teil des Gesundheitswesens und für die Bereitstellung gesundheitlicher, pflegerischer und sozialer Hilfe für pflege- und betreuungsbedürftige Personen aller Altersgruppen zuständig. Naturgemäß liegt der Schwerpunkt bei den älteren Wiener/innen. Rechtliche Grundlage sind das Wiener Sozialhilfegesetz (WSHG) und das Wiener Heimhilfegesetz (WHHG). Das WSHG normiert einen Rechtsanspruch der Pflege im Rahmen der Sicherung des Lebensbedarfs und das Angebot und die Organisation Sozialer Dienste als Kannleistung im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung des Sozialhilfeträgers. Mit beiden Aufgaben ist die Abteilung nach der Geschäftseinteilung betraut. Insgesamt hat die Abteilung im Jahr 2003 rund 395 Mio. EUR netto aufgewendet. Die Budgetverantwortung bedingt die strategische Steuerung der verschiedensten Pflege- und Betreuungsdienste. Die zur Verfügung gestellten Mittel werden den politischen Vorgaben entsprechend verteilt. Die Durchführung der Leistung obliegt weitgehend privaten Wohlfahrtsorganisationen, die über Vertragsverhältnisse mit der Abteilung verbunden sind und die für die von der Abteilung beauftragten Leistungen Kostenersätze erhalten. Eine Kernaufgabe der Abteilung besteht darin, den Bedarf der Pflege- und Betreuungsbedürftigen im Einzelfall zu prüfen, zu beraten, im Sinne der Selbsthilfe anzuleiten und die Leistungen dem Bedarf entsprechend zu organisieren. Diese Kernaufgabe wurde den Servicebereichen der Abteilung, dem **Sozialruf Wien**, der **Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime** und den **Gesundheits- und Sozialzentren** übertragen.

Die Abteilung bietet aber auch selbst Pflege und Betreuung mit eigenem Personal an. Die Eigenleistung betrifft den Bereich der medizinischen Hauskrankenpflege, die entsprechend den Bestimmungen des ASVG auf der Basis eines Vertrages mit den Krankenversicherungsträgern erbracht wird. Weiters werden von der Abteilung Geriatrische Tageszentren betrieben.

Darüber hinaus wurde eine für Akutmaßnahmen zuständige Vorfeldorganisation aufgebaut, um kurzfristig – insbesondere bei Gefahr im Verzug – Dienstleistungen schon vor der regulären Pflege und Betreuung anbieten zu können. Die **Bedarfsprüfung** und **Vorfeldorganisation** der Hilfeleistungen erfolgen dezentral. Anlaufstellen sind die jeweils für durchschnittlich rund 150.000 Einwohner zuständigen Gesundheits- und Sozialzentren, welche die Beratung, Bedarfsprüfung und Erstversorgung organisieren. Darüber hinaus

werden in den Gesundheits- und Sozialzentren eine Reihe von Bezirks- und Regionsaktivitäten gesetzt, um dem spezifischen, demografisch bedingten Bedarf entsprechen zu können. Das WHHG regelt den Betrieb der Heimhilfe, welche durch private Organisationen angeboten wird. 96 Prozent aller in dieser Form erbrachten Heimhilfeleistungen werden durch die Abteilung beauftragt. Zusätzliche Arbeitsschwerpunkte aus der Sicht der Gesamtabteilung ergaben sich im Jahr 2003 aus der Strukturreform „Soziale Sicherheit in Wien" und der in diesem Zusammenhang geplanten Umgestaltung der Abteilung zur MA 15 A sowie durch die Kontrollamtsprüfung der Gesundheits- und Sozialzentren.

Die Gesundheits- und Sozialzentren (GSZ)

Gesundheits- und Sozialzentrum	Klient/innen 2003
Innere Stadt/Leopoldstadt/Brigittenau	2.933
Favoriten	3.497
Geibelgasse	2.979
Ottakring/Hernals	2.375
Meidling/Hietzing/Liesing	2.898
Erdberg/Simmering	2.065
Donaufeld	3.178
9/18/19	2.080

In Betrieb sind sieben GSZ für die Bezirke 1, 2 und 20, die Bezirke 3 und 11, die Bezirke 4, 5 und 10, die Bezirke 6, 7, 14 und 15, die Bezirke 8, 16 und 17, die Bezirke 12, 13 und 23 und die Bezirke 21 und 22. Das GSZ für die Bezirke 9, 18 und 19 ist in Planung.

Geriatrische Tageszentren

Im Mai 2003 wurde mit dem Geriatrischen Tageszentrum in Favoriten die siebente derartige Einrichtung der Stadt Wien in Betrieb genommen. Damit können in den Tageszentren der Abteilung pro Monat mehr als 550 Personen betreut werden (gemeinsam mit den privaten Trägern geriatrischer Tageszentren rund 914). Neben den sieben Zentren der Stadt Wien stehen den Wiener/innen noch zehn von privaten Trägern geführte und durch die Stadt Wien geförderte Geriatrische Tageszentren zur Verfügung. Gemeinsam wurde eine **Werbekampagne** für sämtliche Tageszentren in Wien initiiert. Dafür konnten prominente Vertreter von Kunst und Kultur wie Dagmar Koller, Prof. Hademar Bankhofer und Karl Merkatz gewonnen werden.

Fachbereich Sozialarbeit

Im Zusammenhang mit der Prüfung des Kontrollamts, den Erhebungen im Zuge der Strukturreform und der Studie zur Sozialarbeit an Krankenanstalten konzentrierten sich die Gespräche und Berichte auf die Reflexion und Darstellung der Entwicklungen des Fachbereichs in den letzten Jahren bzw. auf Diskussionen zu notwendigen strukturellen Veränderungsprozessen. Auswertungen zum Kontaktbesuchsdienst 2001 und 2002 wurden erstellt und mit Kooperationspartnern hinsichtlich der Bedarfslagen älterer Menschen diskutiert. Zu Klient/innen in Geriatriezentren wurden Auswertungen erstellt und dabei erstmals besachwalterte Klient/innen erfasst. Das WHO-Projekt „Aktiv ins Alter", ein eng mit den GSZ kooperierendes Vernetzungsprojekt in drei Wiener Bezirken, wurde in seiner Entwicklung unterstützt.

Fachbereich Pflege

Dem Fachbereich Pflege obliegt die fachliche Aufsicht, die strategische Planung und die Entwicklung und Einführung von Konzepten, um den Klient/innen bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Altersgebrechen ein Verbleiben in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen. Ziel ist es auch, wienweit eine einheitliche Qualität der Leistungen sicherzustellen. Das Caremanagement ist



Die Wiener Tageszentren initiierten eine breit angelegte Werbe- und PR-Kampagne, die von prominenten Persönlichkeiten unterstützt wurde.

durch das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) und nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) geregelt. Das Casemanagement ist nach dem Wiener Sozialhilfegesetz (WSHG) geregelt und beinhaltet die Beauftragung und Qualitätskontrolle der privaten Wohlfahrtsorganisationen. Im Jahr 2003 wurde eine vereinheitlichte Klientendokumentation eingeführt und die ersten Schritte in der mobilen Datenerfassung wurden eingeleitet.

Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime

Die Bearbeitungsschritte der Anträge zur Gewährung von Pflege gemäß § 15 WSHG wurden dem Bedarf der kurzfristigen Aufnahme nach Antragstellung angepasst. Um der verkürzten Zeit der Bearbeitung zwischen Antragstellung und Aufnahme gerecht werden zu können, wurden ablauforganisatorische Schritte zur Entwicklung eines Front-Offices (intensive Betreuung des Parteienverkehrs mit Bearbeitung der Anträge) und eines Back-Offices (konzentrierte Bearbeitung der Anträge ohne Parteienverkehr und telefonische Auskunft und Beratungsgespräche) gesetzt.

Ein weiterer kund/innenorientierter Schritt ist die Entwicklung eines Zugangs zur **Antragstellung per Internet**. Der Kunde/die Kundin hat die Möglichkeit, ohne ein Amt aufsuchen zu müssen, alle erforderlichen Informationen betreffend die Antragstellung und die Leistungen der Abteilung im Internet zu erfahren und den Antrag auf Gewährung von Pflege gemäß § 15 WSHG online zu stellen (http://www.magwien.gv.at/ma47/heime.htm).

Rechtsbüro

Im Vorfeld von Anträgen auf Gewährung von Hilfe wurden im Jahr 2003 ca. 900 telefonische Auskünfte erteilt. Ungefähr 500 mündliche, schriftliche und telefonische Stellungnahmen betrafen primär Probleme der örtlichen Zuständigkeit, pfandrechtliche Sicherstellungen, Bewertung von Liegenschaften, Fruchtgenussrecht, Ausgedinge und Indexberechnungen. Das Rechtsbüro hat die Abteilung bei Zivil- und Strafgerichten 11-mal vertreten und anwaltschaftlich 13 Klagen eingebracht. 34 Vorstellungen gegen Mandatsbescheide wurden bearbeitet. Seitens des Rechtsbüros wurden 900 Verlassenschaften von den in privaten Pflegeheimen aufhältig gewesenen Personen in Evidenz gehalten und bei 250 der Rückersatz eingefordert. 28 Vergleiche wurden abgeschlossen.

Aufsicht über Wohn- und Pflegeheime

Das WSHG verpflichtet den Sozialhilfeträger zur Aufsicht über Wohn- und Pflegeheime. Die Aufsicht ist dahingehend auszuüben, dass die Wohn- und Pflegeheime nach Führung und Ausstattung den technischen, organisatorischen, personellen und hygienischen Erfordernissen einer fachgerechten Sozialhilfe entsprechen. Diese Aufgabe wurde bis 25. September 2003 von der Abteilung wahrgenommen. Aufgrund des Erlasses des Magistratsdirektors vom 25. September 2003 fällt dieser Tätigkeitsbereich nunmehr in den Aufgabenkatalog der MA 15. Seitens der Abteilung wurden bis zum oben genannten Stichtag 64 Überprüfungen in Wohn- und Pflegeheimen sowie städtischen Geriatriezentren durchgeführt.

Weiters ist die Teilnahme an einer Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Heimgesetzes und einer in diesem Zusammenhang zu erlassenden Verordnung anzuführen. In Besprechungen seitens des Bundes betreffend das In-Kraft-Treten eines Heimaufenthaltsgesetzes und eine Novellierung des Konsumentenschutzgesetzes (Heimvertragsgesetz) war die Abteilung ebenfalls eingebunden.

Qualitätssicherung der externen Sozialen Dienste

Die Beauftragung der privaten Wohlfahrtsorganisationen im Einzelfall muss durch die Sicherstellung der Qualität der Leistung der privaten Träger ergänzt werden. Die wichtigste Handhabe dazu ist das Wiener Heimhilfegesetz (WHHG), das u. a. zwingend eine Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter/innen dieser Berufsgruppe vorsieht. Darüber hinaus gibt das Gesetz die Möglichkeit für eine organisatorische und fachliche Überprüfung, insbesondere der Qualifikations- und Fortbildungsnachweise und der Betriebsmittel. 2003 wurden in diesem Zusammenhang 16 Heimhilfeeinrichtungen und neun Aus- und Fortbildungsbetriebe überprüft.

Finanz und Verrechnung

Dieser Bereich gliedert sich, neben dem für allgemeine Finanzfragen zuständigen Teil, in je einen speziellen Bereich Controlling und Verrechnung für die ambulanten Pflegeeinrichtungen einerseits und die stationären Dienste andererseits. Das Budgetvolumen der Abteilung lag 2003 bei 395 Mio. EUR Ausgaben und 158 Mio. EUR Einnahmen.

Controlling, Leistungs- und Beitragsverrechnung stationärer Dienste

Im Bereich Controlling, Leistungs- und Beitragsverrechnung stationärer Dienste wird die Verrechnung städtischer und privater Wohn- und Pflegeheime durchgeführt. Mit dem EDV-Programm „KVS" (Klientenverrechnungssystem) werden alle Kostenbeiträge automatisiert verrechnet und über die Buchhaltung vorgeschrieben. Für die Kund/innen bedeutet dies eine rasche Bearbeitung und eine hohe Qualität der Rechnungslegung. Durchschnittlich befinden sich 5.100 Kund/innen pro Tag in den Wiener Städtischen Pflegeheimen, wobei auf Grund der Bettenreduktion die Tendenz abnehmend ist und im Dezember 2003 bereits weniger als 5.000 Personen betreut wurden. Für 2004 ist geplant, dieses neue Verrechnungsprogramm auch für die privaten Heime einzusetzen. 2003 wurden in 38 privaten Wohn- und Pflegeheimen durchschnittlich für 1.800 Patient/innen Kostenzuschüsse geleistet. Im Institut Haus der Barmherzigkeit wurden im Durchschnitt 450 Patient/innen betreut und erhielten Zuschüsse. Durchschnittlich 350 Wiener/innen befanden sich

in Wohn- und Pflegeheimen in den Bundesländern. In den 32 Häusern des Kuratoriums Wiener Pensionisten-Wohnhäuser wurden durchschnittlich 140 Personen Zuschüsse für die Betreuungsstation gewährt.

Controlling, Leistungs- und Beitragsverrechnung ambulanter Dienste

Im Jahr 2003 haben zwölf Organisationen soziale Dienste im Auftrag der Stadt Wien erbracht. Es wurden u. a. folgende Dienste angeboten: Heimhilfe und Hauskrankenpflege, Reinigungsdienst, Besuchsdienst sowie Kinderbetreuung mit insgesamt rund 4.421.300 Betreuungsstunden. Dazu kommen noch rund 8.900 Zustellungen für die Wäschepflege und rund 1.208.000 Zustellungen von Essen auf Rädern. Insgesamt konnten 21.900 Personen mit sozialen Diensten betreut werden.

SozialRuf Wien – 533 77 77

Der SozialRuf Wien bietet telefonische Erstberatung in Problemsituationen an. Er veranlasst Hilfsmaßnahmen wie z. B. den Einsatz sozialer Dienste und pflegerische Notversorgung. Weitere mögliche Hilfen sind sozialarbeiterische Beratung und Akutintervention sowie telefonische Krisenintervention für Menschen in akuten Lebenskrisen. Im Jahr 2003 wurden ca. 52.600 Telefonate geführt. Das Internetservice **sozialinfo.wien.at – Hilfe von A-Z** wurde 2003 995.000 abgefragt, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 300 Prozent.

Stabsstelle Fort- und Weiterbildung

Die Stabsstelle Fort- und Weiterbildung hat im Rahmen der Wissenszielsetzung in der Abteilung für 2003 den Schwerpunkt auf das Thema **Mitarbeiter/innenorientierungsgespräch (MOG)** gelegt. 90 Prozent der betroffenen Mitarbeiter/innen wurden inhaltlich geschult und alle Führungskräfte absolvierten ein zweitägiges MOG-Training. Zur Unterstützung wurden Anpassungsfortbildungen, Erhaltungsfortbildungen und Spezialfortbildungen angeboten und durchgeführt. Als Erstmaßnahme und als Vorbereitung auf die PC-gestützte Pflegedokumentation wurden für die Mitarbeiter/innen standardisierte EDV-Schulungen organisiert.

Stabsstelle EU-Förderangelegenheiten

Die Leitung des Projekts **„Europäische Sozialdatenbank"** (auf Basis der sozialinfo.wien.at-Seiten) im Rahmen des eContent-Programms der EU bildete den Schwerpunkt der Tätigkeit. Neun Wiener und europäische Partner arbeiteten an dem Projekt mit. Darüber hinaus vertrat die Stabsstelle die Abteilung in drei Entwicklungspartnerschaften der Gemeinschaftsinitiative Equal: „Integrations Info Service" (Entwicklung eines Arbeitsfeldes für Migrant/innen im Bereich muttersprachlicher Beratung älterer Menschen), „Arbeitsfähigkeit erhalten für Individuen, Organisationen und Unternehmen" (Durchführung eines Pilotprojekts im Rahmen des Moduls „Berufliche Gesundheitsförderung in der Mobilen Pflege und Betreuung") und „Wohnen und Arbeiten" (Entwicklung der Arbeitsfelder Hausbetreuung und Hausmanagement). Im INTERREG–Programm wurde unter Koordination der MA 15 weiter am Gesundheitsnetzwerk Wien-Bratislava gearbeitet. Die Mitarbeit im Social Welfare Committee des Städtenetzwerks EUROCITIES ermöglichte auch 2003 grundlegende Einblicke in europäische Sozialprogramme und die Herstellung einer Verbindung zur sozialen Praxis in Wien. Im Oktober organisierte die Stabsstelle ein Meeting des **Social Welfare Committees** im Wiener Rathaus, an dem ca. vierzig Politiker/innen und Mitarbeiter/innen aus europäischen Großstädten teilnahmen.

Stabsstelle Planung, Projektorganisation und PR

Die Abteilung präsentierte sich im Berichtsjahr an 27 öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen. Rund um die beiden großen Seniorenmessen „Senior Aktuell" (im März) und „Wiener Herbstseniorenmesse" (im November) wurden **Anzeigenkampagnen** geschaltet. Darüber hinaus wurde gemeinsam mit den privaten Trägern von geriatrischen Tageszentren eine Imagekampagne für Tageszentren durchgeführt. Im Dezember wurde die Abteilung durch eine unabhängige Fachjury in der Kategorie „beste Kommunikationsstrategie" für den PR-Star 2003 nominiert.

Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien (MA 70)

Bauliche Maßnahmen zur Erhaltung und Modernisierung der Wiener Rettungsstützpunkte

- Der Ausbau und die Generalsanierung der Rettungsstation Penzing wurde beendet. Die feierliche Eröffnung durch die amtsführende Stadträtin und die Bezirksvorsteherin fand am 29. Oktober 2003 statt. Dieses für den Westen Wiens wichtige Vorhaben konnte innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens und mit einer erheblichen Kosteneinsparung von ca. 540.000 EUR abgewickelt werden.
- Die Bauvorbereitung für die Zusammenlegung der Rettungsstation Hernals und der benachbarten Sanitätsstation 17 mit Gesamtkosten von 3.915.000 EUR wurde abgeschlossen. Baubeginn ist der 1. März 2004.
- Die Planung für die Erneuerung und Erweiterung der einsatzstärksten Rettungsstation der MA 70 – Mariahilf (rund 20.000 Einsätze pro Jahr) wurde gemeinsam mit der MD-BD und der MA 34 als „Mitbenutzer" (zwei Geschosse) fortgesetzt.
- In der Station Brigittenau und im Hauptgebäude der Rettungszentrale wurde die Brandschutzsituation verbessert.

Wesentliche Investitionen zur Erhaltung und Verbesserung des Rettungsbetriebes

Der **Fuhrpark** ist für den Rettungsbetrieb der wichtigste Bereich. Aus diesem Grund werden alljährlich die ältesten Fahrzeuge ausgeschieden und durch Fahrzeuge der neuesten Technik ersetzt. Im Berichtsjahr wurden sieben Fahrzeuge angeschafft und den speziellen Erfordernissen angepasst.

Für die neuen Rettungsfahrzeuge wurde das dazugehörige **medizinische Inventar** angeschafft. Jene Gegenstände, die einer starken Abnutzung unterliegen, wie z. B. Tragbahren, Taschen, Koffer, Beatmungsbeutel, Stethoskope und Blutdruckmessgeräte wurden ersetzt. Weiters wurden fünf Beatmungsgeräte, vier Defibrillatoren und neun Absauggeräte der neuesten Gerätegeneration angeschafft, wobei bei der Anschaffung dieser Geräte ein besonderes Augenmerk hinsichtlich der einheitlichen Ausstattung aller Fahrzeuge gelegt wurde.

Weitere Investitionen erfolgten am **Einrichtungssektor**: Schwerpunkt im Berichtsjahr war die Einrichtung der neuen Rettungsstation Penzing. Die Rettungsstation wurde in allen Bereichen neu ausgestattet.

Eine erwähnenswerte Investition ist der Ersatz von fünf Hebebühnen in der betriebseigenen Kfz-Werkstätte. Der Ersatz wurde erforderlich, da die alten Hebebühnen nicht mehr den technischen Standards entsprachen.

Durch die Übersiedlung der Bereiche Materialmagazin, Wäschemanipulation und Näherei auf eine ehemalige, nun aufgelassene Sanitätsstation wurde auch hier eine teilweise Erneuerung der Einrichtung erforderlich. Vor allem die Regalanlagen zur Lagerung der diversen Waren wurden neu angeschafft.

Weitere Investitionen wurden zur Verbesserung der **EDV-Ausstattung** der MA 70 getätigt.

Allgemeines

Die MA 70 konnte im vergangenen Jahr 158.294 Einsätze verzeichnen. Das sind um 3 Prozent mehr als im Jahr 2002.

Der NAH (Notarzthubschrauber) „Christophorus 9", der gemeinsam vom ÖAMTC und der MA 70 für den Wiener Raum und Teilen des nordöstlichen Niederösterreichs betrieben wird, hatte 1.329 Einsätze verzeichnet, was einer Steigerung von 36 Prozent gegenüber dem Jahr 2002 entspricht.

Das Raum- und Funktionsprogramm für die Errichtung der neuen Notrufeinsatzleitstelle „144" (LENA) für Wien wurde mit voraussichtlichen Gesamtkosten von ca. 8,1 Mio. EUR inklusive Mehrwertsteuer genehmigt. Erstmalig wurden am 1. Oktober 2003 zehn Zivildiener zur Entlastung des Einsatzpersonals aufgenommen.

Mit dem In-Kraft-Treten des Sanitätsgesetzes am 1. Juli 2002 war die MA 70 gezwungen, ihre bisherige Schule zu einem Ausbildungszentrum zu erweitern. Dadurch konnten folgende Aus- und Weiterbildungen durchgeführt werden: Es wurden

- 50 neue Rettungssanitäter ausgebildet,
- zwei gesetzliche Berufsmodule abgehalten,
- 280 Sanitäter gesetzlich fortgebildet,
- 100 Notfallsanitäter gesetzlich übernommen,
- 35 Praxisleiter ausgebildet,
- 20 Abende Hörsaalveranstaltungen für Notärzt/innen und Sanitätspersonal veranstaltet,
- acht Psychologentage des ABW-Teams abgehalten.

Weiters wurden 165 externe Erste-Hilfe-Kurse an 329 Tagen mit ca. 2.650 Teilnehmern abgehalten. Teilnehmer/innen waren Ersthelfer des Magistrats, der Messe AG, des Konzerthauses, der Austrocontrol, der Therme Oberlaa, der Wiener Berufsfeuerwehr sowie UNO-Mitarbeiter und diverse Krankenpflegeschulen.

Die MA 70 hat auch am ÖNK-Kongress im AKH sowie an diversen anderen Veranstaltungen (Nationalfeiertag, Donauinselfest, Strohzeit u. v. m.) teilgenommen.

Magistratsabteilung für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion (MA-L)

Im Berichtsjahr 2003 hat die MA-L im Rahmen des Kontraktmanagements der Stadt Wien zum ersten Mal einen **Leistungskontrakt** für das Jahr 2004 abgeschlossen. Als strategische Grundsatzabteilung definierte die MA-L ihre spezifischen Ziele, die als solche von der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales, Frau Prim. Dr. Pittermann-Höcker, als Geschäftsgruppenziele übernommen wurden, wie folgt: Ausbau der medizinischen Koordination im Rahmen des Katastrophenmanagements der Stadt Wien, Modernisierung und Aufwertung der Ausbildung der Amtsärzt/innen und Erweiterung des Wissensmanagements im medizinisch-fachlichen Bereich.

Die Wiener Landessanitätsdirektion war auch 2003 schwerpunktmäßig mit der Planung zur Bekämpfung des Bioterrorismus (hauptsächlich Pocken) sowie mit Aufgaben der medizinischen Koordination zur Bewältigung von Seuchengeschehen befasst. Im Jahr 2003 wurde die Welt mit einer neuen, bis dahin unbekannten Seuche, dem **S**chweren **A**kuten **R**espiratorischen **S**yndrom **(SARS)** konfrontiert. Die Krankheit nahm ihren Anfang in China und fand von dort in kürzester Zeit ihren Weg in 32 Länder auf fünf Kontinenten. Bei mehr als 8.000 Menschen wurde die neue Krankheit SARS diagnostiziert und es starben daran fast 800. Als der erste Fall in Europa (Deutschland) bekannt wurde, reagierten die Gesundheitsbehörden mit prompten Maßnahmen: So war in Wien die MA-L von der ersten Stunde an maßgeblich in die Koordination der Bekämpfung eingebunden. Auch mit Plänen zur Bekämpfung einer möglichen Influenza-Pandemie war die MA-L im Berichtsjahr intensiv befasst.

Nach eineinhalbjähriger Pausierung des Wiener Physikatskurses, der als Qualifikation für eine bleibende Anstellung der Ärzte im öffentlichen Sanitätsdienst erforderlich ist, wurden der MA-L im Jahr 2003 die Physikatsbelange zugeteilt. Die Wiener Landessanitätsdirektion erstellte im Berichtsjahr neue Strukturen, soweit es die dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen zuließen. Die Vorarbeiten zur Erreichung dieser Zielvorgaben erstreckten sich über das Ende des Berichtsjahres hinaus.

In ihrer Funktion als Wiener Landessanitätsdirektorin ist die Abteilungsleiterin Mitglied des **Landessanitätsrates für Wien** (LSR) und fungiert seit Jahren auch als Vorsitzende dieses Gremiums. Im Berichtsjahr fanden neun Sitzungen des LSR statt, in denen die Mitglieder des LSR über 21 neu zu besetzende Primariate berieten und jeweils ein abschließendes Gutachten mit einer Reihung der Bewerber/innen erstellten. Als Vorarbeit führte die Landessanitätsdirektorin 88 Vorstellungsgespräche mit Bewerber/innen durch. Zusätzlich wurden in drei Sitzungen des LSR zu aktuellen Gesundheitsthemen Empfehlungen an den Herrn Landeshauptmann abgegeben: Die Zunahme Methicillin-resistenter Staphylokokken (MRSA) und mögliche Gegenmaßnahmen sowie Themen zu geriatri-schen Fragestellungen wurden behandelt. In einer eigenen LSR-Arbeitsgruppe „Geriatrie" wurde auch eine Stellungnahme zum Entwurf für ein neues Wiener Heimgesetz ausgearbeitet und Empfehlungen abgegeben.

Das **Gremium der Landessanitätsdirektoren** tagte sieben Tage lang in drei Konferenzen, bei denen über 60 Beratungsthemen behandelt wurden. Darüber hinaus fanden im Berichtsjahr zwei außertourliche Sitzungen der Landessanitätsdirektoren im Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (BMGF) statt, wo das Thema „Schutzmaßnahmen vor bioterroristischen Anschlägen" und der so genannte **„Pockenalarmplan"** erörtert wurden. In einem bundesweiten Pockenalarmplan, der schließlich in den Sitzungen im BMGF gemeinsam mit zahlreichen Spezialisten unter Einbeziehung der Landessanitätsdirektoren aller Bundesländer ausgearbeitet wurde, sind den Bundesländern wichtige Aufgaben übertragen worden. Diese Vorgaben wurden von der MA-L im Rahmen der Koordination des medizinischen Katastrophenmanagements auf der Wiener Landesebene umgesetzt.

In ihrer **Beratungstätigkeit in wichtigen das Land Wien betreffenden Gesundheitsfragen** hat die MA-L im Berichtsjahr insgesamt 235 Themen behandelt. Wie eingangs erwähnt, lag der Schwerpunkt der Themen sowohl hinsichtlich der Wichtigkeit als auch hinsichtlich der dafür investierten Zeit und personellen Ressourcen in den Bereichen **„Bekämpfung von Bioterrorismus"** und **„Seuchengeschehen"**. Dabei wurde die strategische Beratungstätigkeit durch operative Koordinationsmaßnahmen ergänzt und über die Initiativen der Abteilung hinausgehend auch Aufträge des BMGF erfüllt. Bei den Planungsarbeiten zur Bekämpfung der Pocken (eine Krankheit, die derzeit weltweit ausgerottet ist, aber als bioterroristisches Bedrohungsszenario, insbesondere im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg, eine mögliche ernst zu nehmende Gefahr darstellt), nahm die Wiener Landessanitätsdirektion ihre Rolle als zentrale Koordinationsstelle einerseits mit dem Gesundheitsressort auf Bundesebene und andererseits mit den Einrichtungen auf Landesebene wahr.

Die Wiener Landessanitätsdirektion organisierte und leitete landesinterne Arbeitsgruppensitzungen zum Thema Pocken, die die gezielte Lösung der spezifischen landesinternen Aufgaben zum Ziel hatten. Im Lichte der Herausforderung, die Weiterverbreitung dieser schweren Erkrankung im Falle ihres Wiederauftretens zu verhindern, wurden dabei sämtliche Aspekte des Probentransports zu geeigneten Laboreinrichtungen und des Patiententransports geklärt. Es wurden auch die Krankenanstalten für die Behandlung von Pockenverdachtsfällen festgelegt, wobei vor allem auf die Erfahrung der jeweiligen Einrichtung im Umgang mit infektiösen Patient/innen und auf das Vorhandensein von entsprechender Schutzausrüstung für das Personal geachtet wurde. Impflogistik und Zielgruppen für die Impfung wurden erörtert. So genannte **Diagnoseteams**, bestehend aus jeweils einem Dermatologen, einem Facharzt für Kinder- und Jugendheilkunde und einem Amtsarzt, die Verdachtsfälle noch vor Ort abklären, wurden von der Wiener Landessanitätsdirektion rekrutiert und ihre Erreichbarkeit sichergestellt.

Die Durchführung der Pockenimpfung, die auch noch Kontaktpersonen von Pockenpatient/innen vor der Erkrankung schützen kann, setzt auf Grund eines spezifischen Nebenwirkungsprofils, einer Vielzahl an Kontraindikationen und einer sonst nicht gebräuchlichen Impftechnik ein ganz spezielles Wissen voraus. Da die Impfung in den letzten Jahrzehnten durch die Ausrottung der natürlichen Pocken nicht mehr notwendig und deshalb ausgesetzt worden war, mussten nunmehr die entsprechenden Kenntnisse der Ärzteschaft aufgefrischt werden. Die Wiener Landessanitätsdirektion führte zu diesem Zweck drei Schulungen zum Thema „Pocken und Pockenimpfung inklusive Impftechnik" mit Vorträgen von anerkannten Experten durch, die von insgesamt 94 Ärzt/innen, darunter 64 Amtsärzt/innen besucht wurden. Daneben wurden von der MA-L eigens erstellte Ablaufpläne und Listen für den behördlichen Gebrauch laufend dem aktuellen Stand angepasst. Die MA-L war somit als Drehscheibe zwischen dem BMGF und dem Land Wien und durch den Kontakt zu den Landessanitätsdirektionen der anderen Bundesländer maßgeblich am Zustandekommen des nationalen Pockenalarmplanes beteiligt und hat auch nachhaltig die Erledigung der sich daraus für das Land Wien ergebenden Aufgaben verfolgt.

Eine große Herausforderung stellten im Berichtsjahr auch die Maßnahmen dar, die auf Grund der befürchteten Einschleppung der eingangs erwähnten Seuche SARS notwendig wurden. Die Wiener Landessanitätsdirektion steuerte dazu das Ablaufdiagramm für die Vorgangsweise bei Auftreten eines SARS-Verdachtsfalles bei, das allen relevanten magistratsinternen und -externen Stellen zur Verfügung gestellt wurde. Auch in einer Sitzung am Flughafen Wien Schwechat, in der die dort zu treffenden Maßnahmen erörtert wurden, konnten nicht nur die Vorkehrungen Wiens eingebracht werden, sondern auch die Bedeutung eines raschen Informationsaustausches zwischen den Bundesländern hervorgehoben werden.

Gesundheits- und Spitalswesen

Geleitet von den Erfahrungen im Zusammenhang mit SARS strebte die Wiener Landessanitätsdirektion gemeinsam mit der Magistratsdirektion – Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen insgesamt eine **Verbesserung des Informationsflusses bei Seuchengeschehen** an. Ausgehend von der üblichen Triagierung von einlangenden Meldungen in der Bundeswarnzentrale und der Landeswarnzentrale wurden z. B. optisch einprägsame Standardfaxblätter zur Voravisierung von dringenden Seuchenmeldungen ausgearbeitet und allen Betroffenen zur Verfügung gestellt, um im Akutfall eine rasche Informationsweitergabe sicherzustellen.

Die für SARS-Patient/innen in Wien zur Verfügung stehenden Betten und diagnostischen Möglichkeiten wurden für eine bundesweite Aufstellung evaluiert. Die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales, Frau Prim. Dr. Pittermann-Höcker, wurde laufend über den aktuellen Stand zu SARS informiert. Auch einzelne Institutionen und Personen wie Versicherungsunternehmen, Polizei, Betriebsärzt/innen und Lehrer/innen, die sich mit speziellen Fragestellungen zu SARS an die MA-L wandten, wurden individuell beraten.

Das Thema SARS und Seuchenbekämpfung war auch Teil einer Präsentation in der Landessanitätsdirektion im November 2003 für eine chinesische Delegation, bestehend aus Gesundheits- und Sicherheitsbeamten.

Im Berichtsjahr beteiligte sich die MA-L auch an der Erstellung des **Bundes-Influenza-Pandemieplans**. Eine Influenza-Pandemie wird, anders als die fast jährlich wiederkehrenden Epidemien, durch einen plötzlich auftretenden, neuen Virussubtyp ausgelöst, gegen den es anfangs keinen Impfstoff gibt und für den die gesamte Weltbevölkerung empfänglich ist. Ziel des Influenza-Pandemieplanes ist es, durch geeignete Vorkehrungen und Maßnahmen die gesundheitlichen und volkwirtschaftlichen Folgen dieses durchaus wahrscheinlichen Szenarios möglichst gering zu halten. Um in der Planungsphase möglichst früh die wichtigsten Institutionen und Abteilungen einzubinden und für das Thema zu sensibilisieren sowie die Umsetzbarkeit vorgesehener Maßnahmen auf möglichst breiter Basis zu beraten, hat die MA-L auf Landesebene eine Influenza-Pandemie-Arbeitsgruppe eingerichtet. Die Beratungsergebnisse dieser Arbeitsgruppe flossen auch in den Entwurf des Bundes-Influenza-Pandemieplans ein, für den die MA-L Beiträge zu den Maßnahmen der Gesundheitsbehörden und den dabei zu berücksichtigenden Zuständigkeiten verfasste.

Anlässlich in Belgien bemerkter Briefsendungen mit Adamsit (Reizgas) veranlasste die Wiener Landessanitätsdirektion die Adaptierung diverser Merkblätter für Verhaltensmaßregeln bei Auftreten verdächtiger Briefsendungen. Neben dem Bereich der Bekämpfung des Bioterrorismus und des Seuchengeschehens umfasste die medizinisch-fachliche Beratungstätigkeit der Abteilung im Jahr 2003 eine breit gefächerte Palette an gesundheitsrelevanten Themen, wie z. B. den therapeutischen Stellenwert des neuen Cholesterinsenkers Ezetimib und die Zweckmäßigkeit seiner Aufnahme im Heilmittelverzeichnis, die Thromboseprophylaxe bei Langstreckenflügen, die Voraussetzungen zur Antragstellung auf Sachwalterschaft, die Auswirkung der Zuständigkeit des Ärztefunkdienstes für die Betreuung von Drogenkranken außerhalb der Ordinationszeiten, den aktuellen Impfplan sowie im Besonderen die Bedeutung der Meningokokkenimpfung in Gemeinschaftseinrichtungen des Österreichischen Bundesheeres, die Auswirkung der Dieselabgase auf die Gesundheit und Anregungen für gesundheitspolitische Maßnahmen zur Reduktion der Schadstoffemissionen von Dieselmotoren, die aktuelle Influenza-Situation, die Auswirkung einer „Pro-Hyg-Leitlinie" auf die personelle Ausstattung der Hygieneteams in Wiens Krankenanstalten etc.

Wie schon erwähnt, war die Wiener Landessanitätsdirektion im Berichtsjahr intensiv mit der **Neugestaltung eines Physikatskurses** beschäftigt. Entsprechend dem angesprochenen verankerten Ziel der „Modernisierung und Aufwertung der Ausbildung der Amtsärzt/innen" wurden wesentliche Schritte zur Gestaltung des Physikatskurses als Universitätslehrgang in Kooperation mit der Universität Wien gesetzt. Im Hinblick auf eine angestrebte bundesweite Harmonisierung der Amtsärzteausbildung wurde das Wiener Amtsärzte-Curriculum überarbeitet. Darüber hinaus fanden Gespräche mit der Universität Wien über die Anrechenbarkeit des Physikats für eine künftige Public Health-Ausbildung in Wien statt.

Im Berichtsjahr wurden von der MA-L 82 Stellungnahmen zu den verschiedensten Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, zur Verleihung von Ehrenzeichen bzw. des Berufstitels „Medizinalrat", „Obermedizinalrat" und für das Militärkommando Wien im Rahmen der Ärztekommission abgegeben. Die MA-L wirkte in insgesamt 132 Kommissionen, Ausschüssen, Arbeitsgruppen etc. mit, bzw. leitete sie. Im Rahmen der nach dem Veranstaltungsgesetz erforderlichen Theaterkommission wurden sieben Begehungen vorgenommen und in drei Fällen wurden festgestellte Mängel behoben.

Die **medizinische Forschungstätigkeit** der MA-L wurde auch 2003 in Kooperation mit der Technischen Universität Wien sowie im Rahmen der „Wiener Arbeitsgemeinschaft für Biomedizin, Restaurative und Kognitive Neurologie" fortgesetzt. Das 2001 begonnene Nationalbankprojekt „Jubiläumsfondsprojekt Nr. 6978" wurde 2003 mit dem Endbericht „Membranabbau und Lipidmediatoren in neurodegenerativen Erkrankungen" abgeschlossen. Das Projekt „Targeting the aging brain: 3D confocal reconstruction of gene expression in Alzheimer's disease" wurde im Oktober 2003 genehmigt und es wurde mit der Firma Nikon der Aufbau eines konfokalen Laser-Scanning-Microskops begonnen. Das „ALZAS"-Projekt, welches die Validierung des ALZAS-ELISA-Tests

als spezifischen Serum Biomarker für die Früherkennung von Demenzen anstrebt, wurde Ende 2002 beim Bürgermeister-Fonds eingereicht und im Jahr 2003 genehmigt, sodass auch diesbezüglich mit der Forschungsarbeit begonnen werden konnte.

Um den höchsten Ansprüchen der Abteilung und den permanent geänderten Anforderungen gerecht zu werden, wurde besonderer Wert auf die Fortbildung der Mitarbeiter/innen gelegt. So konnten die mannigfaltigen Herausforderungen im Berichtsjahr von der Abteilung insgesamt erfolgreich gemeistert werden.

Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement (BGF)

Die Agenden der Bereichsleitung für Gesundheitsplanung werden von der Gesundheitsplanung, der Gesundheitsberichterstattung und der Gesundheitsförderung, der Geschäftsstelle „Wien – Gesunde Stadt", sowie dem Finanzmanagement und der Budgetkoordination wahrgenommen.

Gesundheitsplanung

Im Rahmen der Gesundheitsplanung wurde im Jahr 2003 die Entwicklung eines **Wiener Krankenanstalten- und Großgeräteplans** weiter vorangetrieben und mit dem Österreichischen Krankenanstalten- und Großgeräteplan 2003 akkordiert. Gemeinsam mit der MA 15 erfolgte die Vorbereitung zur Erlassung der entsprechenden Verordnung zum Wiener Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz. Für eine abgestufte Versorgungsplanung im Bereich der **Kinder- und Jugendheilkunde** wurden Vorarbeiten getätigt. Darüber hinaus wurde eine Arbeitsgruppe zur vertieften **Leistungsplanung im AKH** gemeinsam mit dem KAV, der neu geschaffenen Medizinuniversität sowie den Ministerien Bildung, Wissenschaft und Kultur und Finanzen gegründet.
Im Rahmen der strategischen Planung für die zukünftige Pflege und Betreuung alter Menschen in Wien wurde Grundlagenarbeit für die politische Entscheidung zur **Umstrukturierung im Pflege- und Sozialbereich** geleistet. Die Arbeiten am (Pflege-)Heimgesetz und der zugehörigen Verordnung wurden fortgesetzt.

Das mit dem KAV und der Wiener Gebietskrankenkasse gemeinsam getragene Kooperationsprojekt **„Patientenorientierte integrierte Krankenbetreuung in Wien 14.–17. Bezirk"** wurde fortgesetzt. Das Projekt läuft bis Ende 2004. Der Schwerpunkt des Projekts „Wiener Informationsnetzwerk – Gesundheitsförderung in Wiener Spitälern und Pflegeheimen" lag im Jahr 2003 in der Förderung der Gesundheit der Mitarbeiter/innen, insbesondere in Zusammenhang mit Arbeitsbedingungen und der psychosozialen Gesundheit.

Im Handlungsschwerpunkt **Ethik und Qualität** ist die Bereichsleitung in folgenden Gremien bzw. Projektgruppen Mitglied: Ethikkommission der Stadt Wien, Wiener Beirat für Bio- und Medizinethik, Dialog Gentechnik, Organisationskomitee für Medizinethiksymposium OWS und Aufbau und Erstellung einer österreichweiten Qualitätsberichterstattung. Weiters oblag der Bereichsleitung die Organisation des „Zeitzeugengesprächs mit Friedrich Zawrel und Dr. Werner Vogt" sowie der Podiumsdiskussion „Psychiatrische Gutachten im Spannungsfeld Medizin, Justiz und Gesellschaft".

Gesundheitsberichterstattung

Im Berichtsjahr 2003 wurden von der Wiener Gesundheitsberichterstattung folgende Berichte und Studien fertig gestellt und publiziert:

- Der Bericht **„Lebenserwartung und Mortalität in Wien"** geht im Rahmen eines zeitlichen und regionalen Vergleichs auf die mit dem Anstieg der Lebenserwartung und dem Rückgang der Sterblichkeit verbundenen demographischen Verschiebungen und den Wandel im Krankheitsspektrum in der Wiener Bevölkerung ein. Hauptaugenmerk gilt der prognostizierten Zunahme der Hochbetagten, welche sich in einem deutlichen Ansteigen der Multimorbidität sowie einer Zunahme bei den geriatrischen Erkrankungen niederschlagen wird.
- In der Studie **„Mikrozensus 1999 – Ergebnisse zur Gesundheit in Wien"** wird neben der zeitlichen Entwicklung das Gesundheitsverhalten, der Gesundheitszustand sowie die Inanspruchnahme medizinischer Leistungen der Wiener Bevölkerung auch in Hinblick auf einen Vergleich Wiens mit Österreich analysiert.
- Mit gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen wie Suchtmittel- und Nahrungsmittelkonsum, körperlicher Bewegung und Body Mass Index, Inanspruchnahme der medizinischen Versorgung, Aktivität und regenerativem Verhalten setzt sich die Studie **„Lebensstile in Wien"** auseinander. Durch die Identifikation besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen sollen gezielte gesundheitsfördernde Maßnahmen möglich werden.
- Einen Überblick über den Gesundheitszustand und das Gesundheitsverhalten der Wiener Bevölkerung, aber auch zu Strategien und Leitbildern sowie zur Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung gibt die in zwei Sprachversionen zur Verfügung stehende Broschüre **„Gesundheit in Wien"**.
- Die kartographierte Broschüre **„Lebenserwartung in Wien und Österreich – internationaler Vergleich"** (vier Sprachversionen) stellt die Position Wiens und Österreichs in Hinblick auf verschiedene Gesundheitsindikatoren wie Altersstruktur, Lebenserwartung, Mortalität und Todesursachen im internationalen (europäischen) Setting dar.
- Eine Studie zu depressiven Erkrankungen bei Migrantinnen aus dem ehemaligen Jugoslawien wurde in Auftrag gegeben und fertig gestellt.

In der Erstellungs- bzw. Fertigstellungsphase befand sich der Bericht „Chronische Krankheiten in Wien". Weiters wurde an dem in diesem Jahr umfassenden **Gesundheitsbericht Wien 2003**

gearbeitet. Zudem fanden Vorarbeiten für die Berichte und Studien Psychiatriebericht 2004, Psychische Lage und Gesundheit in Wien und 1. Wiener Tabakbericht statt.

Alle Berichte der Wiener Gesundheitsberichterstattung sind unter www.wien.at/who/berichte/index.htm. abrufbar. Diese Seite wird laufend überarbeitet und aktualisiert und mit benutzerfreundlichen Berichtsversionen zur weiteren Bearbeitung ergänzt. In Vorbereitung befindet sich auch eine eigene Website mit den aufbereiteten Daten des Wiener Gesundheits- und Sozialsurveys.

Das Tätigkeitsfeld der Wiener Gesundheitsberichterstattung beinhaltet auch die Verfassung eines Berichts über „Migration und Gesundheit in Österreich" für den Europarat sowie das Erscheinen der Beiträge zu „Health Reporting on Specific Groups of Vienna's Population" und „Der erste Männergesundheitsbericht kommt aus Wien". Im internationalen Feld nimmt die Gesundheitsberichterstattung an verschiedenen Projekten wie z. B. Netzwerk europäische regionale Gesundheitsberichterstattung, EU-Projekt Thüringen, aktiv teil.

Gesundheitsförderung

Das seit 1996 laufende Unfallverhütungsprojekt für Senioren „Sicher Gehen über 60" wurde von der Gesundheitsförderung bis zum Start des neuen umfassenden Sicherheitsprojekts **„Wien – sichere Stadt"** im November 2003 fortgesetzt. Das Ziel des ursprünglichen Projekts – die Reduktion des Unfallrisikos von Senior/innen – wird weiterhin vom neuen Projekt angestrebt. In einer Evaluierung konnte eine Reduktion der Schenkelhalsbrüche in Wien um 2 Prozent (von 1996 bis 2000) bei gleichzeitigem Anstieg in anderen Bundesländern um 12 Prozent gezeigt werden.

Die Aktivitäten im Rahmen des Programms **„Ein Herz für Wien"** umfassten 2003 das Gastronomieprojekt „Wien isst gesund", Blutdruckaktionen in Supermärkten, Betrieben und in einem Wiener Gemeindebau, Stadtwanderklub zur Förderung der Bewegung und vieles mehr. Darüber hinaus fand in Zusammenarbeit mit der Europäischen Gesellschaft für Kardiologie in Zusammenhang mit dem Kardiologenkongress 2003 eine große Öffentlichkeitsveranstaltung statt, bei der sich etwa 10.000 Personen zum Thema Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Prävention informieren ließen. Jährliche Testungen in den Bereichen physische Gesundheit, Haltungsgesundheit, sportmotorischer Status, psychosoziale Gesundheit sowie kognitiver Entwicklungsstand und Lern- und Arbeitsverhalten an den 100 Wiener Volksschulklassen, in denen das Prinzip des **„Bewegten Lernens"** als Prävention von Haltungsschäden, aber auch als Unterstützung des kognitiven Lernens durchgängig eingesetzt wird, deuten in eine positive Richtung. Die Ergebnisse der Abschlussevaluierung werden im Herbst 2004 vorliegen.

Im Rahmen des Projekts **„Zahngesundheitsförderung in Wiener Schulen und Kindergärten"** werden im 2., 10., 16. und 20. Bezirk Kindergarten- und Volksschulkinder zweimal pro Schuljahr von einer Zahngesundheitserzieherin besucht. Außerdem fanden im Berichtsjahr Vorbereitungsarbeiten für eine Verlängerung des Projekts auf weitere vier Jahre statt.

Am 4. April 2003 wurde im Wiener Rathaus ein Symposium mit Fachvorträgen und einer Podiumsdiskussion zum Thema Stammzellen veranstaltet. Einen Tag danach fand eine Publikumsveranstaltung, der **„Blut-Info-Tag 2003"** statt. Weitere Publikumsveranstaltungen im Wiener Rathaus waren der **Rheumatag**, der **Osteoporosetag** und die sechsteilige Vortragsreihe des **Gesundheitscercles**. Neben diesen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wurden auch 2003 wieder der Ignatius-Nascher-Preis im Zuge des Wiener Internationalen Geriatriekongresses und der Gesundheitspreis der Stadt Wien vergeben. Zusätzlich wurden Vorarbeiten zum Internationalen Sigmund-Freud-Preis 2003 geleistet. Der Preisträger 2003 wurde gewählt, die Verleihung findet im Frühjahr 2004 statt. Weitere Veranstaltungen, die von der Bereichsleitung im Berichtsjahr abgehalten bzw. mitinitiiert wurden, waren u. a. die wissenschaftliche Tagung „Health Care Management", das Seminar „Körperbild und Körperwahn in lesbisschwulen Lebenszusammenhängen" und der Diabeteslauf.

Die Vertragsunterzeichnung am 12. Dezember 2002 zwischen dem WHO-Regionalbüro Europa und der Stadt Wien durch die zuständige Stadträtin Prim. Dr. Pittermann war Startschuss für das WHO-Demonstrationsprojekt **„Investition in die Gesundheit älterer Menschen"**. Das Projekt zielt auf eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität, insbesondere der gesundheitlichen Situation der Menschen im dritten Lebensalter in Wien.

„Wien – Gesunde Stadt"

Das Projekt **„Wiener Netzwerk – Gesundheitsfördernde Schulen"** wurde im Rahmen der Tätigkeit des WHO Projekts „Wien – Gesunde Stadt" auch 2003 wieder fortgesetzt. Zur Zeit nehmen 35 Schulen am Projekt teil. Schwerpunkt in diesem Jahr waren die Vorbereitungsarbeiten für ein Konzept für die geplante 3. Phase.

Das im Dezember 2002 bei der MA 27 eingereichte EU-Ziel-2-Projekt **„GO 2.20"** wurde bewilligt und startete im Frühjahr 2003. Dabei erhalten Betriebe im Ziel-2-Gebiet (2. und 20. Bezirk) Unterstützung bei der Ein- und Durchführung gesundheitsfördernder Maßnahmen. Ziele des Projekts sind die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Betriebe, Verbesserung der psychischen, sozialen und physischen Gesundheit der Mitarbeiter/innen am Arbeitsplatz, Förderung der Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeiter/innen, Verbesserung des Betriebsklimas sowie Vernetzung und Kooperation der Betriebe im Zielgebiet. Es handelt sich hierbei um ein Koope-

rationsprojekt zwischen der Stadt Wien, der EU, der AUVA und der WGKK.

Mittlerweile ist dieses Projekt bereits eng verbunden mit dem seit 2001 laufenden Pilotprojekt **„Gesunde Leopoldstadt"**, das die Stärkung des Gesundheitswissens, -bewusstseins und -verhaltens der Bewohner/innen und Arbeitnehmer/innen im 2. Bezirk und damit die Verbesserung der Lebensqualität zum Ziel hat. Unter anderem um die bestehenden Synergien zwischen diesen beiden Projekten nutzen zu können, wird eine Verlängerung der Projektdauer der „Gesunden Leopoldstadt" angestrebt.

Das vierteljährlich erscheinende Magazin „Gesunde Stadt" befasste sich 2003 mit folgenden Themenschwerpunkten: „Gesunde Arbeitswelt", „Wie gesund sind die Wiener", „Active Aging", „Das Geheimnis gesunder Kinder".

Budgetkoordination und Finanzmanagement

Die Budgetkoordinierung und die Mitwirkung an der Budgetgestaltung der Geschäftsgruppe und in der Folge die Budgetvollzugskoordination und Budgetvollzugskontrolle gehören zu den wesentlichsten Aufgaben der Budgetkoordination und des Finanzmanagements. Die Gesamtsumme der in der Geschäftsgruppe zu verwaltenden Mittel belief sich inklusive U-KAV im Jahr 2003 auf rund 2,83 Mrd. EUR (fast 30 Prozent des Gesamtbudgets der Stadt Wien).

Ein weiterer Schwerpunkt sind die regelmäßig notwendigen Detailerhebungen und Koordinationsgespräche mit den betroffenen Abteilungen und Anstalten des Gesundheitswesens, die zur Erstellung längerfristiger Finanzierungspläne für die Umsetzung von diversen organisatorischen und baulichen Projekten benötigt werden. Die Budgetkoordination führt umfangreiche Erhebungen über die wirtschaftliche Gebarung der Einnahmen und Ausgaben der Geschäftsgruppe durch und wirkt an der Erarbeitung von Reform- und Finanzierungsvorschlägen mit. Sie arbeitet auch in der Begleitgruppe zur Festlegung des Klinischen Mehraufwandes im AKH, als Vorbereitung zur Lösung eines eventuellen Konflikts zwischen dem Bund und der Stadt Wien, wesentlich mit.

Die Mitwirkung an der Erstellung von Kontrakten zwischen den einzelnen Abteilungen und der amtsführenden Stadträtin bzw. dem Magistratsdirektor verlangt einen ständig steigenden Einsatz und Aufwand. Im Jahr 2003 wurde u. a. an den Erstkontrakten für die MA-L und die MA 15 gearbeitet. Da jedoch seit Jahresmitte die Vorbereitungsarbeiten für die Neuorganisation des Senioren- und Behindertenbereichs der Stadt Wien laufen (Übernahme der MA 12 von der Geschäftsgruppe 3 in die Geschäftsgruppe 5 und die Zusammenführung dieser mit der MA 47 in eine neu gegründete MA 15 A per 1. Jänner 2004) kam der Kontrakt mit der MA 15 nicht als solcher zum Zug.

In enger Zusammenarbeit unterstützt die Budgetkoordination den Bereichsleiter bei der Erfüllung der Aufgaben des Geschäftsgruppencontrollers. Gemeinsam wird an der Schaffung von Dokumentations-, Controlling- und Qualitätssicherungsinstrumenten gearbeitet. Die Budgetkoordination führt nicht nur die Angelegenheiten der Personalverwaltung für die Bereichsleitung durch, sondern ist auch für die Beurteilung der budgetären Auswirkung von sämtlichen personellen Veränderungen und Nachbesetzungen der Geschäftsgruppe zuständig.

Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV)

Die im Jahr 2002 erfolgte Etablierung des Wiener Krankenanstaltenverbundes als Unternehmung mit einer neuen Organisationsstruktur hat sich im ersten Routinejahr 2003 konsolidiert und bewährt. Die Trennung der Zuständigkeiten der strategischen Ebene, die durch die Generaldirektion repräsentiert wird und der operativen Ebene mit der Eigenverantwortlichkeit der drei Teilunternehmungen führt zu einer besseren Kommunikation zwischen den auf der unmittelbaren Leistungsebene der Patientenversorgung und damit zusammenhängender Infrastruktur arbeitenden Mitarbeiter/innen mit den koordinierenden und steuernden Entscheidungsträgern der Direktion der Teilunternehmungen, die deren Interessen innerhalb der Teilunternehmung ausgleichen und gesamthaft gegenüber der strategischen Ebene der Generaldirektion vertreten. Diese ist wiederum den Eigentümern gegenüber verantwortlich und in diesem Sinne daher ebenfalls Auftragnehmer und Auftraggeber mit entsprechender Umsetzungsverantwortung.

In der **Teilunternehmung Krankenanstalten und Pflegeheime** (TKP) stehen 13 Krankenanstalten und 11 Geriatriezentren, davon jeweils sechs kombiniert in den Sozialmedizinischen Zentren, unter einer gemeinsamen Führung. Die Direktion der Teilunternehmung ist für die Planung der Weiterentwicklung, die finanziellen und personellen Ressourcen bzw. deren Zuteilung auf die einzelnen Gesundheitseinrichtungen verantwortlich.

In den **Krankenanstalten** der TKP standen im Jahr 2003 durchschnittlich 6.967 systemisierte bzw. – wegen Bettensperren verursacht – 6.440 belegbare Betten zur Verfügung. Die Auslastung beläuft sich im Jahresdurchschnitt auf 84,08 Prozent der belegbaren Betten. Im stationären Bereich waren 2003 296.820 Aufnahmen inklusive Eintagespflegen und Begleitpersonen zu verzeichnen. In den Ambulanzen wurden 2,03 Mio. Besuche ambulanter Patient/innen gezählt.

In den **Geriatriezentren** der TKP standen im Jahr 2003 durchschnittlich 5.732 systemisierte bzw. – wegen Bettensperren verursacht – 5.226 belegbare Betten zur Verfügung. Die Auslastung beläuft sich im Jahresdurchschnitt auf 98,0 Prozent der belegbaren Betten. 2003 erfolgten 3.332 Neuaufnahmen.

Der Krankenanstaltenbereich war 2003 geprägt durch die zunehmend interdisziplinäre Zusammenarbeit von mehreren Fachrichtungen, etwa in

Gesundheits- und Spitalswesen

der Verwendung gemeinsamer Anamnesebögen oder in der Bildung von Kompetenzzentren für Prävention, Diagnostik und Therapie von Patient/innen mit bestimmten Krankheitsbildern wie z. B. für Brustkrebspatientinnen, onkologische Patient/innen, angiologische Patient/innen oder auch Schlaganfallpatient/innen. Viel Arbeit wurde auch in die Steigerung der Pflegeprozessqualität (u. a. durch Überarbeitung und Einsatz von Pflegestandards) und in die Verbesserung des Entlassungsmanagements in Bezug auf die Versorgungskontinuität nach dem stationären Aufenthalt von Patient/innen investiert.

Ebenso wurden **Patient/innenbefragungen** durchgeführt, die zum überwiegenden Teil sowohl den Krankenanstalten als auch den Geriatriezentren eine hohe bis sehr hohe Patient/innenorientierung attestieren. Insbesondere in den Geriatriezentren wurden diese ergänzt um Angehörigen- aber auch Mitarbeiter/innenbefragungen, aus denen Maßnahmen in der Personalentwicklung und Prozessveränderungen abgeleitet werden konnten. Die Fort- und Weiterbildung wird neben der laufenden Verbesserung der innerbetrieblichen Kommunikation besonders in den Geriatriezentren als wichtige Investition in zufriedene Mitarbeiter/innen als Grundpfeiler für den Erfolg in der Patient/innenbetreuung gesehen. Als ein weiterer Eckpfeiler in der Patient/innenorientierung erfolgt der laufende Ausbau eines möglichst breiten Angebots an Freizeitaktivitäten und Veranstaltungen, teilweise unter der Einbeziehung von Angehörigen.

Durch die Inbetriebnahme des Neubaus des Geriatriezentrums Favoriten, das im Verbund mit dem Kaiser-Franz-Josef-Spital das neue SMZ-Süd bildet, erfolgte die Erweiterung des Geriatriebereiches um einen weiteren Standort mit einer Kapazität von 192 Betten in acht Wohnbereichen mit modernster Ausstattung ausschließlich mit Ein- und Zweibettzimmern mit Nasszelle, Kühlschrank, Telefon- und TV-Anschluss.

In der **Teilunternehmung Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien – Universitätskliniken** (TAU) werden das Allgemeine Krankenhaus, die Universitätskliniken und mit einem Affilierungsvertrag das St. Anna Kinderspital geführt, wobei mittelfristig eine rechtliche Ausgliederung des AKH erfolgen soll.

Im Jahr 2003 standen in der TAU durchschnittlich 2.210 systemisierte bzw. 1.941 belegbare Betten zur Verfügung. Mit 96.844 Aufnahmen inklusive Eintagespflegen und Begleitpersonen konnte eine Auslastung von 83,1 Prozent der belegbaren Betten erreicht werden. Die Nachfrage in den Ambulanzen hat sich 2003 auf insgesamt knapp 1,4 Mio. Besuchen belaufen.

Im medizinischen Bereich hat das AKH mit der **weltweit ersten Zungentransplantation** sowie der erfolgreichen Entbindung und Trennung von siamesischen Zwillingen mit gemeinsamer Bauchdecke und -organen auch medial auf sich aufmerksam gemacht. In der Unfallchirurgie wurde mit dem Einsatz einer neuen Substanz die Knochenbruchheilung von Patienten mit schlechten Heilungsprognosen kurzfristig verbessert und in der Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten wurde mit einer neuen Operationstechnik Kindern und Erwachsenen mit hochgradigen Fehlbildungen im Bereich des äußeren Ohres bzw. des Mittelohres mit einem einzigen Eingriff ein annähernd normales Hörvermögen eröffnet. Neben diesen Beispielen der Spitzenmedizin sind insbesondere Leistungssteigerungen schwerpunktmäßig in der Kardiologie und Onkologie anzuführen, die sich auch in einer entsprechenden budgetären Belastung niederschlagen.

In den Universitätskliniken des Allgemeinen Krankenhauses ist die Forschung und Entwicklung konzentriert. Die Leistungen wurden vom Bund im Jahr 2003 als Klinischer Mehraufwand in der Höhe von knapp 52,9 Mio. EUR abgegolten.

Die **Teilunternehmung Technische, wirtschaftliche und sonstige Serviceleistungen** (TWS) führt diverse Dienststellen als Serviceeinheiten vorwiegend für die Einrichtungen der ersten beiden Teilunternehmungen mit Schwerpunkt Recht, Organisations- und Personalentwicklung, Bildung und Beratung, EDV, Technik, Bau, Umweltschutz, Einkauf, Wäsche und Reinigung, die teilweise auch Dienstleistungen KAV-extern anbieten.

Die Abdeckung der komplementären Dienstleistungsbereiche ist vielfältig. So hat im Bereich Recht schwerpunktmäßig die Schadensabwicklung bei Medizinschäden und die Beratung im Vergabewesen qualitativ und quantitativ stark zugenommen. 2.706 Mitarbeiter/innen (inkl. Schüler/innen der Gesundheits- und Krankenpflegeschulen) wurden 2003 im EDV-Ausbildungszentrum geschult, 2.105 Mitarbeiter/innen haben sonstige Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch genommen. Das Datawarehouse als zentrale Informationsbasis im KAV wurde um die Daten im Bereich Personal und Finanzen ergänzt. Die elektronische Patientenakte wurden um digitale Bilddaten erweitert und ermöglichen dadurch eine umfassendere Information für die behandelnden Ärzt/innen. Im Bereich Arbeitnehmer-, Brand- und Katastrophenschutz wurden 104 Löschübungen abgehalten, an denen 2.500 Personen teilnahmen. 2003 wurden in allen Anstalten **Umweltteams** eingeführt und zur strategischen Umweltplanung ein ständiger Umweltausschuss gegründet. Durch das Forum Einkauf konnte bei einem Vergabevolumen von 29,8 Mio. EUR Einsparungen in Höhe von 3,7 Mio. EUR erzielt werden. In der Serviceeinheit Wäsche und Reinigung wurden im Jahr 2003 mehr als 7.000 Tonnen Wäsche gewaschen, was einem Anteil von mehr als 50 Prozent der gesamten Wäsche im KAV entspricht.

Im Berichtsjahr waren rund 32.000 Mitarbeiter/innen im **Personalstand des KAV**. Dabei nimmt der Anteil der Teilzeitbeschäftigten gemäß dem langfristigen Trend weiterhin zu. Bis auf wenige Ausnahmen werden die Ärzt/innen des

AKH (ca. 1.500) von der Medizinischen Universitätsklinik Wien getragen und wären zur Abrundung der Gesamtbetrachtung in Bezug auf die Leistungsdaten dem Personalstand des KAV hinzuzurechnen.

Der **finanzielle Rahmen** für die betriebliche Tätigkeit des KAV ist einerseits durch ein mit der Unternehmenswerdung 2002 erstelltes Finanzierungsübereinkommen sowie definierte Betriebs- und Investitionskostenzuschüsse als auch durch die Einnahmen aus der Leistungsabrechnung mit dem WIKRAF gegeben. 2003 konnten Einnahmen in Höhe von 2,11 Mrd. EUR erzielt werden, denen jedoch ausgabenseitig 2,25 Mrd. EUR, davon allein 1,29 Mrd. EUR für Personalausgaben, gegenüber stehen. Auf Grund der Änderung von externen Rahmenbedingungen werden die finanziellen Ressourcen durch außerordentliche Rücklagenauflösungen jedoch zunehmend geringer, was vermehrte Anstrengungen in der Budgetdisziplin erfordert.

Investitionen

Für das Planjahr 2003 wurde ein Investitionsplan gemäß § 17 des Statuts Unternehmung „Wiener Krankenanstaltenverbund" erstellt. Die Nettoinvestitionssumme der getätigten Investitionen für 2003 betrug ca. 105,8 Mio. EUR.

Neben den laufenden Renovierungsarbeiten inklusive der Anhebung der Hotelkomponente im Stationsbereich und Reinvestitionsmaßnahmen in der Medizintechnik lagen die Investitionsschwerpunkte 2003 auf dem Abschluss der Bauprojekte Neubau des Geriatriezentrums Favoriten sowie dem Neubau der „Cook & Chill"-Küche im Sozialmedizinischen Zentrum Süd, Neubau der Küche im Wilhelminenspital und der Neubau von drei Operationssälen im Kaiserin-Elisabeth-Spital. Zur Verbesserung der OP-Infrastruktur und Anpassung an hygienische Standards werden im Pavillon 30 des Wilhelminenspitals die vier Operationssäle generalsaniert. Im Otto-Wagner-Spital erfolgte 2003 die Fortsetzung des Stationsumbaus im Pavillon Austria sowie die Aufnahme der Generalsanierung der Pavillons 13 und 26 und der Küche des ehemaligen Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe für das gesamte Otto-Wagner-Spital mit Pflegezentrum. Zusätzlich zu den für die Aufrechterhaltung des Betriebs der Anstalten des KAV erforderlichen Maßnahmen wurde die Renovierung der Kirche zum Heiligen Leopold im Otto-Wagner-Spital als Beitrag zur Erhaltung eines wichtigen Denkmals der Wiener Jugendstilkunst intensiv fortgesetzt.

Im Rahmen der Beschlüsse der 62. und 64. ARGE erfolgte 2003 die Weiterführung der Baumaßnahmen im Allgemeinen Krankenhaus – Universitätskliniken.

Ausbildung

Der KAV investiert viel in die Aus- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen. Die Ausgaben für den Betrieb der Schulen und Akademien betrugen im Berichtsjahr ca. 45 Mio. EUR. 2003 wurde darüber hinaus eine Ausbildungsoffensive mit Erhöhung der Neuaufnahmen in nahezu allen Bereichen der Gesundheitsberufe gestartet, die einem zukünftig drohenden Mangel an qualifiziertem Personal entgegenwirken soll. Die Aufnahmen aus dem großen Bewerberkreis erfolgten nach jeweils eingehender Eignungstestung.

Im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege werden insgesamt 2.100 Ausbildungsplätze im gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege angeboten. An den zehn Schulen für Allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege wurden im Jahr 2003 insgesamt 677 Bewerber/innen aufgenommen und 418 Personen haben die Ausbildung zur/zum diplomierten Gesundheits- und Krankenschwester/-pfleger erfolgreich absolviert. Im KAV ist eine Schule ausschließlich für die Ausbildung in der Kinder- und Jugendlichenpflege zuständig. Im Jahr 2003 wurden 34 Personen aufgenommen, die Absolventenzahl betrug 26. Weiters wurden in den zwei Schulen für Psychiatrische Gesundheits- und Krankenpflege 58 Personen aufgenommen, die Absolventenzahl betrug 36.

Zusätzlich werden Pflegehilfelehrgänge durchgeführt, an 106 Pflegehelfer/innen konnte im Jahr 2003 das Zeugnis über eine erfolgreich absolvierte Ausbildung übergeben werden und 197 Bewerber/innen wurden neu aufgenommen. In der Hebammenakademie stehen 24 Ausbildungsplätze im 3-Jahres-Rhythmus zur Verfügung. Der 2003 laufende Lehrgang schließt 2004 ab.

Der Wiener Krankenanstaltenverbund führt 10 Akademien für den **gehobenen medizinisch-technischen Dienst** an vier Standorten (AKH, Wilhelminenspital, Kaiser-Franz-Josef-Spital, Krankenhaus Lainz) sowie eine Schule für den



Die neue Cook & Chill-Küche im Wilhelminenspital garantiert eine hohe Speisenqualität für Patient/innen und Mitarbeiter/innen.

medizinisch-technischen Fachdienst am AKH. Im Jahr 2003 standen im Rahmen der Ausbildungsoffensive für Neuaufnahmen 343 Ausbildungsplätze für die sieben Sparten der gehobenen medizinisch-technischen Dienste sowie 50 Ausbildungsplätze für den medizinisch-technischen Fachdienst zur Verfügung.

Insgesamt gab es 2.147 Bewerbungen für den

- Physiotherapeutischen Dienst,
- Logopädisch-phoniatrisch-audiologischen Dienst,
- Ergotherapeutischen Dienst,
- Medizinisch-technischen Laboratoriumsdienst,
- Radiologisch-technischen Dienst,
- Orthoptischen Dienst und
- Diätdienst und Ernährungsmedizinischen Beratungsdienst.

Den größten Bewerberandrang gab es in der Sparte Physiotherapie mit 979 Bewerbungen für 132 Ausbildungsplätze. Die Absolventenzahl im gehobenen Medizinisch-technischen Bereich betrug 2003 275 diplomierte Personen. Im Bereich Medizinisch-technischer Fachdienst haben 29 Personen ihre Ausbildung abgeschlossen.

Stadtentwicklung und Verkehr

Automationsunterstützte Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie (MA 14)

Die MA 14 versorgt den Magistrat der Stadt Wien mit Leistungen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). Unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit und des optimalen Kosten/Nutzen-Verhältnisses agiert die MA 14 rasch, zuverlässig und mit hoher Qualität. Die MA 14 versteht sich als kundenorientierter Dienstleister und kompetenter Berater, der sich an den Bedürfnissen der Bürger/innen orientiert und die Abteilungen und Dienststellen des Magistrats – unsere Kund/innen – beim bürgernahen Handeln unterstützt. Die Abteilung versteht sich aber auch als Gestalter des IKT-Einsatzes im Magistrat Wien, der die IKT-Strategien entwickelt, abstimmt und deren Einhaltung kontrolliert. Die MA 14 soll eine vorbild- und modellhafte Abteilung hinsichtlich des IKT-Einsatzes im „Dienstleistungskonzern Magistrat" sein und handelt in Übereinstimmung mit ihrem Leitbild und ihren Grundsätzen.

Das Leistungsangebot der MA 14

Die MA 14 verrechnet seit einigen Jahren ihre Leistungen kostendeckend auf der Basis einer professionellen Vollkostenrechnung. Das Leistungsangebot der Abteilung ist in einem **Leistungs- und Produktkatalog (LPK)** beschrieben und im Intranet der Stadt Wien verfügbar. Dieser Leistungs- und Produktkatalog dient als Entscheidungsgrundlage für die Fachabteilungen, damit sie mit den vorhandenen Budgetmitteln einen optimalen EDV-Einsatz planen können. Die MA 14 bietet grundsätzlich die gesamte Vielfalt an Leistungen und Produkten in den Bereichen EDV und Telefonie, die für die Dienststellen erforderlich sind, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Zu einem Teil erbringt die MA 14 die Leistungen selbst, zu einem anderen Teil werden Leistungen zugekauft.



Der Leistungs- und Produktkatalog LPK wurde im Lauf des Jahres 2003 völlig neu gestaltet. Der Umfang der Daten, die für Kunden, aber auch den internen Gebrauch zur Verfügung stehen, wurde wesentlich erweitert. Unser Leitgedanke dabei war, mehr und bessere Information in allgemein verständlicher Form zu übermitteln. Die zusätzlichen technischen Möglichkeiten dieses Services lassen nun auch eine Verbindung zum System EBP (Elektronische Bestellung Professionell – Online-Bestellung von Lagerwaren) zu. Beide Systeme sind miteinander verknüpft, so dass der Benutzer unmittelbar zwischen der Beschreibung und dem Bestellsystem weitergeschaltet werden kann.

Die Leistungen der MA 14 stellen sich den Dienststellen gegenüber im Wesentlichen in zwei großen Gruppen dar: Leistungen im Rahmen von Projekten werden nach tatsächlichem Aufwand verrechnet, während Produkte mit einer fixen Leistungsdefinition und einem festgesetzten Preis angeboten werden. Sämtliche Leistungen der MA 14 - ADV werden im Zug der Internen Leistungsverrechnung – meist in Form von Vergütungen – in Rechnung gestellt.

Interne Leistungsverrechnung der MA 14

Die im Jahr 2000 in der Abteilung eingeführte Vollkostenrechnung ist eine Kostenträgerrechnung. Das bedeutet, dass sämtliche Aufwände – auch die Personalkosten – auf die Produkte umgelegt werden. Die überwiegenden Kosten (mehr als 85 Prozent) können direkt Produkt- und Projektkostenstellen zugeordnet werden, während nur rund 15 Prozent als „Zentrale Dienste" in einem Umlageverfahren im Zug der Kalkulation sämtlichen Produkten zugerechnet werden.

Die MA 14 kalkuliert ihren Leistungs- und Produktkatalog jährlich neu, wobei das Nachfrageprofil der Dienststellen in gleicher Weise wie auch technische und preisliche Änderungen am Markt berücksichtigt werden. Ziel der Kalkulation ist es, sämtliche Aufwände der MA 14 (Personal- wie Sachmittel) über die geplanten Leistungen mit den geschätzten Mengen abdecken zu können. Ein wesentliches Problem dabei ist die Variabilität der Anforderungen, aber auch die technischen Entwicklungen sind zum Teil schwer einschätzbar.

Um die Preise des Leistungs- und Produktkatalogs auch vor dem Hintergrund der Marktsituation zu überprüfen, wurde im Frühjahr 2003 im Zug eines Auftrags an die Firma META-Group Österreich (Bestbieter in einem Vergabeverfahren im Herbst 2002) ein „benchmarking" durchgeführt. Der Auftragnehmer verglich die Leistungsdefinitionen und die dafür seitens der MA 14 verrechneten Preise mit 10 anderen internen IKT-Dienstleistern mit Interner Leistungsverrechnung im deutschsprachigen Raum.

Das wesentliche Ergebnis der Untersuchung ist:

- Von den umsatzstärksten LPK-Leistungen (mehr als 0,1 Prozent des Umsatzes) liegen 72 Prozent unter dem Marktdurchschnitt der Vergleichsgruppe (100 Prozent).
- Die 20 umsatzstärksten LPK-Leistungen sind gewichtet um insgesamt 5 Prozent günstiger als der durchschnittliche Marktpreis.

Die Ergebnisse sind für jede Leistung gesondert dokumentiert und kommentiert. Die Projekt- und Auftragsabwicklung sowie die Leistungsverrechnung erfolgen vollständig mit Hilfe des Systems SAP. Die Rechnungen werden im Wesentlichen vierteljährlich erstellt und den Buchhaltungsabteilungen der Dienststellen übermittelt. Ledig-

lich die Rechnungen über Klein-/Verbrauchsmaterial und Geringwertige Wirtschaftsgüter werden monatlich erzeugt.

Leistungen der MA 14 im Jahr 2003

Die Abteilung hat im Jahr 2003 Leistungen für die Dienststellen im Umfang von rund 51,95 Mio. EUR erbracht. Die am stärksten nachgefragten Leistungen sind in der folgenden Tabelle sichtbar:

Die 10 umsatzstärksten Leistungen der MA 14 im Jahr 2003

Nr.	Produkte	Erlös in EUR	Anteil in Prozent
M14000	Beratung + Projektabwicklung MA14	12.839.796,61	23,65
M14030	Großanlage CPU-Verbrauch	3.720.930,35	6,85
M14260	Office-Dokumente	3.523.977,15	6,49
M14880	Telefon im Verbund-Betrieb	3.166.609,05	5,83
M14250	Betrieb Datenbanken (UNIX, NT)	2.756.925,12	5,08
M14110	Hotline + Service	2.069.091,71	3,81
M14902	PC mit Bildschirm	1.977.898,55	3,64
M14940	PC-Betrieb pauschaliert	1.880.604,27	3,46
M14160	Netzdienste PC	1.737.940,33	3,20
M14080	Netzwerk-Infrastruktur	1.347.707,30	2,48

Zur Verdeutlichung des Umfangs und der Durchdringung der Verwaltung des Magistrats der Stadt Wien mit EDV-Werkzeugen sollen einige Kennwerte dienen: Die Versorgung mit IT-Infrastruktur hat mittlerweile – in unterschiedlicher Ausprägung – sämtliche Bereiche der Verwaltung erfasst. Mehr als 16.000 PC-Workstations sind installiert. Beachtenswert ist das beinahe völlige Verschwinden der Terminals.
Wie stark die elektronische Kommunikation in der Verwaltung bereits Platz gegriffen hat und welche Dynamik gerade in diesem Bereich gegeben ist, zeigt die Entwicklung des E-Mail- und FAX-Verkehrs (Grafik 2).

All das führt gleichzeitig zu einem erhöhten Bedarf an Unterstützung der Endanwender/innen. Die Frequenz an der Hotline kann dies im Überblick über die vergangenen Jahre (Grafik 3) deutlich machen.

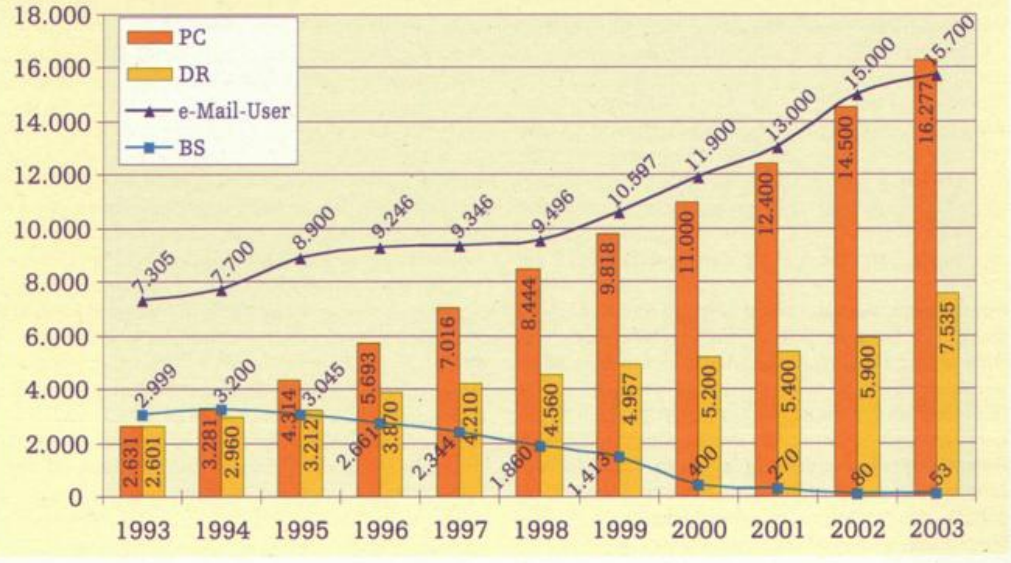
Besondere Vorhaben im Jahr 2003

Neben dem Schwerpunkt der Aufrechterhaltung des Betriebs der IKT-Infrastruktur im Magistrat der Stadt Wien wurden im Berichtszeitraum einige besonders hervorzuhebende Projekte durchgeführt:

Organisationsuntersuchung

Die MD-VO hat einen Dienstleistungsauftrag für eine „Situations- und Organisationsanalyse" der MA 14 ausgeschrieben. Dabei sollten vornehmlich die Effizienz, Effektivität und die Kundenfreundlichkeit im Rahmen der vorhandenen und gegebenen Randbedingungen untersucht werden. Die Zielsetzungen für die externe Untersuchung durch die Firma Bearing-Point, Wien, waren die Durchführung einer Situations- und Organisationsanalyse inklusive einer Organisationsdiagnose, Erstellung eines Zielkataloges, Erstellung von mindestens drei Konzeptvarianten für eine optimierte Aufbau- und Ablauforganisation, Erstellung eines Anforderungsprofils und der Stellenbeschreibungen eines Dienststellenleiters/einer Dienststellenleiterin, Erstellung eines Umsetzungskonzepts und das Projektmanagement zur Durchführung der externen Untersuchung. Die Auftragsabwicklung startete am 16. Mai 2003. Die Vorlage des Zwischenberichts erfolgte am 3. September 2003, der Projektabschluss erfolgte bis zum 31. Oktober 2003. Als Ergebnis der Untersuchung wurde ein umfangreicher Bericht vorgelegt, der zu den Themen Strategie (inklusive Auftragsvergaben an Externe), Steuerung (Budgetierung und Finanzierung, Transparenz der Leistungszie-

Grafik 1: **Installierte EDV-Arbeitsplätze**



hungen), Aufbauorganisation, IT-Prozesse und Grafische Anwendungen Schwachstellen und Lösungsmöglichkeiten aufzeigte. Mit der Umsetzung der Ergebnisse wurde Ende 2003 begonnen.

QTE-Leasing

Von der Finanzverwaltung wurde angeregt, die Informationsverarbeitung in eine Finanztransaktion einzubeziehen. In der Stadt Wien wurden bereits derartige Transaktionen vorgenommen. Das Einbeziehen eines Rechenzentrums in eine derartige Finanztransaktion stellt derzeit eine Einmaligkeit dar. Die Transaktion umfasst die in den Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien verwendeten/eingesetzten integrierten oder integrierbaren Systeme aufeinander abgestimmter und vernetzter Informations- und Kommunikationskomponenten (Hardware und Software), welche in ihrem Zusammenwirken definierte Dienstleistungen erbringen. Das o. a. System wird an den US-Investor vermietet (lease, Gesamtlaufzeit 20 Jahre). Dieser räumt der Stadt Wien im Gegenzug ein Rückmietrecht (lease back) mit einer Fixpreis-Kaufoption nach etwa 14,5 Jahren ein.

Grundprinzip der Leasingtransaktion ist, dass wirtschaftliches und zivilrechtliches Eigentum am System aus österreichischer Sicht zu jedem Zeitpunkt bei der Stadt Wien verbleiben und auch das uneingeschränkte Nutzungsrecht sicher gestellt ist. Der US-Investor macht auf Grund des Erwerbs des Mietrechts in den USA Steuervorteile geltend und ist daher bereit, einen Teil des aus dem Steuervorteil lukrierten Betrags der Stadt Wien zuzuwenden. Knapp vor Jahresende 2003 wurden die Verträge unterzeichnet. Insgesamt ist ein Transaktionsvolumen 150 Mio. USD gegeben, wovon der Magistrat 6,8 Mio. USD erhält. Ein Drittel davon ist für Infrastrukturinvestitionen der MA 14 vorgesehen.

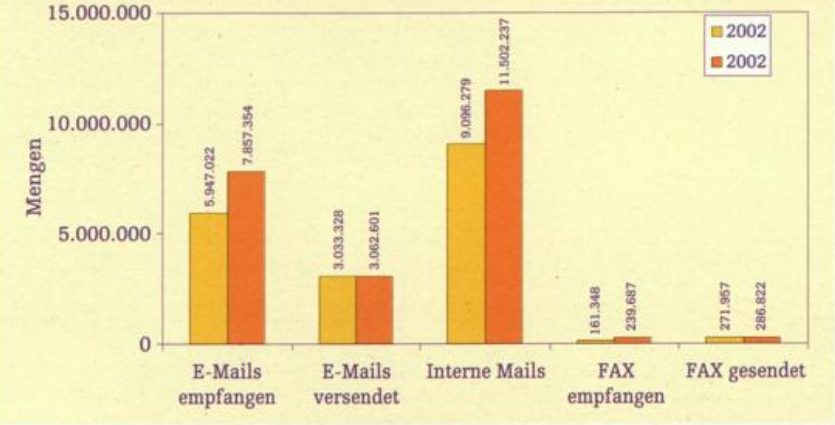
ETM – Erneuerung der Telefonie im Magistrat

Mit 1. Jänner 2002 wurde die Telefonie von der MA 14 übernommen. Neben der Entwicklung der EDV-Endgeräte kann nun auch die der Telefonie-Nutzung dargestellt warden (s. Grafik 4).

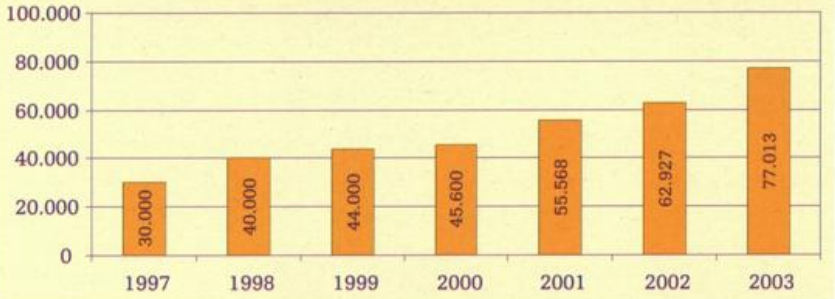
Eine der ersten Aufgaben war es, die bestehende Telefoninfrastruktur zu analysieren. Entsprechende Untersuchungen haben ergeben, dass die Festnetz-Telefonsysteme veraltet sind bzw. von Lieferfirmen nicht mehr gewartet werden und daher im Sinne einer stabilen, ausfallsicheren und modernen Betriebsführung zu erneuern sind.

Ein weiteres wichtiges Ziel war die Ausschreibung des auslaufenden Vertrags für die Mobiltelefonie. Dieses Vergabeverfahren „Mobiltelefonie VPN" ist bereits abgeschlossen. Seit 1. Jänner 2004 telefonieren die rund 5.000 Handybenutzer/innen des Magistrats im Netz der mobilkom austria. Durch den neuen Vertrag ergeben sich für den Magistrat der Stadt Wien wesentliche wirtschaftliche Vorteile. Unter Berücksichtigung des zukünftigen Gesprächsverhaltens werden im

Grafik 2: **Kennzahlen zur elektronischen Kommunikation 2002/2003**



Grafik 3: **Störungsmeldungen gesamt**



Grafik 4: **Entwicklung der Telefonie 2002 – 2003**



Bereich der Grund- und Verbindungsentgelte monatliche Einsparungen von ca. 50 bis 55 Prozent erzielt. Dabei stehen sämtliche technische Funktionalitäten auch weiterhin wie gewohnt zur Verfügung.

Zur Erneuerung der Festnetz-Telefonsysteme wurde das Projekt ETM (Erneuerung Telefonie Magistrat) gestartet. Dabei werden die rund 120 Telefonanlagen und 22.000 Nebenstellen im Sinne der Sprach-Datenintegration erneuert. Für eine entsprechende Vergabe wurde Anfang 2003 ein zweistufiges Verhandlungsverfahren begonnen. Dieses in Mitteleuropa auf Grund des großen Netzes mit seinen vielen Nebenstellen und ver-

teilten Telefonanlagen einzigartige Vergabeverfahren befindet sich derzeit in der Endphase.

Im Rahmen der im laufenden Vergabeverfahren durchgeführten Hearings wurden alle wesentlichen und technisch aktuellen Konzepte und Features überprüft. Daraus resultierend konnte eine detaillierte Fassung des Pflichtenheftes an die noch im laufenden Verfahren verbliebenen Anbieter zur konkreten Angebotslegung übergeben werden. Die Ermittlung des Bestbieters wird voraussichtlich nach weiteren noch zu führenden Aufklärungsgesprächen im Frühjahr 2004 abgeschlossen sein. Auf Grund des in der ersten Stufe stattgefundenen Einspruchs ergibt sich bereits jetzt eine Verzögerung des Zeitplanes von einigen Monaten, so dass die Realisierung des Projektes, vorbehaltlich der Verzögerungen durch weitere Einsprüche, frühestens im 3. Quartal 2004 beginnen wird.

Neugestaltung und Inbetriebnahme des zentralen Output-Zentrums

Im Rahmen einer wirtschaftlichen Gegenüberstellung wurde für den Bereich „Zentraler Output Mainframe" erhoben, dass die Erbringung dieser Leistungen im eigenen Bereich inklusive der notwendigen Investitionen in Summe kostengünstiger ist als ein komplettes Outsourcing dieser Tätigkeit. Mit Jahresende 2003 wurde nach erfolgter Ausschreibung und Installation von vier neuen Hochleistungsdruckern und einer Hochleistungskuvertieranlage der Produktionsbetrieb aufgenommen. Gleichzeitig wurde ein Konzept realisiert, das ermöglicht, ab sofort neben der Mainframe-Workload auch sämtlichen Druckoutput, der von jedem Arbeitsplatz des Magistrates über das Magistratsnetz transportiert werden kann, zentral zu drucken und nachzubearbeiten. Somit kann auch den Anforderungen vieler Magistratsabteilungen bei ihren Zentralisierungsüberlegungen Rechnung getragen werden.

Ausbau der Katastrophenvorsorge des Mainframes

Im Bereich des IBM-Mainframes wurde das Katastrophenvorsorgekonzept für die Datenhaltung durch die Ausschreibung, Beschaffung und Installation neuer Storagekomponenten erweitert. Zusätzlich zu den schon vorhandenen Sicherungsrobotern auf den beiden Hauptstandorten Rathaus und Forum wurden mit Jahreswechsel 2003/2004 Plattenspeichersysteme in Betrieb genommen, die eine komplette Spiegelung des Mainframe-Datenhaushaltes auf diesen beiden Lokationen ermöglichen. Aufgrund dieser Maßnahmen werden die Verfügbarkeit der Daten wesentlich erhöht und die Wiederanlaufzeiten durch geringere Aufwände bei einem eventuell auftretenden Katastrophenfall wesentlich verringert.

EVienna – E-Government

Im Jänner 2001 kam von der Magistratsdirektion der Auftrag, das E-Government-Projekt eVienna bis Ende 2003 umzusetzen. Mit der Leitung des Projekts wurde die MDI betraut. Ziele von eVienna waren, das Service für Bürger/innen zu erhöhen, die Transparenz in der Verwaltung zu verbessern und Bürger/innen in die Abläufe mit einzubinden. Von den insgesamt 68 realisierten Projekten konnten bis Ende 2003 57 Projekte online gesetzt werden. 11 Projekte werden noch im Laufe des Jahres 2004 online geschalten. Die Umsetzung der Vorhaben verursachte Projektkosten in der Höhe von 3,8 Mio. EUR, darin sind die Kosten der MA 14 wie auch externe Dienstleistungen enthalten. Im Rahmen dieses Projekts wurde wertvolle Infrastruktur geschaffen.

Elektronischer Akt (ELAK)

2003 war geprägt von einer grundlegenden Neuausrichtung und -positionierung des ELAK, basierend auf den bisherigen Erfahrungen des ELAK-Einsatzes im Magistrat unter Verwendung der neuesten Entwicklungen des Basisproduktes Fabasoft Components. ELAK Phase II ist ein magistratsweit einheitliches Aktenverwaltungssystem und stellt einen technologischen Quantensprung dar. Das System ist mit dem Bundes-ELAK vergleichbar, für die Stadt Wien wurde der Leistungsumfang jedoch um die Möglichkeit der dienststellenübergreifenden Zugriffe erweitert. Damit ist die Stadt Wien die erste Verwaltung, die ELAK in diesem Funktionsumfang auf breiter Basis in Produktion bringt. Der Rollout des neuen Systems startete termingerecht am 8. Jänner 2004.

SAP

2003 wurde gemeinsam mit der MA 6 der Rollout mit Beginn 2004 vorbereitet und am 7. Jänner 2004 in acht Dienststellen der Geschäftsgruppe Finanzen durchgeführt. Das System läuft erfolgreich und bis Ende des Jahres sollen alle 1.590 Anwender/innen mit SAP arbeiten.

Erweiterung des „ViennaGIS"-Geodatenverbundes

Digitaler Zentraler Leitungskataster

Für die Vergabe von Aufgrabungsbewilligungen in der MA 28 ist die Kenntnis der Lage der unterirdischen Objekte und Leitungen erforderlich. Schwerpunkt waren 2003 die Erfassung der Kabeltrassen der Telekommunikationsbetreiber, die eine wertvolle Ergänzung der Datenbank des „Zentralen Leitungskatasters" darstellen.

Geologie Datenbank

Für Tiefbauprojekte ist die Kenntnis der Zusammensetzung des Baugrundes erforderlich. Es wurde gemeinsam mit der MA 29 im Projekt „Bohrlochkataster" ein Auskunftsdienst über die Geologie des Stadtgebietes eingerichtet.

GIS-Projekt „LICHT GIS"

Gemeinsam mit der MA 33 wurde die geografische

Datenbank der öffentlichen Beleuchtung eingerichtet, die für den laufenden Änderungsdienst der Betriebsanlagen benötigt wird.

E-Government

Für das Verfahren des Plandokumentsentwurfs wurden softwaremäßige Kontrollroutinen geschaffen, die den geometrischen Inhalt von Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfen für Umwidmungen auf Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen der Bauordnung von Wien prüft. Damit wird die Rechtssicherheit des Plandokumentsverfahrens erhöht, das mit dem Gemeinderatsbeschluss abgeschlossen wird.

Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18)

Die **Ausweitung der Selbstverantwortlichkeit der Dienststellen** hat einen höheren Umfang an administrativen Tätigkeiten zur Folge, die Erstellung der Kontrakte, steigende Anzahl und wachsender Umfang der Berichte haben zwar ein höheres Kostenbewusstsein mit sich gebracht, deutlich merkbare Einsparungen konnten dennoch nicht erzielt werden. Auch die Abwicklung von Projekten, die von der Europäischen Union gefördert werden, verursacht immer mehr Aufwand für Kontrolle und Dokumentation, sodass die Beteiligung an kleineren Projekten unwirtschaftlich wird.

Ausarbeitung des Stadtentwicklungsplans

Die Erstellung des neuen Stadtentwicklungsplans **(STEP 2005)** durch die MA 18 erfolgt

- in „traditioneller" Weise durch Studien, Expertisen, Auswertungen und Berechnungen,
- im breiten (fachlichen) Diskussionsprozess, die wichtigsten Inhalte aber immer
- im Dialog zwischen den die Zukunft Wiens mitbestimmenden Bürger/innen aus Wien und der Region, Verwaltung, Stadtpolitik, Investoren, Bauträgern, Interessensvertretern u. a.

Neben der magistratsinternen Eigenexpertise in kleinen effizient arbeitenden Teams zu Sektoral- und Querschnittsthemen wurden auch externe Expertisen beauftragt:

- Die Studie **„Städtische Lebensqualität – Auswirkungen des Wohnens"** analysierte vorliegende Forschungsarbeiten, Erhebungen und Expertenbefragungen auf Auswirkungen auf das Wohnen, untersuchte Wohnungsangebot und -nachfrage (inklusive Wohnzufriedenheit) in Wien, Suburbanisierung und Wohnbauförderung, gab Handlungsempfehlungen und machte Vorschläge zu Teilräumen (z. B. dicht bebautes Stadtgebiet).
- Die Studie **„Formen, Nutzen und Grenzen der Partizipation in Planungsprozessen"** traf zusammenfassende Aussagen zu bisherigen und laufenden Stadtplanungsprojekten. Immer öfter lädt die Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr die Bewohner/innen der Stadt zur Mitarbeit an lokalen und regionalen Planungskonzepten ein. Die Studie betrachtet auch methodische und strategische Aspekte der Partizipation und leitet daraus Empfehlungen für Beteiligungsstrategien, vor allem für langfristige, generelle Pläne und Programme sowie den STEP selbst, ab. Durch Partizipation gehen Pläne und Programme wirksam auf die Bedürfnisse der Betroffenen ein und erhöhen die Identifikation mit der Stadt bzw. Stadtteilen.

Des Weiteren wurden vier Fachworkshops abgehalten:

- am 16. und 17. Juli 2003 diskutierte man anlässlich des 100. Geburtstags des in Wien geborenen und wirkenden Viktor Gruen **Zukunftsperspektiven** der Vision einer lebenswerten und nachhaltigen Stadt: „Die autofreie Stadt", „Die lebenswerte Stadt – Attraktivität städtischen Wohnens", „Einkaufen in der Stadt" und „Verkehr – Stadt der Fußgänger".
- am 30. Oktober 2003 gaben prominente Fachleute zu **„Wirtschaft – Business-Standort Wien"** Thesen zu Anforderungen der globalen Netzwerkökonomie, Standortpotenzialen der Gründerzeitviertel, sowie Handlungsfeldern einer neuen, integrierten Standortpolitik ab.
- am 7. November 2003 fand ein Workshop zur Bevölkerungsentwicklung Wiens mit dem Titel **„Wien XL?"** statt. Hauptfragen waren vor allem: „Welche Bevölkerungsentwicklung braucht Wien?", „Was leistet/kostet Bevölkerungswachstum?" und „Wie kann und soll die Stadt darauf reagieren?".
- am 18. November 2003 wurde der Workshop **„Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung"** zusammen mit der AK Wien und der MA 50 zur Weiterführung des Erfahrungsaustausches zwischen Fachleuten verschiedener Magistratsdienststellen, diverser gemeinnütziger Einrichtungen und privater Initiativen über derzeitige Maßnahmen und Strategien, sowie zur Diskussion über Steuerungsmöglichkeiten der Stadtverwaltungen in den Bereichen Stadtentwicklung, Stadtplanung, Stadterneuerung und Wohnungspolitik abgehalten.

Der **AK Lebensqualität** im Rahmen der STEP05-Bearbeitung wurde durch fünf umfassende Hearings unter Teilnahme magistratsinterner und -externer Experten/innen zu den Themen „Wohnen, Wohnumgebung", „Kultur", „Gesundheit, Soziales", „Grün, Ökologie" und „Arbeit, Mobilität" weitergeführt.

Das Querschnittsthema **Gender Mainstreaming** des STEP 2005 – es betrifft die gesamte Erarbeitung sowie die Umsetzung und Evaluierung – ist ein Testfall für die Implementierung in einen gesamtstädtisch und regional wirksamen räumlichen Entwicklungsplan. Es ist wichtig, dass dieses Thema von allen beteiligten Akteur/innen mitgetragen und mit konkreten Inhalten gefüllt wird. Die abteilungsübergreifende Arbeitsweise trägt dazu bei.

Stadtforschung

Die Studie **„Leben und Lebensqualität in Wien"** wurde von der MA 18 initiiert und für Dienst-

Stadtentwicklung und Verkehr

stellen aus allen Geschäftsgruppen koordiniert. Die Befragungen und Auswertungen erfolgten (wie bereits 1994/95) durch das Institut für empirische Sozialforschung (IFES). Ziel war es, empirisch fundierte Grundlagendaten für alle wesentlichen Lebensbereiche und Lebensverhältnisse der Wiener Bevölkerung in integrativer Form zu erstellen. Die Größe der Stichprobe beläuft sich auf insgesamt 8.300 in Wien lebende Personen ab 15 Jahren. Weitere 400 Personen wurden im Zuge einer Aufstockung der Stichprobe im URBAN II- und im Ziel-2-Gebiet befragt. Die Ergebnisse der Studie sind in der MA 18 (Ansprechpartner: Ing. Mag. Gielge bzw. Mag. Fellner) sowohl als Hardcopy als auch in elektronischer Form verfügbar. Die Hauptergebnisse sind auf der Homepage der Stadtplanung abrufbar. Exemplarisch dazu:

- **Wohnen:** 79 Prozent der Befragten sind mit ihrer Wohnsituation zufrieden (1995: 71 Prozent). Besonders positiv beurteilt werden dabei die Nähe zu Kindergarten und Schule und der Anschluss an den öffentlichen Verkehr (ÖV): Über 80 Prozent vergaben die Noten 1 bzw. 2. Gestiegen ist auch die Zufriedenheit mit der Preiswürdigkeit und der Größe der Wohnungen. Ein Drittel der Wohnungssuchenden wollen in ihrem Bezirk bleiben. Allerdings fühlen sich viele Wiener/innen in ihrer Wohnung von Verkehrslärm und -abgasen gestört. Die Störung durch Fluglärm stieg signifikant (von 10 auf 18 Prozent aller Befragten).
- **Verkehr:** 82 Prozent der Befragten sind mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zufrieden und eine deutliche Mehrheit (67 Prozent) konzediert eine Verbesserung der Situation. Dagegen hat sich das Autofahren für 71 Prozent in den letzten Jahren verschlechtert, gerade 21 Prozent sind damit derzeit zufrieden. Die Häufigkeit, mit der Verkehrsmittel „fast täglich" benützt werden, hat seit 1995 beim ÖV um fünf Prozentpunkte und beim Auto um sieben Prozentpunkte zugenommen. Daraus ist auch eine flexiblere Inanspruchnahme beider Verkehrsarten abzuleiten, d. h., es gibt mehr Autobesitzer, aber auch weniger „eingefleischte" Autofahrer, die selten öffentliche Verkehrsmittel benützen. Erfreulicherweise fährt jede/r Fünfte zumindest im Sommer regelmäßig mit dem Fahrrad. Hingegen gehen immer weniger Menschen zu Fuß (- 16 Prozent seit 1995).

Die CD und Karte **„Aktuelle Projekte und Planungen im Rahmen der Stadtentwicklung"** – bestehend aus einer gedruckten Karte (Leitmaßstab 1: 50 000) und einer CD-ROM – wurde fertig gestellt. Bezirksweise, themenbezogene und auf Einzelprojekte bezogene aktuelle Hintergrundinformationen (Beschreibungen, Bilder, Pläne, Computeranimationen) aus Wien und teilweise dem Umland können zu den Themen Stadtentwicklungsgebiete, Wohnbau, Infrastruktur (Bildung, technische Infrastruktur, Verkehr etc.), Stadtgestaltung und Stadterneuerung abgefragt werden.

Die zwischen Oktober 2002 und Dezember 2003 durchgeführte Studie **„Freizeitsituation jugendlicher Migranten/innen"** konnte jahreszeitliche Differenzierungen des Freizeitverhaltens einbeziehen und verfolgte das Ziel, Aufschluss über öffentliche Räume des Ziel-2-Gebietes (Teile des 2. und 20. Bezirks) und deren Mängel für die Freizeitnutzung durch jugendliche Migranten/innen in deren sozialen und kulturellen Kontexten zu erlangen. In den Maßnahmenvorschlägen wurde aufgezeigt, in welcher Form adäquate Freizeitangebote im öffentlichen Raum der Unterstützung durch geschulte Kräfte bedürfen, um zu funktionieren.

Die **Siedlungsflächenbilanz Wien 2001/2003** bildet die großen Trends der Stadtentwicklung und im Detail den Baulandverbrauch, die Neuwidmung an Bauland, die Baulandreserven, die Entwicklung der Kleingartengebiete und des Schutzgebietes Wald- und Wiesengürtel ab. Von 1997 bis 2001 wurden Grundstücke im Ausmaß von rund 300 ha einer baulichen Nutzung zugeführt: 110 ha für Wohn- und Mischgebiete, 104 ha für Industrie und Gewerbegebiete und 80 ha auf Gemeinbedarfsflächen und öffentliche Ver- und Entsorgung. Gegenüber der stark durch Großbauvorhaben geprägten Vorperiode vollzog sich die Stadterweiterung nun eher in kleinen Schritten und hier vor allem durch die Auffüllung bestehender älterer Baulandreserven.

Aus den Neuwidmungen errechnet sich für 2003 eine Baulandreserve von je 850 ha für Wohn- und Misch- sowie für Industrie- und Gewerbegebiete. Zwei Drittel des zwischen 1997 bis 2003 neugewidmeten Baulands ist heute wieder bebaut. Die bestehenden Baulandreserven stellen vorwiegend Altwidmungen dar. Der Großteil der früher als EKl (Erholungsgebiet – Kleingärten) gewidmeten Gebiete wurden mittlerweile in EKl-W (Kleingärten für ganzjähriges Wohnen) umgewandelt **(Verdichtungstendenz)**. Das Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel verändert sich zunehmend in SWW-L (Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel, landwirtschaftliche Nutzung).

Fortschreibung des Verkehrskonzepts

Nach einem Bürger/innenbeteiligungsverfahren beschloss der Gemeinderat im November 2003 den **Masterplan Verkehr (MPV)**. Er stellt die Weichen für die Verkehrsentwicklung der nächsten 10 bis 20 Jahre. Grundsätze und Ziele des MPV umfassen unter dem Schlagwort „Intelligente Mobilität – g'scheit unterwegs" nachhaltige Mobilität, Effizienz, Akzeptanz, Kooperation und Innovation und sind Maßstab und Motor für die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen. 10 Handlungsschwerpunkte sind festgelegt:

sichere Mobilität (Vision Zero),
S-Bahn plus,
U-Bahn-Impulse für die Stadtentwicklung,
Schnelle ÖV-Tangenten,
Halt nur bei Haltestellen,
Mobilität mit System,
Platz da,
Riesen Radverkehr,
Logistik-Kompetenz sowie
Schienen und Straßen für Europa.

Zum MPV 03 wurden im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) weiterführende Arbeitsplattformen eingerichtet:

- P+R und Fahrgemeinschaften (Federführung PGO),
- Regionalbusbeschleunigung (Federführung VOR),
- Verkehrserreger-Steuerung der Stellplatzerrichtung für Zielverkehr (Federführung MA 18),
- VEMA – Verkehrsmanagement (Federführung MD-Baudirektion).

Aufbauend auf den MPV 03 starteten unter dem Dach des Verkehrsverbunds Ost-Region und der Partner ÖBB, Flughafen Wien-Schwechat, die Länder Niederösterreich und Wien sowie Vertreter aus Pressburg die Arbeiten an einem neuen **Schnellbahnkonzept**, das als Grundlage für weitere Bestellungen von Verkehrsdiensten sowie für das Verkehrsangebot im Schienenverkehr bis zum Zeithorizont 2015 dienen soll. Ziel ist die **Verbesserung des Modal Split im Pendlerverkehr**.

Die bessere Bewältigung der mit der EU-Erweiterung wachsenden Verkehrsströme bezweckt das INTERREG III A-Projekt „CENTRAL – Central European Nodes for Transport and Logistics" mit folgenden Modulen: Planung für den Bahnhof Wien – Europa Mitte, Verbesserung der Schienenverbindung zwischen Wien und Pressburg und Ausbau der Terminalinfrastruktur.

Angelegenheiten der Verkehrsplanung und der Hauptverkehrsnetze

Die Planung für den öffentlichen Verkehr konzentrierte sich auf die **4. Ausbauphase ÖV**. Zur politischen Entscheidungsfindung wurden Varianten zur Verlängerung der U2 untersucht: Von der bestehenden Station Karlsplatz in Richtung Süden und von der künftigen Endstelle Aspernstraße ins Flugfeld. Der aktuelle Planungsstand von letzterer wurde der interessierten Öffentlichkeit im Rahmen einer zweitägigen Werkstattausstellung mit fachlicher Betreuung näher gebracht.

Bearbeitet wurde zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs Wien-Umland mit der PGO

- die Verlängerung der U6 von Siebenhirten nach Vösendorf und deren Verknüpfung mit der Badner Bahn (WLB) in einem Mischverkehrsystem,
- die Verlängerung der Straßenbahnlinie 6 zur Verbindung des Stadtzentrums Schwechat mit Wien, zusätzliche Anbindung des Concorde Business Parks mit P & R-Anlage an der S1 für Berufspendler aus der Region,
- eine Machbarkeitsuntersuchung zur Verlängerung der Linie 25 nach Groß-Enzersdorf mit zwei Varianten hinsichtlich der Ortsdurchfahrten aufgrund einer möglichen Verkehrsreduktion auf der B 3. Diese ÖV-Achse (Linie 25) eines siedlungsdynamischen Raumes wird mit U1, U2, R20, R80 und S80 verknüpft, um ihre Wirkung zu erhöhen.

Im Rahmen des EU-geförderten Projekts „Verkehrsspargemeinden Wienerwald" sollen einige Maßnahmen der **„Verkehrsuntersuchung westlicher Wienerwald"** realisiert werden. Außerdem wurde eine neue Kategorisierung des Wiener Straßennetzes überlegt.

Überlegt wurde auch eine Autobahnverbindung zwischen A 23 und S 1 entlang der Pottendorfer Linie im Zusammenhang mit dem Projektgebiet Rothneusiedl. Im Zuge von SUPer NOW wurden mögliche Trassen und Knotenausbildungen der Nordostumfahrung (S 1), der verlängerten Donauuferautobahn (A 22) sowie der angrenzenden Hauptverkehrsrouten untersucht. Im **Hauptstraßen B-Netz** lag das Schwergewicht im Schließen vorhandener **Netzlücken** bzw. umweltverträglicheren **Trassierungen** (B 14 – B 228, A 23 – B 221, B 224, A 23 / B 3d).

Generelle stadträumliche Fachplanungen für Belange des Verkehrs

Das weiter entwickelte **Verkehrs-Modell Wien** erklärt und bildet modellhaft Wirkungen und Änderungen des Verkehrsangebotes und der Siedlungs- und Nutzungsstruktur ab und dient der Analyse, Prognose und Beurteilung von Verkehrsmaßnahmen und Siedlungsentwicklung.
Untersucht wurden auch Verbesserungen im Sekundärnetz (Bus und Straßenbahn):

- Generelles Projekt Verlängerung der Linie 26 vom Kagraner Platz zur Hausfeldstraße,
- Machbarkeitsuntersuchung Linie 27 von Kagran zur Siemensstraße,
- Straßenbahnanbindung des neuen Stadtentwicklungsgebietes „Monte Laa" im 10. Bezirk.

Im Rahmen der **Generellen Radverkehrsplanung** wurde die „Radverkehrserhebung 2002–2005" weitergeführt. Die bereits in Betrieb befindlichen vier automatischen Dauerzählstellen wurden um vier erweitert. Zur Koordination der Umsetzung von Projekten im Hauptradverkehrsnetz wurde ein Arbeitskreis unter Leitung der MA 18 eingesetzt. Die MA 18 erhielt im Jahr 2003 die Ausarbeitung von Vorprojekten übertragen und bearbeitete die Projekte „Euro-Velo9 – Bereich Stammersdorf" und „Gürtelradweg – Bereich Westbahnhof bis Wiental". Bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum wurde eine Untersuchung über die Erfordernisse von **mobilen Radabstellanlagen** durchgeführt. Bei den Großveranstaltungen „ARGUS – Fahrradtage" und „100 Jahre Wiener Linien" wurden die Bürger/innen über die Entwicklung im Radverkehr informiert.

Ständige Beobachtung fachspezifischer (internationaler) Tendenzen

Der gemeinsam mit Immobilien-Unternehmen aktualisierte Bericht vom Herbst 2003 über die **Büroflächenentwicklung in Wien 2003 bis 2006** stellt die Entwicklung von Angebot und Nachfrage an Büroflächen dar. Schwerpunkte der Büroflächenproduktion sind weiterhin im Süden und Südosten Wiens. Bis 2006 geplanten Büroprojekten mit einer Gesamtfläche von rund 1,2 Mio. m² steht ein Büroflächenbedarf von voraussichtlich rund

700.000 m² gegenüber. Die Leerstandsrate steigt von derzeit rund 5,5 Prozent auf bis zu 7 Prozent an, liegt dann voraussichtlich aber noch immer unter den Werten der meisten mittel- und westeuropäischen Großstädte und ist ein Indikator für ein qualitativ vielfältiges Büroflächenangebot eines „gesunden Büromarktes".

Des Weiteren wurden **Trends und Entwicklungen im EU-Raum** und in den Beitritts-Ländern zu unterschiedlichen stadtplanungsrelevanten Fragen beobachtet.

Besorgung von Sonder- und Koordinationsaufgaben

Kontakte der Regionalmanagerin der Stadt Wien (MA 18) förderten die Entwicklungskonzepte für die Kleinregionen „Donaustadt – Marchfeld Süd" und „Wien Nord – Marchfeld West".

Mit Niederösterreich und Gemeindevertretern sowie sonstigen regionalen Akteuren wurden Organisations-, Abwicklungs- und Entscheidungsstrukturen für ein nachhaltig erfolgreiches und nach einheitlichen Grundsätzen agierendes **Stadt-Umland-Management** entwickelt.

Planungen zur Gesundheit, für soziale, kommerzielle und technische Infrastruktur

Die MA 18 nahm am Arbeitskreis „Therme Oberlaa" unter Federführung der Wiener Holding zur Ausarbeitung von Grundlagen zur Erstellung eines Masterplans teil.

Unter Führung der MA 21B erarbeitet das Projektteam „Flugfeld Aspern" seit Frühjahr 2003 mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds einen Masterplan zur Entwicklung des Flugfelds.

Allgemeine und übergeordnete Standortplanungen

Eine Projektgruppe bestehend aus Vertretern des Magistrats, des WWFF sowie eines potentiellen Developers erarbeitete Varianten für die mögliche Entwicklung des Standortes „Rothneusiedl" (z. B. Errichtung einer Mehrzweckfreizeiteinrichtung, Einkaufszentrum, Park & Ride). Voraussetzung dafür sind die Errichtung der S 1-Süd, der sogenannten Verbindungsspange S 1 – A 23 Hansson-Kurve sowie eine Verlängerung der U1 nach Süden.

Für das zum Grundgerüst des Grüngürtels von Wien gehörende „10., Alte Landgut" wurden Entwicklungsszenarien erstellt. Es wurde eine politische Entscheidung getroffen, dass an diesem Standort eine Fachhochschule errichtet werden soll.

Generelle stadträumliche Fachplanungen für Freiraum und Landwirtschaft

- Im Projekt **„Mehr Platz für Kinder"** wurden im Jahr 2003 durch Präsentationen in einigen Bezirksvorstehungen weiterhin Transferleistungen angeboten.
- **„Einfach-mehrfach"** ist ein Strategisches Projekt des Strategieplans der Stadt Wien. Für Kinder und Jugendliche sollen mittels **Mehrfach- und Zwischennutzungen** sowohl von Freiflächen als auch umbauten Räumen die „Spielräume" der Stadt erweitert werden. Dieser neue Weg beinhaltet sozial- und demokratiepolitische Zielvorstellungen ebenso wie wichtige Grundsätze der Verwaltungsreform und einen ökonomischen Zugang in Zeiten knapper Ressourcen.
- Der magistratsinterne Arbeitskreis **„Landwirtschaft in Wien"** erarbeitete eine einheitliche Position der Stadt Wien zur städtischen Landwirtschaft und zum Erwerbsgartenbau. Als Instrumentarium zur Erreichung der Leitziele wurde unter Federführung der MA 58 und Einbeziehung der Wiener Landwirtschaftskammer ein **„Agrarstruktureller Entwicklungsplan (AgSTEP) für Wien"** erstellt. Er umfasst die Verortung der Flächen, die langfristig der Landwirtschaft vorbehalten bleiben sollen (Berücksichtigung Grüngürtel Wien 1995!) und die Erstellung eines Ideenpools zur Erhaltung der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Vorrangflächen.
- Auf Grundlage der Wienerwald Deklaration 2002 wirkt die PGO an der Vorbereitung zur Einrichtung des **„Biosphärenpark Wienerwald"** mit (Projekt „Regionalanalyse Wienerwaldregion").
- Das **„Aktionsprogramm Raum Simmering – Schwechat"** (PGO) resultiert aus der Kooperation von Wien und Niederösterreich, der Bezirke 3, 10 und 11 und der betroffenen niederösterreichischen Gemeinden, aber auch bedeutender Akteure, wie Wiener Hafen oder WWFF und ECOPlus und wurde im Juli 2003 den Ländern, Gemeinden und dem Flughafen übergeben. Es reagiert auf die bereits realisierte bzw. in Bau oder Planung befindliche Verkehrsinfrastruktur, wie vor allem U3, S7 und S 1-Autobahnring um Wien.
- Mit viel Augenmaß, den Interessen Wiens, Niederösterreichs und der Stadtgemeinde Schwechat entsprechend, wurde der interkommunale Masterplan **„Entwicklungsgebiet Ailecgasse-Liesingtal"** konzipiert. In drei Ausbau-Etappen sollen in einem Zeitraum von über zwanzig Jahren maximal 6.000 Arbeitsplätze und Wohnungen für 4.500 Einwohner entstehen, ohne großes Einkaufszentrum mit Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Die Betriebe werden direkt an die S1 angebunden, Wien und Schwechat wollen nicht mit zusätzlichem Autoverkehr belastet werden.

Vertretung der Interessen der Stadtplanung bei diversen Institutionen

Die MA 18 vertritt Wien fachlich bei der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) und arbeitet in den Unterausschüssen der ÖROK, insbesondere am „ÖROK-Atlas zur räumlichen Entwicklung Österreichs" mit.

Kooperationen der Europäischen Union und internationale Zusammenarbeit

Zum INTERREG III A-Projekt „JORDES+" gab es 2003 den „Workshop C" in Wartberg (Senec/Slowakei) zum Thema „Regionale Befunde". Gemeinsam wurden drei Zusatzmodule definiert und beauftragt:

- Biosphärenregion und Leitbild Grüne Mitte,
- Regionales Organisationsmodell Siedlungs- und Verkehrsentwicklung,
- Stadt – Umland Kooperation Bratislava.

Zur Vorbereitung des geplanten Zusatzmoduls „Raumbeobachtung" wurde von Wien, Niederösterreich und Burgenland im Rahmen der PGO die Untersuchung **„Basiskarte & Informationssystem CENTROPE"** (Europaregion), insbesondere zur Koordination der GIS-Aktivitäten, beauftragt.

Grundlagenforschung im Rahmen von internationalen Zusammenarbeiten

Im Rahmen der Erstellung der OECD Territorial Review wurde durch das Österreichische Institut für Raumplanung (ÖIR) ein Austrian Background Report ausgearbeitet, der den Autor/innen des OECD-Berichts als Informationsgrundlage diente.

Ergänzend dazu wurden mehrere Workshops mit einer großen Anzahl von Fachexpert/innen und Vertreter/innen der Verwaltungen zur wirtschaftliche Entwicklung unter dem Aspekt der EU-Erweiterung, Bevölkerungsentwicklung, zum Arbeitsmarkt und zur Bildungs- und Wissensbasis der Region durchgeführt. Die Zusammenfassung der Hauptergebnisse und Empfehlungen der OECD wurde u. a. in der Schriftenreihe „Werkstattberichte" (Nr. 59A) der MA 18 veröffentlicht.

Betrieb der Planungswerkstatt und planungsbezogene Öffentlichkeitsarbeit

Die Aktivitäten der MA 18 auf dem Sektor der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit wurden auch im Jahr 2003 mit verschiedensten Mitteln durchgeführt. Ein Hauptschwerpunkt waren dabei sicherlich die **Fachausstellungen**, die teilweise in Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Stadtentwicklung mit sehr großem Erfolg in der Wiener Planungswerkstatt und vor Ort in den Bezirken gezeigt werden konnten.

Die Ausstellung **„barriere frei! – stadt ohne hindernisse?"** war der Beitrag des Ressorts „Stadtentwicklung und Verkehr" zum „Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen" und hat sich mit dem öffentlichen Raum und seinen Einrichtungen im Hinblick auf eine gleichberechtigte und selbständige Teilnahme aller Menschen am urbanen Leben auseinander gesetzt. Das parallel laufende, umfangreiche Veranstaltungsprogramm mit den Kuratoren/innen wurde vor allem von Schüler/innen und Bezirkspolitiker/innen intensiv genutzt und schulte und erhöhte das Problembewusstsein durch das konkrete Angebot die notwendigen Hilfsmittel ausprobieren zu können.

Im Jahr 2003 fand in den Sommermonaten wieder eine **Ferienspielaktion** unter dem Titel „Heute bist Du Chefin/Chef! Gestalte Deine Stadt!" in der Wiener Planungswerkstatt statt.

Der **Bürger/innen-Information** wurde insofern Rechnung getragen, als dass Projekte (zum Beispiel Verlängerung U1-Süd, U6-Nord) und Bürgerversammlungen (zum Beispiel SUP-Nordost) vor Ort in den Bezirken präsentiert bzw. durchgeführt werden konnten.

Im Jahr 2003 wurden darüber hinaus auch ca. 35 **Fachveranstaltungen** zu Themen der Stadtentwicklung/Stadtplanung organisiert bzw. Beiträge zu nationalen und internationalen Tagungen geliefert. Auch wurde eine internationale Konferenz zum EU-Projekt „PEGASUS" in Wien ausgerichtet.

Des Weiteren konnte im Zuge der Ausweitung der **Neuen Medien** vor allem die Internet-Präsentation (www.wien.at/stadtentwicklung) weiter forciert werden. Zur Zeit stehen ca. 980 Seiten über verschiedenste Themen der Wiener Stadtentwicklung online zur Verfügung. Auch wurden die verschiedensten Datenbanken mit Fachinformationen gespeist.

In den **Schriftenreihen** der Wiener Stadtentwicklung wurden auch im Jahr 2003 wieder verschiedenste Themen publiziert. Dabei handelt es sich um die Publikationsreihen „Der Stand der Dinge" (inhaltlich und grafisch sehr hohes Niveau, in deutscher und englischer Sprache) und um die „Werkstattberichte". Außerdem wurden zahlreiche Broschüren und Informationsfolder produziert.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt war auch die **Betreuung von Delegationen** aus dem In- und Ausland (so z. B. verschiedenste Bürgermeister und Politiker aus Städten der EU-Erweiterungsländer sowie der Russischen Föderation) durch Mitarbeiter/innen der Stadtentwicklungsabteilungen. In Summe handelte es sich dabei um 43 Delegationen mit über 1.000 Personen.

Die Präsenz der Wiener Stadtentwicklung erfolgte auch in der Durchführung von verschiedenen **Ausstellungen im Ausland**. So wurden die beiden Ausstellungen „Wien, Architektur – Der Stand der Dinge" und „Wien, Stadterhaltung/Stadterneuerung – Der Stand der Dinge" in den Städten Paris , Prag und Brünn mit sehr großem Erfolg präsentiert und die beiden Ausstellungen „Wien, Umwelttechnologien – Der Stand der Dinge" und „Best of European Cities" in Krakau gezeigt. Auch wurde an den beiden großen Immobilienmessen in Cannes („MIPIM") und München („EXPOREAL") mit Kleinausstellungen teilgenommen.

Zentralarchiv der Stadtplanung und technische Bibliothek

Die technische Bibliothek stellt aktuelle Gesetze, Normen und Regelwerke für den gesamten technischen Bereich des Magistrats sowie die in den einzelnen Fachabteilungen benötigte Amtsliteratur

(„fachliche Leihbibliothek für Mitarbeiter/innen") zur Verfügung und sammelt, archiviert und dokumentiert die im Bereich der Planungsabteilungen erstellten oder in deren Auftrag gemachten Studien, Projekte und wissenschaftlichen Arbeiten. Der Bestand wurde im abgelaufenen Jahr um 350 neue Titel (752 Bände) erweitert, es stehen somit aktuell insgesamt etwa 28.700 Titel (rund 52.460 Bände) zur Verfügung. Damit konnte mehr als 1.180 Personen die gesuchte Information in Gestalt von über 2.450 entlehnten Bänden vermittelt werden. Auf ÖNORMEN wird monatlich rund 28.100-mal zugegriffen. Im magistratsinternen Umlaufverfahren befanden sich 307 verschiedene Fachzeitschriften (Periodika), den Mitarbeiter/innen standen somit insgesamt über 26.400 Einzelhefte zur Verfügung.

Die Dokumentation Stadtplanung findet auch bei auswärtigen Benutzer/innen großes Interesse. Insbesondere Arbeiten aus der jüngeren Vergangenheit dienen als Grundlage für weitere Bearbeitungen an Universitäten und vergleichbaren wissenschaftlichen Institutionen. Für eine verbesserte Nutzung des archivierten Bestandes der Bibliothek wurde durch die Umarbeitung von 16.376 Karteikarten in einen Onlinekatalog begonnen. In Kooperation mit der Österreichischen Nationalbibliothek (Projekt ANNO) kann die „Allgemeinen Bauzeitung" online zur Verfügung gestellt werden.

Architektur und Stadtgestaltung (MA 19)

Die MA 19 ist im Rahmen der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr die Fachdienststelle für Architektur, Stadtgestaltung und alle Belange des Stadtbildes. Als „Architekturbüro der Stadt Wien" umfasst ihr Aufgabenbereich ein weites Spektrum. Die funktionelle Schwerpunktsetzung spiegelt sich in der organisatorischen **Dezernatsgliederung** wider:

- Gestaltung öffentlicher Raum
- Generelle Grundlagenplanung
- Städtischer Nutzbau
- Architektonische Begutachtung.

Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden im Zusammenhang mit anderen Geschäftsgruppen, Dienststellen, Interessensvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbildes bei.

Mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) mit Planungsleistungen sind Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen verbunden.

Bei der Auswahl der Planer waren das Wiener Landesvergabegesetz bzw. die Vergaberichtlinien der Stadt Wien zu befolgen.

Dezernat „Gestaltung öffentlicher Raum"

Oberflächenplanungen

Für Projekte, die im Rahmen der U-Bahnplanung betrieben wurden, wie z. B. U1-Nord und U2-Nord (laut Architektenwettbewerb), wurden größere Oberflächenplanungen weiterbearbeitet, wobei es sich teilweise um Architektenbeauftragungen handelt, wie z. B. 1., 3., 4., Schwarzenbergplatz, 1., Lothringerstraße, 1., Robert-Stolz-Platz, 2., Praterstern, 4., Kühnplatz, 5., Wiedner Hauptstraße, 8., Schlesinger Platz, 9., Bauernfeldplatz, 10., FGZ Favoritenstraße, 10., Columbusplatz, 12., 13., 14., Vorplatz Schönbrunn, 15., Schwendermarkt, 16., Brunnenmarkt (Gestaltungskonzept), 17., Dornerplatz, 20., Wallensteinplatz, 20., Ilgplatz, 23., Liesinger Hauptplatz – Bahnhofsvorplatz bzw. um Eigenplanungen der MA 19 wie 1., Albertinaplatz, 14., Samhaberplatz und weitere 37 kleinere Projekte.

Ein Konzept wurde für das Gebiet 1., Hoher Markt erarbeitet. Architekturwettbewerbe wurden für die Bereiche 1., Neuer Markt, 2., Vorplatz Messe (gemeinsam mit MBG Messe GmbH) und 10., „Sonnwendplatzl" (10., Favoritenstraße/Sonnwendgasse) durchgeführt.

Mitgearbeitet hat bzw. federführend war das Dezernat in den Arbeitskreisen 1., Kunstplatz-Karlsplatz, 1., Donaukanalbereich – Innere Stadt, Zielgebiet Gürtel, 10., FGZ Favoritenstraße, 16., Brunnenmarkt, Wienflussbereich sowie in der Fachkommission Verkehr – Straßenraumgestaltung.

Im Rahmen des Konzepts „Attraktivierung des öffentlichen Raumes – 50-Orte-Programm" wurde ein Grundsatzkonzept für ein Netzwerk von Plätzen, Orten und Wegen als bezirksübergreifende Maßnahme für alle 23. Bezirke (am ausgearbeiteten Beispiel der Bezirke 3 und 6) erarbeitet, um die stadtgestalterische Qualität im öffentlichen Raum zu verbessern. Ausgearbeitet wurde dieses Konzept für die Bezirke 4, 5 und 9, Vorbereitungen wurden für die Bezirke 7, 8 und 10 getroffen. Aufbauend auf diesen Inhalten und Erfahrungen soll in den nächsten fünf Jahren im Rahmen des 50-Orte-Programms eine entsprechende Anzahl von Projekten umgesetzt werden.

Möblierung des öffentlichen Raumes

Bearbeitungen für folgende neue Möblierungselemente wurden durchgeführt:

- Neuentwicklung eines Kandelabers für 10., FGZ Favoritenstraße
- Bearbeitung eines Konzepts für Werbeeinrichtungen im öffentlichen Raum – City Light Boards, Bezirkswerbekonzept (GIS-System)
- Entwicklung von Fahrradständern (Viennabike) und neues Wienmodell (Prototyp)
- Neuentwicklung von Telekomtelefonzellen
- Ringstraßenkonzept (Beleuchtung und Mastkonzept).

Diverse andere Gestaltungsaufgaben

Dieser Bereich umfasst gestalterische Begleitbearbeitungen von Straßenprojekten der MA 28, die Teilnahme an Koordinierungsbesprechungen im Rahmen der Dezentralisierung für alle 23 Bezirke, Teilnahme an den Besprechungen im Zuge der U-Bahnplanungen und die Bearbeitung von dies-

bezüglichen gestalterischen Aufgaben sowie die Teilnahme an Bürgerdiskussionen (projektbezogen). Öffentlichkeitsarbeit wurde im Zuge von Pressekonferenzen, Ausstellungen usw. geleistet.

Begutachtung von zum Teil privaten Ansuchen im öffentlichen Raum

Im Jahr 2003 wurden folgende Themengebiete behandelt: Schanigärten, Kioske, Warenausräumungen, Automaten, Vitrinen, Postkasten, Litfaßsäulen, City-Light Wartehallen, diverse Werbeelemente usw. Die Inhalte der Studie über Schanigärten und deren Möblierung wurde in der Praxis laufend umgesetzt. Im Berichtsjahr wurden rund 900 Ansuchen behandelt. Im Zuge der MAMBA-Bearbeitung wurden die Schanigärten im 1. Bezirk bzw. in der Mariahilfer Straße fotografiert und können EDV-mäßig abgerufen werden.

Dezernat „Generelle Grundlagenplanung"

Das Dezernat behandelt grundsätzliche stadtgestalterische Themenstellungen, überprüft städtebaulich relevante Projekte auf ihre stadtgestalterischen Auswirkungen, koordiniert oder begleitet gegebenenfalls deren Entwicklung und vermittelt stadtplanerische und -gestalterische Inhalte im Zusammenhang mit Vorträgen bzw. Ausstellungspräsentationen im In- und Ausland. Die Tätigkeiten können in folgende Arbeitsbereiche gegliedert werden:

Generelle Konzeptionen

Schutzzonenmodell für Wien: Zur EDV-mäßigen Erfassung der schützenswerten Bausubstanz von Wien wurde 1997 mit der MA 14 eine Datenbank entwickelt, welche via Intranet den relevanten Dienststellen als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung steht. Im Jahr 2003 wurden weitere Felderhebungen durchgeführt (Pufferzone Weltkulturerbe, Teilgebiete in den Bezirken 3, 6 ,8 und 9) und die Daten eingespeist.

Koordinierung von Planungsabläufen

Für die weitere städtebauliche Entwicklung des Westbahnhofbereiches wurde im Jahr 2002 der städtebauliche Wettbewerb gemeinsam mit der ÖBB abgeschlossen und juriert. Aufbauend auf den Ergebnissen des Wettbewerbes wurde gemeinsam mit der ÖBB die Entwicklung eines Masterplanes für den Bereich eingeleitet und weitgehend abgeschlossen.

Mitarbeit bei Projektsentwicklung und Arbeitskreisen

Ein weiteres Arbeitsfeld ist die Mitwirkung bei gestaltwirksamen Projekten und die Teilnahme an projektsentwickelnden Arbeitskreisen anderer Fachdienststellen, wie z. B. der Planung und Errichtung von Ingenieurbauwerken. Im Zuge der Errichtung von Lärmschutzwänden wirkt die MA 19 aktiv an der Gestaltfindung mit. Unter anderem wurde die von Architekt Stanzel geplante Lärmschutzwand an der A 22 gestalterisch begleitet und fertig gestellt.

Durchführung von Wettbewerben

Gemeinsam mit der MA 29 wurde ein Wettbewerb für die Errichtung einer behindertengerechten Fuß- und Radwegverbindung für den Bereich Gürteldreieck Spittelau „Skywalk Spittelau" vorbereitet. Ein Gestaltungswettbewerb zum Thema „Eisenbahnbrücke über den Donaukanal und Winterhafen" wurde gemeinsam mit der ÖBB durchgeführt und abgeschlossen.

Erstellung von Studien

Zur weiteren Grundlagenaufbereitung zum Thema der Wiener Dachlandschaft wurden zwei Studien beauftragt. Die Studie „Dachtypologie – Dachformen und Gestaltungsregeln für Dächer der Gründerzeit 1850 – 1914" versucht innerhalb der wesentlichen Stilphasen der Gründerzeit die auftretenden Dachtypen differenziert aufzuzeigen und in Beziehung zu den dazugehörigen Fassaden zu bringen. Die Studie „Dachausbauten in der Stadtlandschaft – Ein Vergleich in Wien, Berlin, Prag, Budapest und München" zeigt den Umgang mit Dachgeschoßausbauten in anderen europäischen Städten auf.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Jahr 2003 wurde die Homepage der MA 19 sowohl inhaltlich als auch optisch neu aufbereitet. Eine wesentliche Neuerung im Zusammenhang mit der Überarbeitung war die Entwicklung einer Wettbewerbsdatenbank, die nun gemeinsam mit den anderen Stadtplanungsabteilungen (MA 21A, MA 21B) über abgehaltene und laufende Wettbewerbe informiert (http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/wettbewerbe/index.htm).

Dezernat „Städtischer Nutzbau"

In diesem Dezernat erfolgt die Abwicklung aller städtischen Hochbauplanungen mit Ausnahme des Städtischen Wohnbaus und des Städtischen Krankenanstaltenbaus. Die erteilten Planungsaufträge wurden größtenteils durch Vergabe an Zivilteckniker (Architekten) erfüllt. Zur Auswahl der Planer wurden Vergabeverfahren wie Wettbewerbe und Verhandlungsverfahren durchgeführt.

Schulbau

Nach Auslaufen des „Schulbauprogramms 2000" wurden vermehrt finanzielle Mittel für Generalsanierungen der bestehenden Schulen eingesetzt. Parallel zur Sanierung wurden auch funktionelle Verbesserungen vorgenommen.

- Bemerkenswerte Planungen von Neubauten: 10., Wienerberg City und 22., Langobardenstraße 56 (Schule und Kindertagesheim).
- Bemerkenswerte Planungen von Generalsanierungen: 2., Feuerbachstraße, 8., Zeltgasse, 10., Florian-Hedorfer-Straße, 12., Johann-Hoffmann-Platz und 21., Ostmarkgasse.

Stadtentwicklung und Verkehr

Kindergärten und Heime

Das Aufgabengebiet dieses Referats umfasst Neubauten, auch im Zuge von Schulneubauten und die Sanierung bestehender Gebäude, vor allem unter dem Aspekt der funktionellen und energietechnischen Verbesserung der bestehenden Bausubstanz.

- Bemerkenswerte Planungen von Neubauten: 10., Maria-Rekker-Gasse (im Zuge eines Schulneubaus), 2., Vorgartenstraße (im Zuge eines Schulneubaus) und 22., Schukowitzgasse 87 (Kindertagesheim).
- Bemerkenswerte Planungen von Generalsanierungen: 2., Engerthstraße 237, 3., Erdbergstraße 22 und 10., Laxenburgerstraße 51-53.

Amtshäuser

Ziel dieses Referats ist die Attraktivierung der Amtshäuser im Sinne einer kundenorientierten Verwaltung durch Umbauten, Neugestaltungen und Verbesserung der Erschließung für Behinderte durch barrierefreie Zugänge und Aufzüge. Eine Generalsanierung wurde für das Amtshaus Liesing geplant. Die Planung eines Neubaus eines Heimes für obdachlose Männer in 21., Siemensstraße 106 wurde bereits fertig gestellt.

Bemerkenswerte Planungen von Umbauten (Front-Offices): 1., Wipplingerstraße 8, 3., Karl-Borromäus-Platz 3 und 12., Schönbrunnerstraße 256.

Rathaus, diverse Nutzbauten 1

- Rathaus: Planung eines Zubaus (Tiefspeicher für die MA 9).
- MA 48: Bemerkenswerte Planungen von Neubauten: 17., Lidlgasse 5, Werkstättengebäude (Hauptwerkstätte) und 11., Alberner Hafenzufahrtsstraße 211 (Stützpunkt). Bemerkenswerte Planung eines Umbaus: 22., Stadlauer Straße 54, Waagner-Biró-Gründe (Zentrale).



Die Stadträte DI Rudolf Schicker und Werner Faymann sowie Ottakrings Bezirksvorsteherin Ernestine Graßberger besuchten die Ausstellung „Draufsetzen", die in der Gebietsbetreuung Ottakring zu sehen war.

Diverse Nutzbauten 2

- MA 42: Bemerkenswerte fertiggestellte Planung eines Neubaus: 11., Bleriotweg (Gärtnerunterkunft).
- MA 70: Bemerkenswerte fertig gestellte Planung eines Neubaus: 14., Baumgartenstraße 7 (Station Penzing). Bemerkenswerte Planung eines Umbaus: 17., Gilmgasse 18 (Station Hernals),

Dezernat „Architektonische Begutachtung"

Der Aufgabenbereich dieses Dezernats liegt in der Begutachtung von Bauansuchen aus architektonisch-stadtgestalterischer Sicht im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens für das gesamte Wiener Stadtgebiet. Die Tätigkeit stellt eine direkte projektbezogene Auseinandersetzung mit Stadtbildfragen dar und erstreckt sich auf Neu-, Zu- und Umbauten, Portale, Reklameanlagen, Antennenanlagen und Fensterauswechslungen. Bei der Beurteilung der Projekte wird aktiv darauf Einfluss genommen, sodass die beabsichtigten Bauführungen keine optische Beeinträchtigung des Stadtbildes bewirken (§ 85 der BO für Wien).

Auf Grund der Entwicklungen auf dem Telekommunikationssektor und der damit einhergehenden Intensivierung der Betreuung blieb der Aufwand der Begutachtung von Sendemastanlagen im Berichtsjahr 2003 weiterhin hoch. Zu diesem Thema wurde eine Studie „Mobilfunkstudie der Stadt Wien" in Zusammenarbeit mit Herrn DI Werner begonnen, die im Frühjahr 2004 fertig gestellt werden soll.

Zur Aufbereitung des Themas Dachausbau wurde in Zusammenarbeit mit der Gebietsbetreuung Ottakring die Ausstellung „Draufsetzen – Perspektiven des Dachausbaus in den gründerzeitlichen Vierteln von Wien" gestaltet.

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit dieses Referats wurden von den Referenten im Berichtsjahr ca. 8.000 Ansuchen – dies entspricht ca. 11.000 Akte – bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet. Dies umfasst Bauansuchen aller Art, Werbeanlagen, Antennenanlagen sowie die Bewilligung von Fensterauswechslungen. Für Fensteränderungen wurden in Vertretung der Baubehörde etwa 400 vereinfachte Bewilligungsverfahren durchgeführt.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West (MA 21A)

Um den Ansprüchen der Allgemeinheit, der politischen Entscheidungsträger und Interessentenvertreter, aber auch den Ansprüchen der einzelnen Bürger gerecht zu werden, sind von der MA 21A die stadtplanerischen Rahmenbedingungen für eine geordnete Stadtentwicklung unter Berücksichtigung von übergeordneten planeri-

schen Zielsetzungen für die Bezirke 1 bis 9 und 14 bis 20 vorgegeben worden. Nach den Zielsetzungen des „Gender Mainstreaming" und der vermehrten „Einbindung der Bürger in den Planungsprozess" wurde über „alte" (persönliches Gespräch, Telefon, Presse, Veranstaltungen, Ausstellungen) und „neue Medien" (Internet, Diskussionsforen ect.) eine bürgernahe Information von Projekten der Stadtplanung und die Diskussion und Kommunikation mit der Bevölkerung durch Bürgerbeteiligungsprojekte geführt.

Strategische Projekte

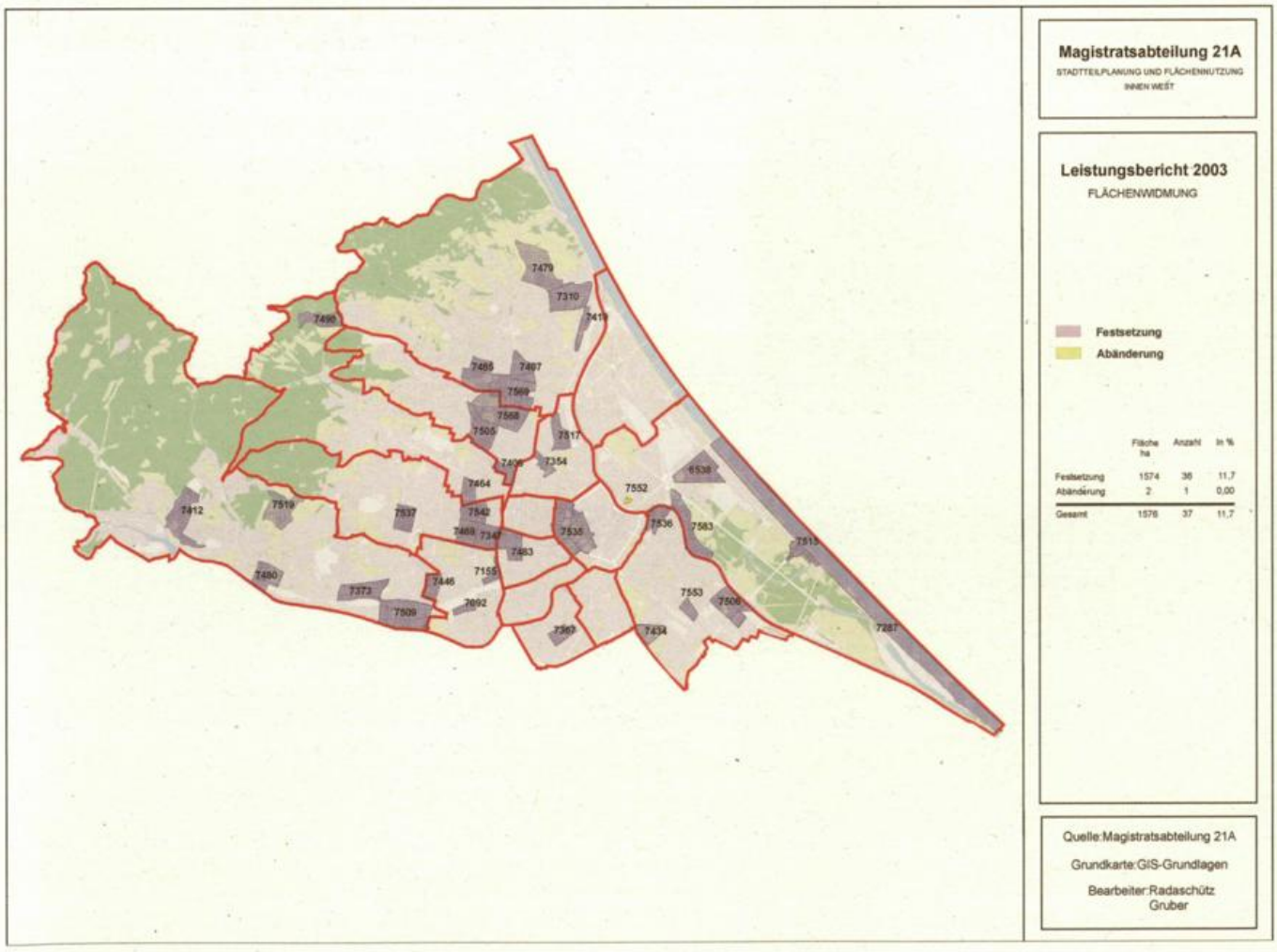
Die weitere Aufarbeitung des 10-Jahres-Programms, d. h. die neue Festlegung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, deren Rechtskraft infolge des VfGH-Erkenntnisses vom März 1995 mit August 2006 begrenzt ist, wurde eingehalten.

Operationelles Programm „Zielgebiet Gürtel"

Nach Erarbeitung eines strategischen Handlungskonzepts für die Verbesserung und Imageaufwertung des Gürtels und der Konstituierung des „Gürtelbeirates" wurden die Bürger/innen eingeladen, eigene Projekte zu erarbeiten, die in einem messeähnlichen „Marktplatz" vorgestellt und danach vom Gürtelbeirat teilweise zur Weiterbearbeitung empfohlen wurden. Der Schwerpunkt lag



Stadtrat DI Rudolf Schicker stellte das Projekt „Zielgebiet Gürtel" vor.



Stadtentwicklung und Verkehr

dabei vor allem auf der Mängelfeststellung des Radwegs und der Beleuchtung entlang des Gürtels.

Im Rahmen des EU-Projektes Pegasus, an dem sieben andere europäische Städte teilnahmen, wurde das Projekt „Zielgebiet Gürtel" auf Nachhaltigkeit im Bereich der Verwaltungspraxis und Entscheidungsfindung untersucht.

Bürgerbeteiligung Brunnenmarktviertel

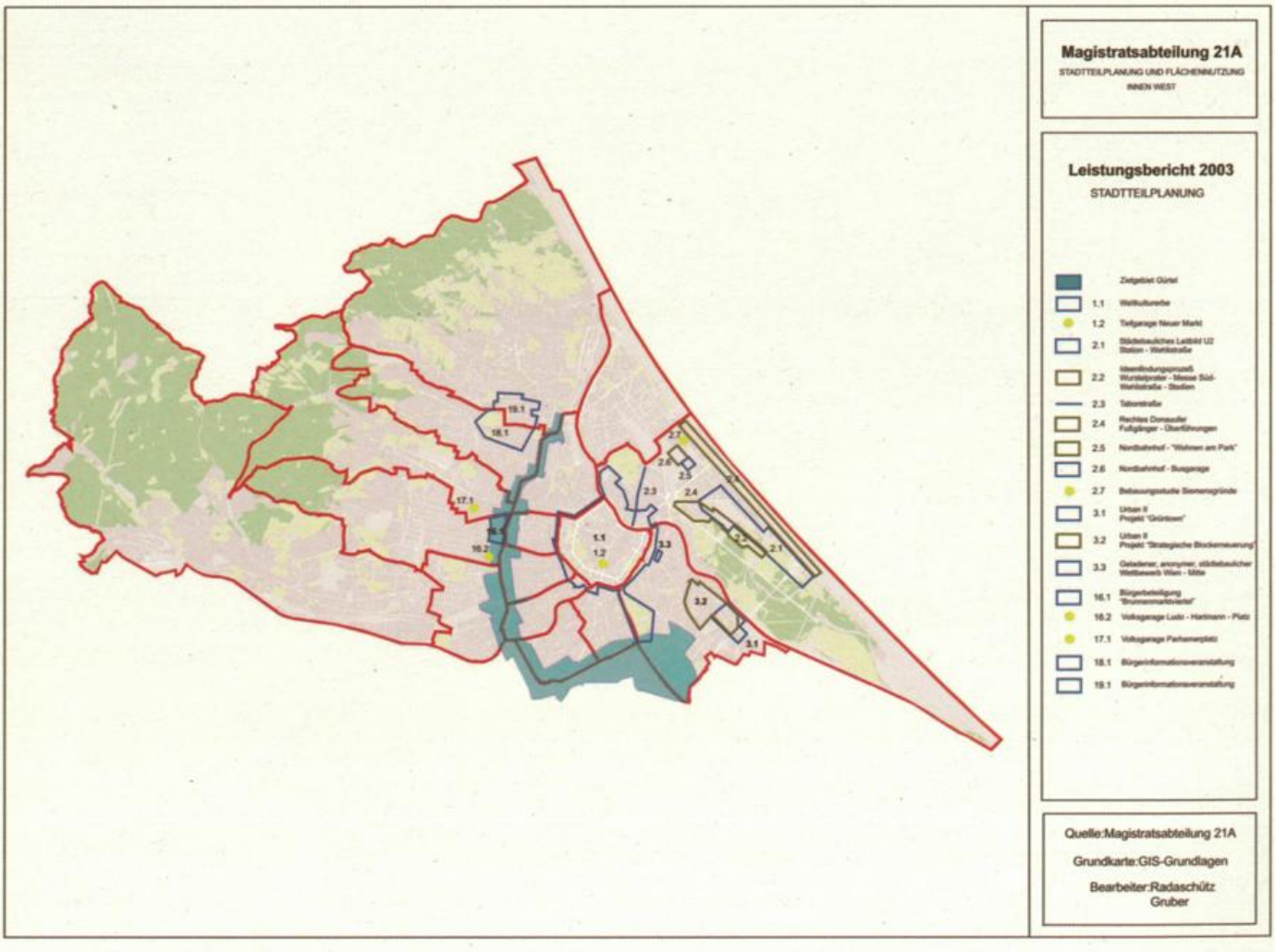
Bei Informationsveranstaltungen und vertiefenden Diskussionsrunden wurden die Anliegen aller am Brunnenmarkt Interessierter (Bürger/innen, Planer/innen, Marktbesucher/innen und Politiker/innen) erfasst und zu Konzepten und Gestaltungsvorschlägen von neuen Marktständen zusammengeführt mit dem Ziel einer Aufwertung des Brunnenmarktes als Ort der Kommunikation. Die Ausgestaltung als Fußgängerzone (außerhalb der Marktöffnungszeiten) und flankierende Maßnahmen für den ruhenden Verkehr wurden erarbeitet und die Idee eines Marktmanagers konkretisiert. Zusätzlich zu einem Bericht über das Bürgerbeteiligungsverfahren wurde eine Evaluierung der Verfahrensschritte durchgeführt.

Erdberger Mais – Stadtentwicklungszone „Neu Erdberg – Simmering"

Zur nachhaltigen Verbesserung der Grünstruktur wurde aus EU-Mitteln des URBAN II-Gebietes Wien-Erdberg ein Grün- und Freiraumkonzept für einen Teilbereich erstellt. „Grüntown" gibt operative Ausgestaltungsmaßnahmen für Grün- und Freiflächen (z. B. natürliche Versickerung und Bepflanzung im Straßenraum, Wasserflächen im öffentlichen Raum) inklusive des Fuß- und Radwegenetzes für das unmittelbare Umfeld des Projektes Town-Town vor. Mit „Grüntown" konnte ein Planungsprozess seitens der Stadtplanung eingeleitet werden, bei dem definierte Gestaltungssatzungen mittels EU-Finanzierung zur Sicherung einer urbanen, identitätsstiftenden Gestaltqualität des öffentlichen Freiraumes für die Benutzer/innen direkt durch Straßenbaumaßnahmen umgesetzt werden.

Strategische Blockerneuerung

In der Studie „Strategische Blockerneuerung" wurde für maßgebliche Teile von Alt- und Neu Erdberg liegenschaftsübergreifende städtebauliche Ziele entwickelt und gezielte Inter-



ventionen in städtebaulicher, stadtstruktureller, stadtgestalterischer, grundstücksrechtlicher und förderungsmäßiger Hinsicht zur Durchsetzung von Maßnahmenbündeln gesetzt.

Masterplan für den Westbahnhof

Durch die Mitwirkung bei der Erarbeitung eines städtebaulichen und betrieblichen Leitkonzepts (Masterplan) wurden Synergien zwischen den Verwertungsvorstellungen und Betriebserfordernissen der ÖBB und den Entwicklungsvorstellungen der Stadtplanung erzielt. Die Ergebnisse sind Grundlage für die Erstellung des Flächenwidmungsplans sowie weiterführender Wettbewerbs- und Planungsverfahren.

Nordbahnhof

Der Nordbahnhof gilt als bedeutende innerstädtische Entwicklungszone mit einem Wohnbaupotenzial von 9.000 Wohnungen. Durch die geplante Absiedelung der Busgarage Vorgartenstraße Anfang 2006 wurden Planungsaktivitäten für diesen Bereich gesetzt. Gemeinsam mit den Wiener Linien und der GESIBA wurde auf Basis des Leitbildes Nordbahnhof ein Wettbewerb durchgeführt. Das Siegerprojekt bietet neben klaren Bebauungsstrukturen um die denkmalgeschützte Garagenhalle auch einen innovativen Ansatz zum Thema Vorgarten. Ein weiterer Wettbewerb mit dem Titel „Wohnen am Park" wurde gemeinsam mit der GESIBA durchgeführt. Die beiden Siegerprojekte wurden aufgrund der klaren Bebauungsstruktur und den innovativen Ansätzen im Bereich des Wohnbaus ausgewählt. Für die Ergebnisse beider Wettbewerbe wird im Jahr 2004 ein Bebauungsplan erarbeitet.

Entwicklungszone „Prater Neu"

Für die Zone Wurstelprater – Messe – Krieau – Stadion soll zur Attraktivitätsverbesserung ein zusammenhängender Veranstaltungs-, Ausstellungs-, Sport- und Entertainmentbereich entwickelt werden. 2003 wurde ein öffentlich ausgeschriebener Ideenfindungsprozess abgeschlossen und die Ergebnisse in einer Ausstellung im Messegelände der Öffentlichkeit präsentiert. Aufbauend auf den Zielvorgaben der Stadt Wien sowie unter Einbeziehung ausgewählter Konzeptvorschläge wurde ein Leitkonzept entwickelt, das die Basis für den Masterplan darstellt, für dessen Erstellung der französische Entertainmentspezialist Mongon beauftragt wurde.

Stadtstrukturelle Neuorientierungen

Städtebauliches Leitbild Bereich U2 – Station Messe – Wehlistraße

Das im Jahr 2002 erarbeitete städtebauliche Leitbild wurde nach Diskussion und Vorstellung vom Gemeinderat beschlossen und stellt nun die Basis für die weiteren Planungsschritte wie z. B. Gutachterverfahren etc. dar. Das nutzbare Grundflächenpotential von ca. 30 ha erlaubt rund 625.000 m² Bruttogeschoßflächen für unterschiedliche Nutzungen. Als Entwicklungshorizont wird 2015 angenommen, wobei 2008/2009 durch die Fertigstellung der U2 sowie Ausrichtung der Fußball EM 2008 die stärksten Impulse gegeben sind.

Attraktivierung des rechten Donauufers

Das rechte Donauufer ist ein wenig genutztes Naherholungsgebiet für den 2. und 20. Bezirk. Die starke Barriere Handelskai samt parallel laufender Donauuferbahn kann sinnvoll nur kreuzungsfrei überwunden werden. Dazu sind, vor allem für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen, in zumutbaren Abständen angeordnete Stege erforderlich. Zusätzlich zu den bestehenden Einrichtungen, wie Promenade/Radweg, Anlegestellen, Restaurant, Hotel und Bootshafen, besteht ausreichend Potenzial für weitere Attraktionen. Im Herbst 2003 wurde eine Studie erarbeitet, die neben möglichen Standorten für Stege über den Handelskai und die Donauuferbahn auch Überlegungen zur Attraktivierung des rechten Donauufers beinhaltet.

Neustrukturierung Handelskai

Die mit der Bebauung auf den ehemaligen „Garvens"- sowie „Readymix"- Liegenschaften eingeleitete Umorientierung von ehemaligen Industrieeinlagen zu hochwertigen Wohn- und Wirtschaftsstandorten hat auf Grund absehbarer Stilllegung von Betrieben auf den KDAG- (Siemens-) Gründen sowie von Liegenschaften der Maschinenfabrik Krause eine Fortsetzung gefunden. Als Grundlage für die weiteren Planungsschritte wurden daher für diese benachbarten Liegenschaften aufeinander abgestimmte Bebauungsstudien in mehreren Varianten erstellt.

Rahmenplan Taborstraße

Durch die Verlängerung der U2 bieten sich für die Geschäftsstraße Taborstraße Chancen für eine Neuorientierung und Neugestaltung. Die Ergebnisse des im Jahr 2002 von der „Arbeitsgruppe Taborstraße" erarbeiteten Rahmenplans Taborstraße wurden diskutiert und entsprechend der Projektfortschreibung präsentiert. Gleichzeitig hatten die Bürger/innen die Möglichkeit, ihre Ideen für die Taborstraße in der Bezirksvorstehung des 2. Bezirks einzubringen. Weiters beschäftigte sich eine Gruppe von Architekturstudent/innen in einem Entwurfsprogramm mit der Taborstraße.

Neue Siedlerbewegung

Am Gelände einer aufgelassenen Gärtnerei im 14. Bezirk wurde ein Projekt für eine Mustersiedlung im Sinne des klassischen Wiener Wohnbaus geplant. Basierend auf einem Masterplan soll eine neue „Werkbundsiedlung", geplant durch 12 renommierte europäische Architekten, nach neuesten technologischen Erkenntnissen errichtet werden. Die Bebauungsform, für die ein Flächenwidmungs- und Bebauungsplan beschlossen wurde, wird die Vorzüge eines Ein-

familienhauses mit der des Geschoßwohnhauses vereinen.

Weltkulturerbe

Sicherung der Bausubstanz der Wiener City

Mit der Überarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für Teilbereiche der Wiener Innenstadt erfolgte im Hinblick auf den Schutz des bestehenden Stadtbildes des 1. Bezirks – Weltkulturerbe – eine Modifizierung der Bebauungsbestimmungen, wobei einerseits ein maßvoller Ausbau der Dachgeschoße ermöglicht, jedoch andererseits auch ein Schutz für die bestehende Dachlandschaft und das örtliche Stadtbild gesichert werden sollte.

Wien – Mitte

Im Jahr 2003 wurden Vorbereitungen für ein neues Projekt „Wien – Mitte" getroffen, das mit dem Weltkulturerbestatus der Wiener Innenstadt bezüglich der Gebäudehöhen verträglich sein sollte. Dazu wurde ein von der Stadt Wien anonymer städtebaulicher Wettbewerb ausgelobt. Ein international hochkarätig besetztes Preisgericht unter Mitwirkung von Vertretern aller politischer Fraktionen wählte den Entwurf der Architekten Henke & Schreieck zum Siegerprojekt aus. Für die Jury war die Einfachheit und Klarheit des städtebaulichen Vorschlags, das Prinzip des gedeckten, großzügigen Hofes sowie die Fähigkeit des Projekts, in unabhängigen Abschnitten realisiert zu werden, ausschlaggebend. Das Projekt soll unter Einbeziehung der Grundeigentümer bzw. Investoren weiterentwickelt werden.

Alte Ortskerne/Weltkulturerbe

Dem alten Siedlungskern von Penzing wurde auf Grund seiner nunmehrigen Lage innerhalb der Pufferzone des Weltkulturerbes Schönbrunn mit der Erweiterung der bisherigen Schutzzonenbestimmungen besondere Bearbeitungstiefe bei der Überarbeitung der Bebauungsbestimmungen gewidmet.

Erhaltung der historisch gewachsenen Stadtstruktur

Währinger und Döblinger Cottage

Für den Bereich des Cottages wurden die Schutzzonenabgrenzung überarbeitet sowie die Bebauungsbestimmungen modifiziert. Im Zuge des Widmungsverfahrens fand eine Bürgerinformationsveranstaltung statt.

Stabile Wohngebiete

Für Bereiche im 2. Bezirk, die sowohl gründerzeitliche Strukturen als auch Einsprengungen durch sozialen Wohnbau einerseits aus der Zwischenkriegszeit, andererseits auch aus den letzten Jahrzehnten aufweisen, wurden Flächenwidmungs- und Bebauungspläne zum Beschluss gebracht, die eine zeitgemäße Erneuerung der Altbausubstanz im Sinne der Stadterneuerung mit dem Ziel der Annäherung an die nunmehrigen Qualitätsansprüche gewährleisten sollen.

Heterogene Nutzungsansprüche

Zur Erhaltung und Förderung gemischt gewerblicher Nutzungen ohne eine massive Verdrängung von Wohnraum, sondern vielmehr zu dessen zeitgemäßer Erneuerung, wurden in Gebieten des 15. Bezirks, die einerseits durch die Barrierewirkung des Westbahnhofs und andererseits durch die Verkehrsbelastung der Johnstraße betroffen sind, Flächenwidmungs- und Bebauungsbestimmungen erlassen, die eine Nutzungsmischung unter Ausbau der bestehenden Betriebe zukunftsweisend ermöglichen sollen.

Sicherung und Nutzungsbarmachung von Grün- und Erholungsflächen

Der übergeordnete stadträumliche Erholungsraum am rechten Donauufer zwischen Reichsbrücke und Stadtgrenze wurde unter Zugrundelegung des Leitbilds für den Donauraum mit einer Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans erfasst, der die Belange des Hochwasserschutzes und des Erholungsraumes, verbesserte Erreichbarkeit und freie und öffentlich Zugängigkeit berücksichtigt. Den zukünftigen Ausbauerfordernissen der ÖBB und des Schifffahrtswesens wurde Rechnung getragen.

Für die im 14. Bezirk gelegenen großflächigen Kleingartenanlagen im Rosental, die auf Grund ihrer topografischen Gegebenheiten und heterogenen Struktur einer auch auf die Erschließbarkeit abgestimmten Betrachtung und Bearbeitung bedurften, wurde ein Flächenwidmungs- und Bebauungsplan vom Gemeinderat beschlossen.

Vorsorge für Tiefgaragen

- Bei der Projektierung der Tiefgarage am Neuen Markt war die MA 21A Mitglied im Beurteilungsgremium zur Variantenuntersuchung.
- Im Bereich des Sportplatzes am Ludo-Hartmann-Platz im 16. Bezirk und am Parhamerplatz im 17. Bezirk wurde die Widmung für Garagen beschlossen.
- Im 19. Bezirk wurde widmungsmäßige Vorsorge für die Errichtung einer Tiefgarage im Bereich des Karl-Marx-Hofes getroffen.

Kommunikationsformen mit der Bevölkerung

Bürgerbeteiligung bei Flächenwidmungsverfahren

Unter der Leitung der Wiener Umweltanwaltschaft wurde gemeinsam mit einer Bürgergruppe, Raumplanern, der Arbeiterkammer, Gebietsbetreuung und Agenda 21 für den 9. Bezirk sowie der Stadtplanung eine sinnvolle Einbindung der Bevölkerung bei der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungspläne erörtert. Damit wurden die Erfahrungen, welche im Zuge des

Widmungsverfahrens zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für das Gebiet Sensengasse gesammelt wurden, weiterentwickelt.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd-Nordost (MA 21B)

Planungen in den Bezirken

10. Bezirk

Für die Realisierung des **Hauptbahnhofs Wien** wurde gemeinsam mit den ÖBB ein „Letter Of Intent" ausgearbeitet, der die künftigen Planungen und Umsetzungsschritte sowohl des beabsichtigten Durchgangsbahnhofs als auch eines neuen Stadtteils vorbereitet. Im Oktober 2003 unterzeichneten Vertreter der Republik Österreich, der ÖBB und der Stadt Wien diese Absichtserklärung. In weiterer Folge wurde die Erstellung eines städtebaulichen Masterplans eingeleitet.

Im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungs- und Nutzungsstudie für das Areal des **Preyer'schen Kinderspitals** wurden Vorschläge für eine künftige Nutzung erarbeitet. Das Ergebnis der Studie soll als Grundlage zur Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans herangezogen werden.

Die Verfahren zur Festsetzung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen für den Bereich zwischen Triester Straße und Favoritenstraße südlich des dicht bebauten Stadtgebiets konnten abgeschlossen werden. Weitere Festsetzungen erfolgten im südöstlichen Bereich des Bezirks, wobei unter anderem die Trasse der künftigen Südumfahrung berücksichtigt wurde.

11. Bezirk

Das **Schloss Neugebäude** soll revitalisiert und im Rahmen von Kultur- und Bildungseinrichtungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Um Nutzungs- und Entwicklungsvorschläge im größeren räumlichen Zusammenhang zu erhalten, wurde die Erstellung einer entsprechenden Studie beauftragt und abgeschlossen.

Am 30. Jänner 2003 wurde der Strukturplan „Mehrwert Simmering" vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen. Zur widmungsmäßigen Umsetzung wurden für drei Teilgebiete Planentwürfe ausgearbeitet, von denen bereits ein Plandokument Rechtskraft erlangt hat. Mit der Beschlussfassung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen im dicht bebauten Stadtgebiet wurden Anreize für die Realisierung städtebaulicher Maßnahmen gesetzt. Darüber hinaus konnten wesentliche infrastrukturelle Projekte wie die künftige Müllverbrennungs- und Biogasanlage oder die geplante Errichtung eines Seniorenwohnheims durch entsprechende Widmungsfestsetzungen berücksichtigt werden.

12. Bezirk

Für den Bereich der ehemaligen **Kabel- und Drahtwerke AG** (KDAG) in der Oswaldgasse sind durch die Arbeit des Gebietsmanagements, in dem Vertreter der MA 21B ständige Mitglieder sind, große Erfolge hinsichtlich Entwurfsqualität der Projekte und Umsetzungen von Planungsintentionen erzielt worden. Die Konzeption des Entwicklungsvorhabens KDAG stößt weiterhin in internationalen Fachkreisen auf großes Interesse und wurde im Rahmen von Veranstaltungen in Istanbul, Gdynia und Paris vorgestellt. Für die Neuplanungen für den Bereich der ehemaligen **KOMET-Gründe** wurden die analytischen Vorarbeiten, die als Grundlage für einen Wettbewerb und für die nachfolgende Vorlage bei der Stadtentwicklungskommission dienen, durchgeführt und abgeschlossen. Für die architektonisch wichtigen **Siedlungen Am Rosenhügel und Hoffingergasse** wurde ein Gestaltungskonzept beauftragt, welches nun als Grundlage für die zu erstellenden Planentwürfe dient.

13. Bezirk

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe wurden auf Basis des Siegerprojekts die planungsbestimmenden Parameter für das Vorfeld **Schönbrunn** erarbeitet, um diese in den nun zu erstellenden Planentwurf einfließen zu lassen. Für die Errichtung von zwei **Volksgaragen** wurden zum einen die Vorarbeiten durchgeführt (Ober St. Veit), zum anderen das Verfahren zur Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans (Auhofstraße) abgeschlossen. Zur Bestandsicherung des Naherholungsraums des **Lainzer Vorfelds** ist das Verfahren zur Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans im Laufen.

21. Bezirk

Die Verfahren zur Neufestsetzung des Flächenwidmungsplans und Bebauungsplans für die Ortskerne Jedlersdorf und Stammersdorf, sowie für die Siedlungsgebiete Allißengasse und Kürschnergasse Süd konnten abgeschlossen werden. Für die großen landwirtschaftlich genutzten Bereiche im Vorfeld des **Bisambergs** erfolgte die Sicherung der landwirtschaftlichen Nutzung in Abstimmung mit Zielen der Erholungsnutzung (Dr.-Nekowitsch-Straße, Strebersdorfer Straße). Ebenso wurde im Bereich des Langen Feldes die Nachnutzung des Deponiegebiets als Erholungsgebiet widmungsmäßig sichergestellt. Am Karl-Seitz-Platz konnten die Voraussetzungen zur Errichtung einer **Volksgarage** geschaffen werden.

Die laufenden Verfahren für die Landwirtschafts- und Erholungsflächen des Bisambergs stehen nunmehr kurz vor der Beschlussfassung. Weitere Verfahren, für besiedelte Gebiete (KGA Frohes Schaffen und Kürschnergasse Nord) wurden eingeleitet. Aufbauend auf Bestandsaufnahmen wurden Vorstudien für die Erstellung eines **städtebaulichen Leitbilds für das Zentrum von Floridsdorf** (entsprechend dem Hochhauskonzept) erarbeitet. Die Bebauungsstudien Bahnhof Jedlesee, welche Aussagen über eine künftige Nutzungsmöglichkeit des ehemaligen Bahnhofareals liefern, wurden abgeschlossen.

Stadtentwicklung und Verkehr

22. Bezirk

Aufbauend auf den im Vorjahr erarbeiteten Grundlagen wurde der städtebauliche **Wettbewerb „SchauPlatzKagran"** mit zehn Teilnehmer/innen durchgeführt. Das Ergebnis soll als Grundlage für die im Jahr 2004 vorgesehene Erarbeitung eines Leitbilds für die Gesamtentwicklung im Bereich Zentrum Kagran dienen.

Gemäß Regierungsbeschluss wurde das **Projektteam Flugfeld Aspern** eingerichtet, das die Aufgabe hat, einen städtebaulichen Wettbewerb für die künftige Entwicklung am Flugfeld Aspern vorzubereiten und im Jahr 2004 durchzuführen. Dafür wurden Konzepte ausgearbeitet, eine „Ideensammlung mit Bürger/innen" beauftragt sowie die Organisation des Wettbewerbs ausgeschrieben.

Das Ergebnis des städtebaulichen Gutachter/innenverfahrens für den neuen Stadtteil Donau City wurde vom erstgereihten Architekturbüro Dominique Perrault verfeinert und schließlich von der MA 21B zu einem aktuellen **Strukturplan Donau City** weiterentwickelt, der im Jahr 2004 dem Gemeinderat präsentiert werden soll, und somit als Grundlage für die weiteren Entwicklungsschritte dienen wird. Das Hauptaugenmerk gilt dabei neben der Errichtung weiterer Bürogebäude vor allem der Vernetzung mit den Nutzungsansprüchen im Uferbereich der Neuen Donau.

Die vom Gemeinderat beschlossenen Planentwürfe in der Donaustadt umfassten mehrere Flächen, die im Zuge der **„Neuen Siedlerbewegung"** bearbeitet wurden (Pawlikgasse, Pichlgasse, Weingartenallee) sowie die Bereiche Rennbahnweg, Industriestraße, Teile des Donauparks, Sportplatz Kagran, Carl-Kaserne, Ortskern und Sportanlage Stadlau, Paxsiedlung, Plankenmaissiedlung, Wulzendorfstraße und Contiweg sowie den Kagraner Platz und den Bereich Oleandergasse in Breitenlee.

In Vorbereitung bzw. in Bearbeitung für angestrebte Widmungsverfahren befanden sich unter anderem Gebietsbearbeitungen für die Bereiche U1-Verlängerung, Donauturm, Teile von Kagran und Hirschstetten, die Untere Lobau, Elfingerweg, U2-Station Hardeggasse, Ortskern Hirschstetten, mehrere Flächen im Zusammenhang mit der „Neuen Siedlerbewegung" und der Gewerbepark Stadlau.

23. Bezirk

Die Planungen für die städtebauliche Entwicklung auf dem Areal der ehemaligen **Liesinger Brauerei** (Schaffung einer urbanen Zone und attraktiver Wohnungen unter Wahrung der naturräumlichen Qualitäten) wurden auf Basis des Gutachter/innenverfahrens zu einem städtebaulichen Leitbild entwickelt, und mittlerweile als rechtliche Basis im Rahmen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans vom Gemeinderat beschlossen.

Auf der Grundlage des nach einem Gutachter/innenverfahren entwickelten städtebaulichen Leitbilds soll auf dem Gebiet der **Hämmerle Gründe** und angrenzender Bereiche eine Wohnbebauung mit ca. 300 Einheiten entstehen. Die dafür maßgebenden Vorarbeiten wurden abgeschlossen und das Verfahren zur Erstellung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans wurde eingeleitet.

Für den Wettbewerb **„EUROPAN 7"**, in dessen Rahmen für den Bereich Perfektastraße Ost Vorschläge für eine standortgemäße Nutzungsalternative zur festgesetzten Wohnbebauung erarbeitet werden sollten, wurden Vorarbeiten durchgeführt. Das Siegerprojekt aus dem Wettbewerb liegt seit Dezember 2003 vor. Die Vorbereitungsphase für die Überarbeitung des gültigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplans wurde mit der Präsentation des Siegerprojekts eingeleitet.

Für das Stadtentwicklungsgebiet **„In der Wiesen"** wurde ein Stadtteilplanungskonzept erstellt, das aktuelle Parameter, zukünftige Entwicklungen und Planungsstrategien aufzeigt. Begleitend zur Erstellung des Stadtteilplanungskonzepts wurde eine Aktualisierung der Verkehrsuntersuchung beauftragt. Die Aussagen dieses Konzepts sollen auch Gültigkeit für den geplanten städtebaulichen Wettbewerb „In der Wiesen Süd" für 500 Wohneinheiten haben.

Sonstige fachliche Aktivitäten bzw. Vorhaben

Vom 5. bis 8. Oktober 2003 fand im Wiener Rathaus der **47. Weltkongress des Internationalen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung** (IVWSR – IFHP) unter dem Thema „cities & markets" statt.

Gegliedert nach drei Subthemen, „urban economy", „urban society" und „urban space", welche jeweils den inhaltlichen Schwerpunkt an einem von drei Kongresstagen bildeten, wurde versucht herauszuarbeiten, welchen Herausforderungen sich städtische Räume im Zeitalter der globalen und im Weltmaßstab deregulierten Märkte gegenüber sehen, und welche Strategien notwendig und möglich sind, um unter diesen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, dass Städte (auch) im 21. Jahrhundert lebenswerte Orte des nachhaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts bleiben oder werden. In einer Festrede, drei Keynotes und mehr als 20 Fachvorträgen und Kommentaren konnten sich die rund 500 Kongressteilnehmer/innen mit einem umfassenden Spektrum von Denkansätzen international angesehener Fachleute unterschiedlicher Disziplinen und Institutionen auseinandersetzen. Eine Stadtrundfahrt und elf Fachexkursionen gaben Gelegenheit, die Kongressthematik an aktuellen Wiener Beispielen für Stadtplanung, Architektur, Projektentwicklung und Wirtschaftsstrategie nachzuvollziehen und zu veranschaulichen. Auch in den Rahmenprogrammen, von der clubbingartigen „Welcome Reception" im Semperdepot der Akademie der bildenden Künste bis zum

Ausklang bei Wiener Walzer im Palais Schwarzenberg wurde versucht, die spannende Auseinandersetzung zwischen Traditionellem und Neuem in Wien spüren zu lassen.

Die **Arbeitsgruppe MILU** (Multifunctional and Intensive Land Use) des IVWSR, in der ein Vertreter der MA 21B Mitglied des Kernteams ist, veranstaltete ihren 3. Workshop in Gdynia/Polen. Über die Ergebnisse dieses Treffens wurde anlässlich des IVWSR- Kongresses in Wien berichtet. Weiters fanden die Vorarbeiten zu den im Frühjahr 2004 beginnenden Arbeiten des EU-geförderten Netzwerkprogramms MILUNET (INTERREG III C) statt, wobei ein Vertreter der MA 21B Repräsentant der Stadt Wien und Mitglied des Leitungskomitees ist.

An einer Reihe von **Arbeitskreisen** wurde im Rahmen von übergeordneten Gebietsplanungen und Sachkonzepten (KliP-Programm, Masterplan Verkehr, STEP-Arbeitskreise, AK Landwirtschaft - Agrarstruktureller Entwicklungsplan und andere) intensiv mitgearbeitet. Weiters wurde an der Projektdatenbank der Stadt Wien, der Wettbewerbsdatenbank, den übergeordneten Straßenprojekten S 2 und A 23, der 4. Ausbauphase der U-Bahn sowie an der Verlängerung der Straßenbahnlinien in die Donaustadt, dem von der MD-BD – Gruppe Planung geführten „Magistrats-Team zur Lokalen Agenda 21" sowie dem Arbeitskreis „Grundlagen für die Durchführung von Wettbewerben auf dem Gebiet der Architektur und des Städtebaus" regelmäßig mitgearbeitet.

EDV und Kommunikation

Das im Jahr 2002 als Pilotversuch gestartete Internet-Service **„Planeinsicht online"** wurde im Jahr 2003 mehrfach als zusätzliche Informationsschiene bei der öffentlichen Auflage von Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfen eingesetzt. Dieses elektronische Service bietet die Möglichkeit, für die Dauer der öffentlichen Auflage von Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfen auch auf elektronischem Weg Planeinsicht zu nehmen und über ein Online-Formular direkt eine Stellungnahme dazu abzugeben. Auf Grund der durchwegs positiven Erfahrungen ist geplant, dieses Service der elektronischen Einsichtnahme künftig besonders auf jene Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfe auszuweiten, von denen angenommen werden kann, dass ein sehr großes Interesse seitens der Bevölkerung besteht.

Statistischer Jahresüberblick

Vom Wiener Gemeinderat wurden im Berichtsjahr für das nordöstliche und südliche Stadtgebiet 55 Plandokumente beschlossen. Zusätzlich wurde eine zeitlich begrenzte Bausperre gemäß § 8 Abs. 2 der Bauordnung für Wien verhängt. Bei den erstgenannten Planentwürfen handelte es sich um Aufhebungen und Neufestsetzungen, die in der Regel umfangreicher Vorarbeiten (Grundlagenschaffung, Bestandsaufnahmen, städtebauliche Analysen, Zielermittlungen und dergleichen) bedurften. Die damit abgedeckte Gebietsfläche umfasst ca. 2.140 Hektar, somit ca. 7,6 Prozent der Fläche der Wiener Gemeindebezirke 10 bis 13 und 21 bis 23. Mit Ausrichtung auf das „Zehnjahresprogramm", der Frist für die Überarbeitung der übergeleiteten Plandokumente, befanden sich weitere 85 Vorentwürfe in Bearbeitung (Planverfahren eingeleitet bzw. im Lauf) und 82 Gebiete in Vorbereitung.

Der Abteilung wurden 2.032 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde zur Behandlung übermittelt. Auf Grundlage des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 624 Anfragen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan geprüft. 30 Widmungsansuchen wurden in den Widmungsgesprächen behandelt.

Insgesamt betrug die gerundete Gesamtsumme der finanziellen Aufwendungen für alle Planungsaktivitäten 1,21 Mio. EUR. Differenziert nach Verwendungsbereichen ergaben sich für Gutachter/innenverfahren und Stadtteilplanung 259.000 EUR, für Sachkonzepte wie etwa Grünraum und Verkehr 91.000 EUR, für Bestandsaufnahmen bzw. Bestandsanalysen für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 267.000 EUR, für Sonderaufgaben (Kongress)/EDV wurden 591.000 EUR und für Nebenkosten (Kopien, Modelle) wurden 1.000 EUR verwendet.

Straßenverwaltung und Straßenbau (MA 28)

Straßenbau- und Erhaltung

Das Jahr 2003 stand ganz im Zeichen der Neugestaltung des Öffentlichen Raumes. Neben der **Wipplinger Straße**, einer Altwiener Einkaufsstraße vom Hohen Markt bzw. Tuchlauben über den Tiefen Graben bis hinunter zur Börse, wurde auch der **Albertinaplatz** neu gestaltet. Während mit dem Straßenumbau in der Wipplinger Straße das Ziel verfolgt wurde, durch Verbreiterung der Gehsteige, Baumpflanzungen und eine neue Straßenbeleuchtung das Flanieren und Einkaufen für die Fußgänger/innen attraktiver zu gestalten, stand bei der Umgestaltung des Albertinaplatzes die bessere Bewältigung der enormen Touristenströme von und zur Albertina im Vordergrund. Nach Errichtung einer Tiefgarage wurden 2003 der **Robert-Stolz-Platz** und der **Schlesingerplatz** neu gestaltet.

Das wichtigste Bauvorhaben im Jahr 2003 war jedoch zweifellos der Umbau des **Schwarzenbergplatzes**. Dieser wichtige innerstädtische Verkehrsknoten wird von mehr als 30.000 Kraftfahrzeugen täglich frequentiert, entsprechend hoch ist die Beanspruchung der Fahrbahn. Die Abwicklung des Bauvorhabens war eine große Herausforderung für die Mitarbeiter/innen der MA 28 sowie die ausführenden Baufirmen. Nach der Winterpause wurde der im Herbst 2002 begonnene Abschnitt Ring – Lothringerstraße fertig gestellt. Der Knoten Lothringerstraße konnte nur abschnittweise umgebaut werden, da der Hauptstraßenverkehr nicht umgeleitet werden konnte. Besonders

schwierig gestaltete sich die Errichtung der großflächigen Spezialfundamente für die Lichtmaste in diesem Bereich.

Das erwartete Verkehrschaos ist jedoch ausgeblieben, die Bauphase konnte zügig abgeschlossen und der Abschnitt drei Wochen früher als geplant wieder für den Verkehr freigegeben werden. Im Eilzugstempo wurde der Anschluss Prinz-Eugen-Straße bei halbseitiger Sperre der Fahrbahn hergestellt. Eine Beschleunigung des Straßenumbaus in diesem Bereich führte zu einer Verkehrsfreigabe nach nur sieben Wochen Bauzeit. Damit war die schwierige Umleitungsstrecke durch eine Reihe von Nebengassen im 4. Bezirk nicht mehr erforderlich und die Wohnbevölkerung wieder vom Durchzugsverkehr entlastet. Bis Anfang November 2003 wurden auch die letzten Straßenbauarbeiten im Fahrbahnbereich abgeschlossen, die Umleitungsstrecke in Richtung Rennweg wurde aufgehoben.



Der neue Schwarzenbergplatz im Spätsommer 2003.

Die neue Verkehrsorganisation bewährt sich sehr, Staus und gegenseitige Behinderungen zwischen Kraftfahrzeugen und Straßenbahn – wie sie vor dem Straßenumbau am Knoten Am Heumarkt an der Tagesordnung waren – gehören der Vergangenheit an. Neue Radwege auf beiden Seiten des Platzes machen den Schwarzenbergplatz auch für Radfahrer zu einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt. Viele interessante straßenbautechnische Detaillösungen machen den Platz einzigartig. Die direkte Anbindung von Rennweg und Prinz-Eugen-Straße an den Schwarzenbergplatz ermöglicht eine deutliche Vergrößerung des Bereiches um den Hochstrahlbrunnen. Bis Ende Mai 2004 wird auch dieser Bereich ebenso wie die Effektbeleuchtung im Boden abgeschlossen.

Auch im Zuge des **Ausbaus der S7 – Flughafenschnellbahn** wurden viele Straßen im Umfeld der S7 attraktiver gestaltet. Grundsätzlich konnten durch den Ausbau und die Tieferlegung der Trasse der Flughafenschnellbahn eine Reihe von Eisenbahnquerungen niveaufrei ausgeführt werden. Lästige Wartezeiten vor geschlossenem Schranken entfallen. Zu den wichtigsten straßenbautechnischen Maßnahmen in diesem Zusammenhang zählen die Unterführung Weichseltalweg und Geiselbergstraße. Zur flüssigen und sicheren Verkehrsabwicklung wurden einige Kreisverkehrsanlagen errichtet, so z. B. in der Hasenleitengasse. Darüber hinaus wurden wichtige Lücken im Radwegenetz geschlossen und durch die Tieflage der S-Bahn Flächen für neue Nutzungen an der Oberfläche gewonnen, womit die Barrierewirkung der Bahntrasse im Bereich der B 221 unterbrochen werden konnte.

Mit 1. April 2002 wurden die Bundesstraßen in den eigenen Wirkungsbereich der Länder übertragen. Die Abwicklung von Bauvorhaben auf den **ehemaligen Bundesstraßen** kann dadurch beschleunigt werden. Wichtig ist, dass nunmehr die Bedürfnisse der Wiener besser berücksichtigt werden können. Die **B 224 – Altmannsdorfer Straße** und die **Sagedergasse** waren die ersten ehemaligen Bundesstraßen (nun Hauptstraßen B), die seitens der Stadt Wien im eigenen Wirkungsbereich umgebaut wurden.

Im Jahr 2003 sind folgende Instandhaltungs- bzw. Belagserneuerungsarbeiten auf **Autobahnen und Schnellstraßen** hervorzuheben: A 4 – Belagserneuerung Fahrtrichtung Zentrum zwischen Schrägseilbrücke und Anschluss A 23, A 4 – Leitschienentausch in Fahrtrichtung Zentrum im gesamten Wiener Stadtgebiet.

2003 konnten eine Reihe weiterer ehemaliger Bundesstraßenprojekte umgesetzt werden:

Die **B 225 – 10., Bitterlichstraße**, die vor dem Umbau eher den Charakter einer Landstraße als einer zeitgemäßen Stadtstraße hatte, wurde komplett erneuert. Neben neuen Fahrbahnbelägen erhält sie moderne Radwege und Gehsteige, Parkspuren sowie abschnittweise eine Lärmschutzwand. Die neue Lichtmastbeleuchtung stellt

sicher, dass sich die Menschen auch während der Nacht sicher fühlen. Damit hat diese wichtige Tangentialverbindung zwischen dem 10. und 11. Bezirk ein neues Outfit erhalten.

Mit der **neuen B 3** zwischen Donaufelder Straße und Dr. Adolf-Schärf-Platz wird eine wichtige Lücke geschlossen. Die Straße dient der Erschließung der neuen Siedlungsgebiete in Kagran West, sie wird die Siedlungsgebiete vom Durchzugsverkehr entlasten und über die neuen Radwege einen Anschluss an das übergeordnete Radwegenetz ermöglichen. Lärmschutzwände sollen die Lärmbelastung für die Anrainer/innen minimieren und eine großzügige Grünfläche zwischen der bestehenden Siebeckstraße und der neuen Hauptstraße soll neue Spielflächen erschließen. Mit Baumreihen auf beiden Seiten der Straße wird diese den Charakter einer Allee erhalten. Da es sich bei diesem Straßenbauvorhaben um eine Neutrassierung handelt, kommt es durch den Straßenumbau zu keinen nennenswerten Verkehrsbehinderungen. Die neue Trasse ist hergestellt, die Fahrbahnen fertig. Im Frühjahr 2004 werden Radwege und Gehsteige sowie die Lärmschutzwände errichtet. Ist der Straßenbau abgeschlossen, können die Bäume gepflanzt und die Grünflächen gestaltet werden. Im Sommer 2004 wird die neue Straßenverbindung für den Verkehr freigegeben.

Darüber hinaus erhielten auch die **B 13 a – Perfektastraße** und die **Erlaaer Straße** im 23. Bezirk ein zeitgemäßes Aussehen.

Ausbau des Radwegenetzes

Der Ausbau des Radwegenetzes bildete neben den Großbauvorhaben einen wichtigen Schwerpunkt im Jahr 2003. Erwähnenswert sind hier neben den Radfahranlagen am **Schwarzenbergplatz** insbesondere auch der Radweg in der **Margaretenstraße**, der **Margetinstraße** sowie die Radwege in der **Hirschstettnerstraße** und der **Perfektastraße**. Am Schwarzenbergplatz wurden auf beiden Seiten des Platzes Einrichtungsradwege errichtet, in der Margaretenstraße durch die Errichtung eines baulichen Radweges Radfahren gegen die Einbahn ermöglicht. Bei den anderen genannten Radwegen, die 2003 umgesetzt wurden, handelt es sich um Zwei-Richtungs-Radwege.

Personalmanagement und Frauenförderung

Eine der zentralen Aufgaben des Personalmanagement ist es, für den/die Mitarbeiter/in ein angenehmes Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem Qualifikationen gefördert und durch effektive und effiziente Ressourcensteuerung die Produktivität sicher gestellt wird.

Die MA 28 bekennt sich zur **aktiven Frauenförderung**. Der Frauenanteil ist im Zeitraum November 2002 bis November 2003 von 9,7 Prozent auf 11,5 Prozent angestiegen. Ein aktives Frauenförderungsprogramm soll helfen, die Frauenquote in der MA 28 kontinuierlich anzuheben. Einen Schwerpunkt der Frauenförderung 2003 bildeten Seminare zum Thema „Gendergerechte Sprache" für Führungskräfte und alle Mitarbeiterinnen der MA 28.

Qualitätsmanagement

Im Sinne des New Public Managements hat sich die MA 28 im Jahr 2003 entschlossen, ein Qualitätsmanagement-System einzuführen und zu verankern. Das Projekt wurde im Juni 2003 mit Unterstützung der Firma Procon gestartet. Zu Beginn wurde für die MA 28 eine Prozesslandschaft mit 31 Prozessen erstellt, welche gemäß ISO-Norm 9001-2000 in Managementprozesse, Geschäftsprozesse, unterstützende Prozesse und Verbesserungsprozesse unterteilt wurden. Um die Mitarbeiter/innen der MA 28 möglichst umfassend in den Aufbau des Systems einzubeziehen, wurde ein „QM-Team", dem Mitarbeiter/innen aller Ebenen und Bereiche der Abteilung angehören, gebildet. Ing. Günter Unger wurde zum Qualitätsmanager in der MA 28 ernannt. Um seine Aufgaben als Qualitätsmanager optimal wahrnehmen zu können, hat er eine externe Ausbildung zum Qualitätsbeauftragten sowie zum internen Auditor absolviert. Interne Audits dienen der Überprüfung und gegebenenfalls der Korrektur und Verbesserung von Prozessabläufen.

Die jeweiligen Prozesse wurden in Prozessteams mit einem Prozessverantwortlichen (PV) und eine Reihe von Mitarbeiter/innen aus dem betroffenen Fachbereich in bis zu vier Prozessteammeetings erarbeitet. Die Firma Procon und der Qualitätsmanager achteten dabei auf Normkonformität und unterstützte die PVs bei der Prozessgestaltung. Diese Ist- und Soll-Prozesse sowie die zugehörigen Prozessbeschreibungen wurden in der Zeit von Juli bis Dezember 2003 abgebildet. 13 Qualitätsbeauftragte und interne Auditoren sollen die Mitarbeiter/innen bei der Umsetzung des Qualitätsmanagements in der MA 28 unterstützen. Ende des Jahres wurden die ersten Prozesse vom Abteilungsleiter zur Umsetzung freigegeben. Alle anderen wurden Anfang 2004 finalisiert und freigegeben. Bis Ende Jänner 2004 sollen Aufbau und Dokumentation des Managementsystems in der MA 28 abgeschlossen und die ersten internen Audits durchgeführt sein. Im April 2004 strebt die MA 28 die Zertifizierung an.

Mitarbeiter/innen 2003

Qualifikationsgruppen	in Prozent	in Zahlen
Akademiker/innen – A	7,3	24
Maturant/innen – B	17,1	56
Werkmeister/innen – C/D	18,7	61
Kanzleibedienstete – C/D	8,0	26
Arbeiter/innen ABM – D	40,7	133
Amtsgehilf/innen – D	0,9	3
Bedienstete des technischen Dienstes	4,0	13
Lehrlinge	2,1	7
Jobrotanten	1,2	4
Gesamt	**100,0**	**327**

Stadtentwicklung und Verkehr

Öffentlichkeitsarbeit

Neue Aufgaben und Ziele

Entsprechend den Zielsetzungen der Stadt Wien nach einer integrativen Öffentlichkeitsarbeit in den jeweiligen Abteilungen der Wiener Stadtverwaltung fällt der MA 28 die Aufgabe zu, verstärkt über ihre Tätigkeit und Vorhaben zu informieren. Die Öffentlichkeitsarbeit der MA 28 umfasst hier einerseits die Medienarbeit bzw. Kommunikation der wichtigen Bauvorhaben und Leistungen der MA 28 mittels Foldern, Flugblättern, Presseaussendungen, im Rahmen von Ausstellungen und Messen und andererseits die Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Abteilung. Hierbei wird eine Kommunikation über ein möglichst breites Medienspektrum sowohl für die interne als auch die externe Öffentlichkeitsarbeit angestrebt. Alle im Rahmen der externen Öffentlichkeitsarbeit zu setzenden Schritte sind mit dem amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr abzustimmen. Die Umsetzung des Corporate Design der Stadt Wien bei allen Veröffentlichungen ist selbstverständlich.

Baustelleninformation

Mit durchschnittlich 520 Baustellen im öffentlichen Straßennetz pro Jahr steht die MA 28 immer im Blickpunkt einer breiten Öffentlichkeit. Der Kommunikation einzelner Bauvorhaben, deren Notwendigkeit und der nach einem Umbau zu erwartenden Vorteile und Nutzen für die Verkehrsteilnehmer/innen ebenso wie der Information über die in Zusammenhang mit einem Bauvorhaben stehenden Verkehrsbehinderungen und Umleitungsstrecken kommt deshalb entscheidende Bedeutung zu. In der Baustelleninformation hat die MA 28 im Jahr 2003 neue Wege beschritten. Neben der intensiven Medienberichterstattung wurden neue **Flugblätter** zur Information der Anrainer/innen über konkrete Bauvorhaben gestaltet und getestet. Diese neuen Flugblätter, die neben näheren Angaben zum jeweiligen Umbauvorhaben, der Bauzeit und Ansprechpartnern auch Grafiken enthalten, die Aufschluss über Verkehrssperren und Umleitungsstrecken geben, sollen nun zur Information von Anrainer/innen und Geschäftsleuten bei allen wichtigen Bauvorhaben der MA 28 eingesetzt werden.

Ein Schwerpunkt der projektbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2003 war die Fortsetzung der **Informationsoffensive zum Umbau des Schwarzenbergplatzes**. Der Schwarzenbergplatz als wichtiger Verkehrsknotenpunkt, der von mehr als 30.000 Kraftfahrzeugen täglich passiert wird, musste in mehreren Abschnitten und für jeweils mehrere Wochen für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt werden. Nur so konnte der Straßenumbau plangemäß durchgeführt werden. Neben der laufenden Versorgung eines Pools von Journalisten mit den relevanten Informationen zum Umbauvorhaben für eine optimale Information der Bevölkerung über die wichtigsten Print-, Fernseh- und Radio-Medien wurden Autofahrer/innen und Passant/innen direkt im Rahmen einer **„Charmeoffensive"** über die wichtigste Bauphase (Komplettsperre zwischen Lothringer Straße und Am Heumarkt) informiert. Zusätzlich zu einem Informationsblatt mit den relevanten Details zur 2. Bauphase wurde – wie bereits im Herbst 2002 – als „give away" das „Schwarzenbergplätzchen" verteilt. Mit der Charmeoffensive sollte nicht nur gezielt über die nächste Bauphase informiert werden, sondern bei den VerkehrsteilnehmerInnen auch um Verständnis für die mit dem Umbau verbundenen Verkehrsbehinderungen und –belästigungen geworben werden.

Darüber hinaus war seit Ende 2002 am Schwarzenbergplatz eine **LED-Informationswand** im Einsatz, auf der Verkehrsteilnehmer/innen in Abhängigkeit vom Baufortschritt laufend und topaktuell über das Umbauvorhaben informiert wurden. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Wien wurden zu allen verkehrswirksamen Bauphasen **Informationsbriefe** (gezeichnet von Verkehrsstadtrat Schicker) an die Wohnbevölkerung und die Wirtschaftstreibenden rund um den Schwarzenbergplatz versandt. Über eine **Wanderausstellung**, die sechs bis acht Wochen an den verschiedensten Örtlichkeiten am Schwarzenbergplatz zu Gast war (Bankfilialen und Institutionen am und um den Platz), konnten sich auch Kund/innen, Besucher/innen und Gäste über das Umbauvorhaben informieren. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Bauvorhaben den betroffenen Verkehrsteilnehmer/innen ebenso wie den Anrainer/innen Dank der umfassenden Öffentlichkeitsarbeit nahe gebracht wurde und die befürchteten Staus weitgehend ausblieben. Eine intensive Medienbetreuung (Print-, Radio- und Fernsehmedien) ebenso wie die Verteilung von Foldern und Flugblättern erfolgte darüber hinaus auch für eine Reihe weiterer wichtiger Bauprojekte der MA 28 (B 3, Wiedner Hauptstraße, Linzerstraße, Marxergasse, Getreidemarkt usw.). Insgesamt wurden rund 60.000 Folder und Flugblätter an die betroffene Bevölkerung sowie Geschäftstreibende verteilt.

Ausstellungen

Auch 2003 war die MA 28 auf Messen vertreten. Auf der Messe „Jeder für Jeden" wurde gezeigt, welche Maßnahmen im Wiener Straßenbau für Menschen mit besonderen Bedürfnissen gesetzt werden. Vorgestellt wurde u. a. das Blindenleitsystem, das im Zuge des Umbaus der Lothringerstraße errichtet werden soll. Die Firma Ebenseer stellte für den Messestand der MA 28 als Anschauungsmaterial einige Blindenleitsteine zur Verfügung.

Eine Reihe von Ausstellungen in der Planungswerkstatt entstanden in Zusammenarbeit mit der MA 18 – Öffentlichkeitsarbeit: In der Ausstellung „Bericht aus der Planungswerkstatt" wurden auch fünf Bauprojekte der MA 28 dem interessierten Publikum vorgestellt. Die Ausstellung „Die Straße als Stadtgestalterisches Element" betonte die Bedeutung der Straße als Lebenspuls, die auch Impulse für die Stadtplanung setzt. Die Ausstellung „Barriere frei! – Stadt ohne Hindernisse?" setzte sich mit dem öffentlichen Raum und seinen

Einrichtungen in Hinblick auf eine gleichberechtigte und selbständige Teilnahme aller Menschen am urbanen Leben auseinander.

Schließlich arbeitete die MA 28 auch an der Gestaltung einer Ausstellung zu aktuellen Projekten aus Stadtentwicklung und Verkehr bei der Herbstmesse Wien mit, die unter Federführung der MA 18 konzipiert worden ist. Neben dem Projekt Schwarzenbergplatz wurde auch die geplante Neugestaltung des Neuen Marktes einem sehr interessierten Publikum näher gebracht. Das Interesse der Besucher/innen war so groß, dass für das Jahr 2004 weitere Präsentationen von Schlüsselprojekten der MA 28 auf diversen Fachmessen in der Messe Wien neu geplant sind.

www.straßen.wien.at

Im Winter 2003 wurde mit der Gestaltung des Web-Auftritts der MA 28 auf der Online-Plattform www.wien.at begonnen. Ab Ende März 2004 sollen die neuen Internetseiten verfügbar sein. Neben allgemeinen Informationen zu Aufgaben und Tätigkeit der MA 28 sollen die wichtigsten Planungs- und Bauvorhaben der Abteilung im Detail vorgestellt werden. Darüber hinaus soll auch ein umfassender Serviceteil mit allen relevanten Formularen und Ansuchen zum Downloaden, Wissenswertes rund um Straßenbau in Wien etc. angeboten werden.

Finanzen

Im Verwaltungsjahr 2003 wurden eine Vielzahl von Projekten für die 23 Bezirke, die Stadt Wien und die ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft) realisiert. Hierfür wurden in Bau und Erhaltung des Wiener Straßennetzes insgesamt 145,57 Mio. EUR investiert, davon entfallen auf Bau und Instandsetzungen von und an Autobahnen 32,36 Mio. EUR, Hauptstraßen B 68,65 Mio. EUR und 1,83 Mio. EUR auf Radwege (ausgenommen Radwege an Hauptstraßen B). Ins Bezirksstraßennetz wurden 44,20 Mio. EUR investiert.

Die Ausgaben für Personal- und Sachaufwand haben sich plangemäß entwickelt. An Personalkosten wurden 2003 14,75 Mio. EUR aufgewendet.

Zahlen und Fakten 2003

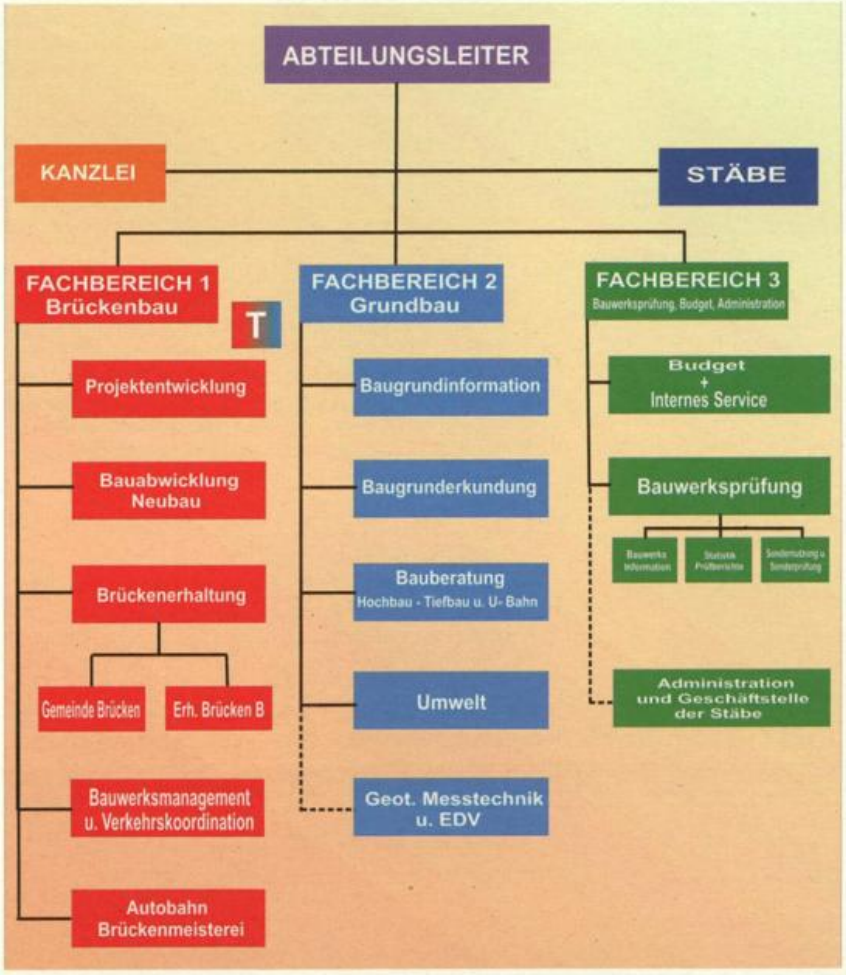
Die MA 28 verwaltete und erhielt im Jahr 2003 39,5 km² öffentliche Straßen, davon entfielen auf Gemeindestraßen 2.740 km Länge, wovon 430 km Hauptstraßen A, 217 km Hauptstraßen B und 2.093 km Bezirksnebenstraßen und zusätzlich 51 km Autobahnen und Schnellstraßen waren. Für Versorgungs- und Entsorgungsleitungen wurden an Einbautendienststellen bzw. Einbautenträger und an private Bauwerber zusammen 10.826 Bewilligungen für Aufgrabungen gemäß der Kundmachung des Wiener Magistrats erteilt.

Brückenbau und Grundbau (MA 29)

Im Berichtsjahr wurden in der MA 29 im Rahmen der Verfolgung des „New Public Managements" nachfolgende Schwerpunkte gesetzt:

Neue Abteilungsstruktur der MA 29

Die MA 29 hat seit Beginn 2003 eine neue Abteilungsstruktur. Die neue Aufteilung sieht drei Fachbereiche, den Kanzleibereich sowie Stäbe für Sonderaufgaben vor. (siehe nachfolgendes Organigramm)



Der **Fachbereich 1 – Brückenbau** umfasst die Teilbereiche Projektentwicklung, Bauabwicklung Neubau sowie die Brückenerhaltung, die wiederum in die Teilbereiche Gemeindebrücken und Erhaltung Brücken B untergliedert ist. Somit ist auch der Verländerung, die im Jahr 2002 erfolgte, Rechnung getragen worden. Neu dazugekommen ist der Bereich Bauwerksmanagement und Verkehrskoordination, der wichtige koordinierende Funktionen mit externen Dienststellen und Institutionen herstellt. Ebenso ist in diesem Bereich die Brückenmeisterei Kaisermühlen integriert.

Stadtentwicklung und Verkehr

Beim **Fachbereich 2 – Grundbau** sind neben der Baugrundinformation, Baugrunderkundung und der Bauberatung Hochbau – Tiefbau und U-Bahnbau der Bereich Umwelt zu nennen, der auch als Schnittstelle zu anderen Projekten der Stadt Wien wie ÖkoKauf oder RUMBA fungiert. Diesem Bereich ist auch die geotechnische Messtechnik und EDV zugeordnet.

Der **Fachbereich 3 – Bauwerksprüfung, Budget und Administration** umfasst zwei Bereiche: Die Bauwerksprüfung untergliedert sich in die Bauwerksinformation, die Statistik – Prüfberichte und die Sondernutzung und Sonderprüfung. Als zweiter Bereich sind im Budget und Internen Service wichtige Managementfunktionen wahrzunehmen. Ebenso ist hier die Administration und die Geschäftsstelle der Stäbe beheimatet. In diesem Bereich wird auch die Öffentlichkeitsarbeit in Stabsstellenfunktion ausgeführt.

Neu wurde auch das Tunnelkompetenzzentrum in der MA 29 geschaffen. Die Abteilung besitzt einerseits jahrzehntelange grundbautechnische Erfahrungen im Tunnel- und Stollenbau, andererseits in der Abwicklung von diversen Großbauprojekten im Brückenbau. Für zukünftige Großprojekte in Wien war es naheliegend, den Erfahrungsschatz der Fachbereiche Brückenbau und Grundbau zusammenzuführen. Dieses Team kommt bereits beim Projekt „WSKE BA02+BA03" (Wiental-Sammelkanal-Entlastungskanal/Bauabschnitt) zum Einsatz und arbeitet in enger Kooperation mit dem Bauherren MA 30 – Wienkanal.

Kontraktmanagement

Die MA 29 stellte bei der Kontrakterstellung 2003 auf das nunmehr seitens der MD-OC zur Verfügung gestellte System „SAS" um. Dabei war insbesondere eine Abgleichung der internen Produkte, Leistungen und Vorhaben an den magistratsweiten Produkt- und Leistungsgruppenkatalog erforderlich. In diesem Zusammenhang wurden Indikatoren und Kennzahlen überarbeitet sowie ein zukunftsorientiertes internes Berichtswesen entwickelt und angewandt.



Am 31. Oktober wurde der neue Erdberger Steg eröffnet.

Qualitätsmanagement nach ISO 9001

Im Jahr 2003 wurde das seit 1999 bestehende Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001:2000 weiter entwickelt und verbessert. Seitens der Zertifizierungsgesellschaft ÖQS wurde die MA 29 zu den erfolgreichsten Anwendern und Betreibern der international meist anerkannten und angewendeten Managementnorm gelobt.

Brückenbau – Schwerpunkte 2003

Die MA 29 war im Berichtsjahr stets bestrebt, ihre Aufgaben nach den Kriterien der Kundenorientiertheit und Effizienz zu erledigen. Die Schwerpunkte des Baugeschehens im abgelaufenen Jahr waren die Neuerrichtung (Erdberger Steg, Penzinger Steg, Liesingsteg) sowie Komfortverbesserung (Preindlsteg) von Fußgängerstegen, Instandsetzungsarbeiten an Brückenbauwerken der Stadt Wien inklusive Hauptstraßen B (Reichsbrücke, Kleine Marxerbrücke, Ohmann'sche Wienflussverbauung, Stützmauer Khevenhüllerstraße) und im Autobahnnetz der ASFINAG (Verbreiterung A 23) sowie eine Vielzahl kleinerer, aber für die Sicherheit und Dauerhaftigkeit der Objekte wichtige Maßnahmen.

Mit dem neuen Erdberger Steg wurde eine wesentliche Rad- und Fußwegverbindung über den Donaukanal zwischen dem 2. und 3. Bezirk geschaffen. Der annähernd 90 m messende Steg stellt eine seit langem gewünschte zusätzliche Querung des Donaukanals zwischen Rotundenbrücke und Stadionbrücke her. Damit ist die Bevölkerung des 3. Bezirks auf kurzem Weg an das Naherholungsgebiet Prater angebunden. Auffallend viele positive Reaktionen aus der Bevölkerung erreichten dazu die MA 29.

Der neue Penzinger Steg verbindet den 13. Bezirk im Bereich Hietzinger Kai/U4-Station Braunschweiggasse mit dem 14.Bezirk Hadikgasse/Jenullgasse. Im Zuge der Umbauarbeiten (Lifteinbau) bei der U4-Station Braunschweiggasse durch die Wiener Linien konnte dieser Steg realisiert werden. Diese Verbindung zur U-Bahn ist behindertengerecht ausgeführt, d. h. das Übersetzen mit Rollstuhl oder Kinderwagen ist über Rampen möglich. Beim Preindlsteg wurde ebenso der Nahbereich der U4-Station Ober St. Veit behindertenfreundlich ausgebaut. Der Liesingsteg über die Liesing verbindet den Wohnpark Alt Erlaa – Bereich Wohnparkstraße mit dem Bezirksentwicklungsgebiet Kirchfeldgasse nördlich der Liesing. Die anlagemäßig und historisch sensiblen Stützmauern Khevenhüllerstraße im 18. Bezirk und Stützmauer Kirche St. Laurenz im 11. Bezirk wurden teilerneuert.

Mit der Instandsetzung der Reichsbrücke wurde begonnen. In diesem Zusammenhang erfolgt auch ein umfangreicher Umbau des Wegenetzes unter dem Aspekt von Kapazität und behinderten-

freundlicher Nutzung sowie die Erneuerung der Brückenausrüstung.

Die Instandsetzung der künstlerischen Bauwerke der **Ohmann´schen Wienflussverbauung im Stadtpark**, wie Stützmauern, Stiegenanlagen, Eingangsportale, Pavillons etc., dient dem Erhalt eines wichtigen Bauwerkes der Jugendstilzeit im innerstädtischen Bereich und wird noch bis voraussichtlich Mitte 2004 dauern. Die Kleine Marxer Brücke wird einer Gesamtinstandsetzung unterzogen, wobei auch die Radfahrverbindung zwischen dem 1. und 3. Bezirk verbessert wird.

Im Bereich des Autobahnnetzes wurde mit Hilfe des Flyover die Auswechslung von vier Fahrbahndehnfugenkonstruktionen durchgeführt, dieses Programm soll 2004 abgeschlossen werden. Mit der Verbreiterung der A 23 im Bereich St. Marx wurde begonnen. In diesem Zusammenhang erfolgte als Vorleistung eine innovative Verstärkung der Tragwerke der Hauptfahrbahn mit Kohlefaserlamellen. Die Kurierbrücke bei der Wiener Südeinfahrt wurde komplett instandgesetzt und sicherheitstechnisch optimiert. Eine Vielzahl von Projektierungen im hochrangigen Straßennetz wurde begonnen, wie unter anderem europaweite Planungsausschreibungen, die Verlängerung der Nordbrücke sowie die Erneuerung von Randstreifen und die Errichtung von umfangreichen Lärmschutzanlagen an der A 23 in Simmering und bei der A 22 im Knoten Nord.

Grundbau – Schwerpunkte 2003

Die Erstellung der Web-Applikation **Baugrundkataster** wurde weitgehend vollendet. Nach einer Testphase innerhalb der MA 29 wird sie 2004 für den Parteienverkehr eingesetzt und wird das Kundenservice deutlich verbessern. Ein Programm zur elektronischen Aktanlage wurde eingeführt. Es trägt maßgeblich zur Nachvollziehbarkeit und Strukturierung der sehr unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche bei. Der Datenbestand des Baugrundkatasters wurde durch Neueingaben sowohl in analoger als auch in digitaler Form weiter ausgebaut.

In der Landesgeologie wurde die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit anderen geologischen Institutionen weitergeführt (z. B. im Österreichischer Rohstoffplan, Mitarbeit bei der Erstellung von Themenkarten). Die Kooperation mit der Stadtarchäologie wird ausgebaut. In der geologischen Bauberatung wird vor allem auf die Tätigkeit im Auftrag der Wiener Linien (U1- und U2-Verlängerung), sowie für die Dienststellen der Stadt Wien hingewiesen.

Im Jahr 2003 wurden von der **Gruppe Baugrundaufschluss** unter großem Termindruck die Probebohrungen für das Schlüsselprojekt „WSKE BA 02+03" ausgeführt. Durch die zeitgerechte Fertigstellung dieser Arbeiten konnte sichergestellt werden, dass der den Hauptauftrag ausschreibenden Dienststelle geeignete Arbeitsunterlagen über die Beschaffenheit des Baugrundes vorlagen. Weiters wurden für 23 Bauvorhaben Baugrunduntersuchungen ausgeführt.

Die Beratungstätigkeit der **Gruppe Bauberatung** erstreckte sich im Jahr 2003 auf die vier Baustellen der U1-Verlängerung nach Kagran und die fünf Baustellen der U2-Verlängerung nach Aspern bzw. Erdberg. Dazu kamen Bauberatungen der MA 30 für das Entlastungsbauwerk WSKE mit sechs großen Baubereichen sowie Beratungen der Magistratsabteilungen 31 und 28 bei diversen größeren Planungs- bzw. Bauvorhaben (Wasseraufbereitungsanlage Kleehäufel, Wasserbehälter Jubiläumswarte, Abfahrt Simmering). Außerdem wurden im Jahr 2003 die Umweltverträglichkeitsprüfungen für die Detailgenehmigungen der U Bahn Bauabschnitte U2/1 bis U2/5 und für die UVP für die Müllverbrennungsanlage Pfaffenau seitens der Amtsachverständigen Grundbau in extrem kurzer Zeit positiv abgewickelt.

In der **Gruppe Umwelttechnik** erfolgte die Mitarbeit bei mehreren Stadt Wien Projekten wie etwa KliP, RUMBA oder etwa ÖkoKauf. Hervorzuheben ist die Prämierung des Verbesserungsvorschlages zur Wiederverwendung von Aushubmaterial bei einer benachbarten Baustelle. Dieser Vorschlag sparte Deponie- und Transportkosten und reduzierte die Umweltbelastungen durch Vermeidung von Lärm und Staub.

Öffentliche Beleuchtung (MA 33)

Die MA 33 ist mit der Planung, Errichtung, Betriebsführung und Instandhaltung der öffentlichen Beleuchtung, der öffentlichen Uhren und der Anstrahlungsanlagen betraut. Daneben wird die Störungsbehebung am mechanischen und starkstromtechnischen Teil der Verkehrslichtsignalanlagen sowie an innenbeleuchteten Verkehrszeichen und Wegweisern gemäß Übereinkommen mit der MA 46 durchgeführt. Für Forschung & Entwicklung sowie Qualitätskontrolle wird ein eigener elektro- und lichttechnischer Versuchsraum betrieben.

Öffentliche Beleuchtung

Statistische Angaben

Mit Jahresende 2003 waren in Wien 150.871 Leuchten mit insgesamt 243.871 Lampen installiert. Es gibt 62.421 Lichtmaste und 14.588 Spannmaste. Gesteuert wurde die öffentliche Beleuchtung von 3.533 Schaltgerüsten in 3.081 Schaltböcken. Die Wirkleistung der öffentlichen Beleuchtung (Anschlusswert) belief sich Ende 2003 auf 15.055 Kilowatt. Die Brenndauer lag bei 4.281 Stunden, wobei ein Teil der Leuchten ab Mitternacht mit reduzierter Leistung geschaltet wird. Daraus ergab sich ein Stromverbrauch von insgesamt rund 56.000 Megawattstunden. Durch laufende Umrüstung der Beleuchtungskörper auf energiesparende Lampentypen und Einsatz neuer Technologien konnte der elektrische Anschlusswert in den letzten 30 Jahren nahezu konstant gehalten und gleichzeitig die Lichtmenge um 150 Prozent gesteigert werden.

Baumanagement

Aus der Vielzahl der im Berichtsjahr durchgeführten Arbeiten werden nur einzelne Projekte angeführt, die sich durch wirtschaftliche oder technische Besonderheiten bzw. ein hohes Bürger/innen-Interesse auszeichnen:

- **1. Bezirk:** Ein wesentlicher Teil der Neugestaltung des Schwarzenbergplatzes (Bauzeit Oktober 2002 bis Mai 2004) nach einem Projekt des spanischen Architekten Alfredo Arribas war die klare Strukturierung des Platzes durch das Beleuchtungskonzept. Durch geschickte lichttechnische Projektierung der MA 33 konnte, unter Beibehaltung der Vorgaben des Architekten (Maststandorte), der Platz auch in der Nacht attraktiv und sicher gestaltet werden. Durch den Einsatz von derzeit in Europa einzigartigen Leuchtmitteln konnte eine Erhöhung des Beleuchtungsniveaus erreicht werden, und somit im Sinne von Gender Mainstreaming dunkle Bereiche vermieden werden. In der Mittelzone wurden die Maste der Wiener Linien mit Auslegern und Leuchten nach einem Entwurf des Architekten bestückt. Im Bereich des Hochstrahlbrunnens und der Gehwege wurden kleinere Lichtständer errichtet, um auch für die Fußgeher das Sicherheitsgefühl in der Nacht zu erhöhen.
- **2. Bezirk:** In sämtlichen Abschnitten des U2-Ausbaus (Schottenring, Taborstraße, Praterstern, Ausstellungsstraße, Trabrennstraße, Stadion) wurden umfangreiche Vorarbeiten durchgeführt und provisorische Beleuchtungsanlagen nach einer von der MA 33 entwickelten Idee errichtet. Durch Einsatz dieser neuen Technik ist eine kostengünstige Errichtung des Provisoriums mit einfachster Handhabung gegeben sowie eine Wiederverwertung der Bestandteile des Provisoriums möglich. Weiters wurde auf Grund von Umbauarbeiten der MA 28 die Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung in der Engerthstraße erforderlich und eine Kettenverspannungsanlage installiert.
- **6. Bezirk:** Im Vorfeld des Projekts „Gender Mainstreaming – Pilotbezirk Mariahilf" wurde beim Hubert-Marischka-Park durch Errichtung dreier zusätzlicher Lichtstellen die Beleuchtung im Gehsteigbereich wesentlich verbessert. Ebenso konnten mehrere Kreuzungsleuchten verstärkt werden, um damit die Sicherheit für Verkehrsteilnehmer/innen zu erhöhen.
- **11. Bezirk:** Im Zuge der Neugestaltung des Hans-Paulas-Parks durch die MA 42 wurde von der MA 33 eine neue Beleuchtungsanlage mit Leuchten der Type Meteora-klein errichtet. Durch den Ausbau der S7 wurde entlang der Strecke Am Kanal eine Fußwegbeleuchtung mit 92 Stück der gleichen Type errichtet. Dadurch konnte speziell dieser Bereich auch in der Nacht für Fußgeher attraktiv und sicher gemacht werden.
- **12. Bezirk:** Die Beleuchtungsanlage im Haydnpark wurde komplett saniert und mit Kugelleuchten neuerster Spiegeloptik und Lichttechnik versehen, sodass nun auch bei Kugelleuchten höchste Umweltkriterien (z. B. Vermeidung von Streulicht, gelenktes Licht) erfüllt werden.
- **20. Bezirk:** Nach umfangreichen Planungs- und Projektierungsarbeiten für den Umbau des Wallensteinplatzes konnte 2003 mit dem Bau begonnen werden. Vorgabe für die Beleuchtung war, unauffällig, robust und äußerst gleichmäßig den Platz zu erleuchten, da hier die unterschiedlichsten Verkehrsteilnehmer zusammentreffen und besondere Sicherheit gewährleistet sein muss. Insbesondere die spezielle Mastform der Multifunktionsmaste, die vom Architektenteam Schwarz & Schwarz vorgegeben war, und die auch von innen ausgeleuchtet werden sollte, stellte für die MA 33 eine Herausforderung dar. In den Gestaltungselementen der Sitzbänke des Platzes wird seitens der MA 33 eine Effektbeleuchtung realisiert, die besonders vandalensicher ausgeführt sein muss. Die Fertigstellung des Projektes ist für 2004 vorgesehen.
- **22. Bezirk:** Durch die Oberflächen-Neugestaltung der Arbeiterstrandbadstraße (von Wagramer Straße bis Donauturmstraße) durch die MA 28 war es erforderlich, die bestehende Beleuchtung zu entfernen und eine neue Straßenbeleuchtungsanlage zu installieren. Unter Berücksichtigung der neuen Parkplatzanordnung entlang der Straße und unter Beachtung der Wichtigkeit des Erholungsgebietes Donaupark für alle Personengruppen und Alterskategorien (insbesondere Kinder) galt es, diesen Straßenbereich sicher auszuleuchten. Es war dem Faktum eines temporär starken gemischten Verkehrs Rechnung zu tragen.
- **23. Bezirk:** Um den Ölzelt-Park auch in der Nacht sicher zu gestalten, wurde auf Wunsch des Bezirks der bisher unbeleuchtete Park mit einer Anlage aus Kandelabern mit Leuchten der Type Altstadt ausgestattet.

Objektverwaltung

Es wurden im Jahr 2003 insgesamt 22.600 Störungen, davon 15.520 an Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und 7.080 an Verkehrslichtsignalanlagen, innenbeleuchteten Verkehrszeichen und Wegweisern (MA 46-Anlagen) registriert. Die Behebung dieser Störungen und Schäden sowie routinemäßige Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten an den Anlagen erfolgen durch abteilungseigenes Fachpersonal und teilweise durch Kontrahenten unter Aufsicht der MA 33. Insgesamt wurden für diese Zwecke mit den Fahrzeugen des MA 33-Fuhrparks rund 586.000 km auf Wiens Straßen zurückgelegt.

Elektro- und lichttechnischer Versuchsraum

Lichtmessungen

Im Jahr 2003 wurden insgesamt 55 Lichtmessungen durchgeführt. 33 davon entfielen auf Messungen für eigene Anlagen der MA 33 v.a. bei der Planung und beim Test einzelner Beleuchtungsprojekte (z. B. Schwarzenbergplatz, Wallensteinplatz). Bei den anderen 22 Messungen wurden von den Experten der MA 33 Gutachten als Amtssachverständige erstellt. Es handelt sich

dabei meist um Anrainerbeschwerden über Lichteinwirkungen durch private Beleuchtungsanlagen.

Forschung & Entwicklung

Um Zusammenhänge zwischen Fauna und Flora und der Lichtfarbe der nächtlichen Beleuchtung zu untersuchen, wurde ein Forschungsprojekt mit der MA 22 und der Wiener Umweltanwaltschaft initiiert. Weiters fanden Vorbereitungen für eine Untersuchung über die Beeinflussung der Verkehrsteilnehmer/innen und der Umwelt durch die blau beleuchteten Mautstellen gemeinsam mit der ASFINAG und der Wiener Umweltanwaltschaft statt. In Zusammenarbeit mit der MA 46 wurden Untersuchungen zur Wirkung bzw. Anpassung von LED-Lichtsignalen im Bereich Helligkeit und Farbtemperatur durchgeführt. Auch gab es Untersuchungen zur Reduzierung des Streulichtes und der Lichtverschmutzung über Wien mit dem Institut für Astronomie der Universität Wien sowie über den Einsatz einer neuen Lichtfarbe für Leuchtstofflampen. Weiters wurde zur Entwicklung neuer Leuchten mit externen Firmen kooperiert und es wurden Studien über die Energieeinsparung durch Einführung der Kompensation in der öffentlichen Beleuchtung angestellt. Im Zuge der Führung des **Arbeitskreises „Öffentliche Beleuchtung für Österreich"** durch die MA 33 wurde ein bereits als Regel der Technik anerkannter „LICHT-Ordner" publiziert, in dem Fragen des Umweltschutzes, der Sicherheit, der Wirtschaftlichkeit, der Rechtslage etc. im Zusammenhang mit Außenbeleuchtungsanlagen erklärt werden.

Anlagen- und Materialprüfung

Ein wesentlicher Teil der Qualitätssicherung der MA 33 ist die Anlagenprüfung. Ziel ist es, die Betriebssicherheit der bestehenden Anlagen mindestens in einem 5-Jahres-Zyklus zu überprüfen. Im Jahr 2003 wurden durch die Anlagenprüfgruppe der MA 33 433 Anlagen einer entsprechenden Überprüfung unterzogen. Durch ein europaweit patentiertes, störungsfreies Messsystem konnten weiters 388 Maste der öffentlichen Beleuchtung im Hinblick auf ihre Standsicherheit und Haltbarkeit untersucht werden. Auch wurden durch die Prüfgruppe 30 Kabelfehler- bzw. Kabelortungsmessungen (zerstörungsfrei) durchgeführt. Dadurch konnten wesentlich Kosten für Aufgrabungen gespart und damit verbundene Verkehrsbehinderungen vermieden werden.

Im elektro- und lichttechnischen Versuchsraum der MA 33 wurden 2003 insgesamt 87 Materialprüfungen vorgenommen, sowohl für eigene Zwecke, als auch für andere Magistratsdienststellen (MA 54, MA 34, MA 46 u. a.). Dabei wurden 35 Lampen-Lieferungen stichprobenartig überprüft. Es wurden keine gröberen Mängel festgestellt. Ebenso wurden 52 Leuchten (Musterstücke oder Proben aus Serienlieferungen) überprüft. Auch hier war die Qualität durchwegs zufriedenstellend.

Anstrahlungen

Baumanagement

Im Berichtsjahr wurden Vorbereitungsarbeiten für Großprojekte wie das Gebäude der Liesinger Bezirksvorstehung, die Kirche am Kardinal-Rauscher-Platz und die Kirche Maria vom Siege, die alle mit Fluterbeleuchtungen ausgestattet werden sollen, durchgeführt. Für das Projekt **„Effektbeleuchtung Wiedner Hauptstraße"** (Lichtband) wurden die umfangreichen Vorarbeiten (Marktanalyse, Weiterentwicklung der Beleuchtungstechnologien und Konstruktionsentwicklung etc.) fortgesetzt.

Im Zuge der Generalsanierung Reichsbrücke wurde eine neue Gehwegbeleuchtung konzipiert, die nach ökonomischen und ökologischen Vorgaben durch Lichtberechnungen definiert und im Zuge einer Probebeleuchtung zu einem baureifen Projekt gestaltet wurde, dem auch der Architekt zustimmen konnte. Insbesondere galt es, den gemischten Verkehr (Radfahrer und Fußgeher) sicher zu geleiten und den ökologischen Lebensraum „Donauinsel" nicht wesentlich zu beeinträchtigen.

Für die **Schifffahrtssignalisierung** auf den Donaubrücken wurde der Probebetrieb mit LED-Lichtsignalen erfolgreich durchgeführt und im Zuge der Wartungsarbeiten alle Signale definitiv umgebaut. Durch Einsatz dieser Technik konnte zum einen die Lebensdauer, aber zum anderen auch die Sichtbarkeit der Signale weit angehoben werden, wodurch wieder ein wesentlicher Beitrag zur Sicherheit geleistet wurde.

Auch 2003 wurde in der Weihnachtszeit am Haus der Stadtgartendirektion wieder eine neue Anstrahlung mit farbigem Licht installiert. Die Anlage wurde dieses Mal unter dem Motto „Winterzauber" geplant, wobei der Effekt von Ver-



Die neue Effektbeleuchtung des Burgtheaters wird durch computergesteuerte Scheinwerfer ermöglicht.

eisungen mit gemischten Lichtfarben und speziellen Lichterketten entstehen sollte.

In Zusammenarbeit mit der Bundestheaterverwaltung wurde das **Burgtheater** mit einer neuen, in Österreich einzigartigen, fernsteuerbaren Farblichtanstrahlung versehen. Das Burgtheater kann nun anlässlich von Premieren entsprechend färbig angestrahlt werden. International errang diese Projekt großes positives Ansehen.

Objektverwaltung

Insgesamt werden derzeit 192 Objekte (Brücken, Baudenkmäler, Brunnen u. ä.) von der MA 33 direkt betreut, wobei hier regelmäßig Instandhaltungsarbeiten vorgenommen werden (z.B. optimale Einstellung der Anlagen, Behebung von Lampenausfällen).

Öffentliche Uhren

Im Jahr 2003 wurden von der MA 33 76 Würfeluhren, 111 Kirchen- und Gebäudeuhren und 11 diverse Uhren (Kunstwerke, Springzifferuhren etc.) betreut. Auch konnte eine Kirchturmuhr nach der Turmrenovierung erfolgreich in die Verwaltung der MA 33 übernommen werden (Pfarre Inzersdorf). An 41 der verwalteten Uhren waren Instandhaltungsmaßnahmen durchzuführen (z. B. Erneuerung des Uhrwerks, Tausch des Mikroprozessors). Weiters waren 162 Störungen zu beheben, wobei es sich in der überwiegenden Mehrheit nur um Minutenfehler oder Lichtausfälle handelte.

Sämtliche Uhren der MA 33 sind ferngesteuert, wobei die meisten über den Zeitzeichensender DCF 77 der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig synchronisiert werden. Derzeit erfolgt eine Umrüstung auf GPS-Antennen, da die Störfelder der Handysender in vielen Bereichen (z. B. in Kirchtürmen) den Empfang stark schwächen. Die Umstellung der Uhren auf Sommerzeit am 30. März 2003 und die Rückstellung auf Normalzeit am 26. Oktober 2003 wurde automatisch durchgeführt.

Stadtvermessung (MA 41)

Die MA 41 versteht sich als interne Dienstleisterin für alle vermessungstechnischen und kartographischen Aufgaben, die innerhalb der Stadtverwaltung anfallen, hauptsächlich in den Bereichen Planung, Bauausführung und allgemeine Verwaltung. Andere städtische Einrichtungen, wie die Fonds oder Betriebe der Wiener Stadtwerke, werden vermessungstechnisch bei der Durchführung ihrer Vorhaben betreut oder unterstützt.

Große Bedeutung kamen der Umsetzung des im Rahmen des **„New Public Management"** (NPM) für das Jahr 2003 erstmals erstellten Leistungskontraktes und der weiterführenden Kontrakterstellung für das Jahr 2004 zu. Die Zeit- und Leistungserfassung, welche in Verfolgung der NPM-Ziele des Magistrats im Jahr 2003 eingeführt worden ist, trägt zur Verfeinerung der Definition der Kontraktziele und Darstellung der Produkte bei.

Schwerpunkte der Arbeit bildeten Vermessungen für städtische Bauvorhaben, vor allem für U-Bahn- und Straßenbau, für das städtische Liegenschaftsmanagement sowie die Evidenthaltung und Weiterentwicklung der digitalen Stadtkarte. Bei **städtischen Bauvorhaben** waren die U-Bahn Baulose vorrangig. Während der laufenden Bauarbeiten bei der U1 waren aus Sicherheitsgründen zum Teil tägliche Setzungs- und Kontrollmessungen nötig, wobei besonders das Objekt 21., Bubergasse aufwändige Betreuung erforderte. Im Zuge der Vorarbeiten für die U2 wurden weitere 300 Messpunkte geschaffen, eingemessen und planlich festgehalten. Durch die im 2. Bezirk erforderliche Grundwasserabsenkung waren großflächige Messungen an 1.500 Punkten nötig, sowohl als Nullmessung vor Einleitung von Maßnahmen als auch Kontrollmessungen während der Pumpversuche. Von der Baustellengruppe wurden noch weitere Aus- bzw. Umbauarbeiten (Wipplinger Straße, Arbeiterstrandbadstraße, Wallensteinplatz, Schwarzenbergplatz, B 3 – Donaustraße, Bitterlichstraße, Schüttelstraße und Brunner Straße für die MA 28, sowie der Erdberger Steg und die Verbreiterung der A 23 – St. Marx für die MA 29) vermessungstechnisch betreut.

Im Tätigkeitsfeld **Bauvorbereitung** wurden 89 Projektgrundlagen erstellt, wozu u. a. die Arbeiten an der A 23 – Sanierung von Absbergtunnel – Neilreichgasse, dem Schönbrunner Vorplatz, der B 225 Bitterlichstraße – Weichseltalweg, Stadterweiterungsgebieten im 21. und 22. Bezirk, der S 2-Tieflegung zwischen Breitenleer Straße und Rautenweg, der A 22 – Zubringer Floridsdorfer Hochstraße, der Neulage B 14 – Freudenauer Hafenstraße für den Straßenbau und die Kanalprojekte in 22., Körberstraße und Stadterweiterung St. Marx erwähnenswert sind. Für 42 Vorhaben wurde bei der Baupolizei die Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen erwirkt.

Der für alle Bauvorhaben wesentliche Höhenbezug wird durch das städtische **Höhenfestpunktfeld** gewährleistet. Der als Service vorgesehene Internetzugriff wurde vorbereitet, konnte jedoch EDV-mäßig noch nicht umgesetzt werden. Im Zuge der Wartung der Festpunkte wurden 200 km Höhenzüge überarbeitet.

Im Berichtszeitraum 2003 wurden vom Dezernat **Liegenschaftsgeodäsie** rund 95 Aufträge im Gesamtwert von 370.000 EUR an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen vergeben. Diese Aufträge umfassten u. a. Teilungspläne für die Grundfreimachung zum Ausbau der Brunner Straße im 23. Bezirk, Baureifgestaltungen städtischer Liegenschaften als Vorbereitung geplanter Veräußerungen, aber auch Vermessungen zur Sicherung der Grenzen des Gütenbaches oder Pläne der Anbauflächen des Stadtgutes Laxenburg der MA 49.

Im Bereich der Gasometer wurde die **Bezirksgrenze** zwischen dem 3. und 11. Bezirk durch das Landesgesetz Nr. 14 vom 28. Februar 2003 **geändert**, wobei eine Anpassung des Verlaufs an ausgebaute Straßen erfolgte, was durch planliche

Darstellung dokumentiert wurde und in Folge durch Grundteilungen rechtlich nachvollzogen wird. Weiters konnte die koordinative Festlegung der Nationalparkgrenze Lobau bis auf kleine Restarbeiten fertig gestellt werden.

Vom Eigenpersonal des Dezernats Liegenschaftsgeodäsie wurden im Jahr 2003 36 Lagepläne erstellt, welche zur Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen und als Dokumentation von Grenzfeststellungen dienten. In 27 Fällen wurden Teilungspläne zur Herstellung der Grundbuchsordnung verfasst. Auf Ersuchen der MA 64 wurden 13 Entschädigungspläne geschaffen, welche die Grundlage für finanzielle Abgeltung an private Grundeigentümer für seinerzeit zu viel abgetretenen Straßengrund bilden.

Im Zuge der Durchführung städtischer Teilungsverfahren waren von den Mitarbeiter/innen des Dezernats 115 Bescheide zur Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen zu beantragen, in 148 Fällen wurden Abteilungsansuchen an die MA 64 gestellt und in 260 Geschäftsfällen wurden Einreichungen in Vermessungsämtern vorgenommen. Dadurch konnten für etwa 90 Fälle alle erforderlichen Unterlagen für die grundbücherliche Durchführung von Teilungsplänen erlangt werden.

In 40 Fällen wurden seitens der MA 41 als Vertreterin der Grundeigentümerin Stadt Wien Vollmachten an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen zur Erwirkung von grundstücksbezogenen, baubehördlichen Bescheiden erteilt.

Die im Jahr 2002 begonnene Weiterentwicklung der **Digitalen Stadtkarte** zu einem 3 D-Planungsinstrument wurde konsequent ausgebaut. Es wird damit der bedeutenden Rolle, die der dritten Dimension in allen Planungsprozessen zukommt, Rechnung getragen, besonders auch dem gesteigerten Bedürfnis, die Öffentlichkeit über Projekte der Stadtentwicklung realistisch zu informieren. Das 3 D-Stadtmodell ermöglicht beispielsweise die Visualisierung von projektierten Gebäuden inmitten der bereits vorhandenen Umgebungssituation. Die dafür notwendigen Grundlagen, wie ein genaues digitales Modell der Geländeoberfläche, die exakten Grundrissflächen der Gebäude und die nach der Nutzung unterschiedene Flächendarstellung des Stadtgebietes werden dabei aus den bereits flächendeckenden und aktuell vorhandenen Daten der Wiener Mehrzweckkarte abgeleitet. Die von der MA 41 mittels Luftbildauswertung zusätzlich erfassten Gebäudehöhen ermöglichen die Generierung eines sehr genauen 3 D-Baukörpermodells. Dieses Modell stellt die erste Detaillierungsstufe des 3 D-Stadtmodells dar und wurde für das dicht verbaute Stadtgebiet von Wien bereits flächendeckend erfasst. Bis Ende 2004 wird die gesamte Stadtfläche verfügbar sein. Parallel dazu erfolgte projektbezogen eine Erfassung und Modellierung der Dachlandschaft aus Luftbildern – die zweite Detaillierungsstufe des 3 D-Stadtmodells. Eine flächige Erfassung der Dächer liegt bereits für das Gebiet des Weltkulturerbes „Innere Stadt" vor.

Eine sehr realitätsnahe Abbildung von einzelnen Bereichen der Stadt wird im Anlassfall durch Aufbringung der Fassadentexturen erzielt. Nach Durchführung von Studien durch die TU Wien und Tests ist für die MA 34 im Vergabeweg die Erfassung der Rathausfassade mittels Laserscannung vorgenommen worden.

Zur Aktualisierung der **Digitalen Mehrzweckstadtkarte** wurden mittels Luftbildauswertungen in 566 Blättern 1:1000 die aus Bildflügen ersichtlichen Veränderungen festgestellt und Gebäudehöhen für das 3 D-Stadtmodell in 506 Blättern 1:1000 erfasst. Zugleich wurden eingetretene Veränderungen im Straßenbereich durch terrestrische Vermessungen in 611 Blättern 1:1000 bearbeitet. Dies hat insgesamt zu einer weiteren Verbesserung geführt. Auch der Aktualitätsstand aller Karten ist jünger als 3,5 Jahre. Die Leistungen wurden mit 45 Mitarbeiter/innen erbracht, wobei ein Anteil von 605.000 EUR auf Externe entfällt. Durch den Verkauf der Mehrzweckkarte wurden 2003 rund 1 Mio. EUR eingenommen, die interne Nutzung innerhalb der Stadt Wien entsprach einem Wert von etwa 3,5 Mio. EUR.

Fachliche Kontakte wurden wieder laufend durch Mitwirkung bei den maßgeblichen nationalen und internationalen Stellen gepflegt. Hervorzuheben ist dabei die Mitarbeit in den entsprechenden Gremien des Städtebundes und der Verbindungsstelle der Bundesländer bei der Neugestaltung der österreichischen Geodatenpolitik. Dem von diesem Gremium ausgearbeiteten Konzept hat die Landeshauptleutekonferenz zugestimmt und den Auftrag erteilt, die dort formulierten Ziele umzusetzen.

Im Österreichischen Normungsinstitut führt die Abteilung den Vorsitz im **Fachnormenausschuss 084** – Vermessung und Geoinformation und in dessen Arbeitsgruppe 084 – AG 01. Hier war das wesentlichste Arbeitsergebnis die Arbeiten zur ÖNORM A 2261-8 mit dem Arbeitstitel „Objektschlüsselkatalog für den digitalen Austausch von Geodaten – Lokation".

Die Anzahl der Anforderungen ist mit 2.417 Geschäftsstücken gegenüber dem Vorjahr etwa gleich geblieben. Die MA 41 ist bemüht, einen wesentlichen Anteil der Vermessungsleistungen mit Eigenpersonal unter Zuhilfenahme modernster Verfahren und Geräte zu erledigen. Darüber hinaus wurden Aufträge im Ausmaß von 2,45 Mio. EUR an Auftragnehmer der Stadt Wien vergeben. Einen nicht unwesentlichen Anteil am reibungslosen Ablauf spielte das Archiv, welches ca. 2.000 Aktenbehandlungen, 3.200 lfm Großflächenkopien und 83.000 Datensätze im digitalem Archiv zu behandeln hatte.

Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten (MA 46)

Im Frühjahr des Jahres 2003 wurde die MA 46 unter Zugrundelegung eines Reorganisationskonzeptes grundlegend reformiert. Die Abteilung besteht nunmehr aus der Stabsstelle und acht Gruppen.

Stadtentwicklung und Verkehr

Überregionales

Radverkehr

Den Leitzielen des Masterplan Verkehr folgend, umweltschonende Verkehrsmittel zu fördern und insbesondere auch den Berufs-, Einkaufs- und Ausbildungsverkehr zu berücksichtigen, werden die Belange des Radverkehrs nicht nur bei Straßendetailprojekten berücksichtigt sondern auch eigene Radwegprojekte erstellt bzw. weitergeführt.

Verkehrssicherheit

Im Jahr 2003 waren die Sicherheitsaktionen „Aktiv gegen Unfallschwerpunkte", „Lichtoffensive", „Schulwegpläne", die Forcierung des Erwerbs des Radfahrausweises und die Einleitung der Aktion „fahrradfreundliche Schule" Schwerpunkte im Bereich Verkehrssicherheit. Wie Studien zeigen, ist Wien die verkehrssicherste Landeshauptstadt Österreichs und die verkehrssicherste Großstadt Kontinentaleuropas.

Bezirksgruppen

Durch die Reorganisation wurden aus den ehemaligen Gruppen Planung, Behörde und den Referaten Verkehrszeichen und Fahrbahnmarkierungen entsprechend der Dezentralisierung (Bezirke Mitte, West, Südost, Südwest, Nord) Bezirksgruppen strukturiert. Die Gebietsgruppen beschäftigen sich mit der Planung, Verordnung und Festlegung definitiver Verkehrsmaßnahmen sowie der periodischen Überprüfung bestehender Verkehrsmaßnahmen. Es werden Verhandlungen über die Entschärfung von Unfallsschwerpunkten durchgeführt und Verkehrsmaßnahmen nach Projekten des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues festgelegt. Ebenso erfolgt die Festlegung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) und die Planung sowie Realisierung von kleinflächigen Verkehrsorganisationen in Teilen des Bezirkes. Ein weiterer Aufgabenkomplex besteht in der Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße gemäß § 90 und § 82 StVO 1960 sowie der Festlegung der erforderlichen Verkehrsmaßnahmen.

Gruppe „Verkehrstechnik und Planung"

Diese Gruppe besteht aus den Teams „Überregionale Planung", „Verkehrstechnik – Projektierung und Bau", „Verkehrstechnik – Betrieb und Erhaltung", „Fahrbahnmarkierungen – Qualitätssicherung", „Verkehrszeichen – Qualitätssicherung" sowie dem Team „Planentwurf und Archiv".

Vom Team **„Überregionale Planung"** wurden im Jahr 2003 mehr als 10 Projekte des Wiener Parkleitsystems behandelt und die entsprechenden Projekte festgelegt (z. B. Wiener Messe, Stadthalle, Grinzing, IZD). Ein weiterer Schwerpunkt war die Definierung und Finalisierung der Wegweiser für Mautvertriebsstellen. Bei der Verlängerung der U1 und der U2 war die überregionale Planung in die Vorbereitung der Straßendetailprojekte ebenso einbezogen wie in die UVP-Verfahren zur U2-Verlängerung und der Müllverbrennungsanlage Pfaffenau.

Bei der S 1 – Wiener Außenring Schnellstraße, der Spange zur A 23 – Südosttangente, der Niveaufreimachung der S 2 – Wiener Nordrand Schnellstraße sowie der Generalsanierung der A 2 – Südautobahn wurden die Interessen des Landes Wien vertreten.

Das Team **„Detailprojektierung und Bau"** überprüfte im Berichtsjahr 285 Schaltprogramme oder Verkehrsabläufe und erstellte für den Neu- bzw. Umbau von VLSA entsprechende Detailprojekte. Davon waren 17 Projekte (hauptsächlich Autobuslinie 26A) für die Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs. Sämtliche neue VLSA wurden mit LED (Leuchtdioden)-Signalgebern ausgerüstet. Im Rahmen des **Projekts „VEMA – Verkehrsmanagementsystem Wien"** wurden die Arbeiten für die zentrale Verkehrsüberwachung mit Verkehrsfernseheinrichtungen, die Modernisierung der bestehenden 38 Kamerastandorte sowie die Erweiterung um 17 neue Standorte durchgeführt.

Im Team **„Verkehrstechnik, Betrieb und Erhaltung"** wird durch bessere Überwachung und genauere Wartung der Steuergeräte die Betriebs- und Verkehrssicherheit an den 1.170 in Betrieb befindlichen VLSA erhöht. 2003 wurden knapp 88.250 Glühlampen getauscht. Etwa 1.810 Störungen mussten behoben werden. Dazu kamen noch Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an Fernsehbeobachtungsstellen und Einrichtungen der Verkehrsleitzentrale.

Vom Team **„Verkehrszeichen – Qualitätssicherung"** wurden bis Ende 2003 insgesamt 125.363 Verkehrszeichen, 1.774 beleuchtete Verkehrszeichen und 602 Verkehrsleuchtsäulen verwaltet, davon 2.067 Verkehrszeichen, 38 beleuchtete Verkehrszeichen und 31 Verkehrsleuchtsäulen neu errichtet. Im Bereich „Absicherung von besonders gefährdeten Fahrbahnbereichen" wurden 17 Wiener Sicherheitssäulen (überfahrbare Kunststoffkörper) mit Bodenlicht und 42 ohne Bodenlicht neu aufgestellt. Für die Aktion „Sicheres Wien" wurden 21 Geschwindigkeitsanzeigeanlagen angekauft und den Bezirken zur Verfügung gestellt. Im Zuge der Lkw-Bemautung („Go Box") wurden 78 Wegweiser zu den in Wien eingerichteten Servicestellen aufgestellt. Für die neue Messe Wien wurden im weiteren Umfeld 65 dynamische und statische Wegweiser errichtet.

Von Mitarbeiter/innen des Teams **„Fahrbahnmarkierung – Qualitätssicherung"** wurden auf jenen Straßen, die von der Gemeinde Wien erhalten werden, im Berichtsjahr ca. 193.000 m an Leitlinien, Sperrlinien, Park- und Randlinien sowie 27.300 m² an Schutzwegen, Pfeilen und Sperrflächen markiert. Zum Schutz von Schulkindern wurde 2003 begonnen, Schutzwege im Bereich von Schulen rot zu umranden, um die motorisierten Verkehrsteilnehmer auf diese Gefahrenstellen hinzuweisen.

Gruppe „Sonderaufgaben"

Die Gruppe „Sonderaufgaben" unterteilt sich in vier Bereiche: „Bewilligungen nach § 82 StVO (Gebrauchserlaubnisse)", „Sondertransporte und Filme", „Parkraumbewirtschaftung" sowie „Strafakte".

Im Team **„Gebrauchserlaubnisse"** werden Nutzungen des öffentlichen Gemeindegrundes und des darüber befindlichen Luftraumes nach dem Gebrauchsabgabegesetz 1966 und nach § 82 StVO behandelt. Dabei handelt es sich um die Genehmigung von Werbeanlagen, Sonnenschutzvorrichtungen, Automaten, Warenausräumungen und Aktivitäten im öffentlichen Raum.

Im Team **„Sondertransporte und Filme"** wurden mehr als 4.800 Anträge auf Routengenehmigung gemäß KFG bearbeitet. Diese Genehmigungen erforderten Routenerhebungen über fahrtechnische Eignung sowie Ermittlung über Tragfähigkeit von Brücken, Eindeckungen und Straßendecken sowie Einbauten und über der Straße liegenden Leitungen. Bei bundesländerüberschreitenden Transporten ist die Koordinierung der betroffenen Bundesländer erforderlich. Zu den weiteren Aufgaben des Teams zählen Anträge auf Ausnahme von Wochenend- und Nachtfahrverbot sowie Konzessionsansuchen und -prüfungen im Fiakerwesen. Weiters wurden knapp 1.000 Ansuchen für Filmaufnahmen mit den erforderlichen Verkehrsmaßnahmen bearbeitet.

Highlights waren die Großproduktionen „Maria Bonaparte" und „Bockerer IV" sowie neue Folgen von „Kommissar Rex" und „Trautmann".

Das Team **„Parkraumbewirtschaftung"** bearbeitet Anträge von Betrieben und Beschäftigten zwecks Ausnahme von der Einhaltung der höchstzulässigen Parkdauer in den flächendeckend bewirtschafteten Kurzparkzonen der Bezirke 1 bis 9 und 20.

Gruppe „Kraftfahrzeugprüfstelle"

Die Gruppe Kraftfahrzeugprüfstelle ist für die Bereiche Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte zuständig.

Das Referat **„Fahrzeuggenehmigungen"** hat 2003 insgesamt 2.791 Anträge um Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Anhängern behandelt. Diese Genehmigungen umfassen in erster Linie Einzelgenehmigungen und Ausnahmegenehmigungen für Übersiedlungsfahrzeuge und für historische Kraftfahrzeuge aber auch Bewilligungen für nicht zum Verkehr zugelassene Anhänger und die Ausstellung von „10 km/h"- Bescheinigungen für einzelne Fahrzeuge und Fahrzeugtypen im Sinne des KFG 1967. Darüber hinaus wurden 2.971 Anzeigen betreffend Änderungen an Kraftfahrzeugen und Anhängern bearbeitet.

Das Referat **„Verkehrssicherheit, § 57a, Gefahrgut"** hat 2003 in Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Wien 574 Überprüfungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern an Ort und Stelle nach §58 KFG 1967 durchgeführt. Es wurden dabei 2.095 in- und ausländische Fahrzeuge überprüft. Bei 1.052 Fahrzeugen wurde von den kraftfahrzeugtechnischen Sachverständigen „Gefahr im Verzug" festgestellt und von den Organen der Bundespolizeidirektion Wien die Kennzeichen abgenommen. Diese auch heuer wieder intensiv durchgeführten Fahrzeugprüfungen in Zusammenarbeit mit der Verkehrsabteilung erfassen den wirklichen Zustand der Fahrzeuge, d. h. für den Zulassungsbesitzer besteht keine Instandsetzungsmöglichkeit vor der Prüfung wie zum Beispiel vor der jährlichen „Pickerlüberprüfung". Diese Prüfungen an Ort und Stelle bestätigen das österreichische System der periodischen Begutachtung von Werkstätten, die gleichzeitig auch Reparaturen ausführen. 633 Begutachtungen bzw. wiederkehrender Überprüfungen gemäß §57 a KFG 1967 wurden durchgeführt.

Die Realisierung der technischen Anforderungen von Fahrschulfahrzeugen wurde über Auftrag der MA 65 in 198 Fällen geprüft. 208 Anträge auf die Erlaubnis zum Führen eines Blaulichtes wurden bearbeitet.

Auf dem Gebiet des Transportes gefährlicher Güter auf der Straße wurden insgesamt 400 Anträge behandelt. Dazu gehören Genehmigungen von Kraftfahrzeugen, Anhängern und Tanks zur Beförderung gefährlicher Güter samt den erforderlichen Sachverständigengutachten, Ausnahmebewilligungen, die Überwachung, die Erteilung der Ermächtigung zur Ausbildung von Gefahrgutlenkern und -beauftragten und die Überwachung der Lehrtätigkeit der ermächtigten Ausbildungsstätten.

Stabsstelle

Die Stabsstelle umfasst die Bereiche Budget und Controlling, EDV, Kanzleileitung, Kundencenter, Öffentlichkeitsarbeit und Baustellenkontrolle, Personalstrategie und Verkehrssicherheit.

Die Gruppe **„Verkehrssicherheit"** bearbeitet Anträge mit verkehrssicherheitstechnischer Relevanz, überprüft die aufgezeigten Sicherheitsdefizite und erarbeitet bei tatsächlich vorhandenen Mängeln entsprechende Sanierungsvorschläge. Gemäß der Rolle als Amtsachverständige wird die Erfassung, Untersuchung und Analyse von Unfallhäufungsstellen vorgenommen. Die Ausarbeitung von Verkehrssicherheitsgutachten erfolgt dabei im Sinne der örtlichen Unfallforschung auf Basis der Auswertungen der EDV-Systeme „Wiener Unfall-Daten-Bank" (UDB) und „Wiener Unfall-Analyse-System" (UAS). Insgesamt wurden 30 Unfallhäufungsstellen detailliert untersucht und Frequenz- und Kollisionstabellen, Vorher-Nachher-Untersuchungen, Reihungen entsprechend einschlägiger Unfallkennzahlen und diverse spezielle Unfallstatistiken erstellt. Diese Auswertungen sind Grundvoraussetzung für eine effektive und gezielte Verkehrssicherheitsarbeit, die auch auf computerunterstützte Darstellungen und auf Unfallsimulationen beruht.

Eine wesentliche Aufgabe stellt die sicherheitstechnische Planungsbegutachtung (Verkehrssicherheitsaudit) sämtlicher Planungen der Magistratsabteilungen 18, 28 und 46, der Wiener Linien u. a. dar. Amtssachverständige für Verkehrssicherheit sind bei Verfahren zur Festlegung von Verkehrsmaßnahmen durch die Straßenverkehrsbehörde, Eisenbahnbau und -betrieb bei der Sicherung schienengleicher Eisenbahnkreuzungen, Verfahren zur Erteilung eisenbahnrechtlicher Genehmigungen von Haupt- und Nebenbahnen, Straßenbahnen (inklusive U-Bahnen) und bei Anschlussbahnen tätig.

Die **Jugendombudsfrau** ist für die Koordinierung und als Ansprechpartnerin für Schulen in Angelegenheiten der Schulwegsicherheit sowie für die Betreuung verkehrssicherheitsrelevanter Problemstellungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, zuständig.

Das Team **„Öffentlichkeitsarbeit"** übernahm 2003 die Organisation des autofreien Tages, die Safe-Bike-Veranstaltungen für einspurige motorisierte Verkehrsteilnehmer/innen und die Präsentation der Verkehrsleitzentrale im Rahmen einer Veranstaltung.

Das Team **„Baustellenkoordination"** ist für die Kontrolle der Einhaltung der Baustellenabsicherung und Bescheidauflagen – speziell in Hinblick auf sehbehinderte Personen – sowie für die entsprechende Information der Medien zuständig.

Das neu gebildete **EDV-Team** ist als „first level support" für die gesamte Abteilung tätig. Es wurde ein Relaunch des internen Internet-Auftrittes durchgeführt und ein abteilungseigener ELAK sowie ein workflow basierendes Programm zur Abwicklung des Verfahrens nach § 90 StVO entwickelt und mit Ende 2003 im Echtbetrieb eingeführt.

Rechtliche Verkehrsangelegenheiten (MA 65)

Im Jahr 2003 war es nach wie vor eine wichtige Aufgabe der Abteilung, die Agenden als **Berufungsbehörde** wahrzunehmen. Die zu bearbeitenden Berufungsfälle betrafen hauptsächlich Administrativsachen, wie etwa die Ausstellung von Ausweisen für dauernd stark gehbehinderte Personen (§ 29b StVO 1960), weiters die Erledigung von Berufungsverfahren in Angelegenheiten der Aufhebung der Zulassung von Kraftfahrzeugen sowie der Entfernung von Verkehrshindernissen, insbesondere betreffend Kostenvorschreibungen für die Abschleppung von Fahrzeugen (§ 89a StVO 1960) und Kostenvorschreibungen für die Beseitigung gröblicher Verunreinigungen der Straße (§ 92 StVO 1960).

Darüber hinaus waren noch zahlreiche Berufungsverfahren betreffend die Abweisung von Anträgen auf Parkausnahmegenehmigung für ein zeitlich uneingeschränktes Parken in den flächendeckenden Kurzparkzonen der von der Parkraumbewirtschaftung betroffenen Bezirke 1 bis 9 und 20 (sogenannte „Parkpickerl") zu erledigen.

In legistischer Hinsicht waren im Berichtsjahr wieder mehrere straßenpolizeiliche und kraftfahrrechtliche Vorschriften fachlich zu begutachten. Hervorzuheben sind hiezu insbesondere die Entwürfe für Novellen zum Kraftfahrgesetz, zum Führerscheingesetz, zur Führerscheingesetz-Durchführungsverordnung, zur Führerscheingesetz-Fahrprüfungsverordnung, zur Ferienreiseverordnung und zur Schulwegsicherungsverordnung. Darüber hinaus hat die Abteilung Entwürfe für Novellen zum Wiener Fiaker- und Pferdemietwagengesetz und zur Betriebsordnung für Fiaker- und Pferdemietwagenunternehmen ausgearbeitet. Zur Wahrung der Interessen des Landes Wien nahmen Abteilungsleiter, Stellvertreter und Referent/innen auch 2003 wieder an verschiedenen Fachtagungen und Länderkonferenzen, die jährlich abgehalten werden, teil.

Im **Fahrschulbereich** war es wie bisher eine wichtige Aufgabe des in der Abteilung eingerichteten Fahrschulinspektorates, die ordentliche und gesetzmäßige Ausbildung der Führerscheinwerber in den Fahrschulen zu überwachen. Zusätzlich stellten auch die in der Abteilung regelmäßig abgehaltenen Lehrbefähigungsprüfungen für Fahrlehrer und Fahrschullehrer ein wichtiges Regulativ für das Niveau der Ausbildung in den Fahrschulen dar. Auch wurden die vorgeschriebenen Aufzeichnungen über den Ausbildungsgang der Fahrschüler im Hinblick auf die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlehreinheiten, die vorschriftsmäßige Ausbildung der Fahrschüler sowie die Einhaltung der Meldepflichten der Fahrschulinhaber (hinsichtlich der verwendeten Schulfahrzeuge und des eingesetzten Lehrpersonals) kontrolliert. Der Einhaltung der Mindestkursdauer für die Ausbildung der Führerscheinwerber (14-Tage-Kurse) und dem Aushang betreffend die vollständige und übersichtliche Darstellung der Preise für die von den Fahrschulen angebotenen Leistungen wurde besonderes Augenmerk gewidmet.

Im **Fahrschulreferat** wurden im Jahre 2003 insgesamt 932 Geschäftsfälle bearbeitet, nämlich Erteilung von Fahrschulbewilligungen, Genehmigung von Fahrschulleitern, Genehmigung von Schulfahrzeugen, Ausstellung der Fahr(schul)-lehrerberechtigungen. Auf Grund von Anträgen auf Erteilung oder Erweiterung von Fahr(schul)-lehrerberechtigungen wurden im Berichtsjahr laufend Lehrbefähigungsprüfungen abgenommen. 96 neue oder erweiterte Berechtigungen sind nach bestandener Prüfung erteilt worden. In den Angelegenheiten der Fahrprüfung wurden von der Abteilung namens des Landeshauptmannes im Jahre 2003 auch neun Anträge auf Bestellung zum sachverständigen Fahrprüfer für die praktische Fahrprüfung gemäß § 34 FSG behandelt und zum Teil bereits entschieden bzw. in Evidenz genommen. 180 bereits bestellte Fahrprüfer/innen wurden zu den nunmehr zwingend vorgeschriebenen Fortbildungskursen bzw. Vorträgen geladen.

Im Zuge der Privatisierung der Zulassung wurden Versicherungen ermächtigt, drei weitere Zulassungsstellen einzurichten. Ebenso wurden im Jahr 2003 im Namen des Landeshauptmannes von der Magistratsabteilung 65 insgesamt 27 Ärzt/innen zum/zur sachverständigen Arzt/Ärztin für Allgemeinmedizin gemäß § 34 Abs. 1 Führerscheingesetz bestellt. 78 sachverständige Ärzt/innen wurden wieder bestellt. Schließlich wurden 137 Straßenaufsichtsorgane gemäß § 97 Abs. 2 StVO 1960 und sieben Mautaufsichtsorgane gemäß § 17 Abs. 2 Bundesstraßen-Mautgesetz 2002 bestellt.

Im **Kraftfahrlinienreferat** wurden im Berichtsjahr zum Zweck der bescheidmäßigen Festsetzung von Haltestellen zahlreiche Ortsverhandlungen durchgeführt (Überprüfung, Verlegung oder Neufestsetzung von Haltestellen). Die Zuständigkeit zur Haltestellenfestsetzung erstreckt sich auf sämtliche in Wien verkehrende öffentliche und private Kraftfahrlinien (Einlandlinien, Mehrlandlinien und internationale Kraftfahrlinien). Als Konzessionsbehörde für öffentliche und private Einlandlinien waren Konzessionsänderungen bzw. -verlängerungen zu behandeln, sowie die Fahrpläne und -preise konzessionsbehördlich zu genehmigen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie erfolgten zahlreiche Stellungnahmen (nach durchgeführtem Ermittlungsverfahren) bezüglich Straßeneignung und Bestehen der sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für Kraftfahrlinien, die in den Zuständigkeitsbereich des genannten Bundesministeriums als Konzessionsbehörde fallen (öffentliche und private Mehrlandlinien sowie internationale Kraftfahrlinien). Im Zusammenhang mit sonstigen – insbesondere baulichen – Angelegenheiten, die den Kraftfahrlinienverkehr betrafen, wurde an von anderen Dienststellen angesetzten Ortsverhandlungen teilgenommen bzw. wurden diesbezügliche Stellungnahmen und Auskünfte erstattet.

Statistisch ergibt sich für die Dienststelle im Berichtsjahr zusammenfassend folgendes Bild: Im Jahre 2003 langten insgesamt 3.924 Geschäftsstücke zur Bearbeitung ein, wovon 11 Gegenschriften an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof) auszuarbeiten waren. Demgegenüber sind 2003 insgesamt 3.170 Geschäftsstücke erledigt worden.

Parkraumüberwachung (MA 67)

Zum Stichtag 31. Dezember 2003 waren in der MA 67 insgesamt 434 Mitarbeiter/innen beschäftigt, davon 192 in den Innendienstbereichen (Abteilungsleitung/Organisation und den Referaten zur Führung der Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz) und 242 in den Außendienstbereichen (davon 66 zur Bundespolizeidirektion Wien abgeordnete Mitarbeiter/innen der Parkraumüberwachung und 176 Mitarbeiter/innen der Kurzparkzonenüberwachung).

Die Organisation der Kurzparkzonenüberwachung wurde im Jahr 2003 dahingehend geändert, dass die Überwachung nunmehr von zwei Stützpunkten aus durchgeführt wird. Durch diese Organisationsänderung soll eine Verbesserung und Beschleunigung der Arbeitsabläufe in den Stützpunkten selbst und außerdem eine Verringerung der Anfahrtswege und -zeiten der Überwachungsorgane zu den Einsatzgebieten erzielt werden.

Seit September 2003 besteht durch eine entsprechende Änderung des Parkometergesetzes für Wien die Möglichkeit, die **Parkometerabgabe per SMS** mittels Mobiltelefon zu entrichten, das Ausfüllen eines Parkscheines ist damit nicht mehr zwingend notwendig.

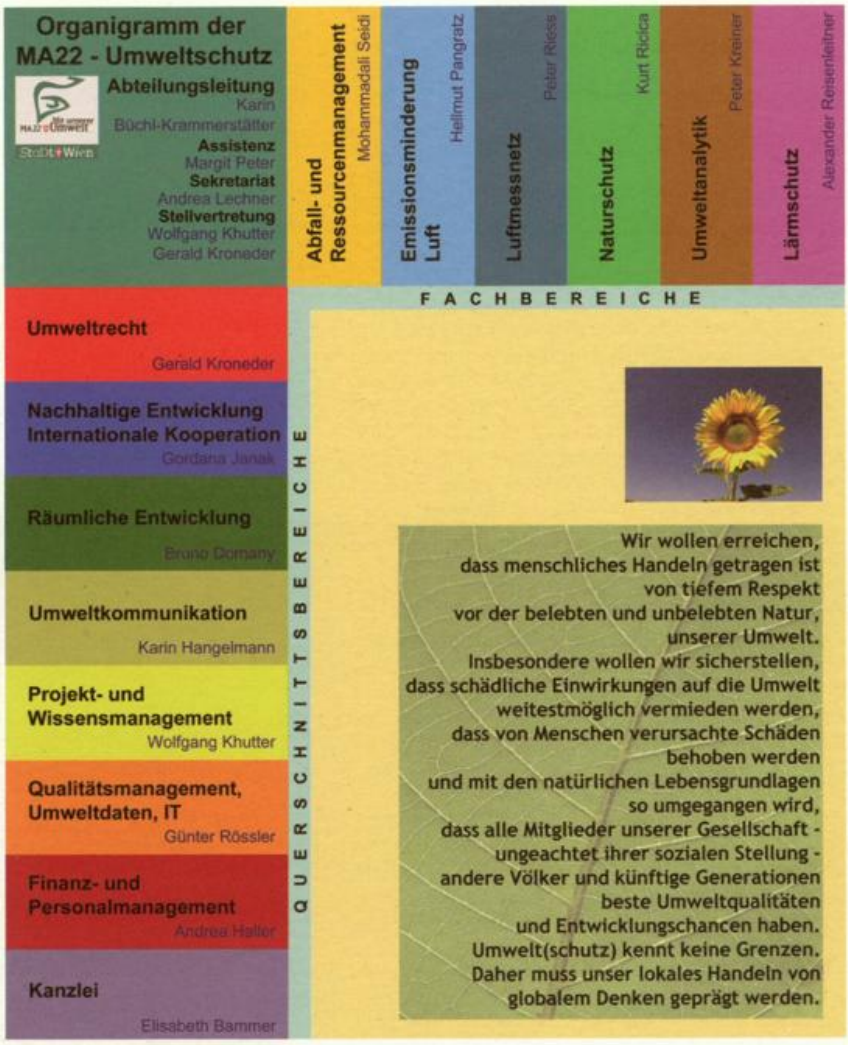
Zur Überprüfung der ordnungsgemäßen Entrichtung der Abgabe erfolgt die Überwachung und die Erfassung von Übertretungen des Parkometergesetzes durch elektronische Überwachungsgeräte. Die organisatorischen Maßnahmen zur Einführung dieses neuen Überwachungssystems und die notwendige Schulung des Personals stellten einen der wesentlichen Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2003 dar.

Umwelt

Umwelt

Umweltschutz (MA 22)

Das Organigramm der MA 22 nach Abschluss des Organisationsentwicklungsprozesses



Umweltrecht

Winterdienst-Verordnung 2003

Die Verordnung betreffend das Verbot und die Einschränkung der Verwendung von bestimmten Auftaumitteln und bestimmten abstumpfenden Streumitteln (Winterdienst-Verordnung 2003) – seit November 2003 in Kraft – regelt den Einsatz von Auftaumitteln und abstumpfenden Streumitteln. Positive Auswirkung der neuen Verordnung: Weniger Splitt auf den Straßen und dadurch weniger Staub in der Luft.

Wiener Bodenschutzgesetz

Ein Entwurf eines Wiener Bodenschutzgesetzes, das eine umfassende Regelung des Bodenschutzes bringen soll, wurde erarbeitet.

Fischereilicher Managementplan

Es wurde ein fischereilicher Managementplan 2003 bis 2005 für den Nationalpark Donau-Auen erlassen. Die Fischerei soll langfristig von den Gewässern der Unteren Lobau in die Gewässer der Oberen Lobau verlagert werden, um in der Unteren Lobau mit ihren ökologisch, insbesonders ornithologisch sensiblen Gewässern fischereifreie Bereiche/-Ruhebereiche zu schaffen.

Jagdlicher Managementplan

Ein jagdlicher Managementplan 2003 bis 2005 für den Nationalpark Donau-Auen wurde ebenfalls erlassen. Die Bejagung soll durch die Einrichtung von Schwerpunktbejagungsgebieten gezielter und effektiver werden, die Wildfütterung wurde grundsätzlich verboten und es wurde zur Erfolgskontrolle ein Monitoring eingeführt.

Biogasanlage

Ein UVP-Feststellungsverfahren wurde durchgeführt, das zum Ergebnis kam, dass eine UVP-Pflicht nicht gegeben ist. Das folgende Genehmigungsverfahren nach dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002 wurde rechtskräftig abgeschlossen.

Biomasseheizkraftwerk Simmering

Auf Grund eines Antrags der Wien Strom GmbH wurde ein Feststellungsverfahren durchgeführt mit dem Ergebnis, dass keine UVP-Pflicht besteht, da mit keinen erheblichen negativen Umweltauswirkungen zu rechnen ist. Ein Verfahren nach dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002 ist anhängig.

MVA Pfaffenau

Im Juli 2003 wurde um Genehmigung nach dem UVP-G 2000 für die neue Müllverbrennungsanlage in Wien Simmering („MVA Pfaffenau") angesucht. Nach öffentlicher Auflage der Unterlagen erarbeiteten die von der MA 22 beigezogenen Sachverständigen bis Ende 2003 das Umweltverträglichkeitsgutachten.

Lärmschutz

- **Fluglärm:** Intensive Beteiligung am Mediationsverfahren, Bearbeitung zahlreicher Fluglärmbeschwerden.
- **SYLVIE** (SYstematische Lärmsanierung von innerstädtischen WohnVIErteln): Weiterarbeit auf Bezirksebene.
- **Lärmschutzprojekt Bahnhof Leopoldau:** Der Projektbeginn hat sich auf Grund von U-Bahn-Bauarbeiten verzögert. Die Errichtung der Lärmschutzwände erfolgte im April 2004.

- **Lärmschutzprojekt Theodor-Körner-Hof:** Beginn der Detailplanungen mit Herbst 2003 – Federführung durch die MA 29.

Neufassung des Lärmberichts

Der letzte Lärmbericht stammt aus 1996. Es sind daher alle Bestimmungen, besonders EU-Recht, neue Erkenntnisse in der Lärmsanierung (Stichwort SYLVIE, Eisenbahnlärmsanierung, neue EU-Richtlinie usw.) in diesen Bericht aufzunehmen. Weiters sollte ein neuer Lärmbericht einerseits an das Corporate Design der Stadt Wien angepasst werden und andererseits die neuen Technologien (Internet-Programmierung mit Flash-Animationen und Java-Programmierung) genutzt werden. Der alte Lärmbericht fand sehr großen Anklang und wird teilweise immer noch angefordert. Darüber hinaus stehen derzeit einige Internet-Anwendungen zur Verfügung, die entweder in den Lärmbericht integriert werden sollten, besser aber umgekehrt. Ein Auftrag für das Update der geltenden Rechtsgrundlagen zum Thema Lärmschutz wurde bereits an den Österreichischen Arbeitsring für Lärmbekämpfung (ÖAL) vergeben. Die Ergebnisse dieses Berichts werden als wesentliche Grundlage für den Lärmbericht „neu" dienen. (Beginn 2003, Fertigstellung Anfang 2005).

Naturschutz

Strategischer Umweltschutz

- Wiener Arten- und Lebensraumschutzprogramm „Netzwerk Natur": 2003 wurde das Hauptprojekt neu ausgeschrieben und vergeben.
- Konzept für eine ökosoziale Stadtpolitik: Neuer Themenschwerpunkt der Arbeit des Ökosozialen Forums Wien ist der demographische Wandel und die räumlichen Konsequenzen für Wien.
- Vertragsnaturschutz: Das Teilprojekt „Lebensraum Acker" und die Begleituntersuchung wurden fortgeführt.
- Überlegungen zur Tierethik und Ökologischen Ethik: Als Basis für weiterführende Diskussionen wurde eine philosophische Auseinandersetzung in Auftrag gegeben.

Sicherung der Lebensgrundlagen: Erhaltung und Entwicklung der biologischen und landschaftlichen Vielfalt

Wiener Arten- und Lebensraumschutzprogramm „Netzwerk Natur"

Mit „die Umweltberatung" wurde eine Vereinbarung über die Beteiligung an der Umsetzung von „Netzwerk Natur"-Zielen geschlossen und im Rahmen eines Pilotprojekts acht umsetzungsreife Maßnahmenvorschläge erarbeitet.

Gebietsschutz
Natura 2000-Netzwerk

Die Arbeit an den Managementplänen wurden fortgeführt. Wien beteiligte sich an der österreichweiten Studie zur Entwicklung von Kriterien, Indikatoren und Schwellenwerten zur Beurteilung des Erhaltungszustandes der Natura 2000-Schutzgüter.

Landschaftsschutzgebiete

Die legistischen Vorarbeiten zur Ausweisung der Landschaftsschutzgebiete Penzing und Ottakring wurden abgeschlossen und die fachlichen Vorarbeiten für das Landschaftsschutzgebiet Währing fortgeführt.

Objektschutz

Es wurden sechs neue Naturdenkmäler unter Schutz gestellt und drei widerrufen. Die Ausweisung des Fasangartens als geschütztes Biotop wurde vorbereitet.

Artenschutz

Bestandsaufnahmen und Grundlagenarbeiten wurden für Gefäßpflanzen und Brutvögel vorgenommen, das langjährige Vogelmonitoring auf zwei Flächen wurde fortgesetzt sowie eine Machbarkeitsstudie zur Lockwirkung öffentlicher Beleuchtung auf Insekten erstellt.

Amphibienschutz

Neben der Betreuung der Amphibienwanderstrecken wurde das Schutzprojekt im Prater fortgeführt und im Magdalenenhof-Teich ein Rührgerät installiert, um die Wasserqualität zu verbessern.

Vertragsnaturschutz

Es wurden neue Flächen in das Programm „Lebensraum Acker" aufgenommen.

Umweltbewusstsein

Wiener Arten- und Lebensraumschutzprogramm „Netzwerk Natur"

Für die Bezirke 10, 11, 13 und 14 wurden „Bezirksposter" (überblicksmäßige Darstellung der Bezirksleitlinien) produziert.

„Wildwuchs – vom Wert dessen, was von selbst ist"

Anlässlich des 30-jährigen Bestehens der MA 22 wurde ausgehend von der Frage „Wieviel Raum geben wir der Natur?" eine Aktionsreihe entwickelt, die das Thema „Stadtwildnis" in all seinen Facetten erfahrbar machen sollte. Im Juli wurde eine durch zwei Flammenfrauen (Steinzeugskulpturen) markierte Wildnisfläche im Auer-Welsbach-Park präsentiert. Im August und September fand die Plakataktion in allen 23 Bezirken statt, am 3. September wurde bei der Festveranstaltung im Arkadenhof des Wiener Rathauses eine Gstettn am Podest präsentiert und eine Anthologie vorgestellt, die das Verhältnis des Menschen zur Natur thematisiert. Im September und Oktober wurden Stadtspaziergänge „Wildes

Wien" und „Pflasterritzentour" angeboten. Abgerundet wird das Angebot durch einen Bauträgerfolder und die „Wildwuchszeitung".

„Hochschwab. Der Berg. Das Wasser. Die Menschen."

Ein unglaubliches Buch über diese mit Wien eng verflochtene Region wurde geschaffen, das den Umgang der Menschen mit dem Raum vor dem Hintergrund des Nachhaltigkeitsgedankens anschaulich macht.

Internetportal „natur-wien.at"

An diesem Portal, das von der WUA, der MA 22 und der MA 49 getragen wird und im Frühjahr 2003 online ging, beteiligen sich mittlerweile 26 Partnerorganisationen.

Emissionsminderung Luft

Projekt Abgasfernmessungen

Das Gemeinschaftsprojekt der MA 22, MA 46 und der Bundesprüfanstalt für Kfz soll Aufschluss darüber geben, ob intensive, längerfristige Abgaskontrollen für eine substanzielle und nachhaltige Verminderung der Luftschadstoffe in Wien geeignet sind. Dabei werden mit einem optischen Gerät die Abgaswolken der vorbeifahrenden Fahrzeuge orientierend gemessen. Die Fahrzeuge mit auffällig hohen Emissionen werden von der Polizei angehalten und einer exakten, amtlichen Messung unterzogen. Beginn: Ende September 2003, Abschluss bis zum 3. Quartal 2004.

emikat.at

Im Berichtsjahr wurde das Emissions-Datenbanksystem (Datenbank zur Berechnung der Luftschadstoffemissionen) fertig gestellt. Neben den Emissionsdaten aus Gewerbe und Industrie und dem Sektor Haushalt werden im Datenbanksystem auch die Verkehrsdaten aus dem VISUM-Modell der MA 18 organisiert und stehen für verschiedenste Auswertungen zur Verfügung. In das System implementiert wurde auch ein Szenarienmanager, der die Modellierung bestimmter Emissionsfälle erlaubt. Künftig sollen die Ergebnisse aus 10 Standardauswertungen einer größeren Anzahl von Benutzern im Magistrat zur Verfügung stehen.

Im Jahr 2003 hat die MA 22 bei folgenden Verfahren als **Sachverständige** mitgewirkt:

- AWG-Genehmigungsverfahren Biogasanlage
- UVP-Feststellungsverfahren Biomasseheizkraftwerk Simmering (dieses Verfahren wurde im 4. Quartal 2003 abgeschlossen)
- SUPer NOW (6. Donauquerung)
- UVP-Verfahren betreffend U2-Verlängerung und Müllverbrennungsanlage in Simmering („MVA Pfaffenau").

Abfall- und Ressourcenmanagement

Schwerpunktaktionen betreffend die **Beseitigung von illegalen Ablagerungen** von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen wurden teilweise in Kooperation mit der Umweltkriminalpolizei durchgeführt. Es wurde mit den Vorarbeiten zur **Umschlüsselung** der Abfallbezeichnungen und der dazugehörenden Schlüsselnummern von der ÖNORM S 2100 auf den Europäischen Abfallkatalog begonnen. Diese Vorarbeiten dienen dazu, die Anlagenbescheide, Sammler- und Behandlerberechtigungen für gefährliche und nicht gefährliche Abfälle innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist von einem Jahr (bis 31. Dezember 2004) auf das System des Europäischen Abfallkataloges ändern (umschlüsseln) zu können.

Eine gemeinsame EUROCITIES-Stellungnahme zur thematischen Strategie Abfallvermeidung und Abfallrecycling wurde fertig gestellt **(EUROCITIES Waste Policy Working Group)**.

Mitarbeiter des Bereichs Abfall- und Ressourcenmanagement betreuen Abfallvermeidungs-Projekte aus dem offenen Wettbewerb 2002 der Initiative Abfallvermeidung (für zwei Projekte als Projektcoach, für sechs Projekte als Co-Coach). Im Rahmen eines Wettbewerbs zum Schwerpunkt „Lebensmittel und Lebensmittelverpackungen" wurden Abfallvermeidungsprojekte für 2004 mitausgewählt.

Im Zuge des Pilotprojekts **„Umweltmanagement in Amtshäusern des Magistrats – PUMA"** wurde eine Liste von Zielen zur Umsetzung erstellt und mit einer Prioritätenreihung versehen, wovon die wichtigsten bereits realisiert wurden bzw. begonnen wurden. Weiters wurden konkrete Umweltziele bzgl. Fernwärme-, Wasser-, Stromverbrauch und der Durchführung von Schulungen für alle Mitarbeiter/innen festgelegt.

Das Hauptziel des Projekts **„Optimiertes Stoffflussmonitoring für die Abwasserentsorgung Wiens – OSMA-Wien"** ist die Entwicklung und routinemäßige Anwendung einer Methode zur Bestimmung von über den Abwasserweg transportierten Stoffen (Schwermetalle, Phosphor) in Wien mit zeitlicher Auflösung. Mit Referenzversuchen wurde begonnen. Das Projekt läuft noch bis 2007.

Bei einem Treffen im Oktober wurden die bisherigen Ergebnisse der **Onlinemessung der Stoffbilanz auf der MVA Spittelau** erörtert und über neue Erkenntnis bezüglich Wassergehalt-Ermittlung usw. diskutiert. Der Jahresbericht für das Jahr 2003 wurde erstellt. Das Projekt läuft noch bis Ende 2004.

Umweltanalytik

Der **„Bodenbericht"** wurde wie schon in den Jahren 1992, 1995, 1997 und 2000 mit der Erweiterung auf im urbanen Raum auftretende organische Parameter (PAK) erstellt.

Ausschreibungsgemäß (ausschreibende Dienststelle: MA 42) wurden die in Verwaltung der MA 42 befindlichen **Kinderspielplätze** vom Bestbieter der Ausschreibung beprobt und von diesem mit den Analysen begonnen.

Die inneren Abläufe für die Überprüfungen nach der neuen **Winterdienstverordnung 2003** wurden adaptiert. Die Untersuchungsprotokolle und Gutachten wurden neu gestaltet und erste Überprüfungen, nach Meldungen von Bürger/innen haben stattgefunden.

Die Lieferung des **Ionenchromatografie-Messplatzes** zur Bestimmung von Anionen und bivalenten Kationen z. B. in Niederschlagswässern (WADOS) ist erfolgt. Im Berichtszeitraum wurde mit der Erstellung und Erarbeitung der Methoden zur Spurenanalytik auf die oben angeführten Parameter begonnen und diese im ersten Quartal 2004 weitestgehend abgeschlossen. Nach entsprechenden Vergleichsuntersuchungen werden diese Messungen mit Beginn der nächsten „WADOS-Auftragsperiode" (ab September 2004) von der MA 22 durchgeführt werden.

Die Anschaffung eines neuen **UV-VIS Spektrofotometers** für die Routineanalytik, das den Anforderungen an das Qualitätssicherungssystem des Bereichs „Umweltanalytik" entspricht, ist Ende des 4. Quartals erfolgt. Im 1. Quartal 2004 wurden alle photometrischen Methoden auf das neue Gerät übertragen und im Rahmen der Qualitätssicherungsmaßnahmen des Bereichs Umweltanalytik neu validiert.

Luftmessnetz

PM10-Messungen

Im Berichtsjahr wurde die Umstellung der Feinstaubmessungen von TSP (Schwebestaub) auf PM10 an den Messstellen Laaerberg, Kendlerstraße, Floridsdorf, Stadlau, Kaiserebersdorf und Lobau vorbereitet. Ab 2004 informiert das Luftmessnetz im Rahmen des **„Täglichen Luftgüteberichts"** zusätzlich zu den bisherigen Schadstoffen auch über die Belastung bezüglich der Schadstoffkomponente PM10.

AQUELLA

Auf Grund der Kooperation mit dem Institut für chemische Technologien und Analytik im Rahmen des Forschungsprojektes AQUELLA wurden wie vorgesehen drei Probenahmegeräte auf den Dächern der Messcontainer Schafberg und Kendlerstraße und im Vorgarten der Messstelle Rinnböckstraße installiert. Die dort ab 1. Jänner 2004 gezogenen PM10-Proben sollen auf mineralische Feinstaubinhaltsstoffe analysiert werden und damit Rückschlüsse auf mögliche PM10-Emittenten ermöglichen.

Umsetzung Ozongesetz-Novelle

Wie bereits berichtet, ist das Ozongesetz und die IG-L-Novelle per 1. Juli 2003 für alle Beteiligten völlig überraschend in Kraft getreten. Diese Gesetzes-Novelle hat besonders für das Luftmessnetz umfangreiche und einschneidende Konsequenzen mit sich gebracht. Um den Bestimmungen hinsichtlich Auslösen der Informationsstufe und den nunmehr grundlegend geänderten Berichtspflichten nachzukommen, waren und sind umfangreiche organisatorische und technische Veränderungen und Anpassungen in der Messnetzzentrale des Wiener Luftmessnetzes vorzunehmen. Durch die geänderten gesetzlichen Bestimmungen war es notwendig, den Inhalt sämtlicher Berichte und Informationsmedien über aktuelle Luftqualität neu zu konzipieren und technisch umzusetzen. Im Wesentlichen sind davon die „Täglichen Luftgüteberichte" und Grafiken im Internet, der Tonbanddienst „Ozonix", die Versendungen der Luftgüte- und Alarmberichte per Fax und E-Mail sowie die Bewertungen und Texte an den Anzeigetafeln betroffen. Aus derzeitiger Sicht ist ein großer Teil der technischen Arbeiten erledigt. Weitere Software-Adaptionsarbeiten können aber erst nach Vorliegen der Ozon-Messkonzept-Verordnung in den nächsten Monaten in Angriff genommen werden.

Nur durch Bündelung aller zur Verfügung stehenden Kräfte und durch die große Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter/innen des Luftmessnetzes sowie durch Zurückstellung von anderen geplanten Projekten, war es möglich, die dringlichsten und vorrangigen Arbeiten durchzuführen, um damit der Umsetzung der Ozon-Informationspflicht nachzukommen. Die vorbildliche Zusammenarbeit mit den Messnetzen Niederösterreichs und des Burgenlands hat sich dabei ebenfalls bewährt. Zur Information der Bevölkerung über die geänderten Grenzwerte des Ozongesetzes wurde ein mit den Nachbarbundesländern akkordierter **Informations-Folder** erarbeitet und veröffentlicht.

Mitwirkung in Genehmigungsverfahren

Die Mitarbeiter/innen des Luftmessnetzes haben als Sachverständige für Fragen der Luftschadstoffbelastung in folgenden großen Verfahren mitgewirkt: MVA Pfaffenau, Biomassekraftwerk Simmering und Biogasanlage, B 225 – Wienerbergstraße.

Nachhaltige Entwicklung und Internationale Kooperation

ÖkoBusinessPlan (ÖBP)

Im Berichtsjahr erfolgte eine strategische Weiterentwicklung des ÖBP. Die beiden Module „Abfallvermeidung in Kleinbetrieben" und „Klimaschutz in Kleinbetrieben" wurden in das Modul „Öko-Bonus" zusammengeführt. Weitere Tätigkeiten betrafen die Erarbeitung eines kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeitskonzeptes sowie die Kooperation mit Salzburg, Niederösterreich und Steiermark zum Aufbau einer gemeinsamen Datenbank im Sinne der nachhaltigen Entwicklung, basierend auf die Wiener ÖBP-Maßnahmendatenbank.

EcoBusinessPartnership Wien – Athen – Chennai

Das Projekt wurde bei dem EU-Programm „ASIA URBS" eingereicht, Projektpartner sind Athen und Chennai (Indien). In beiden Städten sollen die Voraussetzungen für den Aufbau eines ÖBP nach Wiener Modell geprüft werden.

PRESUD

Dieses EU-Forschungsprojekt untersucht, ob die Peer-Review-Methode geeignet ist, die nachhaltige Entwicklung in europäischen Städten zu beurteilen. PRESUD entwickelt diese Methode weiter und schafft ein neues europaweit einsetzbares Instrument zur Bewertung und Förderung der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung in europäischen Städten. Anfang November 2003 wurde in Wien ein Treffen für alle in diesem Projekt tätigen „peers" organisiert, an dem 50 Mitarbeiter/innen von Stadtverwaltungen und Politiker/innen aus ganz Europa teilgenommen haben. Wichtige Punkte waren die Vorstellung neuer Erkenntnisse zur Peer-Review-Methode, die Aneignung der neuen Kenntnisse durch Trainingseinheiten und ein offener Diskurs der bisher gewonnenen Erfahrungen.

Umweltleitbild

In den Themenbereichen Umwelt und Gesundheit, Umwelt und biologische Vielfalt, Umwelt und Klimaschutz, Umwelt und nachhaltige Nutzung, Umwelt und natürliche Ressourcen, Umwelt und Abfallwirtschaft, sowie Raumentwicklung wurden Indikatoren festgelegt. Außerdem wurden die Umweltziele in bestehenden Plänen, Programmen und gesetzlichen Vorschriften erhoben. Zur Istzustandserhebung und -beschreibung wurde ein Workshop in den sechs Themenbereichen durchgeführt.

Qualitätsmanagement, Umweltdaten und Informationstechnologien (IT)

Im Bereich **Qualitätsmanagement** standen die Kontrakterstellung und Überlegungen zu einem Qualitätsmanagementsystem im Vordergrund.

Ein wichtiges Tätigkeitsfeld stellt die Analyse, Aufbereitung und Bereitstellung von **Umweltdaten** dar, insbesondere die Erweiterung und der Aufbau einer Produktionsversion des Fachinformationssystems/Elektronischer Planungsatlas. Weiters wurden Vorbereitungen zur Wartung des Wiener Umweltinformationskatalogs (http://www.wien.gv.at/wuis/) per Web-Applikation getroffen.

Im **IT-Bereich** erfolgte eine Umstrukturierung im Rahmen der Organisationsentwicklung und die Bereinigung/Aktualisierung der IT-Struktur und User-Verwaltung.

Räumliche Entwicklung

Nach politischer Genehmigung/Kenntnisnahme der Ergebnisse der **SUPer NOW** wird eine Reihe von **Umsetzungsmaßnahmen** erforderlich sein, in die die MA 22 involviert ist (z. B. Infrastrukturprojekte inklusive entsprechender Genehmigungsverfahren, Detailplanungen etc.) bzw. welche die MA 22 maßgeblich betreuen wird (z. B. Unterstützung der WUA beim Monitoring, Evaluierung der Klimarelevanz der geplanten Lenkungsmaßnahmen etc.).

Im **Arbeitskreis Landwirtschaft** wurden Strategien zur Existenzsicherung und zur Verbesserung der Marktchancen festgelegt. Der Abschlussbericht, insbesondere für die Aufgaben der Landwirtschaft im Rahmen des Grüngürtels, wurde fertig gestellt. Ein wichtiger Punkt betrifft auch Erhaltung typischer Siedlungstrukturelemente alter Ortskerne.

Die MA 22 arbeite bei der Erstellung der **Winterdienstverordnung** mit und stellte eine Liste jener Straßen mit Salzstreuverbot auf Grund der Kriterien aus Anhang I fertig. Außerdem wurde eine EDV-unterstützte Präsentation erstellt und Vorträge zu dem Thema gehalten.

Mitgewirkt wurde auch an der Ausarbeitung des **Stadtentwicklungsplans für 2005 (STEP)**, insbesondere im Kapitel Lebensqualität. Die MA 22 nahm auch am Länderarbeitskreis im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie zur Erstellung von Vorschlägen für Handlungsalternativen zur Erreichung der Ziele der NEC-Richtlinie teil.

Im Berichtsjahr wurden außerdem Vorschläge für Fernerkundung von Abgasbelastungen und Standorten für **Ausleitplätze** in der Region Wien zur stationären Überprüfung der Kraftfahrzeuge erstellt.

Weiters mussten die Konsequenzen einer **Verlegung der B 14** von der donauparallelen Straße in die Seitenhafenstraße zur Verbesserung der Chancen für den Ausbau eines intermodalen Güterverkehrsknotens Hafen Freudenau beurteilt werden und eine Analyse der Belastungsfelder durchgeführt werden

Im Bereich **Bodenschutz** sind folgende Aktivitäten zu erwähnen:

- Rückkopplung des Rohentwurfes und der Erläuternden Bemerkungen mit dem Redaktionsteam und dem Bodenschutzteam,
- Redaktionelle Endüberarbeitung des Bodenschutzgesetzes und der Erläuternden Bemerkungen und Fertigstellung für die interne Begutachtung,
- Abstimmung der ÖNORM S2088/2 zur vorläufigen Verwendung bis zur Fertigstellung einer Verordnung,
- Networking mit internationalen Kolleg/innen im Rahmen der Bodenschutztage in Marktredwitz.

Projekt- und Wissensmanagement

Die MA 22 organisierte einen **Erfahrungsaustausch betreffend Luftgüte** mit Vertreter/innen

Veranstaltungen 2003

19. März	ÖkoBusinessPlan Wien Gala 2003
4. bis 6. Jänner	Teilnahme am Ferienspiel „Ramba Zamba"
Aktionsreihe „wildwuchs"	
6. Juni	Auftaktveranstaltung „Flammenfrauen" im Auer-Welsbach-Park, Beginn der Veranstaltungsreihe „wildwuchs"
August	Plakataktion
3. bis 11. September	Fest „wildwuchs" und 30 Jahre MA 22 im Arkadenhof
Anfang September	Stadtspaziergänge
4. September	Tag der offenen Tür der MA 22
19. September	Josefstädter Straßenfest
20. und 21. September	Autofreier Tag
26. Oktober	Wald der jungen Wiener/innen
2. Dezember	Präsentation des Films „Grüne Wiener Welt" – Ein Film über Wiens Naturdenkmäler

aus Wissenschaft und Forschung, Verwaltung sowie Interessensvertretungen. Ziel war die Präsentation von Forschungsergebnissen sowie die Diskussion aktueller Fragestellungen insbesondere zum Thema Wiederaufwirbelung von Staub.

Im Rahmen des Projekts **„ÖkoKauf"** wurden zahlreiche Kriterienkataloge fertig gestellt, die auf der neuen Homepage unter www.oekokauf.wien.at unter dem Menüpunkt „abrufbare Ergebnisse" zu finden sind. Neben den laufenden Fertigstellungen von Kriterienkatalogen wird in der nächsten Zeit der Film „Mamamio, alles bio" und auch die Spielebox (Zielgruppe Kindergärten und Volksschule) fertig gestellt.

Mittlerweile sind 69 Wiener Tourismusbetriebe mit dem **Umweltzeichen Tourismus** ausgezeichnet und die Stadt Wien nimmt damit den ersten Platz im Bundesländerranking ein. Alle diese Betriebe findet man in der neuen Broschüre der MA 22 **„Umweltfreundliche Wiener Gastlichkeit 2004"**.

Der **wissenschaftliche Förderpreis der MA 22** wurde auch heuer wieder an Student/innen oder Diplomand/innen, deren wissenschaftliche Arbeiten für die tägliche Arbeit der Umweltschutzabteilung von hohem Nutzen sind, vergeben. Von über 30 eingereichten wissenschaftlichen Arbeiten wurden 12 ausgesucht und ausgezeichnet.

Gemeinsam mit der TÜV-Österreich Akademie wurde im Rathaus der **„Tag der Abfallbeauftragten"**, der als Plattform für Wissens- und Erfahrungsaustausch zu verstehen ist, veranstaltet.

Für das in sechs Monaten abgewickelte **Grundsatzgenehmigungsverfahren zur Verlängerung der U2** vom Schottenring bis Aspern wurde der Abteilungsbereich „Projekt- und Wissensmanagement" mit dem Titel „Amtsmanager 2003" der Wirtschaftskammer Österreich ausgezeichnet. Diese Auszeichnung ist auf die kurze Verfahrensdauer, die geringen Verfahrenskosten sowie die transparente Verfahrensführung unter Einbeziehung von zwei Bürgerinitativen zurückzuführen. Weiters wurde der Umstand gewürdigt, dass alle Einwender/innen im Verfahren zufrieden gestellt werden konnten, sodass es trotz der 1.100 Einwendungen zu keiner Berufung kam.

Umweltkommunikation

Erschienene Folder und Broschüren 2003

ÖkoBusinessPlan Wien, Auszeichnungsbroschüre 2003, 160 Seiten
ÖkoBusinessPlan Wien, Bezirksjournal, Sonderausgabe, 16 Seiten
Broschüre „Umweltfreundliche Wiener Gastlichkeit 2003", die alle Umweltzeichen-Tourismusbetriebe in Wien vorstellt, 64 Seiten
Broschüre „Umweltfreundliche Tagungs- und Seminarhotels"; Wien-Mutation einer Broschüre des Umweltministeriums
Folder „Flammenfrauen" zur Stadtwildnis im Auer-Welsbach-Park, Leporello
Folder „Lebensraum Acker"
Folder „Wildnis spüren"
Umweltschutz in Wien – Ausgewählte Projekte aus Forschung und Praxis (Sondernummer der Zeitschrift „Umweltschutz")
Folder „Ozon. Was Sie darüber wissen sollten"
Folder „Biotopmonitoring"
Folder „Wienerwaldforschung im Systemzusammenhang"
Folder „Wiener Naturdenkmäler"
Katalog „wildwuchs"
Folder „Naturschutz – Dienstleistung für Mensch und Natur"
Folder „Mehr Schmetterlinge in Wien"
Eis und Schnee in Wien – Informationen zur Winterdienst-Verordnung 2003

Umwelt

Wien Kanal (MA 30)

Personalverhältnisse

Dienstpostenstand am 31. Dezember (MA 30 und Hauptkläranlage)

Bedienstete	2002	2003
Beamte (Schema II und IV)	212	209
Arbeiter (Schema I und III)	501	487
Summe	**713**	**696**

Planung und Bau

In Fortsetzung des umfangreichen Bauprogramms der MA 30 konnten auch 2003 wieder beachtliche Investitionen in der Erweiterung des Wiener Kanalnetzes verzeichnet werden. Im Einzelnen sind folgende Unterteilungen hervorzuheben:

Sammel- und Entlastungskanäle

Die Bauarbeiten und die maschinelle Ausrüstung des 3. und letzten Bauabschnitts für die Herstellung der Donaukanalverbindungsleitungen zwischen Rechtem Hauptsammelkanal und Linkem Hauptsammelkanal, welche die Ausleitungen von Schmutzfrachten in den Donaukanal während Wartungsarbeiten in diesen Kanälen auf einen unwesentlichen Anteil reduzieren werden, wurden abgeschlossen.

Die Planungsarbeiten für Hauptprojektsbestandteile des „Abwasserentsorgungs- und Gewässerschutzprojekts für Wien" wurden weitergeführt. Zum Wientalsammelkanalentlastungskanal BA02 und BA03 erfolgte der Baubeginn. Der Bau des Liesingtalsammelkanalentlastungskanals wurde weitergeführt. Da der Liesingtalsammelkanalentlastungskanal im Bach- bzw. Flussbett geführt wird, eröffnen sich somit Möglichkeiten eines naturnahen und zeitgemäßen Ausbaus der Flusslandschaft nach Beendigung der Kanalbauarbeiten.

Hebewerke

Es erfolgte der Baubeginn zu den Hebewerken Kaiserebersdorf und Simmering.

Netzausbauprogramm

Dieses Programm sieht die Vollkanalisierung aller im Bauland gelegenen Haushalte Wiens vor. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag im 21. und 22. Bezirk. Insgesamt konnten neben den in Bau befindlichen Arbeiten 20 neue Baulose in Angriff genommen werden und insgesamt 17 Baulose fertig gestellt werden.

Stadtentwicklung

Zur Unterstützung des von der Stadt Wien betriebenen Stadtentwicklungsprogramms wurden erforderliche Kanalbauten durchgeführt.

Kanalumbauprogramm

Dieses Programm sieht die Sanierung des zum Teil schon über 100 Jahre alten Kanalnetzes im innerstädtischen Bereich vor. Insgesamt konnten 2003, neben der Fortsetzung der laufenden Bauten, 9 neue Kanalumbauten begonnen werden. 11 Kanalumbauten konnten abgeschlossen werden. Großes Augenmerk wird auf die unterirdische Sanierung und Instandsetzung gelegt, wodurch eine Erneuerung unter Minimierung der Behinderung für die Bevölkerung ermöglicht wird.

Kanalinformationssystem

Die notwendigen Aktualisierungen des Kanalnetzes in digitaler Form im Kanalinformationssystem KANIS hinsichtlich Lage- und Sachdaten wurden weitergeführt. Weltweit erstmals werden die Informationen zum Kanalnetz einer Kommune in digitaler graphischer Form im Internet unter www.kanis.at angeboten. Die bestehende Applikation wurde um eine Variante erweitert, die den Benutzer/innen über Echtzeitselektion erlaubt, den für sie relevanten Bereich des Kanalnetzes zu beziehen.

Kanalbetrieb

Räumungsarbeit und Verstopfungsbehebungen

Vom Einsatzdienst der Funkwagen, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnlichen Arbeiten zuständig ist, wurden 2.024 Einsätze geleistet. Die Materialförderung, Kanalschutt und Rechengut aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes betrug im Jahr 2003 4.995 t. Im Einzelnen wurden in diesem Zeitraum aus Schotterfängen 1.532 t, aus den Hauptsammelkanälen 879 t, aus den Straßenkanälen 879 t, aus der Kläranlage Blumental 310 t und aus dem Pumpwerk Linker Donausammler 371 t Kanalschutt geräumt. Die anfallende, bereits gepresste Rechengutmenge aus der Kläranlage Blumental und den Pumpwerken betrug 1.024 t.

Senkgrubenräumung

Der Senkgrubenbestand hat sich im Jahr 2003 auf 8.116 verringert. Die Zahl der Senkgrubenräumungen durch die MA 30 betrug 17.407, mit einer verrechneten Gesamtaushubmenge von 124.292 m³. 587 Abscheiderräumungen wurden durchgeführt, wobei die Gesamtaushubmenge 1.031 t betrug.

Instandhaltung von Kanälen und Hochbauten

An 826 Kleinbaustellen wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt, ferner 865 Stück Schachtabdeckungen repariert bzw. erneuert. In den Außenstellen wurden dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Fuhrpark

Insgesamt wurden im Jahr 2003 von den Fahrzeugen der MA 30 ca. 1,13 Mio. km zurückgelegt, welche sich wie folgt aufgliedern:

Senkgrubenwagen	328.869 km
Hochdruckwagen	76.073 km
Abscheiderräumfahrzeuge	18.820 km
Verstopfungswagen	38.062 km
Diverse Fahrzeuge	664.859 km
Zusammen	**1.126.683 km**

Behördliche Aufgaben

Im Referat „Behördliche Aufgaben" wurden unter anderem 407 Gutachten für die Herabsetzung der Abwassergebühr durchgeführt. Weiters wurden ca. 1.061 MA 4-Erhebungen für Kanalanschlüsse sowie ca. 1.393 Karteibearbeitungen bei Befunden und 1.193 Schreiben an die MA 4 verfasst.

Pumpwerke und Kläranlage

In den Abwasserhebewerken wurden insgesamt 71,736.635 m³ gefördert. In der Kläranlage Blumental wurden 20.970.230 m³ Abwasser mit einem Energieaufwand von 4,72 Millionen kWh gereinigt. Die durchschnittliche Verschmutzung im Zulauf betrug 273 mg/l BSB5, die im geklärten Ablauf 13,0 mg/l BSB5.

Chemielabor

Im Jahr 2003 wurden vom Betrieb Chemie 2.950 Abwasserproben gezogen und davon 4.747 Einzelanalysen durchgeführt. 253 Abwasserproben wiesen nicht die geforderte Abwasserqualität auf. Auf Grund der Abwasserkontrollen mussten 222 Mahnschreiben und Analysenkostenverrechnungen versendet werden, wobei in sieben Fällen wegen extremer Schadstoffwerte auch Strafanträge an die zuständigen Bezirksämter gestellt wurden. Es wurden 210 Dauerkontrollen mittels Probenahme-, pH- und Temperaturmessgeräten durchgeführt. Weiters wurden 286 Dauermessungen mittels Schwefelwasserstoff-Gasspürgeräten durchgeführt.

Neben den routinemäßigen Abwasserkontrollen wurden die Kontrollorgane und Amtssachverständigen des Betriebes Chemie zu 187 gewerberechtlichen Verhandlungen geladen und führten 135 Erhebungen für die Bezirksämter und andere Dienststellen der Stadt Wien durch. Derzeit werden 1.072 Firmen laufend überwacht und 3.378 Firmen in Evidenz gehalten.

Kanal TV-Untersuchung

Es wurden ca. 149 km nicht begehbare Rohrkanäle mit den TV-Inspektionsfahrzeugen überprüft.

Führungen

In der Friedrichstraße wurde die Live Show „Die Rückkehr des dritten Mannes" auf Grund der Baustelle WSKE nur bis April durchgeführt, in diesem Zeitraum besuchten 3.000 Personen die Veranstaltung. Weiters besuchten 17.000 Personen diverse Veranstaltungen bzw. Ausstellungsstände der MA 30.

Wasserwerke (MA 31)

Wasserwirtschaft

Im Jahr 2003 wurden insgesamt 148.568.762 m³ (2002: 145.154.233 m³) Wasser aufgebracht und davon 145.334.130 m³ (2002: 140.260.049 m³) Wasser in das Wiener Rohrnetz eingeleitet. Die Gesamtaufbringung stieg gegenüber dem Vorjahr um 3.407.529 m³, das sind 2,35 Prozent. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 399.997 m³. Das Tagesmaximum wurde am 12. Juni 2003 mit 531.970 m³ erreicht und das Tagesminimum am 12. Dezember 2003 mit 316.340 m³.

Wasseraufbringung außerhalb von Wien

I. Hochquellenleitung inklusive Grundwasserwerke und Quellgebiet

Die Instandsetzung des Aquädukts Mödling wurde beidseitig bei zwei Bögen und vier Pfeilern durch Herstellung eines Vorschalmauerwerks fortgesetzt. Zudem wurde dieses Aquädukt wie auch ein Teil des Aquädukts in Baden innen mit einer wasserdichten Folie ausgekleidet. Der Leitungskanal wurde im Zuge der Abkehren mit der in den letzten Jahren neu entwickelten Stollenwasch-

Wasseraufbringung im Jahr 2003 im Vergleich zu 2002:

Jahr	Wasseraufbringung Gesamt		I. und II. Hochquellenleitung		Wr. Grundwasserwerke		Wiental-wasserwerk		Triestingtal- u. Südbahngem.		Änderungen Behältervorrat	
	m³	%	m³	%	m³	%	m³	%	m³	%	m³	%
2002	145.154.233	100	137.236.013	94,54	3.192.440	2,20	3.914.360	2,70	15.100	0,01	796.320	0,55
2003	148.561.762	100	136.209.632	91,69	8.618.060	5,80	3.482.070	2,34	-	-	252.000	0,17

Wasserabgabe im Jahr 2003 im Vergleich zu 2002:

Jahr	Wasserabgabe Gesamt		Auswärtige Abnehmer		Wiener Rohrnetz		Ableitungen u. Messdifferenzen	
	m³	%	m³	%	m³	%	m³	%
2002	145.154.233	100	3.599.911	2,48	140.260.049	96,63	1.294.273	0,89
2003	148.561.762	100	3.316.723	2,23	145.334.130	97,83	-89.091	-0,06

maschine und zum Teil händisch auf eine Länge von 40 km innen gereinigt. Im Bereich Mödling wurde der Leitungskanal im Ausmaß von 200 m² mit Spritzbeton neu ausgekleidet. Im Grundwasserwerk Matzendorf wurden die Brunnen C und D saniert. Eine Behälterkammer (150.000 m³) des Leitungsspeichers Neusiedl wurde entleert und gereinigt, sowie der Zu- und Ableitungsrohrstrang inkl. Armaturen und Wasserzähler erneuert.

Zur Erfassung der aktuellen Wasserqualität des Kaiserbrunnens, der gesamten Wässer oberhalb des Kaiserbrunnens, der Fuchspassquelle und im Zulauf zum Behälter Neusiedl wurden Messgeräte nach dem Prinzip der Spektralanalyse eingebaut.

Im Quellgebiet wurden im Rahmen des Objektschutzes die sicherheitstechnischen Einrichtungen erweitert und verbessert. Im Bereich Wasseralmquelle und des Schneebergs wurden in Zusammenarbeit mit der MA 49 Erosionsschäden beseitigt.

Die Quellstube der Reistalquelle wurde grundlegend saniert und dem Stand der Technik angepasst. Im Rahmen der Endkollaudierung der Pfannbauernquelle wurde das Ufer des Dobreinbaches im Bereich der Deponie des Stollenausbruchs Wetterin-Ost dauerhaft gesichert. Teile der Ortswasserleitung in Nasswald wurden erneuert.

Die Schutzeinrichtungen der 20 kV-Anlagen wurden vom Kraftwerk Hinternasswald bis zur Pfannbauernquelle erneuert. Zur Erweiterung der Fernsteuerung von Armaturen und zur Übertragung von Messergebnissen wurden FM-Kabel zu Quellen in Hinternasswald und Hirschwang verlegt.

II. Hochquellenleitung mit Quellgebiet

In den bodenmechanisch und geologisch problematischen Bereichen wurden zur Sicherung der Standsicherheit der Leitung intensive Instandhaltungsmaßnahmen an den Drainageanlagen und auch Neuverlegungen durchgeführt. In diesem Zusammenhang erfolgt eine intensive Bauwerksüberwachung mit modernsten Technologien. Bei mehreren Aquädukten wurden Abdeckungen von außen saniert.

An der Stollenwaschmaschine wurden Adaptierungen durchgeführt, sodass diese auch auf weiteren Strecken der II. Wiener Hochquellenleitung eingesetzt werden kann. Zur Erfassung der aktuellen Wasserqualität der Brunngraben-, Höllbach- und Schreierklammquellen wurden Messgeräte nach dem Prinzip der Spektralanalyse eingebaut.

An den Aquädukten der II. Wiener Hochquellenleitung – Betriebsleitung Wien/Niederösterreich wurde eine komplette Bestandsaufnahme durchgeführt und die vorhandenen alten Pläne digitalisiert. Die Programmentwicklung „GIS II. HQL – Betriebsleitung W/NÖ" ist abgeschlossen.

Im Rahmen der Erweiterung des Objektschutzes wurden weitere sicherheitstechnische Einrichtungen geschaffen, ein neues Schließsystem installiert sowie entsprechende Fernmeldeeinrichtungen geschaffen. Im Quellengebiet wurde eine Quellfassung der Ortswasserversorgung von Wildalpen saniert. Weiters wurden neben Tagwasser- und Überfallgerinnen auch die Muffen des Siebenseerohrstranges im Bereich Salzaaquädukt, sowie die Dehnfugen am Holzäpfeltalaquädukt saniert. Ebenso erfolgten Sanierungen von Dienstgebäuden, Straßen und Vorflutern.

Das Projekt für die Ergänzung der Wasserversorgung von Hinterwildalpen (KW-M bis KW-S) wurde bei der Wasserrechtsbehörde eingereicht und bewilligt.

In sämtlichen Kraftwerken wurden cos-phi-Regelungen zur Blindstromreduzierung eingebaut und in Wasserleitungsanlagen sowie Dienstgebäuden wurde die gesetzlich vorgeschriebene (gemäß Elektrotechnikverordnung) Nullung hergestellt.

Wientalwasserwerk und Wientalstaudamm

Im Rahmen der Standsicherheitsüberprüfung des Dammes und der Wehrklappe, vom Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft veranlasst (wasserrechtliche Überprüfung), wurden vom Sachverständigen für Dammbau Maßnahmen gefordert, die für die Standsicherheit wesentlich sind. Darin geforderte Sofortmaßnahmen (Ankerungen) zur Sicherung der linken Ufermauer im Bereich der Korrektion des Wienflusses wurden durchgeführt. Die vorgeschriebene 3-jährliche Überprüfung der Wehranlage wurde durchgeführt. Weiters wurde die Entleerungsleitung der Reinwasserkammer saniert und durch den Einbau eines weiteren Claytonventils die Möglichkeit geschaffen, auch kleine Wassermengen vom Wientalwasserwerk abzugeben.

Die MA 45 beabsichtigt nach Beendigung der Trinkwasseraufbereitung den Wientalstausee in das Hochwasserschutzkonzept des Wienflusses einzubinden. Für die künftige Nutzung der Anlage zur Hochwasserretention wurde in Zusammenarbeit mit der MA 45 eine Studie hinsichtlich der dafür erforderlichen Maßnahmen erstellt.

Wasseraufbringung in Wien

Grundwasserwerk Donauinsel Nord

Die Wassergewinnung Donauinsel Nord (acht Horizontalfilterbrunnen) ist fertig gestellt, das Wasserschutzgebiet ist bewilligt. Die derzeit laufenden Pumpversuche dienen der Ermittlung der aktuellen Kolmatierung und der Optimierung der Fördermengen.

Wasserwerk Kleehäufel

Im Jahr 2003 wurde der Gewinner des Architekturwettbewerbes mit der Durchführung des Vorentwurfes beauftragt. Der Vorentwurf wurde

abgeschlossen. Die weiterführende Raumprogrammbesprechung für den Multifunktionalraum wurde erfolgreich abgeführt. Die Wirtschaftlichkeitsbesprechung wurde ebenfalls erfolgreich absolviert. Der Sachkreditantrag für die Durchführung der 1. Ausbaustufe wurde erstellt. Die Ausschreibung der Drucksteigerungsanlage wurde fertig gestellt. Mit der Ausschreibung des Donauinselrohrstranges wurde bereits begonnen. Die Wasserrechtsverhandlung wurde positiv abgeführt.

Wasserwerk Moosbrunn

Für die Trinkwasseraufbereitungsanlage wurden die Bau- und Rohrlegearbeiten fertig gestellt, die elektrische und maschinelle Ausrüstung wurde begonnen, ebenso die Laborplanung und die Erstellung der Betriebsvorschrift für den Testbetrieb.

Wasserverteilungsanlagen

Behälter

Für das Neubauvorhaben **„Behälter Jubiläumswarte"** wurde im Jahr 2003 ein neues Konzept erarbeitet. Es ist nunmehr vorgesehen, die Behälter Kordon I und Kordon II hinsichtlich der Verbrauchsmenge durch den Behälter Jubiläumswarte abzudecken und die Druckverhältnisse im Versorgungsgebiet Kordon durch Druckreduzierventile sicherzustellen. Für die Umsetzung des Konzepts ist neben der Errichtung des Behälters auch der Austausch mehrerer Rohleitungen im Versorgungsgebiet Kordon I und II erforderlich. Dieses Konzept stellt aus mehreren Gründen einen Vorteil dar. Die Sanierung der Behälter Kordon I und Kordon II kann entfallen, da sie aufgelassen und die Grundstücke anders verwertet werden können. Im Herbst 2003 wurde die Wirtschaftlichkeitsbesprechung erfolgreich abgeführt, der Sachkredit wird Anfang 2004 eingereicht.

Im Jahr 2003 wurde die Instandsetzung des **Behälters Schafberg** fortgesetzt. Die Herstellung von zwei neuen Wasserkammern in Form von weißen Wannen wurde im Jahr 2003 abgeschlossen, die Inbetriebnahme wird 2004 erfolgen.

Am **Drucksteigerungswerk Neustift** erfolgte eine Generalsanierung. Neben den baulichen Instandsetzungen wurde die komplette Verrohrung in Edelstahl ausgeführt und die elektrische Ausrüstung auf den neuesten Stand der Technik gebracht.

Beim **Behälter Dreimarkstein** und dem Drucksteigerungswerk Krottenbachstraße wurden ebenfalls bauliche Instandsetzungen durchgeführt und die elektrischen Ausrüstungen dem Standard der MA 31 angepasst.

Der **Brunnen „Alter Kreuzgrund"** wurde einer Generalsanierung unterzogen. Neben den baulichen Instandsetzungen wurden auch die Brunnenvortriebe regeneriert. Die alten Gestängepumpen wurden durch drehzahlgeregelte Tauchmotorpumpen ersetzt, deren Verrohrung in Edelstahl ausgeführt und die elektrische Ausrüstung auf den neuesten Stand der Technik gebracht.

Die bauliche Sanierung der Übergangskammer Mauer und deren Messkammer wurde abgeschlossen. Gleichzeitig wurden die überalterten Venturirohre durch dem Stand der Technik entsprechende Woltmannzähler ersetzt.

Rohrnetz – Erhaltung, Erneuerung und Erweiterung, Servicedienste

Im Zuge der Sanierung des Rohrnetzes – 2. Hauptleitung – wurde der Abschnitt von der Fasangartenstraße bis zur Titlgasse sowie ein kurzer Abschnitt in der Himmelbaurgasse innensaniert. Die Gesamtlänge betrug ca. 1.100 m.

Im Jahr 2003 wurden 24,6 km Rohrleitungen ausgewechselt und 2,74 km Rohrleitungen neu verlegt. Diese Arbeiten wurden aufgeteilt in 161 Baustellenabschnitten ausgeführt. Das Versorgungsnetz hat mit Ende 2003 eine Länge von 3.268 km.

Als größte Baustelle wurde in 23, Dirmhirngasse auf einer Länge von 1.200 m in den Rohrstrang DN500 ein Kunststoffrohrstrang DN400 eingezogen. Diese Baumaßnahme wurde durch Spontangebrechen großen Ausmaßes ausgelöst.

Die Erneuerung der noch vorhandenen Hausanschlussleitungen aus Blei war auch 2003 die Tätigkeit mit höchster Priorität. Durch Umschichten von Budgetmittel konnten 2.035 Anschlussleitungen aus Blei erneuert werden. Damit wurde die vorgegebene Kontraktzahl um ein Drittel überschritten. Die EU-Richtlinie über Wasser für den menschlichen Gebrauch wurde in nationales Recht übergeführt (Trinkwasserverordnung TWV vom 21. August 2001) und somit gelten die Fristen für die Reduktion der zulässigen Bleiwerte in Trinkwasser mit 25 µg/l (ab Dezember 2003) bzw. 10 µg/l (ab Dezember 2013). Mit diesem gezielten Einsatz des Budgets und mit dieser Leistung wurde ein wesentlicher Fortschritt erreicht, alle Bleileitungen bis 2007 zu erneuern. Mit Jahreswechsel 2003/2004 existieren in Wien noch rund 5.000 Anschlussleitungen aus Blei. Eine wesentliche Tätigkeit der Wasserverteilung ist die Neuherstellung von Wasseranschlüssen. 2003 wurden 489 Objekte neu mit Trinkwasser versorgt oder es wurden auf Kund/innenwunsch Anschlüsse verstärkt.

Die Wiener Wasserwerke verfolgen das Ziel, durch Einsatz einer zustandsorientierten Erneuerungsstrategie die Erneuerungsabschnitte zu optimieren. Eine wesentliche Kennzahl ist die Entwicklung der Netzverluste. Mit Verdopplung der ausgeführten Volumenstrommessabschnitte ist ein wesentlicher Schritt in Richtung minimierter Verluste, sofortiger Gebrechensbehebung und optimaler Einsatz der budgetären Ressourcen verfolgt worden. Das gesamte Netz ist in 1.004 Rohrnetzkontrollabschnitte und in Volumenstrommessabschnitte unterteilt. Die Kontrolle wurde im gesamten Netz ausgeführt.

Der **Bereitschaftsdienst**, der rund um die Uhr, an allen Tagen des Jahres für Probleme im Rohrnetz und den Anschlussleitungen zur Verfügung steht, verzeichnete insgesamt 2.283 Einsätze.

Die **Servicestelle für Verbrauchsanlagen** bearbeitete Anfragen bzw. Stellungnahmen für Gerichte, Schlichtungsstellen und auch Private und führte im Zuge dieser Bearbeitung 1.635 Erhebungen und Überprüfungen an Wasserleitungsanlagen durch.

Die **Anschlussleitungsdatenbank**, eine wesentliche Grundlage für das Netzinformationssystem, aber auch für das Programm zum Austausch von Bleileitungen bis zum Jahr 2007, wurde weitergeführt und es wurden Vorbereitungen für die Implementierung in das Netzinformationssystem getroffen.

Wasserzählerverwaltung und -werkstätte

In der Wasserzählerverwaltung werden sämtliche Arbeiten durchgeführt, die für die Beschaffung und den Austausch der im Eigentum der Stadt Wien befindlichen amtlichen Wasserzähler notwendig sind. Über diese werden die Einnahmen der Stadt Wien aus Wasser- und Abwassergebühren abgerechnet. Im Berichtsjahr wurden 26.242 Wasserzähler vorwiegend im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes (Langlaufdienst) ausgewechselt und in der betriebseigenen Werkstätte insgesamt 23.347 Wasserzähler repariert und zur Beglaubigung gebracht.

Rohrlager

Im betriebseigenen Rohrlager wurden die im Bereich der MA 31 benötigten Rohrmaterialien beschafft, gelagert und ausgegeben. Im Berichtsjahr wurden für die Sicherstellung der Wasserversorgung der Stadt Wien im Rohrlager 2.655 Artikel im Wert von rd. 4,862 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Qualitätssicherung

Qualitätsmanagement nach ISO 9001/2000

Die MA 31 hat das aufgebaute Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001/2000 eingeführt. Im Dezember 2003 wurde das Qualitätsmanagement zertifiziert. Das Projekt „Aufbau und Einführung eines Qualitätsmanagements" ist somit fertig gestellt. Der formale Abschluss erfolgt im Jänner 2004 im Rahmen einer Projektsabschlussbesprechung mit der Betriebsführung.

Benchmarking

Die Wiener Wasserwerke beteiligen sich durch Entsendung eines Mitarbeiters federführend an dem österreichweiten Projekt Benchmarking. Im Rahmen dieses von der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) betriebenen Projekts, welches ein modernes Instrument des Managements ist, werden Kennzahlen verschiedener österreichischer Wasserwerke verglichen und die Ergebnisse ausgewertet. Im Jahr 2003 wurden die Daten erhoben, und im Jahr 2004 wird die Auswertung erfolgen.

Rechtsgeschäfte

Gesetze und Verordnungen

Schwerpunkt im Berichtsjahr war das Begutachtungsverfahren zur Wasserrechtsnovelle 2003, welche die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie bildete.

Im Zuge der Deregulierungsbestrebungen auf dem Gebiet der Wiener Landesgesetzgebung wurde eine komplette Überarbeitung des Wasserversorgungsgesetzes durchgeführt und so weit vorbereitet, dass das interne Begutachtungsverfahren aufgenommen werden kann. Bei Realisierung kann gleichzeitig die derzeitige Durchführungsverordnung, welche die technischen Richtlinien beinhaltet, ersatzlos aufgelassen werden.

Privatrechtliche Angelegenheiten

Für Projekte zur Aufrechterhaltung der Wasserversorgung Wiens waren die hierfür erforderlichen Konsense zu erwirken bzw. waren Erledigungen gegenüber Behörden wahrzunehmen. Die bedeutendsten Projekte sind der Abschluss der wasserrechtlichen Überprüfung des Gesamtprojekts Pfannbauernquelle, die Einreichung der Projektunterlagen für die Erweiterung des Wasserbehälters Jubiläumswarte bei den zuständigen Behörden (Baurecht, Naturschutz, Forstrecht) und die erfolgreich durchgeführte wasserrechtliche Bewilligungsverhandlung für das geplante Wasserwerk Kleehäufel.

Allgemeine rechtliche Agenden

Im Zuge der Betriebsführung und Verwaltung der Anlagen und Liegenschaften der Wiener Wasserversorgung war neben einer Anzahl standardisierter Geschäftsfälle Folgendes von wesentlicher Bedeutung:

- Der Erwerb von Grundflächen, welche zur Betriebsführung und zum Schutz der Anlagen der Pfannbauernquellenableitung dienen.
- Das Inkrafttreten des ElWOG – Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz – führte zu einer Umstellung der Verbundwirtschaft mit den Stadtbetrieben Mariazell, in welche nunmehr neben den Wasserleitungskraftwerken in Wildalpen und Weichselboden auch das Kraftwerk Hinternasswald an der I. Wiener Hochquellenleitung einbezogen wurde.

Betreffend die Wasserversorgung von Umlandgemeinden ist eine Neuregelung in Form eines Rahmenvertrages mit dem niederösterreichischen Wasserversorger (EVN) in Vorbereitung, um die wasserwirtschaftlich zweckmäßige Verbundwirtschaft an den Hochquellenleitungen, aber auch am Wiener Rohrnetz auszubauen.

Für die zukünftige Beseitigungsweise der Abwässer der Schneealpe mittels einer biologischen

Kläranlage wurde mit sämtlichen Interessenten ein Vertrag ausgehandelt, welcher die Modalitäten des Betriebs sowie die jeweiligen Zahlungsverpflichtungen regelt.

Mit dem Österreichischen Alpenverein wurde ein Vertrag betreffend die Subventionierung eines Fäkalienkanals vom Habsburghaus zum Zikafahnlboden abgeschlossen, welcher auch Einfluss auf die künftige Betriebsführung des Kanals im Sinne des Quellenschutzes nimmt.

Der im Vorjahr vereinbarte gerichtliche Vergleich mit den Ennskraftwerken über eine Schadenersatzleistung für die Beeinträchtigung der Energiegewinnung aus der Kraftwerkskette an der Enns durch die Wasserentnahmen für die II. Wiener Hochquellenleitung wurde durch die Genehmigung des Wiener Gemeinderats rechtsgültig. Nunmehr konnten auch die Einwände im wasserrechtlichen Kollaudierungsverfahren zurückgezogen werden, und das wasserrechtliche Verfahren für das Projekt Pfannbauernquelle nach fast 30-jähriger Dauer endgültig abgeschlossen werden.

Internationale Aktivitäten

Internationales Normungswesen

Die MA 31 ist im Österreichischen Normungsinstitut im gesamten Bereich des Hauptausschusses Wasserversorgung (ON FNA 122 und Unterausschüsse) aktiv vertreten, ebenso auf europäischer Ebene (CEN TC164). Damit können die Interessen der MA 31 im Rahmen des Normenwesens am sinnvollsten vertreten und Know-how transportiert werden.

Im Bereich der ISO (International Standard Organisation) werden die Interessen der MA 31 in der Standardisierung von Dienstleistungen in der Trinkwasserversorgung vertreten. Weiters wurden zur 1. Kommission der EUREAU, zur IOA (International Ozone Association) und in den Lenkungsausschuss der WEKNOW – Network je ein Delegierter entsandt.

EU- und andere Forschungsprojekte

Das TACIS-Projekt „CUTSCO – Creation of an Urban Technology Service Center in Odessa" wurde beendet und der Endbericht an die zuständige Generaldirektion der EU übermittelt.

Das Projekt „KATER II" („KArst waTER research programme", 2003 bis 2006) wurde genehmigt und im Jänner begonnen. An diesem Projekt sind die Länder Slowenien, Kroatien und Italien beteiligt, die MA 31 ist Leadpartner. In Österreich wird das Gebiet Rax/Schneeberg interdisziplinär bearbeitet. Das erste Projektjahr verlief plangemäß.

Das Projekt „Tektonisch-karstmorphologische Kartierungen als Grundlage für den Karstwasserschutz im Bereich des Hochschwab Plateaus" wurde fortgeführt und wird Anfang 2004 beendet sein.



Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Umweltminister DI Josef Pröll bei der Eröffnung der Konferenzserie zum „Jahr des Wassers".

Das Projekt „Mikrobiologie Alpiner Karstquellwässer" wurde im Juni begonnen und verläuft plangemäß.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Jahr 2003 wurde von der UNO zum **„Jahr des Wassers"** ausgerufen. Die Wiener Wasserwerke führten deshalb eine Fülle von Aktivitäten durch. In der Meinungsumfrage im Juni 2003 beurteilten 95 Prozent der Bevölkerung das Wiener Wasser mit „sehr gut" (72 Prozent) oder „gut" (23 Prozent).

Beim Filmfestival am Rathausplatz zeigten die Wiener Wasserwerke im Anschluss an das Programm täglich einen Wasserfilm. Etwa 14 Prozent der Festivalbesucher – das sind rund 70.000 Personen – haben den Film gesehen.

Das **„Donausymposium"** am 25. November 2003 wurde im Rahmen der „Zukunftskonferenzen" in Kooperation mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft durchgeführt. Im Festsaal des Wiener Rathauses eröffnete Bürgermeister Dr. Häupl das Symposium, welches gleichzeitig als Auftaktveranstaltung für den 2008 in Wien stattfindenden Weltkongress der IWA (International Water Association) dient, bei dem 3.000 Teilnehmer erwartet werden.

In der Alten Schieberkammer und im Favoritner Wasserturm wurden Wasser-Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen und internationale Workshops veranstaltet. Auch das Thema „GATS – Global Agreement on Trade in Services" fand dabei eine interessierte Öffentlichkeit.

Die Wasserleitungsmuseen in Kaiserbrunn (I. Hochquellenleitung) und Wildalpen (II. Hochquellenleitung) wurden im Jahr des Wassers und infolge der Landesausstellung in Reichenau ver-

stärkt frequentiert. Es konnten insgesamt rund 29.330 Besucher (2002: 18.000) verzeichnet werden. Bei zahlreichen Infoständen wurde die Bevölkerung über die Wiener Wasserversorgung informiert und Wasser ausgeschenkt.

Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten, Feuerpolizei und Veranstaltungswesen (MA 36)

Dezernat A

Im Zuge der Umstrukturierung der MA 32 ging die **Zuständigkeit für die Begutachtung von lüftungs- und maschinentechnischen Anlagen in eisenbahnrechtlichen Genehmigungsverfahren** auf die MA 36 über. Weiters wurden auch die Agenden der **Druckgeräteevidenz** übernommen. Dies bedeutet, dass die bis 1994 von den Dampfkesselprüfungskommissären des Landes Wien ausgestellten Dampfkessel- und Druckbehälterbescheinigungen sowie Zeugnisse der Kessel- und Turbinenwärterprüfungen nunmehr in der MA 36 archiviert werden. Zweck dieser Evidenz ist die Ausstellung von Zweitschriften der Bescheinigungen und Zeugnisse, wenn diese beim Betreiber bzw. Inhaber verloren gehen.

Hauptaufgabengebiet des Dezernates war jedoch nach wie vor die unter qualitativen und quantitativen Aspekten stehende allgemeine gewerbetechnische Sachverständigentätigkeit. Daneben wurden spezielle technische Sachverständige für baubehördliche, sanitätsrechtliche, bäderrechtliche, chemikalienrechtliche und abfallrechtliche Belange gestellt und seit 2002 werden auch feuerpolizeiliche Agenden wahrgenommen. Insgesamt wurden 30.053 Aktenerledigungen verzeichnet.

Hinsichtlich der **gewerbetechnischen Angelegenheiten** waren 2.104 Ortsaugenscheinsverhandlungen in erstinstanzlichen Verfahren sowie 18 Kommissionen in Berufungsverfahren zu beschicken. Es wurden 24 Berufungsgutachten für die MA 63 erstellt und 10.734 Anfragen der Gewerbebehörden betreffend der Genehmigungspflicht von Betriebsanlagen bzw. deren Änderungen, Einhaltung der Auflagen, Behebung festgestellter Mängel und dergleichen behandelt. Aus Beanstandungen im Zuge von Betriebsüberprüfungen, die zu Strafverfahren der Gewerbebehörden führten, resultierten 180 Zeugenladungen des Unabhängigen Verwaltungssenats.

Über gewerbliche Betriebsanlagen wurden 1.649 Beschwerden erledigt. Bei der Erledigung von Lärmbeschwerden sind 91 meist nächtliche Lärmmessungen – größtenteils unter Beiziehung der medizinischen Sachverständigen – durchgeführt und in sieben Fällen Messungen im Zuge von Ortsaugenscheinsverhandlungen vorgenommen worden.

An 205 Projektsprechtagen, die einmal monatlich pro Bezirksamt stattfinden, wurde teilgenommen. Zusätzlich wurden 632 Projektbesprechungen durchgeführt, die vorwiegend gewerbliche Betriebsanlagen bzw. Lüftungsanlagen von Garagen betrafen.

Auf kommissionellem Weg wurden 390 Betriebsanlagen aus den Revisionslisten der Magistratischen Bezirksämter, im Besonderen Hotels, Garagen, Tankstellen, galvanische und chemische Betriebe und dergleichen überprüft. Weiters wurden 473 Selbstbedienungsläden und Kaufhäuser schwerpunktmäßig auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Verkehrswegbreiten, der Fluchtmöglichkeiten (vor allem über Notausgänge), der Sicherheitsbeleuchtung und der Handfeuerlöscher unangesagt kontrolliert. Vor allem zwischen Weihnachten und Neujahr wurden 66 Betriebsanlagen für das Lagern und für den Verkauf pyrotechnischer Artikel (Feuerwerkskörper) schwerpunktmäßig überprüft.

In **landesgesetzlichen Bauverfahren** wurden 435 Verhandlungen beschickt und zu 396 Anfragen Stellung genommen. In **sanitätsrechtlichen Verfahren** gab es 272 Verhandlungen. Hinsichtlich der **technischen Bäderangelegenheiten** entfielen 190 Erledigungen auf Kommissionen und 175 auf Einzelüberprüfungen, vor allem von Saunaanlagen in Wohnhäusern.

In **Vollziehung des Chemikaliengesetzes** wurden 39 Nachschauten (Inspektionen) durchgeführt, welche insgesamt 34 Firmen betrafen. Es wurden in erster Linie jene Firmen überprüft, die als Erzeuger bzw. Händler von Chemikalien als Verantwortliche gemäß § 27 Chemikaliengesetz 1996 anzusehen sind. Thematischer Schwerpunkt dieser Nachschauten war – wie in den Jahren zuvor – die Einstufung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen, wobei nur in wenigen Fällen grobe Missstände festgestellt werden konnten.

Weiters wurde 2003 am bundesweiten Schwerpunktprogramm **„Gesundheitsschädlich mit dem Gefahrensatz R65"** teilgenommen, im Zuge dessen vor allem die Aspirationsgefahr von kohlenwasserstoffhältigen Produkten (Lampenöle, Anstrichmittel etc.) geprüft werden sollte. Für dieses Programm wurden in Wien in Bau- und Großmärkten sieben Proben gezogen und dem Labor der Oberösterreichischen Landesregierung zwecks Analyse (Feststellung der Viskosität und Oberflächenspannung) übermittelt. Die Untersuchungen ergaben aber nur in einem Fall gröbere Mängel, welche aber mittlerweile behoben wurden.

Im Zuge des EU-Schnellwarnsystems „Rapex" wurde ein nicht gesetzeskonformes Entkalkungsmittel aus der Türkei aus dem Verkehr gezogen. Zusätzlich zu den vorhin erwähnten Nachschauten wurden im Jahr 2003 noch 60 Anfragen betreffend Erteilung von Giftbezugsbewilligungen behandelt. Weiters wurden 20 Nachschauten gemäß § 35 Biozidproduktegesetz durchgeführt. Relevante Übelstände wurden bei diesen Nachschauten nicht vorgefunden. Im Mittelpunkt dieser Nachschauten stand 2003 die Identifikation der in den Produkten enthaltenen bioziden Wirkstoffe.

Die Vorgangsweise bei der Überprüfung von Gewerbebetrieben wurde insofern neu strukturiert, als die Überprüfung der **abfallrechtlichen Bestimmungen** nunmehr anhand der konkreten, aus dem Abfalldatenverbund aktuell ausgeworfenen Entsorgungsdaten vorgenommen wird. Diese Vorgangsweise wurde mit der MA 22 abgestimmt und wird bereits vollzogen. Insgesamt wurden dazu 268 Überprüfungen durchgeführt.

Im Rahmen der **feuerpolizeilichen Agenden** auf Grund des Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetzes wurden in Kindertagesheimen, in Heimen sowie in Sondergebäuden insgesamt 109 Objektüberprüfungen und Kontrollen durchgeführt und über Auftrag der Sanitätsbehörde 50 Krankenanstalten überprüft. Für 50 Gebäude wurden Projektbegutachtungen vorgenommen. Zu feuerpolizeilichen- und luftverunreinigenden Übelständen wurden 375 Anzeigen gemeldet und 98 Aufträge zur Beseitigung von brandgefährlichen Gegenständen und Stoffen erteilt. Es wurden 89 Überprüfungsorgane bestellt. Das Gesamtverzeichnis dieser Personen im Internet wird laufend aktualisiert.

Im Zuge der brandschutztechnischen Sachverständigentätigkeit wurde an 211 Kommissionen von sanitätsrechtlichen und baubehördlichen Verfahren sowie von Arbeitsstättenevaluierungen teilgenommen und diesbezüglich 83 Anfragen behandelt.

Nach den Bestimmungen des Wiener Baulärmgesetzes wurden acht Nachtarbeitsbewilligungen erteilt und 105 **Baulärmbeschwerden** behandelt. Bezüglich der Ausübung der Prostitution wurden 12 Beschwerden bearbeitet.

Für den ÖkoBusinessPlan Wien, der mit dem Ziel, Unternehmen auf Umweltkurs zu bringen, im Herbst 1998 gestartet und als Dachprogramm mit mehreren Modulen konzipiert wurde, wurde ein Beiratsmitglied gestellt.

Im Jahr 2003 wurde durch die MA 36 die Gutachterkoordination für das Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung der MVA Pfaffenau durchgeführt. Das UVP-Team für die Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung der Verlängerung U2, in welchem ebenfalls ein Mitarbeiter der MA 36 für die Gutachterkoordination verantwortlich war, wurde in einem von der Wirtschaftskammer Österreich veranstalteten Wettbewerb zum **Amtsmanager 2003** vorgeschlagen und hat einen Hauptpreis errungen.

Dezernat B

Das Dezernat B, zuständig für sicherheitstechnische Belange von elektro- und gastechnischen Anlagen sowie Behörde nach dem Elektrotechnikgesetz und dem Wiener Gasgesetz, hatte im Jahr 2003 insgesamt 9.215 Geschäftsfälle zu bearbeiten. Im Rahmen der **elektrotechnischen und gastechnischen Amtsachverständigentätigkeit** haben die Mitarbeiter/innen des Dezernats in 3.819 Fällen in behördlichen Verfahren (insbesondere der Gewerbeordnung, des Veranstaltungs-, des Krankenanstalten- und des Eisenbahngesetzes) mitgewirkt und eine beträchtlich gestiegene Anzahl von 2.545 gutachtlichen Stellungnahmen abgegeben.

Auf Grund des zeitlichen Aufwandes und der fachlichen Anforderungen bei Projekten, an denen das Dezernat maßgeblich beteiligt war, sind insbesondere Folgende zu nennen:

- **Krankenanstalten:** Beurteilung der neu errichteten bzw. adaptierten Sicherheitsstromversorgungsanlagen im Orthopädischen Krankenhaus Speising und im Herz-Jesu-Krankenhaus sowie sicherheitstechnische Überprüfungen der Krankenanstalten Rudolfinerhaus, Göttlicher Heiland, Neurologisches Krankenhaus, Preyer'sches Kinderspital und Orthopädisches Krankenhaus Gersthof.
- **Gewerbliche Betriebsanlagen:** Mitwirkung bei den Neubauten Uniqa Tower, T-Mobile-Gebäude, STRABAG-Hochhaus, Hotel Opernring, der Neugestaltung der „Reed Messe Wien" sowie der Umbauten der Hotels Hilton und Sacher.
- **Veranstaltungsstätten:** Beurteilung der elektrischen Anlagen für den Umbau Konzerthaus, Albertina, Babenberger Passage, Urania, Palais Coburg und Adaptierung der Sicherheitsstromversorgungsanlagen in der Hofburg, im Theater in der Josefstadt, im Palais Liechtenstein und im Veranstaltungssaal der Nationalbank.
- **U-Bahn- und Straßenbahnanlagen:** Beurteilung des geplanten 20 kV-Notstromversorgungskonzeptes und Erneuerung der Niederspannungsschaltanlagen für die U1 und U2, Mitwirkung bei den Genehmigungsverhandlungen für das erste elektronische Stellwerk der Wiener Linien in der Lerchenfelderstraße und Sicherheitstechnische Beurteilung diverser Umbau- und Adaptierungsarbeiten (z. B. Bahnhof Hernals, Oberleitungsanlage Grillgasse).
- **Ökostromanlagen:** Im letzten Jahr wurden ein Wasserkraftwerk und vermehrt Photovoltaikanlagen nach dem Wiener Elektrizitätswirtschaftsgesetz und dem Ökostromgesetz genehmigt, wobei die Sicherheitsanforderungen an diese Anlagen durch die Sachverständigen des Dezernats B beurteilt wurden.

In Wahrnehmung der **behördlichen Aufgaben** wurden 475 Anzeigen und Beschwerden bezüglich mangelhafter elektrischer bzw. gastechnischer Anlagen bearbeitet. Der Anstieg der Anzeigen mangelhafter elektrischer Anlagen nach dem Elektrotechnikgesetz (um ca. 180 Prozent gegenüber dem Jahr 2000) resultierte erwartungsgemäß aus der seit Beginn 2001 wirksam gewordenen Aufkündigung der Verwendung der Hauswasseranschlüsse als Erder. Ein Großteil dieser Anlassfälle ergab sich aus dem Wunsch der Bezirksvorstehungen für den 17. und 20. Bezirk sowie der MD-KS, bestimmte Problemhäuser in elektrotechnischer Hinsicht zu überprüfen. Weiters wurden in Zusammenarbeit mit der MD-KS auf der Donauinsel Betriebe hinsichtlich ihres sicherheitstechnischen Zustandes (elektrische Anlagen und Flüssiggasanlagen) überprüft. Im Besonderen wurden auch mehrere Beschwerden über Be-

lästigungen von Personen durch elektromagnetische Felder und Störungen elektrischer Betriebsmittel durch Netzrückwirkungen behandelt. Abgesehen von den damit verbundenen zeitaufwändigen Recherchen wurden in drei Fällen auch Messungen durchgeführt.

Für die Genehmigung von Flüssiggasanlagen wurden 10 Bewilligungsanträge behandelt und bei 50 Anlagen wurde die Einhaltung der sicherheitstechnischen Vorschreibungen der Genehmigungsbescheide überprüft. Ebenso wurde bei diversen Großveranstaltungen (z. B. Donauinselfest, Volksstimmenfest, Silvesterpfad) und Märkten (insbesondere Weihnachtsmärkte) die sachgemäße Verwendung und Lagerung von Flüssiggas schwerpunktmäßig überprüft und gegebenenfalls die notwendigen behördlichen Maßnahmen durchgeführt.

Kundenservice, Normenarbeit:

Die Mitarbeiter/innen des Dezernats B haben an 80 Fachbesprechungen (insbesondere mit anderen Behörden, Standesvertretungen, Wienstrom und Wiengas) teilgenommen und zur praktischen Umsetzung von technischen Normen mehrere Informationsblätter erarbeitet. Weiters wurden 24 magistratsinterne und externe Vorträge zu fachspezifischen Themen (lichttechnischen Anforderungen für Notbeleuchtungsanlagen Sicherheitsstromversorgungsanlagen, Blitzschutz) abgehalten.

Von den Normenausschüssen, in denen das Dezernat die Interessen der Stadt Wien vertritt, ist am Elektrosektor die intensive Mitarbeit an neuen ÖVE-Bestimmungen für Starkstromanlagen und Sicherheitsstromversorgung in baulichen Anlagen für Menschenansammlungen und am Gassektor der Abschluss der neuen ÖVGW-Richtlinie für Niederdruckleitungsanlagen zu erwähnen.

Dezernat K

Mit 1. Juli 2003 wurde der MA 36 die **Administration des Wiener Filmbeirates** übertragen. Dies gehörte bis dahin zu den Agenden der MA 7. Die Aufgaben des Beirates bestehen in der Bewertung von öffentlichen Filmaufführungen hinsichtlich der Bestimmungen des § 10 des Wiener Kinogesetzes (LGBl. für Wien Nr. 18/1955 idgF). Sitzungen dieses Beirates finden durchschnittlich zweimal pro Woche statt, wobei in jeder Sitzung mehrere Filme vorgeführt werden.

Die im letzten Quartal 2002 durchgeführte Organisationsänderung (Einrichtung eines Eventcenters, Arbeitserledigung in Teams) im Bereich Veranstaltungswesen (Dezernate K und V) hat sich im Jahr 2003 gut bewährt. Im **Eventcenter** wurden in diesem Jahr ca. 2.400 Anmeldungen von Veranstaltungen erledigt. Davon wurde in 431 Fällen die gesetzlich festgelegte Vergnügungsbetriebssperrstunde bescheidmäßig erstreckt. Als besonders positiv hat sich die ständige Präsenz eines Technikers des Dezernates V (technisches Veranstaltungswesen) im Eventcenter erwiesen, da Kund/innen im Rahmen der Anmeldung einer Veranstaltung an Ort und Stelle über Fragen im Zusammenhang mit der technischen Eignung beraten werden können. Im Sinne des „one stop-Prinzips" wurde im Eventcenter auch eine eigene Kassenstelle eingerichtet, sodass die Kund/innen auch gleich die zu leistenden Gebühren und Verwaltungsabgaben bezahlen können, ohne die Kasse einer anderen Dienststelle oder Bank aufsuchen zu müssen. Kund/innen, die nicht sofort bezahlen wollen, wird ein Zahlschein ausgefolgt.

Die Informationsbroschüre der MA 36 für (potentielle) Veranstalter/innen, der **„Eventmanager"** wurde im Jahr 2003 überarbeitet, aktualisiert und neu aufgelegt. Er ist in der MA 36 und in der Wiener Stadtinformation (Rathaus) erhältlich und auch im Internet abrufbar (http://www.magwien.gv.at/ma36). Die Broschüre wird von der Öffentlichkeit gut angenommen und häufig nachgefragt.

Durch die Schaffung der Teams, in denen Verwaltungsbedienstete, Techniker/innen und Teamassistent/innen zusammenarbeiten, werden Kund/innen, die sich an die Veranstaltungsbehörde wenden, umfassend beraten. Das Ziel der Veranstaltungsbehörde ist es, dem Kunden auf Grund einer einzigen Kontaktaufnahme alle Informationen darüber zukommen zu lassen, welche Genehmigungen auf Grund geltender Rechtslage zu erwirken sind, um die geplante Veranstaltung rechtskonform abhalten zu können. Die Amtswege und Kontaktaufnahme der Kund/innen mit der Veranstaltungsbehörde werden dadurch drastisch reduziert.

Das Dezernat K erteilte 1.005 Konzessionen nach dem Wiener Veranstaltungsgesetz, davon allein 782 für Unterhaltungs- und Münzgewinnspielapparate.

Weiters wurden insgesamt 73 Bewilligungen nach dem Wiener Kinogesetz, 74 Buchmacherbewilligungen, fünf Bewilligungen nach dem Wiener Tanzschulgesetz erteilt und sechs Personen zur Tanzlehrprüfung bescheidmäßig zugelassen.

Dezernat V

Neben zahlreichen Bewilligungen von Einzelveranstaltungen wurden mehrere Großprojekte genehmigt, von denen die Prunk- und Festsäle bzw. Kasematten des Palais Coburg, das Lugnerplexx-Kinocenter mit neun Kinosälen für insgesamt 1.850 Personen und die Großdiskothek in der Millennium City für 784 Personen hervorzuheben sind. Weiters wurden diverse Freiluftveranstaltungen, von denen vor allem das Donauinselfest, das Stadtfest, der Silvesterpfad sowie die Feste am Rathausplatz (Filmfestival, Eistraum) zu erwähnen sind.

Im Ernst-Happel-Stadion fanden insgesamt fünf Open Air-Konzerte für jeweils ca. 50.000 Personen und im Casino-Stadion Hohe Warte zwei Freiluftkonzerte für je ca. 10.000 Personen statt. Auch 2003 wurden wieder Freiluftveranstaltungen im

Ehrenhof des Schlosses Schönbrunn genehmigt.

Zu Saisonbeginn fand eine Revision aller Volksvergnügungsbetriebe im Wiener Volksprater und im Böhmischen Prater statt. Es wurden zahlreiche Veranstaltungen und Veranstaltungsstätten auf ihren konsensgemäßen Zustand bzw. auf Einhaltung der vorgeschriebenen sicherheitstechnischen Auflagen überprüft. Weiters wurden ca. 950 Eignungsfeststellungen und ca. 300 Kollaudierungen von Veranstaltungsstätten durchgeführt.

Bei Behörden- und Generalproben in Theatern und Opernhäusern wurden spezielle Effekte unter Vorschreibung der Sicherheit dienender Auflagen genehmigt bzw. untersagt. Es wurden ca. 400 Überprüfungen von Dekorationen in Veranstaltungsstätten auf ihre Schwerentflammbarkeit vorgenommen. An neun Theaterkommissionen nahmen Vertreter der MA 36 teil.

Im September 2003 trat eine **Änderung des Wiener Veranstaltungsgesetzes** in Kraft, in der konkrete Immissionsgrenzwerte bei Freiluftveranstaltungen in Abhängigkeit der jeweiligen Widmungskategorie festgelegt wurden. Diese Novellierung ist von wesentlicher Bedeutung, da die Lärmgrenzwerte nunmehr nicht mehr in jedem Einzelfall festgelegt werden müssen.

Für die zum Veranstaltungsstättenaufsichtsdienst und den Permanenzdienst des Magistrats der Stadt Wien eingeteilten Mitarbeiter/innen wurden zahlreiche Informationsveranstaltungen durchgeführt. Im Sinne der Weiterbildung bzw. des Erfahrungsaustauschs mit in- und ausländischen Sachverständigen wurden im Berichtsjahr wieder zahlreiche Seminare, Tagungen, etc. besucht.

Stadtgartenamt (MA 42)

Aufgabe des Stadtgartenamts ist es, die Lebensqualität in Wien zu erhöhen. Oberstes Ziel ist die Zufriedenheit unserer Kund/innen – der Wiener/innen und Gäste unserer Stadt und deren Vertreter/innen, die Bezirke. Diese erwarten von den Stadtgärtner/innen flexibles, bürger/innennahes, unbürokratisches Eingehen und kompetentes Umsetzen der Wünsche sowie serviceorientiertes Denken und Handeln.

Die Definition unserer „Produkte" sowie Mechanismen im Sinne des „New Public Management" und Werkzeuge wie der „Kontrakt 2003" unterstützen bei Planung, Herstellung und Pflege des öffentlichen Grüns, bzw. verbessern Qualität und Wirtschaftlichkeit unserer Leistungen. Durch die durch Controlling gewonnene Erhöhung der Kostentransparenz und die Straffung von Strukturen und Organisationseinheiten soll die kund/innen- und produktorientierte Ausrichtung hinterfragt und ebenfalls verbessert werden.

Folgende Ereignisse im Bereich „Unsere Gärten" erscheinen rückblickend auf 2003 erwähnenswert bzw. eröffnen Perspektiven für 2004:

Kontrakt 2003

2003 schloss das Stadtgartenamt zum zweiten Mal einen Kontrakt mit dem Magistratsdirektor und der Umweltstadträtin. Verantwortungen für Produkte, Leistungen und Vorhaben wurden klar zugewiesen. Entsprechende Output-Mengenkennzahlen und Zielindikatoren sind halbjährlich zu liefern.

Kastanienminiermotte

Der in den letzten Jahren stark forcierte Einsatz von Dimilin zur Bekämpfung der Miniermotte wurde 2003 deutlich reduziert. Das Sprühen wurde praktisch nur mehr in der Prater Hauptallee und gewissen „stadtbildrelevanten Plätzen" durchgeführt. Mit der Reduktion des Dimilineinsatzes sollen natürliche Gegenspieler/innen gefördert werden. Leider hat sich der Erfolg bisher nicht wie gewünscht eingestellt, sodass auch 2004 auf Dimilin nicht ganz verzichtet werden kann. Das Mittel darf nur mit Genehmigung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft eingesetzt werden.

Eichenprozessionsspinner

Die rund 3 cm großen Larven des Eichenprozessionsspinners (Thaumetopoea processionea) sind Eichenschädlinge. Bäume können von ihnen kahl gefressen werden. Die Behaarung der Eichenprozessionsspinner-Raupen bricht leicht ab, wird vom Wind verfrachtet und kann allergische Reaktionen hervorrufen. Besonders im Frühsommer 2003 war dieses Problem medial stark vertreten. Entsprechende Warntafeln wurden inzwischen montiert, Empfehlungen ausgegeben und eine Homepage eingerichtet.

Feuerbrand

Der Feuerbrand ist eine gefährliche, hochinfektiöse und schwer zu bekämpfende Bakterienkrankheit an Kernobst (Apfel, Birne, Quitte) und an einigen nahe verwandten Zier- und Wildgehölzen der Familie Rosaceen (Rosengewächse). Auf chemischem Weg ist Feuerbrand nur sehr schwer und mit starken Einschränkungen zu bekämpfen. Deshalb kommt der regelmäßigen Beobachtung von Feuerbrandwirtspflanzen durch die MA 42 große Bedeutung zu. Wirtspflanzen sollten von Blühbeginn bis zum Ende der Vegetationsperiode (vor allem nach feucht-schwülen Witterungsperioden) auf Symptome hin beobachtet werden. Bei einer frühzeitigen Erkennung des Schadorganismus kann durch Rückschnittmaßnahmen an Bäumen der Schaden in Grenzen gehalten werden. Wenn die Krankheit ignoriert wird, kommt es rasch zu einem starken Ausbreiten innerhalb der Pflanze, sodass sehr oft gerodet werden muss. Der Feuerbrand gehört zu den Quarantänekrankheiten und ist laut Verordnung L450-050 meldepflichtig. Bei Befallsverdacht muss umgehend der Amtliche Pflanzenschutz des Stadtgartenamts benachrichtigt werden. Falls sich der Verdacht bestätigt, sind nach den Anweisungen des Magistrats mit Feuerbrand befallene Pflanzen oder Pflanzenteile zu entfernen und schadlos zu vernichten.

Umwelt



Am 3. Juli war „Gemüsetag" im Schulgarten Kagran: Interessierte konnten sich über Kultur und Verwendung der verschiedensten Sorten informieren.

Wien-Präsentationen im Ausland

Gemäß unseren stadtaußenpolitischen Leitlinien wurde unsere Stadt international präsentiert (2003 in Rostock und Montreal). Auch für 2004 liegen Einladungen bzw. Zusagen unserer Stadt vor, z. B. für Bukarest, Beijing und Hamamatsu.

MA 42-Präsentationen im Inland

Unsere Leistungen wurden 2003 auch im Inland erfolgreich vermarktet, z. B. anlässlich einer Orchideenausstellung in Klosterneuburg, in Tulln, in der Lugner City und im Donauzentrum.

Budget 2003, Zeiterfassung

Seit 1. Jänner 2002 befindet sich das Personalbudget dezentral in den Geschäftsgruppen. Zahlreiche diesbezügliche Verhandlungen („Reduzierung der Personalkosten") zwischen amtsführender Umweltstadträtin, Abteilungsleitung und Personalvertretung prägten das Geschäftsjahr.

Seit April werden die täglichen Tätigkeiten der Stadtgärtner/innen verstärkt zeitmäßig gemäß unseren Produkten erfasst. Es ist dies die Vorstufe zum kommenden SAP.

Qualitätsmanagement (QM)

Im Sinne des „New Public Management" wurde 2003 im Gartenbezirk 7 (für die Bezirke 21 und 22) und in der Werkstatt Hirschstetten QM eingeführt bzw. erfolgte die Zertifizierung. Ein QM-Folder zur Illustration für Mitarbeiter/innen wurde angefertigt.

Mitarbeiter/innen-Orientierungs-Gespräch (MOG)

2003 wurde mit MOG, vorerst beschränkt auf leitende Mitarbeiter/innen, begonnen. 2004 soll MOG nach und nach auf 200 Mitarbeiter/innen ausgedehnt werden. Zahlreiche Mitarbeiter/innen wurden auf MOG geschult.

Werkstattverbund, Gärtner/innenunterkünfte

Der Verbund zwischen den drei städtischen Werkstätten in der Lidlgasse, im Rathaus und in Hirschstetten wurde 2003 umgesetzt. Seit 2003 kooperieren nun alle drei Betriebe. Die neue Gärtner/innenunterkunft des Gartenbezirks 3 am Bleriotweg (11. Bezirk) wurde fertig gestellt

Schulgarten Kagran

Dieser Schulgarten hat sich zu einem öffentlichkeitswirksamen „gärtnerischen Schmankerl" entwickelt. Die günstige Verkehrslage (U1-Kagran), zahlreiche Highlights/Events und erfolgreiches PR-Management haben den Schulgarten zu einem Publikumsmagneten werden lassen – besonders an „Tagen der offenen Gartentür" (jeden 1. Donnerstag im Monat). Höhepunkt war 2003 die Eröffnung des Ginkgo-Goethe-Gartens am 4. September.

Florarium Hirschstetten

In den Blumengärten Hirschstetten wurden 2003 weitere Teile des Florariums & Rosariums fertig gestellt und eröffnet. Damit sollen die bisher für die Öffentlichkeit weitgehend geschlossenen Betriebe des Stadtgartenamts im Rahmen von Schaugärten „parkähnlich" geöffnet werden. Teile der Blumengärten wurden als Park gewidmet und seither aus Bezirksmitteln (22. Bezirk) erhalten.

Allergiegarten

Gemeinsam mit der MA 15 wurde ein Allergiegarten, bestehend aus einem breiten Sortiment Allergie hervorrufender Pflanzen, im Kurpark Oberlaa angelegt und eröffnet.

Bürger/innenbeteiligungsverfahren

Im Zuge von Bürger/nnenbeteiligungsverfahren wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Parkanlagen geplant. 2003 konnten dadurch der Furtwänglerpark (13. Bezirk) und die Stadtwildnis Scheupark (5. Bezirk) eröffnet werden. Auch bei den neu eröffneten Parkanlagen in der Grimmgasse 35-37 (15.Bezirk), beim Ingeborg-Bachmann-Park (22. Bezirk) und Pyramidenspielplatz Friedrich-Engels-Platz (20. Bezirk) wurden Anrainer/innenwünsche integriert.

Europäisches Jahr der Behinderten

Im Einklang mit dem „Europäischen Jahr der Behinderten 2003" wurde der Vinzenz-von-Paul-Park (6., Garbergasse 20) in einen Ruhe- und Therapiegarten umgestaltet. Wesentliche Gestaltungsinhalte waren die Wünsche behinderter Anrainer/innen. Es ist somit eine weitere behindertenfreundliche Parkanlage/Spielplatz entstanden.

Integration behinderter Jugendlicher

Jugendliche, die auf Grund ihres Sonderschulabschlusses keine Lehre absolvieren können, sollen trotzdem in ein **geregeltes Arbeitsverhältnis** integriert werden: Gärtnermeister/innen des Stadtgartenamts versuchen bei ständiger Betreuung, diesen Jugendlichen gärtnerische Hilfs- und leichte Facharbeiten zu vermitteln (z. B. Unkrautjäten, Beet umstechen, Laub rechen, Müll sammeln usw.). Alle drei Monate wird die Arbeitsstelle innerhalb der MA 42 gewechselt, um ein breites Spektrum zu erlernen. Nach zwei Jahren sollte die Integration in den normalen Arbeitsprozess der Parkanlagen und Gärtnereien der MA 42 möglich sein.

Projekt „Umweltmanagement in Amtshäusern der Stadt Wien" (PUMA)

Eine PUMA-Arbeitsgruppe wurde mit folgenden Zielen gegründet: Ressourcenschonender Umgang mit der Natur, Umweltauswirkungen vorab zu bewerten und schädigende Einflüsse zu verhindern, Verwendung und Vermehrung standortgerechter Pflanzen (z. B. zur Vermeidung oder Reduzierung von Pflanzenschutz-Maßnahmen), Nutzung biogener Rohstoffe sowie deren Einbeziehung und Weiterführung in ökologische Kreisläufe, Energie bewusst und effizient einzusetzen, Beschaffung von Wirtschaftsgütern und Betriebsmitteln nach ökologischen Kriterien, Schonung unseres Bodens als Lebensraum für Pflanzen im Allgemeinen, Identifikation der Wiener Bevölkerung mit ihrem Stadtgrün.

Wasserbau (MA 45)

Gruppe Altlasten

Von der Gruppe Altlasten wurden die Bauarbeiten für die Absicherung der Altlasten Siebenhirten im 23. Bezirk im November 2003 abgeschlossen. Anschließend wurde mit dem Probebetrieb der Anlage begonnen. Weiters wurden die Bauarbeiten zur Absicherung der Altlast Tanklager Lobau, Bauteil 1 weitergeführt. Die Bauarbeiten für die Altlast Mobil wurden im November 2003 fertig gestellt und es wurde mit dem Probebetrieb der Anlage begonnen. Bei der Absicherung der Altlast Lobau wurde für den Bauteil 2 eine EU-weite Ausschreibung durchgeführt und mit den Bauarbeiten im Oktober 2003 begonnen.

Im Auftrag der Wiener Linien wurde auf dem Nordbahnhof im Zusammenhang mit der Wasserhaltung für den U-Bahn-Bau ein kontaminierter Bereich (Petroleumhof) durch die Errichtung einer Umschließung abgesichert. Für diese Arbeiten wurde ein Projekt ausgearbeitet und die bauliche Realisierung im Dezember 2003 mit dem Probebetrieb der Anlage abgeschlossen.

Auf dem Sektor der Altlastenerkundung und Projektierung von Absicherungsmaßnahmen wurden zahlreiche Untersuchungen und Planungen durchgeführt und im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft mehrere ergänzende Untersuchungen gemäß Altlastensanierungsgesetz vorgenommen.

Im Zusammenhang mit der Altlast in 11., Gaswerk Simmering und 21., Gaswerk Leopoldau wurde die Erstellung eines wasserrechtlichen Einreichprojekts zur Sicherung und Sanierung der Altlast gemeinsam mit Wiengas abgeschlossen. In Zusammenhang mit verschiedenen anderen Verdachtsflächen wurden Erkundungsarbeiten wie Luftbildauswertungen, Aufschlussbohrungen, Grundwasseranalysen etc., sowie Vorarbeiten für die erforderlichen Projektierungen vorgenommen. Die Erfassung der Verdachtsflächen im gesamten Stadtgebiet von Wien wurde weitergeführt. Verschiedene Reparatur- und Erhaltungsarbeiten bei den bereits bestehenden und teilweise fast 20 Jahre alten Absicherungsanlagen wurden durchgeführt, sodass der bescheidgemäße Betrieb dieser Anlagen sichergestellt werden konnte.

Gruppe Betrieb und Erhaltung

Im Bereich der Neuen Donau wurden die restlichen Anlandungen vom Hochwasser 2002 entfernt. Durch die erfolgreiche Sanierung der Alten Donau gab es wieder einen beträchtlichen Wasserpflanzenaufwuchs (rund 1.000 t), der gemäht und zur Kompostierung geführt werden musste.

Der Umbau der elektronischen Steuerungsanlage am Wehr 2 konnte abgeschlossen werden. Die Sanierungsarbeiten am Einlaufbauwerk in Langenzersdorf wurden weitergeführt. Weiters wurden 34 Bestandsverträge und 60 Grundbenützungsübereinkommen abgeschlossen sowie 400 vertragsrelevante Schriftstücke verfasst. Es wurden 3.675 Einfahrtserlaubnisse ausgestellt, wovon für 2.292 eine Ausstellungsgebühr eingehoben wurde.

Für die 15 festen Grillplätze wurden insgesamt 1.337 Reservierungen für geschätzte 30.000 Personen durchgeführt. Auf der Donauinsel wurden 51 Veranstaltungen und am Donaukanal 10 Veranstaltungen betreut.

Gruppe Gewässeraufsicht

Im Zuge der gewässerpolizeilichen Tätigkeit wurden wieder zahlreiche **Überprüfungen** durchgeführt. Schwerpunkte sind die Kontrollen von Brunnenanlagen zur Gewinnung von Trinkwasser und für hygienisch relevante Zwecke. Weiters wurden landwirtschaftliche Bewässerungsanlagen überprüft. Im Bereich der Mineralöllagerungen des Tanklagers Lobau und von Anlagen im Hochwasserabflussgebiet, vor allem entlang der Neuen Donau, erfolgten Überprüfungen. Am Donaukanal wurde ein Überprüfungsprogramm begonnen, das konsenslose Abwasserableitungen aufgezeigt hat, und die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen an den Stand der Technik eingeleitet. Auch in gewerblichen Betriebsanlagen wurden wieder Kontrollen im Hinblick auf die Einhaltung gewässerschutzrelevanter Auflagen und das Bestehen von

gewässergefährdenden Missständen durchgeführt. In Zusammenarbeit mit der MA 36 wurde eine schwerpunktmäßige Überprüfung von Tankstellen begonnen, die nicht gewerblich, sondern von öffentlichen Dienststellen betrieben werden. Die routinemäßige **Kontrolle der Grundwasserqualität** im Bereich von altlastverdächtigen Standorten wurde weitergeführt. Mehrere großflächige **Messnetze zur Überwachung der Grundwasserqualität** auf diverse Schadstoffe wurden insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung der Verursacherfrage und zur Überwachung des weiteren Transports der Schadstoffe weitergeführt. Weiters wurden von 10 gesicherten Altlasten die behördlich vorgeschriebenen **Beweissicherungsproben** (304 Proben) entnommen und untersucht. Die behördliche Fremdüberwachung von **Kläranlagen** wurde durchgeführt sowie die Untersuchungsergebnisse der Eigenüberwachungen begutachtet.

Zur **Überwachung der Qualität von Oberflächengewässern** wurde das „Immissionsmessnetz" durch chemische Untersuchungen mit einem mobilen Online-Mess- und Probenahmegerät und den mobilen Wasserprobenahme-Geräten an fünf Gewässern und die Beauftragung von Untersuchungen der biologischen Gewässergüte weitergeführt. Der **Bericht** über die regelmäßigen Untersuchungen der **Qualität der stehenden Gewässer** wurde veröffentlicht und in das Internet gestellt.

In mindestens zweiwöchigen Intervallen erfolgten **Kontrollen von Nass- und Trockenbaggerungen** zur Kiesgewinnung sowie die damit im Zusammenhang stehenden Wiederverfüllungen. Weiters wurden die **Abfalldeponien** aus gewässerpolizeilicher Sicht überwacht.

Im Berichtsjahr wurde die Gewässeraufsicht wieder bei mehreren **Schadstoffaustritten** tätig. Besonders erwähnenswert ist ein Vorfall im 23. Bezirk, wo große Mengen an Heizöl durch einen technischen Defekt ins Erdreich gelangt sind. Auch an der Donau sind wieder mehrere Schadstoffunfälle eingetreten, wobei die Ursache teils in unsachgemäßen Betankungsvorgängen, teils in bewusstem Entsorgen von ölhältigen Abwässern gelegen ist. Bei einer bereits seit Längerem durch hydraulische Maßnahmen bekämpften Mineralölverunreinigung im Bereich eines Frachtenbahnhofs musste die noch vorhandene Restkontamination im Zusammenhang mit der Absenkung des Grundwasserspiegels durch den U-Bahn-Bau raschest möglich beseitigt werden. Im Zuge von Baumaßnahmen bei Tankstellenumbauten und bei der Auflassung von Heizöl-Füllstellen wurden wieder **Boden- und Grundwasserverunreinigungen** ermittelt.

156 behördliche Anfragen wurden gutachterlich bearbeitet. Die Amtssachverständigen haben an 176 wasserrechtlichen und 29 schifffahrtsrechtlichen Bewilligungsverfahren und weiters an 31 gewerbe-, 68 baurechtlichen und sonstigen Verhandlungen als wasserbautechnische und gewässerschutztechnische Sachverständige teilgenommen. Die Sachverständigentätigkeit erstreckte sich von Brunnen und Versickerungen, Wärmepumpen im privaten und öffentlichen Bereich über Einleitungen in Fließgewässer, Brücken, öffentliche Kanäle, Kläranlagen, Bauten im Hochwasserabflussbereich bis zur Teilnahme an der Verfahrensabwicklung der UVP-Bewilligung für die Müllverbrennungsanlage Pfaffenau und der eisenbahnrechtlichen Bewilligung für den Lainzer Tunnel.

Im Zuge der **technischen Überprüfung von Wasserfahrzeugen** entsprechend dem Schifffahrtsgesetz wurden 290 Sportboote, 384 Mietboote und neun Fahrzeuge der gewerbsmäßigen Schifffahrt und weiters schwimmende Anlagen begutachtet. Bei Schiffsführerprüfungen wurde die technische Prüfung abgenommen.



Durch das Revitalisierungsprogramm für den Liesingbach soll ein neues Erholungsgebiet entstehen.

Gruppe Planung und Neubau

Der weitergeführte wasserwirtschaftliche Versuch für die **Dotation Lobau** mit Wasser aus der oberen Stauhaltung der Neuen Donau bestätigte das Erfordernis weiterer Untersuchungen. Die Planungen zur Überleitung von Wasser aus der unteren Stauhaltung der Neuen Donau in die Panozzalacke wurden forciert.

Im Zusammenhang mit der Gestaltung des **„Neuen Wienflusses"** wurde auf Basis der Entwurfsplanung für Renaturierungsarbeiten ein Ausführungsprojekt für den Abschnitt Musterstrecke Hackinger Steg erstellt. Der großteils bereits fertig gestellte Abschnitt dient der Erprobung der ökologischen Funktionsfähigkeit bei Wahrung der Hochwassersicherheit. Das ökologische Monitoring über die revitalisierten Abschnitte der Wienfluss-Rückhaltebecken wurde weitergeführt. Verbesserungen für das gesamte Fließgewässersystem gegenüber dem Istzustand vor den Rückbaumaßnahmen wurden dokumentiert.

Nach dem Umbau der Auhof-Hochwasserrückhaltebecken am Wienfluss wurde die Steuerungsoptimierung für den Hochwasserbetrieb fortgesetzt und als erster Teilschritt abgeschlossen. Am Halterbach wurde auf einer Länge von 90 m die angebrochene Uferböschung durch eine neue Ufermauer in Steinbauweise saniert.

Bei der **Umgestaltung des Liesingbachs** wurden die Bauarbeiten gemeinsam mit dem Einbau eines Schmutzwasserentlastungskanals der MA 30 im ersten Teilbereich (Kledering – Sebastianbrücke) fertig gestellt.

Zur nachhaltigen Absicherung einer guten Wasserqualität der **Alten Donau** war die Erstellung eines Maßnahmenpakets für deren Rehabilitationsprozess erforderlich. Das weitergeführte Monitoringprogramm ergänzt die wasserwirtschaftliche Versuche für die Sanierung des Wasserparks und die Wasserspiegelabsenkung der Alten Donau zur Förderung des Makrophytenwachstums. Die Verbesserung des Lichtklimas durch die kontrollierte Absenkung des Wasserspiegels erhöhte die Bestandsdichte der Wasserpflanzen.

Qualitativ gutes Wasser aus der Neuen Donau soll künftig über das Überleitungsbauwerk bei der Floridsdorfer Brücke durch den **Wasserpark** in die Alte Donau geleitet werden. Voraussetzung dafür ist die Verbesserung des eutrophierten Wassers im Wasserpark. Der Wassertausch mit Wasser aus der Neuen Donau bzw. das Ausleiten von eutrophiertem Wasser in den linken Donausammelkanal in Form eines wasserwirtschaftlichen Versuchs wurden weitergeführt.

Am **rechten Donauufer** wurde der Bau des Rechten Donaukanalrückstaudamms als Teil des verbesserten Donauhochwasserschutzes für Wien weitergeführt. Planungen bezogen sich auf die weitere Fertigstellung des verbesserten Donauhochwasserschutzes im Raum Donaukanal-Albern.

Am **linken Donauufer** erfolgte eine laufende Verbesserung der Infrastruktur durch die Erweiterung eines bestehenden Kinderspielplatzes und durch Legen von neuen Wasserleitungen. Auf der Donauinsel im Bereich Kaisermühlen wurde der Bau einer WC-Anlage als Prototyp für ein zukünftiges WC-Gesamtkonzept für den Donauraum fertig gestellt. Im Zuge eines wissenschaftlichen Projekts wurden zwei Schotterrassenflächen untersucht und in der Neuen Donau wurde bescheidgemäß ein Fischbesatz nach dem Hochwasser 2002 durchgeführt. Weiters wurde mit der Planung und Umsetzung eines Wasserspielplatzes auf der Donauinsel begonnen. Weitere Projektierungsarbeiten bezogen sich auf die Fertigstellung des verbesserten Hochwasserschutzes im Bereich Lobau. Die Kollaudierungsplanung für die bereits fertig gestellten Teile des verbesserten Donauhochwasserschutzes wurde fortgesetzt.

Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung und Hydrologie

Auf dem Sektor des Gewässermonitorings (Qualitäts- und Quantitätsuntersuchungen) erfolgten nachstehende Arbeiten:

- Betrieb des Grundwasser- und Oberflächengewässer-Pegelmessnetzes im Aufgabenbereich des Hydrographischen Dienstes des Landes Wien.
- Grundwasserqualitäts- und Gewässergüteuntersuchungen am Wienfluss gemäß Wassergüteerhebungsverordnung.
- Weiterführung der qualitativen und quantitativen Beweissicherung Dotation Lobau.
- Fortführung der hydrologisch-limnologischen Beweissicherung Neue Donau.
- Fortführung der Untersuchungen der Badewasserqualität in der Neuen Donau.
- Fortsetzung des Betriebs der Messstationen am Liesingbach und Mauerbach. Die Koordination bzw. Abstimmung der Messnetze und Untersuchungen wurde sichergestellt.

Weiters wurden in der Gruppe folgende Arbeiten durchgeführt:

- Im Rahmen des wasserwirtschaftlichen Datensammlungs- und Informationswesens wurde die Eingabe von Wasserrechtsdaten, insbesondere für die Führung des digitalen Wasserbuchs, fortgesetzt. Die Benutzeroberflächen für die Sachverständigenauskunft wurden in einer ersten Version fertig gestellt.
- Der Wasserwirtschaftsbericht Wien wurde erweitert und aktualisiert.
- MA 45-intern wurde eine Neubeurteilung der Hochwassersicherheit unter Auswertung bisher vorliegender Arbeiten bzw. Studien begonnen. Ebenso wurde ein Operat für die Wasserrechtsbehörde zur Erstellung eines Programms zur Grundwassersanierung (betreffend Nitrat) begonnen.
- Ein Programm zur Sanierung der Pratergewässer wurde begonnen.
- Hinsichtlich des Projekts „Tiefengrundwasser-Messnetz" wurden die ersten Messungen durchgeführt.
- In den Bund-Länder-Arbeitskreisen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und anderen Arbeitsgremien, wie z. B. Österreichisches Normungsinstitut, wirkten Mitglieder der Gruppe als Fachexpert/innen mit.
- Das von der EU geförderte Projekt „Klongs Water Remediation in Bangkok and Samut Prakarn" wurde abgeschlossen.
- Eine Untersuchung über die Grundwassersituation im 11. Bezirk nach dem Hochwasser 2002 wurde erstellt.
- Das Projekt „Umbau des Wienerwaldsees von einer Trinkwasseranlage in eine Hochwasserretentionsanlage" wurde in Angriff genommen.
- An laufenden, jährlich wiederkehrenden Arbeiten wurden zahlreiche Stellungnahmen in Behördenverfahren, zu Planungsvorhaben, Stellungnahmen zu Gesetz- und Normenentwürfen sowie Anfragen der Geschäftsgruppe abgegeben.

Umwelt

Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark (MA 48)

Büro des Abteilungsleiters

Budget, Kostenrechnung und Controlling

2003 wurden 36 Anträge im Bereich des Zentralbudgets und 94 Anträge im Rahmen der Dezentralisierung (Bezirksbudget) erstellt und genehmigt. Im Jahr 2003 wurden 894 Sondereinsätze mit rund 1.360.000 EUR verrechnet.

Vergabe und Preisprüfung

Im Berichtsjahr 2003 wurden 101 Ausschreibungen im Unterschwellenbereich und 11 im Oberschwellenbereich europaweit durchgeführt. Im Rahmen der internen Vergabekommission (Preisprüfungskommission) wurden insgesamt 223 Verhandlungsverfahren geprüft und genehmigt.

Bau- und Grundstücksangelegenheiten

Im 17. Bezirk wurde eine Hauptwerkstätte mit Bürogeschoß und Prüfhalle errichtet. Für die Übersiedlung der Dependance Garage 20 auf das Gelände der neuen Zentrale der MA 48 wurden die erforderlichen Adaptierungsarbeiten begonnen. Eine leer stehende Halle der MA 69 wurde als Salzlagerhalle adaptiert.

Generalsaniert wurden sieben Bedürfnisanstalten, neu errichtet fünf Anlagen, wobei drei zu 50 Prozent mit EU-Mitteln finanziert werden. In Zusammenarbeit mit der MA 19 und einem Architekten wurde im Jahr 2003 eine Fertigteilanlage entworfen und bei drei neu errichteten Bedürfnisanstalten ausgeführt. Fünf öffentliche WC-Anlagen wurden abgebrochen.

Es wurden 58 Straßen neu beschildert und 60 Erläuterungstafeln montiert.

INFO-Referat

Im Jahr 2003 konnten beim Misttelefon 68.024 Anrufe verzeichnet werden. Das bedeutet eine Zunahme gegenüber 2002 von 10,9 Prozent. Die kontinuierliche mobile Abfallberatung fand mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen das ganze Jahr über statt. Das Mistfest stand Mitte September wieder auf dem Programm. Insgesamt konnten bei 222 Aktionstagen 47.049 Besucher/innen verzeichnet werden. Durch persönliche Hausberatungen wurden in Schwerpunktsgebieten in den Bezirken 8, 16 und 10 6.965 Bürger/innen kontaktiert.

Neben Aktionstagen in Kindergärten fand wieder der Volksschulwettbewerb **„Mistmeister 2003"** statt. 210 Klassen mit 5.925 Schüler/innen beteiligten sich. Acht Wiener Schulen verschiedener Schulstufen wurden intensiv bei der Optimierung ihrer Abfallwirtschaft unterstützt. Dazu gab es Schulstunden in der Vorweihnachtszeit mit 3.775 Teilnehmer/innen.

Vom 20. bis 22. Oktober 2003 fand in der Hofburg – Redoutensäle der internationale Kongress „Saubere Stadt – Sauberes Land" statt. Mehr als 360 Teilnehmer aus 35 Ländern konnten begrüßt werden.

Die 48er-Geschirrmobile waren 2003 fast durchgehend im Einsatz und leisteten einen wertvollen Beitrag zur Abfallvermeidung. Ende des Jahres waren 24 Abfallberater/innen tätig. Für Beratungsmaßnahmen wurden 30.291 Stunden aufgewendet. Während des ganzen Jahres lief die Mistvermeidungskampagne. Die mehr als 120 Internet-Seiten der MA 48 wurden laufend betreut und aktualisiert. Laut Statistik konnten 199.198 Zugriffe verzeichnet werden. Dazu wurde ein eigenes Abteilungs-Web gestaltet.

Innerer Dienst

Personal

Mit 31. Dezember 2003 waren 3.065 Dienstposten systemisiert. Die Anzahl der Saisonbezüge betrug 274. Im Berichtsjahr wurden auf Grund von ordentlichem Präsenzdienst und Karenzierung 16 Dienstposten als Überhang geführt und 16 Mitarbeiter/innen im Rahmen des Behindertenkontingents beschäftigt.

Zentrale EDV

Im Berichtsjahr erfolgte eine Reihe von Neuerstellungen auf dem Gebiet der Hard- und Software.

Zentrale Leistungsverrechnung

Im abgelaufenen Jahr umfasste die Bearbeitung der Zentralen Leistungsverrechnung annähernd 3,65 Mio. Tagesdatensätze.

Schadensfälle

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung waren im Jahr 2003 an 1.335 Schadensfällen beteiligt, von denen 864 die MA 48 betrafen. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 850 Fälle abgeschlossen und an Schadenersatzforderungen 258.829,24 EUR hereingebracht werden.

Für die Beschädigung von Betriebseinrichtungen wurden in 865 Fällen insgesamt 26.634,41 EUR einbringlich gemacht. Die bescheidmäßige Verrechnung von Sondereinsätzen nach Unfällen betrug im Jahr 2003 1.553. Davon wurden 49.401,30 EUR einbringlich gemacht.

Betriebskassa

Die Betriebskassa hatte im Jahr 2003 einen Bargeld- und Wertmarkenbruttoumsatz von 3.822.477 EUR.

Fuhrpark

Im Jahr 2003 wurden 1.365 Fahrzeuge und Geräte mit einem Einkaufsvolumen von 20,7 Mio. EUR angeschafft. Skartiert wurden 629 Fahrzeuge,

davon konnten 234 wieder veräußert werden. 1.201 Telekommunikationsgeräte waren zu verwalten.

Im Berichtsjahr wurde eine Fahrleistung von 8,6 Mio. km erbracht, die beförderte Last betrug insgesamt 900.000 t. Es wurden insgesamt 28.000 Fahrzeuge abgeschleppt. Das **Technik-Center** führte im Jahr 2003 insgesamt 6.000 Reparaturen durch.

Umweltschutz

Das Durchschnittsalter der Lkws im Fuhrpark liegt derzeit bei 5,6 Jahren. Von allen 516 Lkws erfüllen bereits 75 Prozent die Ansprüche der Euro Standards I bis III. Darüber hinaus sind die Lkws zu 98 Prozent mit lärmarmen Motoren und geräuscharmen Reifen ausgestattet. Obwohl gesetzlich nicht vorgeschrieben, kauft der Fuhrpark Müllfahrzeuge nur mit Oxidationskatalysatoren an.

Im Zuge des **Projekts „UVEMA"** wurde untersucht, welche Maßnahmen am meisten zur **Energieeinsparung** beitragen können. Als Möglichkeiten kommen Motorvorwärmung, bauliche Trennung, Reduktion der Heizung u. Ä. in Frage. Als erste Maßnahmen wurden – vor der Heizperiode – in den Hallen Subwärmezähler eingebaut, um in Zukunft genau festzustellen, wie viel Wärme die Gebäude auf dem Grundstück verbrauchen. Weitere Schritte waren bauliche Maßnahmen zur Wärmedämmung in den Bauwerken. Zusätzlich wurden die Einfahrtstore erneuert, welche im Winter automatisch wieder schließen.

Abfallwirtschaft

Umstellung der Altglassammlung

Im Frühjahr 2003 wurde mit einem Einsatzversuch mit einigen Behältern begonnen, um die prinzipielle Eignung dieses Systems für Wien zu testen. Die Versuchsergebnisse sprachen für das System bezüglich Akzeptanz bei der Wiener Bevölkerung. Daher wurde entschieden, die Umstellung im Jahr 2004 im 21. und 22. Bezirk zu beginnen.

Kunststoffhohlkörpersammlung

Im 15. Bezirk im Gebiet Storchengrund wurde ein Probebetrieb zur Kunststoffhohlkörpersammlung durchgeführt. Der Probebetrieb wurde von Informationsmaßnahmen und Analysen begleitet. Durch zusätzliche Informationsmaßnahmen konnten im letzten Projektteil auch die Erfassungsquoten der Kunststoffflaschen erhöht werden. Die wienweite Umstellung des Sammelsystems soll im Lauf des Jahres 2004 erfolgen.

Beschilderung der Altstoffsammelinseln

Um das Problem der illegalen Sperrmüllablagerungen bei Altstoffsammelinseln einzudämmen, wurde entschieden, das mögliche Informationsdefizit bei der Bevölkerung durch Aufstellen von Schildern zu beheben, die symbolhaft darauf hinweisen, dass diese Art der Entsorgung nicht rechtmäßig ist.

Sammelsystem WÖLI

Das Wiener System „WÖLI" für Altspeiseöl wurde mit dem 1. Jänner 2003 eingeführt. Die Akzeptanz der neuen Sammelhilfe ist hoch. Im ersten Jahr konnten bereits mehr als 170.000 Sammelkübel an die Nutzer/innen abgegeben werden. 35.000 volle Behälter wurden zurückgebracht, gereinigt und wieder verwendet. Seit Herbst 2003 gibt es auch Sammelbehälter für das Gewerbe. Der Behälter hat ein Fassungsvermögen von 25 Litern und kann nur auf den 19 Mistplätzen abgegeben werden. Bei der Erstabholung wird eine Schutzgebühr von 5 EUR eingehoben, der weitere Tausch erfolgt gratis.

Abfallbehandlungsanlage (ABA)

Im Jahr 2003 machten die gesamten in der ABA umgesetzten Abfälle eine Masse von rund 359.000 t aus (Tendenz steigend).

Sortieranlage für Kunststoffverpackungen

Die vom Verwerter des ARA-Systems vorgegebenen Kunststoffsorten (z. B. PET-Flaschen, Folien, PE-Flaschen) werden aus den Abfällen der gelben Tonne manuell gewonnen. Im Berichtsjahr ist im Anlieferungsbereich der Kunststoffsortierung ohne Fremdeinwirkung ein Brand ausgebrochen, daher werden die Anlieferungen täglich einmal nach Betriebsende der Sortieranlage mittels Wärmebildkamera auf potentielle Brandherde überprüft.

Kompostwerke Lobau und Schafflerhof

Ein großer Teil des produzierten Kompostes, rund 12.000 t von insgesamt rund 32.000 t im Jahr 2003, wird über Mistplätze oder über die ABA gratis an die Bevölkerung abgegeben.

Zentrale Problemstoffsammelstelle

780 t Abfälle im Berichtsjahr werden hier unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen zwischengelagert, nachsortiert, verpackt und an Verwerter oder befugte Entsorger übergegeben.

Behandlung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten

2.500 t Abfälle, nämlich rund 32.000 Kühlgeräte aller Art, 44.000 Bildschirmgeräte und 2.000 Ölradiatoren, wurden 2003 von Schadstoffen befreit und verwertet.

Aufbereitungs- und Sortieranlage für Haus- und Sperrmüll (Restmüllsplittinganlage)

Im Jahr 2003 wurden rund 51.000 t Abfälle zerkleinert, fraktioniert und von Metallen (FE und NFE) befreit. Die Schwerfraktion wurde zu rund einem Viertel deponiert. Der größere Teil Schwerfraktion, die Leichtfraktion und das Überkorn



Die neuen „Mistmobile" sind bestens dafür ausgerüstet, kleinere Mengen von Unrat schnell und einfach zu beseitigen.

kommt zur thermischen Verwertung. Im Jahr 2003 vereinbarte die MA 48 mit den Errichtern und Betreibern des vierten Wirbelschichtofens (WSO4) die Anlieferung des Materials in Presscontainern. Bis zur Fertigstellung dieser Presscontainerstation wird für die Beschickung des Probebetriebs im WSO4 eine lose Verladung der Leichtfraktion durchgeführt.

Labor der MA 48

In Summe wurden an 1.150 Proben 12.088 Analysen durchgeführt. Im Zuge der Problemstoffsammlung wurden 5.194 Einzelgebinde (16,4 t) mit gefährlichen Abfällen, die einer Behandlung zugeführt werden müssen, übernommen und sortiert. Der Inhalt von 452 Gebinden musste vor dem Sortieren identifiziert werden.

Entsorgung von Spritzen und Nadeln

Zukunftsweisend wurde von der MA 48 eine Entsorgungsaktion mit der Wiener Apothekenkammer indiziert. Die Teilnahme der Wiener Apotheken an der Entsorgungsaktion erfolgt auf freiwilliger Basis.

Straßenpflege

Zur Erfüllung der Aufgaben standen der im Jahr 2003 in den Kehrbezirken 1.117 Kolleg/innen zur Verfügung. Zusätzlich wurden 67.351 Aushilfsbedienstete aufgenommen, welche dann jeweils einen Tag lang die Straßenreinigung unterstützten.

Winterdienst

Der Winterdienst in Wien wurde mit der Winterdienstverordnung 2003 neu geregelt. Für die Betreuung der Fahrbahnen, insgesamt 2.740.225 lfm, wurden im Winterdienst 2003/2004 266 Fahrzeuge der MA 48 und 143 Lkw von privaten Auftragnehmer/innen eingesetzt. Des Weiteren wurden im vergangenen Winter 321.212 lfm Gehsteige, Gehwege und Stiegenanlagen mittels Vertrag an Privatfirmen zur Betreuung übergeben.

Straßenreinigung

50 Mitarbeiter (Saisonkräfte) wurden für 6 Monate zusätzlich im Rahmen der Aktion „Saubere Stadt" beschäftigt.

Eine neue Truppe für die **„Mistmobile"**, welche für Sofortmaßnahmen im öffentlichen Bereich der Geschäftsgruppe Umwelt tätig ist, wurde der Straßenreinigung zugeteilt. Die „Mistmobile" haben durch ihr smartes Aussehen einen hohen Erkennungswert und wurden als „Ersthelfer" bei kleinen Verunreinigungen usw. sofort akzeptiert. Zusätzlich wurde das **„Zentrale Bürgeranliegen Management"** der MA 55 bei der Straßenreinigung eingeführt. Dies erleichtert und beschleunigt die Bearbeitung externer Anliegen und Beschwerden, welche an die Straßenreinigung herangetragen werden.

Gemeinsam mit der MD-IR und der MD-BD wurden Überlegungen angestellt, den Aufgabenbereich der Straßenreinigung zu erweitern. Die Entscheidungen werden 2004 erfolgen. Derzeit betreut die Straßenreinigung gemeinsam mit der Abfallwirtschaft 19 Mistplätze, die im Jahr 2003 von 1.985.314 Personen frequentiert wurden. Die Straßenreinigung entleerte 13.432 Papierkörbe, an exponierten Stellen bis zu dreimal täglich. Kehr- und Straßenwaschmaschinen reinigten 539.635 Straßenkilometer, wobei im Jahr 2003 zusammengefasst mit den händischen Reinigungsarbeiten 30.320 t Kehricht sowie 28.849 t Streusplitt eingekehrt wurden. Außerdem erfolgten 13.094 Ausfahrten des Bereitschaftsdiensts für notstandspolizeiliche Maßnahmen.

Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien (MA 49)

Die Aufgaben der MA 49 umfassen die Bewirtschaftung der stadtnahen Erholungswälder, der Quellenschutzwälder in Niederösterreich und in der Steiermark, das Management des Wiener Teils des Nationalparks Donau-Auen, die Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten städtischen Ökonomien, die Planung, Errichtung und Erhaltung diverser Erholungseinrichtungen sowie die Anlage und Erweiterung von neuen Wäldern und Windschutzgürteln.

Die MA 49 finanziert darüber hinaus ein Referat des Ludwig Boltzmann-Instituts für biologischen Landbau und angewandte Ökologie, dessen Aufgabe in der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für den biologischen Landbau, in der Untersuchung des volkswirtschaftlichen Stellenwertes desselben und in der Einleitung entsprechender Förderungsmaßnahmen besteht.

Im Jahr 2003 betrug das Ausmaß der von der MA 49 bewirtschafteten Grundflächen 43.584 ha.

Es wurden 46.366 Festmeter Holz geerntet. Im Nebenbetrieb Jagd wurden 3.314 Stück Abschüsse von Schalenwild erzielt. Die Gesamtfläche der Naturwaldreservate (Flächen ohne forstliche Nutzung) im Verwaltungsbereich der MA 49 – außerhalb des Nationalparks Donau-Auen – beträgt derzeit 2.377 ha, das sind 5,83 Prozent der Verwaltungsfläche bzw. 9,91 Prozent der Waldflächen.

In der Direktion und im Bereich Forst waren Ende 2003 127 Bedienstete und 202 Forstarbeiter/innen und Professionist/innen tätig, im Landwirtschaftsbetrieb 13 Angestellte und 18 ständige Arbeiter/innen. Innerbetrieblich wurden 2003 die **Mitarbeiter/innen-Orientierungsgespräche** der ersten Ebene durchgeführt. Mit der Entwicklung eines Leitbildes wurde begonnen. Weiters wurde die Kostenrechnung (SAP) eingeführt.

Die MA 49 wurde in der Kategorie „Abteilungsdesign" mit dem **PR-Star** der Stadt Wien **ausgezeichnet.**

Gruppe 1: Stadtwald, Nationalpark, Landwirtschaftsbetrieb

Bei der Bewirtschaftung der Waldflächen ist ihre spezifische Widmung die Grundlage der Vorgangsweise. Im stadtnahen Bereich, wo die Erholungswirkung im Vordergrund steht, wird unter Verzicht auf Kahlhiebsflächen in Form von Einzelstammnutzung in überalterte Bestände eingegriffen. Zur natürlichen Verjüngung werden die Altbestände aufgelichtet und erst nach Vorhandensein eines entsprechenden Jungwuchses behutsam geerntet.

Im **Nationalpark Donau-Auen** konzentriert sich die forstliche Tätigkeit auf die langsame, naturverträgliche Entfernung nicht standortgerechter Holzarten (Hybridpappeln, Kiefern, Robinien und Götterbaum) in Übereinstimmung mit dem verordneten Managementplan. Sonstige Fällungen beschränken sich auf absterbende bzw. abgestorbene Bäume, welche Besucher/innen gefährden könnten.

Die Aufgaben des **Naturraum-Managements im Nationalpark** umfassen die Erstellung des Managementplans in Abstimmung mit den Revierleitern, die Erstellung der Arbeitspläne für Heißländen, offenes Land und Wiesen basierend auf den bestehenden gesetzlichen Grundlagen, die Durchführung von Pilotmaßnahmen zum Management der Heißländen, Wiesen und Ackerbrachen, Entbuschung sowie Beweidungsversuche mit Schafen und Rindern und Neuanlage einer Trockenwiese mit nationalparkeigenem Saatgut und schließlich die Erstellung von Informationsbroschüren über den Nationalpark in Englisch und Deutsch.

Im Bereich der **Stadtplanung** wurde eine strategische Umweltprüfung im Entwicklungsraum „Nordosten Wien" durchgeführt und ein agrarstruktureller Entwicklungsplan erstellt.

Die **Wiener Waldschule** veranstaltete im Berichtsjahr 160 Waldschultage, an denen 4.000 Kinder teilnahmen. Im Rahmen des Wiener Ferienspiels fanden sechs Waldschulcamps mit Nachtwanderungen, Übernachtungen und Morgenpirsch mit insgesamt 120 Kindern statt.



Das Baumtastspiel: In der Waldschule lernen Kinder spielerisch, den Wald zu „begreifen".

Im **Lainzer Tiergarten** wurden ein interaktiver und kindergerechter Naturlehrpfad beim Nikolaitor und ein interaktives Geländemodell im Besucherzentrum eröffnet. Am **Kellerberg** erfolgte die Fertigstellung der Geländemodellierung und Bepflanzung von 70.000 m² Erholungsgebiet. Eine außergewöhnliche Massevermehrung des Eichenprozessionsspinners (einer Schmetterlingsart) wurde im gesamten Stadtwald beobachtet. Ca. 10.000 Bäume und Sträucher wurden am Nationalfeiertag 2003 beim Himmelteich im **Wald der jungen Wiener/innen** im 22. Bezirk gepflanzt. 5.000 Bäume und Sträucher wurden im Rahmen des Schwerpunkts „Schulwald" beim Himmelteich im 22. Bezirk gepflanzt. Ca. 8.800 Personen wurden im Zuge des Umweltbildungsprogramms im Nationalpark-Camp Lobau betreut.

Biosphärenpark Wienerwald (gemeinsam mit der Landesforstdirektion NÖ)

Mit der Wienerwald-Deklaration 2002 wurden die Schutz- und Entwicklungsziele für den Wienerwald beschlossen. Eine im Auftrag der Länder Wien und Niederösterreich erstellte Studie zeigt auf, dass das **UNESCO Schutzgebietskonzept „Biosphärenpark"** das ideale Instrument für den dauerhaften Schutz des Wienerwaldes ist.

Zusammengefasst gibt es im Biosphärenpark folgende wichtige Bereiche:

- **Kernzonen:** Hier soll sich die Natur weitgehend ohne Einfluss des Menschen entwickeln können. Im Wienerwald sind das ausschließlich Waldflächen, die ohne forstliche Nutzung sein sollen.
- **Pflegezonen:** zur Erhaltung der von landwirt-

schaftlicher Nutzung abhängigen Kulturlandschaft. Unter anderem wird Heideland eine dieser Pflegezonen sein.
- **Entwicklungszonen:** Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum der Bevölkerung mit Nutzungsweisen, die den Ansprüchen von Mensch und Natur gerecht werden.

Der Biosphärenpark Wienerwald soll 2005 verwirklicht werden. Im Jahr 2003 erfolgte die Vergabe der Planungsaufträge für Wald und Offenland sowie die Abschlüsse der ersten Verträge über Nutzungsverzicht im Wald mit privaten Grundeigentümern.

Landwirtschaftsbetrieb

Im Stadtgut Lobau wurde die im Vorjahr in Betrieb genommene Siloanlage um eine Getreide-Trocknungsanlage erweitert. Die moderne Siloanlage wird jetzt für beide Biobetriebe genutzt. Das führte im Wirtschaftsjahr 2003 zu einer überbetrieblichen Zusammenarbeit der Ökonomien Essling und Lobau im Bereich Fruchtfolgeplanung und Vermarktung. Mit diesem Maschinen- und Geräteeinsatz konnten in beiden Biobetrieben die Kosten gesenkt werden.

Der Hagelschlag am 13. Mai 2003 hat rund 20 ha Rebflächen des Weinguts Wien Cobenzl stark zerstört. Die Reben konnten sich im Sommer auf Grund des guten Wetters zwar erholen, dies änderte jedoch nichts an Ernteausfällen bei der Lese. Am 1. Mai 2003 wurde der Kinderbauernhof „Landgut Wien Cobenzl" eröffnet. Seither haben 19.000 Kinder die Tiere besucht und an den Programmen teilgenommen.

Das Ausmaß der verwalteten landwirtschaftlichen Grundflächen betrug 2.489 ha, davon sind 1.899 ha in Eigenbewirtschaftung.

Im Jahr 2003 wurden im Landwirtschaftsbetrieb produziert:

Produkte	Tonnen	Produkte	Tonnen
Getreide	3.533,50	Kartoffeln - Bio	447,70
Raps	64,50	Erbsen	192,15
Zuckerrüben	7.836,70	Mariendistel	21,20
Mais	956,50	Wein in hl	607,70

Ludwig Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie, Forschungsschwerpunkte

Fachbereich Pflanzenbau und Kompostanwendung
- Qualität, Anwendbarkeit und Umweltauswirkungen von Biotonne-Komposten im biologischen Landbau, im Vergleich zu mineralischer und kombinierter Düngung.
- Entwicklung eines Verfahrens zur Ermittlung der Bioverfügbarkeit von Stickstoff und Kohlenstoff aus der organischen Substanz in Böden, Sedimenten und Komposten (EU-Projekt „BIONIRS").
- Saatgutproduktion (z. B. Getreide, Ölkürbis) und Sortenfragen (z. B. Winterweizen) im biologischen Landbau.

Fachbereich Agrarökologie
- Vorbeugende Bekämpfung von Problemschädlingen im biologischen Ackerbau (Körnererbse: Erbsenblattlaus, Kartoffeln: Drahtwürmer).
- Biologische Ampferbekämpfung im Grünland durch Förderung des Ampferblattkäfers.
- Umsetzung und begleitende wissenschaftliche Evaluierung des Wiener Vertragsnaturschutz-Programms „Lebensraum Acker".

Fachbereich Nahrungsmittelqualität
- Entwicklung und Standardisierung von integrativen Methoden für Vergleichsuntersuchungen zur Nahrungsmittelqualität (Futterwahlversuche mit Laborratten, bioelektrische und chromatographische Messungen, Cafeteria-Tests).
- Zersetzungstests zur Erfassung des Nacherneteverhaltens und der Lagerqualität von landwirtschaftlichen Produkten.
- Teilnahme an der EU-Concerted Action „Empfehlungen für verbesserte Verfahren zur Sicherung einer Konsumenten orientierten Qualitätssicherung biologisch erzeugter Produkte vom Acker auf den Teller" (www.organichaccp.org).

Fachbereich Angewandte Ökophysiologie
- Stickstoffdynamik (Nitrat-, löslicher und Gesamtstickstoff) in Boden und Pflanzen bei unterschiedlichen Düngungssystemen.
- Stickoxidausgasung aus landwirtschaftlich genutzten Böden bei unterschiedlicher Düngung.

Gruppe 2: Quellenschutzwälder

In den Quellenschutzwäldern wurde die bewährte Methode des natürlichen Waldbaus weiterverfolgt, welche auf die Erzielung vielschichtiger, verschiedenaltriger, möglichst geschlossener Wälder abzielt und erwiesenermaßen die bestmögliche, kontinuierliche Quellenschüttung gewährleistet. Die Nutzung erfolgt in Form von Einzelstammentnahmen bzw. kleinflächigen Eingriffen, welche die natürliche Verjüngung der vielfach überalterten Wälder ermöglichen soll. Besonderer Wert wird auf die Ausweitung des Laubholzanteiles in den Jungwäldern gelegt.

Arbeitsschwerpunkte in den Quellschutzwäldern waren:
- Erarbeitung von Grundsätzen für das Management in den Quellenschutzwäldern gemeinsam mit der MA 31.
- Das System der permanenten Kontrollstichproben, die es ermöglichen, eine Veränderung der Waldzustandsdaten zu erfassen, wurde auf ein verdichtetes Punktenetz umgestellt. Seit 2001 wird die Stichprobeninventur anstatt in einem zehn- in einem fünfjährigen Zyklus durchgeführt.

In der **Forstverwaltung Wildalpen** mussten rund 700 m² Windwurfholz auf Grund von akutem Borkenkäferbefall aus unwegsamem Gebiet mit dem Hubschrauber abtransportiert werden.

Führungen von Internationalen Delegationen im Jahr 2003

14. Jänner	Japanische Forstexpert/innen im städtischen Wienerwald
21. März	Kanadische Botschaft im Lainzer Tiergarten
12. Juni	Lafayette College Easton/Pennsylvania/USA im Nationalpark Donau-Auen
12. Juni	Politiker/innen und Beamt/innen aus Vejle/Dänemark im städtischen Wienerwald
7.August	Japanische Botschaft im Lainzer Tiergarten
21. August	Fernsehteam aus Südkorea im Lainzer Tiergarten
4. September	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung aus Mecklenburg-Vorpommern im Lainzer Tiergarten
17. September	Forstwirt/innen und Zoolog/innen aus China im städtischen Wienerwald
2. Oktober	Forstwirt/innen aus Finnland im städtischen Wienerwald
11. Oktober	Forstwirt/innen aus Chile im städtischen Wienerwald
23. Oktober	Forstwirt/innen aus Japan im städtischen Wienerwald
28. Oktober	Politiker/innen und Beamt/innen aus Breda/Niederlande im städtischen Wienerwald
20. November	Vortrag und Empfang anlässlich des Symposiums „Water and Society" mit 150 internationalen Wissenschafter/innen
22. November	Exkursion anlässlich des Symposiums „Water and Society", Nasswald

Im **Wasserleitungsmuseum Kaiserbrunn** der MA 31 wurde ein eigener „Wald-Raum" eingerichtet. Hier werden die Zusammenhänge zwischen Wald, Boden und Trinkwasser anschaulich dargestellt. Großes Interesse bestand weiters am Besuch des Sägewerks der **Forstverwaltung Hirschwang**. Fachkundiges Personal zeigte den Interessierten den Weg des Holzes vom Wald zur Säge und die anschließende Holzverarbeitung.

Die MA 49 und die Welt – Internationale Aktivitäten und Austausch von Erfahrungen

- **Ungarn – Nationalpark Gemenc:** Expertenaustausch gemeinsam mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.
- **Deutschland – Biosphärenpark Rhön:** Erfahrungsaustausch zur Entwicklung von Schutzgebieten im Hinblick auf den geplanten Biosphärenpark Wienerwald.
- **Griechenland – Athen:** Ein Weihnachtsbaum aus den Wäldern des Forstamtes der Stadt Wien wird auf der Basis der kulturellen Zusammenarbeit in der Stadt Athen aufgestellt.
- **Ukraine:** EU-Projekt „TACIS 2003 – 2005", gemeinsam mit der Stadt Lemberg, Erfahrungsaustausch bezüglich Bewirtschaftung von städtischen Grünflächen.
- **Norwegen:** Vortrag und Workshop, Besucherbetreuung und -lenkung im Nationalpark Donau-Auen.
- **Japan:** Anlässlich des Besuches des japanischen Kaiserpaares im Jahre 2002 im Lainzer Tiergarten wurde zur Erinnerung an dieses Ereignis 2003 ein Gedenkstein errichtet.

Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens (MA 58)

Die MA 58 ist im Wesentlichen in den Bereichen des Wasserrechts, des Schifffahrtswesens, des Landarbeitsrechts, der Land- und Forstwirtschaft, der Wiener Landwirtschaftskammerrechte, der Bodenreform, des Veterinärwesens, der Tierzucht, des Jagd- und des Fischereiwesens, des Tierschutzes, soweit es Landeskompetenzen betrifft, des Pflanzen- und des Bodenschutzes sowie aller EU-Angelegenheiten bezüglich der voranstehenden landesrechtlichen Materien tätig. Überdies ist ihr die Land- und Forstwirtschaftsinspektion organisatorisch eingegliedert, und sie nimmt auch Aufgaben der örtlichen Sicherheitspolizei wahr.

Im Berichtszeitraum 2003 fielen insgesamt 5.045 Geschäftsstücke an. Davon betrafen 4.861 allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 165 Erlässe, vier Agenden die Agrarbehörde sowie 15 Berufungen.

Schwerpunkte des Jahres 2003

Es wurde ein **Leitbild** für die Abteilung erarbeitet und erstmalig ein **Leistungskontrakt** für das Wirkungsjahr 2004 ausgearbeitet.

Die MA 58 koordinierte die am 9. März stattgefundene **Wahl der Mitglieder** der Vollversammlung **der Landwirtschaftskammer für Wien.**

Am 27. November 2003 wurde vom Wiener Landtag der gemäß § 7 Abs. 1 des Wiener Landwirtschaftsgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 15/2000, im zweijährigen Rhythmus zu erstellende Wiener Landwirtschaftsbericht, welcher ein aktuelles Nachschlagewerk über die Entwicklung und die Leistungen der Landwirtschaft in Wien darstellt, zur Kenntnis genommen.

In Zusammenarbeit mit der Wiener Landwirtschaftskammer und verschiedenen Magistratsdienststellen wurde ein **agrarstruktureller Entwicklungsplan** für Wien erstellt.

Absicherung des Kontaminationsareals „Petroleumhof"

Der Wiener Linien GmbH & Co. KG wurde Anfang Mai 2003 die wasserrechtliche Bewilligung zur Absicherung des Kontaminationsareals „Petroleumhof" im Bereich der Verdachtsfläche „Frachtenbahnhof Praterstern" erteilt. Das bewilligte Projekt umfasst eine Umschließung des kontaminierten Areals, eine Grundwasserentnahme im Inneren der Umschließung und die Versickerung des entnommenen Wassers nach Aufbereitung außerhalb der Umschließung.

Ölhafen und Lager Lobau

Der OMV AG wurde der Einbau von Gas- und Tropfenabscheidern in die schwimmenden Mineralölumschlaganlagen Hafenstationen 2 und 3 am südlichen Ufer des Ölhafens wasser- und schifffahrtsrechtlich bewilligt. Die Fertigstellung der Änderungen der Schmiermittel-Blendinganlage sowie von Anlagen im Hochwasserabflussbereich der OMV AG wurde festgestellt. Der Avanti International AG wurde der Austausch des Vorstellobjekts „Grünburg" durch eine andere Anlage wasser- und schifffahrtsrechtlich bewilligt. Die schwimmende Anlage dient als Anlegestelle und Umschlaganlage für Mineralölprodukte und befindet sich im 22. Bezirk, innerhalb der Druckluftölsperre am südlichen Ufer des Ölhafens. Die Fertigstellung der Änderung von Anlagen im Tanklager der Turmöl Mineralölprodukte Großhandel Gesellschaft m.b.H. & Co. KG wurde festgestellt.

Altlastensanierung Zentraltanklager Lobau

Im Zuge der Ausführung der Altlastenabsicherung Zentraltanklager Lobau wurde der Insond Gesellschaft m.b.H. die wasserrechtliche Bewilligung zu einer temporären Grundwasserentnahme für die Betonherstellung und Suspensionsanreicherung für die Herstellung der Dichtwand erteilt.

Wasserwirtschaftlicher Versuch „Dotation Lobau"

Der MA 45 wurde die Änderung der Betriebsordnung zur Durchführung des wasserwirtschaftlichen Versuchs „Dotation Lobau, Abschnitt Obere Lobau" zur Gewinnung von Erkenntnissen für die geplante Dotation des gesamten Altarmsystems der Oberen und Unteren Lobau wasserrechtlich bewilligt.

Evidenzen

In der Abteilung werden elf Evidenzen mit Außenwirkung laufend geführt. Mit 31. Dezember 2003 waren im Wasserbuch für Wien 2.828 aufrechte Wasserrechte ersichtlich und im Lagerbuch 1.480 Bewilligungen verzeichnet. Im Jahr 2003 wurden 472 Eintragungen im Wasserbuch und Lagerbuch vorgenommen.

Auf Grund einer Änderung der Geschäftseinteilung des Magistrats wurde der MA 58 mit Stichtag 1. Mai 2003 die Führung des **Wiener Rebflächenverzeichnisses** übertragen, wobei ab diesem Zeitpunkt im Berichtsjahr 65 Geschäftsfälle anfielen.

Förderungen

Vom agrartechnischen Referat wird das Wiener Agrarbudget verwaltet und die Durchführung und Abwicklung von landwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen koordiniert, wobei im Berichtszeitraum 280 Geschäftsfälle anfielen. Die Umsetzung dieser Aufgaben erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Wiener Landwirtschaftskammer. Zusätzlich fanden auch mehrfach Besprechungen mit der Agrar Markt Austria und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft statt. 70 Erledigungen betrafen Agenden der EU-Agrarpolitik, die in vielen Bereichen die rechtliche Grundlage für das agrarische Förderungswesen bildet.

Eigenlegistik

Im Berichtszeitraum wurden im Bereich der Eigenlegistik ein Wiener Landesgesetz und sieben Verordnungen im Landesgesetzblatt für Wien sowie fünf im Amtsblatt der Stadt Wien kundgemacht:

- Verordnung des Landeshauptmanns von Wien, mit der die Verordnung des Landeshauptmanns von Wien betreffend die Übertragung von Aufgaben nach dem Rebenverkehrsgesetz 1996 an die Wiener Landwirtschaftskammer geändert wird (LGBl. für Wien Nr. 12/2003);
- Gesetz, mit dem das Wiener Weinbaugesetz 1995 geändert wird (LGBl. für Wien Nr. 18/2003);
- Verordnung der Landesregierung, mit der die Verordnung über die Haltung von Rindern, Schweinen und Geflügel geändert wird (LGBl. für Wien Nr. 20/2003);
- Verordnung der Wiener Landesregierung über Arbeitsstätten in der Land- und Forstwirtschaft (LGBl. für Wien Nr. 27/2003);
- Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Wiener Grenzwerteverordnung in der Land- und Forstwirtschaft geändert wird (LGBl. für Wien Nr. 44/2003);
- Verordnung der Wiener Landesregierung über die Haltung von Wildtieren in Zirkussen und Varietés (LGBl. für Wien Nr. 45/2003);
- Verordnung über die Haltung von Hunden (LGBl. für Wien Nr. 51/2003);
- Verordnung des Landeshauptmanns von Wien betreffend die Verlängerung der Anpassungsfrist für das Verbot der Deponierung bestimmter Abfälle (LGBl. für Wien Nr. 55/2003);
- Verordnung des Magistrats der Stadt Wien, mit der die Kelter- und Tafeltraubensorten für das Land Wien klassifiziert werden (ABl. der Stadt Wien Nr. 20/2003);
- Verordnung des Magistrats der Stadt Wien, mit der die Verordnung des Magistrats der Stadt Wien betreffend das Verbot des Befahrens der Alten Donau mit Motorbooten aufgehoben wird (ABl. der Stadt Wien Nr. 21/2003);
- Verordnung des Magistrats der Stadt Wien, mit der Vorbeugemaßnahmen zur Vermeidung von Waldbränden für das Gebiet der Stadt Wien angeordnet werden (ABl. der Stadt Wien Nr. 33/2003);
- Verordnung des Magistrats der Stadt Wien, mit der die Verordnung des Magistrats der Stadt Wien, mit der Vorbeugemaßnahmen zur Vermeidung von Waldbränden für das Gebiet der Stadt Wien angeordnet werden, aufgehoben wird (ABl. der Stadt Wien Nr. 39/2003);
- Verordnung der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle, mit der eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Land- und Forstwirtschaft festgelegt wird (ABl. der Stadt Wien Nr. 41/2003).

Fremdlegistik

Im Rahmen der Fremdlegistik wurden 110 Gesetzes- und Verordnungsentwürfe des Bundes und der Länder begutachtet. 306 Geschäftsfälle betrafen Angelegenheiten der Europäischen Union. Nach Maßgabe der EU-Richtlinie über ein Informationsaustauschverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften wurden federführend Koordinierungsaufgaben bewältigt, technische Vorschriften anderer Mitgliedsstaaten überprüft und beurteilt, ob Handelshemmnisse, die den freien Warenverkehr innerhalb des Binnenmarktes verhindern könnten, vorliegen und EU-Konformität gegeben ist.

(Rechts-)Gutachten, Stellungnahmen

Im Rahmen des agrartechnischen Fachdienstes wurden 202 Gutachten, Stellungnahmen und Überprüfungen vorgenommen. Davon entfielen 107 Geschäftsstücke auf allgemeine Fachangelegenheiten (Bauführungen im Grünland, Grundabteilungen, UVP-Verfahren etc.), 35 auf die Begutachtung fachspezifischer Gesetz- und Verordnungsentwürfe, 52 auf die Begutachtung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen und acht auf Pachtzinsfestsetzungen.

Rechtsmittelverfahren

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 15 Rechtsmittelverfahren (gemäß Wasserrechtsgesetz 1959, Wiener Fischereigesetz, Wiener Wasserversorgungsgesetz, Wiener Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz sowie Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz) durchgeführt.

Wasser-/schifffahrtsrechtliche Berechtigungen

Unter dieses Produkt fallen die Erteilung, Abänderung und Entziehung von Berechtigungen auf Antrag nach dem Wasserrechtsgesetz sowie nach dem Schifffahrtsgesetz. Im Berichtsjahr wurden bescheidmäßig 365 Berechtigungen (199 Bewilligungen bzw. Änderungen, 69 Kollaudierungen mit teilweiser nachträglicher Genehmigung geringfügiger Abweichungen, 78 Löschungen, 19 Bewilligungsfiktionen im Anzeigeverfahren) nach dem Wasserrechtsgesetz und drei Berechtigungen nach dem Schifffahrtsgesetz (wieder)verliehen, abgeändert, aufgehoben bzw. gelöscht.

Schiffszulassungen/Schiffsführerpatente

Im Berichtsjahr wurden 879 Berechtigungen (347 Binnenschiffszulassungen, 392 Hochseeschiffszulassungen und 140 Schiffsführerpatente) nach dem Binnen- und Seeschifffahrtsgesetz verliehen.

Sonstige Berechtigungen

Unter diesem Produkt wird die Durchführung von Verfahren, die über Antrag von Externen eingeleitet werden und mit Bescheid enden, subsumiert. Eine zu Vergleichszwecken vorgenommene Quantitätsevaluierung hinsichtlich des Teilbereichs der Anzahl der erledigten Ausnahmegenehmigungen zum Befahren der linksufrigen Donauregulierungsanlagen ergab, dass im vergangenen Kalenderjahr 55 derartige Berechtigungen erteilt wurden.

Verfahren von Amts wegen

Dieses Produkt umfasst die amtswegige Durchführung von Verfahren, inklusive Sofortmaßnahmen, die in Anordnungen, Maßnahmen und Feststellungen der Behörde münden und erforderlichenfalls mit der Erlassung eines Bescheids enden, wobei eine zu Vergleichszwecken vorgenommene Quantitätsevaluierung hinsichtlich des Teilbereichs der zur Überprüfung vorgelegten Befunde ergab, dass im Berichtszeitraum 278 Befunde zur Überprüfung vorgelegt wurden.

Kontrolltätigkeit

Die Mitarbeiter/innen des agrartechnischen Referats sind als Organe der Land- und Forstwirtschaftsinspektion mit der Wahrnehmung bzw. Überwachung des Dienstnehmer/innenschutzes in der Land- und Forstwirtschaft betraut. In dieser Funktion wurden im Berichtsjahr 35 Kontrollen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Gartenbaubetriebe, Weinbaubetriebe, bäuerliche Betriebe) vor Ort durchgeführt. Zusätzlich erfolgte die Teilnahme an 34 Behördenverhandlungen, Arbeitskreissitzungen und Schulungsveranstaltungen. In drei Verfahren zur Anerkennung von Lehrbetrieben wurden von der Land- und Forstwirtschaftsinspektion gutachterliche Stellungnahmen abgegeben. Für die Führung des Wiener Rebflächenverzeichnisses waren vor Ort 80 Überprüfungen notwendig, die ebenfalls vom agrartechnischen Referat durchgeführt wurden.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Bereich der allgemeinen, innen- bzw. außenwirksam agierenden Information und Auskunftserteilung, Imagepflege, Repräsentation nach innen und außen, Darstellung der Leistungen und Produkte der Stadtverwaltung ist insbesondere der weitere Ausbau der Homepage für das Intranet der Stadt Wien sowie die Erarbeitung eines Leitbildes für die MA 58 zu nennen.

Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung

Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten (MA 16)

Zentrale Schlichtungsstelle

In der Zentralen Schlichtungsstelle betrug der Gesamteinlauf der Geschäftsstücke im Jahre 2003 2.904, dem ein Gesamtauslauf von 2.867 Geschäftsstücken gegenübersteht. Gegenüber dem Vorjahr stellt dies beim Einlauf einen Rückgang von 6,71 Prozent, beim Auslauf von 29,28 Prozent dar (2002: Einlauf 3.113, Auslauf 4.054).

Es ist weiterhin festzustellen, dass Mieter/innen, Nutzungsberechtigte, Wohnungseigentumsbewerber/innen, aber auch Hauseigentümer/innen und Hausverwaltungen persönlich oder telefonisch wohnrechtliche Erkundigungen und Auskünfte einholen. Auf Grund der sehr umfassenden und schwierigen Rechtsbereiche (durch zahlreiche Übergangsbestimmungen und Novellierungen) sind entsprechende Auskünfte sehr zeitaufwendig und führen zu einem erhöhten Arbeitsaufwand.

Durch das In-Kraft-Treten des neuen Wohnungseigentumsgesetzes 2002 per 1. Juli 2002 wurde im Bereich der **Nutzwertfestsetzungsverfahren** ein erheblicher Mehraufwand in der Bearbeitung der nach den neuen Bestimmungen gestellten Anträge beobachtet, ebenso in der telefonischen und persönlichen Auskunftserteilung, insbesondere an private Gutachter/innen (Sachverständige, Ziviltechniker/innen).

Auskünfte über Richtwertmietzinse gemäß § 16 Abs. 2 MRG und hier besonders hinsichtlich der anzuwendenden Lagezuschläge werden sowohl von Mieter/innen als auch von Vermieter/innen verlangt, da diese Lagezuschläge nur in der Zentralen Schlichtungsstelle und in der MA 25 – Mietenreferat über ein EDV-Programm abrufbar sind.

Am schwierigsten und auch sehr zeitaufwendig sind nach wie vor die **mündlichen Schlichtungsverhandlungen**, die nach dem MRG (§ 37 Abs. 3 Z 12), dem HeizKG, dem WGG und nach dem WEG 2002 zwingend vorgeschrieben sind.

Die Kanzlei hat 2003 5.715 Schriftstücke erstellt (2002: 6.147). In der Anzahl der Schriftstücke nicht enthalten sind jene Schriftstücke, welche von den Referent/innen infolge der verstärkten Nutzung der Textverarbeitungssoftware „Word for windows" ohne Inanspruchnahme der Schreibstelle vermehrt erstellt werden, um vor allem Standardschreiben zeitsparend und verwaltungsvereinfachend herzustellen. Auch zweckmäßige Enderledigungen wie etwa Bescheidherstellungen zu § 6 MRG werden verstärkt von den Referent/innen selbst ohne Inanspruchnahme der Schreibstelle durchgeführt. Trotz der gegenüber dem Vorjahr verminderten Anzahl von Schriftstücken ist der Kanzleiaufwand vor allem in qualitativer Hinsicht als hoch zu werten. Grund dafür ist vor allem die Umstellung auf das neue **Protokollsystem „ELAK"** (Elektronischer Akt), in dem eine genauere und schlüssigere Protokollierung der Antrags- und Verfahrensparameter zu erfolgen hat.

Eine standardisierte Tätigkeit stellt nach wie vor der Bereich der Verscannung von „alten" (bereits abgelegten) und „neuen" (laufenden) Akten dar. Sowohl die Kanzlei als auch Referent/innen und insbesondere die Amtsgehilf/innen sind mit dieser Tätigkeit betraut. Es werden enderledigte Akten verscannt (Speicherung auf einem magnetisch-optischen Datenträger) und danach skartiert, sodass der Akt daher nicht mehr in physischer Form aufliegt und dadurch Archivräumlichkeiten und Arbeitszeiten für das Ausheben von archivierten Akten eingespart werden. Eine Einsichtnahme in diese Akten ist genauso wie deren Ausdruck jederzeit über jeden PC der Dienststelle möglich.

Vorarbeiten zur Einführung des ELAK in Zusammenarbeit mit der MA 14 für **Verfahren nach den WEG** werden derzeit vorgenommen, sodass der „papierlose Akt" für dieses Antragssegment in der MA 16 realisiert werden kann.

Wie schon in den Vorjahren wurde intensiv an der Ausarbeitung des Handbuchs zum MRG, WGG 1979 und dem WEG 2002 gearbeitet, welches eine umfassende und daher zeitintensive Aufarbeitung und Dokumentation der Judikatur und Praxis bis dato beinhaltet.

Rechtsgruppe

Bis 31. Mai 2003 war die Rechtsgruppe auch Berufungsbehörde in Wohnbeihilfenangelegenheiten. Danach endete ihre Zuständigkeit und die Agenden wurden dem UVS übertragen. Vom 1. Jänner bis 31. Mai 2003 waren 97 Berufungen zu behandeln (Hochrechnung für das ganze Jahr: 233). Im Jahr 2002 waren es 193 Berufungen.

Außenstellen der MA 16 (Bezirksschlichtungsstellen)

In den insgesamt 10 Außenstellen wurden im Jahr 2003 5.616 Anträge gestellt (2002: 5.624 Anträge). Unter Berücksichtigung eines Aktenanfangsstands am 1. Jänner 2003 von 3.902 ergab dies 9.518 zu bearbeitende Fälle, wovon 5.735 einer Erledigung zugeführt wurden. Dies ergibt einen Aktenstand von 3.783 per 31. Dezember 2003 (2002: 3.902).

Hinsichtlich der Verfahrensabläufe (Verhandlungen, Entscheidungen usw.) kann auf die Ausführungen im Abschnitt „Zentrale Schlichtungsstelle" verwiesen werden.

Wohnungskommissionen

Nachdem die Führung der Geschäftsstellen der Wohnungskommissionen mit Wirksamkeit 1. Juni

2003 ersatzlos aus dem Aufgabenkatalog der MA 16 gestrichen wurde, kann die Beleuchtung der Geschäftsfälle nur bis 31. Mai 2003 erfolgen. Im 20. Jahr des Bestands der Wohnungskommissionen nahm die Anzahl der Geschäftsfälle generell neuerlich zu. Es kann nur vermutet werden, dass die heranwachsende Jugend und die damit verbundene Verselbstständigung sowie Familiengründungen diese Steigerung bewirken. Die Tatsache, dass seit 1. Jänner 2000 fachärztliche Atteste nicht mehr durch das Unternehmen „Wiener Wohnen" dem Amtsarzt/der Amtsärztin zur Bewertung vorzulegen sind, sondern aus organisatorischen Gründen den Wohnungskommissionen zugefallen sind, bedeutet einen nicht unbeträchtlichen Aufwand an Zeit und Arbeit. Dabei konnte ein massiver Anstieg der Vorlage der ärztlichen Atteste verzeichnet werden.

Die durchschnittliche Steigerung bis Mai 2003 von allen Kommissionen betrug 16,09 Prozent. Es sind dabei die regionalen Steigerungsraten zu beachten. Vor allem in der Wohnungskommission V war ein enormer Anstieg zu verzeichnen, was auf die oben erwähnten Familiengründungen zurückzuführen ist. Zur Entgegennahme dieser Anträge bzw. Beschwerden wurden **dezentrale bürger-/innenfreundliche Sprechtage** abgehalten.

Für die 25 Plenarsitzungen waren 25 vorbereitende so genannte „Präsidialsitzungen" zur Festsetzung der Tagesordnung und Vorberatung erforderlich. Die in den Kommissionen behandelten und entschiedenen Fälle dokumentieren noch immer, dass sich viele Wohnwerber/innen von Wiener Wohnen ungerecht behandelt fühlen. Außerdem ist in vielen Fällen zu bemerken, dass eine oft einfache Kommunikation mit dem/der Wohnwerber/in zu einem besseren Verständnis der Vormerkung führt. Diese Kommunikation und der Versuch, Verständnis für die in Wien herrschende Wohnsituation zu gewinnen, wurde seitens der Sekretäre der Wohnungskommissionen erfolgreich durchgeführt.

Die Zahl jener Beschwerden, in welchen sich die Beschwerdeführer/innen auf das Mietermitbestimmungsstatut bezogen, sind als gering zu bezeichnen. Diese Fälle konnten bislang – ohne die Kommissionen zu öffentlichen Sitzungen zusammenzurufen – entweder durch ein persönliches Gespräch des Koordinators mit dem/der Beschwerdeführer/in oder mit der Verwaltung bereinigt werden.

Obige Zahlen zeigen sehr deutlich, dass festgelegte Richtlinien nicht immer ausreichen und somit einer zusätzlichen Beurteilung hinsichtlich menschlicher oder sozialer Aspekte bedürfen, um eine möglichst gerechte Lösung zu finden. Die Komplexität der einzelnen Anträge bzw. Beschwerden ist noch immer besonders ausgeprägt. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die gleichbleibende Zahl jener Fälle, die über die Wohnungskommission versuchen, zu einer Wohnung in der Direktvergabe zu gelangen. Dazu ist zu bemerken, dass noch immer eine große Zahl von Beschwerdeführer/innen versucht, die Kommissionen vor „vollendete Tatsachen" zu stellen

Anzahl der Geschäftsfälle (Stand: 1. Juni)

Wohnungskommission	2002	2003	Steigerung in Prozent
I	572	636	11,19
II	694	802	15,56
III	456	492	7,89
IV	667	773	15,89
V	333	457	37,24
Gesamt	**2.722**	**3.160**	**16,09**

bzw. bei Anrufung der Kommission eine positive Entscheidung lediglich als „Formsache" betrachtet und bei negativen Entscheidungen mitunter sogar aggressiv reagiert.

Bezüglich der Entscheidungsfindung in den Kommissionssitzungen kann gesagt werden, dass neuerlich eine Einstimmigkeit von 99,9 Prozent gegeben war.

Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung (MA 25)

Wichtigste organisatorische Änderung im Berichtsjahr war für die MA 25 die Eingliederung der Gruppe Miet- und Nutzwert von der ehemaligen MA 40 im Mai 2003. Ebenso wurden aus den ehemaligen Magistratsabteilungen 24 und 32 die Prüfagenden für Subventionen und Förderungen an die MA 25 übertragen, wodurch nunmehr die MA 25 im Auftrag der Magistratsabteilungen 5, 7, 12 und 47 Sachverständige „zur Begutachtung von baulichen und haustechnischen Herstellungen, die subventioniert werden" beizustellen hat.

Gruppe Stadterneuerung

Der MA 25 obliegt im Rahmen der geschäftseinteilungsmäßig übertragenen Aufgaben im Bereich **Stadterneuerung** die Erstellung von technisch-wirtschaftlichen Gutachten und Stellungnahmen in Wohn- und Mietrechtsangelegenheiten. Dazu kommen noch jene Begutachtungen, wo Förderungsmittel für die Wohnhaus- und Wohnungssanierung nach dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz 1989 in Anspruch genommen werden.

Technisch-wirtschaftliche Gutachten und Stellungnahmen in Wohn- und Mietrechtsangelegenheiten

Im Bereich der Gruppe Stadterneuerung wurde im Jahr 2003 ein leichter Rückgang an Anträgen zum Mietrecht und an Einreichungen zur Beurteilung von denkmalpflegerischen Mehrkosten im Profan- und Sakralbereich, aber auch an Wohnungsverbesserungsakten festgestellt, der aber teilweise durch neue Aufgabenbereiche ausgeglichen wurde. So wurden Überprüfungen im Zuge von Subventionen durch die MA 5 bzw. MA 7 und sozial-caritativen Organisationen seit Mai 2003 geschäftseinteilungsgemäß der MA 25 zur Prüfung der Preisangemessenheit zugeteilt, ebenso findet die Bearbeitung von Anträgen für Biomasse-Heizungsanlagen in der Gruppe Stadterneuerung statt. Künftig werden Sonderförderungen für Fernwär-

meanschlüsse und Wohnungsaufkategorisierungen in städtischen Wohnhausanlagen ebenfalls in diesem Bereich von der MA 25 abgewickelt. Die Anzahl der Mitarbeiter/innen wurde in entsprechender Form dem Aufgabenbereich angepasst.

Der Aufgabenbereich der beiden **Schlichtungsreferate** in der Gruppe Stadterneuerung umfasst im Wesentlichen:

- Amts-(Bau-)sachverständigentätigkeit für Schlichtungsstellen und Gerichte gemäß Mietrechtsgesetz (MRG), Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) und Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz (WWFSG).
- Feststellung der denkmalpflegerischen Kosten unter Berücksichtigung der Vorgaben des Bundesdenkmalamts, der MA 7 und der MA 19 an und in Gebäuden, Sakralbauten und diversen Anlagen.
- Prüfung der Anträge zur Förderung von Schallschutzmaßnahmen, alternativen Energien, Solaranlagen und diversen Sonderförderungen.
- Prüfung der Preisangemessenheit von Subventionsanträgen im Auftrag der MA 5, MA 7 und sozial-caritativen Organisationen.
- Informations- und Beratungstätigkeit zu Fragen des Wohnens und Sanierens.
- Prüfung der wirtschaftlichen Abbruchreife von denkmalgeschützten Objekten bzw. Gebäuden in Schutzzonen und Assanierungsgebieten.
- Amts-(Bau-)sachverständigentätigkeit im Rahmen der „Kleinen Wohnungsverbesserung".
- Beratungsservice für Wohnungssanierung und Denkmalschutz.

Die MA 25 hat die Preisangemessenheit **denkmalpflegerischer Maßnahmen** bei der Instandsetzung von Gebäuden in Schutzzonen und von Gebäuden, die unter Denkmalpflege stehen, einschließlich der Sakralbauten, zu beurteilen. Diese Gutachten sind Grundlage für die Förderung aus Mitteln des Wiener Altstadterhaltungsfonds.

Schließlich wird von der MA 25 administrativ die gesamte **Solarförderung** der Stadt Wien abgewickelt, beinhaltend die Förderung von thermischen Solar- und Windkraftwerken.

Das **Referat Preisbildung** in der MA 25 untersteht seit dem Jahr 2003 einem neuen Leiter, der mit seinen Mitarbeiter/innen die Baukostenveränderungen auf den neuesten Stand bringt bzw. die Richtpreisgestaltung generell neu überarbeitet.

Zu den Hauptaufgaben zählen:

- Aktualisierung und Fortführung der bestehenden Tabellen und Listen der Baukostenveränderung für Gewerbe und Industrie.
- Beginn einer kompletten Überarbeitung (Neukalkulation und Neugestaltung) des Rahmenrichtpreisverzeichnisses für alle Gewerke.
- Mitwirkung an der Textierung der Leistungsbeschreibung Hochbau (LB-H) in der Arbeitsgruppe des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA).
- Besuch von Fachveranstaltungen und Messen.
- Permanente Wartung des digitalen Facharchivs unter Zuhilfenahme des Internets.
- Digitalfotografische Arbeitsablaufdokumentation mit Arbeitszeitrahmenerfassung.

Daneben wird das **digitale Fotoarchiv** der MA 25 zum Zweck von Zustandsfeststellungen und Beweissicherungen baulicher Art weiter gewartet und ausgebaut. Dies dient vor allem der Zustandsfeststellung von Objekten als unterstützende Hilfe bei der Aktenbearbeitung.

Gruppe Neubau

In der **Wohnbauförderung** ist es Aufgabe der Aufsichtsorgane der MA 25, die Förderungswürdigkeit der Projekte zu prüfen und für die Wiener Landesregierung bei der Errichtung von Wohnhäusern, Wohnungen (z. B. Dachgeschoßausbauten) und Heimen tätig zu werden. Die begleitende technische und wirtschaftliche Prüfung der Bauvorhaben als Voraussetzung für die Freigabe der Finanzierungsmittel sowie die Kontrolle und Überwachung der Einhaltung der Wettbewerbserfordernisse bei der Errichtung jener Objekte, die über Entscheidung der Bauträger-Wettbewerbe bzw. des Grundstücksbeirats der Förderung zugeführt wurden, ist Aufgabe der Aufsichtsorgane.

Zu den Serviceleistungen der MA 25 im **Neubaubereich** zählen:

- Stellungnahmen zu Anfragen betreffend den baulichen Wärmeschutz.
- Individuelle Energieberatung, insbesondere Unterstützung bei der Planung und energetischen Bewertung von Gebäuden und Gebäudeteilen.
- Bestandsaufnahme (Fotodokumentation), Prüfung der Förderungswürdigkeit hinsichtlich des bauphysikalischen Nachweises und Zuordnung der Höhe der Förderungsmittel bei der THermisch Energetischen WOhnhausSANierung (THEWOSAN) und ÖKO-Förderung.
- Weiterentwicklung des EDV-Programms zur Berechnung von Energiekennzahlen in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzprogramm der Stadt Wien (KliP Wien).
- Ausarbeitung der Förderrichtlinien über erhöhte Wärmeschutzanforderungen für den klein- und großvolumigen Wohnungsneubau in Abstimmung mit den letztgültigen Normen und EU-Richtlinien sowie Ausarbeitung der Richtlinie für den Standard Niedrigenergie- bzw. Passivhaus.

Mitarbeiter/innen der Gruppe Neubau wirkten weiters mit bei:

- KliP Wien und beim Projekt „Umweltmanagement Amtshaus-Team" (PUMA-Team).
- Fachnormenausschuss (FNA) 175 (Hauptausschuss „Wärmeschutz von Gebäuden und Bauteilen" und Arbeitsgruppe „Anforderungen an den Wärmeschutz").
- Sachverständigenbeirat Energieausweis im Österreichischen Institut für Bautechnik (OIB).
- ÖkoKauf Wien-Projekt für umweltgerechte Ausschreibungen der Stadt Wien.
- Richtlinien für umweltfreundliche Baustellen-

abwicklung (RUMBA) – EU-Projekt.
- Dienststellengesprächen als Vorbereitung für den Grundstücksbeirat.

Im Berichtsjahr 2003 wurden von insgesamt 541 Neubauprojekten und von 241 Anträgen im Zuge von Auswechslungs- oder Bestandsplänen die förderbare Nutzfläche berechnet. Für 2.985 Wohneinheiten mit einem Bauvolumen von rund 337 Mio. EUR wurden Prüfberichte vor Zusicherung und für 2.705 Wohneinheiten und 710 Heimeinheiten Endprüfberichte erstellt. Zusätzlich wurden 23 Anträge für ÖKO-Förderungen, zehn Anträge für Wärmepumpen und 15 Anträge im Rahmen der THEWOSAN-Förderung bearbeitet.

Referat Ersatzvornahme/Notstandspolizeiliche Maßnahmen

Eine wichtige Tätigkeit der MA 25 betrifft die Durchführung von notstandspolizeilichen Maßnahmen bei Gefahr im Verzug sowie das gesamte Ersatzvornahmeverfahren in erster Instanz zur Vollstreckung nicht erfüllter Aufträge der jeweils zuständigen Magistratsabteilungen. Die Hauptaufgaben des Referats können wie folgt kurz dargestellt werden:

Notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß Bauordnung für Wien:

Nach Aktenvermerk der zuständigen Magistratsdienststelle wird der festgestellte, Gefahr drohende Zustand mit dem gelindest zum Ziel führenden Mittel unter Einbeziehung von konzessionierten Professionist/innen beseitigt.

Ersatzvornahmen nach dem Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz (VVG):

Die vom Verpflichteten nicht erfüllten Bescheide (Aufträge) werden nach einem normierten, abgestuften Verfahren bearbeitet und in letzter Konsequenz an Stelle des Säumigen und auf dessen Kosten unter Einbeziehung von konzessionierten Professionist/innen durch das Referat erfüllt.

Sachverständigentätigkeit:

Im Sinne der Bauordnung für Wien erfolgt die Mitwirkung bei Begehungen, werden Stellungnahmen, Kostenschätzungen, Kostenüberprüfungen, Erläuterungen und Sachverhaltsdarstellungen für Berufungen bzw. Beschwerden (2. und 3. Verfahrensinstanz, Volksanwaltschaft, UVS etc.) erstellt.

Die im Jahr 2001 begonnene Aufarbeitung der von der MA 64 übernommenen sowie aller seither neu der MA 25 übertragenen Akte, die daraus abgeleitete Aufstockung des Personals und dessen Schulung sowie die Systematisierung der Arbeitsabläufe wurden fortgesetzt und sollen 2004 beendet werden. In gleicher Weise wurde die materielle Aufrüstung (PC, Foto, Fax, Drucker, Handy, Sicherheitsausstattung) fortgesetzt und sollen ebenfalls 2004 weitgehend abgeschlossen werden.



Die MA 25 trägt durch ihre Prüftätigkeit maßgeblich zur Schaffung von neuem, sozial leistbarem Wohnraum bei. Hier als Beispiel ein Objekt in 21., Fultonstraße.

Für die MA 48 und die MA 68 wurden für deren notstandspolizeiliche Maßnahmen 310 Kostenersatzbescheide in erster Instanz mit einem Gesamtbetrag von 0,20 Mio. EUR erlassen und betrieben. Seit Jänner 2001 wurden im Zuge des Ersatzvornahmeverfahrens erster Instanz 1.022 Androhungen, Kostenbescheide, Vollstreckungsverfügungen, Einstellungsbescheide, Grundbuchsangelegenheiten erlassen bzw. gefertigt, wobei 260 Verfahren enderledigt wurden. Gemäß § 54 BO für Wien wurden 14 Gehsteigsverpflichtunganfragen der MA 37 mit einer Prüfsumme vom 1,40 Mio.EUR erledigt. Es wurden sieben Wirtschaftlichkeitsabschätzungen für Abbrüche bzw. Bauaufträge in Schutzzonen mit einer Prüfsumme vom 4,70 Mio. EUR erledigt.

Gruppe Miet- und Nutzwertberechnung

Im Zuge der Auflösung der MA 40 mit Mai 2003 wurde die Gruppe für Miet- und Nutzwertberechnung der MA 25 zugeteilt. Die räumliche Übersiedlung von der Lerchenfelder Straße 4 in die Muthgasse 62 fand im November 2003 statt.

Die Tätigkeiten der Gruppe für Miet- und Nutzwertberechnungen lagen wie in den Jahren zuvor in der Erstellung von miet- und eigentumsrechtlichen Stellungnahmen, die im Wesentlichen durch die Magistratsabteilungen 16, 34, 50 und durch Wiener Wohnen in Auftrag gegeben wurden. In diesem Bereich konnte eine Steigerung der Aktenerledigung von ca. 1.900 auf ca. 2.100 mit gleich bleibendem Personalstand erreicht werden, wobei die Mietzinseinschätzungen aller Amtshäuser der Stadt Wien besonders hervorzuheben sind. Dies wurde notwendig, um allen Dienststellen eine Grundlage für die Berechnung der kalkulatorischen Miete der von ihnen genutzten Räume im Zuge der Kontrakterstellung zur Verfügung stellen zu können.

Ebenfalls zu beachten ist die laufende Beauftragung der Mietzinsgruppe mit der Erstellung von kostenpflichtigen Hauptmietzinsgutachten durch Wiener Wohnen, was das attraktive Preis/Leistungsverhältnis und somit die Konkurrenzfähigkeit der amtlichen Sachverständigen gegenüber privaten Sachverständigen deutlich zeigt. Insgesamt wurden im Jahr 2003 Gutachten im Wert von 90.000 EUR von Wiener Wohnen beauftragt und verrechnet.

Das **Referat Nutzflächenvermessung** konnte im Jahr 2003 ca. 750.000 m^2 an Nutzflächen vermessen. Dies entspricht ungefähr der Vermessungsleistung des Vorjahres. Mit Jahresende konnte der MA 34 die Vermessung aller für die Kostenverrechnung (z. B. Verrechnung der Energiekosten) wesentlichen Amtshäuser vermeldet werden. Die Gesamtdauer dieser Grundlagenerhebung (Vermessung und Aktualisierung der Grundrisspläne) lag bei ca. 3,5 Jahren. Diese Vermessungen beinhalten sowohl die Nutzfläche nach § 17 MRG als auch die Reinigungsflächen sowie die Ausstattung der Räume mit Heizkörpern, Sanitäreinrichtungen u. v. m.

Im 4. Quartal 2003 wurde die Gruppe für Miet- und Nutzwertberechnung mit der vermessungstechnischen Aufnahme aller Schulen, die in der Verwaltung der MA 56 stehen, beauftragt, um auch in diesem Bereich entsprechende Grundlagendaten für die Schulobjektverwaltung generieren zu können.

Das Internet-Informationsangebot für die Bürger/innen wurde entsprechend der gesetzlichen Änderungen in den Bereichen Nutzwertberechnung und Richtwertermittlung aktualisiert. Vor allem die Abfragemöglichkeit für Lagezuschläge (als wesentliches Bewertungskriterium bei der Mietzinsbildung für Wohnungen) wurde sehr gut angenommen, was sich in der Zugriffsstatistik dieser Internetseite deutlich niederschlägt.

Die Umstellung der mittlerweile veralteten Software zur Erstellung von Mietzinsgutachten (Richtwertzins und angemessener Mietzins nach den Bestimmungen des MRG) auf zeitgemäße Programme konnte mit Jahresende erfolgreich vollzogen werden.

Für das Jahr 2004 ist der zweite Teil der Software-Neuprogrammierung geplant. Dies betrifft die Programme zur Erstellung von Nutzwert- und Nutzflächengutachten und wird von der MA 14 durchgeführt werden.

Gruppe Gebietsbetreuungen

Die MA 25 ist auch als Auftraggeberin der **Wiener Gebietsbetreuungen** tätig, wobei anzumerken ist, dass eine Gebietsbetreuung, nämlich jene im Karmeliterviertel (2. Bezirk) durch Mitarbeiter/innen Abteilung selbst geführt wird.

Grundsätzlich stellen die Gebietsbetreuungen als bezirksbezogene Serviceeinrichtungen ein umfassendes Informations- und Beratungsangebot zu Fragen des Wohnens, des Wohnumfeldes, der Infrastruktur, der Stadterneuerung, des Gemeinwesens und des Zusammenlebens in den Betreuungsgebieten zur Verfügung, wobei eine dieser Servicestellen als mobile Gebietsbetreuung auf die Betreuung von Problemhäusern im gesamten Stadtgebiet spezialisiert ist. Diese klassische Serviceleistung der sanften Stadterneuerung wurde im Berichtsjahr auf die Bezirke 4 und 9 ausgeweitet. Weiters wurde erstmals im Jahr 2003 für alle Bezirke Wiens ein spezielles **„Vor-Ort-Service"** der Gebietsbetreuungen zur Bereinigung von Nachbarschaftskonflikten für städtische Wohnhausanlagen angeboten.

Hervorzuheben ist, dass in allen Gebietsbetreuungen bei individuellen Problemen auch eine persönliche Beratung zur Verbesserung der Wohnsituation und Wohnumgebung angeboten wird, sowie Wege zur Selbsthilfe aufgezeigt und bei der Beilegung von Interessenskonflikten unterstützend mitgewirkt wird.

Die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte der Gebietsbetreuungen werden in einzelnen **Jahresberichten**, die nur für einen ausgesuchten Kreis an Interessierten bestimmt sind, beschrieben. Diese Jahresberichte wurden hinsichtlich ihrem inhaltlichen Aufbau und ihrem Erscheinungsbild erstmals vereinheitlicht. Zusätzlich wurden zusammenfassende Broschüren mit dem Titel **„Wiener Gebietsbetreuungen – Highligths aus den Jahresberichten 2002"** zur allgemeinen Information beauftragt. Diese jährlichen Kurzfassungen sollen in Zukunft standardmäßig eingeführt werden und sind als Ergänzung zur Homepage (http://www.gebietsbetreuungen.wien.at) ein weiterer Beitrag zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit.

Erwähnenswert für das Berichtsjahr ist auch, dass ein mit EU-Mitteln gefördertes Grätzelmanagement für Teile des 2. Bezirks (Volkert- und Alliiertenviertel) und des 20. Bezirks (Viertel um den Wallensteinplatz) unter aktiver Mitwirkung der Gebietsbetreuungen und unter Einbindung der MA 25 und dem Wissenschafts-Zentrum Wien als Projektpartner des Projektträgers Wiener Wirtschaftsförderungsfonds weitergeführt wurde (http://www.graetzelmanagement.at). Eine Evaluierung dieses Pilotprojekts wurde durchgeführt und eine Weiterführung beschlossen.

Zur Sicherstellung der erweiterten Serviceleistungen der Gebietsbetreuungen musste im 9. Bezirk ein neues Lokal angemietet und mit Unterstützung der MA 34 entsprechend adaptiert werden. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auch auf eine barrierefreie Zugänglichkeit gelegt.

Zur Präsentation der Gebietsbetreuungsaktivitäten wurde von der MA 25 eine Subdomain mit dem Namen www.gebietsbetreuungen.wien.at angemietet. Die Gebietsbetreuungen werden in Zukunft hier die Möglichkeit haben, grätzelbezogene Informationen mit Genehmigung der MA 25 ins Internet zu stellen.

Informationsservice der MA 25

Die Tätigkeiten der MA 25 sind auch im Internet unter http://www.wien.gv.at/ma25/ dokumentiert. Neben allgemeinen Beschreibungen und Informationsbeiträgen der MA 25 werden auch ein spezielles Berechnungsprogramm für den Heizwärmebedarf, ein Pauschalierungssystem der „Kleinen Wohnungsverbesserung" für die überschlagsmäßige Errechnung der förderbaren Kosten, Informationen zur Solarförderung, Informationen zu Baukostenveränderungen und Indexwerten sowie Berechnungsprogramme für verschiedene Arbeitskategorien und Informationen betreffend der Förderung von klimafreundlichen Energieträgern angeboten.

Interne Aufgabenbereiche

EDV, IKT und Telekommunikation

Im Zuge der Zusammenlegung mit Teilen der ehemaligen MA 40 wurde die EDV-Ausstattung weiter optimiert (z. B. wurde ein Plotter für die gesamte Abteilung angeschafft). Um eine transparentere Darstellung der angemessenen Miet-, Richt- und Nutzwerte für die Kund/innen zu ermöglichen, wurde mit dem Abschluss des ersten Programmteils von TEGA RWS/AMZ ein wesentlicher Schritt vollzogen. Weiters wurde in hausinternen Schulungen den Mitarbeiter/innen der MA 25 auf ihre Arbeitsbereiche abgestimmte EDV-, sicherheits- und fachspezifische Kurse angeboten.

Kanzlei und Sekretariat

Im Kanzlei- und Sekretariatsbereich, der als Supportstelle vor allem administrativ tätig ist, sind im Berichtsjahr 2003 keine grundlegenden Änderungen durchgeführt worden. Die Vorbereitungen für die Einführung des „elektronischen Akts" (ELAK) wurden fortgesetzt, um für den beabsichtigten Datenaustausch mit der Baupolizei und der Schlichtungsstelle vorbereitet zu sein.

Budget und Personal

Im Sinne des Kontrakts wurden für einzelne Produkte und Leistungen der Abteilung bei der Haushaltsstelle 0313 Erfordernis der Stadterneuerung (MA 25 – BA 5) für das Verrechnungsjahr 2004 teilweise neue Ansätze geschaffen (wie z. B. Amtsausstattung, Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, Druckwerke, Instandhaltung von Gebäuden und sonstigen Anlagen, Versicherungen), wodurch eine bessere Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Ausgaben gewährleistet ist.

Innerhalb der Abteilung wurde das im Kalenderjahr 2002 eingeführte System der zeitmäßigen Leistungserfassung weiter verfeinert, das eine genauere Zuordnung der Ressourcen zu Produkten und Leistungen ermöglicht.

Im Berichtsjahr 2003 wurden die Mitarbeiter/innen der Abteilung im Rahmen von Vorträgen vor allem über Belange des **Bedienstetenschutzes**



Die Skaterbahn der Wohnhausanlage „Am Schöpfwerk" ist ein Beispiel für die erfolgreiche Arbeit der Gebietsbetreuung: Hier konnte ein Konsens zwischen den Bedürfnissen der Jugendlichen und jenen der erwachsenen Bewohner/innen hergestellt werden.

(z. B. im Verhalten auf der Baustelle, Sicherheits- und Schutzbekleidung) sowie über das Mitarbeiter/innen-Orientierungsgespräch, Verhalten im Brandfall und IKT-Sicherheit informiert. Spezielle Schulungen von Mitarbeiter/innen erfolgten für ausgewählte Kapitel der Bauordnung, Bauphysik und Solarthermie.

Bau- und Gebäudemanagement (MA 34)

Aufgaben und Schwerpunkte

Mit 1. Mai 2003 wurden die bisherigen Magistratsabteilungen 23 (Amtshäuser, Nutzbauten, Nachrichtentechnik), 24 (Hochbau) und 32 (Haustechnik) sowie das Dezernat für Amtsraumlenkung der MD-VO zur neuen MA 34 (Bau- und Gebäudemanagement) zusammengeführt. In der MA 34 wird einer der umfangreichsten Reformprozesse der letzten Jahre im Bereich der Gebäudebewirtschaftung bei der Stadt Wien umgesetzt. Für etwa 1.500 Objekte der Stadt Wien wird seit Mai 2003 ein maßgeschneidertes Bau- und Gebäudemanagement entwickelt. Die MA 34 betreut jedes Gebäude (Objekt) über seinen ganzen Lebenszyklus hinweg, kümmert sich um die Ausstattung der Räume, die technische Infrastruktur, die Reinigungs- und Reparaturdienste bis hin zum Umzugsmanagement für die betreuten Dienststellen der Stadt Wien.

Mit Ausnahme der Magistratsabteilungen 30, 31, 44, 48, 49, 51, 70, dem KAV und Wiener Wohnen werden sämtliche Dienststellen der Stadt Wien von der MA 34 betreut. Die MA 34 betreut folgende Objekte der Stadt Wien: Das Rathaus und weitere 400 Amtshäuser und Büros, 350 Kindertagesheime, 342 Schulen, 46 Friedhöfe, 27 Feuerwachen, 13 Kapellen, 7 Kirchen sowie einige Museen und diverse Kleinobjekte.

Die Arbeiten im Jahr 2003 waren durch den Prozess der Zusammenlegung geprägt, wobei auch noch Arbeiten für jene Dienststellen der Stadt Wien geleistet wurden, die mit Jahresende nicht mehr zum Kund/innenkreis der MA 34 zählen. Auf das laufende Geschäft für die oben genannten Objekte der Stadt Wien wird nicht eingegangen, es wird aber beispielhaft für die Tätigkeit der MA 34 auf die Fertigstellung von folgenden öffentlichkeitswirksamen Projekten hingewiesen:

- 1., Uraniastraße: Sanierung der Wiener Urania (Volksbildungshaus),
- 7., Neubaugürtel: Neubau der städtischen Hauptbücherei,
- 22., Tunnel Kaisermühlen: Einbau der Geschwindigkeitsüberwachung „Section Control".

Magistratsintern wurde für die Kund/innen der MA 34 der Servicebereich verbessert. Die **Servicenummer 4000-34000** wurde eingeführt. Unter dieser zentralen Rufnummer können Störungen und Gebrechen in von der MA 34 betreuten Objekten täglich rund um die Uhr gemeldet werden.

Zielsetzungen und Struktur der MA 34

Das Bau- und Gebäudemanagement bedient sich des Ansatzes eines **„Facilitymanagements"** und entspricht somit der heute bei einer Gebäudebewirtschaftung üblichen Form. Das ist ein ganzheitlicher, strategischer Ansatz, um Gebäude, ihre Anlagen und Einrichtungen, betrachtet über den gesamten Lebenszyklus, kontinuierlich und in entsprechender Qualität bereitzustellen, funktionsfähig zu halten und an die wechselnden organisatorischen Bedürfnisse der Benützer/innen anzupassen.

In diesem Sinn werden von der MA 34 entsprechende Produkte entwickelt und folgende Ziele angestrebt:

- Servicequalität verbessern,
- Nutzungsqualität anheben,
- Bewirtschaftungskosten senken,
- Gebäudewerte sichern,
- Kund/innenorientierung verbessern,
- Kostenbewusstsein der Nutzer/innen steigern.

Die MA 34 wird als Matrixorganisation mit Schwerpunkten Objektmanagement, Fachbereiche, zentrale Dienste und Controlling entwickelt. Die Steuerung der MA 34 wird über interne Zielvereinbarungen gestaltet.

Objektmanagement

Kern der Neuorganisation ist die Einführung eines Objektmanagements. Das Objektmanagement besteht aus einer Anzahl von Objektmanager/innen (OM), die für ein oder mehrere Objekte verantwortlich sind, um die ganzheitliche Betrachtung und Abstimmung aller zu erbringenden Dienstleistungen sicherzustellen.

- OM ist zentrale Ansprechperson und erste Ansprechstelle für die Kund/innen bei allen die Gebäudebewirtschaftung betreffenden Themen.
- OM erarbeitet Vereinbarungen mit Kund/innen und Fachbereichen der MA 34 und ist für die Einhaltung und Umsetzung dieser vereinbarten Ziele verantwortlich.
- OM nimmt die Hausherrenpflichten der MA 34 wahr, koordiniert die Aufgaben zur Bewirtschaftung der Büroflächen und ist für möglichst niedrige Bewirtschaftungskosten und Einhaltung der Budgets verantwortlich.

Fachbereiche

Fachbereich Betrieb und technisches Service

Die wichtigsten Aufgaben dieses im Rahmen der Neuorganisation der MA 34 völlig neu strukturierten Bereichs werden wie folgend skizziert:

- Management der laufenden Instandhaltung, Wartung, Störungsbehebung sowie Reparaturen.
- Sicherheitstechnische Überprüfungen im Bereich Haustechnik zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit von Personen und Gebäuden.
- Bauliche Sicherheitsüberprüfungen und Erfassung der Bauwerkszustände als Grundlage der durchzuführenden Instandhaltungsmaßnahmen.
- Betriebsführung der gesamten Haustechnik durch Ausbau einer zentralen Leitstelle.
- Operative handwerkliche Durchführung von Störungsbehebung, Wartung und Service mit Eigenpersonal.

Fachbereich Energiemanagement

Hier werden die entsprechenden theoretischen wie auch operativen Schwerpunkte zum Thema Energiemanagement gesetzt:

- **Energiecontrolling** beinhaltet den Aufbau einer Energiebuchhaltung mit Hilfe von Objektdatenbanken sowie die Erstellung von spezifischen Kennzahlen und deren Interpretation.
- **Energiekonzepte** umfassen die Erstellung von energetischen Sanierungsvorschlägen, die Ausarbeitung von Energiesparprojekten und die Darstellung von Anwendungen für den Einsatz erneuerbarer Energien.
- **Contracting** ermöglicht Energiesparprojekte sowohl für stadteigene als auch für nationale und internationale Objekte (Stadttechnologietransfer) in Form von speziellen Finanzierungs- und Umsetzungsformen.

Fachbereich Infrastrukturdienste

Hier sind die Infrastrukturdienste für Objekte der Stadt Wien angesiedelt. Neben den kaufmännischen und technischen Belangen wird so ein weiterer wichtiger Bereich der Gebäudebewirtschaftung wahrgenommen:

- **Gebäudereinigung** ist die möglichst vollständige Schmutzentfernung ohne Schaden für die Umwelt und ohne Beeinträchtigung bzw. Beschädigung der gereinigten Flächen städtisch genutzter Gebäude unter Berücksichtigung definierter Standards.
- **Zentrale Hausdienste** umfassen die Beaufsichtigung der Amtsgebäude, Organisation und

Durchführung von hausinternen Umsiedelungen, Transportarbeiten, Schneedienste und Ähnliches.

- **Portier- und Hauswartdienste** umfassen die Auskunftserteilung, die Überwachung des Eingangsbereichs sowie Schließ- und Kontrollgänge nach Dienstschluss sowie andere Überwachungsaufgaben. Die Hauswartdienste sind zusätzlich mit bestimmten Reinigungsaufgaben befasst.
- **Postdienst** ist die zentrale Annahme, Beförderung und Verteilung der gesamten magistratsinternen Post sowie Überprüfung der Sicherheit eingelangter Poststücke.
- **Veranstaltungsdienst** beinhaltet technische und infrastrukturelle Dienstleistungen im Rahmen von Veranstaltungen in Objekten der Stadt Wien, wie die Bereitstellung der gesamten Tontechnik, Garderoben-, Reinigungs- und Transportdienste und Ähnliches.
- **Technischer Dienst** umfasst die technische Betreuung des Rathauses und der Amtshäuser im 1. und 8. Bezirk von der Störungsbehebung bis zur Generalsanierung.

Fachbereich Planung, Technik, Öffentlichkeitsarbeit

Hier werden Wettbewerbe zur Architektenermittlung und Gutachterverfahren bei Errichtung von Neubauten, Zubauten und Generalsanierungen in Abstimmung mit der MA 19 durchgeführt. Weitere Tätigkeitsfelder sind spezielle Planungs- und Beschaffungsaufgaben für Gebäudeeinrichtungen wie Küchen, Physiksaaleinrichtungen und fixe Möbelverbauten sowie die Planung, Errichtung und Wartung von Sirenenanlagen nach dem Katastrophenschutzplan in Abstimmung mit der MD-KS. Auch die Öffentlichkeitsarbeit für die gesamte Abteilung im Sinne der integrativen Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wien gehört zu den Aufgaben dieses Fachbereichs.

Fachbereich Projektmanagement – Neubau und Generalsanierung

Hier werden die technische und wirtschaftliche Vorbereitung und Abwicklung von größeren Bauvorhaben in den Bereichen Neubau, Zubau und Generalsanierung bearbeitet und nach den **Methoden des Projektmanagements** durchgeführt, in dem folgende Leistungen umfasst sind, die auch einzeln angeboten werden:

- Projektentwicklung (Aufbereitung einer Projektidee für den Bauherrn),
- Projektvorbereitung (Aufbereitung eines Projekts in Form einer Machbarkeitsstudie, Befunderhebung sowie Klärung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für den Bauherrn),
- Projektplanung (Planung eines Projekts durch befugte Planer/innen in Form eines Vorentwurfs, Entwurfs, einer Ausführungsplanung sowie der Detailplanung),
- Bauausführung (komplette Bauabwicklung in Form der technischen und geschäftlichen Oberleitung wie Erstellung der notwendigen Ausschreibungen, Vergabe der Leistungen und Abrechnung),
- Örtliche Bauaufsicht (wie Überwachung der Herstellung hinsichtlich Termine, Kosten und Qualität des Bauvorhabens),
- Bauausleitung (Durchführung von Übernahmen, Betreuung während der Haftzeit, Durchführung der Schlussfeststellungen).

Fachbereich Projektmanagement – Sanierung und Adaptierung

In diesem Fachbereich wird der Großteil der **baulichen und haustechnischen Maßnahmen**, die beim Bau- und Gebäudemanagement und bei den übrigen von der MA 34 betreuten Dienststellen budgetiert werden, umgesetzt. Die einzelnen Bauprojektgruppen des Fachbereichs sind für Schulen, Kindertagesheime und Amtshäuser der einzelnen Bezirke und für die Bereiche der jeweiligen weiteren Kund/innen der MA 34 bezirksübergreifend für ganz Wien tätig.

Es wird die technische und wirtschaftliche Vorbereitung und Abwicklung von Bauvorhaben in den Bereichen der **Sanierung und Adaptierung** bearbeitet. Die erforderliche Planung, Steuerung und Kontrolle wird ebenfalls nach den Methoden des Projektmanagements abgewickelt.

Fachbereich Verwaltung

Hier werden die Agenden der ordentlichen und kaufmännischen Verwaltung der städtischen Amtshäuser, von Häusern die verschiedenen Zwecken dienen, von Geschäftslokalen und Vitrinen in Passagen und U-Bahn-Verkehrsbauwerken, sowie von Kirchen, Pfarrhöfen und Kapellen (einschließlich der Patronate der Stadt Wien) erledigt.

Ein wesentlicher Bestandteil der mit der Konzernleitung akkordierten betriebswirtschaftlichen Konzeption der MA 34 zur Modernisierung der Gebäudebewirtschaftung der Stadt Wien ist die Darstellung von fremdvergleichsfähigen Kosten für die von den Dienststellen in Anspruch genommenen Räumlichkeiten (Mieter-Vermieter-Modell). Im Bereich der Flächenbewirtschaftung erfolgt somit ein Wandel von einer zentralen Zuweisung von Amtsräumlichkeiten zu einer dezentralen Ressourcenverantwortung, welche die Dienststellen für die von ihnen genutzten Räumlichkeiten wahrnehmen.

Heizungsmuseum Wien

Eine Besonderheit stellt das im Aufgabenbereich der MA 34 befindliche Heizungsmuseum dar. Es wurde 1985 von Mitarbeiter/innen der ehemaligen MA 32 gegründet und wird jetzt von der MA 34 betreut. Es ist das einzige Heizungsmuseum Europas und befindet sich in der Zentralberufsschule in 12., Längenfeldgasse 13-15. Das Museum stellt zur Zeit in zehn Räumen mit zusammen mehr als 2.000 m^2 Fläche ca. 500 Exponate zur Schau und bietet einen sehr guten Überblick über die Entwicklung der Heizungstechnik und über Gestaltungsformen der Heizungsanlagen (vom Einzelofen bis zum Großkessel) vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Zusätzlich können

drei mit Originalzubehör ausgestattete Klassenzimmer im Rahmen des Wiener Schulmuseums besichtigt werden.

Baupolizei (MA 37)

Die Haupttätigkeitsbereiche der MA 37 waren, wie in den vergangenen Jahren, das Bearbeiten von Baubewilligungsansuchen, die Überwachung von Bauführungen, die Bearbeitung von Fertigstellungsanzeigen, die Erteilung von Bauaufträgen sowie die Mitwirkung in verschiedenen Fachgremien.

Organisatorisch geprägt war das Jahr 2003 durch die **Installierung der dritten regionalisierten Gebietsgruppe**, nämlich der **Gebietsgruppe Süd** (zuständig für die Bezirke 3, 4, 5, 6, 7, 10, 11 und 23) in 10., Favoritenstraße 211, im Juni 2003. Durch die Schaffung dieser modernen, kund/innenorientierten, regionalisierten Gebietsgruppen können personelle Engpässe besser überbrückt und interne Verfahrensabläufe beschleunigt werden, was zu einem besseren Gesamtergebnis der Abteilung führt.

In der gesamten Abteilung betrug die Anzahl der eingelangten Dienststücke 108.656. Dem stehen 111.365 erledigte Akte gegenüber. Im **Vermessungsdezernat** der MA 37 sind im Jahr 2003 insgesamt 8.289 Dienststücke eingelaufen und 8.367 ausgelaufen. Vom wichtigsten Produkt, der Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen, wurden 4.443 Anträge bearbeitet.

Das **Gehsteigreferat** hat seine Tätigkeit durch Erteilen von Aufträgen, Mahnungen und Fristerstreckungen zur Herstellung vorschriftsmäßiger Gehsteige weitergeführt.



DI Herbert Wimmer (Gebietsgruppenleiter) und DI Herbert Richter (Leiter der Baupolizei) konnten Stadtrat Werner Faymann in der neu errichteten Gebietsgruppe Süd begrüßen.

Das **Sonderreferat** hat zwecks baubehördlicher Sanierung in 54 Kleingarten- und Gartensiedlungsanlagen ca. 1.700 Objekte überprüft und die Eigentümer/innen nicht bewilligter Baulichkeiten (insgesamt ca. 270) aufgefordert, um nachträgliche Bewilligung anzusuchen. In 53 Fällen mussten nach erfolglosem Ablauf von Fristen Abtragungsaufträge erteilt werden. Weiters wurden vom Sonderreferat zentral für den gesamten Wiener Raum Plakatwände und sonstige Werbe- und Ankündigungsbauwerke aus baubehördlicher Sicht geprüft.

In den **vier Gebietsgruppen** wurden im abgelaufenen Jahr unter anderem insgesamt ca. 11.000 Baubewilligungen verschiedenster Art und Größenordnung, vom Hochhaus über Betriebsgebäude bis zur Wohnungszusammenlegung, erteilt. Unter anderem wurden mehr als 1.000 Bauvorhaben behandelt, bei denen neue Wohnungen geschaffen wurden. Weiters wurden ca. 1.400 Bauaufträge (Instandsetzungs- und Abtragungsaufträge) erteilt, über 800 Orientierungsnummern bekannt gegeben und fast 8.000 Beschwerden und Anzeigen behandelt.

Von der **Gruppe BB** (Dezernat für Bauvorhaben besonderer Art) wurden im Jahr 2003 neben einigen größeren Wohnbauvorhaben auch eine Reihe von Garagenprojekten bewilligt, so z. B. Tiefgaragen in 16., Ludo Hartmann-Platz, in 3., Schnirchgasse und in 1., Weihburggasse. Weitere hervorzuhebende Bauvorhaben, die baubehördlich bewilligt wurden, sind die Erweiterung der Wiener Stadthalle um eine Veranstaltungshalle für etwa 2.500 Personen, zwei Kirchenneubauten und die Hochhäuser in 10., Absbergbrücke („Monte-Laa").

Die Schwerpunkttätigkeit der **Gruppe A** (Dezernat für Aufzüge, Ölfeuerungsanlagen und Tankstellen) lag weiterhin bei der Handhabung des Wiener Aufzugsgesetzes, nämlich der Durchführung von über 2.100 baubehördlichen Bewilligungen im Jahr 2003 für Aufzüge, Fahrtreppen, Hebezeuge, Fassadenbefahranlagen, Krane etc. Die Anzahl der Baubewilligungen für die Errichtung bzw. die wesentliche Änderung von Aufzügen nahm um ca. 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu, was unter anderem auf die zunehmenden Abtragungen bestehender älterer Aufzüge und den Ersatz durch neue Anlagen mit den heute erforderlichen Sicherheitseinrichtungen zurückzuführen ist. Auch die Anzahl der Kenntnisnahmen unwesentlicher Änderungen von Aufzügen nahm deutlich zu, nämlich um mehr als 45 Prozent. Daraus lässt sich erkennen, dass zur Verbesserung der Sicherheit vermehrt bestehende Aufzüge mit Fahrkorbtüren sowie Fernnotrufsystemen ausgestattet werden.

Ein weiteres Hauptaufgabengebiet der Gruppe A stellen die baubehördlichen Bewilligungen von öffentlichen Tankstellen und Betriebstankstellen dar. Die Anzahl der erteilten Baubewilligungen lag 2003 im langjährigen Durchschnitt, ebenso wie die Baubewilligungen für Netzersatzanlagen, Dieselöllagerungen und Flüssiggasanlagen.

Die Anzahl der Baubewilligungen von neuen Ölfeuerungsanlagen in Wien ist weiter rückläufig. In diesem Zusammenhang wurde im vergangenen Jahr wieder verstärkt die Stilllegung bzw. Abtragung bestehender Ölfeuerungsanlagen überwacht, indem zahlreiche Aufträge zur Beseitigung konsenslos gewordener Ölfüllstellen und Ölfüllleitungen, vorrangig auf öffentlichem Grund, sowie Aufträge zur Entfernung nicht mehr benötigter Öllagerbehälter erteilt wurden. Die dabei in manchen Fällen erkannten Bodenkontaminationen durch Ölaustritte auf Grund von Korrosionsschäden an Füllleitungen oder Öllagerbehältern und die nachfolgende Entsorgung des kontaminierten Erdreichs bilden einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des Umweltschutzzieles der Reinhaltung von Boden und Gewässer.

Ein Vertreter der Gruppe A nahm an den **Expertenkonferenzen** der technischen Amtssachverständigen der Bundesländer für die Fachgebiete Seilbahnen und Aufzüge teil und vertrat die Stadt Wien in den Fachnormenausschüssen für Aufzüge, Fahrtreppen und für Krane des Österreichischen Normungsinstitutes (ON).

Die Haupttätigkeit der **Gruppe U** (Dezernat für baubehördliche Angelegenheiten bei U-Bahn- und Eisenbahnanlagen) lag in ihrer Zuständigkeit als Amtssachverständige für eisenbahnrechtliche Verfahren für die U-Bahnlinien und Strecken der ÖBB im Raum Wien. Mit folgenden U-Bahn-Projekten war die Gruppe befasst:

- U1: Baubewilligungen (Änderungen) für diverse Stationen, Betriebsbewilligung Umbau Praterstern.
- U2: Baubewilligung für die Verlängerung der U2 vom Schottenring bis Aspern, Enteignungsbewilligungen für die Stationen Schottenring und Taborstraße, Betriebsbewilligung für die Umbauten der Stationen Museumsquartier, Volkstheater, Rathaus sowie die Wendeanlage Karlsplatz, Umbau und Stilllegung der Station Lerchenfelder Straße.
- U3: Betriebsbewilligung Bahnhof Erdberg Halle 3 und Leitstelle, Baubewilligung Betriebsgebäude Bahnhof Erdberg, Geschäftseinbauten in diversen Stationen.
- U4: Bau- und Betriebsbewilligung Tunneleindeckung Stadtpark bis Landstraße sowie Umbau der Station Meidlinger Hauptstraße.
- U6: Bau- und Betriebsbewilligung Betriebsgebäude Michelbeuern.

Weiters wurden auch Projekte der ÖBB im Raum Wien im Zuge der Amtssachverständigentätigkeit bearbeitet. Die Stadt Wien war durch Mitarbeiter/innen der Gruppe U in verschiedenen einschlägigen Fachgremien vertreten.

Von der **Gruppe B** (Dezernat für baulichen Brandschutz, Wärme- und Schallschutz) wurden hinsichtlich Wärme-, Schall- und baulichem Brandschutz ca. 1.050 Bauansuchen überprüft. Außerdem wurden ca. 220 Eingaben hinsichtlich bautechnischer Einzelfragen beantwortet.

Die Leiterin der Gruppe B hielt auf den Gebieten des Wärme- und Brandschutzes Einzelvorträge an der TU Wien, im ON sowie in der MA 39. Außerdem vertrat sie die Stadt Wien in diversen Fachnormenausschüssen, wobei sie federführend an der **Erarbeitung der ÖNORM B 2000** (Brandschutz in Hochhäusern) mitwirkte. Weiters arbeitete sie als Vertreterin des Landes Wien intensiv an der Erstellung von Richtlinien (Brand-, Wärme- und Schallschutz) im Zuge der Harmonisierung der technischen Bauvorschriften im Österreichischen Institut für Bautechnik (OIB) mit.

Von der **Gruppe S** (Dezernat für Statik) wurden im Jahr 2003 ca. 2.270 statische Berechnungen stichprobenweise überprüft. Weiters fanden rund 820 Überprüfungen bzw. Beschauten auf Baustellen statt. Ferner vertreten Mitarbeiter/innen der Gruppe S die Stadt Wien in diversen Fachgremien (OIB und ON).

Im Jahr 2003 fanden mehrere **Gesetzesänderungen** statt, die den Aufgabenbereich der MA 37 betreffen:

- LGBl. für Wien Nr. 1/2003, Verordnung mit dem der Anliegerbeitrag nach § 51 Abs. 6 der Bauordnung für Wien (BO) geändert wurde;
- LGBl. für Wien Nr. 10/2003, mit dem die BO für Wien, das Wiener Kleingartengesetz und das Wiener Garagengesetz geändert wurden (Wichtigste Inhalte: Einführung von Bestimmungen über Geschäftsstraßen, Änderung der Bestimmungen betreffend Gehsteigauf- und -überfahrten, Bestimmungen über Passivhäuser).

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien (MA 39)

Die Tätigkeiten der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien (VFA) erstreckten sich im Jahr 2003 auf folgende Bereiche:

- Prüftätigkeit als akkreditierte Prüfstelle gemäß ÖNORM EN 45001 bzw. OVE/ÖNORM EN ISO/IEC 17025 und Durchführung eines Zwischenaudits durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA),
- Überwachungstätigkeit als akkreditierte Überwachungsstelle gemäß EN 45004 und Durchführung eines Zwischenaudits durch das BMWA,
- Zertifizierungstätigkeit als Zertifizierungsstelle im Rahmen der Vergabe von ÜA-Zeichen, der Abwicklung von Sonderverfahren und der Vergabe von CE-Zeichen,
- Beratung technischer Dienststellen des Hoch- und Tiefbaus der Stadt Wien,
- Mitarbeit in nationalen und internationalen Gremien des Baubereichs,
- Durchführung von Baustellenbetreuungen und Baustellen-Baustoffprüfungen,
- Aufrechterhaltung der Zertifizierung gemäß ÖNORM EN ISO 9001:2000,
- Beginn der Umsetzung einer Umstrukturierung durch ein Personal- und Organisationskonzept.

Prüftätigkeit

Prüftätigkeit als akkreditierte Prüfstelle gemäß ÖNORM EN 45001 bzw. OVE/ÖNORM EN ISO/IEC 17025 und Durchführung eines Zwischenaudits durch das BMWA

Im Geschäftsjahr 2003 konnte trotz der allgemeinen Entwicklung des Baugeschehens wieder ein beachtliches Ergebnis erzielt werden. Dabei wurden die Einnahmen aus der Prüftätigkeit bei teilweise sinkenden Preisen und einem rückläufigen Baumarkt nahezu gleich gehalten. Wesentlich für diesen Umstand ist die Tatsache, dass Mitarbeiter/innen der MA 39 an vorderster Front der Normung in Österreich und Europa tätig sind und so der Bauproduktenindustrie einerseits ein kompetenter Partner gegenüber steht, und andererseits die Labormöglichkeiten zu entsprechend frühen Zeitpunkten auf neue Normen und Anforderungen adaptiert werden können. An dieser Stelle sei angemerkt, dass diese Investitionen grundsätzlich nur aus den Mitteln der VFA bedeckt werden.

Gleichzeitig konnten im Rahmen der Zwischenaudits die strengen Prüfungen durch die externen Auditor/innen des BMWA in einer herausragenden Art und Weise ohne jeden Mangel absolviert werden.

An dieser Stelle sei festgehalten, dass durch die Aufrechterhaltung eines zertifizierten QM-Systems gemäß ÖNORM EN ISO 9001:2000 und das ungewöhnlich hohe Engagement der Mitarbeiter/innen der MA 39 Mängelfeststellungen und Auditunterbrechungen der VFA erspart geblieben sind.

Überwachungstätigkeit

Überwachungstätigkeit als akkreditierte Überwachungsstelle gemäß EN 45004 und Durchführung eines Zwischenaudits durch das BMWA

Bezüglich der Überwachungstätigkeit steht die Bauproduktenindustrie an einer Zeitenwende. Waren bis vor wenigen Jahren Überwachungen für Bauprodukte, die konform zu einer ÖNORM produziert wurden, obligatorisch bzw. auf Grund des Normengesetzes sogar teilweise bindend vorgeschrieben, so gestalten sich diese Regelungen künftig etwas anders. Durch festgeschriebene wesentliche Anforderungen einerseits (siehe dazu die sechs wesentlichen Anforderungen der Bauproduktenrichtlinie) und die ebenso fest vorgegebenen Modalitäten zum Nachweis der Konformität von Bauprodukten, die neben dem Nachweis der Konformität durch eine Zertifizierungsstelle auf Basis von beispielsweise Überwachungen durch einen unabhängigen Dritten auch oftmals eben diesen Nachweis auf Grund von Eigenprüfungen durch den Hersteller und daraus resultierenden Eigendeklarationen vorsieht, wird in manchen Teilen des Bauproduktenwesens die Fremdüberwachungstätigkeit zurückgedrängt.

Ebenso wie im Bereich der Prüfstelle wurde auch die Überwachungsstelle im Rahmen des Zwischenaudits von externen Auditor/innen überprüft. Das Ergebnis stand dem der Prüfstelle nicht nach, die MA 39 konnte auch hier ohne eine Bemängelung die Prüfung bestehen.

Eine jährlich größer werdende Bedeutung erfahren Baustellenüberwachungen (siehe dazu weiter unten) durch die VFA, da durch den Wegfall der heimischen Qualitätskennzeichen wie „ÖNORM geprüft", „GRIS", „ARGE Qualität" oder Ähnliches die Bauindustrie und die Bauherren verunsichert sind und zu den nun vorherrschenden Herstellerdeklarationen weiterführende Qualitäts- und Konformitätskriterien verlangen.

Zertifizierungstätigkeit

Zertifizierungstätigkeit als Zertifizierungsstelle im Rahmen der Vergabe von ÜA-Zeichen, der Abwicklung von Sonderverfahren und der Vergabe von CE-Zeichen

Die Tätigkeiten der Zertifizierungsstelle im Jahr 2003 waren durch folgende Schwerpunkte gekennzeichnet:

Die 2. Ausgabe der Baustoffliste ÖA vom 15. Dezember 2002 brachte neue Zertifizierungsbereiche im Rahmen der ÜA-Kennzeichnung, wie Transportbeton, Rauch- und Abgasfänge, Schachtabdeckungen, vorgefertigte Wand- und Deckenelemente aus Holz (Holzrahmenbauweise) und Feuerschutzabschlüsse.

Der Bereich der CE-Kennzeichnung war durch den Eintritt der Kennzeichnungsverpflichtung für Baukalk, Außenwandwärmedämmverbundsysteme und für Betonzusatzmittel gekennzeichnet.

Die Notifizierung als europaweit anerkannte Zertifizierungsstelle wurde um die neu erschienenen harmonisierten europäischen Normen bzw. europäischen technischen Zulassungsleitlinien, soweit diese für die österreichischen Bauproduktehersteller von Bedeutung sind, erweitert.

Im September 2003 wurde zusätzlich zur Prüf- und Überwachungsstelle auch die Zertifizierungsstelle gemäß ÖNORM EN ISO 9001:2000 zertifiziert.

Beratung

Ein völlig neuer Ansatz wurde im Bereich der Beratung technischer Dienststellen des Hoch- und Tiefbaus der Stadt Wien und damit verbundener Interessenspartner der Bauwirtschaft gewählt. Erstmals fanden in konzentrierter Art und Weise Informationsveranstaltungen statt, die den eingeladenen Fachleuten die Möglichkeit gaben, ihr Wissen auf den neuesten Stand der europäischen Entwicklung zu bringen. Dabei fanden beispielsweise folgende **Informationsveranstaltungen** statt:

- Infotag „Wärmedämmverbundsysteme", unter besonderer Berücksichtigung der neuen Produktnormen und Verarbeitungsrichtlinien und der anwendungsspezifischen wärmeschutztechnischen und brandschutztechnischen Eigenschaften.

- Infotag „Beton", unter besonderer Berücksichtigung der neuen Vorgehensweise in Konformität zu den europäischen Normen und der Notwendigkeit des Nachweises zertifizierter Fachleute in den Produktionsbetrieben.
- Infotag „Brandverhalten von Fassaden", unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung europäischer Prüfmethoden, die wesentlich durch die Forschungsarbeiten der MA 39 beeinflusst werden.

Naturgemäß lagen die Schwerpunkte der Herkunft der jeweiligen Ansprechpartner/innen dieser Informationsveranstaltungen in unterschiedlichen Bereichen. So waren für das Thema „Wärmedämmverbundsysteme" die primären Interessenspartner die Planungsbüros, Gebietsbetreuungen und Wiener Wohnen, für das Thema „Beton" die gesamte Transportbetonindustrie des Ostens Österreichs und für das Thema „Brandverhalten von Fassaden" der Bereich der Baupolizei und des Österreichischen Instituts für Bautechnik.

Auf Grund des überragenden Erfolges dieser Veranstaltungen besteht das erklärte Vorhaben, diesen offensichtlich vorhandenen Informationsbedarf stärker im Auge zu behalten und durch weitere Informationsveranstaltungen zu befriedigen.

Mitarbeit in nationalen und internationalen Gremien des Baubereichs

Dieser Teil der Tätigkeit der Ingenieursebene der MA 39 nimmt eine immer größere Bedeutung ein. Dazu sei vorab bemerkt, dass insbesondere Normenausschüsse vom Normengesetz aus paritätisch (Behörde, Wissenschaft, Industrie) besetzt sein sollten. Leider sind Vertreter/innen der beiden erstgenannten Interessenspartner wegen massivem internen Kostendruck nicht mehr in der Lage, für eine tatsächlich paritätische Besetzung zu sorgen. Hierzu sei angemerkt, dass den Vertreter/innen der VFA immer mehr eine Doppelrolle, nämlich Behörden- und Wissenschaftsvertretung, zukommt. Berücksichtigt man die dringende Notwendigkeit der Mitarbeit an der Entstehung europäischer Regelwerke einschließlich dazugehöriger nationaler Umsetzungen, inklusive der dazu erforderlichen Notifikation, kann erst die Wichtigkeit dieser Aufgabe eingeschätzt werden.

Ebenso ist im Zuge der Harmonisierungsbestrebungen der bautechnischen Vorschriften in Österreich die Mitarbeit von Fachleuten, die einerseits den europäischen Stand der Regelwerksgebung besonders gut beherrschen und andererseits auch deren mögliche Umsetzung auf der „einfachen" Baustelle kennen, von unabschätzbarem Wert. Insbesondere diese Rolle fällt den Mitarbeiter/innen der MA 39 immer mehr zu.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass trotz der Vertretungseigenschaften der genannten Mitarbeiter/innen nach wie vor eine ausgezeichnete Gesprächsbasis mit der Bauwirtschaft besteht, was sich in zahlreichen Wahlen bzw. Wiederwahlen zu Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden in den diversen Gremien, die zweifellos industriedominiert sind, widerspiegelt.

Baustellenbetreuungen und Baustellen-Baustoffprüfungen

Die Umstrukturierung des Mechanisch-Technologischen Labors in ein Hochbau- und ein Tiefbaulabor hat 2003 bereits zu einer direkten und effizienten Betreuung von Bauvorhaben geführt. Für die Kernkompetenzbereiche wurden Referent/innen als primäre Ansprechpartner/innen für Dienststellen der Stadt Wien, Planer/innen, Bauträger/innen und Genossenschaften bestellt. Dadurch konnte die MA 39 auch 2003 diesen Teil ihrer Tätigkeit ausweiten.

Bei den Bauvorhaben sind neben der Baustelle in 23., Rösslergasse (Wohnhausanlage) vor allem die Bereiche der THEWOSAN-Sanierungen zu nennen. Die VFA hat beispielsweise für Wiener Wohnen vorrangig die Baustellenkontrolle für Fassadensysteme und Fenstereinbau übernommen.

Im Tiefbaulabor wurden die Verbauung Liesingtal-Sammelkanal (MA 30), die Projekte der MA 31 (Behälterbau und -sanierung) sowie (vorrangig) der U-Bahn-Bau betreut.

Insbesondere auch im Bereich der Frischbetonprüfungen auf Baustellen (Identitätsprüfungen in der Verantwortung des Bauherrn gemäß ÖNORM B 4710-1) wurden konstruktive Vorarbeiten im Verbund mit den Wiener Linien geleistet. Die kommenden U-Bahn-Baulose werden hinsichtlich der Qualität der Betonlieferungen durch das Tiefbaulabor der MA 39 direkt betreut.

Zertifizierung gemäß ÖNORM EN ISO 9001:2000

Nach erfolgreicher Zertifizierung des Qualitätsmanagementsystems der MA 39 im Jahr 2002 stand die für die meisten zertifizierten Unternehmen viel schwierigere Aufgabe der **Aufrechterhaltung der Zertifizierung** im ersten Folgejahr auf der Tagesordnung. Dabei genügt nicht nur die Willensbekundung zu verschiedenen Vorgangsweisen, sondern bedarf es des Nachweises der Umsetzung und des tatsächlich Gelegtwerdens der festgeschriebenen Prozesse und Regelungen. Dies konnte im externen Jahresaudit, welches durch die Österreichische Vereinigung zur Zertifizierung von Qualitäts- und Managementsystemen (ÖQS) durchgeführt wird, eindrucksvoll nachgewiesen werden.

Personal- und Organisationskonzept

Beginn der Umsetzung einer Umstrukturierung durch ein Personal- und Organisationskonzept

Zum Jahreswechsel 2002/2003 wurde in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion ein mittelfristiges Personal- und Organisationskonzept ausverhandelt. Dieses Konzept beinhaltet einerseits Maßnahmen zur Senkung der Personalkosten bei gleichzeitigem Schaffen von Anreizen für höchst ausgebildete Mitarbeiter/innen. Gleichzeitig wurden einerseits aus der Organisationsanalyse und andererseits aus den diversen Managementschu-

lungen der Führungskräfte der MA 39 insofern die Lehren gezogen, als im gleichen Zuge auch ein Organisationskonzept mit einer neuen Struktur des Hauses mit kleineren Führungsspannen und höherer Funktionalitätsidentifikation eingeführt wurde. Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass bereits im ersten Wirkungsjahr dieses neuen Konzepts alle Erwartungen für dieses Jahr übertroffen wurden. Es ist damit zu rechnen, dass dieser positive Verlauf fortgesetzt werden kann und somit mittelfristig zu einer weiteren Verbesserung der Leistungsfähigkeit der VFA führen wird.

Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung, Wohnungsverbesserung und Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen (MA 50)

Auf Grund einer Änderung in der Geschäfteinteilung für den Magistrat ist die MA 50 seit 1. Juli 2003 auch für die **soziale Wohnungsvergabe** zuständig und unter anderem Geschäftsstelle für die Wohnungskommissionen.

Die 45-prozentige Beteiligung der Stadt Wien an der Wohnservice Wien GmbH – zu 55 Prozent ist der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) beteiligt – nimmt die MA 50 wahr. Diese Gesellschaft (ehemaliges Wohnungsberatungszentrum) soll der wohnungssuchenden Bevölkerung einen Überblick über den öffentlich geförderten Wohnungsmarkt bieten.

Zwecks Minimierung des Bau- und Förderungsaufwands (und somit in der Folge der Mietaufwandsbelastung) wird bei Grundstücksflächen ein für gemeinnützige und nicht gemeinnützige Bauträger gleichermaßen offenes Wettbewerbsverfahren (so genannter Bauträgerwettbewerb) oder eine Qualitätsbeurteilung (im so genannten Grundstücksbeirat) im Wege des WBSF unter Einbindung der MA 50 durchgeführt. Siegreiche Projekte (sie müssen eine Optimierung zwischen Kosteneinsparung und Qualitätssicherung gewährleisten) werden dann für eine Förderung empfohlen. Bevor ein zur Förderung vorgesehenes Neu- oder Sanierungsprojekt der Landesregierung zur Genehmigung vorgelegt wird, muss auch eine positive Begutachtung durch den **Wohnbauförderungsbeirat** für das Land Wien erfolgen. Die MA 50 übt für dieses Gremium die Funktion eines Schriftführers aus.

Neubauförderung

Im Berichtszeitraum wurden in erster Linie 1-prozentig verzinste Förderungsdarlehen in der Höhe von 365 bis 585 EUR pro m² Wohnnutzfläche gewährt. (Förderung von Mietwohnungen: bis zur gänzlichen Rückzahlung des Kapitalmarktdarlehens tilgungsfrei, Förderungsdauer 35 Jahre. Förderung von Eigentumswohnungen sowie Eigenheimen: Fünf Jahre tilgungsfrei, Förderungsdauer 30 Jahre). Um eine Senkung der Mieten und Finanzierungsbeiträge vor allem für einkommensschwache Personen zu erreichen, wurden zusätzlich 1-prozentig verzinste Landesdarlehen in Höhe von 150 EUR pro m² Wohnnutzfläche gewährt, wenn vom Bauträger (in der Regel Gemeinde Wien und Gemeinnützige Bauträger) ein Finanzierungsbeitrag eingehoben wurde, der nicht höher als 53,47 EUR pro m² Wohnnutzfläche (Stand 2003/2004), wertgesichert nach VPI 1996, war. Neben den geringen Einmalzahlungen am Beginn des Mietverhältnisses besteht die eigentliche Zusatzförderung darin, dass Mieter/innen je nach den dafür ausschlaggebenden Einkommensgrenzen die monatlichen Rückzahlungsraten für das Zusatzdarlehen nicht oder nur im geringeren Umfang (0,35 EUR anstelle 0,70 EUR je Nutzwert) bezahlen müssen. Um die soziale Treffsicherheit dieser Zusatzförderung zu gewährleisten, wird alle fünf Jahre überprüft, ob die Einkommensverhältnisse noch den Richtlinien dieser Zusatzförderung entsprechen. Hat sich das Einkommen über die jeweilig ausschlaggebende Einkommensgrenze hinaus erhöht, werden 0,35 EUR oder 0,70 EUR je Nutzwert eingehoben. Die Förderung von Kleingartenwohnhäusern erfolgte durch Gewährung von Annuitätenzuschüssen zu einem Darlehen in der Höhe von höchstens 36.340 EUR. Dieser Betrag erhöhte sich um 1.820 EUR für jedes im gemeinsamen Haushalt lebende Kind, für das vom Förderungswerber Familienbeihilfe bezogen wird (Näheres siehe LGBl. für Wien Nr. 46/2001).

Mit **12. April 2003** gab es eine **Neuerung** (LGBl. für Wien Nr. 21/2003): Durch die Gewährung eines nichtrückzahlbaren Baukostenzuschusses (bis zu einer Gesamtnutzfläche von 1.000 m² 140 EUR je m² Nutzfläche, über 1.000 m² 140 EUR abzüglich 0,04 EUR je zusätzlichem m²) soll den bei einer Lückenverbauung entstehenden höheren Baukosten „die Spitze abgetragen werden", wobei keine Unterscheidung zwischen Miet- und Eigentumswohnung gemacht wird. Förderungsausmaß bei 2.000 m² Wohnnutzfläche (WNFl.): 100 EUR pro m² (140 – 1.000 x 0,04); 3.000 m² WNFl.: 60 EUR pro m², 4.000 m² WNFl.: 20 EUR pro m², 4.500 m² WNFl.: 0 EUR pro m²).

Während des Berichtszeitraums 2003 erfolgte die **Veräußerung von Förderungsdarlehen des Landes** zu einem angemessenen Entgelt in Höhe von insgesamt 67.764.803,55 EUR.

Haus- und wohnungsseitige Sanierungsmaßnahmen

Die Rechtslage sieht auf Antrag der Hauseigentümer/innen insbesondere die Förderung von Sanierungsmaßnahmen an und in Gebäuden einschließlich der Standardanhebung von Wohnungen, ferner Dachbodenausbauten und Zubauten von vollständigen Wohnungen, die Förderung von Erhaltungsarbeiten, die Förderung von Aufzugseinbauten, die Förderung der thermisch-energetischen Gebäudesanierung, die Förderung des Anschlusses an die zentrale Fernwärmeversorgung, die Förderung von Sanierungsmaßnahmen an und in Eigenheimen und Kleingartenwohnhäusern und auf Antrag der Mieter/innen auch die Förderung von Sanierungsmaßnahmen innerhalb von Wohnungen vor. Die Förderung besteht in einer nicht rückzahlbaren Einmalzuschussförderung (THEWOSAN: 30 bis 75 EUR pro m² WNFl., Fernwärmeförderung: 30 Prozent

Zugesicherte Förderungsmittel im Jahr 2003 (Beträge in EUR)

Zusammenfassung §12 (Projekte mit mehr als 2 Wohnungen) (inkl. Erweiterungen)

	Wohnungen	Lokale	Heimplätze	Landesdarlehen
Miete	2.468	45	–	113.635.140
Eigentum	517	18	–	20.436.871
Heim	2	5	1.087	20.549.134
Miete und Heim	49	–	8	2.238.864
Erweiterungen Miete	12	2	–	770.235
	3.048	**70**	**1.095**	**157.630.244**

Zusammenfassung § 14 Abs. 1 (AZ)

	Wohnungen	Lokale	Heimplätze	AZ zu Darlehen von
Kleingartenwohnhäuser	182	–	–	6.861.200
Eigenheime auf Pachtgrund	23	–	–	872.220
Nachförderung Miete	–	–	–	1.437.474
	205	–	–	**9.170.894**

Zusammenfassung EH und DG (1 und 2 Wohnungen)

	Wohnungen	Lokale	Heimplätze	Landesdarlehen
Eigenheime	250	–	–	8.595.609
DG – Miete	6	–	–	314.232
DG – Eigentum	18	–	–	655.887
	274	–	–	**9.565.728**

Nachförderungen (nur Nachträge ohne zusätzl. Whgen, Lok., Heimpl.) – § 12 Landesdarlehen

	Wohnungen	Lokale	Heimplätze	Landesdarlehen
Miete	–	–	–	189.333
Eigentum	–	–	–	27.949
Heime	–	–	–	1.002.408
	–	–	–	**1.219.690**

Nachförderungen (nur Nachträge mit zusätzl. Whgen, Lok., Heimpl.) – BKZ und nrzb. Beitrag

	Wohnungen	Lokale	Heimplätze	BKZ / nrzb. Beitrag
Miete mit nicht rückzahlbarem Baukostenzuschuss	5	5	–	69.843
	5	**5**	–	**69.843**

Nachförderungen (nur Nachträge ohne zusätzl. Whgen, Lok., Heimpl.) – BKZ und nrzb. Beitrag

	Wohnungen	Lokale	Heimplätze	BKZ / nrzb. Beitrag
Heim mit nicht rückzahlbarem Baukostenzuschuss	–	–	–	184.618
Miete mit nicht rückzahlbarem Baukostenzuschuss	–	–	–	5.347.435
Miete mit nicht rückzahlbarem Beitrag	–	–	–	209.214
Eigentum mit nicht rückzahlbarem Beitrag	–	–	–	98.797
	–	–	–	**5.840.064**

Ergänzungsförderung § 3a bzw. § 6a Neubau-VO 2003

	Wohnungen	Lokale	Heimplätze	Nrzb. Zuschuss
Miete	–	–	–	4.331.911
Eigentum	–	–	–	57.857
Heime	–	–	–	487.360
	–	–	–	**4.877.128**

Ergänzungsförderung „Superförderung"

	Wohnungen	Lokale	Heimplätze	Landesdarlehen
„Superförderung" (§ 4 Neubau-VO 2001)	(443)	–	–	5.210.894
„Superförderung" (§ 2b Neubau-VO 1998) – Nachförderungen	–	–	–	24.093
	(443)	–	–	**5.234.987**

Anmerkung: Sämtliche §-Angaben beziehen sich, sofern nicht ausdrücklich anders bezeichnet, auf die gesetzliche Grundlage (WWFSG 1989 idgF.).

der förderbaren Kosten) sowie in einer 1-prozentig verzinsten Darlehensförderung für 25 Prozent der förderbaren Kosten, Darlehenslaufzeit 15 Jahre (Sockelsanierung), kombiniert mit Annuitätenzuschüssen: 6 bis 7,3 vH vom Restfinanzierungserfordernis (bei Erhaltungsmaßnahmen ausschließlich Annuitätenzuschussförderung; siehe LGBl. für Wien Nr. 47/2001).

Änderungen mit 1. November 2003 (LGBl. für Wien Nr. 46/2003):

- Abänderung der thermisch-energetischen Sanierung in Anlehnung an jüngste Forschungsergebnisse (verbesserte Einmalzuschussförderung kombiniert mit Darlehensförderung).
- Zusätzlicher Anreiz bei der Sockelsanierung zur Erreichung des Kyoto-Ziels (20 bis 40 EUR pro m² WNFl. an Einmalzuschüssen).
- Erleichterter Zugang zur Dachgeschoßförderung im Zuge einer thermisch-energetischen Gebäudesanierung.
- Verbesserte Förderung (Einmalzuschussförderung) für die Standardanhebung von Wohnungen der Kategorie C oder D, maximal 200 EUR oder 250 EUR pro m² WNFl., wenn folglich die Wohnungen einkommensschwachen Personen überlassen werden.

Mit Beschluss des Gemeinderats vom 23. April 2003 wurde eine bis 31. Dezember 2004 befristete

Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung

Zugesicherte Förderungsmittel im Jahr 2003 (Beträge in EUR) Schluss

Zusammenfassung

	Wohnungen	Lokale	Heimplätze	Zugesicherte Förderungsmittel
§ 12 (Projekte mit mehr als 2 Wohnungen) (inkl. Erweiterungen)	3.048	70	1.095	157.630.244
§ 14 Abs. 1 (AZ) (KLG, Pacht-EH, Nachförderung)	205	–	–	9.170.894
EH und DG (1 und 2 Wohnungen) (inkl. DG-Nachförderung)	274	–	–	9.565.728
Nachförderungen (nur Nachträge ohne zusätzl. Whgen, Lok., Heimpl.) – § 12 Landesdarlehen	–	–	–	1.219.690
Nachförderungen (nur Nachträge mit zusätzl. Whgen, Lok., Heimpl.) – BKZ und nrzb. Beitrag	5	–	–	69.843
Nachförderungen (nur Nachträge ohne zusätzl. Whgen, Lok., Heimpl.) – BKZ und nrzb. Beitrag	–	–	–	5.840.064
nrzb. Zuschuss (§ 3a und § 6a Neubau-VO 2003)	–	–	–	4.877.128
"Superförderung" (§ 4 Neubau-VO 2001)	(für 443 Whgen)	–	–	5.210.894
„Superförderung" (§ 2b Neubau-VO 1998) – Nachförderungen		Lokale	Heimplätze	24.093
nach dem I. Hauptstück – § 12 Landesdarlehen	3.322	70	1.095	168.415.662
nach dem I. Hauptstück – BKZ und nrzb. Beitrag	5	5	–	5.909.907
nach dem I. Hauptstück – AZ (KLG, Pacht-EH, Nachförderung)	205	–	– 9.170.894	(bezusch. Darlehen)
nach dem I. Hauptstück – nrzb. Zuschuss (§ 3a und § 6a Neubau-VO 2003)	–	–	–	4.877.128
nach dem I. Hauptstück – „Superförderung" (§ 4 Neubau-VO 2001)	(für 443 Whgen)	–	–	5.210.894
nach dem I. Hauptstück – „Superförderung" (§ 2b Neubau-VO 1998)	–	–	–	24.093
Insgesamt nach dem I. Hauptstück	**3.532**	**75**	**1.095**	
Nach dem II. Hauptstück	**295**	**–**	**–**	
Geförderte Wohneinheiten	**3.827**		**1.095**	**= 4.922 Einheiten (exkl. Lokale)**
Geförderte Einheiten	**3.827**	**75**	**1.095**	**= 4.997 Einheiten**

Anmerkung: Sämtliche §-Angaben beziehen sich, sofern nicht ausdrücklich anders bezeichnet, auf die gesetzliche Grundlage (WWFSG 1989 idgF.).

Zur Auszahlung gelangte Förderungsmittel im Jahr 2003 – ohne Sanierung (Beträge in EUR)

1. Darlehen gemäß	
a) WFG 1968	–
b) WFG 1984	–
c) WWFSG 1989	116.031.331,89
Summe	**116.031.331,89**
1a. a) Darlehen gemäß § 2b NeubauV 1994 idF 1998 („Superförderung")	5.512.399,54
b) Darlehen gemäß § 4 NeubauV 2001 („Superförderung – NEU")	4.202.604,59
Summe	**9.715.004,13**
2. Laufende Transferzahlungen an den Bund	–
3. Eigenmittelersatzdarlehen	19.243.422,00
4. Wohnbeihilfen (alle Aktionen)	61.307.466,42
5. Annuitätenzuschüsse gemäß	
a) WFG 1968, WFG 1984, WWFSG 1989	43.194.596,58
b) BSWG 1982/1983	15.131.665,97
c) WWA 64/69	366.860,14
Summe	**58.693.122,69**
6. Verlorene Einmal-Zuschüsse	
a) BK-Zuschuss gemäß § 14 (3) WWFSG 1989	
b) nrzb. Beiträge gemäß § 15 WWFSG 1989	
Summe	**50.282.691,73**
7. Hypothekardarlehen des Landes Wien gemäß Beschluss der Wr. LReg. vom 18.09.1990	–
8. Diverse sonstige Ausgaben (Bürgschaften – inkl. „Sanierungsbürgschaften", Bauaufsichtsorgan-Honorare, Wohnbauforschung etc.)	13.462.477,01
Gesamtsumme	**328.735.515,87**

Sonderförderung für Fernwärme ins Leben gerufen, die je nach bisher verwendeter Heizquelle (fester Brennstoff, Öl oder Gas) einen nicht rückzahlbaren Baukostenzuschuss bis zu ca. einem Drittel der Kosten vorsieht.

Wohnbeihilfen

Wohnbeihilfen (Zuschüsse zu laufenden Wohnkosten) gibt es für jene Personen, die Hauptmieter/innen, Eigentümer/innen oder Nutzungsberechtigte einer unter Zuhilfenahme von öffentlichen Mitteln geförderten bzw. auf Grund einer per 1. Juni 2001 wirksam gewordenen Gesetzesänderung auch Mieter/innen oder Nutzungsberechtigte von nicht (mehr) geförderten Wohnungen sind. Die Bewilligung ist von der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen, dem Wohnungsaufwand (Grundzins, Annuität, Sanierungskosten bzw. angemessener Hauptmietzins) und einer angemessenen Nutzfläche abhängig.

Die im Berichtszeitraum durchgeführten 171.300 Erledigungen setzen sich wie folgt zusammen: 65.158 Zuerkennungsbescheide (15.031 Erstanträge und 50.127 Verlängerungsanträge), 3.551 Ablehnungsbescheide (hauptsächliche Ablehnungsgründe: zu hohes Familieneinkommen, zu hoher Selbstbehalt, Mindesteinkommen nicht nachgewiesen), 4.361 Einstellungsbescheide (hauptsächliche Einstellungsgründe: zu hohes Familieneinkommen, Beendigung der Mietrechte durch Tod oder Aufgabe der Wohnung), 3.249 Überprüfungen ohne Änderung der Wohnbeihilfenhöhe sowie 94.981 Änderungen bei bereits gewährten

Gebäudesanierung (Mehrwohnungshäuser)
(Sämtliche Geldleistungen in EUR)

Geförderte Objekte	Förderungsfälle Förderbare Sanierungsmaßnahmen (inklusive Nachtragsförderungen)	Sanierungskosten	Förderungsleistungen		
			Einmalige nicht rückzahlbare Zuschüsse und Beiträge[1]	Annuitätenzuschüsse und nichtrückzahlbare laufende Zuschüsse[2]	Förderungsdarlehen des Landes
Private Objekte und Objekte von Genossenschaften	107 Sockelsanierungen inkl. Dachgeschoße und Blockförderungen, 52 Aufzüge, 58 Erhaltungen, 78 Thermisch-energetische Sanierungen, 3 Behindertenmaßnahmen, 1 Schallschutz, 2 Totalsanierungen, 3 Strukturverbesserungen, 5 Wohnheime	196.758.617,46	20.130.040,75	6.085.478,71	28.366.226,25
Städtische Objekte	25 Sockelsanierungen inkl. Dachgeschoße und Blockförderungen, 2 Aufzüge, 7 Erhaltungen, 31 Thermisch-energetische Sanierungen, 1 Fernwärme	96.034.640,74	14.324.484,80	3.966.743,09	19.057.662,83
Summe	**375 Förderungszusagen**	**292.793.258,20**	**34.454.525,55**	**10.052.221,80**	**47.423.889,08**

[1] Mittelbindung für die komplette Förderdauer.
[2] Mittelbindung im jeweils ersten Jahr der Förderdauer.
Von den Sanierungsmaßnahmen sind in Summe 16.000 Wohnungen betroffen. (432 Anträge beim WBSF eingebracht).

Sanierungen von Einzelwohnungen, Eigenheimen und Kleingartenhäusern
(Sämtliche Geldleistungen in EUR)

Förderungswerber	Anzahl der Anträge	Förderbare Sanierungskosten	Annuitätenzuschüsse[1]	Einmalige nicht rückzahlbare Zuschüsse und Beiträge
Mieter (zehnjährige Darlehenslaufzeit)	282	2.822.573	151.295,90	
Mieter (fünfjährige Darlehenslaufzeit)	107	1.158.091	108.885,80	
Eigentümer (zehnjährige Darlehenslaufzeit)	55	1.096.621	71.425,53	
Eigentümer (fünfjährige Darlehenslaufzeit)	42	630.141	68.742,72	
Mieter und Eigentümer	3.037	13.409.569		13.409.569,00
Summe	**3.523**[2] +17[3]	**19.116.995**	**400.349,95**	**13.409.569,00** 38.690,38

[1] Mittelbindung im jeweils ersten Jahr der Förderung. An Förderleistungen werden außer den o. a. einmaligen nicht rückzahlbaren Beiträgen und Zuschüssen Annuitätenzuschüsse zu Kapitalmarktdarlehen (vorbehaltlich der Endabrechnung) im Ausmaß von ca. 3,12 Mio. EUR, bezogen auf die jeweilige gesamte Darlehenslaufzeit, erforderlich sein.
[2] 3.074 Fernwärmeanschlüsse, 17 Wohnungszusammenlegungen, 400 Gasheizungen, 128 Behindertenmaßnahmen, 45 Schall- und Wärmeschutzmaßnahmen, 166 Wasserinstallationen, 119 WC-Ein- oder Umbauten, Ein- und Umbau von 173 Bädern oder Badeeinrichtungen.
[3] Anträge im Rahmen der am 31. Juli 2002 vom Gemeinderatsausschuss beschlossenen Förderungsaktion für Biomasseheizanlagen.

Wohnbeihilfen. 3.698 Zurückweisungsbescheide wegen fehlender Unterlagen sind ergangen.

Die vier **Informationsstellen für Wohnbeihilfe**, in denen die Anträge entgegengenommen und bearbeitet werden, wurden im Berichtsjahr von 131.371 Mieter/innen, Nutzungsberechtigten oder Eigentümer/innen von geförderten bzw. verbesserten oder sanierten Wohnungen besucht. Im selben Zeitraum wurden an mehr als 121.200 Personen telefonische Auskünfte erteilt.

Interessierte Bürger/innen nutzen für (allgemeine) Wohnungsfragen aber auch die anderen Informationsmöglichkeiten, welche von der MA 50 bereit gestellt werden: Im Berichtsjahr wurden

Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung

6.298.500 Seitenaufrufe im **Elektronischen Wohnungsinformationssystem** der MA 50 im Internet und auf den Informationskiosken getätigt.

Eigenmittelersatzdarlehen

Im Jahr 2003 wurden insgesamt 2.754 Eigenmittelersatzdarlehens-Anträge bearbeitet und 2.670 Anträge im Gesamtausmaß von 19.507.139 EUR wie folgt bewilligt: Auf geförderte Miet- und Genossenschaftswohnungen entfielen 15.601.862 EUR, auf Gemeindewohnungen 3.139.232 EUR, auf Eigentumswohnungen 753.462 EUR und auf sanierte Wohnungen 12.582 EUR.

Soziale Wohnungsvergabe

Die Vergabe von Gemeindewohnungen über die Soziale Wohnungsvergabe erfolgt an Personen, die bisher in oder von einer öffentlichen oder privaten sozialen Einrichtung betreut wurden und keiner bzw. keiner intensiven Betreuung mehr bedürfen, sowie an Personen, die unverschuldet und unvorhersehbar ihre bisherige Wohnung verlieren und von denen die eigenständige Lösung ihres Wohnungsproblems nicht erwartet werden kann. Außerdem können Notfallswohnungen für aufenthaltsverfestigte Personen (das sind jene, welche seit mindestens fünf Jahren legal in Österreich und seit mindestens einem Jahr in Wien leben) unter bestimmten Voraussetzungen (Spekulationsopfer, gesundheitsschädliche Wohnung, Krisenunterkunft, besondere soziale Notlage) beantragt werden.

Im Berichtszeitraum langten 5.993 Wohnwerberakte bzw. Ansuchen (2.305 obdachlose Personen, 1.920 betreute Personen, 1.768 Notfallswohnungen) zur Bearbeitung und Überprüfung ein. 2.274 Wohnungsvergaben (642 obdachlose Personen, 830 betreute Personen, 802 Notfallswohnungen) konnten erfolgen.

Wohnungskommissionen

Die Wohnungskommission ist eine Servicestelle im Sinne des Beschlusses des Wiener Gemeinderats und befasst sich hauptsächlich mit Anliegen, welche die Unternehmung „Stadt Wien – Wiener Wohnen" betreffen. Meint ein/e Wohnungswerber/in, dass die Anwendung der Vergaberichtlinien bezogen auf seine/ihre Situation einen Härtefall bedeuten würde oder sein/ihr Vorbringen nicht richtig gewürdigt wurde, so kann er/sie die Wohnungskommission anrufen. Die Kommission kann in begründeten Fällen ein Abgehen von dieser Richtlinie empfehlen (eine Vormerkung empfehlen oder eine andere Reihung festlegen). Zur Entgegennahme dieser insgesamt 7.263 Anträge wurden wöchentlich an fünf dezentralen Standorten Sprechstunden abgehalten. 1.426 Anträge konnten im Einvernehmen mit der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen einer unbürokratischen Lösung zugeführt werden. 5.837 Anträge wurden den fünf Kommissionen zur Beschlussfassung vorgelegt. Insgesamt wurden 1.709 Empfehlungen abgegeben.

Wohnbauforschung

Im Jahr 2003 wurden von der MA 50 22 Wohnbauforschungsprojekte positiv beurteilt und an verschiedene Forschungseinrichtungen vergeben. Die MA 50 beteiligte sich außerdem am Forschungsprojekt „Leben in Wien II" und veröffentlichte erstmals die Kurzfassungen der fertig gestellten und freigegebenen Wohnbauforschungsprojekte auf der eigenen Homepage. Außerdem veranstaltete die MA 50 zwei Tagungen zum sozialen Wohnbau in Wien und nahm aktiv am Kongress der IFHP („International Federation for Housing and Planning") teil. Eine weitere Veranstaltung erfolgte gemeinsam mit der MA 18 und der Arbeiterkammer Wien zum Thema „Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung". Mit dem Architekturzentrum Wien erfolgte die Gestaltung einer großen Ausstellung zum Wiener Wohnbau, die unter anderem am österreichischen Kulturinstitut in New York gezeigt wurde. Die MA 50 ist außerdem Koordinatorin mehrerer EU-Forschungsprojekte.

Auslandsaktivitäten

Zum Bereich der Auslandsaktivitäten der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung gehörten im Jahr 2003 die Vertretung der Stadt Wien bei mehreren internationalen Organisationen (z. B. UNECE, UNCHS, INTA, ENHR), die Betreuung von 31 Expertengruppen im Bereich Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung aus verschiedenen Ländern sowie die Präsentation des Wiener Wohnbaus und der Stadterneuerung im Ausland (unter anderem österreichisches Kulturinstitut New York, Städtekooperationen Laibach und Brünn).

Gebietsbetreuungen

Die Koordination und Information der Gebietsbetreuungen der Stadt Wien im Hinblick auf die Tätigkeitsbereiche der MA 50 umfasste insbesondere die geförderte Wohnhaussanierung sowie das Wohnbauforschungsprogramm sowie deren Einbindung in das für 2004 geplante Rahmenprogramm „30 Jahre Stadterneuerung". Gebietsbetreuungen wurden auch aktiv in die IFHP-Tagung im Oktober 2003 in Wien eingebunden.

Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen

Im Einvernehmen mit dem Österreichischen Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen – Revisionsverband wurden die gemeinnützigen Bauvereinigungen dazu angehalten, die Jahresabschlüsse und Lageberichte gemäß § 27 WGG innerhalb der gesetzlichen Frist zur Kenntnis zu bringen. Auch 2003 war die Aufsichtsbehörde bei zahlreichen Generalversammlungen der Bauvereinigungen und Schlussbesprechungen mit dem Revisionsverband vertreten. In Einzelfällen musste die Abstellung von Mängeln angeordnet werden. Auch in diesem Jahr wurde die wirtschaftliche Entwicklung der gemeinnützigen Bauvereinigungen, vor allem im Hinblick auf die Bautätigkeit, verstärkt beobachtet. Von der Möglichkeit der Einsichtnahme in die

Prüfberichte gemeinnütziger Bauvereinigungen wurde 2003 zahlreich Gebrauch gemacht.

Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten (MA 64)

Auch im Jahr 2003 lag einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der MA 64 auf dem Gebiet der **Legistik**. Folgende Gesetze und Verordnungen, die von der Abteilung ausgearbeitet wurden, sind hervorzuheben:

Mit LGBl. für Wien Nr. 10/2003, kundgemacht am 21. Februar 2003, wurde aus Anlass eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofs in der Bauordnung für Wien eine Neuregelung der Verpflichtung zur unentgeltlichen Grundabtretung zu öffentlichen Verkehrsflächen vorgenommen. Weitere Schwerpunkte betrafen Geschäftsstraßen und Einkaufszentren, die Einführung einer bloßen Anzeigepflicht für Gehsteigauf- und überfahrten und die Neuordnung der Bestimmungen über die Bauoberbehörde.

Eine weitere Novelle zur Bauordnung für Wien und zum Wiener Garagengesetz, mit der einerseits Regelungen bezüglich der barrierefreien Benützbarkeit von Gebäuden getroffen bzw. angepasst und andererseits Forderungen des Klimaschutzprogramms der Stadt Wien erfüllt werden sollen, wurde im Entwurf fertig gestellt, sodass sie im Jänner 2004 auf Grund der Informationsrichtlinie der Kommission der EU mitgeteilt werden konnte.

Fertig gestellt wurde auch der Text einer neuen Abgas- und Emissionsgrenzwertverordnung der Wiener Landesregierung, die der Verringerung bzw. Stabilisierung von Schadstoffemissionen dienen soll. Der Entwurf wurde im Herbst der EU-Kommission mitgeteilt.

Mit LGBl. für Wien Nr. 60/2003, kundgemacht am 22. Dezember 2003, wurde das Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetz erlassen, mit dem insbesondere die zur koordinierten Bewältigung von Katastrophen und Großschadensereignissen erforderlichen Maßnahmen eine umfassende Neuregelung erfuhren.

Mit Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 48/2003 wurde mit Wirkung vom 1. Jänner 2004 die Aufgrabungskundmachung des Wiener Magistrats aufgehoben, sodass für Aufgrabungen in öffentlichen Verkehrsflächen künftig eine privatrechtliche Vereinbarung mit der Gemeinde zu schließen ist.

Schließlich wurde auch wieder eine Reihe von Normen im Zusammenhang mit Baustoffzulassungen erarbeitet.

In den Berichtszeitraum fallen auch zahlreiche **Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen** Wiens – wie etwa dem Wiener Heimgesetz – sowie anderer Länder und insbesondere des Bundes. Als Beispiele seien das Bundesbahnstrukturgesetz, die Änderung des Postgesetzes, das E-Government-Gesetz sowie die Verordnungen zum Ökostromgesetz genannt. Darüber hinaus wurden in etwa 500 Fällen Stellungnahmen zu beabsichtigten Änderungen bzw. Neufestsetzungen des Flächenwidmungsplans und Bebauungsplans abgegeben.

Ihr rechtliches Fachwissen konnte die MA 64 auch bei der Abfassung von Gegenschriften und Stellungnahmen an den Verwaltungsgerichtshof und den Verfassungsgerichtshof, der Teilnahme an Besprechungen und Verhandlungen anderer Magistrats- und Bundesdienststellen und der Abgabe von **Rechtsgutachten**, insbesondere auf dem Gebiet des Baurechts, einbringen. Eine Vielzahl von Stellungnahmen betraf auch Richtlinienentwürfe der EU sowie Entwürfe technischer Vorschriften der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des Informationsverfahrens.

Unter den **Baubewilligungsverfahren** nach der Bauordnung für Wien, die als Behörde erster Instanz für Bauten des Bundes, die öffentlichen Zwecken dienen, geführt wurden, sind folgende besonders bemerkenswert:

- Die Generalsanierung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in 1., Bäckerstraße 20,
- Die Umgestaltung des Eingangsbereichs des Akademietheaters in 3., Lisztstraße 1,
- Die Verbesserung des baulichen Brandschutzes im Palais Augarten im 2. Bezirk und im Blindenerziehungsinstitut des Bundes in 2., Wittelsbachstraße 5 sowie
- Die Errichtung einer Südamerika-Anlage und einer Panzernashorn-Anlage in 13., Tiergarten Schönbrunn.

Grundabteilungen zur Schaffung von Bauplätzen sowie **Grundabtretungen** zu öffentlichen Verkehrsflächen, Parzellierungen von Kleingartenanlagen und Gartensiedlungen und Abschreibungen von Grundstücken, jeweils einschließlich der fachtechnischen Begutachtung und der Prüfung der bezugnehmenden Grundbuchs-



Auf den KDAG-Gründen – hier als Modell – soll ein neuer, lebendiger Stadtteil entstehen.

beschlüsse, waren Gegenstand von ca. 2.500 Verfahren. Als Beispiele können die Bauplatzschaffungen für das **Gelände der ehemaligen Kabel- und Drahtwerke AG** (KDAG) im 12. Bezirk, das Messegelände im 2. Bezirk und die „Laaer-Berg-City" im Bereich der Überplattung der A 23 genannt werden.

Auf dem Gebiet des **Eisenbahnrechts** wurden ca. 60 **eisenbahnrechtliche Genehmigungsverfahren** durchgeführt, von denen vor allem die Erteilung der Baugenehmigung und Betriebsbewilligung für das erste elektronische Stellwerk der U-Bahn im Bereich der ehemaligen U2-Station Lerchenfelderstraße und die Erteilung der Baugenehmigung und Betriebsbewilligung für die maschinentechnischen Anlagen (Aufzüge, Fahrtreppe, Gepäckförderband und Brandrauchentlüftungsanlage) des am 14. Dezember 2003 in Betrieb gegangenen City Airport Train (CAT) zu erwähnen sind.

Im September wurden weiters die Baugenehmigung und Betriebsbewilligung für den Umbau mehrerer Stationen der U2-Stammstrecke erteilt. Dadurch wurden die Voraussetzungen für den späteren Einsatz längerer Züge und gleichzeitig für die Errichtung neuer Aufzüge und Ausgänge, etwa im Bereich der Station „Volkstheater", geschaffen. Für den weiteren Ausbau der U-Bahnlinie U2 waren auch ca. 40 **Enteignungsanträge** nach den Bestimmungen des Eisenbahnenteignungsgesetzes zu bearbeiten.

Im Bereich des **Luftfahrtrechts** wurden dem Christophorus Flugrettungsverein die Bewilligung für die Errichtung eines **Zivilflugplatzes** in 22., Groß-Enzersdorfer-Straße 59 sowie die Betriebsaufnahmebewilligung hierfür erteilt. Dadurch konnte die Infrastruktur für die Rettungshubschrauber verbessert werden. Daneben wurden in ca. 100 Fällen Bewilligungsverfahren für **Luftfahrtveranstaltungen**, Heißluftballonstarts, das Steigenlassen einer größeren Zahl von Luftballons sowie für Außenlandungen und Außenstarts von Hubschraubern – etwa zum Transport von Mobilfunkeinrichtungen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Mobilfunknetzes – durchgeführt.

Im Bereich des **Energierechts** wurden mehrere Bewilligungsverfahren für Stromerzeugungsanlagen auf der Basis erneuerbarer Energieträger, insbesondere Photovoltaikanlagen, sowie Verfahren zur Anerkennung von Öko-Anlagen abgewickelt. Weiters wurde durch die Vorschreibung einer Ausgleichsabgabe wegen Nichterfüllung der Ökostromquote und der Kleinwasserkraftwerksquote ein Fonds zur Förderung der erneuerbaren Energie gespeist.

Als Behörde zweiter Instanz hatte die MA 64 auch in diesem Berichtsjahr über eine Vielzahl von **Berufungen**, z. B. in Verfahren zur Vollstreckung baubehördlicher Aufträge, zu erkennen. Zu nennen ist aber auch die Entscheidung über die Berufung gegen den Bescheid des Magistrats der Stadt Wien, mit dem der Eigentümerin der Liegenschaft in 3., Marxergasse 17, nach den Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes Aufträge für Sicherungsmaßnahmen für die denkmalgeschützten Bauteile der nach einem Brand teilweise zerstörten Sofiensäle erteilt worden waren.

Der MA 64 oblag weiters in ca. 80 Fällen die Vorbereitung von Entscheidungen des Berufungssenats der Stadt Wien über Berufungen nach dem Gebrauchsabgabegesetz, etwa im Zusammenhang mit der Erteilung oder Versagung von Bewilligungen für die Errichtung von Gastgärten im öffentlichen Gut (Schanigärten) sowie in Feuerpolizeiangelegenheiten.

Liegenschaftsmanagement (MA 69)

Mit 1. Mai 2003 wurden die MA 69 und die MA 40 (unter Ausgliederung des Dezernates „Mietzinsangelegenheiten") zur MA 69 – Liegenschaftsmanagement zusammengeführt. Auf Grund dieser Umstrukturierung während des Geschäftsjahres wurde die Berichtsstruktur der Vorjahre weitgehend beibehalten und um die Agenden der ehemaligen MA 40 ergänzt.

Erstmals hat die MA 69 offiziell die Aufgaben des **strategischen Liegenschaftsmanagements** wahrgenommen. Mit zahlreichen grundverwaltenden Dienststellen und anderen der Stadt Wien nahe stehenden Organisationen (z. B. WWFF, WBSF) wurden bereits erste Gespräche und Abstimmungen über die zukünftigen Aufgaben und Kompetenzen im Liegenschaftsbereich geführt.

Wichtige Projekte und Sonderaufgaben im Berichtsjahr

- Zusammenführung der Abteilungen MA 40 und MA 69 zu einem Betrieb gemäß § 72 Wiener Stadtverfassung,
- Adaptierung der Räumlichkeiten bzw. hausinterne Übersiedelung,
- Zusammenführung der EDV und Telekommunikation,
- Umstellung des Protokolls auf ELAK,
- Vorbereitungen zur betrieblichen Veranschlagung ab 1. Jänner 2004,
- Mitarbeit am Vergleichsring „Gebäudewirtschaft" der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt),
- Lehrlingsausbildung (vier Lehrlinge für insgesamt 20 Personenmonate),
- Erarbeitung eines internen Leitbildes,
- Arbeiten für einen Rechnungshofbericht,
- Verwaltungsübertragung von Weingartenflächen von der MA 69 zur MA 49,
- Übertragung der Führung des Rebflächenverzeichnisses an die MA 58,
- Übertragung von Flächen an die Wiener Hafen GmbH,
- Recherchen zur Einführung einer neuen Software zur Bewältigung zahlreicher Aufgaben des Immobilienmanagements,
- Abschluss der Umstellung der Grundreservegrafik auf EDV,
- Übertragung der Eigenkompetenz bei Straßenankäufen an die MA 28 ab Jänner 2004.

Liegenschaftstransaktionen

Art der Transaktion	2003	2002
Anzahl der Anträge an beschlussfassende Organe (gemäß Wiener Stadtverfassung)	117	111
Anzahl der gemäß § 105 Wiener Stadtverfassung genehmigten Anträge (Magistratsbeschluss)	59	75
Liegenschaftserwerb		
Anzahl der Grunderwerbstransaktionen	38	o. A.[1]
Liegenschaftserwerb (Gesamtbetrag in EUR)	ca. 16.600.000	ca. 19.410.000
Liegenschaftserwerb – Diverse Zwecke (Fläche in m²)	ca. 5.000	52.173
Liegenschaftserwerb – Grünland (Fläche in m²)	ca. 219.000	332.203
Liegenschaftserwerb – Soziale Infrastruktur (Fläche in m²)	ca. 26.000	51.869
Liegenschaftserwerb (Gesamtfläche in m²)	ca. 250.000	436.245
Liegenschaftsveräußerungen (exklusive Kleingärten)		
Liegenschaftsverkauf/Tausch/Dienstbarkeit (Gesamtbetrag in EUR)	ca. 24.300.000	26.699.000
Liegenschaftsverkauf für Wohnbau (Fläche in m²)	5.323	6.348
Liegenschaftsverkauf für Arrondierungen u. Baureifgestaltungen (Fläche in m²)	32.471	13.728
Liegenschaftsverkauf für Betriebsflächen u. Eigengrund (Fläche in m²)	36.727	37.646
Liegenschaftsverkauf für Infrastruktur (Fläche in m²)	8.822	933
Liegenschaftsverkauf für diverse Zwecke (Fläche in m²)	11.150	o. A.
Liegenschaftsverkauf/Tausch/Dienstbarkeit (Gesamtfläche in m²)	94.493	o. A.
Sachwertdotationen (WWFF, WBSF)	–	–
Liegenschaftsveräußerung von Kleingärten		
Anzahl der verkauften Lose	225	263
Verkaufte Kleingärten (Grundfläche in m²)	76.373	93.271
Einnahmen aus Kleingartenverkauf (Gesamtbetrag in EUR)	7.792.870	9.541.712
Baurechte		
Anzahl der vergebenen Baurechte	4	4
Baureifgestaltungen		
Anzahl der bearbeiteten Baureifgestaltungen	76	o. A.

[1] *o. A.: ohne Angabe.*

Liegenschaftstransaktionen

Die Tätigkeit der MA 69 im Transaktionsbereich umfasst den Grundan- und -verkauf, die Vertragsabschlüsse im Zuge von Baureifmachungen privater Liegenschaften sowie die Leistung von Entschädigungen gemäß den Bestimmungen der Bauordnung für Wien. Weiters werden Baurechte, z. B. zur Errichtung von Tiefgaragen, vergeben.

Grundfreimachungen

Das Referat für Grundfreimachungen besorgt entsprechend der Geschäftseinteilung des Magistrats „Freimachungen" städtischer Liegenschaften von Bestand- und Nutzungsrechten für die Durchführung aller Kommunalvorhaben des Hoch- und Tiefbaus und sonstiger Vorhaben der Stadt Wien sowie die Vorabschätzung von Freimachungskosten im Rahmen der Vorprüfung von Projekten (z. B. Revitalisierung von Marktgebieten). Das Freimachungsreferat nimmt auch die Sachwertschätzung von Kulturen und Anlagen diverser Kleingartenflächen, die überwiegend für städtische Erfordernisse (z. B. Straßenbau) frei zu machen sind, vor.

Grundverwaltung

Allgemeine Grundverwaltung

Die Reduktion der grundverwaltenden Fläche resultiert aus Grundverkäufen und aus der Ver-

Grundfreimachungen

Grundfreimachungen	2003	2002
Anzahl der Grundfreimachungen	7	12
Gesamtkosten der Freimachungen in EUR	791.215	675.753

Allgemeine Grundverwaltung

Allgemeine Grundverwaltung	2003	2002
Grundverwaltete Fläche in m²	ca. 8.300.000	ca. 9.300.000
Anzahl der Bestandverhältnisse (Pacht, Miete, Prekarien, exklusive Kleingärten)	ca. 2.000	2.162

Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung

Besondere Grundverwaltung

Baurechte	2003	2002
Baurechtsverwaltung (Anzahl)	ca. 1.800	ca. 1.790
Flächenzugang in m²	ca. 31.300	13.868
Flächenabgänge in m²	ca. 3.000	27.538

waltungsübertragung von Rebflächen an die MA 49 bzw. die Übergabe verpachteter Erholungsflächen an die Wiener Hafen GmbH. Teilweise erfolgte die Realisierung der endgültigen Flächennutzung und damit die Ausscheidung aus der bisherigen, interimistischen Grundverwaltung der MA 69.

Der Zugang stammt aus der Neubestellung von Baurechten auf städtischem Boden, der Abgang resultiert aus Grundverkäufen.

Siedlungs- und Kleingartenwesen

Siedlungs- und Kleingartenwesen	2003	2002
Kleingartenverwaltung (Fläche inklusive Gemeinschaftsflächen und Wege in m²)	6.178.976	6.218.488
Anzahl der verwalteten Kleingärten	16.509	16.623
Einnahmen aus General- bzw. Einzelpacht in EUR	7.888.892	7.492.385

Von der **Kleingartenkoordinierungsstelle** wurde im Jahr 2003 die Evidenthaltung und Fortschreibung von Kleingartendaten fortgesetzt. Auf Grund der fortschreitenden widmungsmäßigen Sanierung von Kleingartenanlagen sowie der Verkaufsaktion wurden Kleingartenverwaltung, Koordinierungsstelle und Geschäftsstelle des Kleingarten-Beirats in gesteigertem Maße als Informations- und Problemlösungsstelle in Anspruch genommen.

Grundbuchsangelegenheiten

Im Referat für Grundbuchsangelegenheiten wurden im Jahr 2003 unter anderem ca. 220 Grundbuchsgesuche und ca. 240 Urkunden verfasst sowie ca. 160 Verträge errichtet.

Bereiche der ehemaligen MA 40

Zentrale Liegenschaftsevidenz (ZLE)

Leistung	2003	2002
Auskünfte aus der Bundesdatenbank (Grundbuchsabfragen)	ca. 12.000	19.337
Eingelangte und analysierte Grundbuchsbeschlüsse	ca. 26.000	26.760
Bearbeitete Verträge der MA 69	ca. 370	581
Planliche Erfassung u. Archivierung von Teilungsplänen (exklusive Lageplänen)	ca. 450	417
Klärung der Verwaltungszuständigkeit in Zusammenhang mit Vermessungen	ca. 200	92
Anzahl der Geschäftsfälle (Akten), die zu Veränderungen des Grundeigentums (grundbücherlich und außerbücherlich) der von der ZLE geführten Eigentümer (z. B. Stadt Wien, Stiftungen, Fonds, öffentliches Gut) geführt haben	ca. 1.900	1.894
Für die Evidenthaltung der Flächenwidmung auf der Stadtkarte wurden folgende Unterlagen grafisch verarbeitet:		
„Bearbeitungsgebiete"	69	64
„Anträge auf Flächenwidmung"	135	86
„Genehmigte Plandokumente"	59	80
In der gesamten MA 69 wurden unter anderem folgende Grafiken erstellt:		
„Planausschnitte"	18.531	11.832 (nur MA 40)

Sachverständige

Leistung	2003	2002
Liegenschaftsbewertungen für MA 64	ca. 65	ca. 110
Liegenschaftsbewertungen für MA 47	ca. 75	ca. 60
Liegenschaftsbewertungen für MA 69	o. A.	ca. 400

Stadt Wien – Wiener Wohnen

Rahmenbedingungen

Im Jahr 2003 gab es eine Änderung im Bereich der Wohnungsvergabe. Die Mitarbeiter/innen der so genannten „Sozialen Schiene" von Wiener Wohnen wurden in die MA 50 integriert und erledigen dort mit den ebenfalls eingegliederten Mitarbeiter/innen der Wohnungskommission einen Teil der Wohnungsangelegenheiten.

In den Kundendienstzentren wurde mit der Teilung der bisher kleinsten organisatorischen Einheiten bei Wiener Wohnen, den so genannten „Gebietseinheiten", in zwei Subgebietseinheiten, den so genannten „Teams" begonnen.

Geschäftsverlauf und Finanzen

Die Unternehmung „Stadt Wien – Wiener Wohnen" konnte im Jahr 2003 Umsatzerlöse in Höhe von 723,2 Mio. EUR erzielen (Vergleichswert 2002: 694,3 Mio. EUR) und beendete das Wirtschaftsjahr mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von –8,5 Mio. EUR (Vergleichswert 2002: –39,3 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages und der Auflösung des Investitionsfreibetrags ergibt sich ein Bilanzverlust von 157,3 Mio. EUR (Vergleichswert 2002: 157,0 Mio. EUR). Die Bilanzsumme des Berichtsjahres betrug 9.081,7 Mio. EUR (Vergleich 2002: 9.200,4 Mio. EUR), der Eigenkapitalanteil 71,0 Prozent (Vergleich 2002: 70,0 Prozent). Die finanzielle Lage des Unternehmens gestaltet sich insgesamt positiv.

Personal

Bei einem **Dienstpostenstand** von 629 Posten waren im Jahr 2003 durchschnittlich 624 Vertragsbedienstete und Beamt/innen und 11 Lehrlinge bei Wiener Wohnen beschäftigt. Weiters waren per 31. Dezember 2003 101 **Planposten der MA 6 – Buchhaltungsabteilung 11** für Wiener Wohnen abgestellt. Diese Personen werden zwar im Stand der MA 6 geführt, die Unternehmung ersetzt jedoch der MA 6 die Personalausgaben zur Gänze.

Im Jahr 2003 wurde das **unternehmensinterne Schulungsprogramm** fortgeführt. Ergänzt wurde das Programm vor allem durch eine externe Facility-Management-Ausbildung an der Donauuniversität Krems, wodurch die teilnehmenden Mitarbeiter/innen mit den neuesten Ansätzen der ganzheitlichen Gebäudebewirtschaftung vertraut gemacht werden sollen.

Recht

Neben den Aufgaben in Zusammenhang mit der Einbringlichmachung von Rückstandsforderungen war das Rechtsreferat im Jahr 2003 weiterhin mit der Herstellung der Grundbuchsordnung der unternehmenszugehörigen Liegenschaften unter Einbindung der Magistratsabteilungen 41 und 69 beauftragt.

Zur Betreuung von laufend anfallenden Mietzinsrückständen wurden folgende Maßnahmen gesetzt:

Recht

Maßnahme	2003	2002
Anzahl der 1. Mahnungen	112.099	124.843
Anzahl der 2. Mahnungen	34.622	36.847
Räumungsklagen	8.099	9.323
Anträge auf Delogierung	3.083	3.421
Durchgeführte Delogierungen	1.233	1.209

Organisationsentwicklung

Strategie

Im Jahr 2003 wurde das Instrument des **„Führungskräfte - Feedbacks"** erstmalig zum Einsatz gebracht. Ziel dieser Maßnahme ist herauszufinden, wie Führungskräfte aus Sicht der Mitarbeiter/innen beurteilt werden und welche Eigenschaften eine erfolgreiche Führungskraft haben soll. Die Beurteilung erfolgt bottom-up in Anlehnung an die Struktur des Mitarbeiter/innenorientierungsgesprächs. Die Ergebnisse wurden vertraulich an die einzelnen Führungskräfte übergeben.

Im Rahmen des jährlichen Strategieseminars wurden in Gruppenarbeiten Stärken und Schwächen in der **Zusammenarbeit zwischen der Direktion und den Kundendienstzentren** erarbeitet, um diese Zusammenarbeit noch effektiver gestalten zu können.

Mitarbeiter/innen- und Kund/innenbefragungen

Im Jahr 2003 wurden Befragungen der Mitarbeiter/innen und der Kund/innen im Bereich der



Im Februar wurde in Meidling das neunte und letzte Kundendienstzentrum eröffnet.

Kundendienstzentren 9, 10, 21 und 22 durchgeführt. Die Ergebnisse waren eine weitere Bestätigung des bisher eingeschlagenen Weges hinsichtlich Kund/innenorientierung und Mitarbeiter/innenzufriedenheit und wurden in Workshops mit den betreffenden Kundendienstzentren aufgearbeitet.

Darüber hinaus wurden rund 8.000 Mieter/innen und alle Mitarbeiter/innen der Kundendienstzentren befragt, um die Leistungen der Hausbetreuungs GmbH evaluieren zu können. Das Ergebnis dieser Bewertungen war überdurchschnittlich gut.

Controlling

Bisher konnten an die Mitarbeiter/innen bei Erreichen des Kennzahlenziels Remunerationen aus den Kennzahlen „Leerstehungszeit bei Wohnungsinstandsetzung", „Erledigungsdauer Mieteransuchen", „Erledigungsdauer Wohnwerberansuchen" und „Rückstandsquote" ausgeschüttet werden. Mit der Magistratsdirektion vereinbart ist jedoch der Einsatz von insgesamt 8 Kennzahlen mit Remunerationsfähigkeit.

Im Jahr 2003 konnten zwei weitere Kennzahlen zum Einsatz gebracht werden:

- **„Rechnungserledigungsdauer"**: Remunerationsziel ist, dass mindestens 80 Prozent aller Rechnungen innerhalb von 27 Tagen gebucht werden
- **„Silent Shopping"**: Im 4. Quartal fanden in allen neun Kundendienstzentren Testbesuche durch Externe statt, um die vereinbarten Servicestandards überprüfen zu können. Das Ergebnis war mehr als zufriedenstellend.

EDV

Unterstützung von Geschäftsprozessen

Im Jahr 2003 wurde weiterhin an der elektronischen Einbindung bzw. Reorganisation von Geschäftsprozessen gearbeitet. Folgende Projekte befanden sich in Umsetzung:

- „Leerwohnung neu": Schon bisher war der Geschäftsprozess der Leerwohnungsinstandsetzung durch einen Workflow mittels Fabasoft Components unterstützt.
  Geänderte Rahmenbedingungen haben die Neustrukturierung dieses Geschäftsprozesses erforderlich gemacht.
- Baumkataster: Alle Bäume auf Liegenschaften von Wiener Wohnen sollen elektronisch erfasst werden (graphische Verortung in digitaler Form mit mobilen Geräten vor Ort). Ziel ist, die Zustandsdaten der Bäume zu erfassen und gesetzlich vorgeschriebene Überprüfungen in einer Inventurdatenbank zu dokumentieren.
- Spielplatzkataster: In Analogie zum Baumkataster sollen alle Spielgeräte in digitalen Plänen erfasst und die Prüfergebnisse dokumentiert werden.
- „Styleguide": Neugestaltung der Web-Applikation zur Erfüllung der Vorgaben des bundesländerweiten Styleguides.
  Einbindung der Mitteilungen der Kundenbetreuungs GesmbH sowie der Hausbetreuungs GesmbH in Fabasoft Components mittels SOAP-Schnittstelle zur Vermeidung eines Medienbruchs.

„Hausverwaltung neu"

Im Jahr 2003 wurden die Angebote der laufenden Ausschreibung des neuen Hausverwaltungssystems gemeinsam mit den Bietern in Hearings aufgearbeitet. Der Zuschlag wird voraussichtlich im Jahr 2004 erfolgen.

Marketing, Öffentlichkeitsarbeit

2003 war es erforderlich, eine Vielzahl von Broschüren neu aufzulegen, um sie geänderten Prozessabläufen anzupassen (z. B. Wohnungsrückgabe, Lokalvergabe ect.). Der so genannte **„Wohnungsanzeiger"** bietet Kund/innen die Möglichkeit, Angebote hinsichtlich Tausch und Direktvergabe von Wohnungen sowie Lokalvergabe in komprimierter Form zu finden.

Ansuchen um Gemeindewohnungen oder um Geschäftslokale können auch über Internet eingebracht werden. Die entsprechenden Internetseiten werden vom Marketingreferat mit allgemeinen Hinweisen hinsichtlich der Lage der Kundendienstzentren, der **Servicetelefonnummer 05 75 75 75**, den Voraussetzungen zur Erlangung einer Gemeindewohnung usw. versehen und ständig aktualisiert.

Bewerbungs- und Informationskampagnen waren Mitte des Jahres 2003 von besonderer Bedeutung, um die Kund/innen darüber zu informieren, dass Wiener Wohnen zukünftig über das **Call Center der Kundenservice GesmbH** erreichbar ist, und zwar täglich von 0 bis 24 Uhr.

Inseratschaltungen in Zeitungen und Zeitschriften sowie die Präsenz von Wiener Wohnen bei branchenspezifischen Veranstaltungen runden die Tätigkeiten in diesem Bereich ab.

Verwaltung von Wohnhausanlagen

Stadt Wien – Wiener Wohnen verwaltet rund 25 Prozent der am Wiener Wohnungsmarkt zur Verfügung stehenden Wohnungen und ist damit europaweit eine der größten Hausverwaltungen. In 2.050 Wohnhausanlagen mit über 18.000 Stiegen werden 220.000 mietzinstragende Wohnungen, 3.000 Hausbesorgerdienstwohnungen, 48.000 Garagen und Abstellplätze sowie 6.000 Lokale verwaltet (alle Werte sind gerundet).

Mietermitbestimmung

743 gewählte Mietervertreter/innen haben in 225 Wohnhausanlagen Wiener Wohnen bei der Entscheidungsfindung und Umsetzung neuer Sanierungsvorhaben sowie bei der laufenden Betriebsführung unterstützt und damit zur Mieter/innenzufriedenheit entscheidend beigetragen.

Mieteransuchen und Mietermitteilungen

Im Jahr 2003 wurden insgesamt 6.019 Mieteransuchen um bauliche Veränderungsmaßnahmen sowie 199.101 Mietermitteilungen allgemeiner Natur betreffend die Verwaltung der Wohnhausanlagen eingebracht.

Verwertung von Liegenschaften

Im Jahr 2003 wurden sechs Wohnhausanlagen nach Verkauf übergeben, weil sie dem Unternehmenszweck nicht mehr dienlich waren.

Leerwohnungsmanagement

Leerwohnungsinstandsetzung

Im Berichtszeitraum mussten 9.335 Wohnungen nach Beendigung des Mietverhältnisses instandgesetzt werden, bevor sie wieder vermietet werden konnten (das sind um 4,2 Prozent mehr als im Jahr 2002). Insgesamt wurden im Jahr 2003 99.409 Aufträge über ein Volumen von 35,16 Mio. EUR an Kontrahenten vergeben. Die Dauer der Leerwohnungsinstandsetzung konnte Dank des Engagements der beteiligten Mitarbeiter/innen weiterhin gering gehalten werden.

Wohnungsvergabe

Der Stand an vorgemerkten Wohnungswerber/innen zu Beginn des Berichtsjahres betrug 18.242. Im Berichtsjahr haben sich 13.424 Wohnungswerber/innen für die Zuteilung einer Wohnung neu vormerken lassen. Im selben Zeitraum konnten jedoch auch 11.034 Vormerkungen erledigt werden. Insgesamt ist die Zahl der vorgemerkten Wohnungswerber/innen damit gegenüber 2002 um 13,1 Prozent auf 20.632 gestiegen. Grund für den Anstieg war vor allem die weiterhin hohe Kundenakzeptanz der so genannten **„Jungwiener-Aktion"**, die jungen Wohnungssuchenden den leichten Zugang zu einer Gemeindewohnung ermöglichen soll.

Bauprojektmanagement

Im Rahmen des laufenden Sanierungsprogramms, das mit Treuhändern umgesetzt wird, wurden im Jahr 2003 13 Projekte mit einem auslösenden Bauvolumen von 12,6 Mio. EUR und 0,6 Mio. EUR Honorarkosten vergeben.

Im Bereich der **Wohnhaussanierungen** waren per 31. Dezember 2003 262 Sanierungs-Bauvorhaben in Umsetzung befindlich, die sich nach der Art der Finanzierung wie folgt untergliedern lassen:

- Mietzinsreserve: 79 Vorhaben,
- § 18-Verfahren ungefördert: 41 Vorhaben,
- § 18 Verfahren gefördert: 33 Vorhaben,
- Sockelsanierungen: 64 Vorhaben,
- Umschuldungen: 44 Vorhaben.

Von diesen wiederum werden 11 Vorhaben entsprechend der Thermischen Wohnhaussanierung (THEWOSAN) mit Vollwärmeschutzfassaden versehen. Genau 100 Bauvorhaben wurden im Jahr 2003 neu begonnen.

Eckdaten zu den verwalteten Einheiten im Sinn des MRG (Stand 31. Dezember)

Objekte	2002	2003
Selbst verwaltete Objekte		
Wohnhausanlagen	2.049	2.017
Gesamte Mietzins tragende Fläche in m²	13.322.199	13.289.238
Zahl der Stiegen oder Einzelobjekte	18.143	18.123
Mietzins tragende Wohungen	211.399	210.985
Haubesorgerdienstwohnungen	3.233	2.984
Garagen und Abstellplätze	48.011	47.894
Lokale	6.144	5.964
Bestand an Aufzugsanlagen	7.440	7.458
Bestand an Kinderspielplätzen	1.681	1.690
Hausgärten		
Anzahl neu gepflanzter Sträucher	38.158	41.939
Anzahl neu gepflanzter Bäume	933	883
Bestand an Waschküchen	5.220	5.220
Waschmaschinen	5.670	5.700
Zentrifugen	360	280
Trockner	5.190	5.240
Bügelmaschinen	350	420
Bestand an Schneeräumgeräten	1.920	1.872
Bestand an Handkehr- und Kehrsaugmaschinen	580	643
Fremd verwaltete Objekte		
Wohnhausanlagen	42	42
Wohnungen	7.396	7.073

Gebrechensdienst und laufende Instandhaltung

Anlassbezogen mussten im Jahr 2003 146.613 Aufträge über ein Volumen von rund 34,5 Mio. EUR an Kontrahenten vergeben werden (zusammen mit den Aufträgen aus der Leerwohnungsinstandsetzung bedeutet dies, dass aus diesen Bereichen insgesamt 246.022 Aufträge über ein Volumen von rund 69,6 Mio. EUR an die Wirtschaft erteilt wurden.

Hausbetreuung

Seit der Aufhebung des Hausbesorgergesetzes mit Wirksamkeit vom 1. Juli 2000 gelten in diesem Bereich die allgemeinen arbeitsrechtlichen Bestimmungen, wie das Arbeitszeitgesetz und das Arbeitsruhegesetz. Lediglich die bestehenden Dienstverhältnisse unterliegen nach wie vor dem Hausbesorgergesetz. Seit Ende des Jahres 2002 werden frei werdende Hausbesorgersprengel durch die eigens dazu gegründete Hausbetreuungs GesmbH übernommen.

Der Personalstand im Hausbesorgerbereich (aktive Dienstverhältnisse exklusive Abwesenheitsvertreter/innen) hat sich wie folgt entwickelt:

Stand per 31. Dezember 2002:	3.233
Gelöste Dienstverhältnisse bis 31. Dezember 2003:	207
Stand per 31. Dezember 2003:	3.026

Diese 3.026 Hausbesorger betreuten per 31. Dezember 2003 3.737 Hausbesorgerbereiche.

Outsourcing

Stadt Wien – Wiener Wohnen Hausbetreuungs GmbH

Die GmbH wurde von Wiener Wohnen mit dem Zweck gegründet, um einerseits den Mietern auch zukünftig eine hausbesorgerähnliche Betreuungsform bieten zu können und andererseits der vom Mietrechtsgesetz geforderten Angemessenheit der Hausbetreuungskosten gerecht werden zu können.

Der Leistungsumfang der GmbH beinhaltet neben Reinigungsarbeiten und Beaufsichtigungstätigkeiten auch Kleinreparaturen. Die Gehsteigreinigung im Winter ist noch nicht Teil des Unternehmensauftrags und muss daher noch von Fremdfirmen übernommen werden. Ende 2003 standen 164 Hausbetreuer/innen in einem aufrechten Dienstverhältnis zur GmbH und betreuten insgesamt 39 Hausbesorgerbereiche.

Stadt Wien – Wiener Wohnen Kundenbetreuungs GmbH

Diese GmbH wurde von Wiener Wohnen am 21. Juni 2002 mit dem Zweck gegründet, über die GmbH die Dienste eines Call Centers in Anspruch nehmen zu können.
Die Aufgaben des Call Centers bestehen in

- der allgemeinen Auskunftserteilung,
- dem Versand von Broschüren,
- dem Verfassen von Mietermitteilungen und deren Weiterleitung sowie
- der Entgegennahme und Weiterleitung von Störungsmeldungen und dem Abschluss von Terminvereinbarungen.

Die Notwendigkeit der Inanspruchnahme eines Call Centers ergab sich aus Kunden/innenbefragungen über die bessere telefonische Erreichbarkeit sowie einer externen Studie über die Erfüllung dieses Kund/innenwunsches. Die Mitarbeiter/innen von Wiener Wohnen sollen durch den Einsatz eines Call Centers von den zeitintensiven, repetitiven Prozessen entlastet werden, um ihr Fachwissen auf individuell komplexe Problemstellungen konzentrieren zu können.

Der Probebetrieb zu Beginn des Jahres 2003 in nur einem Kundendienstzentrum war sehr erfolgreich und konnte daher Mitte des Jahres 2003 in einen Vollbetrieb für alle Kundendienstzentren übergeleitet werden.

Ein paar ausgewählte Eckdaten zur Kundenbetreuungs GesmbH:

- **Service Level** (Anzahl der innerhalb von 20 Sekunden angenommenen Anrufe in Prozent): 81 Prozent.
- **Performance** (Anzahl der angenommenen Anrufe in Prozent der eingegangenen Anrufe): 96 Prozent.
- **First Time Fixed Rate** (Ersterledigungsrate): 96 Prozent.

Weisungsfreie Abteilungen

Weisungsfreie Abteilungen

Kontrollamt

In Erfüllung der ihm durch § 73 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien übertragenen Aufgaben hat das Kontrollamt auch im Geschäftsjahr 2003 eine intensive Prüftätigkeit in den Bereichen der Gebarungs- und Sicherheitskontrolle entfaltet. Die Sitzungen des Kontrollausschusses wurden am 12. und 30. September, 29. Oktober und 11. Dezember 2003 sowie am 23. Februar, 22. März und 22. April 2004 abgehalten. Insgesamt wurden 162 Geschäftsstücke behandelt, die im Einzelnen in dem im Juni 2004 dem Gemeinderat vorgelegten „Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über das Geschäftsjahr 2003" wiedergegeben sind. Die Berichte können im Internet unter der Adresse www.kontrollamt.wien.at eingesehen werden.

Unabhängiger Verwaltungssenat Wien (UVS)

Zuständigkeiten

Die unabhängigen Verwaltungssenate erkennen gemäß Art. 129a Abs. 1 B-VG nach Erschöpfung des administrativen Instanzenzuges, sofern ein solcher in Betracht kommt,

- in Verfahren wegen Verwaltungsübertretungen, ausgenommen Finanzstrafsachen des Bundes,
- in einigen Administrativverfahren, bei denen der Landeshauptmann von Wien oder der Magistrat der Stadt Wien Erstbehörde ist (z. B. nach dem Kraftfahrgesetz, Güterbeförderungsgesetz, Gelegenheitsverkehrsgesetz, Wiener Ausländergrunderwerbsgesetz), sowie – basierend auf dem Verwaltungsreformgesetz 2001 (BGBl. I Nr. 65/2002 vom 19. April 2002) – in Administrativverfahren des Anlagenrechts, des Gesundheitswesens und des Führerscheingesetzes sowie in Administrativverfahren nach dem Abfallwirtschaftsgesetz, Apothekengesetz, Ärztegesetz 1998, Bundesgesetz über Kranken- und Kuranstalten, Epidemiegesetz 1950, Forstgesetz, Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, Gewerbeordnung 1994, Hebammengesetz, Immissionsschutzgesetz – Luft, Luftfahrtgesetz, Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen, MTD-Gesetz, Schifffahrtsgesetz, Strahlenschutzgesetz, Tierseuchengesetz, Tuberkulosegesetz und Wasserrechtsgesetz,
- über Beschwerden von Personen, die behaupten, durch die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt in ihren Rechten verletzt zu sein, ausgenommen in Finanzstrafsachen des Bundes,
- in sonstigen Angelegenheiten, die ihnen durch die die einzelnen Gebiete der Verwaltung regelnden Bundes- oder Landesgesetze zugewiesen werden,
- über Beschwerden wegen Verletzung der Entscheidungspflicht in Angelegenheiten der Z. 1, soweit es sich um Privatklagesachen oder um das landesgesetzliche Abgabenstrafrecht handelt.

Entwicklung des Arbeitsanfalls

Im Berichtsjahr 2003 wurden beim UVS Wien insgesamt 9.734 Geschäftsfälle judizieller Art anhängig. Die Statistik zeigt, dass sich der Akteneinlauf, der sich in den letzten Jahren konstant innerhalb einer gewissen Bandbreite bewegte (1998: 11.474, 1999: 11.273, 2000: 11.127, 2001: 11.498 und 2002: 11.145), im Jahr 2003 stark rückläufig war. Auf die einzelnen Rechtsmaterien bezogen ergibt sich folgende Verteilung:

	Verfahren
Arbeitnehmerschutz	85
Arbeitszeitrecht	26
Ausländerbeschäftigungsrecht	527
Baurecht	342
Gewerberecht	722
Landesgesetzliches Abgabenstrafrecht	168
Lebensmittelrecht	373
Maßnahmenbeschwerden, Beschwerdeverfahren nach dem Sicherheitspolizeigesetz und dem Versammlungsgesetz sowie Berufungen nach dem Ausländergrunderwerbsgesetz und dem Sicherheitspolizeigesetz	108
Polizeistrafrecht	2.791
Ruhender Verkehr und Parkometersachen	3.156
Schubhaftbeschwerden	71
Sonstige Rechtsmaterien (Mixta)	533

Art der Erledigungen

Im Berichtszeitraum wurden von den insgesamt 11.827 Erledigungen 11.589 judizielle Geschäftsfälle bescheidmäßig erledigt (die Differenz ergibt sich aus Zurückziehungen von Berufungen oder Beschwerden, Abtretungen wegen fehlender Zuständigkeit etc.). Von den bescheidmäßigen Erledigungen entfielen 177 auf Beschwerdeverfahren und 11.412 auf Berufungsverfahren.

Von den 11.412 Berufungsverfahren waren 1.558 Berufungsverfahren (13,7 Prozent) mit Zurückweisung, z. B. wegen verspäteter Einbringung des Rechtsmittels oder fehlender Parteistellung zu erledigen. In 4.172 Fällen (36,6 Prozent) wurde die Berufung als unbegründet abgewiesen. In 2.721 Fällen (23,8 Prozent) war der Berufung vollinhaltlich stattzugeben, 549 Fälle (4,8 Prozent) sind als verjährt ausgewiesen. In 2.412 Fällen (21,1 Prozent) war der Berufung teilweise Erfolg beschieden (Teileinstellung, Strafherabsetzung usw.).

Beschwerden an die Gerichtshöfe öffentlichen Rechts

Im Berichtsjahr wurden 137 Bescheide des UVS Wien vor den Gerichtshöfen öffentlichen Rechts in Beschwerde gezogen (beim Verfassungsgerichtshof wurden 16 Verfahren anhängig gemacht und der Verwaltungsgerichtshof hat die judizierenden Mitglieder in 121 Fällen zur Erstattung einer Gegenschrift aufgefordert). Gemessen an der Zahl der Erledigungen (11.589) ergibt dies 1,18 Prozent.

Weisungsfreie Abteilungen

Volksanwaltschaft

Im Berichtsjahr waren drei Anfragen der Volksanwaltschaft zu beantworten.

Unabhängiger Bedienstetenschutzbeauftragter (UBSB)

Mit dem W-BedSchG 1998 wurde der unabhängige Bedienstetenschutzbeauftragte als Organ zur Kontrolle der Einhaltung dieses Gesetzes und der dazu ergangenen Verordnungen geschaffen. Der unabhängige Bedienstetenschutzbeauftragte wird durch einen rechtskundigen Bediensteten, zwei Bedienstete des Fachverwaltungsdienstes, zwei Fachbedienstete des technischen Dienstes und zwei Kanzleibedienstete unterstützt. Für die verschiedenen Fachbereiche stehen jeweils kompetente Ansprechpartner/innen zur Verfügung.

Der Tätigkeitsbereich des unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten umfasst sämtliche Magistratsdienststellen ausgenommen jene, die unter das Arbeitnehmer/innenschutzgesetz fallen, das sind derzeit die MD-Personalstelle Wiener Stadtwerke, Wiener Wohnen, Wien Museum, städtische Friedhofsgärtnereien und städtische Steinmetzwerkstätte, MA 44, MA 49 sowie der KAV. Der unabhängige Bedienstetenschutzbeauftragte ist als Kontrollorgan konzipiert, er ist jedoch keine Behörde und kann daher keine hoheitlichen Akte setzen. Die Dienstgeberin ist allerdings verpflichtet, nach Maßgabe der vorhandenen Möglichkeiten begründeten Verlangen des unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten Rechnung zu tragen oder diesem den Grund für eine allfällige Nichterfüllung mitzuteilen. Der unabhängige Bedienstetenschutzbeauftragte kann von den Dienststellenleiter/innen Auskünfte einholen und Berichte verlangen sowie Einsicht in alle den Bedienstetenschutz betreffende Unterlagen nehmen und Dienststellen besichtigen. Schließlich steht ihm das Recht zu, dem/der zuständigen amtsführenden Stadtrat/Stadträtin bzw. dem Magistratsdirektor zu berichten.

Der unabhängige Bedienstetenschutzbeauftragte ist in Ausübung seiner Funktion an keine Weisungen gebunden. Er ist verpflichtet, Verschwiegenheit über alle ihm von den Bediensteten gemachten Mitteilungen zu wahren, die der Sache nach oder auf Wunsch der Bediensteten vertraulich zu behandeln sind.

Der unabhängige Bedienstetenschutzbeauftragte und seine Mitarbeiter/innen lassen sich bei ihrer Tätigkeit von folgenden Grundsätzen leiten:

- Verständnis der Kontrolle als konstruktives Mitwirken an der Umsetzung bedienstetenschutzrechtlicher Vorschriften und des diesen zugrundeliegenden Gedankengutes im Interesse der Bediensteten.
- Kontrolle aus der Sicht des Schutzzieles und der unterschiedlichen Gefährdungspotentiale.
- Beachtung ökonomischer Gesichtspunkte, wobei jedoch Erfordernisse, insbesondere zur Beseitigung von Gefahren für Leib und Leben, nicht wirtschaftlichen Interessen und Erwägungen untergeordnet werden können.
- Information und Beratung der Dienststellenverantwortlichen, der Sicherheitsvertrauenspersonen und der Mitarbeiter/innen als Teil der Kontrolle zwecks effizienter Umsetzung des Bedienstetenschutzes.
- Bemühen um einen unmittelbaren Kontakt mit den Bediensteten.
- Aktives Interesse an einer guten Zusammenarbeit mit den für den Bedienstetenschutz verantwortlichen Dienststellen.
- Aktives Interesse an einer guten Zusammenarbeit mit den Sicherheitsvertrauenspersonen, Brandschutzbeauftragten, den Arbeitsmediziner/innen und Sicherheitsfachkräften sowie der Personalvertretung.

Aus der Sicht eines Kontrollorganes kann bei einer Rückschau auf die Zeit seit In-Kraft-Treten des Wiener Bedienstetenschutzgesetztes (W-BedSchG) hinsichtlich dessen Umsetzung durch die Dienstgeberin Folgendes festgehalten werden:

- Die im Gesetz vorgesehene **Erstevaluierung** (Ermittlung und Beurteilung der Gefahren) wurde durchgeführt. Die Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente liegen vor und enthalten eine Liste der festgestellten Mängel mit einer Dringlichkeitsreihung für deren Behebung. Ein beträchtlicher Teil der dringlichen Mängel wurde behoben und auch Nach- bzw. Neuevaluierungen zur Sicherung der Aktualität der Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente vorgenommen. Die im W-BedSchG vorgesehene laufende Betreuung der Dienststellen durch **Arbeitsmediziner/innen und Sicherheitsfachkräfte** ist eingerichtet.
- Nach Maßgabe der Festlegungen in den Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumenten werden **Eignungs- und Folgeuntersuchungen** durch die Arbeitsmediziner/innen durchgeführt.
- Auf Grund der Festlegungen in den Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumenten werden **Impfungen**, die nach dem W-BedSchG anzubieten sind, verabreicht.
- Die Modalitäten zur Untersuchung der Augen und des Sehvermögens bei **Bildschirmarbeit** und zur Bereitstellung einer Bildschirmarbeitsbrille sind geregelt und ein Augenfacharzt von der Gemeinde Wien beauftragt.
- Auf Anregung des Büros des unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten wurde die **Dienstbekleidungsordnung** (DBO 2001) neu gefasst, sodass in dieser nur mehr Dienstbekleidung im engeren Sinn und nicht mehr die persönliche Schutzausrüstung enthalten ist, für die es im W-BedSchG ohnedies ausreichende Vorgaben gibt. Damit ist auch eine unbürokratischere und raschere Beschaffung der persönlichen Schutzausrüstung durch die jeweilige Dienststelle möglich.
- Über Anregung des Büros des unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten wurde die **Heizungs- und Lüftungsvorschrift** dahingehend geändert, dass es unter bestimmten Voraussetzungen gestattet ist, nächtens die Fenster im gekippten Zustand zu belassen, um bessere raumklimatische Verhältnisse während der warmen Jahreszeit zu erreichen.

- Bei **Neu-, Zu- und Umbauten** werden die Präventivdienste im Rahmen ihrer Einsatzzeit zur Beurteilung der Erfordernisse des Bedienstetenschutzes beigezogen.
- Ein Teil der erforderlichen **Brandschutzbeauftragten** ist bestellt.
- **Sicherheitsvertrauenspersonen** sind praktisch flächendeckend bestellt. Im Hinblick auf die nach einer Dauer von vier Jahren auslaufenden Funktionen wurde eine Wiederbestellung vorgenommen.
- Auf Grund der Verordnung der Wiener Landesregierung über zu treffende Maßnahmen auf dem Gebiet der Ersten Hilfe für in Dienststellen der Gemeinde Wien beschäftigte Bedienstete sind **Ersthelfer/innen** bestellt.
- Die in den Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumenten vorgesehenen **Unterweisungen** werden in Zusammenarbeit mit Arbeitsmediziner/innen und Sicherheitsfachkräften zunehmend durchgeführt.

Im Zuge der Umsetzung des W-BedSchG in die Verwaltungspraxis war der unabhängige Bedienstetenschutzbeauftragte im Rahmen von vorbereitenden Gesprächen immer wieder eingebunden.

Hauptschwerpunkte der Tätigkeit im Jahr 2003 waren:
- Hinwirken auf die **Beseitigung der Mängel** insbesondere mit sofortigem bzw. baldigem Handlungsbedarf, die anlässlich der Evaluierung festgestellt wurden.
- Besichtigung von Arbeitsstätten gemeinsam mit Arbeitsmediziner/innen und Sicherheitsfachkräften zur Erfassung bestehender Mängel und Erörterung der Maßnahmen zu deren Behebung mit den Dienststellenverantwortlichen.
- Befassung mit **Arbeitsunfällen**, bei denen Sicherheitsmängel nicht ausgeschlossen werden konnten. Generell kann gesagt werden, dass die Bereitschaft, Maßnahmen zu setzen, um weitere Unfälle zu vermeiden, gegeben ist.
- **Erfassung sämtlicher Arbeitsstätten**, die unter den Geltungsbereich des W-BedSchG fallen, mit laufender Aktualisierung der vorhandenen Aufzeichnungen.

Darüber hinaus wurden diverse Einzelprobleme behandelt, wie etwa:
- Sicherung der Flucht im Gefahrenfall
- Raumklima in einzelnen Arbeitsräumen
- Nichtraucher/innenschutz in einzelnen Dienststellen
- Gefahrenstellen an Maschinen, Geräten etc.
- Lagerung von Arbeitsstoffen
- persönliche Schutzausrüstung bzw. Dienstbekleidung für Mitarbeiter/innen
- unergonomische Bildschirmarbeitsplätze
- psychische Belastung am Arbeitsplatz
- elektromagnetische Einflüsse.

Weiters wurde durch den unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten die **Artikelserie in „Wien aktuell"** betreffend Bedienstetenschutz mit den Themen „Wenn der Beruf die Gesundheit bedroht" und „(Beinahe-)Unfälle" fortgesetzt. Diese



Cartoon: UBSB (ars comica)

Sicherheitsvertrauenspersonen (SVP) sind Bedienstetenvertreter/innen mit besonderer Funktion bei der Sicherheit und beim Gesundheitsschutz.

Artikel können, ebenso wie die bisher erschienenen, auch im Intranet des Magistrats nachgelesen, sowie Cartoons zu diesen Themen ausgedruckt werden. Den Leser/innen von „Wien aktuell" war es auch möglich, an einem vom unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten gemeinsam mit der MA 42 veranstalteten Preisausschreiben zu fachbezogenen Themen teilzunehmen und es konnten dabei Pflanzengutscheine, die von der MA 42 zur Verfügung gestellt wurden, gewonnen werden.

Es stehen **Merkblätter** zu den Themen Sicherheitskennzeichnung von Fluchtwegen und Notausgängen, Erste-Hilfe-Kästen, Handhabung von Leitern, Fluchtwege, im Bedienstetenschutz tätige Personen und Einrichtungen, Motorkraftbetriebene Türen und Tore, Evaluierung, Sicherheitsvertrauenspersonen, Arbeitsstätten und Arbeitsstoffe als „W-BedSchG LIGHT" sowie Informationen über Brandschutz, Infektionsrisiko-Verletzungen und weiters eine **„Gesunde Seite"** zur Verfügung.

Die maßgeblichen Vorschriften zum Thema Bedienstetenschutz sind
- das Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 – W-BedSchG 1998 (LGBl. 49/1998),
- der Erlass der Magistratsdirektion betreffend Geltungsbereich des W-BedSchG 1998 und Zuständigkeiten (MBS-25/99),
- die Richtlinie 89/654/EWG des Rates über

Mindestvorschriften in Arbeitsstätten sowie

- zum W-BedSchG 1998 erlassene Verordnungen samt den mit diesen Verordnungen in Wirksamkeit gesetzten Verordnungen zum Arbeitnehmer/innenschutzgesetz betreffend Bildschirmarbeit (LGBl. 8/1999), Bildschirmarbeit (BGBl. 124/1998), biologische Arbeitsstoffe (LGBl. 6/1999), biologische Arbeitsstoffe – VbA (BGBl. 237/1998), Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente (LGBl. 4/1999), Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente – DOK-VO (BGBl. 478/1996), Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung (LGBl. 5/1999), Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung – KennV (BGBl. 101/1997), Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz (LGBl. 7/1999, 14/2000), Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz – VGÜ (BGBl. 27/1997, 412/1999), Sicherheitsvertrauenspersonen (LGBl. 3/1999), Erste Hilfe (LGBl. 16/1999, 59/2000), Maßnahmen auf dem Gebiet des Brandschutzes (LGBl. 23/1999), Grenzwerte für Arbeitsstoffe (LGBl. 109/2001, 34/2003), Grenzwerte für Arbeitsstoffe – GKV 2003 (BGBl. 253/2001, 184/2003), Benutzung von Arbeitsmitteln (LGBl. 24/2003). und Benutzung von Arbeitsmitteln – AM-VO (BGBl. 164/2000, 313/2002).

Im **Intranet** besteht die Möglichkeit, diese zu speichern und auszudrucken.

EU-Audit

Im Zuge der Evaluierung der österreichischen Arbeitsaufsichtsbehörden durch die EU wurde auch die Einrichtung des unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten von einem Team von Arbeitsinspektoren aus Frankreich, Schweden und den Niederlanden besucht. Die Arbeit des unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten im Interesse der Erreichung von Verbesserungen bei der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz fand durchaus positive Bewertung. Es wurden ihm hochqualifizierte Mitarbeiter/innen und Arbeitsmethoden sowie engagierte und motivierte Kontrollorgane attestiert.

Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien (KJA)

Sozialarbeit

Der Begriff „Kindeswohl" ist ein zentraler Bestandteil der Sozialarbeit mit Kindern und Jugendlichen und soll vor allem im sozialarbeiterischen Handeln der Kinder- und Jugendanwaltschaft im Fokus der getätigten Beratungen und Interventionen der KJA stehen. Juristisch gesehen zieht sich der Begriff des „Kindeswohls" durch eine Menge Paragraphen. Es ist viel einfacher, diesen Begriff in juristischen Texten zu finden, als ihn in der pädagogischen oder kinderpsychologischen Fachliteratur definiert zu sehen.

Nun ein Versuch, den Begriff über die Forderung des § 146 ABGB an die Eltern, die Erziehung und Entfaltung der körperlichen, geistigen, seelischen und sittlichen Kräfte zu gewährleisten:

- Die Überprüfung der körperlichen Versorgung ist im Allgemeinen noch am einfachsten zu bewerkstelligen: Als Gradmesser für die altersgemäße ordentliche Pflege, Ernährung und medizinische Betreuung können unter anderem das äußere Erscheinungsbild, das Vorhandensein von regelmäßigen ärztlichen Kontrollen (Mutter-Kind-Pass, Impfpass) und Ähnliches dienen. Über die körperliche Schiene ist auch bei massiver körperlicher Gewalt am ehesten ein Verstoß gegen das „Gewaltverbot" in der Erziehung festzustellen: Verletzungen wie Schürfspuren, Hämatome, auch Knochenbrüche sprechen eine eindeutige Sprache.
- Bei der gebotenen Förderung im geistigen Bereich wird es schon schwieriger – bei schulpflichtigen Kindern ist die Regelmäßigkeit des Schulbesuchs ein hilfreicher Parameter, aber bei kleineren Kindern grundsätzlich die Lernfreude, die Fähigkeit, sich selbst etwas zuzutrauen, die Sprachentwicklung zu fördern, ist in manchen Familien bereits eine Aufgabe, die die Erziehungsberechtigten an den Rand ihrer eigenen Möglichkeiten bringt.
- Kindeswohl im psychischen Bereich definiert sich im weiteren Rahmen über Sicherheit, Geborgenheit und Zuwendung – mit allen seinen Gefühlen angenommen zu werden, die eigenen Gefühle auch zulassen zu können, ständige Bezugspersonen zu haben, die feinfühlig auf die jeweiligen Bedürfnisse des Kindes eingehen, nicht abgewertet, nicht überfordert zu werden. Abhängig vom Alter des Kindes ist das Fehlen dieses Angebots unterschiedlich schwer festzustellen und zeigt sich dann oft auch erst in der beginnenden oder massiven Manifestation von Defiziten.
- Die so genannten sittlichen Kräfte spiegeln sich primär im Sozialverhalten wider: Verantwortung und Grenzsetzung für sich und andere, Regeln befolgen und eigene Bedürfnisse nicht auf Kosten anderer auszuleben – hier zeigt sich abweichendes Verhalten oft auch erst in der Schule, wenn Kinder beginnen, Teil einer Gemeinschaft zu sein und mit dieser Aufgabe überfordert sind.

So schwierig (und im eben dargestellten Ansatz auch nur rudimentär aufgezeigt) die Definition des Kindeswohls ist, so schwierig ist auch die Abgrenzung zum Gegenteil davon, der **Kindesgefährdung**. Laut Gesetz ist der Jugendwohlfahrtsträger, in Wien die MA 11, aufgerufen, diese Unterscheidung zu treffen. Die Kindesgefährdung ist ein Bereich, der sich in den vergangenen Jahren verändert hat, in vielen Teilbereichen auch professionalisiert hat und Zugänge kritischer hinterfragt (sicher auch im Zusammenspiel mit der Aufwertung und vermehrtem wissenschaftlichem Schwerpunkt der Ausbildung, weg von der dreijährigen Akademie für Sozialarbeit hin zur vierjährigen Fachhochschule). Innerhalb der Arbeit am Amt für Jugend und Familie muss für die korrekte Dokumentation bereits beim Erstkontakt eine Unterscheidung zwischen Sozialem Dienst, Abklärungsverfahren oder Unterstützung der Erziehung getroffen werden. Damit wird auch im juristischen Sinne eine wichtige Entscheidung auf der Gratwanderung zwischen Kindeswohl und

Kindesgefährdung getroffen.

Im Bereich der **Sozialen Dienste** wendet sich eine Mutter/ein Vater oder eine sonstige Bezugsperson eines Kindes an die Behörde, ersucht um Information, Beratung oder Hilfestellung, agiert grundsätzlich erziehungskompetent und wird als Kunde einer Dienstleistung gesehen, die im Sinne des Kindeswohls vom Jugendwohlfahrtsträger abgedeckt wird. Viele Kontakte in diesem Bereich sind auch der Präventionsarbeit zuzuordnen.

Bei einem **Abklärungsverfahren** kommt es im Vorfeld zu der Vermutung einer Gefährdung (die von wem auch immer – sei es Privatperson und/oder Institution – an den Jugendwohlfahrtsträger herangetragen wird), die unter dem Blickwinkel des Kindeswohls abzuklären ist. Die Methodenauswahl birgt häufig Konfliktpotential in sich, da dabei zwischen Eltern- und Kinderrechten abgewogen werden muss und es manchmal sehr schwierig ist, in einer Person den Spagat zwischen diesen beiden Forderungen durchzuhalten. Sosehr mehr Reflexionsbereitschaft, ein sensiblerer Umgang und erhöhte Transparenz mit und für alle/n Beteiligten, mehr Bereitschaft zur Vernetzung, auch mit den anderen involvierten Berufsgruppen der Lehrer/innen, Sozialpädagog/innen, Psycholog/innen etc., zu begrüßen ist, so darf trotzdem der primäre Schutz des Kindes nicht aus den Augen verloren werden. Bei allem Respekt vor der grundsätzlichen Eigenverantwortung von Eltern ihren Kindern gegenüber darf nicht vergessen werden, dass Eltern meist aus Mangel an eigenem Handlungsspielraum ihre Kinder gefährden – oft in einem Ausmaß, das erst nach Jahren, wenn Hilfestellung im ambulanten Bereich beinahe unmöglich geworden ist, zu sehen ist. Solange das Kindeswohl als das höchste Gut in diesem sensiblen Balanceakt deklariert wird, ist jede – auch unkonventionelle – Methodenvielfalt gerechtfertigt. Ziel kann es nur sein, ein Ende der Gefährdung und eine Sicherung des Kindeswohls durch die (auch im JWG explizit festgehaltene) „gelindeste" Maßnahme zu gewährleisten.

Bei der so genannten **Unterstützung der Erziehung** ist bei dem vorab durchgeführten Abklärungsverfahren die Gefährdung des Kindes/der Kinder festgestellt worden und die Familie hat die Möglichkeit, in Kooperation mit dem Amt für Jugend und Familie eine Arbeitsvereinbarung einzugehen, die detailliert auflistet, welche Handlungsschritte zu setzen sind, um die Gefährdung des Kindes wieder abzuwenden. Diese Vereinbarung hat das zu bearbeitende Problem und daraus resultierende Maßnahmen, einen Zeitrahmen und die zu setzenden Konsequenzen zu definieren, falls die Forderungen der Jugendwohlfahrtsbehörde nicht erfüllt werden. Erklären sich Eltern nicht damit einverstanden, kann ihre Zustimmung auch durch einen Gerichtsbeschluss ersetzt werden.

Sosehr grundsätzlich die reflektiertere Haltung und das methodische Hinterfragen vor jedem neu zu setzenden Arbeitsschritt zu begrüßen sind, so haben sich durch diesen Arbeitsansatz doch einige Zugänge verändert: Durch die deklariert anfragebezogenen Kontakte im Rahmen der Sozialen Dienste sinkt die Chance, über eine umfassende Anamnese die gesamte Familiensituation zu erfassen und gegebenenfalls rechtzeitig etwaigen Defiziten mit Hilfsangeboten gegenzusteuern. Da vorab schon viele Dienstleistungen (z. B. KTH- und WIJUG-Anmeldung, Erstanträge Sozialhilfe etc.) in andere Bereiche ausgelagert wurden, findet der Kontakt mit dem AJF-Sozialarbeit zunehmend über Gefährdungsmeldungen statt und so genannte „Jugendamtsfamilien" laufen noch mehr Gefahr, stigmatisiert zu werden – ein Anstieg der Abklärungsverfahren ist laut Jahresbericht der MA 11 jedenfalls zu verzeichnen.

Viele Hilfsangebote, die noch vor einigen Jahren von allen Bevölkerungsgruppen in Anspruch genommen werden konnten, öffnen ihren Zugang nun nur mehr Betroffenen unter dem Titel Unterstützung der Erziehung, eine Einschränkung, die sich nicht primär an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen nach z. B. Therapie orientiert, sondern als „Eintrittskarte" die Erziehungskompetenz der Eltern definiert.

Prozessbegleitung 2003

Im vorliegenden Zeitraum wurden 29 psychosoziale und juristische Prozessbegleitungen (PB) durchgeführt. Das sind, verglichen mit dem Vorjahr, um 17 Prozent weniger. Betroffen waren 37 Kinder bzw. Jugendliche, 20 Prozent unter dem Wert des letzten Berichtzeitraumes. Diese zahlenmäßige Reduktion resultiert aus der Fokussierung auf Kinder unter sieben Jahren und aus der Tatsache, dass bei Älteren (abgesehen von einzelnen Ausnahmen) nur Buben und männliche Jugendliche begleitet werden. Diese Verschiebung der Zuständigkeit ist möglich geworden, da die Begleitung von Mädchen und jungen Frauen, die Opfer von Gewalt wurden und in einem Strafprozess auszusagen haben, sehr gut ist. Dies wird durch folgende **Beratungsstellen** gewährleistet: „Die Möwe"-Kinderschutzzentrum, „Beratungsstelle für sexuell missbrauchte Mädchen und junge Frauen" und „Tamar".

Von einer Verminderung des Arbeitsaufwandes durch die Verschiebung kann hingegen nicht gesprochen werden, da die Begleitung von Kleinkindern eine intensive Vorbereitungszeit benötigt und eine sehr enge Kooperation der involvierten Fachkräfte und Betroffenen notwendig macht und Buben bzw. männliche Jugendliche als Zeugen in einem Strafverfahren durch besondere Dynamiken auffallen. Zum besseren Verständnis sollen exemplarisch einige Schwerpunkte erwähnt werden:

- Die Übergriffe werden ähnlich wie bei Mädchen oder jungen Frauen fast ausschließlich durch Männer oder männliche Jugendliche verursacht. Daher taucht unvermeidbar die Frage der Geschlechtsidentität auf. Zum Beispiel, dass der Jugendliche meint, homosexuell zu sein.
- Meistens betrifft es nicht nur einen Burschen, sondern mehrere.
- Oft sind auch mehrere Täter, z. B. bei Pädosexuellenringen, involviert.

Weisungsfreie Abteilungen

Gesamtstatistik KJA 2003

Kategorien Einzelfall Juli 2002–Juni 2003	
Allgemein	661
Allgemeine Rechtsfragen	346
Arbeit	95
Besuchsrecht	289
Erziehungsprobleme	303
Freizeit	123
Gesundheit	58
Heim/WG/Krise	206
Jugenddelikte	160
Kindesabnahme	80
Missbrauch	504
Misshandlung	217
Obsorge	391
Schule/KTH	238
Sexualität	89
Trennung/Scheidung	162
Umwelt/Verkehr	34
Unterhalt	137
Vaterschaft	23
Verselbständigung	159
Wohnen	47
Gesamt	**4.322**

Einzelfall Juli 2002–Juni 2003		
Juli	281	
August	271	
September	358	
Oktober	378	
November	401	
Dezember	348	
Jänner	351	
Februar	360	
März	355	
April	371	
Mai	442	
Juni	406	
Gesamt	**4.322**	
Männlich	309	37 %
Weiblich	534	63 %
Info	1.447	34 %
Beratung	2.875	66 %

- Meist ist der Verursacher (Täter) kein Mitglied der Familie.
- Auch die Umwelt reagiert bei Burschen oft verständnisloser, weil z. B. männlich und Opfer sein nicht akzeptiert wird.
- Es engagieren sich bei männlichen Zeugen die Väter weit mehr, sind sehr mühsam von der Sinnhaftigkeit der PB zu überzeugen und wollen sehr schnell wieder zur normalen Tagesordnung zurückkehren.

Aus den angeführten Gründen und auch, um der Buben-PB ähnlich wie bei der Mädchen-PB einen adäquaten Standard bieten zu können, wurde ein eigener **Arbeitskreis** ins Leben gerufen. Eine wichtige Aufgabe dieser Runde war es, einen speziellen Folder zu entwickeln, der Vätern und betroffenen Burschen helfen soll, die Wichtigkeit von PB deutlich zu machen. An diesem Arbeitskreis beteiligten sich: Annelies Strolz – „die Möwe"-Kinderschutzzentrum, Thomas Fröhlich „Wiener Männerberatungsstelle", Alain Schmitt, Holger Eich – „Unabhängiges Kinderschutzzentrum" und Peter Wanke von der Kinder- und Jugendanwaltschaft.
Ein Vergleich mit dem Vorjahr zeigt folgende Entwicklung:

- Die Rate der jugendlichen Täter ist mit 7 Prozent etwas geringer.
- Die Zahl der Verurteilungen ist von 50 Prozent auf 24 Prozent gesunken.
- Die Aufteilung männliche/weibliche Opfer ist mit ca. 50 Prozent ähnlich dem Vorjahr ausgewogen und im Verhältnis zu österreichweiten Zahlen untypisch. Dies kann eindeutig mit der Schwerpunktsetzung in Verbindung gebracht werden.
- Auch das Übergewicht von 86 Prozent sexueller Delikte ist ähnlich hoch geblieben.

Für all jene, die an einer ausführlichen Zusammenfassung unserer Tätigkeit im Jahr 2003 Interesse haben, ist eine kostenlose Zusendung des **Jahresberichts** der KJA möglich (www.kja.at).

Wiener Patientenanwaltschaft (WPA)

Die Wiener Patientenanwaltschaft ist eine Einrichtung des Landes Wien und besteht seit 1. Juli 1992. Als Rechtsgrundlage dient das Gesetz über die Wiener Patientenanwaltschaft, LGBl. für Wien Nr. 19/1992. Das Gesetz beauftragt die Wiener Patientenanwaltschaft mit der Wahrung und Sicherung der Rechte und Interessen der Patienten in allen Bereichen des Gesundheitswesens in Wien. Die Zuständigkeit umfasst daher Krankenanstalten, Pflegeheime, Rettung und Krankenbeförderung, Dienste im Gesundheitsbereich, frei praktizierende Ärzt/innen, Apotheken, Dentist/innen, Hebammen usw.

Im Berichtsjahr wurde der Wiener Patientenanwalt von fünf Jurist/innen, einer Fachbediensteten des Verwaltungsdienstes, zwei Ärzten in Teilzeit, fünf Fach- und Kanzleikräften sowie einer Amtsgehilfin unterstützt. Der Sach- und Personalaufwand wird zur Gänze vom Land Wien getragen.

Die Tätigkeit der Wiener Patientenanwaltschaft ist entsprechend dem gesetzlichen Auftrag sehr umfangreich und vielfältig:

- Behandlung von Beschwerden,
- Prüfung von Anregungen,
- Aufklärung von Mängeln oder Missständen sowie die Abgabe von Empfehlungen zur Abstellung derselben,
- Erteilung von Auskünften,
- Beratung und Information über das Wiener Gesundheits- und Spitalswesen sowie deren sachgemäße Inanspruchnahme, über Patien-

tenrechte, deren Anwendung und Durchsetzung, zu allen Fragen im Zusammenhang mit dem Pflegegeld, über Hauskrankenpflege und Soziale Dienste,
- Vermittlung bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Patient/innen und Gesundheitsdiensten, in Versicherungsangelegenheiten, in Pflegegebühren- und Honorarfragen,
- Hilfestellung zur außergerichtlichen Schadensregulierung bei Patientenschäden im Zusammenhang mit medizinischer Betreuung, bei der Bewältigung organisatorischer Probleme,
- Zusammenarbeit mit den Sozialversicherungsträgern, mit den privaten Versicherungsanstalten, mit den gesetzlichen Vertretungen der freien Berufe (Kammern, Innungen), mit der Pharmaindustrie, mit allen medizinischen Selbsthilfegruppen.

Gesetzliche Verschwiegenheitspflichten sind gegenüber der Wiener Patientenanwaltschaft nicht wirksam, der Wiener Patientenanwalt und seine Mitarbeiter unterliegen jedoch der vollen Amtsverschwiegenheit. Kosten und Abgaben sind bei Inanspruchnahme der Wiener Patientenanwaltschaft nicht zu entrichten. Die Funktion eines Rechtsanwaltes übt der Wiener Patientenanwalt nicht aus. Er kann daher niemanden vor Gericht oder Behörden vertreten.

Die Wiener Patientenanwaltschaft ist eine **unabhängige und weisungsfreie Anlaufstelle im Wiener Gesundheits- und Spitalsbereich**. Sie wird nicht nur von Patient/innen, sondern auch von Ärzt/innen und Gesundheitsdiensten in Anspruch genommen. Ihre Tätigkeit dient der Stärkung der Position der Patient/innen, der weiteren Verbesserung des Verhältnisses zwischen Patient/innen und allen Gesundheitsdiensten sowie der notwendigen allgemeinen Bewusstseinsbildung am Wege zu einem integrierten Gesundheitssystem in Wien.

Inanspruchnahme

Jahr	Personen	Jahr	Personen
1994	6.425	1999	7.315
1995	6.436	2000	7.219
1996	6.522	2001	7.244
1997	6.594	2002	8.459
1998	6.625	2003	8.626

Entwicklung der Aufgaben und Tätigkeit im Jahr 2003

Auch 11 Jahre nach Schaffung der Wiener Patientenanwaltschaft ist weiterhin eine zunehmend größere Akzeptanz dieser Einrichtung feststellbar. Sie zeigt sich in der vermehrten Inanspruchnahme durch Menschen, welche Gesundheits-, Pflege- und Sozialdienste aufsuchen. Aber auch Ärzt/innen und Krankenpflegepersonal sowie Institutionen (private Verbände, Selbsthilfegruppen etc.) wenden sich an den Wiener Patientenanwalt, um patientenrelevante Fragen zu erörtern.

Das Medieninteresse an der Meinung des Wiener Patientenanwaltes zu allgemeinen und konkreten Themen ist ungebrochen. Damit ist die Wiener Patientenanwaltschaft ein Ansprechpartner für alle Fragen- und Probleme, die das Gesundheits- und Spitalswesen in Wien betreffen.

Tätigkeitsbereiche

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Hilfs-, Vermittlungs- und Konfliktlösungsfunktionen stark zugenommen haben. Organisationshilfestellungen betreffen praktisch alle Gebiete des Gesundheits- und Spitalswesens. Die Aufgabenstellung kann den Sozialbereich nicht ausklammern, weil untrennbare Zusammenhänge mit dem Gesundheitsbereich bestehen. Eine nicht unerhebliche Arbeitsbelastung ist auch auf Aufgabenbereiche wie die gesetzlich festgelegte Mitwirkung der Wiener Patientenanwaltschaft in den Ethikkommissionen, in der Krankenhausfinanzierungsfonds-Kommission und in anderen Beiräten wie z. B. dem Drogenbeirat, **der Teilnahme an Begehungen (Kontrollen) städtischer und privater Pflegeheime durch die MA 15 (früher MA 47)** sowie auf Vortrags- und Schulungstätigkeit für medizinische und pflegerische Berufe zurückzuführen.

Außergerichtliche Entschädigung

Besonders stark hat die Hilfestellung zur außergerichtlichen Regelung von Patientenschäden zugenommen. Angesichts des generell großen Prozessrisikos bei Medizinprozessen wird diese rasche Hilfestellung der Wiener Patientenanwaltschaft von allen Betroffenen geschätzt. Während der nun 12-jährigen Tätigkeit konnten insbesondere von Haftpflichtversicherungen Entschädigungen in der Höhe von ca. 8.496.000 EUR erwirkt werden.

Kompensation für Medizinschäden

- Freiwilliger Wiener Härtefonds

  Im Hinblick auf die oft schwierige Beweissituation bei Medizinschäden war es die Absicht der Stadt Wien, Wiener Patienten, die in einer Krankenanstalt oder einem Pflegeheim der Stadt Wien im Zusammenhang mit einer medizinischen Untersuchung oder Behandlung Schaden erlitten haben, generell, vor allem aber in besonderen Härtefällen, rasche finanzielle Hilfe zu geben. Am 20. November 1997 wurden schließlich Richtlinien für eine „Rasche finanzielle Hilfe bei Medizinschäden in Härtefällen" beschlossen, welche seit 1. Jänner 1998 angewendet werden. Zu diesem Zweck wurde unter dem Vorsitz des Wiener Patientenanwalts ein Beirat eingerichtet, welcher über die Leistung dieser finanziellen Hilfe in Härtefällen Empfehlungen abgibt. Seitens der Stadt Wien wurden im Jahr 2003 wieder Sondermittel in der Höhe von rund 600.000 EUR zur Verfügung gestellt. Im Berichtsjahr 2003 wurde die Auszahlung von finanziellen Hilfen im Gesamtbetrag von 590.800,95 EUR empfohlen. Diese Regelung gilt nur für Patienten mit Wohnsitz in Wien, die in

Weisungsfreie Abteilungen

einer Krankenanstalt oder einem Pflegeheim der Stadt Wien Schaden erlitten haben.

Gesamtzahl der behandelten Fälle (2003)	67
davon positiv erledigt	58
davon negativ mit Ablehnung erledigt	9
davon noch offen	0

- Patientenfinanzierter Entschädigungsfonds

Im Jänner und Juni 2001 wurden in zwei Novellen zum Krankenanstaltengesetz des Bundes beschlossen, dass zusätzlich zum Kostenbeitrag, den stationäre Patienten in Fondskrankenanstalten zu bezahlen haben, ein Betrag von 0,73 EUR eingehoben wird. Die so lukrierten Mittel sind für die Entschädigung von Medizinschäden zu verwenden, die durch die Behandlung in Krankenanstalten entstanden sind und bei denen eine Haftung des Rechtsträgers nicht eindeutig gegeben ist. Diese Mittel sind gemäß der im Mai 2001 beschlossenen Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz der Wiener Patientenanwaltschaft zur Verfügung zu stellen. Im Mai 2003 wurden die Richtlinien des Patientenentschädigungsfonds verabschiedet.

Unter dem Vorsitz des Wiener Patientenanwaltes entscheidet ein fünfköpfiger Beirat über Entschädigungen bei Medizinschäden. Hierbei können Schäden, die sich ab 1. Jänner 2001 ereignet haben, berücksichtigt werden. Im Zuge eines Prüfungsverfahrens können betroffenen Patienten (unabhängig von ihrem Wohnsitz und des allfälligen Vorliegens von sozialen Härten), welche in einer öffentlichen oder privaten gemeinnützigen Krankenanstalt in Wien einen Schaden erlitten haben, Entschädigungen bis zu einem Betrag von 70.000 EUR zuerkannt werden. Der Freiwillige Wiener Härtefonds bleibt bestehen, so dass Wien seinen Vorsprung gegenüber den anderen Bundesländern diesbezüglich beibehält.

Im Berichtszeitraum fanden fünf Sitzungen des neu eingerichteten Patientenentschädigungsfonds statt, in welchen insgesamt rund 650.000 EUR zugesprochen wurden.

Gesamtzahl der behandelten Fälle (2003)	79
davon positiv erledigt	75
davon negativ mit Ablehnung erledigt	3
davon noch offen	1

Öffentlichkeitsarbeit

Die notwendige Information über **Patient/innenrechte** erfolgt laufend über Print- und Telemedien sowie Schulungs- und Informationsveranstaltungen. Zahlreiche Folder, die über die Wiener Patientenanwaltschaft informieren, wurden an Krankenanstalten und Pflegeheime ausgeteilt. **Über die Homepage des Wiener Patientenanwaltes (www.patientenanwalt.wien.at) kann man sich nicht nur über Patient/innenrechte informieren, sondern auch elektronisch eine Anfrage oder Beschwerde einbringen.**

Wiener Umweltanwaltschaft (WUA)

Wie in den vergangenen Jahren war es der Wiener Umweltanwaltschaft auch im Jahr 2003 ein besonderes Anliegen, mit den zur Verfügung stehenden knappen Mitteln einen Beitrag zur Ver-

Statistische Vergleiche der Wiener Patientenanwaltschaft

Bezeichnung	1999	2000	2001	2002	2003
Inanspruchnahme					
Insgesamt	7.315	7.219	7.244	8.459	8.626
Davon dokumentiert	1.505	1.309	1.249	1.660	1.641
Geschlecht der Patienten					
Männlich	676	588	534	649	656
Weiblich	818	715	705	996	982
Anonym, daher unbekannt	11	6	10	15	3
Herkunftsbundesland					
Wien	1.154	928	881	1.119	1.158
Andere Bundesländer	351	381	361	535	479
Herkunftsstaat					
Österreich	1.496	1.301	1.242	1.654	1.637
Andere Staaten	9	8	7	6	4
Von den dokumentierten Inanspruchnahmen betrafen:					
Städtische Krankenanstalten	821	642	637	790	802
Sonstige Krankenanstalten	216	183	171	257	224
Städtische Pflegeheime	45	29	23	16	42
Private Pflegeheime	14	15	14	19	15
Frei praktizierende Ärzt/innen	138	143	169	223	225
Rettungs- und Krankenbeförderungsdienste	23	24	18	20	22
Sozialversicherungen	80	81	55	80	85
Private Versicherungen	1	3	8	4	9
Apotheken und Pharmaindustrie	3	3	5	2	7
Sonstige Bereiche [1]	164	186	149	249	210

[1] Z. B. Hauskrankenpflege, Soziale Dienste, Pflegegebühren allgemein, Behindertenparkplätze, Heilbehelfe, allgemeine Hilfestellungen.

besserung der umweltorientierten Lebensqualität der Wiener/innen zu leisten. Während des Berichtszeitraumes (1. Jänner bis 31. Dezember 2003) bearbeitete die Wiener Umweltanwaltschaft ca. 4.800 Geschäftsfälle (davon 1.348 protokollierte Fälle) sowie ca. 3.500 telefonische und elektronische Anfragen und Beschwerden. Im Rahmen ihres sachlichen Aufgabenbereiches hat die WUA die im Begutachtungsverfahren übermittelten Entwürfe von Rechtsnormen des Bundes, des Landes Wien beziehungsweise der Gemeinde Wien auf deren Verfassungs- und Gesetzesmäßigkeit, insbesondere aber im Hinblick auf deren Bedeutung für die Umwelt und deren Schutz, überprüft. Ebenso wurden **Stellungnahmen** zu Entwürfen von Rechtsakten der Europäischen Union abgegeben.

Ausgewählte Beispiele:

- Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 und das Wasserbautenförderungsgesetz 1985 geändert werden sowie das Hydrografiegesetz aufgehoben wird,
- Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Altlastensanierungsgesetz geändert wird,
- Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Bundesgesetz über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (Emissionshöchstmengengesetz-Luft, EG-L) erlassen sowie das Ozongesetz und das Immissionsschutzgesetz-Luft geändert werden,
- Stellungnahme zur Mitteilung der europäischen Kommission über „Thematische Strategien zur Abfallvermeidung und -recycling",
- Stellungnahme zum Entwurf einer Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge,
- Stellungnahme zum WTO-Streitbeilegungsverfahren,
- Stellungnahme zur Verordnung des Magistrats der Stadt Wien betreffend das Verbot und die Einschränkung der Verwendung von bestimmten Auftaumitteln und bestimmten abstumpfenden Streumitteln (Winterdienst-Verordnung 2003).

Im Rahmen der gesetzlichen Parteistellung hat die Wiener Umweltanwaltschaft ihre Rechte in folgenden **Großverfahren** gewahrt:

- UVP-Müllverbrennungsanlage Pfaffenau,
- AWG-Verfahren: Biogasanlage,
- UVP-U2,
- Feststellungsverfahren nach dem UVP-G 2000,
- Errichtung einer Tiefgarage am Hohen Markt,
- Erweiterung der Schüttkubaturen auf der Deponie Langes Feld.

Grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen

Auch bei grenzüberschreitenden UVP-Verfahren mit möglichen Auswirkungen für die Stadt Wien wurden umweltrelevante Bedenken in begründeten Stellungnahmen vorgebracht:

- UVP-Verfahren zum Bau einer Schnellstraße Hate/Znojmo/Jihlava in Tschechien,
- Anzeige des Vorhabens für die Errichtung eines Zwischenlagers für abgebrannte Brennstäbe am Standort des Kernkraftwerkes Temelin.

Projekte

Aus dem Budget der Wiener Umweltanwaltschaft wurden 2003 folgende Projekte weiterverfolgt und erarbeitet:

Vogelschlag

Am 28. November 2003 veranstaltete die Wiener Umweltanwaltschaft einen Workshop, bei dem wirksame Methoden zur Verhinderung von Vogelanprall an Glasflächen im Spannungsfeld von Architektur und Tierschutz erörtert und der Forschungsbedarf konkretisiert wurde. Da die Einsetzbarkeit UV-reflektierender Scheiben nicht absehbar ist, sollen weiterhin bedruckte Gläser untersucht werden, wobei ein Kompromiss zwischen den Ansprüchen der Architekten und des Tierschutzes gefunden werden muss. (Mehr Informationen auf www.wien.at/wua/vogelschlag).

Workshop „Bürgerbeteiligung an der Flächenwidmung"

Aus den „Moderierten Gesprächen zur Flächenwidmung Sensengasse" entstand auf Initiative der WUA eine Arbeitsgruppe zum Thema „Flächenwidmungen in Wien". Teilnehmer/innen dieser Arbeitsgruppe waren Bürgerinitiativen, Expert/innen der Stadt Wien und zwei Mediatoren. Verbesserungsvorschläge zur Einbindung von Bürger/innen im Vorfeld von Flächenwidmungen wurden der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr vorgelegt.

Internetportal www.natur-wien.at

Das Ziel dieses Internetportales ist es, sowohl die Kommunikation unter den Naturschutzakteuren in Wien (NGOs, Verwaltung, Wissenschaft, Landwirtschaft, Jagd, Fischerei etc.) zu fördern als auch den Stellenwert des Naturschutzes vor allem bei Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Ein aktueller Veranstaltungskalender, Zugriff auf gemeinsame Daten, mehr Präsenz in der Öffentlichkeit, besserer Kontakt mit der Bevölkerung und den anderen Akteuren in Diskussionsforen, Überblick über naturschutzrelevante Projekte und ein effektiveres Lobbying für Naturschutzinteressen sind Vorteile des Portals für die Naturschutzakteure. Der Nutzen für die Wiener/innen besteht darin, dass über „natur-wien" die unterschiedlichen Meinungen diverser Naturschutzakteure zu aktuellen Fragen zentral abrufbar sind und diese Akteure gleichzeitig online erreichbar sind. Der Launch des Portals erfolgte am 25. April 2003, derzeit sind 28 Partner am Portal beteiligt, weitere haben Interesse bekundet.

Weisungsfreie Abteilungen

Umweltmanagement (PUMA) im Amtshaus Muthgasse

Das PUMA-Team hatte sich für das Jahr 2003 unter anderen folgende Ziele gesetzt: „Senkung der Stromlastspitze auf 365 kW" sowie „Umstellung der Reinigung eines Reinigungsbereichs des AH Muthgasse zu 90 Prozent auf Mikrofasertücher." Beide Ziele wurden erreicht, das erste der genannten sogar übertroffen.

INTERREG-Projekt im Energiebereich

Seit November 2002 finanziert die WUA gemeinsam mit dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) das INTERREG-Projekt „DIRECT". Ziel des Kooperationsprojektes zwischen den Regionen Wien und Bratislava ist eine verstärkte Bewusstseinsbildung in den Bereichen „Strahlenschutz und erneuerbare Energien". Drei Wiener Schulklassen (Volksschule, Mittelstufe und Oberstufe) kooperieren mit drei altersadäquaten Schulklassen in Bratislava für das Schuljahr 2003/2004. Dabei sollen gemeinsame Projektarbeiten zu den Themen „Sicherheit im Alltag/Zivilschutz" und „Erneuerbare Energien" durchgeführt werden. (Mehr Informationen auf www.magwien.gv.at/wua/direct/)

ÖkoKauf

Im Rahmen dieser wienweiten Arbeitsgruppe engagiert sich die Wiener Umweltanwaltschaft besonders für Biolebensmittel, ökologische Beschaffung, gesunde Raumluft und vieles mehr. Folgende Arbeitsteams werden von Vertreter/innen der Wiener Umweltanwaltschaft geleitet: Arbeitsgruppe Desinfektionsmittel, Arbeitsgruppe Winterdienst und Arbeitsgruppe Elektrogeräte.

Mediationsverfahren „Flughafen Schwechat"

Die WUA hat sich massiv für weniger Flugzeuge im Landeanflug über Wien und restriktivere Nachtflugregelungen über Wiener Stadtgebiet eingesetzt. Der Teilvertrag über diese lärmmindernden Maßnahmen wurde im Sommer 2003 von fast allen der über 50 Teilnehmer/innen unterzeichnet und wird 2004 wirksam.

Mobilfunk

Die WUA hat sich für einen Vorsorgewert für Mobilfunkmasten, die auf Stadt-Wien-eigenen Gebäuden (Gemeindebauten) installiert werden, eingesetzt und diesen auch mit den verantwortlichen Stellen durchgesetzt. Dieser Grenzwert liegt weit unter dem Wert, der von der Weltgesundheitsorganisation empfohlen wird. Mit der Unterstützung der Mobilfunkpetition der Plattform Mobilfunk, die am 7. Mai 2003 an Nationalratspräsident Khol überreicht und somit im Parlament eingebracht wurde, unterstreicht die WUA ihre wiederholt dargelegte Position nach einer gesundheits- und umweltverträglichen Errichtung der Infrastruktur für die Mobilfunkkommunikation. Ein immer wiederkehrendes Problem ist z. B. die Bewilligung von Mobilfunkanlagen in Schutzgebieten nach der Bauordnung für Wien. Grundsätzlich können derartige Anlagen hier nur auf Widerruf bewilligt werden (§ 71 BO), weil sie keine zulässige Nutzung des Schutzgebietes darstellen.

SUPer NOW

Die WUA hat die SUPer NOW initiiert und war auch im Expertenteam vertreten. Ziel dieser SUP war es, ein harmonisiertes Gesamtbild für die Raum-, Verkehrs- und Umweltentwicklung im Nordosten Wiens zu erarbeiten. Eine wesentliche Forderung der WUA ist, dass es für den Bereich des Nationalparks Lobau zu keiner Beeinträchtigung kommt, dass Naherholungsräume gesichert bleiben und zusätzliche gesichert werden (Umsetzung des 1.000-Hektar-Programms). Ergebnisse der SUPer NOW werden in den Masterplan Verkehr und in den neuen Stadtentwicklungsplan 2005 einfließen. Wesentliche Säulen im Hinblick auf die Verkehrsentwicklung sind: Massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes (Verlängerung U1, U2 und U6, neue Straßenbahnen, S-Bahn) kombiniert mit notwendigen Erschließungsmaßnahmen im Individualverkehr. Besondere Bedeutung kommt der zeitlichen Reihenfolge der zu treffenden Maßnahmen sowie wichtigen Verkehrsminderungsmaßnahmen zu.

SUP Abfallwirtschaft

Im Dezember 2001 hat der Wiener Gemeinderat das Ergebnis der Strategischen Umweltprüfung (SUP) für den Wiener Abfallwirtschaftsplan zur Kenntnis genommen. Die WUA war Teil des SUP-Teams und maßgeblich an der Initiierung dieser SUP beteiligt. Eine der Säulen des Maßnahmenpakets ist eine Intensivierung der qualitativen und quantitativen Abfallvermeidung. Dazu wurde eine eigene Strategiegruppe Abfallvermeidung eingerichtet. Die im März 2002 eingerichtete Monitoringgruppe (bestehend aus der WUA, der MA 22 und der MA 48 sowie unter Einbeziehung der Mitarbeit von Prof. Dr. Schmid) hat Ende 2003 den ersten Bericht vorgelegt.

Öffentlichkeitsarbeit

Umweltstadt

Im Juni 2003 erschien die erste Ausgabe der „umweltstadt". Die vierteljährliche WUA-Publikation umfasst jeweils acht Seiten mit einer Auflage von 600 Exemplaren und liefert einen Überblick zu den verschiedensten aktuellen Inhalten der WUA.

Internet

Mit unserem elektronischen Newsletter informieren wir regelmäßig zu den verschiedensten Inhalten der WUA. Einige unserer Publikationen wurden für das Internet aufbereitet. Weiters wurde an der Erstellung der Seiten für die „Beauftragte für Nukleare Sicherheit" gearbeitet. Dieser Web-Auftritt unterstützt die Aufklärungsarbeit und Information für Bürger/innen in Fragen der nuklearen Sicherheit.

Publikationen

Im Berichtszeitraum erschienen folgende Publikationen bzw. wurden neu aufgelegt:

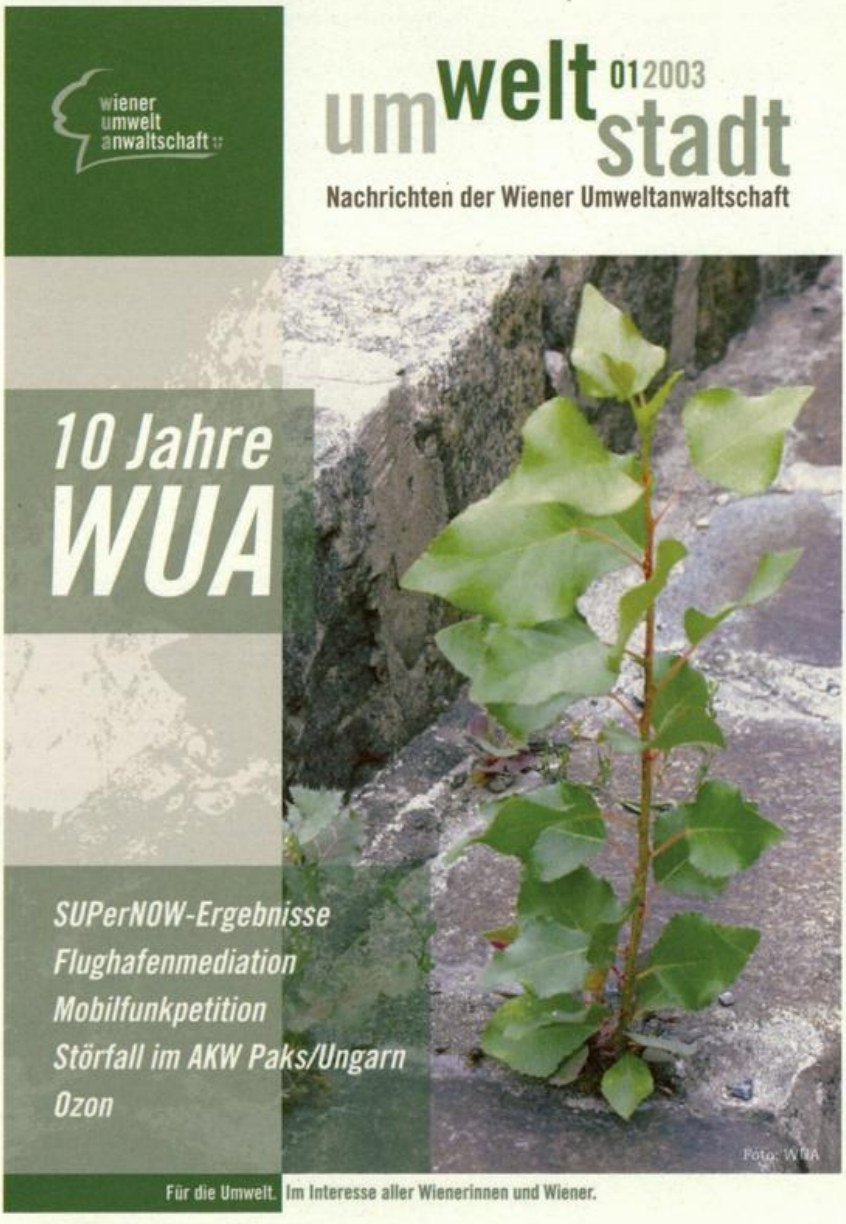
- **Positionspapier zum Thema Gentechnik und Landwirtschaft**: In diesem Positionspapier hat die WUA eine Reihe von Vorschlägen und Forderungen zur Verbesserung des gesetzlichen Schutzniveaus aufgestellt. Der Einsatz der Gentechnik, insbesondere in der Landwirtschaft, birgt eine Reihe von Umweltrisiken, die unserer Ansicht nach noch ungenügend untersucht sind.
- **Positionspapier zum Thema GATS** (General Agreement on Trade in Services): Mit GATS wurde 1995 das erste Abkommen für die weltweite Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte in das Vertragswerk der WTO aufgenommen. Die hohe Brisanz für den Umweltschutz und Gesundheit sowie die zum Teil sehr kontroversiell geführten Diskussionen, haben die Wiener Umweltanwaltschaft veranlasst, ein Positionspapier zum Thema GATS zu erarbeiten. In dieser Publikation werden anhand einiger ausgewählter Bereiche (Daseinsvorsorge am Beispiel öffentlicher Personenverkehr und Wasserversorgung) die Folgen des GATS-Abkommens hinsichtlich umweltrelevanter Aspekte erläutert.
- Die **„Helle Not"** – Künstliche Lichtquellen – ein unterschätztes Naturschutzproblem: Die Broschüre der Tiroler und der Wiener Umweltanwaltschaft zeigt, wie durch bewussten Umgang mit Beleuchtungssystemen nachtaktiven Insekten und Vögeln das Überleben erleichtert werden kann. Zusätzlich werden durch die richtige Leuchtenwahl Energie und Kosten eingespart.
- **Stand der Technik der Bioabfallvergärung** – eine Studie im Auftrag der Wiener Umweltanwaltschaft – erstellt von a.o. Univ.-Prof. DI Dr. Rudolf Braun, Institut für angewandte Mikrobiologie, Universität für Bodenkultur.
- **Schutz von Bäumen im Baustellenbereich** (in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 42 – Unsere Gärten).

Broschüren mit Unterstützung der WUA:

- Spannungsfeld Mobilfunk, die Umweltberatung in Zusammenarbeit mit Ärzt/innen für eine gesunde Umwelt,
- Biologische Lebensmittel in den Einrichtungen der Stadt Wien, ÖkoKauf Wien,
- Wohnen & Gesundheit, Ärzt/innen für eine gesunde Umwelt.

Veranstaltungen

- Die Wiener Umweltanwaltschaft hat 2003 erstmalig am **Wiener Tierschutztag** teilgenommen. Anhand von Plakaten und Anschauungsmaterial informierten Expert/innen der WUA vor allem über Vogelschlag und die Hundehaltung in Wien.
- Symposium **„Gentechnik, (Bio-)Landwirtschaft und Naturschutz – Braucht Wien Regelungen zur Koexistenz"** in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt, im Wiener Rathaus. Unter der Moderation von Gisela Hopfmüller (ORF) haben zahlreiche ExpertInnen aus dem In- und Ausland dieses kontroversielle Thema diskutiert. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Umweltstadträtin DI Isabella Kossina.
- Auf Initiative und unter Mitwirkung der WUA veranstaltete das Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser am 28. Mai 2003 gemeinsam mit dem Dachverband der österreichischen Bioproduzenten – der BIO ERNTE AUSTRIA – den **ersten Wiener „Green Day"**. Diese Umweltaktionstage wurden europaweit gleichzeitig durchgeführt.
- Symposium **„Vergärung biogener Abfälle – Vergärungsanlage Wien"**: Dieses Symposium fand am 22. und 23. Mai 2003 statt und wurde von der WUA gemeinsam mit der MA 22 und der MA 48 initiiert. 155 Teilnehmer/innen aus fünf



Das Titelbild der ersten Ausgabe der „umweltstadt".

Ländern wurden über die derzeitige Situation der Behandlung und Verwertung von Bioabfällen informiert.

Wiener Tourismusverband (WTV)

Dem Wiener Tourismusverband stand 2003 zur weltweiten Vermarktung Wiens als touristischer Destination ein **Budget** von 17,3 Mio. EUR zur Verfügung. Davon stammte knapp die Hälfte (46 Prozent) aus dem Ertrag der Ortstaxe. 31 Prozent waren Zuwendungen der Stadt Wien, die vor allem für die Werbung im Ausland, aber auch für den Auskunftsdienst und das Kongressbüro des WTV eingesetzt wurden. Die Wirtschaftskammer Wien trug 3 Prozent des Budgets 2003 bei, 20 Prozent waren eigene Einnahmen. Rund 10 Mio. EUR flossen direkt ins touristische Marketing, wobei die Saisonwerbung mit etwa 3,2 Mio. EUR und die Werbemittelproduktion mit 1,9 Mio. EUR die größten Posten darstellten.

Als weltweit für die Destination Wien agierende Werbe- und Marketingagentur setzte der WTV folgende Aktivitäten:

- An **Werbemitteln**, die Wiens optischen Auftritt auf den Weltmärkten bestimmen, (Broschüren, Prospekte, Plakate) wurden 2003 von den Abteilungen Strategie & Kommunikation bzw. Kommerzielle Partnerschaften, Produktion & Logistik rund 190 Stück in 19 Sprachen aufgelegt. Zusätzlich wurden 20 Werbegeschenke, von der Kochschürze bis zum Knirpsschirm, im Design der Werbelinie des WTV produziert.
- Im **Internet** griffen 1.555.000 Surfer auf die B2C-Webseite www.wien.info zu, das sind durchschnittlich 3 pro Minute, 73.000-mal wurde auf die B2B Website www.wien-tourismus.at zugegriffen.
- In der **klassischen Werbung** wurden bei Insertionskampagnen insgesamt 281 Millionen Zeitungsexemplare in 24 Ländern mit Inseraten bzw. Zeitungsbeilagen belegt. Vom Wien-Journal erschien im Jänner die Ausgabe April bis Dezember 2003 (Auflage: 320.000 Stück) und im August jene für November 2003 bis Mai 2004 (Auflage: 240.000 Stück), beide in den Sprachversionen Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Japanisch. Sie wurden weltweit bei Eigenveranstaltungen sowie über die Zweigstellen der Österreich-Werbung (ÖW) verbreitet.

Spezielle Werbekampagnen:

Mit dem Wiener Einkaufsstraßen-Management der Wirtschaftskammer Wien als Partner und unterstützt vom Casino Wien wurde ab Mitte Dezember in Nahmärkten wieder die **Kampagne „shop & win"** durchgeführt, die Wien als Einkaufsmetropole präsentiert und gleichzeitig Anreiz bietet, die Stadt in einer auslastungsschwächeren Zeit zu besuchen. 19 Millionen Zeitungsexemplare in 11 Ländern wurden dazu mit 16-seitigen Beilagen bzw. Inseraten belegt. Als Anreiz für Einkaufstrips im Jänner und Februar 2004 diente ein Gewinnspiel mit einer Luxusreise nach Wien samt Einkaufsbudget von 10.000 EUR als Hauptpreis.

Um die **Zielgruppe Jugend** besonders zu bewerben, wurde unter dem Titel www.viennahype.at eine neue Broschüre (Ausgaben in Deutsch und Englisch) herausgebracht, die auf 28 Seiten Wien speziell für 16- bis 25-Jährige vorstellt. Ergänzend dazu ging die gleichnamige Website online, die ständig aktualisiert wird.

Zur weltweiten Vermarktung des Mozart-Jahres 2006 gründeten Wien-Tourismus, SalzburgerLand Tourismus, Tourismus Salzburg GmbH und Österreich-Werbung die **ArGe Mozart 2006**. Diese schrieb als ersten Schritt das Corporate Design für eine internationale Kampagne aus, den Zuschlag dafür erhielt das Designbüro section.d. In der Folge wurde ein Sales Manual für die weltweite Reiseindustrie erarbeitet, das die einschlägigen Angebote aller ArGe-Partner enthält.

Der **Werbefilm „Vienna waits for you"** wurde viermal ausgezeichnet: Er erhielt den 1. Preis beim internationalen Festival in Fruška Gora (Jugoslawien), den Jury-Preis beim Tourismusfilm-Festival in Karlsbad (Tschechien), den 2. Preis des Internationalen Komitees der Tourismusfilm-Festivals (CIFFT), und beim renommierten New York Festival gewann er in der Kategorie Tourismusfilme die Goldmedaille.

Im November platzierte der WTV eine besonders auffällige, **mobile Werbung in London**: 20 entsprechend seiner Werbelinie auf knallrot umgefärbte Taxis mit dem Slogan „Vienna waits for you", deren Chauffeure den Fahrgästen Wien-Broschüren aushändigen. Die Kampagne läuft ein Jahr lang.

Um in den **USA** eine junge, hippe Zielgruppe zu bewerben, ging der WTV eine Partnerschaft mit Amsterdam und Berlin ein. Dabei präsentierten sich die drei Städte als „Cool Capitals" sowohl mit Zeitungsbeilagen im „Travel + Leisure Magazine" (das ebenfalls als Partner der Kampagne fungierte), als auch auf der eigens eingerichteten Website www.coolcapitals.com, wo umfassend über das einschlägige Angebot der genannten Städte und deren aktuelle Reiseangebote informiert wurde. Schwerpunktthemen waren Kunst + Design, Kulinarik + Musik, Architektur sowie Shopping + Mode.

Um möglichst umfangreiche Berichterstattung der internationalen Medien über Wien zu bewirken, war das Medien-Team der Abteilung **Markt- & Medienmanagement** im Jahr 2003 Gastgeber für insgesamt 1.178 aus 37 Ländern angereiste Medienvertreter, deren Recherchen es unterstützte, und für die es Programme organisierte: 366 Journalisten von Printmedien waren einzeln, die anderen in 62 Gruppen gekommen. Die elektronischen Medien waren mit 55 TV- und 11 Radio-Teams vertreten. Zusätzlich wurden 45 Presse-Events in 20 Ländern abgehalten, fünf davon gemeinsam mit dem Liechtenstein Museum, um dessen Eröffnung (Frühjahr 2004) beim reisefreudigen Publikum rasch bekannt zu machen. Diese Events in München, London, Mailand, New York und Tokio zogen Reise- und Kulturjournalisten gleichermaßen in Scharen an.

Für Wiens Präsenz in den Angeboten der internationalen Reiseindustrie sorgen die Marktmanager/innen des WTV durch systematische Arbeit in den einzelnen Märkten. 2003 absolvierte dieses Team 107 Dienstreisen in insgesamt 34 Länder. Es repräsentierte Wien dabei auf 45 Fach- bzw. Publikumsmessen, bei 58 Workshops für ausländische Reisebüros sowie 74 Sonderpräsentationen und organisierte auch die Teilnahme der Wiener Branche an den jeweiligen Veranstaltungen. Zusätzlich betreute es 2.482 Reisebürorepräsentanten in Wien, die in 148 Studiengruppen aus 34 Ländern angereist waren. Beispiel für eine besonders eindrucksvolle Sonderpräsentation ist ein Auftritt in Rom, wo im Dezember auf der Piazza della Repubblica 17 Tage lang die Mini-Version eines Wiener Christkindlmarktes aufgebaut war, um den Römern mit dieser „Kostprobe" den Besuch des Wiener „Originals" schmackhaft zu machen. An das durch den kleinen Markt flanierende Publikum wurde Werbematerial über Wiens Advent-Highlights ausgegeben, und bei der Eröffnungsveranstaltung vor 150 Repräsentanten der italienischen Reiseindustrie waren die Wiener Landtagspräsidentin, der österreichische Botschafter in Italien und der Leiter des Büros für Auslandsbeziehung der Gemeinde Rom anwesend.

Das **Vienna Convention Bureau** (WTV-Kongressbüro) – weltweit in der Akquisition von Kongressen und Firmenveranstaltungen (Tagungen und Incentives) tätig – vertrat die Kongressdestination Wien 2003 auf 35 Fachmessen bzw. -kongressen und koordinierte auch die Teilnahme von Wiener Anbietern daran. In Wien betreute es Inspektionsreisen von 260 Kongress- und Incentive-Entscheidungsträgern aus 12 Ländern: 14 Studiengruppen mit insgesamt 185 Personen, alle anderen in Einzelbetreuung.

Herausragendes Ereignis auf dem Kongresssektor war der **Europäische Kardiologen-Kongress** im neuen Messezentrum, der Ende August/Anfang September rund 29.000 Besucher/innen nach Wien führte und damit die größte Kongressveranstaltung war, die Wien je verzeichnen konnte. Das Vienna Convention Bureau nahm dabei eine bei weitem aktivere Rolle wahr als sonst üblich. Es fungierte als Drehscheibe zwischen der Europäischen Gesellschaft für Kardiologie und den wichtigsten Wiener Partnern des Kongresses. Dies betraf schon in der Vorbereitungsphase den gesamten Bereich der Hotellerie und die Zusammenarbeit mit dem beauftragten Kongress-Reisebüro Mondial sowie die Abstimmung aller Aktionen mit der Messebetriebsgesellschaft und Reed Messe Wien. Während des Kongresses sorgte es für die spezielle Beschilderung der Route vom Flughafen zu den Hotels der Teilnehmer, für Willkommensposter und Info-Unterlagen in den Hotels und für entsprechende Transferschilder und Info-Blätter in sämtlichen Wiener Taxis.

Die 2003 publizierten, aktuellsten Statistiken der International Congress and Convention Association (ICCA) und Union of International Associations (UIA) zeigen Wien 2002 jeweils auf Platz 4 unter den beliebtesten Kongressstädten weltweit.

In der Abteilung Gästeservice, Personal & Finanzen wurden vom Team des **WTV-Call-Centers Wien-Hotels & Info** rund 157.000 Anfragen (per Telefon, Fax, E-Mail oder Brief) bearbeitet. Der Großteil betraf Auskünfte über Wien, doch die Nachfrage nach Hotelbuchungen nahm beträchtlich zu: Insgesamt wurden rund 18.000 Buchungsvorgänge abgewickelt, die rund 100.000 Nächtigungen bewirkten. In der **Tourist-Info Wien** am Albertinaplatz erhielten über 380.000 Besucher kostenlos Auskunft in neun Sprachen und Informationsunterlagen in 19 Sprachen.

Mit Experten aus der Hotellerie, von Incoming-Reisebüros und Verkehrsträgern sowie Fachleuten aus Kultur, Wirtschaft und Stadtverwaltung wurde im Wien-Tourismus das **Tourismus-Konzept Wien 2010** erarbeitet, das darauf abzielt, Wiens jährliche Nächtigungen bis 2010 an 10 Millionen heranzuführen. Unter dem Motto „Dynamik für eine erfolgreiche Destination" enthält es Vorschläge und Maßnahmenorientierungen für jene Bereiche, in denen Entwicklungspotential für den Tourismus liegt. Der breiten Öffentlichkeit wurde das Konzept bei der **Wiener Tourismus-Konferenz** 2003 im Rathaus von Vizebürgermeister Dr. Sepp Rieder und Tourismusdirektor Mag. Karl Seitlinger präsentiert. Rieder wies dabei darauf hin, dass bei der Umsetzung der im Tourismus-Konzept angesprochenen Strategien alle Kräfte gefordert sind, nicht nur jene im touristischen Bereich, sondern ebenso Kultur und Wirtschaft, Stadtplanung und Verkehrspolitik, Eventgestalter und Freizeitressort, Ministerien und Magistrat. Besonders betonte er die gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Wiens Tourismus, der rund 5 Prozent des Bruttourbanproduktes ausmacht. Wiens Wirtschaftskammer-Präsident KR Walter Nettig unterstrich dies mit dem Hinweis darauf, dass 53.000 Menschen in Wien im Tourismus tätig sind.

Das Tourismus-Konzept Wien 2010 ist als „work in progress" gedacht, zu dem alle am Tourismus der Stadt Interessierten eingeladen sind, Meinungen, Ergänzungen, Ideen und Vorschläge einzubringen. Es wurde auf der B2B-Website www.wien-tourismus.at veröffentlicht.

Tourismuskonzept Wien 2010

15 Schwerpunkte seien hier angeführt:

- **Hauptbahnhof für Wien**: Möglichst rasche Errichtung, um Wiens Wettbewerbsnachteile im Schienenverkehr zu reduzieren.
- **Flugverkehr**: Erhaltung von Austrian als Österreich-zentrierte Fluggesellschaft, gleichzeitig sollen Flughafenausbau bzw. -management aber auch die Verkehrsentwicklung im Billigflugsegment ermöglichen.
- **Straßenausbau** insbesondere nach Norden und Osten, wo gravierende Defizite bei hochrangigen Straßenverbindungen nach Ungarn, Tschechien und der Slowakei bestehen.
- **Touristenbusse**: Ein umfassendes Touristenbus-Konzept für Wien kann erst erstellt

werden, wenn der Bund über die Tiefgarage mit Busgeschoß unter dem Maria-Theresien-Platz entschieden hat.

- **Aktive Wirtschaftsstandort-Politik** für die Vienna Region von Bund, Wien, Niederösterreich und dem Burgenland.
- **Kongresstourismus** soll durch verstärkte Investitionen ins Kongressmarketing vermehrt werden.
- **Messetourismus** soll durch Neupositionierung Wiens als Messestadt kräftige Impulse erhalten.
- **Prater neu**: Neugestaltung des gesamten Areals in der Art eines Themenparks als unverwechselbare, zukunftsweisende Attraktion für den Erlebnistourismus.
- **Fußball-EM 2008** offensiv dafür nutzen, Wien als qualitativ hochwertiges und innovatives Zentrum für Sport-, Freizeit- und Unterhaltungstourismus hervorzuheben.
- **Mozart-Jahr 2006**: Wiens Angebot zu diesem Gedenkjahr soll unter den weltweiten Mozart Angeboten klar hervorragen, um Wiens Image als „Hauptstadt der Musik" international zu bekräftigen.
- **Musicalstandort**: Um diesen Wettbewerbsvorteil weiter entwickeln und international wettbewerbsfähig halten zu können, sind zwei mit aufwendigen Musicals bespielbare Häuser unverzichtbar.
- **Ladenöffnungszeiten**: Ermöglichung der Sonntagsöffnung, um mit den Hauptstädten der EU-Beitrittsländer Tschechien, Slowakei und Ungarn, die keine gesetzlich reglementierten Ladenschlusszeiten haben, konkurrieren zu können.
- **Leitsystem**: Ein auch vom Kulturressort der Stadt Wjen gewünschtes, bereits im Mozart-Jahr 2006 verfügbares System, das es Gästen und Einheimischen erleichtert, sich im vielfältigen Angebot der Stadt zurechtzufinden.
- **Sicherheit**: Die von Gästen seit Jahrzehnten geschätzte polizeiliche Sicherheit in Wien soll durch verstärkten Personal- und Mitteleinsatz der Bundespolizei auch weiterhin gewährleistet werden.
- **Marketing**: Zur Internationalisierung der touristischen Werbung für ganz Österreich soll das Budget der Österreich-Werbung erhöht werden, um Kampagnen in Märkten mit stärkerer Kaufkraftentwicklung zu ermöglichen.

Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA)

Im Jahr 2003 betrug die Zahl der von der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA) betreuten Personen 110.951. Im Einzelnen betrug die Zahl der aktiven Mitglieder zum Jahresende 49.334, die der Bezieher von Ruhe- und Versorgungsgenüssen 26.067. Die Zahl der anspruchsberechtigten Angehörigen betrug 35.550. Die finanzielle Situation der Anstalt entwickelte sich weiter positiv. Das Jahr 2003 konnte mit einem Gewinn von 3.437.344,10 EUR abgeschlossen werden. Die Aufwendungen stiegen im Berichtsjahr um 5,8 Prozent (2002: 5 Prozent), die Beitragserträge um 4,9 Prozent (2002: 7,9 Prozent).

Für Leistungen an Anstaltsmitglieder und deren Angehörige wurden im Berichtsjahr 179,98 Mio. EUR aufgewendet, das sind um EUR 9,95 Mio. oder 5,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Von den Gesamtaufwendungen in der Höhe von 189,70 Mio. EUR wurden 94,9 Prozent für Leistungen aufgewendet. Die **Kostenentwicklung** der einzelnen Leistungssparten zeigte folgendes Bild: Die Aufwendungen für ärztliche Hilfe stiegen gegenüber dem Jahr 2002 um 3,8 Prozent. Für Zahnbehandlung und Zahnersatz erhöhten sie sich um 2,9 Prozent. Die Anstaltspflege stieg um 4,2 Prozent, die erweiterte Heilfürsorge um 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Eine steigende Tendenz weisen die Aufwendungen für Heilmittel (+ 9,7 Prozent) und für die Gesundenuntersuchung (+ 3 Prozent) auf. Die Aufwendungen für Heilbehelfe stiegen um 5,8 Prozent.

Die Verpflegstage im Sanatorium Hera sanken gegenüber dem Vorjahr um 495 auf 37.018. Die Gesamtzahl der Untersuchungen und Behandlungen in den Ambulatorien der verschiedenen Fachrichtungen war mit 307.027 um 49.436 geringer als im Vorjahr. Hiervon entfielen 124.035 auf die Zahnambulatorien und 182.992 auf die sonstigen Fachambulatorien. Im Kurheim Habsburgerhof stieg die Anzahl der Verpflegstage gegenüber dem Vorjahr um 104 auf 16.262. Außerdem wurden im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge 509 Personen Zuschüsse für Erholungsheimaufenthalte im Gesamtausmaß von 9.190 Tagen gewährt.

2.022 Fällen mit 42.453 Verpflegstagen, bei denen die Unterbringung in Vertragseinrichtungen der KFA erfolgte, standen 155 Fälle gegenüber, bei denen Zuschüsse für 2.698 Verpflegstage gewährt wurden. In den verschiedenen Kurorten standen für die Unterbringung und Betreuung der von der KFA entsandten Patienten wieder die bereits in den Vorjahren bewährten Vertragseinrichtungen zur Verfügung.

Sachverzeichnis

Sachverzeichnis

	Seite
A	
Abfallmengen	203
Abfallwirtschaft	184, 198
Abgaben	70
Administrativverfahren	43
ADV	149ff
Adventmärkteverordnung 2003	67
Akademie für Sozialarbeit	98
Aktion Apfelzweige	99
Akutbetreuung Wien (ABW)	19
Allergiegarten	135
Allgemeine Angelegenheiten	16ff
Allgemeine Finanz- und Wirtschafts-angelegenheiten	70
Allgemeine Veterinärangelegenheiten	59
Alltags- u. frauengerechtes Planen u. Bauen	38
Alltagskultur - Förderungen	119
Altmark Trans	81
Altstadterhaltung	120
Amtsblatt der Stadt Wien	112
Amtshelferseiten	32
Analysemethoden	50
Antikorruptionsseminar	49
Arbeitsintegrationsinitiative für Behinderte	24
Arbeitskräfteüberlassungsgesetz	67
Arbeitsmarktförderungsgesetz	67
Architektur	158ff
Archivbibliothek	123
ARGE Wohnplätze für Behinderte	73
Asylwerber, unbegleitete minderjährige	97
Aufenthaltstitel	49
Auftragswesen	228
Ausländergrunderwerb	49, 50
Auslandsbeziehungen	39ff
Auslandshilfe	39, 41
Auslandsreisen des Bürgermeisters	12
Außerschulische Jugendbetreuung	103
Ausstellungen	94, 119
Auszeichnungen	18
B	
Baby-Point	33, 62
Bäder	108f, 205
Bäderbus	110
Bäderfolder	109
Bäderinfos	109
Bäderzeitung	109
BAER, Europaregion CENTROPE	77
Bau- und Gebäudemanagement	215f
Bauangelegenheiten, rechtliche	227f
Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik	36
Bauliche Maußnahmen	99
Baupolizei	218ff
Baustellenbetreuungen, Baustoffprüfungen	221
Baustelleninformation	170
Bauträgerwettbewerb	222
Bauvereinigungen	226
Bauvorhaben	108
Beschaffung	22
Beach-Animation	109
Beamt/innen	47
Bedienstete	47
Bedienstetenschutz	85, 215, 236
Bedienstetenschutzbeauftragter, Unabhängiger	236ff
Beerdigungstätigkeit	83
Begutachtungsverfahren	47
Beirat der Lokalen Agenda 21	80
Beleuchtung	173ff
Benützungsrechte	83
Beratungsstelle für Kulturarbeit	120
Bereich Pensonalentwicklung und -förderung	15
Bereichsleitung für Dezentralisierung	14
Berufliche Gesundheitsförderung	25
Berufungsverfahren	46
Beschleunigung des Kundendienstes	41
Besoldung	46
Besoldungsabkommen	46
Bestattung Wien	91
Bestattungsmuseum	92
Betreuung des Landtagspräsidenten	16
Betriebliches Vorschlagswesen (BVW)	31
Betriebsfeuerwehr des AKH	68
BEWAG	89
Bewerbungsreferat	48
Bezirksämter	41f
Bezirksberichte	23
Bezirksbudgets	72
Bezirksgesundheitsämter	135f, 147
Bezirksgrenzen	176f
Bezirksmedien-Rundschau	112
Bezirksmuseen	119f
Bezirksrechnungsabschlüsse 2002	72
Bezirksschlichtungsstellen	210
Bibliothek und Archiv	85
Bibliothekarischer Auskunftsdienst	108
Bibliotheksstatistik	85
Bilanz des KAV	76
Bildende Kunst	133
Bildende Kunst - Förderungen	119
Bildschirmarbeitsbrillen	236
Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik	101
Bildungsmaßnahmen für ältere Menschen	105
Bildungsprojekte	103
Binnenmarktstrategie der EK	80
Biographische Sammlung	124
Bioterrorismus	141
blizznet	87
Brückenbau	171ff
Büchereien Wien	107
Büchereiwesen	104
Bürgerdienststellen	114
Bürgerkarte	33, 65
Bürger-Service-Zentren	115
Bürgschaften	72
Büroflächen	155
Budgetkoordination	159
Bundesförderungen gemäß Wasserbauten- bzw. Umweltförderungsgesetz	72
Bundesvergabegesetz 2002	17
C	
CER_	78ff
Chancengleichheit	55
Chemikaliengesetz	194
CITY PORTS	78ff
Code of Conduct	49
Common-Assessment-Framework	30
Contractpflege	68
Controllingbericht	80
Controlling	29, 232
Corporate Designs	111
Costomer Relationsship Management	99
Creative Industries	80
Cross-Border_Leasing_Transaktion	71
D	
DAPHNE-EU-Projekt	95
Daseinsvorsorge	12
Datenanalyse	85
Datenangebote	85
Datenaufarbeitung	85
Datenermittlungen	84
Datenverarbeitung	163
Defibrillatoren	25

Sachverzeichnis

Demokratiepaket 64
Denkmalpflege 212
Dienstaufsicht 16
Dienstjubiläum 48
Dienstpostenplan 28
Dienstprüfungen 29
Dienstrecht 47
Dienstreisewesen 28
Dienstvorschrift 46
Diplomprüfung 107
Donauhanse 19, 78f
Donauhochwasserschutz 209f
Druckerei 52, 53
Druckschriftensammlung 128f

E
EcoProcura 22
EDV- und Informationsangelegenheiten 31ff
EDV-technische Ausstattung 85
E-Government-Award 2003 33
E-Government-Masterplan 32
Ehrengräber 83
Ehrungen 119
Eichwesen 58
Einbürgerungen 61f
Einbürgerungsvoraussetzungen 61
Einkaufsstraßen 177
E-Learning-Programme 29
Elektro- und Gasangelegenheiten 195
Elektronischer Akt ELAK 152
Elektronisches Parkraumbewirtschaftungssystem 70
Eltern-Kind-Zentren 95
Emmissionen 184
EnergieComfort 88
Enterprise 75
EQUAL - Gleiche Chancen im Betrieb 49
Erhebungs- und Vollstreckungsdienst 76
Ernährungstag, erster Wiener 51
Eröffnungen, Grundsteinlegungen, Benennungen, Inbetriebnahme 12
Ersatzvornahmen 75
Erweiterung Flex 39
Erziehungshilfe 96
Ethikkommission 133, 135
EU-Förderungen 77
EUROCITIES 19, 141, 196
Europäische Integration, Stabsstelle 11
Europäische Union 36
Europäisches Jahr für Menschen mit Behinderungen 101
Europakommission 11
Europaregion Wien 19

F
Fachschulen 117
Fahrgäste der Wiener Linien 89
Fahrschulen 180
Fahrservice 21
Fahrzeugantriebskonzepte der Zukunft 74
Familienpolitik 95
Familienzuschuss 96
FemCity 55
FEMPOWERMENT 56
Ferien im Hort 100
Fernwärme 88
Fest "games & more" 55
Fest der Wiener Märkte 58
Feuerpolizei 195
Feuerwehr 68f
Fiaker 20
Fiber to the home 87
Film- und Videoproduktionen 106
Filmbeirat 196
Filmförderung 118ff
Filmkulisse 110
FIM - Friedhofsinformationssystem 82
Finanzwirtschaft 71f
Fischereiwesen 220
Fitness & Wellness 109
Flächennutzung 160ff
FON 106
Förderaktion Fernwärme 21
Förderangelegenheiten 21f
Förder-Assessment-Center 29
Förderkooperation Jungunternehmer/innen 74
Förderung von Gruppen 100
Förderungsanträge 105
Forschungsanstalt 219ff
Forschungsdatenbank im Intranet 18
Forstamt 204f
Forstarbeiter 46
Fotosammlung 124
Frauenangelegenheiten 53ff
Frauenbrücke 56
Frauenförderung 53ff
Frauenhäuser 54
Frauennotruf 53
Frauenorientierte Querschnittspolitik 55
Frauenspezifische Seminare 29
Freiwilliger Wiener Härtefonds 241
Fremdenrecht 48f
Fremdmittelaufnahmen 72
Friedhöfe 82ff
Friedhofsgärtnerei 84
Front-Offices 42
Führungskräftenachwuchsausbildung 24
Fuhrpark 89, 202f
Fundwesen 211
Funknetz Wien 19
Futtermittelkontrolle 60

G
Ganztagsschulen 116
Garagenprojekte 37
Gas 88
Gasexplosion 20
Gebietsbetreuungen 214, 226
Gehörlose 29
Geld- und Kreditwesen 72
Gender Mainstreaming 38, 55
General Agreement on Trade in Services (GATS) 81, 245
Geriatrische Tageszentren 137
Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien 30
Geschlechtersensible Pädagogik 55, 100
Gesetzesbegutachtungen 30
Gesetzesnovellierungen 21
Gesundheits- und Sozialzentren 137
Gesundheitsamt 147
Gesundheitsberatung 136
Gesundheitsberichterstattung 143
Gesundheitsdienste 136
Gesundheitsförderung 144
Gesundheitsförderung, berufliche 25ff
Gesundheitsplanung 143
Gesundheits-Web 26
Gesundheitswesen 133ff
Gewalt 56
Gewässeraufsicht 199f
Gewerbe online 67
Gewerbeangelegenheiten, technische 194ff
Gewerbeanmeldungen online 41
Gewerbeausübung in Gastgärten 66
Gewerberechtsnovelle 2002 67
Gewerbetechnik 204
Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens 66
Gleichbehandlung und Frauenförderung bei der Gemeinde Wien 54
Gleichbehandlungsorgan für Landeslehrer/innen 44, 61
Green week 38

Greenpower-Ökoenergieanlage 87
Großmarkt Wien-Inzersdorf 57
Grünbuch der Europäischen Komission 81
Grünraumplanung 176
Grundbau 171ff
Grunderwerb 245
Grundfreimachungen 229
Grundlagenforschung 94
Grundverkauf 245
Grundverwaltung 229f

H
Häuser der Begegnung 104
Hagelschäden 20
Handschriftensammlung 129
Hauptbücherei 107
Hausbesetzung 20
Hausbetreuung 233
Haushaltswesen 71
Haustechnik 217
Heimtierfuttermittel 61
Heizungsmuseum Wien 217
Hilfeleistung 68
Hochquellenwasserleitungen 189f
Holzernte 207
Hydrologie 201
Hygiene 60

I
Immobilienmanagement 34
Infektionskrankheiten 133f, 136
Influenza-Meldesystem 136, 156
Infoblatt der Stadt 111
Informations- und Kommunikations-technologie (IKT) 31
Informationssystem Bauen (ISBA) 37
Informationstechnologie (IT) 149ff
Infrastruktur 89
Infrastrukturkommission 35
Infrastrukturmaßnahmen 74
INKUBA 77
Innovationsprogramm - Unternehmensdynamik 74
Institut für Umweltmedizin der Stadt Wien (IFUM) 136
Institut L&R "Frequently Asked Questions" 55
Integration durch Arbeit 102
Integration, europäische 11
Integration von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache 100
Integrationsklassen 117
Integrationsvereinbarung 49
Integrierte Schulverwaltung 116
Intensivbetreuung 97
Interkulturelle und internationale Aktivitäten - Förderungen 121
Internationale Aktivitäten und EU-Projekte 56
Internationale Metropolis-Konferenz 2003 52
Internationale Organisationen 40ff, 73
Internationale Zusammenarbeit 92
Interne Revision 26f
Internetanmeldung 98
Internet Banking 24
Internetpräsentation 50
INTERREG III A-Projekt BAER 35
INTERREG III B CADSES 78ff
INTERREG III C 78ff
INTERREG-Programme 19, 244

J
Jagdwesen 220
Job-Börse, magistratsinterne, elektronische 24
Jobs4girls 56
Jubilare, Ehrungen 18
Judikatensammlung 25
Jüdisches Museum der Stadt Wien 131
Jugendschutz(gesetz) 96
Jugendsportaktionen 111
Jugendwohlfahrt 94, 95
Jungbürger/innenveranstaltungen 2003 105

K
Kanalbetrieb 188
Kanu- und Ruderzentrum 110
Kartographische Sammlung 124
Katastrophenfonds 72
Katastrophenschutz 68
KATER II 78ff
Kennzahlen(systeme) 32, 89, 91
Kilometergeld 28
Kinder- und Jugendanwaltschaft 238ff
Kinder- und Jugendspielplätze 38
Kinderfest 109
Kindergärten 100
Kindernachmittage 109
Kindertagesheime 98
Kindertagesheimstatistik 84
Kirchweihmärkteverordnung 2003 67
KlangBogen Wien 118
Kleingartenverwaltung 246
Kleinwasserkraftwerk Gaming 88
Klimaschutzkoordinationsstelle 21
Klinikverbindungsdienst 96
KliP Workshop 2003 23
Knet-Programm 74
Kollektivverträge 46
Kommunikationstechnologie 149ff
Kompetenznetzwerk Licht 74
Kongressbüro 264
Kongressbüro - Wr. Tourismusverband 247
Konsumentenschutz 41, 65
Kontraktmanagement 31
Kontrollamt 235
Koordinationsstelle-Mitbestimmung 105
Korruptionsprävention 28
Kraftwerk, kalorisches 87
Krankenanstaltenfinanzierung(sfonds) 73, 97
Krankenanstaltenfinazierung MA-K 86
Krankenanstaltenverbund KAV 145ff
Krankenfürsorgeanstalt 248
Krankenpflege 150, 152, 258
Krankenstandsevaluierung 25
Krankheiten 147
Kriegsgräber 84
Krisenmanagement 19ff
Krisenpflegeeltern 96
Krisenzentrum 96
Kultur 118ff
Kulturelle Jugendbetreuung 105
Kulturelles Erbe 120
Kulturgüterkataster 135
Kund/innenbeziehungsmanagement 99, 113
Kundenorientiertheit 42
Kuvertieranlage 52

L
Lärmschutz 182 f
Landarbeiter 46
Landes- bzw. Gemeindevorschriften 42
Landesfamilienreferentenkonferenz 95
Landesforstinspektion 38
Landesgesetzblatt für Wien 112
Landesjugendreferat 105
Landeskultur, rechtliche Angelegenheiten 207f
Landessanitätsdirektion 141f
Landtags- und Gemeindetagsdokumentation 126
Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien 206
Lange Nacht der Museen 92, 131, 145
Langlaufloipen 110
Lebensmittelaufsicht 57f
Lebensmittelhygiene 50
Lebensmittelproben 50, 57
Lebensmittelrecht 67
Lebensmitteluntersuchungsanstalt 50f
Legistik, Genehmigungen und Aufsicht 95

Sachverzeichnis

Legistischer Dienst 13
Lehrlinge 48
Leistungskontrakt 42
Lenkungsausschüsse 32
Lesofantentest 108
Liberalisierung der Energiemärkte 89
Liegenschaftserwerb 229
Liegenschaftsmanagement 228ff
Liegenschaftstransaktionen 229
Liegenschaftsverkauf 229
LIFE SCIENCES AUSTRIA - Vienna Region (LISA) 74
Literaturförderung 119
LKF 86
Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie 206
Luftfahrtangelegenheiten, rechtliche 227f
Luftmessnetz 185
Luftreinhaltung 184

M

M.A.ST.A. 106
MAG ELF-Intranet.Mitarbeiter/innenzeitung "Inside" 94
Magistratische Bezirksämter 41
Magistratsdirektion 10ff
Markt- und Medienmanagement 246f
Marktamt 56ff
Marktordnung 1991 66
Marktwesen 57, 75
Masterplan Verkehr 22, 37, 154f
medi@culture online 106
media wien 106
Mediationsverfahren "Flughafen Wien" 36
Medienförderungen 121
Medienmanagement 263f
Medienpädagogik 106
Medienservice Bezirke 113
Medienspiegel 112
Medizinschäden 241
Mehrzweckstadtkarte (MZK) 177
Meinungsumfragen 113
Meldeservice 42
Meldeservicestellen 65
Meldewesen 65
Migrantinnen#"muSIEum" 56
Mikrozensus 84
MILENA - Frauennetzwerk Ost-West 56
MILENA media 56
Mitarbeiter/innenorientierungsgespräche 49
MMLiegenschaftsbesitz GmbH (MML) 74
Mobilbüros des Bürgerdienstes 115
Mobile Dienste 100
"Mobile Jugendarbeit, Aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit, Streetwork, Animative freizeitpädagogische Betreuung (M.A.ST.A)" 106
Modedepot 131
Modeschau 107
Modeschule Hetzendorf 107
Monitoring Wohnbauförderung 21
Monitoring-Projekt 27
m-parking 70
Museen 129ff
Musik 118
Musiklehranstalten 106
Musiksammlung 129

N

Nachhaltigkeit 185f
Nationale und internationale Kontakte 76
Nationalpark Donau-Auen 205
Naturschutz 183 f
Nebengebühren 28, 46
Negativbestätigungen 50
Neuanschaffungen von Fahrzeugen 68
Neuaufnahmen in den Magistrat 47
Neubauförderung 222
Notpassdienst 63
Nutzbau 159
Nutzbauten 233

O

Objektmanagement 216
Öffnungszeitengesetz 66
Ökoförderung 21
ÖkoKauf Wien 36
ÖNORMEN 17
One-Stop-Prinzip 41
online-Pressespiegel 112
Open Source Produkte 32
Orientierungsgespräch, muttersprachliches 49
OsterKlang Wien 118
Ostermarktverordnung 66

P

Pädagogisches Institut 117
Pädagogisches Konzept 100
Park & Ride-Anlagen 37
Parkpickerl per Internet 43
Parkraummanagement 36
Parkraumüberwachung 181, 209
Pass- und Fundservice 43, 111
Patient/innenorientierte integrierte Krankenbetreuung (PIK) 86
Patientenanwaltschaft 240ff
Patientenfinanzierter Entschädigungsfonds 242
Pensionierungen 48
Pensionsautomatik 44
Personalangelegenheiten 44
Personalmanagement 23f
Personalressourcensteuerung 26f
Personalsicherstellung 28
Personalstelle Wiener Stadtwerke 15
Personalvertretungsgesetz 47
Personenstandsangelegenheiten 61f
Pflanzenschädlinge 197
Pflege und Betreuung 136ff
Pflegeeltern 94
Pflegefreistellung gegen Entfall der Bezüge 44
Pflegegeld 240 ff
Pflegeheime 158
Pflichtschulen 116
PID International 114
Pilzberatung 58
Plakatsammlung 129
Planquadrataktionen Bettler & Straßenmusikanten 20
Planspiel "Gender-City" 55
Planungswerkstatt 157
Plattform für fachliche und kulturelle Aktivitäten 12
Plattform Materielle Grundsicherung 102
Platzangebot 98
Praktikant/innen aus den Stadtverwaltungen 13
Preisstatistik 84
Presse- und Informationsdienst 111
Printprodukte 82
Projekt
- "Angestellte Pflegeeltern" 97
- BOB 107
- MAG ELF DIGITAL 94
- MAMBA 17
- "Riviera Vienna" 39
- Unternehmenskultur 15
- Wildwasser 39
Projektleitstelle 38
Projektsprechtage in den magistratischen Bezirksämtern 42
PR-Star 82
Prüfanstalt, physikalisch-technische 135
Prüfstelle, technisch-wirtschaftliche 211f
Psychologischer Dienst 96
Psychotherapeutische Behandlungen 97
Public Relations 94
Public-Private-Partnership-Projekte 37
Publikationen 59
PUMA 244

Q

Qualitätssicherungszirkel 49

R

RADIO-BANDe 106
Radverkehrsplanung 155
Radwegenetz 169
rathaus-korrespondenz (rk) 112
Rathausmänner unterwegs 21
Rechnergesteuertes Betriebsleitsystem (RBL) 91
Rechnungsabschluss 71
Rechnungsamt 75ff
Rechtsfürsorge 96
Reform der Bundessozialämter 101
Refundierung der Grunderwerbssteuer 72
Regionalstellen 96
Reifeprüfung 107
Reparatur- und Restaurierungsaufträge 53
Restitutionsangelegenheiten 16, 126f
Rettung 139f, 242
Revisionen 26ff
RUMBA - Richtlinien für eine umweltfreundliche Baustellenabwicklung 38
Rundfahrten 113

S

Sanierungsmaßnahmen 68
Sanierungsprogramm 104
Sanierungsverordnung 22
SAP 152f
SAP-Einführung 75
SAPport 75
SARS 140
Schlafplatzangebot 103
Schlepplift 110
Schlichtungsstellen in Wohnrechtsangelegenheiten 210f
Schuldnerberatung 96
Schulpräsentationen 107
Schulverwaltung 116ff
Schutzimpfungen 26
Schutzzonen 159
Serviceangebote für Familien 95
Service(stellen) 99, 113
Seuchenbekämpfung 141f
Sicherheitsvertrauenspersonen 237
Siedlungs- und Kleingartenwesen 229f
Siedlungsflächenbilanz 154
Siedlungswasserwirtschaft 35, 71
Small-Project-Fund (SPF) 78
Sofortmaßnahmen 19ff
Solarförderung 212
Sommer- und Familienbäder 108
Sonderaufgaben 39
Sondereinrichtungen 104
Sonderpreise 99
Sozialarbeit 238
Sozialarbeiter/innen 96
Soziale Dienste 139, 242
Soziale Wohnungsvergabe 226
Sozialpädagogische Einrichtungen 98
SozialRuf Wien 139
Speyerer Qualitätstag 76
Sponsoring-Projekte 25
Sport und Spaß im Bad 109
Sportamt 110
Sportstätten 110
Sprachausbildungen 29
Staatsbürgerschaftsevidenzstelle 61f
Staatsbürgerschaftsfeststellungsgruppe 61
Stadt- und Landesbibliothek 126f
Stadtarchäologie 120f
Stadtarchiv 123ff
Stadtbibliothek 141f
Stadtentwicklung 153ff
Stadtentwicklungsplan 2005 - STEP 22
Stadterneuerung(sprozesse) 37, 211f
Stadtforschung 153ff
Stadtgartenamt 197ff
Stadtgestaltung 158ff
Stadtinformation 115
Stadtkassenreform 75
Stadtmöblierung 158
Stadtplanung 153ff
Stadtteilplanung 160ff
Stadtvermessung 176f
Stadtwerke, Wiener 87ff
Städteatlanten 126
Städtekooperation 40
Städtische Schulverwaltung 116
Städtische Steinmetzwerkstätte 84
STAGE4U 105
Standesämter 62f
Statistik 84ff
Steiermarkdorf am Rathausplatz 99
STEP 2005 153
Stimmkarten für Volksbegehren 43
Strafverfahren 43
Straßenbau 167ff
Straßenpflege 204
Straßenverwaltung 167ff
Strategische Umweltprüfung Entwicklungsraum Nord-Osten Wiens (SUPer NOW) 35, 244
Strom 88
Strukturreform - Soziale Sicherheit in Wien 103
Subventionen 73, 110
Summer Stage 39
Supervision 25

T

Tag der offenen Tür 49
Tagesbetreuungsplätze 98
Tageseltern 95, 100
TAKE OFF 107
TAQI 78ff
Tariffestsetzung der Stromnetze 81
Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser 211
TECNOMAN 78ff
Teilzeitbeschäftigte 48
Teilzeitbeschäftigung 44
TeleCities 33
Telefon-helpline 51
Telefonie 151f
Territorialer Beschäftigungspakt Wien 2003 73
Theaterförderungen 118
THEWOSAN 212
Tiefbau 34
Tiergesundheit 60
Tierschutz 58
Tierschutz-Helpline 59
Töchtertag 55
Topographische Sammlung 124
Tourismuskonzept Wien 2010 247f
Tourismusstatistik 85
Tourismusverband 246ff

U

U-Bahn 219
U-Bahn-Liniennetz 89
U-Bahn-Linienverlängerungen 91
Übersetzungsdienst 113
Überstundensteuerung 28
Uhren, öffentliche 176
Umwelt 90
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds 72
Umweltanalytik 184f
Umweltanwaltschaft 242ff
Umweltmanagement im Magistrat 22
Umweltmedizin, Institut für 136
Umweltrecht 182
Umweltschutz 182ff, 203
Umwelttechnik 36
UN-Best Practices Hub Wien 19
"Universum"-Dokumentation über die Donauinsel 106
Untergebrachte Kinder und Jugendliche 97

Sachverzeichnis

URBAN II Wien-Erdberg 77
Urbanes Krisenmanagement in Europa am Beginn des 3. Jahrtausends 20
Urteil des EuGH 81
UTN II - Urban technology Network 78ff
UVP 243

V

Veranstaltungssektor 108
Veranstaltungswesen 196 f
Verbesserungsvorschläge 47
Verbindungsbüros 12
Verfahrensbeschleunigung 42
Verfassungsdienst und EU-Angelegenheiten 11
Vergabeschutzgesetz 67
Verkehrsangelegenheiten, rechtliche 180f
Verkehrsangelegenheiten, technische 177f
Verkehrskonzept 154f
Verkehrsorganisation 177ff
Verkehrsplanung 155
Verkehrssicherheit 179f
Verländerung der Bundesstraßen 90
Vermittlungsservice, regionales, einschließlich für Jugendliche 73
VernetzungsInitiative professionelle Jugendarbeit 106
Verrechnung der Pensionen 15
Versetzungen und Dienstzuteilungen 46
Versorgungssicherheit 81
Versuchsanstalt 219ff
Vertragsbedienstete 47
Vertretung der Stadt Wien im Ständigen Ausschuss der UCUE 11
Verwaltungssenat, Unabhängiger 235f
Veterinäramt 58
Viennessen 113
Viktualien 58
VIPer-System 24
v.i.p.j.a. 106
Virtuelles Amt 111
VITAL CITIES 78ff
Vogelschlag 243
Volksanwaltschaft 27, 236
Volksbegehren "Atomfreies Europa" 64
Volksbildung 103
Volksheime 104
Volkszählung 2001 84
Voranschlag 72
Vornamen, häufigste, Neugeborener 63
Vorschüsse 46
Vorsorgeuntersuchungen 136

W

Wälder 206f
WAFF 80
Wahlen 63ff
Wahlkarten 43
Warenausräumungen 20
Warengruppen (MA 54) 51ff
Wasseraufbringung 180f, 190f
Wasserbau 199ff
Wasserverteilungsanlagen 191
Wasserwerke 189ff
Wasserwirtschaft 188ff
Weiterbildungsaspirationen 105
Weiterbildungsprogramm für Jurist/innen 13
Weltkulturerbe 40, 164
Werbung (Tourismus) 246f
Wettbewerbsdatenbank 159
Widmungen 83
wien.at 111
wien.at aktuell 112
Wien Energie 87ff
Wien Museum Karlsplatz 130f
"Wien spricht anders" 113
Wiener
- Antikorruptionsprojekt 28
- Archivinformationssysten (WAIS) 123
- Dokumentenmappe 95
- Filmbüro 113
- Geschäftsstraßenförderung 74
- Innovations- und Technologieförderung - "wiennovation" 74
- Kindertagesheimgesetz 95
- Landessportorganisationen 110
- Lebensmittel- und Ernährungsservice 50
- Linien 89
- Märkte 57
- Schulführer 117
- Sozialhilfegesetz 102
- Stadtwerke 87ff
- Taxitarif 1997 66
- Waldschule 205, 219
- Wissenschaftstage 122
- Wohnen 231ff

Wienerwaldbuslinie 70
Wiengas: siehe Wien Energie
Wien-Haus in Brüssel 12
WienIT EDV-Dienstleistungsgesellschaft mbh 92
Wienstrom: siehe Wien Energie
Wien-Tage 39
wienXtra 105
WIKRAF 86
"Willkommen in Wien" 49
Willkommensmappe für MigrantInnen 48, 49
WIN Wien Intern Neu 112
Wirtschaftsentwicklung 77ff
Wirtschaftsförderung 74, 75
Wirtschaftsprüfung 76
Wissensmangagement und Koordination 18
Wissenschafts- und Forschungsförderung 121f
Wissenschaftsfonds 122
Woche der offenen Tür 99
Wohn- und Pflegeheime 138
Wohnangebot 103
Wohnbauförderung 212, 222f
Wohnbauforschung 226
Wohnbaustatistik 85
Wohnbeihilfe 224ff
Wohnhaussanierung 222, 225, 233
Wohnhausverwaltung 232f
Wohnungskommissionen 210, 226
Wohnungslose Personen 103
Wohnungslosenhilfe 102
Wohnungsverbesserung 222ff
Workshops und Seminare 107
WWFF 80
www.alleinerziehen.at 54
www.wien.at 111

Y

youth@europe[3] 106

Z

Zaha Hadid-Projekt 39
Zentralbudget 71
Zentrale Liegenschaftsevidenz (ZLE) 230
Zentrale Schlichtungsstelle 210
Zentraler Einkauf 51ff
Zentrales Bürgeranliegenmanagement (ZBM) 21
Zentrales Finanzcontrolling 72
Zentralfriedhof 83
Zentralgewerberegister 67
Zentrallager der MA 54 53
Ziel 2-Wien 77
Ziel-2-Programm 77
Zinsenfreie Darlehen 75
Zivil- und Katastrophenschutz 19
Zivil- und Strafrecht 14
Zivildienst 98
Zuschuss zu Elternbeiträgen in privaten Betreuungseinrichtungen 101

Statistisches Amt der Stadt Wien: Publikationen

Periodika

Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien

Ca. 370 Seiten / Preis € 32,70 / ISSN 0259-6083

Die umfangreichste statistische Publikation des Amtes, die neben Tabellen auch viele Grafiken umfasst, informiert jährlich über eine Vielzahl von Aspekten der Stadt Wien – so etwa über Bevölkerung, Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft, Verkehr und Tourismus, Wohnen, Arbeitsmarkt, soziale Fragen, Preise, Ausbildung, Kunst und Kultur, Sport und Freizeit, Wahlen, Verwaltung, Rechtspflege und Steuern.
Auch als CD-ROM lieferbar.

Statistisches Taschenbuch der Stadt Wien

Ca. 240 Seiten / Preis € 10,00 / ISSN 0259-7985

Das Statistische Taschenbuch bringt alljährlich auf etwa 240 Seiten in 23 Abschnitten Vergleiche Wiens mit österreichischen bzw. europäischen Städten sowie wertvolle Informationen über das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Geschehen Wiens.
Auch als CD-ROM lieferbar.

Die Leistungen der Stadt Wien

Ca. 270 Seiten / Preis € 14,53 / ISSN 1028-0685

Der Leistungsbericht informiert jährlich über das kommunale Leben Wiens und die vielfältige Tätigkeit der Stadtverwaltung. Zahlreiche Bilder sorgen für Anschaulichkeit.

Statistische Mitteilungen der Stadt Wien

Ca. 60 Seiten / Preis € 8,00, Doppelheft € 16,00, im Abonnement € 25,00
ISSN 1028-0677 (Neue Folge)

Diese Vierteljahresschrift ist ein Forum für Diskussionen über wienrelevante Bereiche in Form von ausführlichen Fachartikeln.

Wien in Zahlen

16 Seiten, Tabellen / kostenlos / ISSN 1028-074X

Kurze Zahlenübersicht über Wien in deutscher und englischer Sprache.

Statistisches Amt der Stadt Wien:
Publikationen

Sonderpublikationen

Wiener Bezirksdaten 1995

Kassette mit 23 Heften
Printmedium, CD-ROM oder Diskette: 1 Bezirk € 5,81, Gesamtwerk € 72,67

Statistische Informationen aus allen Lebensbereichen über die Wiener Bezirke.

Die Wiener Wahlen vom 13. Oktober 1996

84 Seiten und Tabellen / Preis € 5,81

Am 13. Oktober 1996 fand in Österreich zum ersten Mal die Wahl der 21 Abgeordneten zum Europäischen Parlament statt. Gleichzeitig wurden in Wien auch die Wahlen zum Gemeinderat und den Bezirksvertretungen abgehalten. Dieses Sonderheft berichtet über die rechtlichen Grundlagen der Wahlen, die wahlwerbenden Parteien und die Wahlbeteiligung. In einer Wählerstromanalyse sowie einer Nachwahlanalyse werden Details des Wahlverhaltens dargestellt. Im Anhang liefern umfangreiche Tabellen Ergebnisse für die einzelnen Wiener Bezirke.

Die Gemeinderatswahl und die Bezirksvertretungswahlen vom 25. März 2001 in Wien

86 Seiten und Tabellen / Preis € 5,81

Am 25. März 2001 fanden in Wien nach Beendigung der Legislaturperiode Wahlen zum Gemeinderat und für die Bezirksvertretungen statt. Dieses Sonderheft der Statistischen Mitteilungen analysiert im Textteil alle wichtigen Aspekte der Wahlergebnisse im Vergleich zu den Vorwahlen vom 13. Oktober 1996 nach Wahlkreisen und Bezirken, und gibt einen Überblick über sämtliche Wiener Gemeinderatswahlen der 2. Republik. In den beiden Anhängen finden sich die Detailergebnisse der letzten 3 Wahlgänge nach Bezirken und die Kandidaten mit den meisten Vorzugsstimmen 2001 sowie die Zusammenstellung der gewählten Kandidaten und Ersatzbewerber.

Erhältlich sind diese Veröffentlichungen zwischen 9 und 15 Uhr im Statistischen Amt der Stadt Wien, Volksgartenstraße 3, 1010 Wien, Tel.: (+43-1-) 40 00 - 88 629.
post@m66.magwien.gv.at

Umfangreiches statistisches Material ist auch auf der Homepage des Statistischen Amtes zu finden: www.statistik.wien.at

StaDt Wien
Wien ist anders.